

Michael Hesseler

**„DIE GESELLSCHAFTLICHE ORGANISATION VON BESONDERS
PROBLEMATISCHEN SOZIALISATIONSPROZESSEN
AM BEISPIEL DER ADOPTION VON AUSLÄNDERKINDERN“**

1979



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41555408_0004

"DIE GESELLSCHAFTLICHE ORGANISATION VON
BESONDERS PROBLEMATISCHEN SOZIALISATIONS-
PROZESSEN AM BEISPIEL DER ADOPTION VON
AUSLÄNDERKINDERN"



INAUGURAL-DISSERTATION
zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophischen Fakultät

der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster (Westf.)

vorgelegt von
Michael Hesseler
aus Remagen

1979



D.6

Tag der mündlichen Prüfung: 7. Juli 1979

Dekan: Prof. Dr. M. E. Brockhoff

Referent: Prof. Dr. H.-J. Krysmanski

Korreferent: Prof. Dr. M. Stadler

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
Vorwort	I - V
O. Einleitung	1 - 7
1. Zur gesellschaftlichen Organisation von Sozialisation	8 - 215
1.1. Sozialisationstheorie und Sozialisationsprozeß im gesellschaftlich-historischen Kontext	9 - 90
1.1.1. Allgemeine Überlegungen zur Sozialisationstheorie im Kontext von Wissenschaft	9 - 48
1.1.1.1. Zum Verständnis von Sozialisationstheorie im System wissenschaftlicher Arbeit	
1.1.1.1.1. Der problematische Charakter der Wissenschaft in Forschung und Ausbildung	
1.1.1.1.2. Zum Verhältnis von Abstraktion und Organisation in der wissenschaftlichen Ausbildung	
1.1.1.2. Zur inhaltlichen Einschätzung offizieller Sozialisationstheorien	
1.1.2. Zur historischen Entwicklung von Sozialisationsprozessen	49 - 90
1.1.2.1. Zur allgemeinen Entwicklung von Sozialisation in der Zeit vor dem Feudalismus	
1.1.2.2. Die Entwicklung von Sozialisationsprozessen im Übergang von der Feudalperiode zum Kapitalismus	
1.1.2.2.1. Zum Übergang Feudalismus/Kapitalismus	
1.1.2.2.2. Zur Entstehung der Einstellung zur Kindheit über die Familie, die Schule und den Beruf	
1.2. Konsequenzen für eine Theorie der Persönlichkeit	91 - 158
1.2.1. Problemformulierung	91 - 97
1.2.2. Überlegungen zu einer historisch-materialistischen Persönlichkeitstheorie	97 - 128
1.2.3. Überlegungen zur familiären Sozialisation	129 - 158
1.2.3.1. Überlegungen zum konkreten Erziehungs-handeln in der Familie	
1.2.3.2.1. Zum Problem der Familienerziehung als gesellschaftliche	
1.2.3.2.2. Überlegungen zum konkreten Erziehungsverhalten	

1.3.	Überlegungen zur "problematischen Sozialisation" in Bezug auf die Adoptionsproblematik	158 - 215
1.3.1.	Zur historischen Entwicklung der Kinderarbeit und ihrer Konsequenzen	163 - 177
1.3.2.	Theorien um die Adoptionsproblematik	177 - 214
1.3.2.1.	Historische Skizzierung	
1.3.2.2.	Das Argument der maternalen Deprivation und seine Folgen	
1.3.2.2.1.	Zum Problem der Mutter-Kind-Beziehung	
1.3.2.2.2.	Zum Problem der Heimerziehung	
1.3.2.2.3.	Zum Problem der Mehrfachbetreuung	
1.3.2.3.	Überlegungen zur Adoptionsproblematik in diesem Kontext	
1.3.2.3.1.	Die Referierung einiger Forschungsergebnisse aus der Adoptionsliteratur	
1.3.2.3.2.	Kurze Skizzierung von Forschungsergebnissen zum Problem der Integration ausländischer Adoptivkinder	
	Schlußbemerkung:	214 - 215

Vorwort

Auf Anregungen der Adoptivelterngruppe in Münster und der Organisation "Terre des Hommes" allgemein fanden sich eine Reihe von Fachleuten der verschiedensten Disziplinen (Psychologie, Soziologie, Pädagogik/Sozialpädagogik) zusammen, um die Adoption ausländischer Kinder wissenschaftlich zu begleiten⁽¹⁾ (R. Krysmansi, Terre des Hommes, Sammelmappe für Adoptiveltern, 10/1973, Psychologie 5 A).

In diesem Kontext - auf Basis der theoretischen Vorarbeiten in der Magister-Arbeit "Grundsatzprobleme der Sozialisationstheorie dargestellt am Beispiel der frühkindlichen Sozialisation", Münster, 1975 - läßt sich die Bearbeitung des Themas als ein "soziologischer"⁽²⁾ Versuch der Analyse verstehen, während bis zu diesem Zeitpunkt sowohl innerhalb der Wissenschaft der Bundesrepublik als auch in anderen Ländern vor allem psychologische, pädagogische, therapeutische und juristische Probleme im Vordergrund standen.

Auf diesem Hintergrund liegt der Schwerpunkt der Arbeit in dem Bemühen begründet, in theoretischer Weise einen "soziologischen" Standpunkt zu entwickeln, über den die historischen, gesellschaftlichen und politischen Zusammenhänge der "Adoption von Ausländerkindern" eine Erklärungsbasis liefern.

Neben der Aufarbeitung der relevanten Literatur (national wie international) und der notwendigen Interpretation von Materialien (Geschichte der Adoption; Verhältnisse in der "Dritten Welt" an Hand von Informationen der Dokumentationsstellen Afrika, Latein-Amerika, Asien in Hamburg; offizielle Dokumentationen über Familienpolitik, Familienrecht, Jugendhilferecht, Eltern- und Familienbildung) erschien es notwendig zu sein, einen sozialisationstheoretischen Ansatz

zu diskutieren, zu dem am "Institut für Soziologie" schon entscheidende Vorarbeiten geleistet werden konnten (B. Hülsmann). Über dieses Konzept konnten einerseits Kriterien für die Beurteilung theoretischer Grundlagen in der Adoptionsliteratur gewonnen, andererseits zur Einschätzung offizieller Regulierungsversuche im Sozialisationsbereich und ihrer wissenschaftlichen Fundierung eine kritikfähige Argumentationsbasis entwickelt werden.

Die Notwendigkeit einer theoretischen Analyse dieser offiziellen Bemühungen läßt sich zudem in der Hinsicht begründen, als sowohl Problembereiche angesprochen werden, die teilweise erst in den 70er Jahren aktuell wurden (z. B. die Eltern- und Familienbildung), als auch Praxisfelder, die sich, wenn auch widersprüchlich, zu wandeln beginnen⁽³⁾.

Im Mittelpunkt der Analyse steht das Interesse, die gesellschaftliche und historische Bedingtheit von (politischer) Sozialisation (und ihrer Organisationsmöglichkeit) zu analysieren. Unter diesem Blickwinkel konnte daher eine Perspektive entwickelt werden, die sowohl für die Sozialisation von sogenannten "normalen" Kindern (über ihre Eltern), von "inländischen" Adoptivkindern als auch für ausländische Adoptivkinder (über ihre Eltern) Geltung beansprucht.

Auf der Basis einer entwickelten Perspektive für Eltern allgemein (vor allem im familialen Sozialisationsprozeß) konnte sowohl die Sozialisation ausländischer Adoptivkinder bestimmt werden als auch die "besondere" Qualität ihrer gesellschaftlichen Sozialisation herausgehoben werden, da einerseits das Faktum des "Adoptiert-Seins", andererseits das Faktum der "Herkunftsländer" (Dritte Welt) besondere Probleme impliziert.

Aus diesem Grund wurde der Darstellung der gesellschaftlichen Situation in den "Entwicklungsländern" ein breiter Raum gegeben.

Die Richtung der Darstellung und Kritik der gesellschaftlichen Situation in der "Dritten Welt", die im internationalen Kontext unter gegebenen Systemauseinandersetzungen begreifbar ist, dokumentiert sich in folgenden Berichten über den "Krisenherd" Vietnam.

Gleichzeitig will ich damit auch meine subjektive Betroffenheit ausdrücken.

"Vergiftete Bonbons, Zeitzünderbomben und als Kinderspielzeug getarnte Bomben wurden speziell gegen Kinder eingesetzt" (Das Kind, Kleine Enzyklopädie, VEB Bibliographisches Institut, Leipzig 1975: 318).

"Die Leute vom amerikanischen Gesundheitsdienst haben an die Leute des Marktes von Tea Chi (Hauptort des Distrikts) Medikamente verteilt. Einige haben die Medikamente ihren Kindern gegeben. Eine halbe Stunde später: Schwindel, Blausucht, Krämpfe, Tod. Im Dorf Bingh Minh starben drei Kinder" (Bericht der 7. Untersuchungskommission des "International War Crimes Tribunal" über die von der FNL in Südvietnam kontrollierten Gebiete, in: Horlemann 1968: 186).

"Vermutlich sind mehr als 1 Million Zivilisten umgekommen. Rund 67 % der von den Bomben Verstümmelten sind Frauen und Kinder" (Das Kind 1975: 319).

Die gesellschaftlichen Bedingungen dieser konkreten Tatbestände müssen bewußt werden, d. h. die Wahrheit "darf nicht etwas Allgemeines, Hohes, Vieldeutiges sein" (Brecht, 1970: 70 ff).

Um sie zu erkennen, werden eingreifendes Denken, bestimmte Fähigkeiten und Kenntnisse wichtig. Die Fähigkeit, die Wahrheit als Waffe zu gebrauchen, muß aber erlernt werden. Nur diejenige Wahrheit aber darf gesucht werden, die sich zu finden lohnt. Die Aneignung einer "List", die Wahrheit unter vielen zu verbreiten, ist vor allem erforderlich, indem den Wörtern die "faule Mystik" genommen wird. Um dieses Ziel in praktischer Absicht zu erreichen, müssen die gesellschaftliche Struktur, Funktion und Entwicklung der Sozialisation von ausländischen Adoptivkindern aus der Dritten Welt" dementsprechend analysiert und organisiert werden:

"Die Untersuchung kann nicht allein dazu führen, den einzelnen Interessenten (also den Eltern, den Kindern, Terre des Hommes) "individuelle" Problemlösungs- und Anpassungshilfen zu verschaffen. Vielmehr müssen zugleich die allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnisse, die zu den Adoptionen geführt haben, (gesellschaftlich-politischer Kontext, Motivation/soziale Lage der Eltern, Verhältnisse im Heimatland) durch wissenschaftliche Begleitung in den Sozialisationsprozeß eingearbeitet werden" (R. Krysmanski, Terre des Hommes, Sammelmappe für Adoptiveltern, 10§73, Psychologie 5 A).

Zu diesem Zweck soll die Bearbeitung des Themas vorab eine theoretische Fundierung leisten, die über eine umfangreiche Einschätzung von Material (das zudem nicht leicht zugänglich war) entwickelt werden könnte. Die Arbeit läßt sich in dem Sinne zwar als "anwendungsbezogen" verstehen, versucht aber noch nicht, konkrete Vorschläge für die Praxis vorzulegen.

Dazu sind kooperative, wissenschaftliche Bemühungen notwendig, die ein Einzelner - der zudem in relativer "theoretischer" Isolation gearbeitet hat - nicht leisten kann (methodologisches Problem)⁽⁴⁾. Allgemein verweist dieses Problem auf den Tatbestand, daß die theoretische Bearbeitung eines Gegenstandes auch im System der wissenschaftlichen Arbeit zu begreifen ist.

In diesem System sind die inhaltlich-kognitiven Momente (Ausbildung und Arbeitskraft) und die sozialen (Ausbildung eines Einzelnen) in ihren historischen und organisatorischen Funktionen im Zusammenhang zu analysieren, d. h. um die Identität von gesellschaftlicher und theoretischer Arbeit herzustellen (soziale Identität, Sozialität, soziale Allgemeinheit als Organisiertheit) bedarf es spezifischer (kooperativer) Ausbildungsstrukturen, die dies erlauben⁽⁵⁾.

Diese Bedingungen sind heute nur in beschränktem Maße erfüllt, wenn auch dem Trend nach (z. B. Institut der Soziologie, am Psychologischen Institut) effektive Versuche organisiert werden.

Die dadurch bedingte isolierte Arbeitsweise - verstärkt durch die gewählte Schwerpunktsetzung - konnte daher nur partiell durchbrochen werden.

Daher bin ich vor allem Frau Dr. Eva-Maria Weinwurm, Herrn Helmut Copak (ehemalige Mitarbeiter von Terre des Hommes) und Herrn B. Hülsmann für ihre Hilfestellungen dankbar.

Konkrete Hinweise (neben den Materialien) erhielt ich auch aus den Zeitschriften von Terre des Hommes (ich habe selbst eine Patenschaft eines indischen Heimkindes übernommen) ⁽⁶⁾.

Was die Entwicklung einer Perspektive angeht, bin ich vor allem Herrn Prof. Dr. H.J. Krysmanski und Frau Dr. R. Krysmanski dankbar.

Herrn Prof. Dr. M. Stadler verdanke ich einige psychologische Einsichten zur Beurteilung der Adoptionsproblematik.

Im Kontext dieser kurzen Begründung der Herangehensweise verstehe ich das Ziel meiner Arbeit, in der ich unter soziologischem Blickwinkel - unter Einbezug von psychologischen, pädagogischen und rechtlichen Implikationen - den historischen und gesellschaftlich-politischen Hintergrund der Adoption von Ausländerkindern (politische Sozialisation) analysiert habe.

Zudem können die Ergebnisse meiner Arbeit dazu dienen, zur Diskussion anzuregen und mögliche, praktische Probleme und deren Veränderung theoretisch zu fundieren, die eine kollektive, kooperative Anstrengung erforderlich macht.

Möglicherweise kann die Analyse der angeschnittenen Probleme auch dazu führen, einige Sachverhalte über Projekte praktisch abzuklären (z. B. Geschichte der Adoption, Familienpolitikberatung, Elterninitiativen, ausländische Adoptivkinder in der Schule, in Situationen der Partnersuche und im Berufsleben).

O. Einleitung

In der Öffentlichkeit (vgl. auch die Stellungnahme von Brandt im April 1975) wurde und wird oft in widersprüchlicher, humanitärer Absicht die Unmöglichkeit der "Integration" von ausländischen Adoptivkindern behauptet und die "interkulturelle Unterschiedlichkeit" strapaziert.

Im Gegensatz dazu bemerkt Margot Weyer (Terre des Hommes), daß von einer kulturellen Verwurzelung deshalb nicht die Rede sein kann, weil die ausländischen Adoptivkinder noch keine "Enkulturation" in ihrer Entwicklung hinter sich gebracht haben. In Forschungsarbeiten, die zudem durch die oben erwähnte Öffentliche Auseinandersetzung forciert wurden und daher innerhalb von Terre des Hommes initiiert werden konnten, wird in gleicher Weise sowohl die offizielle Argumentation abgelehnt als auch widerlegt.

Vielleicht provoziert die psychologisch-therapeutische und pädagogische Herangehensweise in diesen Arbeiten, in denen eine soziologische Perspektive weitgehend ausgeklammert wird, eine Entscheidung für spezifische Gesellschaftsmodelle, die teilweise auf Vorstellungen einer multi-ethnischen, pluralistischen Demokratie abheben (Maar; Klein).

Es scheint, daß in Konzeptionen, in denen die Idee eines kulturellen Pluralismus zum Tragen kommt (Adam), vor allem das Problem des Zusammenlebens von ethnischen Minderheiten im Mittelpunkt der Strategie steht.

"Rassisch-biologische" Merkmale (vor allem bei jüngeren Adoptivkindern zuerst einmal - zumindest bis zur Schulzeit - bedeutsam) und ethnisch begründete

Merkmale ("kulturell" begründete Gruppenzugehörigkeit) konstituieren spezifische Probleme, die gelöst werden müssen (dies gilt vor allem für ältere Kinder).

Abgesehen davon, daß im Vergleich zu anderen ethnischen "Minderheiten" ausländische Adoptivkinder keine gesellschaftlich auffällige Gruppe darstellen, werden relevante gesellschaftliche Verhältnisse in ihren ökonomischen und politischen Begründungszusammenhängen (national wie international) auf "interkulturelle Beziehungen" reduziert, wird die gesellschaftliche und historische Bedingtheit von Sozialisation auf "bikulturelle" Bezüge verkürzt.

In diesem Konzept werden die ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Bedingungen ausgeklammert werden kulturelle Faktoren (wenn der Begriff "Kultur" überhaupt sinnvoll ist) nicht in Abhängigkeit von dieser Basis analysiert.

Begreifen wir hypothetisch "Kultur" als Inhalt sozialer Beziehungen, welcher sich über akkumulierte Erfahrungen, Lebensinterpretationen und materielle Ressourcen bestimmen läßt (in einer historischen Situation vorfindbar und an die nächste Generation tradierbar), muß jener im Kontext gesellschaftlicher Verhältnisse erklärt werden, um idealistische Konstrukte zu vermeiden.

Dies erscheint um so wichtiger, weil auf Basis einer dominanten Ideologie kulturelle Eigenarten ethnischer Gruppierungen (teilweise biologistisch zu "Rassen" gestempelt) unter bestimmten historischen und gesellschaftlichen Bedingungen vor allem dazu dienen, vorhandene Klassenverhältnisse abzusichern oder neu zu begründen (USA, Gastarbeiter in den BRD, Südafrika).

Vorstellungen eines kulturellen Pluralismus, die vielleicht funktionalistische Integrationstheorien kritisieren, bleiben letztlich selbst integrativ, wenn sie die politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse ausklammern.

Dieses Vorgehen erweist sich zudem als bloßer Legitimationsversuch (teilweise unter Umgehung des Bewußtseins), wenn im Nachhinein der internationale Kontext bloß innerhalb einer "entwicklungspolitischen Strategie" aufgegriffen wird (Maas).

Unter dieser Zielsetzung erhalten Auslandsadoptionen (interstaatliche, intergesellschaftliche) den idealistischen (karitativ-humanitären) Anstrich, sowohl für die ausländischen Adoptivkinder selbst (Identifikation mit zwei "Kulturen") als auch für soziale Umwelt der Kinder (Abbau von Vorurteilen) eine Bereicherung der Erfahrungen zu bewirken, ohne zu diskutieren, ob auf diese Weise strukturelle Zusammenhänge und Veränderungsmöglichkeiten in den Blick kommen.

Der Ausgangspunkt einer Alternative liegt dagegen in der Hypothese begründet, daß der Stellenwert der Adoption von Ausländerkindern vor allem im Kontext realer, internationaler gesellschaftlicher Verhältnisse sich erklären läßt, die in zunehmendem Maße sich über Vergesellschaftungstendenzen begreifen lassen (Internationalisierung, ökonomische Integration, Systemauseinandersetzungen).

Es existieren reale Beziehungen zwischen westlichen kapitalistischen Industrieländern und den "Entwicklungsländern", die sowohl negative Momente beinhalten als auch ein demokratisches Potential entfalten können (Kolonialzeit, Imperialismus, allgemeine Krise

des Kapitalismus unter gegebenen alternativen Entwicklungsentwürfen). Unter der Voraussetzung der Verflochtenheit internationaler gesellschaftlicher Verhältnisse sind punktuell Krisenherde entstanden, die unter anderem besondere Initiativen provozierten, die die gesellschaftliche Situation von Kindern tangierten (teilweise auf die Perspektive "Kind" reduziert).

Auch die Gründung von "Terre des Hommes" fällt in diesem Zusammenhang mit den aktuellen Ereignissen im Algerienkrieg innerhalb dieses internationalen Beziehungsgefüges zusammen (vgl. ebenfalls die Kinderdorf-Bewegung; in Korea sind z. B. Heime nach diesem Modell organisiert).

Spezifische Krisenherde, die inhaltlich nur über ökonomische, gesellschaftliche und politische Strukturen, Funktionen und Entwicklungstendenzen erklärbar sind, führten und führen oft zu (teilweise nur privaten) Engagements (z. B. Biafra, Vietnam, Korea).

Es muß gerade in Bezug auf die Situation in Vietnam (das heute sozialistisch ist) angemerkt werden, daß diese weltweite Bewegungen politischer Art in Gang gesetzt hat (als Kristallisationspunkt in den Studentenbewegungen in den USA und der BRD).

Der reale gesellschaftspolitische Kontext der Adoption von Ausländerkindern liegt demnach in dem Vorhandensein bestimmter internationaler gesellschaftlicher Verhältnisse in ihren Funktions-, Struktur- und Entwicklungszusammenhängen begründet (einschließlich ihrer demokratischen Potentiale). Diese These bildet den Ausgangspunkt für die Ausarbeitung des Themas, verweist auf den spezifischen gesellschaftlichen Charakter dieser Adoptionen.

Den gesellschaftlich-politischen Kontext der Adoption von Ausländerkindern in den Sozialisationsprozeß einzuarbeiten bzw. eine Perspektive in der Hinsicht zu diskutieren, ist das Ziel der Arbeit.

Es soll geklärt werden, welche "besondere" Perspektive gesellschaftlicher Sozialisation sich für ausländische Adoptivkinder entwickeln läßt, wozu die Arbeit ein theoretisches Instrumentarium liefern will.

Um deutlich zu machen, was inhaltlich unter gesellschaftlicher (politischer) Sozialisation zu verstehen ist, wird im ersten Kapitel der aktuelle Stellenwert der Sozialisationstheorie (auf der Basis des "entwickelten Ganzen" als Ausgangspunkt) im Kontext von Wissenschaft problematisiert.

In der Analyse wird sich zeigen, unter welchen Prämissen die Sozialisationspraxis erfaßt wird. Vor allem wird in den Blick kommen, daß offizielle Theorien einerseits anstelle von gesellschaftlichen Zielen Sozialisationsziele zur Begründung heranziehen und andererseits in ihnen das ahistorische Familienkonzept dominiert.

Daher stelle ich mir die Aufgabe, die gesellschaftliche und historische Bedingtheit von Sozialisation aufzuzeigen (in einem langen historischen Zeitraum), um begreifbar zu machen, daß unter bestimmten ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Bedingungen ein eigenständiger Sozialisationsbereich und gleichzeitig die Möglichkeit der theoretischen Analyse entstanden sind (die theoretische Begriffsentwicklung hat auch im umgekehrten, aber strukturell ähnlichen Sinn Konsequenzen für die Ontogenese).

In diesem Zusammenhang ist auch die Entstehung von Schulungsprozessen (Ausbildung) zu begreifen (und der Beginn staatlicher Regulierungsversuche), obwohl ich mich in meiner Darstellung vor allem auf die fa-

miliale Sozialisation konzentrieren werde (die ja auch in der offiziellen Familienpolitik aktuell geworden ist).

Im Resultat wird deutlich werden, daß in der Gesellschaftsformation des Kapitalismus alle Sozialisationsprozesse "problematisch" sind.

Diese Einsicht bestimmt auch die Folgerungen, die gezogen werden, um eine alternative Persönlichkeitstheorie zu diskutieren, die vor allem den Sozialisationsprozeß als politischen versteht.

Zudem werde ich versuchen, zu zeigen, daß in offiziellen Vorstellungen (in der Praxis und über politische Auseinandersetzungen vermittelt) innerhalb der historischen Entwicklung "besondere Kategorien" von Kindern (Problem der Kinderarbeit) den Gegenstand des Interesses bilden, ehe das Kind "allgemein" in den Vordergrund rückt (dies kommt auch programmatisch in internationalen Deklarationen zum Ausdruck).

Auf Basis der entwickelten Persönlichkeitstheorie und der allgemeinen Bemühungen zum "Wohl des Kindes" werden die Theorien um die Adoptionsproblematik dahingehend geprüft, inwieweit sie den grundsätzlich "problematischen Charakter" des Sozialisationsprozesses berücksichtigen.

Anhand dieser Theorien wird ersichtlich werden, daß eine spezifische Familienideologie vorherrscht, die Sozialisation nicht als gesellschaftliche ausweist.

Da die Sozialisation ausländischer Kinder unter den realen Verhältnissen der BRD abläuft, soll im zweiten Kapitel gezeigt werden, welche aktuellen Vergesellschaftungstendenzen festzustellen sind (staatliche Regulierung, Familienpolitik und -recht, Jugendhilferecht, Adoptionspraxis, Eltern- und Familienbildung).

Die allgemeine Möglichkeit, die Persönlichkeitsentwicklung an der erweiterten Reproduktion zu orientieren, schimmert in diesen Versuchen durch. Ich werde dies an alternativen Überlegungen (Kindergärten und Schule) konkretisieren.

Unter der oben skizzierten Prämisse, die die Wichtigkeit der Berücksichtigung internationaler Zusammenhänge betont, wird es im dritten Kapitel auf Basis der Ergebnisse des ersten und zweiten darum gehen, in theoretischer Weise eine Perspektive der gesellschaftlichen Sozialisation zu problematisieren.

Um dieses Ziel zu erreichen, scheint es sinnvoll zu sein, einmal Informationen über die gesellschaftlichen Verhältnisse in den Ländern der "Dritten Welt" zu entwickeln, zum anderen vorherrschende theoretische Widerspiegelungen dieser Verhältnisse kritisch aufzugreifen (interkulturelle Problematik, sogenannte Theorien der Friedenspädagogik, Vorurteilsforschung).

Um bestimmte (mögliche) auftretende Probleme innerhalb des Sozialisationsprozesses ausländischer Adoptivkinder zu lösen, werden einige Forschungsergebnisse referiert, die diesem Zweck dienlich sind (ethnische Vorurteile, bilinguale und bikulturelle Erziehung, Gastarbeiterkinder als Vergleich). Über diese Vorgehensweise soll eine Perspektive entwickelt werden, die die besondere Problematik des Sozialisationsprozesses - auf der Basis eines Konzepts gesellschaftlicher Sozialisation realistisch einschätzt (im Vergleich zum allgemeinen Sozialisationsprozeß und zur Situation "inländischer" Adoptivkinder).

1. Zur gesellschaftlichen Organisation von Sozialisation

Im folgenden Kapitel steht die Bemühung im Vordergrund, Sozialisationsprozesse und deren Widerspiegelungen im gesellschaftlich-historischen Kontext zu analysieren, um ein wissenschaftliches Konzept von Persönlichkeit zu entwickeln, welches in der Lage ist, die theoretischen Implikationen der Adoptionsliteratur zu beurteilen und alternative Überlegungen anzustellen.

Um zu bestimmen, welchen Inhalt gesellschaftliche Sozialisation (Familienerziehung als gesellschaftliche) meint, erwies sich die Überprüfung zweier wichtiger Hypothesen als wichtig:

Zum einen stellte sich die Frage, ob ein über die historische Entwicklung gesellschaftlicher Arbeit entstandener Sozialisationsbereich die Möglichkeit der theoretischen Analyse und damit der Organisierbarkeit von Sozialisation erst impliziert (Verhältnis von Abstraktion und Organisation, phylogenetische Begriffsentwicklung).

Zum anderen wird das Problem wichtig, ob sich Sozialisation als "Widerspiegelung von Organisation" begreifen läßt, d. h., ob Sozialisation als die individuelle Aneignung gesellschaftlicher Bedeutung unter organisatorischen Bedingungen verstanden werden kann.

Beide Hypothesen stehen insofern in einem Zusammenhang, als die adäquate theoretische Analyse der Wirklichkeit und seiner Möglichkeiten die Planbarkeit und gesellschaftliche(re) Organisation von Sozialisationsprozessen unter der Voraussetzung spezifischer gesellschaftlicher und politischer Bedingungen impliziert.

Das in diesem Kontext entwickelte Persönlichkeitskonzept erlaubt es, die gesellschaftliche Struktur, Funktion und Entwicklung der Sozialisation von Adoptivkindern (inländischer und ausländischer) in ihrem "problematischen" Charakter zu beurteilen.

1.1 Sozialisationstheorie und Sozialisationsprozeß im gesellschaftlich-historischen Kontext

In jeder Gesellschaft besteht das Problem, die gesamten Erfahrungen der Menschheit an die nächste Generation weiterzugeben, indem diese in die bestehenden Verhältnisse eingeführt wird,

Damit wird nicht nur im biologischen Sinne eine Art erhalten, sondern wird die gesellschaftliche Reproduktion auf einem bestimmten Stand der Organisation der Arbeit gesichert, d. h. die Produktion aller Lebensformen zur Erfüllung individueller und gesellschaftlicher Bedürfnisse.

Um genau erklären zu können, daß dieses Problem in unterschiedlichen Gesellschaften recht widersprüchlich gelöst wird (wenn auch immer fortschrittliche Tendenzen beobachtbar sind), müssen einige grundsätzliche Überlegungen vorangeschickt werden.

1.1.1 Allgemeine Überlegungen zur Sozialisationstheorie im Kontext von Wissenschaft

Die Vergesellschaftung von Reproduktions- und Sozialisationsprozessen über staatliche Aktivitäten gewinnt zunehmende Bedeutung.

Diese Entwicklung ist aber gebunden an die adäquate Analyse von gesellschaftlichen Prozessen, um Planungsmodelle aufstellen zu können, über die dann Veränderungen in Gang gesetzt werden können, welche zudem von

den Durchsetzungsmöglichkeiten wissenschaftlicher Konzepte über das gesamtgesellschaftliche, politische Kräfteverhältnis abhängen.

Auf der Basis des historischen Materialismus als allgemeiner Theorie der Soziologie ist es möglich, einem Tatbestand gerecht zu werden, den die Sozialwissenschaften von den Naturwissenschaften unterscheiden (Neumann 1974).

Der Forscher gehört dem Gegenstand, den er untersucht selbst an, d. h. die theoretische Analyse als Arbeitsprozeß unter sozialen Verhältnissen ist selbst abhängig von den gesellschaftlichen Verhältnissen. Die Erforschung der Sozialisationsprozesse durch die unterschiedlichen Sozialwissenschaften kann daher nicht allein im Kontext der Resultate wissenschaftlicher Produktion (Aussagesysteme, Theorien) erklärt werden, sondern die sozialen Voraussetzungen (Entstehungszusammenhang) von Wissensproduktion und ihrer Verwendbarkeit bzw. ihres Wertungscharakters (Funktion als Produktivkraft) muß mit einbezogen werden, um dem "stofflichen" Zirkel des Begründungszusammenhangs zu entgehen:

Ansonsten sind nämlich Erkenntnisse nur dann wahr, wenn sie qua Theorie gewonnen werden.

Unter Einbezug aller drei Dimensionen von Wissenschaft stellt sich dem Wissenschaftler die konkrete Aufgabe, sich unmittelbar in die politische Organisation gesellschaftlicher Praxis (demokratische Parteilichkeit) einzufügen (Tomberg 1973: 162).

Insofern sind dann "Erkenntnisse ... nicht deshalb wahr, weil und insofern sie den Interessen der Arbeiterklasse dienen, sondern sie dienen diesen Interessen, weil und insofern sie wahr sind" (Göbller 1972: 530).

Drei Dimensionen von Wissenschaft lassen sich kennzeichnen, die die Frage nach dem "Warum" durchaus nicht einer vergangenen Epoche wissenschaftlichen Denkens zurechnen, wie Watzlawick (1969, 1974) behauptet, für den es vor allem um das lediglich zu beobachtende "Wie" geht, fernab des Begriffs der "Objektivität".

Die Antizipation des Möglichen zur Veränderung von Wirklichkeit gerät ihm so lediglich zur Fortführung des Vergangenen und Bestehenden in der Zukunft (Krzymanski 1971, vgl. zum dialektischen Strukturbegriff: Laitko 1968).

Die Vernachlässigung der Frage nach dem "Warum" führt dann auch dazu, daß nicht erklärt werden kann, wie Sozialisation sich historisch erst zur Widerspiegelung von Organisation über die Entkopplung von Produktion und "Sozialisation" zu einem getrennten Bereich entwickeln konnte (Jahrbuch der Sozialarbeit 1976, 1975) und gleichzeitig erst die Notwendigkeit der systematischen Analyse und Planung von Sozialisation sich konstituierte.

"Wissenschaft ist ihrer eigenen sozialen Existenzweise nach als höchste Form der theoretischen Tätigkeit des Menschen ein besonderes Gebiet der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, welches soziale Beziehungen und wissenschaftliche Einrichtungen umfaßt; als Produkt der Erkenntnistätigkeit ist sie das aus der Praxis erwachsene, sich ständig entwickelnde System der Erkenntnisse über die Gesetze der Natur, der Gesellschaft und des Denkens, welches in Form von Begriffen, Aussagen, Hypothesen und Theorien fixiert wird und seiner sozialen Funktion nach als Produktivkraft der Gesellschaft und Grundlage der Leitung gesellschaftlicher Prozesse eine wachsende Beherrschung der

natürlichen und sozialen Umwelt ermöglicht" (Autorenkollektiv der Karl-Marx-Universität Leipzig, 1968: 86 f).

1) Wissenschaft als soziale Erscheinung

Auf dieser Ebene wird der Entstehungszusammenhang angesprochen. Wissenschaft als Prozeß, als Tätigkeit von Gruppen und Individuen ist ähnlich (nicht analog) wie die materielle Produktion auf die Erzeugung von Produkten, von Erkenntnissen gerichtet, welche in einem gesellschaftlichen Kontext stehen (Wahl des Forschungsobjektes, Art und Weise der Forschung, Umfang und Intensität der Erkenntnismöglichkeit).

2) Wissenschaft als Produkt der Erkenntnistätigkeit

Hier gewinnt Wissenschaft als System von Theorien und Methoden Relevanz, gerade über seine praktische Verwendbarkeit auf Basis der Ansammlung des menschlichen Wissens (Begründungszusammenhang).

Außerdem kann dann Wissen wiederum Ausgangspunkt für neue theoretische und praktische Überlegungen sein.

3) Wissenschaft als soziale Funktion

In dieser Dimension ist der Produktivkraftcharakter (Verwertungszusammenhang) von Bedeutung, welcher eine Wandlung des Wissenschaftsverständnisses in der Theorie von einer kontemplativen Anschauung zur bewußten Anwendbarkeit voraussetzt (Organisationswiderspiegelung). Der beabsichtigte Einsatz der Wissenschaft mit seinen Resultaten wird zum Ziel.

Es ist nun die Frage, von welchen Voraussetzungen eine Wissenschaftskonzeption ausgeht, die die Erforschung von Gesellschaft selbst von dieser als abhängig reflektiert.

Wie Zeleny (1962) dargestellt hat, kann dies nur ein Denkansatz sein, der über eine strukturell-genetische Methode versucht, Ontologie und Gnoseologie zu verbinden.

Dieses Vorgehen hat den Vorteil, einen bestimmten Praxis-Begriff zu implizieren (einen materialistischen), und von einer dialektischen Einheit der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Tätigkeiten der Individuen auszugehen und alle theoretische Tätigkeit als Bestandteil der gesellschaftlichen Praxis zu begreifen.

"Alles gesellschaftliche Leben ist wesentlich praktisch. Alle Mysterien, welche die Theorie zum Mystizismus veranlassen, finden ihre rationelle Lösung in der menschlichen Praxis und in dem Begreifen dieser Praxis" (MEW 3: 7).

Praxis ist demnach Geschichte, in der die Menschen ihr Leben selbst produzieren; sie ist tätige Anschauung, planvoll und bewußt und revolutionär, da abhängig von einer Produktionsweise.

Erziehungs- und Sozialisationsprozesse als Kombination von Tätigkeiten und unter Verhältnissen von Menschen sind Bestandteile dieser Praxis, aber gleichzeitig eine besondere, die durch die Regenerations-tatsache gekennzeichnet ist (Gröll, 1975).

Insofern konnte Bernfeld Erziehung als "die Summe der Reaktionen einer Gesellschaft auf die Entwicklungstatsache" bezeichnen (1967).

Jede Gesellschaft steht also vor dem Problem, über die Totalität der Tätigkeiten der älteren gegenüber der jüngeren Generation die neu produzierten Individuen in den Produktionsprozeß (d. h. in den Gesamt-reproduktionsprozeß) einzuführen, die Reproduktion zu bewerkstelligen.

Die materiellen Produktions- und Reproduktionsbedingungen (auf der Basis bestimmter PV, PM und PK)⁽⁷⁾ und ihrer sozialen, politischen, rechtlichen und ideologischen Momente (Produktionsweise als Totalität der gesellschaftlichen Reproduktion) sind ebenso wie die Erziehung Produkt und Voraussetzung von Praxis.

Dies ist der Kontext, in dem Sozialisationsforschung betrieben und beurteilt werden muß.

Das ist umso notwendiger, wenn die Reproduktion und Sozialisation (politische Reproduktion) widersprüchlich abläuft, weil Erziehung einer bestimmten Form gesellschaftlicher Reproduktion (im wesentlichen Produktion als Lösungsstruktur der Lösungsstrukturen) angepaßt werden muß.

Als Ausgangspunkt für die Einschätzung der Sozialisationsforschung stellt sich die Frage, unter welchen historischen Bedingungen (PK) sich die Forschung (auch bewußter) entwickelt.

Wissenschaft muß dann als gesellschaftliche Produktivkraft analysiert werden, der es um mehr geht, als um die Erfassung von Wissen um Natur, da sich in ihrem Charakter auch die Art und Weise der Reproduktion, d. h. des Vergesellschaftungsgrades bestimmen läßt (Hagemann-White, Wolff 1975).

Sozialisation und Erziehung (deren Übergänge fließend sind, da jede menschliche Entwicklung die Entwicklung gesellschaftlich bestimmter Menschen ist) als Vergesellschaftung verweist auf die grundlegendste Aufgabe der Herstellung und Wiederherstellung der Arbeitskraft (arbeitsteilige Fähigkeiten) und der Herausbildung von Verhaltenssicherheit über die individuelle Aneignung von gesellschaftlichen Bedeutungen.

Auch in der Dialektik von Sozialisation als Anpassung und Selbstverwirklichung unter widersprüchlichen Verhältnissen (oder gerade deswegen) wird es immer mehr erforderlicher, die Vermittlung von Fähigkeiten zur Reproduktion des Lebens als öffentlich-gesellschaftliche zu organisieren.

"Erziehungsarbeit (ist) vor allem organisatorische Arbeit" (Makarenko, zitiert in: Das Kind, S. 112). Immer mehr öffentlich-gesellschaftliche Erziehungsprozesse müssen zur Ansammlung öffentlich-gesellschaftlichen Wissens organisiert werden. Sozialisation wird also immer mehr vergesellschaftet.

Unter Vergesellschaftung kann man das Gesellschaftlich-Werden von Prozessen und Verhältnissen verstehen:

Die an sich schon immer vorhandene gesellschaftliche Formbestimmtheit der Lebensprozesse der Menschen wird zu bewußter, organisierter Gesellschaftlichkeit, womit sich auch der Grad der wirklichen Unterordnung einer Tätigkeit unter die Verhältnisse gegenseitiger Abhängigkeit in der Reproduktion des Lebens und der Grad der Subsumtion unter den interdependenten Reproduktionszusammenhang aufzeigen lassen.

Sozialisationstheorie hätte dann die Produktion des menschlichen Lebens als Tätigkeit der Produzenten bewußt zu machen, was die ideologiekritische Analyse der theoretischen Inhalte mit einschließt. Ebenso müßte sie begriffene, d. h. nicht-statische Erfahrung ermöglichen, indem sie die Praxis in ihrer Dialektik, ihrer Möglichkeit zu erkennen versucht.

1.1.1.1 Zum Verständnis von Sozialisationstheorie im System wissenschaftlicher Arbeit

"Im Begriff Sozialisation konvergieren die Versuche einiger Wissenschaftler, Voraussetzungen und Verlauf jenes Prozesses zu klären, währenddessen der nur mit rudimentären Instinkten geborene Mensch allmählich die Verhaltenssicherheit eines Erwachsenen erwirbt und dabei psychisch wie sozial die Fähigkeit gewinnt, als Individuum zum arbeitsteiligen Reproduktionsprozeß der Gesellschaft beizutragen" (Pressel 1970: 124).

In der Umschreibung von Pressel kommen zwei Aspekte zum Tragen:

Einmal erhält das Phänomen "Sozialisation seine Bedeutung in mehr oder weniger interdisziplinärer Weise durch die theoretische Analyse des beschriebenen Vorgangs, zum anderen wird der Prozeß der Sozialisation nicht nur "Stofflich" (als allgemein-menschlich für jede Gesellschaft geltend, sondern auch in seiner gesellschaftlichen Formbestimmtheit erfaßt (Verhaltenssicherheit und arbeitsteilige Fähigkeit).

Unter diesem Blickwinkel soll im folgenden Abschnitt die Bedeutung der Sozialisationstheorie im Wissenschaftsbereich analysiert werden.

1.1.1.1.1 Der problematische Charakter der Wissenschaft in Forschung und Ausbildung

Wissenschaftliche Arbeit als Produktivkraft (Funktionalität) gewinnt heute eine entscheidende Bedeutung für die Verwissenschaftlichung, damit Demokratisierung von Produktion und Reproduktion (wissenschaftlich-technische Revolution) unter den Bedingungen ihrer eigenen Vergesellschaftung (vgl. Wolkow 1970; Bernal 1970; Krysmanski 1975).

Ausschlaggebend ist das Verhältnis zwischen Prozeß und Resultat als Systemmoment wissenschaftlicher Praxis (Rilling 1975).

Geistige oder ideelle Arbeit lassen sich nach Marx (Theorien über den Mehrwert) nur über die strukturelle Ähnlichkeit mit der materiellen Produktion analysieren, die die Grundform abgibt. Obwohl die "stoffliche" Charakterisierung (Gegenstandsbezug über konkrete Arbeit) ein notwendiger Schritt ist (Dobrow 1970), muß Wissenschaft in ihrer Doppelbestimmtheit unter gegebenen Verhältnissen (Konfliktualität im Arbeitsprozeß als konkretem und abstraktem) analysiert werden.

Als stoffliche Arbeit mit ihrem gegenständlichen Charakter zielt wissenschaftliche Arbeit auf eine ideelle Aneignung von Erkenntnisobjekten ab, um Informationen zu erhalten (Originalproduktion). Im Gegensatz zur materiellen Arbeit wird keine Formveränderung bewirkt, Naturstoff wird nicht verändert (Rilling 1975).

Es handelt sich hier quasi um ein Verhältnis zwischen Arbeit und Natur: Um einen natürlich-geschichtlichen Zusammenhang, in dem die natürliche Situation als geschichtliche den Vergegenständlichungsprozeß enthält (Gesellschaftskritische Wissenschaftstheorie 1974).

Es existiert ein Konflikt zwischen Arbeitsgegenstand und -mittel, der die Arbeitskraft veranlaßt, sich anzustrengen (Produktivkraft), wobei historisch betrachtet unterschiedliche Gegenstände und Beziehungen/Verhältnisse realisiert werden (vgl. Kuhn 1973).

Zur Analyse des Arbeitsprozesses sind Erkenntnisse über Natur und Gesellschaft erforderlich, die eine permanente und historisch variable Kombination von lebendiger Arbeit (Teil des gesellschaftlichen Ge-

samtarbeiters) und sachlichen Produktionsmitteln erzwingen (Leisewitz).

Wissenschaft als Produktivkraft kann daher als theoretisches Wissen und Qualifikation der Arbeitskraft und in vergegenständlichter Form als Produktionsmittel bestimmt werden.

Das zentrale Problem wissenschaftlicher Theorie besteht darin, soziale und kognitive Elemente zusammenzubringen, was auf die Untersuchung der Formbestimmtheit verweist, d. h. die Produktionsverhältnisse geraten in den Blick (Methodologie-Problem).

Es läßt sich dann zeigen, wie sich die sozial-historische Form (d. h. nicht bloß der soziale Charakter als Gesellschaftlichkeit von Wissenschaft, vgl. auch Kuczynski 1972) und die ökonomische Formbestimmtheit des vergesellschafteten Produktionsprozesses in sozialen Verhältnissen aktualisiert. Ökonomische Formbestimmtheit verweist nicht auf die Produktionsverhältnisse als solche, sondern auf bestimmte historische PV (Formationsspezifik), d. h. auf den gesellschaftlichen Charakter der Produktion bei gleichzeitiger privater Aneignung der Produkte (Monopolisierung und Kapitalisierung) und auf die Verbindung zwischen lebendiger Arbeitskraft und toter Arbeit (Produktionsmittel).

Vermittelt über die Produktionsmittel, die der Aneignung des Mehrwerts dienen, konstituiert sich das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital.

Die Vergesellschaftung von Wissenschaft läßt sich dann über die Realsubsumtion unter das Kapital in seiner Selbst- und Fremdbestimmung wie folgt begreifen:

- als Teilbereich gesamtgesellschaftlicher Arbeitsteilung (polit-ökonomisch),

- als Teilbereich gesellschaftlicher Tätigkeit als System sozialer Verhältnisse einschließlich seiner Entwicklungs- und Realisationsformen (historischer Materialismus).

Damit stehen die Verwissenschaftlichung der Produktion als Kapitalisierung und die Vergesellschaftung der Wissenschaft als Monopolisierung im Mittelpunkt der Analyse, was sich innerhalb der Wissenschaftspolitik als größer werdende Verquickung von Staat und Kapital (Großforschung) und innerhalb eines Wissenschaftsimperialismus in der Konzentration der Forschung auf die Rüstung beschreiben läßt. Im Gegensatz zu einer Sozialisierung der Produktion verweist eine Kapitalisierung auf das Verschwinden des Gebrauchswertcharakters von Resultaten zugunsten des Profitcharakters der Produktion fürs Kapital.

Unter Monopolisierung als Form der Vergesellschaftung von Wissenschaft (vgl. auch Rauter 1977: 156) versteht Rilling "den Prozeß der privaten Aneignung fremder, d. h. nicht innerhalb des im Rahmen der jeweiligen eigenen waren- und mehrwertproduzierenden Wirtschaftseinheit angelegten Forschungskapitals verausgabten wissenschaftlichen Arbeit vermittelt ökonomischer und außerökonomischer Mittel auf der Grundlage einer Konzentration und Zentralisation von Forschungskapital auf hoher Stufenleiter" (Rilling, in: Gesellschaftskritische Wissenschaftstheorie, Bd. 1, 1974: 149).

Aufgrund der Widersprüche der PV erscheinen sowohl in der wissenschaftlich-technischen Qualifizierung als auch in der Verwissenschaftlichung der Produktion konkret-historische Widersprüche auf. Dabei unterscheiden sich die Natur- von den Gesellschaftswissenschaften. Jene produzieren Wissen, das über die Gesellschaft von "außen" getragen wird,

weswegen die Lohnarbeit eine spezifische Rolle spielt.

Diese müssen - da doppelbestimmt - die klassenspezifischen Erfahrungen zur Veränderbarkeit des Gegenstandes mit einkalkulieren.

Die entwickelten Gedanken lassen sich über eine kurze Bestandsaufnahme des politischen (Organisation) und imperialistischen Charakters (ökonomischer Bezug) von Wissenschaftsforschung als Produktion (und Ausbildung) stützen.

Zur Wissenschaftspolitik

Die Wissenschaftspolitik drückt sich heute verstärkt in der spezifischen Verquickung von Staat und Kapital aus.

Die reale Entwicklung zeigt sich in der Etablierung von Großforschungsanlagen und einer schrittweisen Zerschlagung der Grundlagenforschung (an den Hochschulen).

In der Entwicklung von FE-Prozessen, in den sich auch die Arbeitsverhältnisse revolutionierten (Kievenheim 1974), erfolgte zuerst einmal eine Trennung zwischen angewandter (Industrieforschung) und traditioneller Grundlagenforschung, dann die Kombination von Grundlagenforschung, angewandter Forschung und technischer Entwicklung in Großforschungseinrichtungen (innerhalb der Sozialwissenschaften in spezifischen Instituten).

Da die Monopole die notwendigen Kosten nicht decken können, muß der Staat einspringen: Die Kosten werden sozialisiert und die Resultate privat angeeignet.

Die staatlichen Steuerungsfunktionen haben sich etwa wie folgt entwickelt (Rilling 1974):

- Gründung des Bundesministeriums für Atomfragen 1955 durch Strauß,
- Entstehung der Deutschen Atomkommission 1966 (industrielle Beratungsfunktion),
- Steigerungsrate der wissenschaftlichen Ausgaben von 1955 bis 1961 um 1500 % (Bund) und 224 % (Land),
- Aufwendung von 50 % der nationalen Ausgaben für die FE durch die "öffentliche Hand",
- Förderung der Programme des Wissenschaftsrates, des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung und der "Allgemeinen Wissenschaftsförderung" (seit 1966 v. a. an der Hochschule) über etwa 5 Mrd. DM (1962 - 1965),
- Sprengung der Hochschulforschung als Vertragsforschung durch staatliche Aktivitäten,
- Gründung von "Sonderforschungsbereichen" als Auffangmechanismen (Rüstung, Qualifikation der Arbeitskraft),
- Forschungsverbund zur Stützung von kleinen Kapitalien.

Zum Wissenschaftsimperialismus

Die Bestimmung des Charakters von Wissenschaft in der Forschung muß davon ausgehen, daß Unsummen für militärische Zwecke und technologische Erkenntnisse ausgegeben werden, die taktisch die Wissenschaftsentwicklung regeln (Kuczyński 1973).

Die Grundlagenforschung als Strategie hat darunter gelitten, wenngleich in den USA vornehmlich aus militärischen Gründen Grundlagenforschungen gefördert

wurden. Ideologisch wird viel vom potentiellen Nutzen der Militärforschung berichtet, gerade in Bezug auf mögliche Ergebnisse für die Zivilforschung.

Dagegen wurde im "Project Hindsight" für die Jahre 1945 - 1965 festgestellt, daß lediglich 5 % der militärischen für die zivile Produktion von Nutzen sei (vgl. Naumann 1970).

Die Ergebnisse der Rüstungsforschung lassen sich aber - rein aus Kostengründen - nicht so leicht für zivile Zwecke verwenden; abgesehen davon, daß sie vor allem auf wirksame Destruktivität zielen und Kosten im Gegensatz zur Zivilforschung keine Rolle spielen (vgl. die relativ unkomplizierte und zeitlich schnelle Bewilligung von Finanzen in diesem Sektor).

Denn auf der Basis von hochorganisierten Produktionseinheiten ist die militärische und Zivilforschung nicht mehr beliebig austauschbar. Dazu kommt als Hinderungsgrund das "private" Verhalten des Naturwissenschaftlers und seine Unkenntnis der sozialwissenschaftlichen Methodik (Krauch 1970: 36 f).

Der Mangel an Entwicklung in Richtung einer politisch-sozialen Revolution verhindert die Entfaltung des Gebrauchswertcharakters von Wissenschaft. Ohne zu spekulieren, kann vermutet werden, daß die Bevölkerung keine Einsicht in die Realität eines militärisch-industriellen Komplexes erhält, wenn auch relativ eindeutige Vorstellungen über einen Prioritäten-Katalog vorhanden sind. Klaus Schreiber hat einen repräsentativen Teil der Berliner Bevölkerung dazu veranlaßt, zwölf Forschungsbereiche in einer Rangfolge aufzulisten. Aus der Einstufung wird ersichtlich, daß ein großer Teil der Befragten Forschung im Bereich der Atomwissenschaft, des Militärs, der Datenverarbeitung und der Weltraumforschung sowie der Raumfahrt nicht als so notwendig erachtet wie Forschungen auf medizinischem und sozialem Gebiet (80 % befürworteten dies) (Krauch 1970: 14 ff). Diese undemokratische, ideolo-

gische Haltung gegenüber der Meinung der Bevölkerung drückt Scherf in einer Rede des DVT ganz unmißverständlich aus (1968).

Wissenschaftsintern wird eine Politisierung seitens der inzwischen der Tendenz nach immer größer werdenden Zahl an lohnabhängigen Wissenschaftlern durch den nicht vorhandenen Informationsfluß eingeschränkt (Bernal), d. h. 50 % der Wissenschaftler innerhalb der Rüstungsindustrie und 20 % innerhalb der Zivilindustrie sind dazu verpflichtet, keine Forschungsergebnisse weiterzugeben, und sind angehalten, nicht über Forschungsprobleme zu diskutieren, wenn es auch "rühmliche" Ausnahmen gibt (Galtung über das Project Camelot).

Die rechtliche Absicherung der Großforschung über die GmbH als Form des Privatrechts, tut ihr Übriges zur mangelnden Mitbestimmung seitens der beteiligten Wissenschaftler.

Gehen wir davon aus, daß wissenschaftliche Arbeit ursprünglich schöpferische Arbeit mit individuellem Charakter ist (wenn auch sozialen Inhalts), so müßte dieses Potential eigentlich zu solidarisieren sein; d. h. aber auch, daß bestimmte Formen jetziger kooperativer Arbeit auf Basis ihres Tauschwertcharakters durchaus nicht fortschrittlich sind (Team-Work).

Es ist interessant, wie die Entwicklung in der BRD über diese Argumentationsbasis einzuschätzen ist. Die BRD befindet sich nämlich aufgrund ihrer außenpolitischen und militärischen Schwäche in einer gesellschaftlichen Situation, in der nur die Erhöhung des Forschungspotentials die Konkurrenzfähigkeit sichern kann.

Folgende Äußerungen belegen dies:

Nach Strauß' Rede vor dem wehrpolitischen Arbeitskreis der CSU im Jahre 1966 trägt das Forschungspotential dazu bei, das Gleichgewicht zwischen wissenschaftlichen, militärischen Machtmöglichkeiten und dem politischen Führungsanspruch herzustellen (Wehr und Wirtschaft, 4 / 1966: 210). Auch aus dem Vorwort von Strauß zum Buch "Die amerikanische Herausforderung" geht dies eindeutig hervor. Die strukturelle Reform des Wehrbudgets und die finanzielle Anhebung der Ausgaben für militärische FE werden gefordert (Servan-Schreiber 1968).

Altnazi K. Fischer (ehemalig in Abteilung T) hält Bildung, Wissen und Handfertigkeit für wichtig, um den "Lebensraum eines Volkes" zu verteidigen und seine Lebensform zu stabilisieren (Wehr und Wirtschaft 4 / 1965: 179).

In diesem Zusammenhang stellt Schrader (westdeutscher Vertreter der NATO) folgende Kausalkette her: Militärische Stärke - Außenpolitik - internationale Beziehungen (Wirtschaft und Wissenschaft, 5 - 6 / 1964: 2).

Nach Scherf (seine Rede stellt wohl das bedeutendste Dokument des Wissenschaftsimperialismus dar) müssen die Bildungsausgaben auf Kosten des Konsumverzichts des kleinen Mannes vergrößert werden, um ein Volk von Wissenschaftlern und Ökonomen zu schaffen (1968: 1468 - 1475).

Um die Grenzen aber nicht zu überschreiten (in diesem Kontext ist auch die Produktion und Aneignung von Solzialisationstheorie zu sehen), muß eine Ideologisierung erfolgen, was nur über eine Orientierung an den positivistischen Naturwissenschaften, über die

Abwehr der Autonomieansprüche der Universität und die Zerschlagung der Grundlagenforschung der Hochschule geschehen kann (vgl. die Kritik an der Gruppenuniversität durch den "International Council on the Future of University", in: MZ, Fr., den 24. 6. 1977).

In der Konsequenz bedeutet diese wissenschaftsimperialistische Entwicklung folgendes:

- Forcierung eines "autoritären Wohlfahrtsstaates" in der Einheit von Staat, Wissenschaft, Ökonomie (Scherf 1969),
- Stabilisation von internationalen Beziehungen über die Stärkung von Systemen wie die Weltwährung (Menke-Glückert 1968: 18)
- Bekämpfung nationaler Befreiungsbewegungen zur Abwehr des Sozialismus ("counter-insurgency"-Programme) (Horlemann 1968),
- Ausnutzung des nationalen Forschungspotentials der Dritten Welt, d. h. Abwerbung der dort ausgebildeten Wissenschaftler (bis zu 90 % wandern ab) (atomzeitalter 3 / 67: 153),
- Institutionalisierung von FE-Einrichtungen in diesen Ländern selbst (IK v. 29. 4. 1969),
- Verbreitung politischer Theorien und Ideologien in der Dritten Welt (CDU in Chile; Goethe-Institut)
- Gewährung von augenscheinlich neutralen Entscheidungshilfen und technischen Know-Hows (Deppe-Wolfinger 1966: 203 ff),
- Export von Zukunftskapital (Atomreaktoren in Brasilien (IK v. 10. 4. 1969)).

Im dritten Kapitel, in dem die gesellschaftliche Situation der "Dritten Welt" im internationalen Zusammenhang analysiert wird, wird das System des Wissenschafts- und allgemein des Imperialismus auf einer anderen Ebene thematisiert werden, die dazu dient, die Herkunftsländer der Adoptivkinder in ihren gesellschaftlichen Verhältnissen einschließlich der offiziellen Theoriebildung zu erfassen.

1.1.1.1.2 Zum Verhältnis von Abstraktion und Organisation in der wissenschaftlichen Ausbildung

Es konnte gezeigt werden, daß durch die Entwicklung der Wissenschaftsforschung als Wissensproduktion entscheidende gesellschaftliche Bereiche, die zu erfassen und planbar zu machen wären, vernachlässigt werden, weil eindeutige Prioritäten zum Zweck der Profitmaximierung gesetzt werden⁽⁸⁾. Daher kann festgehalten werden, daß sowohl in der Krise wie in der Hochkonjunktur die Kosten für das Bildungssystem gekürzt werden. Problematisch wird die Angelegenheit dann, wenn eine neue und andersartige Qualifikation erforderlich wird, obwohl weder finanzielle und organisatorische Mittel noch wissenschaftliche Modelle zur Änderung vorhanden sind.

Über die Analyse der wissenschaftlichen Ausbildung an der Hochschule im Bereich der Sozialwissenschaften kann erfaßt werden, welche Chancen sich unter diesen widersprüchlichen gesellschaftlichen Bedingungen und unter progressiven Trends für die Aneignung von Theorie als gesellschaftlicher Praxis ergeben können.

Sozialisationstheorie gewinnt dabei gerade für den Ausbildungssektor und seine Vermittlungsprozesse an Bedeutung, nicht allein (wie in der Anfangsphase)

für reale und konkrete Sozialisationsprozesse (z. B.) in der Familie.

Die wissenschaftliche Ausbildung soll als Bestandteil wissenschaftlicher Praxis (Theorie als Praxis) und im Rahmen des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses (vgl. Gröll) analysiert werden, wo sich eine integrierte Sozialwissenschaft mit interdisziplinärem Charakter anbahnt und sich somit die Frage nach einer "allgemeinen Theorie" zuspitzt. Besonders seit der Rekonstruktionsperiode, d. h. seit der Rezession 1966/7 (der Zustrom an qualifizierten Arbeitskräften aus der DDR bis 1961 hat die Entwicklung nur verzögert) wird es immer erforderlicher, den gesamten Reproduktionsbereich zu vergesellschaften und zu verwissenschaftlichen. Die veränderten Qualifikationserfordernisse (vgl. Masuch 1972) verlangen nach einer Umstrukturierung der wissenschaftlichen Ausbildung, wobei sich allerdings der Reformeifer in Disziplinierungsakten über administrative Verwaltung totgelaufen hat und man kaum von Zentralisierungserscheinungen reden kann. Unter der Voraussetzung, daß im Ausbildungssektor nicht nur abstraktes Wissen angeeignet wird (Begriffe wissenschaftlicher Art), sondern auch Verhaltensweisen (Sozialisation), ist es wichtig, zwischen zwei Dimensionen zu unterscheiden, die konflikthaft vermittelt werden:

- zwischen der Reproduktion der Arbeitskraft (Qualifikation),
- zwischen der Ausbildung des Einzelnen (Sozialisation).

Von daher läßt sich die Frage nach der Aneignenbarkeit von Theorie in ihrer sozialen Allgemeinheit, d. h. nach der Herstellungsmöglichkeit der sozialen Identität von Theorie und Praxis stellen.

Probleme wie die Anwendbarkeit von Wissen, das Erlernen von solidarischem Verhalten, demokratische Effizienz in der Parteilichkeit für gesellschaftlich-objektive Interessen werden akut.

Um im Bereich theoretischer Arbeit (Arbeit als Aneignung von Arbeit) soziale und kognitive Faktoren "fortschrittlich" in ein Verhältnis zu setzen, gewinnt die Analyse der Vermittlungsprozesse an Relevanz (Theorie als Konflikt):

Über das Verhältnis von Abstraktion (Theorie) und gesellschaftlicher Organisation (theoretische Arbeit und Aneignung von Wissen als gesellschaftliche Praxis), in dessen Mittelpunkt der zentrale Begriff der Bedeutung steht (Leontjew 1973), ergibt sich gerade für die Analyse des Bedeutungswandels von Sozialisationstheorie eine neue Möglichkeit.

Es gilt also, die theoretische Arbeit im Zusammenhang von konkreter Arbeit (Differenzierung, die mit der Arbeitsteilung gesetzt ist) und von abstrakter Arbeit (aus vollzogener Trennung zwischen geistiger und körperlicher Arbeit) zu bestimmen, wie es in der Dissertation von B. Hülsmann konkretisiert wird (1975).

Damit können die Begriffe, die dieses Verhältnis von gebrauchswertschaffender und tauschwertschaffender Arbeit (konkreter und abstrakter Arbeit) in seinen materiellen und ideellen Momenten darstellen, wie folgt definiert werden (Problem der phylogenetischen und ontogenetischen Begriffsentwicklung:

Die Arbeit muß historisch schon einen bestimmten Allgemeinheitsgrad erreicht haben, damit gesellschaftliche Verhältnisse begrifflich abgebildet werden können):

- Konkrete Begriffe (stofflich, d. h. materiell-inhaltlich) sind "die konkreten Kategorien materieller Gegenstände als subjektives Verhältnis zum bezeichneten

- Gegenstand, d. h. sie widerspiegeln spezifische Verhaltensdispositionen, die die Konsequenzen der Verwendung des Gegenstandes im Rahmen arbeitsteiliger Funktion sind. Das geht von der spezifischen Wahrnehmung des Gegenstandes als identischem oder ähnlichem bis zur Speicherung von Verhaltensdispositionen hinsichtlich des Gebrauchs- bzw. Tauscherts" (B. Hülsmann: 266/7).
- Abstrakte Begriffe (methodisch-historisch, organisatorisch) "spiegeln die historisch konkreten Verhältnisse als Präzisierung und Bezeichnung der spezifischen historischen Form dieser Zusammenhänge wider. Sie sind damit die Bezeichnung der historisch konkreten Formen von Verhältnissen zwischen Menschen, zwischen Dingen und zwischen Menschen und Dingen" (ebenda) (Formbestimmtheit).

Es geht also darum, nicht nur Wissenschaft in ihrer Funktion als Ausbildung über die inhaltlich-kognitive Seite zu erfassen, sondern auch als soziales System/ soziale Situation mit ihren methodischen (historischen) und organisatorischen Funktionen zu begreifen, um die Identität von gesellschaftlicher und theoretischer Arbeit herzustellen (soziale Identität, Sozialität, soziale Allgemeinheit als Organisiertheit) (Gesellschaftskritische Wissenschaftstheorie 1974, Bd. 2, 203 ff).

Prozesse theoretischer Arbeit als Metaprozesse gesellschaftlicher Arbeit (die auch Herrschaft reproduzieren) haben sich über Arbeitsteiligkeit (Verhältnis zwischen Arbeitsgegenstand, Arbeitsmittel und Arbeitskraft) entwickelt.

Es entstanden zwei Metastrukturen:

- in Bezug auf die Produktion (Theorien und Technologien),
- in Bezug auf die Reproduktion (Arbeitskraft, soziales Verhalten).

Dabei gründet die spezifische Allgemeinheit von Theorie in der je spezifischen Organisiertheit als soziale Allgemeinheit der theoretischen Produzenten bzw. Reproduzenten.

Neben den inhaltlichen Momenten (Resultate) bestimmt sich die Methode (sowohl Arbeitsverfahren des theoretischen Prozesses, als auch gleichzeitig von normativem Charakter) als doppelte Allgemeinheit (historisch-inhaltlich, sozial-gesellschaftlich).

Bezogen gerade auf die repressiven Bedingungen in der BRD im Ausbildungssektor können sich über den Widerspruch von Allgemeinheit und Aneignenbarkeit (autoritäre Organisationsformen) restriktive Formen der Sozialisation entwickeln. Inhaltliche und soziale Allgemeinheit können konfliktuell werden, die theoretische als soziale Allgemeinheit kann mit sozialer Allgemeinheit in Konflikt geraten, so daß soziale Identität als die Identität gesellschaftlicher Arbeit nicht aufkommen kann (solidarisch-kollektives Bewußtsein). Denn die soziale Allgemeinheit kann sich in der Besonderheit und der relativen Beliebigkeit theoretischer Prozesse neutralisieren.

Das mögliche Ziel der Ausbildung liegt darin begründet, die Vermittlung theoretischer und gesellschaftlicher Arbeit mit dem praktischen Ziel der sozialen Solidarität zu verwirklichen (über organisierte Allgemeinheit).

Theorie muß demnach "sozialisiert" werden (Orientierung von Theorie an Sozialität), wobei Theorie ein Faktor sozialer Situationen ist (Begriff von Bedeutung), die die konkrete Konfliktualität dieser Gesellschaft darstellen - über die Etablierung einer Meta-Situation (über die Bildung von wissenschaftlichen Begriffen).

Daß Theorieproduktion und -aneignung und Sozialisation zusammenhängen, führt uns zum Begriff "Bedeutung", d. h. Sozialisationstheorie und Sozialisation können als theoretische Widerspiegelung und Aneignung von Bedeutung verstanden werden.

B. Hülsmann versucht, die "Funktion von Bedeutung" der Sozialisationstheorie - auf Basis einer Theorie der phylognetischen und ontogenetischen Begriffsentwicklung - aufzuzeigen (Vgl. Leontjew 1973; Kon 1971; Sève 1973; Wygotski 1969).

Das Problem wird unter der Voraussetzung angegangen, daß die formalen Bedingungen des konkreten Ausbildungsprozesses mit der theoretischen Auseinandersetzung in diesem Prozeß "zusammenhängen" (historisch und gesellschaftlich).

Die soziale Organisation von Abstraktionsprozessen in puncto Sozialisationsprozesse wird im Rahmen von Wissenschaft wichtig, d. h. die Konkretisierung im Fall "Sozialisation" wird bedeutungsvoll.

Hülsmanns Hypothese, daß Begriffe (bestimmbar über die arbeitsteiligen Produktionsmethoden) die gesellschaftliche Organisation von Zusammenhängen (gesellschaftliche Verhältnisse) widerspiegeln, versucht er vor allem über die Analyse der sozialen Vermittlungsglieder zu erläutern, was vor allem auf den eben erwähnten zentralen Begriff der Bedeutung verweist.

Bedeutung ist dabei die Bezeichnung des Zusammenhangs zwischen der durch die gesellschaftlichen Verhältnisse vermittelten Situation (Symbol/Objekt) und den auf diese bezogenen subjektiven Fähigkeiten (bestimmt durch den Stand der Produktivkräfte) als subjektive Widerspiegelung konkreter Arbeit der gesellschaftlichen, organisatorischen Bedingungen.

Als theoretisches Konzept ist die Bedeutung in diversen Stellungnahmen zum Thema erfahrbar (allgemeine Konzeption der Bedeutung der Bedeutung), d. h. über Handeln und Sprechen, wobei Bedeutung immer als abstrakter Begriff und Verhaltensorientierung angeeignet bzw. gelernt wird.

Sozialisation als Sozialisationstheorie ist dann eine konkrete Form der Produktion bzw. Reproduktion, die bedeutungsvoll ist.

Angesprochen sind die strukturellen Bedingungen der Entwicklung von Arbeitsfähigkeit und Verhaltenssicherheit über die Faktoren Bewußtsein (Aufsteigen zum Konkreten) und materielle Bedeutung (Absteigen zum Abstrakten).

Sozialisation abstrakter Kategorien ist an die Erfahrung der gesellschaftlichen Organisation des bezeichneten Zusammenhangs gebunden, wobei Orientierungen im Kontext der Aneignungsprozesse der Ausbildungssituation angeeignet werden (Organisationsniveau-Inhalte der Lernprozesse-Lernerfolg). Somit implizieren Organisation und Abstraktion identische Erfahrungen realer gesellschaftlicher Zusammenhänge, die in organisierten Prozessen vermittelt werden müssen. Heute ist eine Entwicklung maßgebend, die von der quantitativen Produktion individueller Theoretisierung zur adäquaten Form der Reproduktion der konkreten Gesellschaft als Kapitalismus führt und damit Wissenschaft so entwickelt, daß sie zur demokratischen Entwicklung von Gesellschaft beiträgt bzw. sie auch impliziert.

Werden demnach in der Ausbildung sozialisationsrelevante Kenntnisse entwickelt, so sind Organisationsformen zu suchen, die es erlauben, die Inhalte (und die bestehende Form der Vermittlung) mit der gegebenen Situation an der Hochschule, mit der möglichen Arbeit in einem Praxisfeld (Projekt) und mit der

zukünftigen Situation als Lohnabhängiger zu konfrontieren.

Gerade die wissenschaftliche Arbeit in ihrer Spezifik als "allgemeine Arbeit" erlaubt es, auch in der Aneignungssphäre von Wissen, das individuelle Verhalten auf die "allgemeinen Verhältnisse" zu beziehen - über kollektiv-kooperative Organisationsformen (Demokratisierung).

In diesem Zusammenhang sind didaktische Prinzipien in ihrer Stellung zwischen Theorie und Strategie zu sehen, welche wissenschaftliche Erkenntnisse aus kapitalistischen Verwertungsbedingungen herauszulösen imstande sind (H. Hülsmann 1972).

Wissenschaftsforschung muß daher außerhalb der kapitalistischen Bedingungen über eine bestimmte Organisation von theoretischen Konflikten gegen Herrschaftswissen betrieben werden.

1.1.1.2 Zur inhaltlichen Einschätzung offizieller Sozialisationstheorien

Diese ausgesprochene Chance läßt sich an der Entwicklung und der Funktion von Sozialisationstheorie für den Ausbildungssektor analysieren.

Als Hypothese läßt sich in diesem Rahmen der Argumentation folgender Zusammenhang darstellen:

- Theorien über Sozialisationsprozesse sind in ihrer Deskription und Erklärung realer Prozesse nicht allein über ihren stofflichen Gegenstandsbezug zu bestimmen.
- Sie sind nicht nur ein unvermittelter Reflex auf Entwicklungen, Strukturen und Krisen außerhalb des institutionalisierten Wissenschaftsbetriebs.

- Theorien werden auch vermittelt über eine spezifische Ausbildungssituation und deren Erfordernisse.

Als theoretische Praxis haben sie also auch eine Funktion innerhalb und für die Ausbildung von Arbeitskraft-Qualifikationen und dementsprechende soziale Verhaltensweisen.

- Von daher liegt der Zusammenhang von Theorie und Praxis in der Produktion und Aneignung der sozialen Allgemeinheit, in der Konfrontation des eigenen Qualifikations- und Sozialisationsprozesses innerhalb der Ausbildung mit der gesellschaftlichen Situation der Lohnabhängigen und der eigenen zukünftigen Berufssituation.
- Der Vorteil dieses Gedankens besteht darin, daß der Ausbildungsprozeß nicht als ein von gesellschaftlicher Praxis unterschiedener theoretischer Bereich aufgenommen wird, sondern als eben solche Praxis.

In der wissenschaftlichen Ausbildung werden Individuen qualifiziert und sozialisiert (Aneignung von Begriffen und Verhaltensweisen), die - bezogen auf mein Thema - in die Lage versetzt werden sollen, Sozialisierungsprozesse wissenschaftlich zu begleiten.

Die Doppelbestimmtheit zwischen der Rezeption von Inhalten und gleichzeitiger Aneignung von Verhaltensmöglichkeiten unter organisatorischen Bedingungen (Aneignung von Sozialisationstheorie und Sozialisationstheorie als Sozialisation) können Konflikte schaffen, die progressiv aufgelöst werden müssen.

Sozialisationstheorie als Organisationsbezug von Lerntheorie bietet eine Möglichkeit, den Erkenntnissen als Produktionsprozeß (soziales Handeln) zu begreifen, eine Studienreform als Lernprozeß zu organisieren.

Unter dem Verwertungs- und Anwendungsaspekt (Funktionalität), unter Bezugnahme auf historische und organisatorische Bedürfnisse hat sich die Beschäftigung mit Sozialisation in mehrfacher Hinsicht bewährt, was jedoch kritisch abgenommen werden muß:

- 1) Über die Analyse des Individuums kann versucht werden, gesellschaftliche Wandlungsprozesse zu erklären, was gleichzeitig das der Soziologie ureigenste Problem der Vermittlung von Statik und Dynamik berührt (Tjaden).
- 2) Über das Erkennen der Funktionalität soziologischer Theoriebildung können mögliche und reale Krisen über die Ideologie des Individuums aufgelöst werden (vgl. Habermas)
- 3) Über die Erfordernisse manifester Krisen wird eine immer größer werdende interdisziplinäre, wissenschaftliche Arbeit notwendig, in der sich die Sozialisationstheorie als integrierendes Moment anbietet (Sozialisationstheorie als Organisationsbezug von Lernen).

Informationen über Sozialisation, also über die Reproduktion der Arbeitskraft⁽⁹⁾ wirken allgemein. Hinsichtlich des Verwertungsaspekts bestehen zwischen den Interessen des Kapitals und den Lohnarbeitern aber Differenzen (B. Hülsmann, in: Krysmanski/Marwedel 1975: 140 ff):

Die Kapitalinteressen liegen vor allem auf der Sicherung der Verwertungsprozesse. Die Arbeitenden sind dagegen hauptsächlich an der Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen interessiert.

In diesem klassenspezifischen Rahmen bewegt sich auch die Wissenschaft.

In der Analyse von Sozialisationsprozessen verweist diese Widersprüchlichkeit auf die Dialektik von Anpassung und Selbstverwirklichung.

Sozialisationstheorie (vor allem nach Konstatierung der Bildungskatastrophe im ausbrechenden Reform-eifer innerhalb der Bildungspolitik) verfolgt mehrere Ziele:

- a. Sie versucht, die Verwissenschaftlichung der Reproduktion voranzutreiben.
- b. Sie bietet ein Legitimationskonzept für die Integration und Steuerung der Ausbildung an.
- c. Sie sichert ideologisch die These von der Wertfreiheit und politischen Neutralität der Wissenschaft ab.

Inhaltlich haben sich in diesem Kontext die Akzente der Erfassung von Sozialisationsprozessen, die zu Beginn vor allem im frühkindlichen Bereich auf der Analyse von Mechanismen lagen, gewandelt.

In Anlehnung an die Theoriebildung in den USA standen im Anfang vor allem Konzepte im Vordergrund, für die die Vermittlung von Normen vorrangig war (abweichendes Verhalten, Familienideologie).

In der Ausbildung reichte die reine Rezeption der Inhalte der Sozialisationstheorie (z. B. von Parsons) aus, den Absolventen eine gesellschaftliche Position zu sichern.

Unter der Übernahme von Theorien, die die schichtenspezifische Sozialisation betonten (vgl. Bernstein) kam die Milieuabhängigkeit von der Intelligenz in den Blick, die es galt, in der Ausbildung durchzusetzen.

Die Ideologiekritik von Vermittlungsinhalten stand im Vordergrund.

In einem letzten Stadium geraten heute psychologische Vermittlungsprobleme (Gruppenarbeit) in den Blick.

Die Ausarbeitung bestimmter Materialien dient dann dem Vermittlungsprozeß, der in der Lage ist, die Ausbildung inhaltlich zu steuern.

Diese Entwicklung, in der Lernen als Bedingung individueller Entwicklung erscheint - über die Ideologie des autonomen Subjekts -, setzt Chancen frei, über die theoretische Bezugnahme auf ökonomische Probleme (bei gleichzeitiger Dominanz bei der Setzung von Lernzielen) emanzipative Inhalte aus herrschenden Strukturen herauslösen und gegen jene wenden können.

Notwendige Voraussetzung, um die eigene Situation in der Ausbildung auf die gesamtgesellschaftliche Praxis beziehen zu können, besteht darin, eine allgemeine Theorie zu entwickeln, über die Sozialisationstziele angebbbar sind.

Eine allgemeine Theorie kann anzeigen, wie die Begriffe der Sozialisationstheorie konkretisiert werden können: Gesellschaftliche Beziehungen und nicht bloß soziale ständen dann im Vordergrund, so daß Sozialisationstheorie (als Reflex auf soziale Probleme gesamtgesellschaftlicher Praxis) nicht bloß eine Theorie der Anpassung ist (auch bezogen auf die Ausbildung) - als Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Aktivitäten - um gesellschaftliche Prozesse überall (Vergesellschaftung) zu organisieren.

Die Verwissenschaftlichung der Reproduktionsprozesse rückt in den Vordergrund, die Frage nach dem Zusammenhang von gesellschaftlicher Organisation und individuellen Tätigkeiten in ihrer je spezifischen Einheit (das Nicht- bzw. Übereinstimmungs-Problem) wird relevant.

Dagegen wird von offizieller, wissenschaftlicher Seite in unterschiedlicher Weise (gemeint ist die Trendanalyse) der Versuch unternommen, Sozialisationsprozesse in ihren Struktur-, Funktions- und Entwicklungszusammenhängen zu analysieren und Theorien übergreifend darzustellen.

Abgesehen von realen Entwicklungen von Sozialisationsprozessen (z. B. von realem, konkretem Elternverhalten), die zudem schwierig zu erfassen sind, interessiert an dieser Stelle der theoretische Rahmen der Forschung.

Sozialisationstheoretische Überblicke haben sich insofern gewandelt, als die ahistorische Kennzeichnung von Entwicklungen (Fröhlich/Wellek 1972), die noch Wissenschaftler wie Max Weber und Wurzbacher in eine kongeniale Nähe brachten, von Analysen abgelöst wurden, die Sozialisationstheorie mehr mit historisch entstehenden sozialen Problemen in Verbindung bringen (Walter 1973, Soziologie und Sozialpolitik 1977, die wissenssoziologische Arbeit von Lüscher, in: Hurrelmann 1976).

Drei Faktoren fallen dabei auf:

- 1) Trotz der Notwendigkeit einer "Allgemeinen Theorie", über die die Konkretionen der Abstraktionen von Theorie angebbare wären, werden Sozialisationsziele mehr oder weniger theorieimmanent über die Analyse des Sozialisationsgeschehens

selbst abgeleitet. In Ansätzen, die sich um die Vermittlung von Soziologie und Sozialpolitik bemühen (darin besteht die Aktualität meines Themas) schimmert zumindest die "allgemeine Theorie" durch, weil eben Verweise zu finden sind, die das familiäre Geschehen eben nicht auf Sozialisation verkürzen⁽¹⁰⁾, und weil das dialektische Verhältnis von Individuum und Gesellschaft in den Blick kommt (vgl. auch Rosenbaum 1974).

Von der Konstatierung der Bedürfnisse der Betroffenen und ihrer aktiven Selbstorganisation wäre bis zu den Problemen einer möglichen, erweiterten Reproduktion dann kein weiter Weg (Sève 1973, Leontjew 1973).

Auch in Ansätzen ökologischer Sozialisationsforschung (Herlt u. a. 1976, Brim 1968, Bronfenbrenner 1974) bahnen sich in der Hinsicht positive Entwicklungen an (allerdings gerät die "Umgebung" des Kapitalismus nicht in den Blick).

- 2) Die Entwicklung von Sozialisationstheorie nach 1945 wird positiv beschrieben: Anpassungskonzepte seien abgelöst worden von Theorien emanzipativer Entwicklung.

Auf der Basis der dominanten Ideologie des Individuums handelt es sich allerdings um subtilere Anpassungskonzepte. Ich-Identität als Produkt individueller Entwicklung will so nur weismachen, daß das Individuum autonom seine soziale und personale Identität ausbalancieren muß, damit Gesellschaft funktioniert bzw. Evolution möglich wird.

Die in einer Klassengesellschaft entstehenden Widersprüche werden ins Individuum verlagert und ihre Lösung ihm angetragen (vgl. das Bündnis von Habermas und Luhmann, was die sogenannte Theorievielfalt negativ dokumentiert).

- 3) In "historischen" Darstellungen (auch zusammenfassende bzw. bloß rezipierend-ordnende Autoren wie Caesar, Gottschalch, Milhoffer seien erwähnt) fällt zudem auf, daß die Theorieproduktion bzw. -aneignung nicht auf die Theorie der Sozialisation bzw. auf konkrete Sozialisationsprozesse innerhalb der Ausbildung bezogen werden.

Für manche Autoren, die sich eine "Meinung" über Sozialisation bilden (genaue theoretische und empirische Überlegungen stoßen auf Schwierigkeiten, wie Lukesch 1976, Geulen 1973, Steinert 1973, Bargel 1973 erläutern), deren Kritik eben auch im Entstehungszusammenhang der Ausbildung erfolgen muß, provozieren bestimmte soziale Problemlagen (vermittelt über politische Auftraggeber) sozialisationstheoretische Fragestellungen (vgl. dagegen die noch vage Einschätzung von Goslin im "Handbook of Socialisation" 1969). Sie sollen erklären, wann ein Individuum ein "effective member" der Gesellschaft (arbeitsteilige Fähigkeiten) und wann ein "social being" sein kann (Verhaltenssicherheit) (Clausen 1968: 3).

Konkrete Zielsetzungen werden theorieimmanent über Hypothesen von Beständen, Mitteln und psychischen Mechanismen entwickelt.

Problemlagen wurden und werden (allerdings immer interdisziplinärer, gerade im Blick auf die Erfordernisse der Qualifikation auf der Basis einer Theorie des Individuums für evolutionäre Entwicklung) von unterschiedlichen Wissenschaften bearbeitet:

- I. Die Psychoanalyse versucht vor allem, angeborene Triebfaktoren (vgl. die Organismus-Vorstellung: Skowronek 1972) mit sozialen Einflüssen zu vermitteln, wobei die Kultur entsteht und das Individuum sozialisiert wird (Realitätsprinzip) (dagegen: Sève 1973).

Abgesehen von der Kritik ihrer Theorieelemente ist ihre Berücksichtigung für die Erfassung von "gesellschaftlichen Prozessen" dann problematisch, wenn zwischen der Psychoanalyse als Theorie und Methode nicht differenziert wird (Hagemann-White/Wolff 1975).

- II. In der Kulturanthropologie - der Kultur-Persönlichkeitsschule (Whiting, Benedict, Mead) -, die durch das Erscheinen des Buches "Totem und Tabu" von Freud (1913) beeinflusst wurde, versuchte man, über das Aufgreifen von psychischen Mechanismen "Sozialcharaktere" zu beschreiben (vgl. auch die Syntheseveruche in der Sex-Pol-Bewegung).

Interkulturelle Phänomene mehr als intrakulturelle (die möglicherweise sehr viel unterschiedlicher sind: vgl. Lukesch 1976, Heiskanen 1970) wurden auf der Basis eines Universalitäts-Bias (der Familie z. B.: vgl. Goode) für analysierbar angesehen.

Wie die Befunde der Ethnologie zeigen (wenn auch der Strukturalismus kritisierbar sein muß: Lévi-Strauß) ist es selbst in überschaubaren Gesellschaften (sogenannten "primitiven") nicht akzeptabel, die Entstehung von Normensystemen bloß in Verbindung mit Verwandtschaftssystemen zu erklären (Thomae 1972). Marxistische Wissenschaftler - angefangen bei Engels und den "Ethnologischen Notizbüchern" von Marx - zeigen hier über die Analyse der gesellschaftlichen Arbeit Auswege (vgl. Godelier, Meillassoux, Wulff, Sigrist, Terray, Krader).

- III. Innerhalb der Psychologie - zu Beginn in Ablehnung der Unwissenschaftlichkeitscharakters der Psychoanalyse (vgl. M. Schneider) begann man, in relativ engem Rahmen von Interaktionen innerhalb der Familie (allerdings wurden und werden dabei verhaltens- und bewußtseinstheoretische Ansätze nicht zusammengebracht: Stadler 1975) über die Erfassung von psychischen Übersetzungsregeln Sozialisationsprozesse zu erklären. Ein ausgeprägtes Methodenbewußtsein positivistischer Prägung war ein Resultat.
- IV. Die Soziologie konzentrierte sich dagegen auf ein neues Problem, indem sie versuchte, gesellschaftliche Bedingungen und die Eigendynamik von Teilsystemen miteinander in einen Zusammenhang zu bringen (Theorien abweichenden Verhaltens und sozialer Kontrolle).

Die so postulierte Bedeutung von Situationsdefinitionen der "gesellschaftlichen Konstruktion von Wirklichkeit" gehen in die klassische Rollentheorie ein (Berger/Luckmann 1969), die bis heute eine ausschlaggebende Rolle spielt (Linton, Parsons, Krappmann, Haug).

Gerade in der soziologischen Theorie, die das Individuum nicht bloß als reagierend begreift ("response": vgl. Goslin 1969) wird ein anderes Menschenbild, ein Mehr an Einflußgrößen, andere Möglichkeiten von Effekten des Sozialisationsgeschehens (soziales Lernen) und differenziertere Annahmen über die Entstehung von psychischen Mechanismen wirksam.

Soziale Probleme, die die theoretische Erfassung und damit die Möglichkeit von Planung und Steuerung von Krisen (vor allem in Teilbereichen) verlangen, sind insofern wichtig, weil ihre Differenz beim Export in andere Länder gefährvoll sein kann (negativ: Caesar, Gottschalch, Milhoffer / positiv: Lukesch).

In den USA führte das Problem der Integration von Einwanderern, um die nationale Einheit zu wahren, zu Konzepten "sozialer Anpassung".

Die Problemlösung in der Theorie (Reduktion auf traditionelle Verhaltensorientierungen), die die Möglichkeit eines aktiveren Toleranzspielraums für das Individuum nicht einplante, muß bei ihrem Import in die BRD, wo andere gesellschaftliche Bedingungen herrschten, problematisch werden. Gerade die Erfahrungen mit dem Faschismus hatten auch Wissenschaftler insoweit sensibilisiert, daß sie eine "totale" Einpassung der Individuen in gesellschaftliche Strukturen ablehnen mußten, obwohl (wie die Familiensoziologie zeigt: Schelsky) der Zusammenbruch nach stabilen Institutionen verlangte (die dann per Theorie in ideologischer Weise als real behauptet wurden).

Daher bilden sich in dieser Theorie-Phase, wo es mehr um die Vermittlung von Normen ging, auch Vorstellungen heraus, die anpassungsmechanistische Konzepte ablehnten (Wurzbacher), wenn ihr über-integrativer Charakter auch kritisierbar ist (Steinert). Der Familiensoziologe Claessens markiert einen Übergang, indem hier der mögliche Umschlag der Funktionsbestimmung gesellschaftlicher Normen aufgegriffen wird. Denn die Forderung, sich an gesellschaftliche Bedingungen anzupassen (nach Parsons), läßt offen, wie die gesellschaftlichen Wertorientierungen zu bestimmen sind.

Trotz progressiverer Beiträge von Pädagogen (Mollenhauer; von Hentig; Fend; Roth) und dem Soziologen Krappmann, in denen zumindest das Problem "Selbstbestimmung" (allerdings ohne Bezug zu "Mitbestimmung") angeschnitten wird, ändert sich bis zur Bildungskrise in der Rezension 1966/67 wenig Grundlegendes. In Sammelbänden (Baumert/Karl 1964) läßt sich eine eindeutige Orientierung an den USA feststellen: Die Gesellschaft steht im Mittelpunkt, es herrscht eine konzeptuelle Unsicherheit vor.

Die zweite Phase, wo es mehr um die Ideologiekritik von Vermittlungsinhalten geht, gewinnt insofern Bedeutung, als hier - forciert durch die Studentenunruhen - die "individuellen Kosten" in den Blick geraten, Kontrolle als Kontrolle der sozialen Institutionen begreifbar erscheint.

Über die Herstellung von Chancengleichheit (nicht in Bezug auf den Gesamtmechanismus) per Bildung werden auf der Basis von Schichtkonzepten (ohne Bezug auf eine Klassentheorie) Defizite der Unterschicht hochstilisiert und nach Maßnahmen der Änderung gesucht (Kompensatorische Erziehung in der Vorschule) (Hagerland u.a.).

Der Zusammenhang von Bildung und Produktion gerann zum Gegensatz von gesellschaftlichen Anforderungen und individuellen Entwicklungen (vgl. Masuch). In der dritten Phase (Relevanz) von Vermittlungsprozessen) führt die Kritik kompensatorischer Programme zu mehr Analysen, die die Arbeitssituation in den Griff zu bekommen suchen. Chancengleichheit wird mehr auf emanzipative Möglichkeiten bezogen, als Teilhabe an allgemeiner Lebensqualität begriffen. Der konkrete Arbeitsvollzug (Ortmann), die soziale Hierarchie am Arbeitsplatz (Kohn) und die gesamtgesellschaftliche Konstellation (Popitz) gewinnen an Bedeutung.

Vermittlungsversuche aller drei Bereiche - auf der Basis eines konkreten marxistischen Ansatzes, dessen Klassifikationsprinzipien klar sind - beginnen sich zu entwickeln.

In diesem Zusammenhang können Ansätze zur Analyse der Umwelt-Taxonomie⁽¹¹⁾ insofern Relevanz gewinnen, als hier die Makro- und Mikroebene miteinander vermittelt werden (Arbeitsgruppe Umwelttaxonomie).

Neben der Verschiebung von sozialisationsrelevanten Problemen⁽¹²⁾ muß festgestellt werden, daß die Erfassung von Berufserfahrungen (mit größer werden der Arbeit der Frauen und Mütter umso mehr) in ihrer Wirkungsweise auf familiäre Verhältnisse noch nicht weit gediehen ist (Lukesch 1976).

Wird dies forciert, so stellt sich als weiteres Problem dar, wie der Übersetzungsschritt zur Persönlichkeit des Kindes zu bewältigen ist.

Darin liegt auch die Schwierigkeit begründet, daß kaum ein ausgeprägtes Spektrum an alternativen Verhaltensorientierungen und Fähigkeiten innerhalb einer integrierenden und differenzierten Sozialisationsforschung berücksichtigt wird.

Dies ist unter anderem dadurch bedingt, daß die Erfassung der Umweltbedingungen und die Vermittlung von Sozialisationsbedingungen und Effekten über psychische Übersetzungsregeln kaum vorangeschritten ist.

Vorleistungen psychologischer Forschung in Teilbereichen herrschen da noch vor.

Lediglich die Erfassung des Einflusses von personalen Sozialisationsinstanzen (Eltern, Lehrer) auf Kinder bzw. Schüler hat bisher Ergebnisse gebracht (Heckhausen 1966).

Der Einfluß der Erwachsenenwelt auf der Basis eines Sozialisationskonzepts, das lebenslanges Lernen umschließt, gewinnt aber immer steigendere Bedeutung, wie neuere Forschungen zeigen (Deppe; Hörning; Lüscher; Weinert; Brim/Wheeler; Riley u.a.).

Der Schwerpunkt hat sich in diesen Ansätzen insofern verlagert, als mehr "proaktive" Orientierungshilfen als "reaktive" Handlungsvollzüge eine Rolle spielen (Brophy 1970).

Nicht mehr die Inhalte, sondern die Analyse der Vermittlungsprozesse bestimmen daher diese neue Phase, in der der Evolutionsbezug über das Individuum mit der Berücksichtigung der konkreten Arbeitswelt in Konflikt gerät und eine Lösung im Sinne einer "allgemeinen Theorie" zu erzwingen scheint:

- a. Sozialisation erscheint mehr als die vermittelte Aneignung von Verhaltensorientierungen und Fähigkeiten zur Anpassung (aktiverer).
- b. Sozialisationstheorie wird zum Medium von Verhaltensorientierungen und Fähigkeiten als Ideologie der Bedingung von Möglichkeit und Funktion des Verhaltens innerhalb des Ausbildungsprozesses als Anpassungsprozeß und für beliebige Sozialisationsbereiche (B. Hülsmann).

Diese Vermittlung allgemeiner Inhalte der sozialen Kontrolle als Ideologie in der politischen Organisationspraxis, d. h. als vermittelter und vermittelnder Reflex auf reale Sozialisationsprozesse bis hin zur allgemeinen Funktionalität für beliebige Sozialisation und Sozialisationskonzepte hat sich zusammenfassend folgendermaßen entwickelt:

- 1) Zuerst gibt noch die Organisationsform (z. B. in der Familiensoziologie) die ideologische Orientierung ab (in Bezug auf sozialen Wandel).
- 2) Im weiteren Verlauf gewinnen die Handlungsmöglichkeiten an Relevanz, d. h. die Bedeutung als implizites Handlungsmuster wird wichtig, (wenn auch natürlich der Bruch zwischen persönlichem Sinn und gesellschaftlicher Bedeutung nicht diskutiert wird): personelle und organisatorische Differenzierung der Soziologie, arbeitsteiliges Vorgehen zur direkten Steuerung von Ausbildungsbereichen.
- 3) In einem nächsten Schritt erfolgt eine Stabilisierung, indem durch die Funktionalisierung der Sozialisationstheorie die Organisation der Ausbildungskonzepte abgebildet wird (beliebige Sozialisationsagenturen und Interdisziplinarität). Reformen gerinnen allerdings praktisch lediglich zu administrativen Akten mit dem Ziel der Disziplinierung.

Sozialisationsrelevante Handlungskonzepte werden beschrieben und organisiert, um eine normative-ideologische Orientierung in der Ausbildung zu garantieren.

Damit kommt aber auch die Möglichkeit und Notwendigkeit der Organisation formaler Kontrollinstanzen in den Blick, was eine politische Stellungnahme provoziert (demokratische Parteilichkeit). Sozialisationstheorie kann also als Steuerungsmittel für gesellschaftliche Organisation von Praxis dienen.

Zudem zeigt sich, wie sich die Arbeitsteilung in der Theorieproduktion auf Basis der Differenzierung der Sozialisationsinstitutionen entwickelt hat (Allgemeinheitscharakter heißt dann die Trennung von Produktion, Ausbildung und Sozialisation unter mehr Abhängigkeitsbeziehungen im Zuge der Vergesellschaftung).

Es bleibt die Frage, wie lange und unter welchen Bedingungen gesellschaftliche Evolution ausschließ-lich über die Qualifikation und Sozialisation von Individuen als bedeutsam erörtert werden kann, da die Kopplung von Produktion und Qualifikation/Sozialisation ("Jahrbuch der Sozialarbeit") auch konkret-historisch und positiv gefaßt werden muß.

Insofern stellt die Theorieproduktion einen Reflex der gesellschaftlichen Entwicklung dar, über die Produktion und Reproduktion/Sozialisation als unabhängig voneinander erscheinen.

1.1.2. Zur historischen Entwicklung von Sozialisations-
prozessen

In der folgenden Darstellung geht es darum, die historische Relativität von "Sozialisationsprozessen" über die Analyse der gesellschaftlichen Arbeit nachzuzeichnen⁽¹³⁾.

Über eine historisch-materialistische Konzeption sollen die materiellen-konkreten Inhalte und die historischen Formen von Sozialisation, d. h. also die historische, gesellschaftliche Organisation von Sozialisation entwickelt werden.

Dabei kann es sich nicht um eine ausufernde Detail-sammlung handeln, auch soll keine neue "Geschichte der Erziehung" geschrieben werden⁽¹⁴⁾, die die Kompetenzen und die Zeit eines Einzelnen in jedem Fall überschreiten würden.

Die Orientierung an "Quellen" - auch zur logisch-historischen Analyse - bedeutet, daß spezifisches schriftlich fixiertes Wissen vorrangig zur Auswertung verfügbar ist.

Diese Wissensakkumulation muß daher vom jeweiligen Klassenstandpunkt her kritisiert werden, bzw. die Lebensverhältnisse der Masse der Bevölkerung müssen erschlossen werden (Kuczyński 1968).

Die Argumentationsbasis, die hier gewählt wurde (bzw. die sich eindeutig aufdrängt), verhindert, daß sich die Darstellung in der Analyse der Entwicklung von Ideen, Personen und Wissen verliert⁽¹⁵⁾.

Da allerdings von offizieller, wissenschaftlicher Seite konkrete Detailerkennnisse - vor allem über Teilsysteme - gewonnen wurden, sind diese in einem allgemeinen theoretischen Rahmen zu interpretieren (z. B. das Buch von Ariès "Geschichte der Kindheit").

Der Schwerpunkt der folgenden Darstellung liegt auf der Umbruchsituation Feudalismus/Kapitalismus. Als Leitfaden soll die Herausarbeitung der Notwendigkeit staatlicher Aktivitäten im Reproduktions- bzw. Sozialisationsbereich dienen, die zur Voraussetzung die Herausbildung einer "relativen" Eigenständigkeit der familialen Reproduktion im konkreten Fall haben.

Die gesellschaftliche Entwicklung zur abstrakten Arbeit, die das "Ganze" revolutionierte, schuf zum einen den Gegenstand, der einer theoretischen Analyse in der Form sich zugänglich zeigte, und zum anderen die Möglichkeit und Notwendigkeit, den erkannten Gegenstand planbar zu machen.

Im folgenden soll versucht werden, die Entwicklung der Sozialisationsprozesse global von der "Urgesellschaft" bis zum Beginn des Kapitalismus zu verfolgen.

1.1.2.1. Zur allgemeinen Entwicklung von Sozialisation in der Zeit vor dem Feudalismus

Lüscher versucht, in seiner wissenssoziologischen Betrachtungsweise die These zu belegen, daß "sich eine spezifische Rolle des Kindes in Abhängigkeit des Wissens über Sozialisation herausbildet" (in: Hurrelmann 1976: 129).

Er erläutert diese These durch seine Behauptung, daß die Entwicklung bzw. das Verständnis von Persönlichkeit immer schon vorhanden war, aber seine Wirksamkeit auf das Kind und die Bevölkerung von den alltäglichen Erfahrungen abhing.

Lüscher klammert demnach die Erfordernisse der gesellschaftlichen Arbeit aus, die letzten Endes sowohl die alltäglichen Erfahrungen wie jede Form von Wissen bestimmt.

Die "Urgesellschaft" (16)

In dieser Gesellschaftsformation (vgl. auch Rauter) konstituiert sich die Einheit der Arbeit und der Zugang zu ihren materiellen Voraussetzungen über die Zugehörigkeit des "Arbeiters" zu einer Gemeinschaft; gleichzeitig haben alle Mitglieder der Gesellschaft (Familienverband, Verwandtschaft) Zugang zu den Produktionsmitteln.

Kennzeichen dieser Gesellschaft (wie aller vorkapitalistischen Perioden) ist es, daß auch außer-ökonomische Beziehungen existieren, die nicht nur die politische und ökonomische Repräsentanz der Produktionsverhältnisse darstellen, sondern auch konstituierende Elemente dieser Beziehungen selbst sind.

So entsprechen die Verwandtschaftsverhältnisse in "primitiven" Gesellschaften in etwa den Klassenbeziehungen in Gesellschaften mit Klassenstrukturen (Terry).

Das gesamte gesellschaftliche Leben bildet eine Einheit, Sprache und Bewußtsein sind noch eng in die materielle Produktion eingebunden.

Das Individuum und seine Individualität hat sich der Gemeinschaft gegenüber noch nicht verselbstständigt (Marx, Grundrisse 1953: 386).

Ein individuelles Ich (bzw. Persönlichkeitsunterschiede) oder der Gattungsbegriff "Mensch" existieren noch nicht.

Jeder definierte sich über die Gentilordnung:
Über die Sippen- und Stammesgemeinschaft.

Jeder Mensch hat sich über die Arbeit, in deren Verlauf Sprache und Bewußtsein entstanden (vgl. Leontjew; Rauter) langsam aus dem Tierreich herausgebildet (vgl. Engels, MEW 10, 1968).

Sprache und Bewußtsein (wichtig für die Aneignung von Kenntnissen durch und die Vermittlung von Wissen für die nachkommenden Generationen) ist hier eingebunden in eine spezifische Arbeit:

"Die Bereitstellung von Mitteln zur Bedürfnisbefriedigung (über Arbeit, M.H.), über Wiederholung und Nachahmung führt zur Möglichkeit kollektiver Produktion und zur Entwicklung von Sprache als Bezeichnung der Identität von Ding und Symbol. Diese Identität wird im Laufe der gesellschaftlichen Entwicklung über Differenzierungen aufgelöst und durch Äquivalente substituiert (mit größer werdender Arbeitsteilung, M.H.) (B. Hülsmann 1975: 163).

Diese Stufe der Objektwiderspiegelung (auch ontogenetisch auffindbar) bezeichnet einen Regelungs-typen zur Informationsweitergabe, der als traditionsbedingter Typ der Lenkung betrachtet werden kann: Muster-Wiederholung (Lewada 1975).

Soziale Prozesse finden nur insofern statt, als eine bestimmte Handlung des Individuums schon vorher einem sozialen Programm (Tradition) untergeordnet ist.

Innovationen seitens des Individuums sind demnach nicht möglich, da seine "Persönlichkeit" aufgrund der mangelhaften Arbeitsteilung und dem geringen Stand der Produktivkräfte vor allem Teil eines organischen Gemeinwesens ist.

Infolgedessen ist die bewußte Erziehung in dieser Gesellschaft eingeschränkt.

Das Kennenlernen von Arbeitsgegenständen, Arbeitsmitteln und Verhaltensweisen für die gemeinschaftliche Arbeit hängt von der spezifischen Produktionsweise ab, die infolge ihres Charakters vor allem zur reinen Bedarfsdeckung auf Selbstversorgungsbasis dient (vgl. Terray, Mandel).

Daher muß der Einzelne auch lernen, daß er nicht entsprechend seinen Bedürfnissen die Nahrung verzehrt, sondern diese erst einmal der Gemeinde gehört und dort gleichmäßig verteilt wird.

Das Kind lernt zusammen mit den Erwachsenen und über sie, sich auf die Produktion praktisch vorzubereiten und die Produktionsmittel in Bewegung zu setzen (Geschichte der Erziehung 1971; Beiträge zur Geschichte der Vorschulerziehung 1969; Quellen zur Geschichte der Vorschulerziehung 1974).

Alle Aneignung von Wissen erfolgt über praktische Tätigkeiten (vor allem zur Steigerung der physischen Konstitution).

Geistige Fähigkeiten (z. B. Rechnen) werden über die Schaffung und Verteilung von Produkten erworben. Lernen läuft vor allem über den Mechanismus der Nachahmung ab, z. B. durch das spielerische Nachahmen der Aktivitäten der Erwachsenen.

Mit der Komplizierung der Produktion lenken die Erwachsenen diese Tätigkeit auch bewußt über Lehrmittel (Modelle von Tieren, Menschen, Landschaften; traditionelle "Sprüche").

Infolge des Fehlens von Klassen, Ausbeutung und Unterdrückung galten für alle Kinder die gleichen Erziehungsbedingungen: Die Erziehung ist allseitig⁽¹⁷⁾.

Körperliche Strafen existieren kaum (vielleicht, weil die körperliche Intaktheit sehr wichtig erschien). Die Erwachsenen greifen eher zu indirekten Praktiken wie Tadel, Verweigerung von Hilfe und Ausschluß aus der Gemeinschaft (vgl. auch E. Wulff, der die Entstehung von "Geisteskrankheiten" in Vietnam studierte).

Die Regeln des Zusammenlebens auf dieser Stufe der Menschheitsentwicklung zeigen sich in konkret-künstlerischen Formen und in religiös-mystischen Darbietungen (Malereien; Tänzen), die die gemeinschaftliche Produktion widerspiegeln.

Besondere "Schulungsinstitutionen" sind nicht auffindbar. Erziehungsprozesse laufen meist über die Familie⁽¹⁸⁾, über "Verbände" von Gleichaltrigen und über den Stamm (Initiationen) ab.

Erst mit der Verbesserung der Ackerbaumethoden (Steigerung der Produktivkräfte; Mehrprodukt, der Entstehung von Handwerken, von Austausch, der Trennung zwischen geistiger und körperlicher Arbeit, d. h. mit der Entstehung des Privateigentums in den Händen des Mannes: Tierzüchtung, Austausch, Handel) zerbricht die Gentilordnung, und es entstand eine Klassengesellschaft, die auch Konsequenzen für die Persönlichkeitsentwicklung impliziert.

Über den Einfluß von Priestern, Medizinmännern und einer herrschenden oberen Schicht entsteht daher allmählich eine von der Produktion getrennte "Ausbildung", die aber erst im Kapitalismus ihren Höhepunkt finden wird und auch die Voraussetzung für ihre erneute Verklammerung mit der Produktion⁽¹⁹⁾.

Die Sklavenhaltergesellschaften (antike Gesellschaft)

In diesen Gesellschaftsformationen (Haus- und Tempelsklaverei im alten Orient, Staatssklaverei in Sparta und Privatsklaverei in Athen und Rom), in denen das Gemeinwesen auf direkter Zwangsarbeit beruht (Marx), führt die Spaltung der Gesellschaft in Klassen auf Basis des Privateigentums zu einer Monopolisierung der Erziehung in Händen einer herrschenden Oberschicht, später einer herrschenden Sklavenhalteraristokratie.

Die Spaltung in Klassen und die scheinbare Herausbildung von eigenständigen Teilbereichen kann offensichtlich dazu führen, daß in der Analyse dieser Gesellschaften die unterschobenen bürgerlichen

Verhältnisse in abstracto ihren realen Grund scheinbar finden (Staat, Gesellschaft, Individuum, Familie, Wirtschaft).

Doch muß eine wissenschaftliche Analyse in spezifischer Weise das konkrete "Wesen" von Erscheinungen im Wege des Denkens reproduzieren.

Mit beginnendem Tauschhandel verwandelt sich die direkte Abhängigkeit von Personen in einer Gemeinschaft in die Abhängigkeit von einer gesellschaftlichen Struktur (scheinbare Unabhängigkeit der Teile bei realer Abhängigkeit in umfangreichem Sinne) (Hagemann-White/Wolff 1973).

Die differenziertere Arbeitsteilung und der höhere Stand der Produktivkräfte (anschauliches Kennzeichen ist die Entstehung eines Mehrproduktes: vgl. Mandel) nötigen die Individuen dazu, spezialisiertere Arbeitsfunktionen, mehr soziale Rollen zu erlernen, die auch eine Bereicherung bei allseitiger Abhängigkeit bewirken (Kon 1971).

Doch der Klassencharakter und das Privateigentum formt die ursprüngliche wechselseitige Arbeit und Tätigkeit um zu einer im Sinne der Herrschenden legitimierten Arbeitsteilung.

Die Oberschicht kann sich dann leisten, die produktive Arbeit den Sklaven zu überlassen und selbst sich nur intellektuelle Fähigkeiten anzueignen.

Für jedes Mitglied der Klassen ändert sich aber insofern das Leben, als es in einen persönlichen und quasi durch die Arbeitsteilung bedingten öffentlichen Bereich zerfällt, wobei alle menschlichen Tätigkeiten die Form sozialer Organisation annehmen.

Die Tätigkeiten von Menschen stehen zu allen Zeiten in einem Verhältnis zur natürlich-gesellschaftlichen Objektivität (Geschichte, d. h. Praxis). Die Struktur dieser dialektischen Einheit ist jedoch wandelbar.

In der "Urgesellschaft" sind das Leben und die Tätigkeit der Individuen von der Natur abhängig, sie passen sich ihr an.

In der Sklavenhaltergesellschaft erfolgt dagegen eine Veränderung der Tätigkeiten "aus persönlichen, individuellen Abhängigkeitsverhältnissen in überindividuelle, allgemeine Klassenbeziehungen, denen dann die persönlichen Verhältnisse der Individuen untergeordnet sind; es kommt weiter zur Verselbständigung der "Verhältnisse" (d. h. dessen, was die Folge des Verhaltens der Menschen ist) gegenüber den tätigen Individuen. Die unmittelbaren persönlichen Verhältnisse und Verhaltensweisen der Menschen verwandeln sich in ein dinglich vermitteltes Verhältnis, in eine außermenschliche Objektivität" (Zeleny 1970: 235) ⁽²⁰⁾.

Auf diese Weise entsteht ein historisch notwendiger Bruch zwischen gesellschaftlicher Bedeutung und persönlichem Sinn, der eine Tätigkeitsstruktur impliziert (Leontjew), d. h. die gesellschaftlichen Beziehungen fallen nicht mehr mit den sozialen zusammen (Materialistische Wissenschaft und Psychologie, 1975).

Die Struktur von Sprache und Bewußtsein ist auf dieser Stufe der Menschlichkeitsentwicklung (bis hin zum Feudalismus) folgendermaßen umschreibbar:

"Die Entwicklung von Sprache dehnt sich auf die Bezeichnung identischer Handlungen als Zusammenhang identischer Objekte aus. Diese Stufe der Ritualisierung von Handlungen über ihre sprachliche Abbil-

dung zur Konstruktion identischer Handlungsabläufe hat wichtige Funktionen als Bedingung der Organisation gesellschaftlicher Arbeitsteilung" (B. Hülsmann: 163: Handlungswiderspiegelung). Art und Weise und Gegenstand der Handlung sind so nicht mehr ganzheitlich mit dem Prozeß und dem Subjekt der Handlung verbunden⁽²¹⁾.

Dennoch scheint zu Beginn der Entwicklung der Polis Griechenlands das persönliche und öffentliche Leben in einem ganzheitlichen Zusammenhang zu stehen (Kon).

Staat, Gesellschaft, Persönlichkeit bilden eine Einheit, was sich auch darin äußert, daß alle Bereiche, die in der Beziehung zur Polis stehen, zur Politik gehören.

Strikte Erfüllung von Normen als Prinzipien für das erforderliche Handeln (vgl. Leweda: Norm-Ausführung) bildet eine Lebensregel, wenn auch eine Norm nicht jede konkrete Handlung und Situation voraussagen kann.

Mit größer werdender Arbeitsteilung verliert die Verschmelzung von Staat und Gesellschaft als psychische und soziale Einheit zunehmend an Bedeutung. Es entsteht eine Persönlichkeit und auch eine Auffassung von Persönlichkeit, die sich als immer unabhängiger von sozialen Institutionen versteht. Es erscheint ein Widerspruch zwischen einzelnen freien Entscheidungen des Menschen (Emanzipation) und einer "schicksalhaften" Notwendigkeit. Soziale Kontrollmechanismen werden als innere Kontrolle (Beherrschung, Selbstverantwortung; Schuld) interiorisiert, wenn auch die Kontrolle über den anderen bei gleichzeitig erstrebter Unabhängigkeit akzeptiert wird.

Kennzeichen dieses Kontrollmechanismus, der eine Ablösung von äußerem Zwang symbolisiert, liegt in einem Auseinanderklaffen von der intendierten Absicht und dem Resultat der Handlung.

In dieser neuen Struktur der Persönlichkeit drückt sich der Zerfall der alten Gesellschaft und der Gegensatz von Freien und Sklaven aus:

Nur ein Sklave verfügt nicht über sich (obwohl er oft Erzieher oder Amme ist), nur er untersteht der Macht eines anderen.

Diese neu gewonnene Individualität, die sich auch in der philosophischen Literatur ausdrückt (wenn auch von Aristoteles und Platon zu auffällig das soziale Ganze betont wird), vereint auf eine positive und zugleich negative Weise ein Konglomerat von sozialen Beziehungen in sich und verweist gleichzeitig auf eine neue Gesellschaft.

Diese Entwicklung schließt auch eine veränderte Funktion von Erziehung ein (Erhalt der Klassenbeziehungen).

Im Gegensatz zu Sparta, wo eine mehr militärische Erziehung Vorrang hatte, um die unterworfenen Ureinwohner (Heloten) im Zaum zu halten, stehen in Athen auch eine intellektuelle Bildung, Elementarunterricht und die Wissenschaft im Vordergrund, da der Aufstieg Athens vor allem über die Differenzierung der Arbeitsteilung, den Tausch und die Entwicklung der Produktivkräfte bedingt ist. Auch entwickelt sich - gerade im Stadium der Sklavenhalterdemokratie (Perikles) - ein öffentliches Bildungssystem, das die Privaterziehung der aristokratischen Familie ablöst (Privatlehrer, die meist aus dem Sklavenstand stammten). Die besonderen Ephebenanstalten stellen vor allem staatliche Einrichtungen dar, in denen eine Ausbildung zum Staatsbürger und zur militärischen Tüchtigkeit stattfindet:

Es versteht sich daß diese öffentliche Gemeinschaftserziehung vor allem zum Nutzen der Oberschicht funktioniert; aber selbst Angehörige des freien Standes, die ärmer sind, können sich die Ausbildung wegen des hohen Schulgeldes nicht leisten.

Die Erziehung in diesem mehr institutionalisierten Rahmen findet erst nach dem 7. Lebensjahr statt⁽²²⁾, während vorher die Pflege in der patriarchalischen "Großfamilie", in denen alle Klassenwidersprüche intern existieren (Engels), erfolgt. Voraussetzung in existenzieller Weise ist allerdings (vor allen in Sparta, wo Kindesaussetzungen und Kindestötungen auf der Tagesordnung stehen), daß das Kind physisch in Takt bleibt.

Körperliche Zucht (vor allem in Sparta, wo Kinder deshalb auch nicht mehr gewickelt wurden) und Vorbereitung auf die zukünftige Berufs- bzw. Herrschaftsposition über die Aneignung von Wissen (z. B. über Märchen und Sagen) in mehr oder weniger institutionalisierter Form schreiten voran, während für die unteren Klassen kaum eine Ausbildung vorhanden ist (sie werden sogar in Rom zu Beginn aus bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten dezimiert; im späten Rom - vor allem nach der Legitimation der Sklavenehe - genießen sie zum Teil eine Erziehung).

Spiele (phylogenetisch nach der Arbeit und aus ihr entwickelt) stammen in dieser Periode noch aus der alten Gentilordnung; sie sind daher noch nicht auf die Erreichung gesellschaftlicher Ziele und Werte gerichtet, wenn sie auch eine notwendige Vorstufe der Arbeit darstellen.

Festzuhalten bleibt, daß auf dieser Stufe der Menschheit schon Vorstellungen über die Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Kleinkindererziehung (Plutarch) existieren, da in diesem frühen Alter das Kind noch "formbar und geschmeidig" erscheint, um es an spezifisches Verhalten zu gewöhnen (selbst die Verantwortung der Eltern wird thematisiert, Demokrit).

Da die Erziehung aber vor allem für die oberen Schichten funktional ist, werden alle manuellen Arbeiten verpönt (Aristoteles).

1.1.2.2 Die Entwicklung von Sozialisationsprozessen im Übergang von der Feudalperiode zum Kapitalismus

"Die Feudalperiode ist durch die Ausbeutung der Bauern durch die Feudalherren gekennzeichnet. Die Herrschaft der Feudalherren beruhte auf dem großen feudalen Grundeigentum und auf der persönlichen Abhängigkeit der Bauern von den Feudalherren. Der feudale abhängige Bauer war selbst unter den Bedingungen der Leibeigenschaft kein Sklave. Im Gegensatz zum Sklaven hatte er seine eigene Wirtschaft, die auf persönlicher Arbeit beruhte" (Politische Ökonomie, Lehrbuch, Dietz-Verlag, Berlin 1961: 43) ⁽²³⁾.

Grundlage dieser über Klassen strukturierten Gesellschaftsformation (Gemeinwesen) bildet die Arbeit als besonderes Privileg, wobei sie aber noch keine allgemeinen Tauschwerte produziert (Marx, Grundrisse: 156).

Aufgrund des Charakters der Arbeit brechen die Produktions- und Reproduktionssphäre noch nicht völlig auseinander:

- Einzelne Bereiche der Gesellschaft stehen in einem engen, wechselseitigen Zusammenhang, erschei-

nen noch nicht als Teilsysteme mit "relativer" Eigendynamik.

- Bestimmte gesellschaftliche Organisationsformen, wie die der Familie, ein gesonderter Bereich der Kindheit (vor allen der frühen Kindheit), Ausbildungsstätten existieren in verallgemeinerter Form noch nicht.
- Die Staatsapparat steht in einem relativen Gegensatz zur Gesellschaft, da der Zusammenhang von Produktion und Reproduktion noch nicht zwangsweise herstellbar erscheint (erst nach der "Entkopplung" von Produktion, Qualifikation/Sozialisation).

Die soziale Zugehörigkeit gewinnt in dieser Gesellschaft, in der wegen des anti-individualistischen Weltbildes des Christentums Soziales und Persönliches in "solidarischer" Form organisiert erscheint (Sozialität), eine entscheidende Bedeutung. In einem starr strukturierten Zyklus von Natur und gesellschaftlicher Organisation (alltägliches Wissen und "Wissenschaft" stehen in einem Zusammenhang) prägt ein universeller Determinismus die Denkweise, die nicht von einem rigorosen Identitätsbegriff bestimmt wird.

Die Klassenbeziehungen der Angehörigen der Feudalklasse (selbst teilweise zersplittert) und der Bauern bestimmen auf Basis des Grundeigentums auch die Erziehungsprozesse, die sich noch nicht in die Lücke von physischer Reproduktion und rechtlich-sozialer Institution schieben.

Die Kirche - als größter Feudalherr - bildet die wirksamste Stütze zur ideologischen Stabilisierung der Gesellschaft. In dogmatisch-religiöser Weise

prägt sie die Erziehungsprozesse in den Familienverbänden (Besitzer des Eigentums), der Lehrzeit (apprenticeship) ⁽²⁴⁾ und im Erwachsenenalter, indem sie die unantastbare, gottgewollte und auf ewige Zeiten bestehende Ständegesellschaft verbindlich zu machen versucht, während Widerstände als Ketzerei ausgelegt werden.

Vor allem die erbärmlich lebenden unteren Klassen sollen auf diese Weise schon früh an ihr bedürfnisloses, zukünftiges Dasein, in dem jedem von Gott ein Amt verliehen ist, gewöhnt werden. Während die Erziehung des "edelen" Kindes auf die zukünftige soziale Stellung vorbereitet - z. B. über Turnierspiele (in der Oberschicht entwickelt sich mehr und mehr die institutionalisierte Form der Bildung) -, läuft die Erziehung der niederen Volksmassen relativ naturwüchsig ab, zielt vor allem auf die zukünftige Arbeit ab.

Im Rhythmus des bauerlichen Lebens sammelt das Kind spontan und mehr oder weniger unkoordiniert Erfahrungen, lernt, sich auf seine "Dienste" vorzubereiten und sich seinen zukünftigen Herren unterzuordnen.

Über Zucht und Tugend (milde Zucht ist ein Privileg für die Kinder der Feudalherren) kümmert sich die Kirche, die die Eltern auch dazu anleitet, um das Seelenheil der Kinder, um ihnen die Notwendigkeit des Segens der Arbeit ans Herz zu legen.

In dieser Gesellschaftsformation leben die Individuen in Gruppen mit seniorialer Abhängigkeit, auf die sie sich konzentrieren, während die Außenbeziehungen über die Älteren geregelt werden.

Der Einzelne ist eng mit seiner Familie (umschließt auch das Hausgesinde) - Träger des Eigentums unter patriarchalischer Vorherrschaft - und der Nachbarschaft verbunden (das Leben spielt sich in der Stadt oft auf der Straße ab, auf dem Land im Freien).

Obwohl der Einzelne nicht in der Lage ist (bis auf wenige Ausnahmen), die Grenzen seiner sozialen Zugehörigkeit zu überschreiten, so bildet doch die Gemeinde nur ein Glied in einer Kette hierarchischer Beziehungen. Das Individuum ist auf diese Weise mittelbar mit dem ganzen sozialen System verflochten, welches (nach Ariès) einen polymorphen, sozialen Organismus darstellt⁽²⁵⁾.

Obwohl die rechtliche und soziale Position der einzelnen Individuen festgelegt ist (Milieuabhängigkeit; selbst physisch ist der Mensch nie allein) scheinen sie doch in geistiger Hinsicht von der Gesellschaft unabhängig zu sein.

Es besteht ein Widerspruch zwischen der von Gott festgelegten allgemeinen Unfreiheit (und darin sind alle Menschen vor Gott gleich) und der individuellen Freiheit. Auf diese Weise kann ein Individuum in die Lage versetzt werden, einen Konflikt zwischen seinen Verstandeskräften und der "Meinung der Leute" austragen zu müssen, der aber individualistische Formen annehmen muß, wenn er in die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht eingepaßt werden kann.

1.1.2.2.1 Zum Übergang Feudalismus/Kapitalismus

Abgesehen davon, daß ein arbeitender Bauer nur mit der Hälfte seiner Bewegungen arbeitet (daran knüpft dann ja auch die Entwicklung von Maschinen an) versuchen die Feudalherren, die Produktion zu steigern, um den Bauern ein Mehr an Produkten wegnehmen zu können, indem sie die Fronarbeit in die Produkterente und dann in die Geldrente umwandeln.

Als allerdings nach dem Erstarken des Fröhbürgertums in den Städten (reiche Kaufleute und Händler) sich die Geldwirtschaft verallgemeinert (über die spätere Einführung des Verlagssystems, der Heimindustrie und der Manufaktur großer Reichtum akkumuliert werden konnte), erschöpft sich der Spielraum für die Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Trotz größer werdender Arbeitserfahrung, trotz verbesserter Werkzeuge können die Bauern den Bedürfnissen der Feudalherren entsprechend nicht genug produzieren, obwohl ihnen immer mehr abverlangt wird. Die Bauern fliehen zu Hunderttausenden in die Städte, wo sie entweder in der beginnenden Frühindustrialisierung Arbeit finden (finden sie diese auf dem Land, bleiben sie ihren Lebensbedingungen noch zum Teil verhaftet) ⁽²⁶⁾ oder lediglich die ärmere Stadtbevölkerung vergrößern.

"Die durch Auflösung der feudalen Gefolgschaften und durch stoßweise, gewaltsame Expropriation von Grund und Boden Verjagten, dies vogelfreie Proletariat konnte unmöglich ebenso rasch von der aufkommenden Manufaktur absorbiert werden, als es auf die Welt gesetzt ward. Andererseits konnten die plötzlich aus ihrer gewohnten Lebensbahn Herausgeschleuterten sich nicht ebenso plötzlich in

die Disziplin des neuen Zustandes finden. Sie verwandelten sich massenhaft in Bettler, Räuber, Vagabunden, zum Teil aus Neigung, in den meisten Fällen durch den Zwang der Umstände. Ende des 15. und während des ganzen 16. Jahrhunderts daher in ganz Westeuropa eine Blutgesetzgebung wider Vagabundage. Die Väter der jetzigen Arbeiterklasse wurden zunächst gezüchtigt für die ihnen angetane Verwandlung in Vagabunden und Paupers. Die Gesetzgebung behandelte sie als "freiwillige" Verbrecher und unterstellte, daß es von ihrem guten Willen abhänge, in den nicht mehr existierenden alten Verhältnissen fortzuarbeiten

So wurde das von Grund und Boden gewaltsam expatrierte, verjagte und zum Vagabunden gemachte Landvolk durch grotesk-terroristische Gesetze in eine dem System der Lohnarbeit notwendige Disziplin hineingepeitscht, -gebrandmarkt, -gefoltert" (Marx, Kapital, Bd. 1, 1969: 78/ 679 u. 681).

Es entsteht also eine Übergangszeit (in der alle Elemente einer Produktionsweise und der sich entwickelnden Momente in ihren ökonomischen, politischen und ideologischen wie rechtlichen Bestimmungen zu analysieren sind), in der die alten Sicherungen ausgefallen und neue noch nicht vorhanden sind (Kuczyński 1968).

Wir stehen im Beginn der bürgerlichen Gesellschaft, in der nicht mehr wie in den vorangegangenen Epochen der Gebrauchswert "Systemziel der Arbeit" zu sein beansprucht, sondern der Tauschwert (Masuch 1972: 44), womit sich die Qualifikation als eine besondere Veranstaltung (Schule) und das Erlernen einer spezifischen Arbeitshaltung herausbilden kann.

Gleichzeitig zerbrechen die traditionellen Familienformen in ihrer Einheit von Arbeits-, Erziehungs-, Versorgungs- und Wohngemeinschaft, entsteht ein von der sogenannten Privatsphäre getrennter Berufsbereich, entwickelt sich eine anonyme Öffentlichkeit, kommt dem Staat eine neue Vermittlungsaufgabe zu.

In dieser Umbruchsituation werden neue soziale Reaktionsformen und Qualifikationen erforderlich, die zwar auch durch institutionalisierte Formen der Erziehung vermittelt werden sollten, aber gerade zu Beginn innerhalb der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals durch die Umstände erzwungen werden.

Im Fröhbürgertum der Städte entwickeln sich demzufolge Erziehungsprozesse, die eindeutig anti-feudalen Charakter besitzen.

Die Bildungsbedürfnisse der Patrizier, der Handwerker und Kaufleute wandeln sich infolge des Aufkommens der einfachen Warenproduktion, des Fernhandels⁽²⁷⁾ und der Geldwirtschaft, die eine Grundlage politischer Emanzipation schaffen. Die Erziehung wird zu einer "Verteilerfunktion" für berufliche Laufbahnen und zu einer Vermittlungsstelle für soziale Ziele.

Gerade in einem Entwicklungszustand, in dem eine Trennung zwischen der gesellschaftlichen Bedeutung der Arbeit (abstrakte) und dem persönlichen Sinn der Arbeit für das vereinzelte Individuum das gesellschaftliche Leben strukturiert, müssen neue Formen der Herrschaftssicherung institutionalisiert werden.

"Jede Herrschaft einer zahlenmäßig kleinen Oberschicht ist auf Dauer nur möglich, wenn nicht jeder Akt des Gehorchens tatsächlich erzwungen wird, sondern Leistungen der Unterklasse aus einer leistungswilligen Gesinnung, aus einer Bereitwilligkeit zum Tun nach dem Willen der Herrschenden erwachsen, hinter der nur im Bedarfsfall die direkte Gewalt steht. Neben die Gewalt tritt die Ideologie. So ergab sich die Notwendigkeit, durch erzieherische Beeinflussung den Anforderungen der veränderten Produktionsweise Geltung zu verschaffen, die ihr adäquaten Verhaltensweisen als die schlechthin gegebenen im Denken und Tun zu verankern" (Alt 1948: 16).

Zu Beginn dieser Entwicklung entsteht eine verbindlich gemachte Einstellung, die Armut und Müßiggang ächtet, Arbeit zur Tugend und sittlich-religiösen Pflicht erhebt (Blutgesetzgebung im 15./16. Jahrhundert).

Mit dem planmäßigeren Aufbau der Manufaktur und Akkumulation von Reichtümern in den Händen von Kaufleuten kehrt die Vernunft ein:

Der Aufstieg der empirischen Naturwissenschaft fällt in diese Phase (Merkantilismus) ⁽²⁸⁾.

Armut wird zum Kennzeichen der Unvernunft. Die zur Arbeit nötigen "Tugenden" der Manufaktur werden in Zucht- und Arbeitshäusern vermittelt (Produktionsdispositionen und diverse Qualifikationen konkreter Art), aus denen sich im 18. Jahrhundert sogenannte "Industrieschulen" entwickeln, in denen die Kinder der unteren Klassen arbeiten und in denen ihnen auch Arbeitstugenden vermittelt werden.

Kinder erhalten mehr (im weiteren Verlauf alle)
den Sonderstatus von Auszubildenden.

Nachdem etwa 200 Jahre die erforderlichen Arbeits-
tugenden eingehämmert worden sind, die Arbeit sich
zur allgemeinen entwickelt hat (arbeitsintensive
Qualifikationen wie Flexibilität und Austauschbar-
keit) kann die Freisetzung des Lohnarbeiters als
abgeschlossen angesehen werden. Die Normvermitt-
lung kann über private Sozialisation betrieben wer-
den, die Lasten und Risiken der Lohnarbeit tragen
die Lohnarbeiter selbst (privat).

Zu diesem Zeitpunkt der Industrialisierung tritt
die Fabrik an die Stelle des Zuchthauses, wird die
Armut in Form der Lohnarbeit zur gesellschaftlichen
Norm, die Arbeitsfähigkeit zum Kriterium bürgerlicher
Identität ⁽²⁹⁾.

Die Noch-Nicht-Arbeitenden können massenhaft in den
Fabriken eingesetzt werden, da konkrete Fähigkeiten
nicht mehr verlangt werden (erst mit erhöhter Ar-
beitsintensität können dann Kinder in der Produktion
nicht mehr gebraucht werden). In den Fabrikschulen,
die sich aus den Industrieschulen entwickeln, eig-
nen sich die Kinder lediglich gesellschaftliche Nor-
men an.

In der Mitte des 19. Jahrhunderts tritt die massen-
hafte Kinderausbeutung (und Ausbeutung der Frauen)
in einen Widerspruch zur Beweglichkeit der Arbeits-
kraft und zu den Qualifikationserfordernissen.

Stimmen gegen die Kinderarbeit ⁽³⁰⁾ werden laut, die
aber lange kein Echo finden (bis ins 20. Jahrhundert).
Jene verschwindet erst, als die arbeitsintensivere
Produktion sie überflüssig macht, und als sie gesetz-
lich verboten wird, weil der Staat "gesunde" Rekru-
ten braucht (Preußisches Regulativ).

In diesem Zeitraum werden auch für die Massen bessere Ausbildungsbedingungen gefordert (vgl. Schule, Kindergarten), entwickelt sich eine Tendenz zur Vermittlung kognitiver Fähigkeiten.

Dem Staatsapparat kommt in dieser Entwicklung immer mehr die Aufgabe zu, sein sozialpolitisches Interesse auch innerhalb der Sozialisationssphäre zu forcieren (worauf noch zurückzukommen ist):

Zur Sicherung der permanenten Transformationsnotwendigkeit der Nicht-Lohnarbeit in Lohnarbeit⁽³¹⁾.

Wie sich konkret diese Entwicklung in einer neuen Einstellung zur Kindheit, im Schulleben und in der Entstehung eines Familiensinns⁽³²⁾ äußert (in einem Prozeß, der teilweise erst im 19. Jahrhundert abgeschlossen ist), soll im folgenden Abschnitt kurz anhand des Buches von Ariès "Geschichte der Kindheit" ausgewiesen werden, in dem allerdings unverständlicherweise keinerlei Bezug zu der eben gekennzeichneten Entwicklung genommen wird (zur gesellschaftlichen Arbeit)⁽³³⁾.

1.1.2.2.2 Zur Entstehung der Einstellung zur Kindheit über die Familie, die Schule und den Beruf

In seinem Buch versucht Ariès die These zu belegen, daß eine Sphäre der Kindheit erst nach und nach entsteht, indem die Lehrzeit (Kind gehört sofort zu den Erwachsenen) sich auflöst, Schulen sich entwickeln, ein Sinn für die Familie aufkommt, sich Familie und Beruf polarisieren. Basis seiner Analyse (von daher ergibt sich auch ihr problematischer Charakter) stellt für ihn das "Ganze Haus" oder "Große Haus" der Oberschicht dar, das in den wohlhabenden und

weniger dicht besiedelten Vierteln der Stadt liegt und von vielen Menschen bewohnt wird, während die ärmeren Bevölkerungsteile kleinere Häuser in den dicht besiedelten Vierteln bewohnen (für das Land stellt sich die Situation ähnlich dar).

Nehmen wir die Ergebnisse von Ariès thesenartig vorweg, die natürlich über die in den vorangegangenen Abschnitten gewonnenen Einsichten zu interpretieren sind.

Nach Ariès füllt die Erziehung die Lücke zwischen physischer Erzeugung und rechtlicher Institution aus. Danach wird dem Kind die Freiheit genommen, die es einst auf der Basis des Lehrverhältnisses unter Erwachsenen genossen hat. Es wird langsam behandelt wie die Verurteilten der unteren Stände (besitzergreifende Liebe in der bürgerlichen Familie). Desweiteren ist ein Zusammenhang herstellbar zwischen der Entstehung des Familiensinns und dem Sinn für die Klasse (bürgerliche Identität und Intimität), deren Inhalt von Ariès allerdings nirgends explizit analysiert wird.

Seiner Ansicht nach erfüllt ein polymorpher, sozialer Körper in Sphären moralischer Ähnlichkeit und Identität.

Die größere, kontrastierende Vielfalt mit moralischer Trennung zerfällt zu einer Zeit, wo das Bürgertum den Andrang der Vielen (und d. h. der neuen Klasse des Proletariats) nicht länger ertragen kann, was sich auch in Gesetzen äußert (der Staat vertritt die Ideologie des Liberalismus, daß der Einzelwille das Gesamtinteresse sei).

"Die alte Gesellschaft konzentriert ein Maximum an Lebensformen in einem Minimum von Raum" und sucht die Annäherung der Städte (Illusion von Ariès). Die neue Gesellschaft (gemeint ist der Kapitalismus) weist jeder Lebensform einen gesonderten Raum zu, innerhalb dessen die dominierenden Merkmale anerkannt werden; als konventionelles Modell, sich einem Idealtypus anpassen zu müssen, mit der Drohung der Strafe (vgl. die Dialektik von Ausschluß und Integration bei Pirella).

Ariès' Hauptthese lautet dann:

Familiensinn, Klassenbewußtsein oder Rassenbewußtsein sind verschiedene Äußerungsformen derselben Intoleranz gegenüber der Vielfalt und desselben Strebens nach Uniformität (hier wird die Ursache in ein subjektives Bewußtseinsmoment verlagert, und man kann nur noch verzweifeln).

Ariès beschreibt die historische Entwicklung von Begriffen (Kindheit, Schule, Familie) unter Ausklammerung der Arbeitssphäre im Zuge der kapitalistischen Entwicklung (Verlagssystem, Heimarbeit, Manufaktur, große Industrie).

Dennoch sind einzelne Aspekte seiner Analyse interessant, da auch gerade zum heutigen Zeitpunkt der Vergesellschaftung von Produktion und Reproduktion die Akkumulation gesellschaftlichen Wissens (öffentlich propagiert durch den Staat) über Sozialisation an Bedeutung für die Steuerung und Planung von Gesellschaft und ihrer Demokratisierung gewinnt.

Sein Buch "L'enfant et la vie familiale sous l'Ancien Régime" (1960; englisch 1962; deutsch 1973) stellt bis auf wenige frühere Untersuchungen (z. B. Rühle 1922; Morgan 1944; Riesman 1958) ein Pionierwerk dar, welches in eine Phase der Neubestimmung der

Sozialgeschichte fällt.

Seine Hautthesen werden auch von anderen Autoren bestätigt (vgl. Flitner/Hornstein 1964; Hunt 1970; van den Berg 1960; Pinchbeck/Hewitt 1969).

Über die Institution Schule, die die Lehrzeit ablöst (apprenticeship) und eine Spaltung der Gesellschaft in Altersgruppen bewirkt, zerfällt der Gemeinschaftscharakter der Ständegesellschaft des Mittelalters (Gesellschaft) ⁽³⁴⁾.

Mit Brunner sollte man dagegen diese These auf das "Ganze Haus" beziehen und auf die bäuerliche Wirtschaftsform, die im Zuge der Entwicklung in ihrer Einheit von Gemeinschaft und Gesellschaft zerbricht, wobei man allerdings den Klassencharakter der beiden Formen nicht außer Acht lassen sollte.

Es differenzieren sich Klassen aus, wobei die Familie einen scheinbaren Kristallisationskern abgibt, da es in dieser Institution um die Erhaltung des bürgerlichen Besitzes geht (später zerbricht das "Große Haus" zu einer kleineren Einheit).

Die allmähliche Privatisierung der Familie bewirkt eine andere Einstellung zur Kindheit.

Wollen wir diese Thesen im Einzelnen ausführen.

Einstellung zur Kindheit

Die gesellschaftliche Konstitution der mittelalterlichen Gesellschaft bewirkt eine rigide Einteilung des Lebens in feste Abschnitte.

Erst im Bürgertum des 17. Jahrhunderts entsteht ein Begriff von Kindheit als eine eigenständige Etappe

des Lebensalters (verzögert in den unteren Klassen; der Begriff des kleinen Kindes entsteht später). Für Ariès spielt in Epochen mit niedrigerer Lebenserwartung die Vorstellung von einer bevorzugten Altersstufe eine noch größere Rolle als in unserer Gesellschaft.

Inhaltlich entwickelt sich die Vorstellung von einer Sphäre einer biologisch-moralischen Einheit zu einem Bereich technologischer Konservierung.

Damit ist eine Entwicklung im Sozialisationswissen angesprochen, in dem es nicht mehr bloß um die Erhaltung des Lebens geht (obwohl die Säuglingssterblichkeit nach Russell (1971) im Mittelalter niedriger gewesen sein soll), sondern die Entwicklung der Persönlichkeit zum Bezugspunkt wird.

Diese Entwicklung äußert sich auch darin, daß Kindestötungen, Aussetzungen von Kindern mit "Makeln", was als göttliche Vorsehung gilt, geringer werden⁽³⁵⁾. Im Mittelalter ist nämlich die geistige "Fortpflanzung" vor der physischen vorrangig (ambivalente Haltung der Kirche zur Antikonzeption). Erst im 16. Jahrhundert wächst in den bürokratisch organisierten Territorialstaaten das Interesse an bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten (die kirchliche Wirkung wurde hier eindeutig geschwächt; in den Städten entwickelt sich auch eine eigenverantwortliche, bürgerchaftliche Armenpflege heraus: vgl. Vogel 1966).

Die Antikonzeption wird allerdings erst zum Anliegen der Massen, als sich Kinder als wirtschaftlich nachteilig erweisen (Arbeiterbewegung; Lohnsenkung). Auch finden sich organisatorische Überlegungen im Neumalthusiasmus.

Wenn auch die "ideologische" Einsicht wächst, die Bevölkerungsentwicklung in den Griff zu bekommen, hinkt das medizinische Wissen hinterher⁽³⁶⁾.

Die Säuglingssterblichkeit und das Sterben der Mutter im Kindbett fallen daher besonders hoch aus (vor allem in den Findelhäusern; überhaupt in der ärmeren Bevölkerung).

Mit der Entwicklung der Medizin können dann Hebammen von Ärzten abgelöst werden, was gerade nach einer Phase der Professionalisierung Einfluß auf die Entwicklung der Präventivmedizin hat (Impfungen Ende des 18. Jahrhunderts).

In den Vorstellungen über die Antikonzeption und in der Entwicklung der Medizin drückt sich ein neues Erziehungsverständnis aus:

- Kinder waren nicht mehr unabänderliches Schicksal.
- Die Gestaltung der frühen Kindheit hatte Auswirkungen für das spätere Lebensalter.

Dies drückt sich auch in den veränderten Überlegungen zur Ernährung des Kindes aus, was eng verbunden ist mit den Lebensverhältnissen der Frau (Stillen) und den Beziehungen zum Ehemann⁽³⁷⁾.

Bis zum Aufkommen künstlicher Nahrung werden die Kinder oft zu Ammen gegeben, deren Zahl infolge der hohen Säuglingssterblichkeit groß ist.

Im 20. Jahrhundert wird dann ein Zusammenhang zwischen Stillen, der Interaktion von Mutter und Kind und der Persönlichkeitsentwicklung des Kindes herstellbar⁽³⁸⁾.

Die neue Einstellung der Kindheit hängt also nicht nur von einem "Sittenwandel" ab, d. h. von einer Christianisierung der Lebensformen, die eine Hervorhebung der kindlichen Eigenart und Spontaneität bewirken, während das Mittelalter das Kind nur als reduzierten Erwachsenen betrachtet hat. Den Pflegevorstellungen hat es immer schon gegeben.

Der Zusammenhang von früher Kindheit und späterem Lebenslauf und von Pflege und Lernen muß eben berücksichtigt werden⁽³⁹⁾.

Diese neue Einstellung der Kindheit drückt sich auch in anderen Lebensformen aus.

In der Kleidung wird vor allem das männliche Kind der Oberschichten (endgültig im 18. Jahrhundert) von den Erwachsenen unterschieden. Die Kinder übernehmen die Formen, die ein Jahrhundert zuvor alle Mitglieder der Gesellschaft getragen haben.

Die unteren Klassen konservieren dagegen noch die alten Lebensformen (Kleidung der oberen Stände der vorangegangenen Epoche).

Im 17. Jahrhundert zerbricht die Spielgemeinschaft von Erwachsenen und Kindern (die Spiele der oberen Klassen entwickeln sich zu institutionalisierten Lernformen)⁽⁴⁰⁾.

Im Mittelalter stellen Spiele mehr ein kollektives Sammelbecken für Erfahrungen dar, während jetzt ihr Nachahmungscharakter der Tätigkeiten der Erwachsenen mehr in den Vordergrund rückt⁽⁴¹⁾.

Die gemeinsamen Spielformen gehen an das Volk und die Kinder der oberen Klasse über (Klassendifferenzierung), wobei Erkenntnisse über die erzieherische Funktion des Spiels mitwirken (Jesuiten) - im Zu-

sammenhang mit der Entwicklung der Gymnastik, den Einsichten der Ärzte, der Schulung von Soldaten und dem Aufkommen des Patriotismus.

Während eine eigentliche Erziehung im Mittelalter erst im Alter von 7 Jahren beginnt, entwickelt sich seit dem 15./16. Jahrhundert bis hin ins 19. Jahrhundert eine objektive Erkenntnis des Verhaltens des Kindes⁽⁴²⁾, die in einer Vorstellung von seiner Unschuld (beginnende Tabuisierung der Sexualität), seiner Schwäche und seiner Dummheit mündete, die es gilt, mit Vernunft zu zähmen⁽⁴³⁾.

Dies äußert sich im Disziplinierungscharakter der Schule und in der pädagogischen Literatur, in der erst im 18. Jahrhundert die Ambivalenz im Ansprechen von Kindern oder Erwachsenen verschwindet⁽⁴⁴⁾, wobei strenge Erziehungsvorschläge den Eltern an die Hand gegeben werden (Calhaun 1973).

Das Schulleben

Ariès betont einen radikalen Bruch von mittelalterlicher und antiker Schule, während er einen bruchlosen Übergang der mittelalterlichen Schule zu den heutigen Bildungs- und Ausbildungsformen behauptet (artes liberales - höhere Schulen; Lateinschule - collège - lycée).

Die Entwicklung von Schulen hängt eng mit Konzeptionen der Lernfähigkeit⁽⁴⁵⁾ zusammen.

In den oberen Schichten bieten wohl eher die Spielformen und -inhalte Anlässe für eine Institutionalisierung des Lernens, in den unteren Klassen stellt die Arbeit (bis in die Neuzeit) den Bezugspunkt für

das Lernen dar (Fertigkeitserwerb und Aneignung von sozialem Verhalten per Nachahmung), wobei die Eltern ein Recht auf die Arbeit ihrer Kinder haben (dies hält sich lange auf dem Land und in der Heimarbeit, vgl. Dörner 1974).

Die institutionalisierten Formen des "höfischen Lebens" (Lernen von Verhalten und Regeln, Anwendungsmöglichkeiten) bilden einen Bezugsrahmen für die Entwicklung der "Lehrzeit" (abgelöst durch das Kolleg) und der Schule.

Die Lehrzeit konstituierte sich zu einem Ort, wo eine allgemeine Ausbildung für die zukünftige soziale und berufliche Situation stattfindet und gute Manieren erworben werden.

Die Ergebnisse der Erziehung gelten als Kriterium, nicht die Tätigkeiten selbst.

Die Grenze von der Lehrzeit und dem Dienen ist fließend. Außerdem stehen Unterricht und Arbeiten in einem engen Zusammenhang.

Als im Zuge der Entwicklung der Arbeit formalere Fähigkeiten verlangt werden, stößt dieses Ausbildungssystem auf eine Grenze, was zur Einrichtung von Schulen führt⁽⁴⁶⁾.

Diese Tendenz setzte sich allgemein erst durch (vor allem für die niederen Klassen), als die durch die Kinderarbeit bedingte Proletarisierung auf Widerstand stößt (Versuch des Staates durch die allgemeine Schulpflicht, dieser Tendenz entgegenzuwirken; forciert durch den politischen Kampf der Arbeiterklasse) und in einer längeren Entwicklung zu einer Zurückdrängung der Arbeit durch den Unterricht führt.

Ariès zeichnet diese Entwicklung detailliert folgendermaßen nach.

Ursprünglich fehlen konkrete Unterrichtsstufen, existiert keine zeitliche Einteilung, sind die Altersstufen wahllos vermischt, d. h. mit der Einschulung beginnt das Erwachsenenleben.

Die mittelalterlichen Domschulen werden (nicht allgemein) durch die Kollegs (im Anfang Stipendiaten-Kollegs; ehemalige Hospize für Arme) innerhalb des 15. Jahrhunderts fortgeführt.

Zu Beginn sind diese Schulformen relativ demokratisch organisiert, das Verhältnis zwischen Alt und Jung regelt sich über die Initiation.

Seit dem 15./16. Jahrhundert betreiben vor allem die Jesuiten (die Einflüsse der Humanisten seit der Renaissance sind zwar nicht zu überschätzen, aber auch nicht zu unterschätzen, wie es Ariès vorzieht, der ihre Rolle für die frühbürgerliche Epoche nicht genügend berücksichtigt) die Kasernierung und Beaufsichtigung der Jugend unter einem autoritären Regime.

Erziehung beginnt, zu einer "weltlichen" Angelegenheit zu werden (staatlich vermittelt).

Bildung, Belehrung, Disziplin werden zu Instrumenten der Erziehung, die eine andere Ordnung der Welt des Kindes bewirken.

Die Schulklasse des Kollegs (anfangs als Externat organisiert) wird zu einem "empirischen" Element, das zwischen Kindheit und früher Jugend differenziert⁽⁴⁷⁾.

Im Begriff der Schulklasse drückt sich ein Zusammenhang zwischen einer bestimmten Wissensphase, einem Durchschnittsalter, einer physischen und räumlichen Aufteilung und einer Einheit von Raum und Inhalt aus. Das Anwachsen der Schülerzahl und die Notwendigkeit der Disziplinierung bewirken einen regelmäßigen Zyklus.

Die veränderte gesellschaftliche Praxis ruft eine Entwicklung hervor, in der Alter und Unterricht zusammenfallen (Entsprechung von Fähigkeitsniveau und Altersstufe; Bedürfnisse nach Analyse, Funktionalität von Erziehung).

In einer Übergangszeit sind zwar Lehrzeit und Schule noch eng verflochten, bereiten noch nicht auf den Beruf vor. Vor allem in der Oberschicht ändert sich dies aber parallel zur Registrierung der kindlichen Eigenart und zur Aktualität der häuslichen Erziehung. Die Schulzeit verlängert sich und wird regelmäßiger. Bis ins 19. Jahrhundert entwickelt sich eine Entsprechung von Alter, geistigen Fähigkeiten und Schulklasse, wobei die anfängliche Heterogenität innerhalb der Klasse sich zu einer Heterogenität zwischen den Klassen entwickelt.

Schule und Ausbildung haben sich nach Ariès als Mittel für den Erwerb eines Berufes seit dem 17. Jahrhundert nicht geändert. Nur die Altersgrenzen haben sich in ihrem Durchschnittscharakter infolge des Konkurrenzdruckes verschoben.

Die frühe Kindheit erhöht sich auf das Alter von 10 Jahren. Die Jünglingszeit (Kolleg) und das frühe Mannesalter werden in den oberen Klassen differenziert (was in den unteren Klassen bis heute nicht geschehen ist).

Die Mischung von verschiedenen Existenzformen in demokratischer Kooperation löst sich mit der absoluten Monarchie und der Einführung der Schule auf. Der Cartesiansische Geist (Regelmäßigkeit, Pünktlichkeit, Klassifizierung, hierarchische Ordnung, Organisation) zieht ein.

Über die Vorstellung von der Gebrechlichkeit des Kindes und der Verantwortung des Lehrers geht man autoritär gegen die Gemeinschaftlichkeit vor. Ständige Überwachung, Anzeigepflicht und körperliche Strafen werden zu Formen der Erziehung.

Die Prügelstrafe (auch für Jünglinge) wird zum Mittel der Erniedrigung.

Die Entwicklung eines bestimmten Idealtypus von Individuum ruft eine Umstrukturierung der Externate in Internate hervor (Abgeschlossenheit, Trennung der Altersstufen). Als dann die Externate wieder aufkommen, kann die "moralische" Verantwortung für das Kind der Familie ⁽⁴⁸⁾ überlassen werden, während die Schule immer mehr zur Ausbildungsstätte wird (bzw. auch zur Ideologie-Vermittlungsstelle).

Für die unteren Klassen haben vor allem die "petites écoles" Bedeutung als Vorläufer der Grundschulen erlangt.

Sie entwickeln sich aus den mittelalterlichen Lateinschulen (Lesen und Singen), der häuslichen Erziehung (Anstandsunterricht) und den "écoles paroissiales" (Schreib- und Rechenschulen) - vor allem über letztere.

Dort bereiten sich auch Frauen und Mädchen auf das Geschäftsleben und den Haushalt vor. Sie sind aber noch nicht ausschließlich Schulen für Kinder. Die "petites écoles" entwickeln sich auf der Basis der Notwendigkeit der Armenerziehung vor allem als

Klassenschulen: Lernen für den "Beruf", ein wenig Bildung für Arbeiter, Bauern und Bedienstete.

Nach der Einführung von Internaten, dem Herausfallen der Erziehung der unteren Klassen aus den lateinisch sprechenden Kollegs, dem Wegfall der Kollegs auf dem Land fällt die Bildung für das Volk erst einmal aus.

Die demographische Spezialisierung, die soziale und die Tendenz zur Abriegelung des Kindes und Jugendlichen (parallel entstand die Idee vom "wohlerzogenen" Kind) stehen auf der Basis der Entwicklung der Produktivkräfte unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen in einem engen Zusammenhang.

Im Bereich von Pflege und Lernen manifestiert sich eine spezifische Auffassung von der Persönlichkeitsentwicklung des Kindes.

Gekoppelt mit der Alltagserfahrung und dem Alltagswissen erlangen auch wissenschaftliche Vorstellungen immer mehr Bedeutung (forciert durch das zunehmende Interesse des Staates an Wissen über Sozialisation, gerade, wenn sie problematisch wird), was natürlich an die Entwicklung von Druckerzeugnissen gebunden ist (Calhaun 1973).

Die Familie

In der Analyse der Familienbedingungen haben sich innerhalb der einzelnen Wissenschaften entscheidende Fehler herausgestellt (Schwägler; Tyrell).

Viele Autoren (z. B. Durkheim) behaupten einen Wandel von der Großfamilie zur Klein- bzw. Kernfamilie im Zuge der Industrialisierung, der sich als empirisch falsch erwiesen hat (Tyrell; König).

Nach diesen Behauptungen entwickelt sich die moderne Gattungsfamilie aus der Sippe des Mittelalters über eine Ablehnung der Ungeteiltheit des Besitzes. Dagegen muß man davon ausgehen, daß sich die Entwicklung der Familie über eine Lockerung bzw. Annäherung der Blutsbande erklären läßt (auf Basis einer politischen Umwälzung, d. h. vor allem wenn die gesellschaftliche Sozialität verschwindet) (Duby)⁽⁴⁹⁾.

Die Familie entwickelt sich von einer mehr sozialen - moralischen Gruppierung, wo die materielle Ausstattung eines sozialen Zusammenhangs ausschlaggebend zu sein schien, zu einer mehr "psychischen" Instanz, in der die Werte der Gemeinsamkeit sich über das Zusammenleben in einem intimen Kreis bilden. Die Traditionalisten dagegen analysieren die Entwicklung in ihren geistigen Komponenten.

Konkret analysiert Ariés die Entwicklung zur sogenannten "modernen" Familie anhand von Familienbildern.

Während im Mittelalter vor allem die Arbeit und der Beruf mit einem "Gefühlswert" besetzt erscheint, vollzieht sich bis ins 18. Jahrhundert eine Wandlung, an deren Ende die Betonung eines "Familien-sinns" steht (nach Brunner gewinnen hier auch erst die Begriffe Familie, Ehe und Liebe über eine spezifische Rolle der Frau an Bedeutung).

Bis zum 16. Jahrhundert tauchen nach und nach die Frau, die Gesellschaft der Nachbarn und Berufsgenossen und das Kind in der Ikonographie auf (die Galanterie als Form der Genremalerei, in der das Leben des armen Volkes abgebildet ist, scheint Ariés weniger zu interessieren).

Immer mehr wird das Familienleben als natürlicher Ablauf dargestellt (auch das Innere des Hauses, während sich das mittelalterliche Leben vor allem auf Straße bzw. im Freien abspielt), wobei das Verständnis für das Kind eine spezielle Form der allgemeinen Empfindung für Familie ausdrückt.

In einer Gesellschaft, wo soziale Gruppierungen vertikalen Zusammenschlüssen entsprechen, die unterschiedliche Altersklassen zusammenfassen, kann keine intime, gefühlsmäßige Verbundenheit aufkommen. Erst unter den materiellen Bedingungen des bürgerlichen "Ganzen Hauses", die eine Freistellung der Mutter von der Arbeit erlaubten und wo wenigstens der minimale Raum vorhanden war, kann dieses private Gefühl entstehen (und damit die Vorstellung vom Gegensatz zwischen Familie/Individuum und Gesellschaft) - gekoppelt mit der Entwicklung der Schule, die die Kinder in der Nähe des Elternhauses beläst (über die staatliche Organisation bzw. Aufsicht der Schule geraten allerdings Elternhaus und Schule in einen Konflikt, der sich auch in der Gesetzgebung bis heute spiegelt).

Die entstehende Intimität und Privatheit des Familienlebens, die sich bildhaft in der größer werdenden physischen Ähnlichkeit von Kind und Eltern niederschlägt (lebendiges Abbild, Objekt der Anteilnahme), findet seinen Ausdruck in der Spezialisierung der Räume des "Ganzen Hauses" (vorher Allzweckräume), in der Trennung der Kinder von den Bediensteten (aus gesundheitlichen Gründen), in der Arbeit der Amme innerhalb des Hauses, in der Trennung der Geschlechter, im Wegfall der Wahrung öffentlich-beruflicher Funktionen im Haus und in der Literatur (distinguierte Mittelmäßigkeit, gute Manieren für die Bauern, Hinwendung zum Kind, Ratgeber für Eltern).

Insgesamt durchzieht die Erziehung eine größere Rationalität (nicht zu verwechseln mit rationalem Verhalten), werden die gesundheitliche Fürsorge und Erziehung mehr um des Kindes willen betrieben.

In den unteren Klassen (Marx spricht ja bissig von der Familienlosigkeit des Proletariats) greift die Form der bürgerlichen Familie erst Platz, als die Arbeitsbedingungen vom Staat zum Zwecke der Stabilisation der Gesellschaft und zum Zweck der Vermittlung spezifischer Qualifikationen und sozialen Verhaltensweisen - nach langem Kampf - reguliert werden müssen (was zu einer teilweisen Verbesserung der Lebensbedingungen führt), die Gesellenzeit endgültig wegfällt und die Heiratsmöglichkeit nicht mehr an Einkommen und Eigentum gebunden ist.

Die Herausbildung eines familialen Sozialisationsbereichs kann nur über die Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeit erklärt werden, um einer familienideologischen Betrachtungsweise (Rosenbaum 1974; Rosenbaum (Hrsg.) 1974; Schwägler 1975; Engels 1973) zu entgehen, in der der Zusammenhang von Familie/ Individuum und Gesellschaft inhaltlich unvermittelt bleibt.

Damit entsteht aber gleichzeitig wiederum die Notwendigkeit und Möglichkeit, die familialen Verhältnisse auf der Basis von wissenschaftlichen Analysen als "gesellschaftliche" zu organisieren.

Im Grunde genommen ist Ariés, dessen Detailerkenntnisse durchaus brauchbar sind, dieser Dialektik zum Opfer gefallen.

Für ihn hat die Familie und nicht der Individualismus einen "Sieg" über die Gesellschaft errungen, so daß ein Zusammenhang zwischen "Sozialität" und "Familiensinn" nicht herstellbar erscheint.

Daran lassen sich an dieser Stelle schon mehrere Bemerkungen anschließen:

- a. Die Gegenüberstellung von Familie und "Individualismus" geht einmal daran vorbei, daß das Individuum (und seine Persönlichkeit) die kleinste Einheit der Gesellschaft darstellt und zum anderen ignoriert sie die Tatsache, daß auch die bürgerliche Privatautonomie in ihrem individualistischen Charakter in familialen Privathaushalten entscheidend ist (Milhoffer 1973; Simitis (Hrsg.) 1975, 2 Bde).
- b. Wird der Sieg der Familie über gesellschaftliche Zwänge proklamiert, herrscht das Verständnis eines undialektischen Verhältnisses zwischen Familie/Gesellschaft vor (entgegen z. B. Makarenko).
- c. Da Ariés vor allem "Regelungstypen" in ihrer Veränderung analysiert, drückt sich in dem Gegensatz von Familiensinn und Sozialität lediglich das mit sich selbst im Widerspruch liegende "bürgerliche Bewußtsein" aus, d. h. an dieser Stelle wird die Unvereinbarkeit von persönlichem Sinn und gesellschaftlicher Bedeutung aktuell (Leontjew) (50).
- d. Da Ariés die gesellschaftliche Arbeit in der sich entwickelnden kapitalistischen Gesellschaftsformation nicht zur Grundlage seines Vorgehens genommen hat, kann er auch nicht die Schlußfolgerung ziehen, daß sich mit der Entstehung dieser Form von Familie gleichzeitig ihre mögliche, höhere Form unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen anbahnt (Engels).

Unter der Voraussetzung dieser kritischen Anmerkungen lassen sich einige mehr wissenssoziologisch orientierte Konsequenzen aus der historischen Entwicklung ziehen (vgl. Lüscher).

Um den Zusammenhang von frühen und späteren Sozialisationsprozessen zu analysieren, muß eine kritische und wissenschaftliche Distanz zu einem sich herausgebildeten Gegenstand entstehen.

Damit werden bestimmte Voraussetzungen relevant: Die Verminderung der Säuglingssterblichkeit (damit viele Kinder die Phase des Erwachsen-Seins erleben), eine Verlängerung der Lebensdauer (damit möglichst viele Großeltern den Verlauf beobachten können), die Entwicklung der Erkenntnisse der Medizin und anderer Wissenschaften⁽⁵¹⁾.

Die Konkretisierung des Zusammenhangs zwischen Pflege und Lernen ist gebunden an die dialektische Bestimmung des Verhältnisses zwischen Individuen in der Familie und den gesellschaftlichen Verhältnissen. In diesem Kontext gewinnt auch die Schule (im Verlauf: Kindergarten, Vorschule, Eltern- und Familienbildung) als Institution "öffentlichen Interesses" (über "öffentliches" Wissen) die Funktion, die Lernbeschränkung der Familie auszugleichen.

Im Zuge der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsformation (über deren Analyse erst inhaltliche, adäquate Einsichten zu gewinnen sind) mit ihren konkreten Klassenverhältnissen werden nicht nur die "Funktionen" des Einzelnen (wenn das Individuum auch privat vereinzelt wird) wichtig, sondern auch vor allem "Kategorien" von Menschen (Arbeiterklasse).

Dies verweist auf die Notwendigkeit, den massenhaften Einsatz von Kindern in der Produktion zu unterbinden, als die Bestandserhaltung der Gesellschaft und die Stabilisierung bestimmter Produktionsverhältnisse gefährdet erscheinen.

Zu diesem historischen Zeitpunkt (vgl. Kuczynski) beginnt sich die staatliche Organisation immer mehr für die gesellschaftliche Funktion von Sozialisation zu interessieren und fängt an, auf der Basis von "öffentlichem" Wissen immer mehr planerisch in die Reproduktionssphäre einzugreifen, wenn auch bis heute sozialisationstheoretische Defizite eine optimale Organisation verhindern (im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Entwicklung und den politischen Auseinandersetzungen).

Die anfänglichen Regulierungsversuche⁽⁵²⁾ beschränkten sich noch auf "besondere, abweichende Fälle"⁽⁵³⁾, von Kindern (die Erhaltung der physisch angewendeten und noch anzuwendende Arbeitskraft steht zunächst im Vordergrund). Im Laufe der historischen Entwicklung gewinnt dann aber die Situation des Kindes allgemein (auch als Rechtssubjekt im Zusammenhang mit der Emanzipation der Frau: Simitis; Scheu) an Bedeutung, so daß heute existierende Fälle "problematischer Sozialisation" nicht als "besondere" im Vergleich zur normalen, unorganisierten und naiven Entwicklung von Kindern analysiert werden, sondern mehr oder weniger als Form (Variante) der Entwicklung von Kindern allgemein (in der Tendenz organisierter und gesellschaftlicher) behandelt werden (Soziologie und Sozialpolitik 1977; Brusten/Hohmeier (Hrsg.) 1975; "Jahrbuch der Sozialarbeit 1976" 1975; "Jahrbuch der Sozialarbeit 1978" 1977).

Insgesamt kann aus der Darstellung der skizzierten Entwicklung über einen langen Zeitraum (vom 14. bis 19. Jahrhundert, teilweise bis zum 20. Jahrhundert) geschlossen werden, daß Sozialisation und Qualifikation notwendigerweise immer mehr verge-

sellschaftet werden müssen und können. Dieser Prozeß ist aber widersprüchlich, so daß sich Sozialisation als gesellschaftliche entsprechend der vorherrschenden gesellschaftlichen (demokratischen) Interessen (und das ist die Mehrheit der Lohnabhängigen) in Abhängigkeit von den schon vorhandenen Möglichkeiten (Produktivkräften) nur schrittweise herauszubilden beginnt.

Auf der jetzigen Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung (die sich in der Umbruchsituation herausgebildet hat und zunächst "progressiven" Charakter zeigt, vgl. Tomberg, Bernal) können wissenschaftliche abstracta produziert werden - im Zusammenhang der Verhältnisse Produktion/Reproduktion -, die abhängig sind von einer höheren, entwickelteren Organisation gesellschaftlicher Arbeit, die einer notwendigen theoretischen Steuerung bedarf.

Da die Komplexität der Arbeitsteilung subjektiv nur über die Integration immer einfacherer Handlungen in immer kompliziertere Operationen anzueignen ist, werden organisierte Schulungsprozesse erforderlich, die die Organisation von Handlungen und ihre theoretische Deskription voraussetzen (entstanden mit der Entstehung der Wissenschaft in der frühbürgerlichen Phase).

Es hat sich ein organisiertes, abstraktes Wissen herausgebildet (Regelungstyp Ziel-Mittel, Subjekt-Objekt), welches wissenschaftlich (und sozial) organisiert, zur "Reproduktionen des Konkreten im Denken" führen kann, wobei das Konkrete die gesellschaftliche Organisation darstellt (B. Hülsmann).

Seit Marx sind die Chancen gestiegen, auf der Basis des Begriffs "Kapitalismus" die Entwicklung des gewordenen Gegenstandes nachzuzeichnen.

In dieser Hinsicht ist die historische Analyse, die versucht wurde, auch nur auf der Basis des "entwickelten Ganzen" (Zelený) möglich gewesen, wenn auch in einschränkender Weise das Vorgehen insofern relativiert werden muß, als zum Beispiel die Analyse feudaler Verhältnisse noch eindeutiger an einem Begriff "Feudalismus" festgemacht werden muß (ebenda).

Dennoch lassen sich gerade aus der historischen Entwicklung Konsequenzen für den Stellenwert der Sozialisationsforschung heute (im System wissenschaftlicher Arbeit) ziehen, die im folgenden Zitat zusammenfassend zum Ausdruck kommen (auf die ontogenetische Parallel-Entwicklung werde ich noch eingehen):

"Die Stufe der abstrakten Sprache und zugleich der Entwicklung der Wissenschaft impliziert die Existenz der vorausgegangenen Stufen (Objekt- und Handlungs- widerspiegelung, M.H.), bestimmt aber die Bedeutungs- identität der Begriffe nicht länger durch ihre identische Reproduktion, sondern durch die Analyse ihrer gesellschaftlichen Funktion. Die abstrakte Sprache als Instrument der Darstellung, d. h. Beschreibung und Analyse von Zusammenhängen ermöglicht die gesellschaftliche Bewertung und wissenschaftliche, d. h. theoretische Organisation dieser Zusammenhänge als wissenschaftliche Planung" (B. Hülsmann 1975: 164): Organisationswiderspiegelung⁽⁵⁴⁾.

Dies erweist sich als umso dringlicher für die Analyse, Organisation und Planung von Bereichen wie der der Familie, die lediglich vorsichtig angetastet wird - wenn auch heute immer deutlicher. Im Kontext historischer Entwicklung erweist es sich aber als zweifelhaft, ob fundierte Erkenntnisse zu diesem Zweck angeeignet werden können, wenn das Verhältnis der Generationen (in der Familie) allein als Quelle sozialen Wandels angenommen wird (de Mause 1974, Habermas 1973, Kaufmann 1968).

1.2. Konsequenzen für eine Theorie der Persönlichkeit

Über die Durchsetzungslogik kapitalistischer Produktionsverhältnisse (logisch-theoretisch als Tendenz analysierbar, historisch bestimmbar und über Konkretisierung zu periodisieren) "entkoppeln" sich Produktions- und Reproduktionssphäre (Qualifikation/Sozialisation) scheinbar, was sich in der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung als Gegensatz zwischen Individuum/Familie und Gesellschaft wiederfindet (vgl. dazu Liegle, 1973).

Diese historisch bedingte Erkenntnisblindheit dient - neben der politischen Funktion und Produktivkraft-Funktion - der ideologischen Regulierung der Reproduktion des Kapitalverhältnisses.

1.2.1. Problemformulierung

Im Feudalismus kann die Kirche als entscheidende Institution die Ideologievermittlerin spielen, Herrschaft wird über den göttlichen Willen legitimiert. In der bürgerlichen Gesellschaft werden andere Regulierungsmechanismen (Regelungstyp: Ziel-Mittel-Relation (Funktion); Subjekt-Objekt) und Steuerungsapparaturen erforderlich, die auf der Basis der dominanten Ideologie des Individuums über die Gleichheit der Individuen in formaler Hinsicht ihre Wirkung gewinnen.

Der Staat nicht nur als der ideelle, sondern auch reale Gesamtkapitalist übernimmt die Aufgabe, herrschende Krisen in immer mehr Bereichen (bis hin zum Bereich der Frühsozialisation) über die Organisation des Verhältnisses von Aneignung und gesellschaftlichem Zwang zu stabilisieren (wenn auch widersprüchlich).

Sozialwissenschaftliche Theorien und in neuester Zeit auch Planungsmodelle helfen dabei, den repressiven und ideologischen Staatsapparat effektiv zu gestalten (Regierung, Verwaltung, Polizei, Gerichtsbarkeit, Armee; schulische, politische, kulturelle und familiäre "Übersetzungs"-Institutionen).

Sozialwissenschaftliche Theorien in einer "Klassengesellschaft" verhindern aber die Entwicklung zu einer unmittelbaren Produktivkraft, weswegen auch dem demokratischen Widerstand in einer Wissenschaft als Bereich der Produktion von Theorie und Aneignung von Theorie (Ausbildung) eine zentrale Bedeutung zukommt.

Offizielle Theorien vermitteln daher vor allem eine stabilisierende Weltanschauung (keine wissenschaftliche Ideologie), die einen spezifischen Gegenstand über die "Industriegesellschaft an sich" im wissenschaftlich-technischen Zeitalter ausarbeitet: Eine effektive Kombination von "stofflichen" und gesellschaftlich notwendigen Fähigkeiten (ideologische oder negative Qualifikationen), die neben ihrer ökonomischen Funktion die soziale Integration des Individuums in die Gesellschaft gewährleisten sollen.

Die praktische und theoretische Aneignung gesellschaftlicher Erfahrungen in ihrer Struktur, ihrer Entwicklung und Funktion erscheint eben als soziale Integration (Begriffe und soziale Verhaltensweisen) der Individuen (Sozialisation entspricht der Widerspiegelung von Organisation).

In immer größerem Umfang bemüht sich der Staat, Reproduktionsmöglichkeiten (selbst Resultat der Vergesellschaftung der Produktion und der erweiterten Reproduktionsmöglichkeiten) im sogenannten "öffentlichen" (sprich: Interesse der Bourgeoisie) Bereich zu schaffen und diese auch rechtlich abzusichern.

Die produzierten Widersprüche manifestieren sich aber auch in einem Gegensatz zwischen gesellschaftlicher Determination und sozialen Beziehungen in der Art und Weise, daß die Kooperationsbeziehungen, die individuelle Konsumtion und die Familienbeziehungen vom Zweck der Produktion/Reproduktion als getrennt erscheinen.

Da die "gemeinsame Sache" (Holzkamp) in Arbeits- und Sozialbeziehungen zerfallen ist, wird auch die Regulierung schwierig, nimmt widersprüchliche Formen an: Im Gegensatz zu Teil- und Gesamtrationalität drückt sich der Widerspruch zwischen der maximalen Verwertung des Kapitals und der optimalen Entwicklung des Menschen in seiner Selbstbestimmung aus.

Individuen sollen lernen, zu kooperieren, was der Staatsapparat als Sozialstaat mit garantieren will. Gleichzeitig aber müssen sie lernen, zu konkurrieren. Kommt aber die "gemeinsame Sache" zu sehr in den Blick (was nicht zu vermeiden ist, wenn der Staat zum Zweck der langfristigen Kapitalverwertungsbedingungen die Herausbildung allgemeinerer Qualifikationen und sozialer Fähigkeiten proklamiert) müssen die spezifischen Produktionsbedingungen und die Reproduktionsverhältnisse wieder zwanghaft miteinander gekoppelt werden (Rechtsstaat).

Eine "Theorie der Persönlichkeit" muß diese Tatbestände berücksichtigen.

Dann kommt auch in den Blick, daß die Akkumulation von "öffentlichem" Wissen zur Analyse und Steuerung von Sozialisation unter organisatorischen Verhältnissen produziert wird und daß dieses Wissen die Interessen der Herrschenden widerspiegelt.

Der historische Materialismus als allgemeine Theorie der Soziologie⁽⁵⁵⁾, der die Organisation von gesellschaftlichen Verhältnissen mit der abstrakten Widerspiegelung dieser Verhältnisse in ihrem historischen Charakter in Verbindung bringt, muß den allgemeinen Rahmen für eine "Theorie der Persönlichkeit" abgeben, um gerade zum jetzigen Zeitpunkt der Klassenauseinandersetzungen Wissenschaft in ihrer Funktion für die Demokratisierung der Gesellschaft zu bestimmen und effizient zu machen.

In diesem Sinne soll im folgenden Abschnitt die Möglichkeit einer solchen Theorie ausgelotet werden, die dann auch ein Modell für die Analyse und Steuerung des "problematischen" Sozialisationsprozesses von (ausländischen) Adoptivkindern abgeben kann.

Als grundlegende These liegt dieser Analyse die folgende zugrunde:

Unter gegebenen Verhältnissen ist jede individuelle Entwicklung problematisch, weswegen die konkreten Entwicklungswidersprüche logisch konstituiert werden müssen.

Die Sozialisation von ausländischen Adoptivkindern ist nur ein besonderer Fall dieses allgemeinen Zusammenhangs.

Diese Allgemeinheit, die einen spezifischen Charakter von Sozialisationsprozessen ausdrückt, ist Ergebnis einer historischen Entwicklung, die gleichzeitig eine spezifische theoretische Analyse erst ermöglicht hat.

In einer ersten theoretischen Phase konnten lediglich einfache "abstracta" gebildet werden. Eine kontemplative Auffassung von Theorie ist der Gipfelpunkt des menschlichen Verhaltens (Ziel und Sinn in sich selbst, vgl. Zelený).

In einer zweiten Phase (der bürgerlichen) werden Theorie und Praxis als utilitaristisch-technisch bestimmt, hat eine über-historische Theorie (Vernunft, praktische Vernunft) das Primat.

Seit Marx dagegen können wissenschaftliche Begriffe gebildet werden, die die konkreten Bestimmungen in ihren gesetzesmäßigen Beziehungen unter gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen widerspiegeln.

Infolge der Trennung der Subjekte von den Resultaten und den Mitteln ihrer Arbeit gewinnt die Aneignung von Funktionalität (Ziel-Mittelrelationen) an Bedeutung.

Der historische Materialismus als allgemeine Theorie der Soziologie erlaubt es, die Organisation als gesellschaftliches Verhältnis (Struktur, Funktion, Entwicklung) und die Abstraktion, die dieses Verhältnis historisch bestimmt (abstrakter Begriff), in Beziehung zu setzen.

Zum Zeitpunkt der individuellen Bearbeitung von gesellschaftlichen Problemen konnten wissenschaftliche Produkte nur quantitative Einsichten bringen. Jetzt ist es möglich, die Gesellschaft in ihrer historischen Form in adäquater Weise konkret zu reproduzieren.

Unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen haben Abstraktionen (theoretische Aneignung und praktische) die Organisation von Zusammenhängen zum Gegenstand (Funktionalität).

Verbunden mit der Form der Organisation von gesellschaftlichen Verhältnissen erfassen abstrakte Begriffe die historische Bestimmung der Verhältnisse, während konkrete Begriffe vor allem die materiellen Inhalte widerspiegeln.

Wissenschaftliche Begriffe können gebildet werden (deren Bildung erst auf einer bestimmten Stufe der Menschheitsentwicklung möglich wird: im Kapitalismus), zielorientierte Bestimmungen über die Erfahrung der gesellschaftlichen Praxis sind möglich (sozial durch Vermittlungsprozesses angeeignet), in denen die Identität der Bedeutung dann zum Problem der Intersubjektivität wird, in denen die Handlungsprinzipien die Prinzipien des Denkens darstellen.

Zu diesem Zeitpunkt erst kann die Praxis und Funktion von Wissenschaft die Analyse und Steuerung der Organisation von gesellschaftlichen Verhältnissen erst ermöglichen (Zusammenhang von der Vergesellschaftung der Wissenschaft und der Verwissenschaftlichung der gesellschaftlichen Entwicklung als Demokratisierung von Gesellschaft).

Auf dieser höchsten Stufe der Begriffsbildung (dies ist eben auch für die Vergesellschaftung des Reproduktionsbereiches von Wichtigkeit) verlangt die Allgemeinheit konkreter Begriffe nach abstrakten Widerspiegelungen von Zusammenhängen, die die historische Funktionalität wiedergibt und damit praktisch eine "rationalere" Organisation möglich macht, bis diese Veränderung neuer Konkretionen bedarf, um die alten zu verallgemeinern (Hülsmann, 1975).

Wissenschaftliche Begriffe verweisen daher auf die praktisch-theoretische Auseinandersetzung der Gesellschaft um das Allgemeine⁽⁵⁶⁾, was in der Organisation der "Aneignung der Arbeit" auch im Ausbildungsbereich von entscheidender Relevanz ist.

Diese (sich historisch herausgebildeten) Bedingungen erlauben es, nicht nur "Bestehendes" zu beschreiben, sondern Praxisbereiche (z. B. die formale Sozialisation) zu "erklären" und ihre Organisierbarkeit in Richtung "gesellschaftlicher" Sozialisation als Möglichkeit zu diskutieren.

1.2.2. Überlegungen zu einer historisch-materialistischen Persönlichkeitstheorie

Während der Begriff "Individuum" mehr auf den Einzelnen als Teil eines Ganzen verweist, der Begriff "Individualität" das Besondere und Spezifische eines Individuums meint (wenn auch gesellschaftlich bedingt), bezieht sich der Begriff "Persönlichkeit" auf zweierlei:

- Auf ein konkretes Individuum in seiner dialektischen Einheit von individuellen und gesellschaftlichen Bestimmungen und
- auf die sozialen, gesellschaftlich relevanten Eigenschaften eines Individuums, die es in den Beziehungen zu anderen Menschen sich angeeignet hat (Sozialisation) und die es zum Subjekt von Tätigkeiten werden läßt (Personalisation), wobei das Schwergewicht der Analyse zum einen auf der Struktur innerhalb des Individuums liegen kann⁽⁵⁷⁾ (Psychologie) und zum anderen auf den Verhältnissen der Individuen untereinander (Sozialpsychologie und Soziologie), was an dieser Stelle vor allem von Interesse sein wird. Es wird daher mehr um die Gesellschaft als Ausgangspunkt gehen, obwohl alle drei Verfahrensweisen sich auf die Struktur der Tätigkeit beziehen⁽⁵⁸⁾.

Zuerst soll die Theorie der Individualität von Sève (Marxismus und Theorie der Persönlichkeit) in ihrer Darstellung und Kritik im Mittelpunkt stehen, die er als einen wichtigen Übersetzungsschritt zwischen die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Persönlichkeit als besonderer und einmaliger zu schieben versucht.

Dem Anspruch nach soll seine Theorie (die mehr ein hypothetisches Modell zwischen Theorie und Realisation darstellt) erklären, wie die Verhaltensmöglichkeiten inhaltlich unter konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen entwickelt werden, wobei der Zeitplan-Begriff (Infrastruktur der Persönlichkeit unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen) vorrangig behandelt werden muß⁽⁵⁹⁾.

Sèves Modell stellt wissenschaftsgeschichtlich insofern einen qualitativen Sprung dar, als er zu zeigen versucht hat, daß im Werk von Marx und seinen entwickelten ökonomischen Kategorien dem Wesen nach eine Theorie der Individualität angelegt ist. Der Schlüssel seines Ansatzes liegt in der 6. Feuerbachthese, die besagt, daß das menschliche Wesen das "Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse" beinhaltet (MEW, Bd. 3: 400).

Die einzelne Person findet die Gesellschaft zwar einerseits schon vor (MEW 3: 38), die soziale Geschichte ist aber gebunden an die individuelle Entwicklung, wobei die Menschen sich aber als gesellschaftliche Individuen nur in den gesellschaftlichen Verhältnissen vereinzeln können.

Insofern sind die Persönlichkeiten über die gesellschaftlichen Formen und den gesellschaftlichen Inhalt produziert, wobei diese in den konkreten Individuen in psychologischer Gestalt als ein "Effekt der Individualität" erscheinen.

Persönlichkeiten werden von den gesellschaftlichen Verhältnissen gestaltet, welche sich von der biologischen Gestalt jener unterscheiden (der Mensch ist aber auch menschliches Naturwesen).

Das Verhalten eines Individuums ist der Form nach zwar biologisch, dem Inhalt nach aber sozialisiert und gesellschaftlich determiniert. Es ist biologisch vermittelt und drückt sich "psychologisch" aus.

Sève's Grundanliegen ist in recht unterschiedlicher Weise kritisiert worden. Von vielen Seiten her muß die Kritik als ungerechtfertigt abgewiesen werden:

- a. Der Vorwurf, Sève's Ansatz entbehre jeder psychoanalytischen Herangehensweise (Lorenzer, 1975)⁽⁶⁰⁾, ist in dem Sinne fast in keiner Weise als Kritik anzusehen.
- b. Die Behauptung, er habe die Analyse der konkret-historischen Praxis, der revolutionären Praxis einschließlich der Partei der Arbeiterklasse vernachlässigt, trifft nicht den Kern einer möglichen Kritik (Adam 1973).
- c. Der Vorwurf, sich nicht auf den Boden einer materialistischen Erkenntnistheorie gestellt zu haben, trifft nur den Kritiker (Jantzen 1977)⁽⁶¹⁾.

Dennoch lassen sich Einwände gegen das Konzept von Sève erheben (vgl. auch Materialistische Wissenschaft und Psychologie 1975: 149, Rexilius 1977).

Die Theorie der Individualität benutzt Sève dagegen dazu, die logische Konstitution der Subjektivität in ihren wesentlichen Entwicklungsnotwendigkeiten herauszuarbeiten.

Es geht um eine Konkretisierung im entwicklungsgeschichtlichen und -gesetzlichen Sinne, weil die Menschen nicht nur Objekte, sondern auch Subjekte der Geschichte darstellen.

Mittels der historischen Formen ihrer Praxis begreifen Menschen auch Geschichte, über die historischen Mittel der Praxis machen sie Geschichte, Gesellschaft und sich selbst.

Daher muß der Arbeitsbegriff im Mittelpunkt der Analyse stehen, da sich durch ihn das Verhältnis zwischen dem "Wesen des Menschen" und dem "wesentlichen Menschen" erklären läßt.

Die menschliche Praxis vermittelt zwischen Individuum und Gesellschaft, so daß erklärbar wird, wie sich das einzelne Individuum wesentlich entwickelt, wie die individuelle Konstitution abläuft (Sozialisation).

Damit ist aber noch nichts über das "Wie" der Vermittlung ausgesagt, zu welchem Zweck Sève die "Theorie der historischen Individualitätsformen" als inhaltliche Lösung anbietet (vermittelte, inhaltliche Homologien), die eine Systematik des "menschlichen Wesens" entsprechend historischer Entwicklungsgesetze bewerkstelligen sollen.

Als Individualitätsformen nennt Sève Bedürfnisse, produktive Arbeit und die Konsumption, welche historische sind, weil sie geschichtlich entstanden sind und weil sie in konkret-historischen Verhältnissen aktualisierbar werden.

Die "Abstraktheit" der ökonomischen Verhältnisse und ihrer Kategorien hat Sève allerdings nicht konkret bestimmt.

Er hat lediglich eine topologische (mit der Tendenz einer Typologie) Klassifizierung angegeben, die zeigt, daß das konkrete Individuum von den gesellschaftlichen Verhältnissen determiniert wird⁽⁶²⁾.

Eine Erkenntnis wird daher erst dann wissenschaftlich, wenn die Einheit der Gegensätze und Formen der Widersprüche in ihrer konkret-spezifischen Gestalt erfaßt werden (Zelený).

Wird die individuelle Konstitution nicht mehr in ihrer wesensmäßigen Einheit analysiert, setzt sich das konkrete Individuum im Resultat der Bestimmung nur aus unendlich vielen "Formen" zusammen: Von einem Begriff wird auf Erscheinungen verallgemeinert, womit das Wesen des konkreten Individuums unter gegenwärtigen (sprich: kapitalistischen Verhältnissen) nicht erfaßt werden kann.

Der grundlegende Fehler Sèves, der sich auch darin äußert, daß er die Bedeutsamkeit des "Werts der Arbeitskraft" nicht konsequent bis hin zu den physiologischen Prozessen verfolgt (denn alle Prozesse sind gesellschaftlich determiniert), liegt in seiner problematischen Bestimmung des Verhältnisses zwischen abstrakter und konkreter Arbeit, da er meint, ökonomische Kategorien wie Mehrwert, Wert, Profitrate (Tauschwert und Wert verwechselt er sogar) hätten mit der Form der Individualität nichts zu tun.

Da Sève nicht genügend berücksichtigt, daß unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen die abstrakte Arbeit real geworden ist - in der Gestalt der lebendigen Abstraktion der Lohnabhängigen -, kann er die private Arbeit (konkrete Aktivität) der abstrakten Arbeit fast schon euphorisch entgegensetzen. Gerade über die Bestimmung des Verhältnisses zwischen konkreter und abstrakter Arbeit muß sich ihr Charakter nämlich als bloß formal konkret erweisen.

Ansonsten könnte das Ziel des Kampfes erst einmal im Ringen um mehr Freizeit liegen, was allerdings eigentlich ein Resultat wäre.

Arbeit, die keine abstrakte Lohnarbeit darstellt, ist zwar nicht als abstrakt, aber auch nicht als konkret zu bezeichnen, da sie auf abstrakte Arbeit innerhalb einfacher Reproduktionsbedingungen zu beziehen ist und da sie über das Geld als realisierten Tauschwert vermittelt ist: Sie ist demnach pseudokonkrete Arbeit (vgl. auch Hagemann-White/Wolff; Holzkamp, der von der Aneignung des Tauschwertcharakters von Gegenständen spricht).

Da Sève die konkrete Arbeit auch als "Arbeit als konkrete Verhaltensweise" begreift, läuft er Gefahr, daß die Fähigkeitsentwicklung der Persönlichkeit die bestehenden Verhältnisse "beschönigt".

Sève analysiert zwar das "Wesen" als Verhältnis, was auch die Produktion von Verhältnissen mit einschließt.

Unter kapitalistischen Verhältnissen wird aber der Zusammenhang zwischen individueller Entwicklung und Produktivkräften (gesellschaftliche Entwicklung) von den Produktionsverhältnissen in verkehrter Form bestimmt (dieses Ziel peilen schon Autoren an, die eine Synthese zwischen Psychoanalyse und Marxismus versuchen, das Ziel aber nicht verwirklichen können).

Dieser Sachverhalt beansprucht schon für die Ausbildung von "Grundfähigkeiten" im Kleinkindalter Geltung, womit ausgeschlossen ist, daß die konkrete Persönlichkeit unter die abstrakte "subsumiert" wird.

Entgegen von Sève stehen die Fähigkeiten nicht in einem Kausalverhältnis zum Wert der Arbeitskraft, sondern dieser als ökonomischer Ausdruck ist die Abstraktheit selbst.

Da Sève die Widersprüchlichkeit der Produktionsverhältnisse nicht konkret faßt, wird die "Zufälligkeit", in der sich die wesentliche gesellschaftliche Entwicklung durchsetzt und Zufall und bewußte Gestaltung sich noch positiv treffen, so daß ökonomische Entwicklungsnotwendigkeiten noch geändert werden können, vor allem als historische begriffen.

Zufälligkeit findet unter diesem Aspekt in ihrer Bedingtheit keine unproduktive Grenze.

In jedem Bereich der Gesellschaft kann sich das Individuum die Produktivkräfte relativ adäquat aneignen.

Im Kapitalismus aber, wo das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit als "wesentlich zufällig" erscheint, ist jedoch das Individuum nicht bewußt determiniert: Zufälligkeit impliziert Abstraktheit, Einmaligkeit heißt auch Nivellierung.

Als Folge dieser Ungenauigkeiten erscheint dann der qualitative Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus als lediglich quantitativer, wenn Sève die Möglichkeit des Wechsels in andere "Sektoren" diskutiert.

Denn die qualitative Revolutionierung des Verhältnisses zwischen Individuum und Gesellschaft bezieht notwendigerweise andere Bereiche mit ein.

Begreift man das Individuum als realabstraktes, so kann man auch nicht mehr von "Internalisierung" reden, da eher der Prozeß der theoretischen und praktischen Aneignung eine Erklärung liefert, die von russischen Psychologen wesentlich genauer herausgearbeitet worden ist (Leontjew, Elkonin, Wygotski z. B.).

Daher ist auch der Begriff der "Juxtastruktur" (funktionales Determinationsverhältnis") verwirrend, weil Sève wohl das erkenntniskritische Basis-Überbau-Modell nicht um die Gesamtstrukturelle Sichtweise einschließlich des individuellen Bewußtseins erweitert hat.

Eine andere Lösung hätte darin bestanden, überhaupt auf diesen Begriff zu verzichten und stattdessen die wirklichen Verhältnisse zu analysieren. Unter dieser Voraussetzung kann der Zeitplan-Begriff erst einmal nur als Modell diskutiert werden⁽⁶³⁾.

Zentraler Begriff seiner Persönlichkeitstheorie (Persönlichkeit meint eine "enorme Anhäufung von Handlungen in der Zeit") ist der des Zeitplans oder der Infrastruktur, die auf die Gesamtaktivität eines Individuums in der Zeit verweist.

Mit Zeitplan meint Sève die wirkliche Infrastruktur, weil sie den psychologischen Effekt der Individualität strukturmäßig wiedergibt, welcher durch die gesellschaftlichen Formen und Inhalte produziert wird (biologischer Träger).

Den Begriff des Zeitplans bezieht Sève auf unterschiedliche Dimensionen der Arbeit (die man auch durch die Dimension körperliche und geistige Arbeit hätte ergänzen können): konkrete und abstrakte Lernhandlungen, konkrete und abstrakte Handlungen als Realisation dieser Lernhandlungen.

Diese Dimensionen hängen zwar von den gesellschaftlichen Verhältnissen ab, geben aber auch den Rahmen für die Entwicklung individueller Möglichkeiten an.

Nach Sève, der seinen Begriff des Zeitplans über die Begriffe Handlung, Fähigkeit und des Verhältnisses zwischen Bedürfnis und Produkt analysiert, ist die Persönlichkeitsentwicklung "entfremdet": Sie ist in eine konkrete und abstrakte gespalten.

Es existieren Widersprüche zwischen Lernhandlungen zur Entwicklung konkreter Fähigkeiten (zur Selbstverwirklichung) und Lernhandlungen zur Entwicklung abstrakter Fähigkeiten (zur Berufspraxis): Widerspruch zwischen "Bildung" und "Ausbildung" (Verhaltenssicherheit und arbeitsteiligen Fähigkeiten). Es läßt sich ein Widerspruch zwischen konkreten und abstrakten Handlungen konstatieren: zum Zweck von abstraktem Profitinteresse und zur Befriedigung persönlicher Bedürfnisse.

Abgesehen davon, daß hier in etwa der Sozialisationsprozeß in seiner Dialektik von Anpassung und Selbstverwirklichung durchschimmert, muß doch die abstrakte Arbeit und die abstrakte Persönlichkeit als Einheit betrachtet werden, um die Abstraktheit bis hin zur "Selbstverwirklichung" zu verfolgen.

In seinem Modell scheint dies aber ungenügend vorangetrieben worden zu sein, wenn Sève in seiner Klassifizierung des "Status" der Individuen den Zusammenhang zwischen Entwicklungslogik/Strukturen und individuellen Aktivitäten zuerst auseinanderreißt, um ihn dann wieder zusammenzusetzen.

Obwohl Handlungen eben wegen der beschränkten Möglichkeiten über die Produktionsverhältnisse auch nichts bewirken, obwohl Bedürfnisse auch abstrakte sind (Bereicherungssucht kann nicht als Struktureffekt angesehen werden, was dieser Lage der Lohnabhängigen lediglich diffamiert), obwohl Fähigkeiten auch stagnieren und obwohl Bedürfnisaufschub vor allem gesellschaftlicher Zwang ist (vgl. den Zynismus des "deffered gratification pattern"), formuliert er sein Entwicklungsgesetz als notwendige Übereinstimmung zwischen Fähigkeitsniveau und der Struktur des Zeitplans (hohes P/B-Verhältnis).

Unter gegenwärtigen Verhältnissen gerät der wirkliche Zeitplan mit den Entwicklungsnotwendigkeiten der inneren psychologischen Strukturen in einen Konflikt, so daß die Fortschrittsrate der Fähigkeiten sinkt (psychologisches Produkt). Die "organische Zusammensetzung" des Zeitplans und der Persönlichkeit ist derart beschränkt, daß der entscheidende Sektor der abstrakten Aktivität keine hohe Fortschrittsrate enthält, die zur Motivation beiträgt und Lernaktivität anregen könnte.

Der Begriff der "Zeit" wird zum wesentlichen Motor der Erklärung, aber der wirkliche Zeitfonds muß über die Kategorien der "Politischen Ökonomie" erschlossen werden, weil der wirkliche Zeitplan nicht in einem Konflikt mit den inneren psychologischen Entwicklungsnotwendigkeiten steht, sondern Widersprüche in zweierlei Hinsicht existieren:

- a. Zwischen den objektiven Reproduktionsbedingungen der abstrakten Arbeitskraft (abstraktes Individuum) und den Möglichkeiten, die durch den Lohn, die gesellschaftlichen Verhältnisse und Institutionen beschnitten werden,
- b. zwischen den Entwicklungsmöglichkeiten und dem wirklichen Zeitplan.

Wie gestaltet sich dann die "Liebe zum Beruf", wenn die Arbeit zum "Gradmesser" der Grundfähigkeiten des Individuums gemacht wird? Wird nicht Analyse und Politik über eine moralisch-idealistische Argumentation durch den Mechanismus negativer Selektion ersetzt?

Ist ein "psychologisches Produkt" entwickelbar, wenn jemand acht bis zehn Stunden arbeitet? In welcher Arbeit liegen die erforderlichen Anreize?

Kann man unter Verhältnissen der "einfachen Reproduktion" qualitativ unterschiedliche Produkte gegeneinander abwägen?

Weil "empirisch" die Aneignung gesellschaftlicher Bedeutung und des persönlichen Sinns auseinanderfallen, werden hier lediglich Möglichkeiten eines Freiraums skizziert, die zwar "Bourgeoisie-Verhältnisse" nicht direkt widerspiegeln, aber doch auch in Hinsicht auf eine praktische Perspektive auf die privilegierte Stellung Sèves als Wissenschaftler hindeuten.

Trotz der Brauchbarkeit seines Konzepts muß daher darauf hingewiesen werden, daß eine wissenschaftliche Analyse auch zum Ausdruck bringen muß, wie der Großteil der Bevölkerung seine konkreten Bedürfnisse befriedigen kann, wenn es die Verhältnisse nur zu oft nicht erlauben.

Dies ist aber nicht nur ein theoretisches, sondern vor allem ein praktisch-politisches Problem.

Theoretisch soll im folgenden Abschnitt diskutiert werden, inwieweit die "Widerspiegelungstheorie" das Konzept des Zeitplans ergänzen kann.

Die unterschiedlichen Widerspiegelungsebenen sind abhängig von der Aneignung der gesellschaftlichen Naturkräfte, welche - vermittelt über gesellschaftliche Bewußtseinsformen - auch die individuelle Widerspiegelungstätigkeit bedingen (vgl. Stadler u.a.).

Da sich die Bedeutungen hinter den Objekten verstecken, ergeben sich Konsequenzen für die Aneignung und Widerspiegelung, um die individuelle Aneignung in ihrer Relevanz zur Konstitution von Gesellschaft in ihrer organisatorischen Form zu bestimmen.

Aneignung meint, daß eine Widerspiegelung im individuellen und gesellschaftlichen Bewußtsein entsteht, die die wesensmäßigen Eigenschaften wieder gibt (theoretische Aneignung), so daß der Umgang mit Objekten in immer vollständiger Weise gestaltet werden kann.

Erkenntnisprozesse als Verhältnisse sind also ein Bestandteil des praktischen, gesellschaftlichen-individuellen Lebensprozesses.

Dies besagt auch, daß ein Objekt erst dann angeeignet ist, wenn eine Vergegenständlichung der erkannten Eigenschaften (das Allgemeine) möglich wird.

Widerspiegelung meint, daß eine spezifische Beziehung materieller Prozesse vorhanden ist, in der die ideellen Prozesse auf materieller Basis - durch innere Veränderungen von äußeren Einwirkungen - andere materielle (reale) Prozesse reproduzieren.

Der ideelle Prozeß ist demnach vom real-materiellen abhängig.

In Bedeutungen (sprachlich manifestiert) wird die gesellschaftliche Organisation von Erfahrung (gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Subjekt und Objekt) individuell widergespiegelt: Die wesentliche Struktur, die einerseits die durch die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmten gesellschaftlichen Situationen und andererseits die Fähigkeiten (Handlungsbedingungen) umgreift, die darauf bezogen sind.

Bedeutungs-Aneignung ist ein Prozeß der Strukturierung sozialer Organisation von materiellen und organisatorischen Bedingungen, eine Form tätiger Aneignung (Sève konzentriert sich vor allem auf die hypothetischen Resultate, während auf diese Weise das konkret-inhaltliche und historische "Wie" der Umsetzung in den Blick gerät).

Sozialisationsprozesse sind demnach situative Aneignungsprozesse unter organisatorischen Bedingungen, die die gesellschaftliche Determination berücksichtigen: Das Verhältnis der Generationen zueinander (z. B. in der Familie) kann daher nicht als eine unabhängige Quelle von sozialem Wandel begriffen werden.

Bedeutungen manifestieren sich zum größten Teil in Sprache.

In ihr spiegeln sich nicht nur die objektiven Bedingungen wider, sondern auch die subjektiven Verhaltensweisen als Möglichkeiten - als Resultate gesellschaftlicher Prozesse, die von der Produktion und Reproduktion bedingt sind.

Wie Wygotski gezeigt hat (Sprechen und Denken) konstituiert sich Sprache vermittels der gesellschaftlichen Formen der Verallgemeinerung (ontogenetisch und phylogenetisch), wobei die "Zone der nächsten Entwicklung" von Wichtigkeit ist.

Hier wird deutlich, wie der Mensch, der über die Arbeit Bewußtsein entwickelt, zum "Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse" werden kann. Über das Konzept der Aneignung von Sprache unter sozialen Bedingungen über bestimmte dominante Tätigkeitsstrukturen (z. B. Spiel) läßt sich die Begriffsentwicklung verfolgen (Prämissen: Identität von Denken und Sprache; Abbildcharakter von Sprache).

Auf diese Weise (über bestimmte Entwicklungsstadien) werden gesellschaftliche Erfahrungen als Zusammenhänge abgebildet (als Begriff und Verhaltensweise), die arbeitsteilig von einer bestimmten Produktionsweise abhängen.

In der Sprache wird die historische Erfahrung der Menschheit mit der subjektiven Erfahrung konfrontiert, weswegen sie im Schnittpunkt subjektiver und objektiver Entwicklung steht.

Die Konsequenz der Entwicklung von Verhaltensweisen wird in sprachlicher Bedeutung als Resultat gesellschaftlicher Prozesse abgebildet und ruft ein Handlungspotential im Bewußtsein hervor (schon beim kleinen Kind).

Die Begriffsentwicklung (sprachlich manifestiert) stellt demnach einen gesellschaftlichen Lernprozeß dar, den Leontjew präzise nachvollzogen hat (phylogenetisch und ontogenetisch).

In seinem Modell zur Verhaltensregulierung per Rückkopplung⁽⁶⁴⁾ und Information⁽⁶⁵⁾ hat Leontjew versucht, dieses Problem zu lösen.

Sein Versuch knüpft an die banale Feststellung an, daß man lernt, um zu arbeiten, und daß die Arbeit das Gelernte anwendet, wobei Sprache/Denken eine regulierende Rolle zukommt.

In der dialektischen Einheit von innerer und äußerer Tätigkeit entwickeln sich die Verhältnisse von Gegenstand, Tätigkeit und Bedürfnis (praktisch-theoretischer Materialismus).

Die äußere Tätigkeit bildet die Quelle für die Motivation als Erfahrung des Zusammenhangs zwischen Bedürfnis, Handlung, Resultat der Handlung.

Das Individuum erwirbt so Bedeutungen, die als Handlungspotential sich auf die Organisation der Tätigkeit beziehen, die im Kontext gesellschaftlicher Operationen innerhalb der Arbeitsteilung erfahrbare sind.

Über Handlungen - motiviert durch Tätigkeit - eignet sich das Individuum Bedeutungen an (sprachlich): die Struktur von Handlungen, Begriffen und Verhalten.

Das Subjekt der Handlung/Tätigkeit lernt den sinnlichen Inhalt von Tätigkeit, indem es Sinn als Funktion innerhalb der gesellschaftlichen Bedürfnisbefriedigung erfährt, was unkompliziert wäre, wenn Erfahrungen nur Gebrauchswertcharakter hätten.

In einer Tauschwert-Gesellschaft erfährt es also gleichzeitig, daß der persönliche Sinn nicht mit der gesellschaftlichen Bedeutung der Tätigkeit übereinstimmt, obwohl es lernt, sich individuell Fähigkeiten als gesellschaftliche anzueignen bzw. aneignen zu können.

Gesellschaftliche Bedeutungen erlernt das Individuum aber nur in der Organisation von gesellschaftlicher Erfahrung, vermittelt spezifischer Aneignungsprozesse (z. B. Spiel, Sprache), die mit der Organisation der Produktion verbunden sind.

Sozialisation wird so begreifbar als die Aneignung von Orientierungen (gefährlich für die herrschende Ideologie, wenn sie auf konkrete Fähigkeiten bezogen werden) im Kontext von Organisationen⁽⁶⁶⁾, d. h. das Organisationsniveau bestimmt die Inhalte der Lernprozesse und damit den Lernerfolg. Auch die offizielle Sozialwissenschaft vermittelt zwar immer mehr Theorien und Ideologien, die sich auf die organisatorische Aneignung beziehen.

Vorrangig muß aber geklärt werden, wie Fähigkeiten gesellschaftlich entwickelt werden, die im Spannungsverhältnis von Anpassung und Selbstverwirklichung zu Tage treten. Damit Theorien immer mehr sich an die objektive gesellschaftliche Entwicklung anpassen können, wird es wichtig, nicht mehr individuelle und gesellschaftliche Entwicklungen zu "konstruieren", sondern sie konkret als individuelle und kollektive Verhaltensbedingungen zu begreifen (vgl. Kon). Individuelle Aneignungsprozesse lassen sich so mit der gesellschaftlichen Entwicklung verbinden. Dabei gewinnen die Produktionsverhältnisse insofern eine zentrale Bedeutung (und damit der politische Kampf der Interessengruppen), als sie die Grenze für die Handlungsfähigkeit und Subjektivität angeben, die adäquat erst unter den Bedingungen kollektiver Arbeit angeeignet werden können. Aus den Aneignungsprozessen resultiert Verhalten (Handeln und Sprechen), wobei Bedeutung eine Identität zwischen Sprache und Verhaltensorientierung gegenüber Objekten und Zusammenhängen ausdrückt

(innerhalb eines organisatorischen Zusammenhangs), wodurch die individuelle Entwicklung möglich und die Bildung spezifischer gesellschaftlicher Verhaltensweisen in Gang gesetzt wird (Bedeutung steht dann nicht mehr ideologisch vor den Verhältnissen, was aber real nur der Tendenz nach möglich ist).

In diesem Kontext hat eine Theorie der Persönlichkeit oder Sozialisation die Aneignung von Bedeutung oder Bedeutungsverschiebungen zum Gegenstand (unter realen organisatorischen Bedingungen), wogegen sich im Ausbildungsbereich für die Aneignung von Sozialisationstheorie (Sozialisation von Sozialisationstheorie) eine zusätzliche Perspektive bietet, die gerade über die Gleichzeitigkeit von Sozialisationsprozessen und Sozialisationstheorie die Erfahrung der gesellschaftlichen Organisation von Sozialisationsprozessen und die Aneignung von gesellschaftlichen Bedeutungen ermöglicht.

Im Hinblick auf die reale Sozialisationspraxis gewinnt heute die Analyse von Verhaltensweisen und ihre Wirkungsweise bzw. Funktion in Aneignungsprozessen in zunehmendem Maße an Bedeutung. Daher soll im Anschluß an die Diskussion des Bedeutungskonzeptes die Theorie des "Zeitplans" noch einmal aufgegriffen werden.

Abbilder sind solche einer sich bewegenden Materie, die also keinen rein statischen Charakter besitzen können, die Objekte abbilden, welche im Zusammenhang mit der Produktion und Reproduktion stehen (Das System der menschlichen Tätigkeit ist dem System der gesellschaftlichen Beziehungen untergeordnet.).

Die Struktur der Abbilder hängt mit den materiellen Prozessen (den realen) und dem System der menschlichen Tätigkeit in ihren gesellschaftlichen Bezügen zusammen, wobei das sinnliche Abbild einer aktuellen Situation in diesem Sinn eher statisch zu nennen ist, dagegen aber komplizierte, gesamtgesellschaftliche Tätigkeiten durch erfahrene, stabile Bedeutungsdimensionen ergänzt werden müssen - bezogen auf Objekte und historische, veränderliche Eigenschaften.

Dieses vollständigste Abbildsystem kann "operatives" genannt werden (Oschanin), welches bei Bedarf in einen Plan übersetzt werden kann, der die Operationen bei der Durchführung einer Arbeit regelt oder steuert (intendierte Handlung über Tätigkeit als Bezugspunkt).

Dieser Begriff bezeichnet den Steuerungs- oder Regelungsaspekt, der den Zusammenhang von Abbild und Tätigkeit herstellt, weswegen Sève ja auch davon spricht, daß die Persönlichkeit etwa in einem "Überbau"-Verhältnis zur Gesellschaft steht⁽⁶⁷⁾.

Zwecke und Ziele bestimmen dabei die Handlungen und Inhalte der Erkenntnis, die Ziele planerisch anstrebt (der Plan steht zwischen Vorstellung und Verwirklichung).

Über Pläne (zwischen Vorstellung Realisation vermittelnd) wird also die praktische Aneignung möglich (Anwendung auch eines Zeitfonds).

Über eine hierarchische Klassifikation können so die Formen individueller Pläne als Ablauftypen in Hinsicht auf ein Endziel angegeben werden. Handlungen werden bestimmt durch die Tätigkeit und deren Ziele (Motivation = hierarchischer Zielkomplex).

Aus der Motivation und der daraus notwendig folgenden Handlung bzw. Teilhandlung (Operationen zielen auf das Mittel in einer Situation in Abhängigkeit von der materiellen Beschaffenheit der Objekte) lassen sich Tätigkeiten erklären.

Zu berücksichtigen ist jedoch die Ebene der Widerspiegelung: Die Erkenntnis von sozialen Prozessen und gesellschaftlichen Tätigkeiten setzt eine genügende Aneignung der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion voraus (letztlich wird diese erst möglich, wenn der materielle Gesamtprozeß im wissenschaftlichen Sozialismus angeeignet ist).

Objektiv entspricht also der Tätigkeit eine Motivation, subjektiv ist ein "Zeitplan" vorhanden, der angibt, wie die unterschiedlichen Zielkomplexe erreicht werden können, die in subjektiver Motivation widergespiegelt sind.

Im Begriff des Zeitplans, der nicht mit dem des Handlungsplans gleichgesetzt werden darf⁽⁶⁸⁾, verbinden sich (und das ist ein Verdienst von Sève) die subjektiven und objektiven Seiten der Tätigkeitsstruktur (menschliche Wesen und Wesen der Persönlichkeit). Doch sind die Zeitpläne gesellschaftlich determiniert, werden durch kapitalistische Produktionsverhältnisse bedingt, die die Möglichkeit ihrer Verwirklichung begrenzen: Der Kampf der Klassen hat diese Möglichkeit zum Inhalt, eine spezifische Wissenschaft steht im Kontext dieses Kampfes.

1.2.3. Überlegungen zur familiären Sozialisation

Der Sozialisationsprozeß läßt sich als Prozeß der Bedeutungsaneignung (Begriff und Verhaltensorientierung zugleich) in einem System von Tätigkeiten begreifen und seiner Struktur nach als eine Abfolge von unterschiedlichen "Zeitplänen".

Wie die historische Entwicklung von Sozialisation aber zeigt, in deren Verlauf sich erst ein eigenständiger und damit organisierbarer Sozialisationsbereich herausbildet und innerhalb derer erst die Analysemöglichkeiten entstehen (als sich die gesellschaftliche Arbeit zur abstrakt-allgemeinen entwickelt), läßt sich heute eben nicht die Familie "an sich" registrieren, sondern eine bestimmte historische Form: nämlich die bürgerliche.

Die gesellschaftliche Entwicklung hat die Familie in ihrer spezifischen Form auf den Begriff gebracht. Gegenstand der Untersuchung ist die bürgerliche Familie⁽⁶⁹⁾: als produktiver Rahmen individueller Reproduktion; als eine "besondere" Weise der Produktion; als Teil menschlicher Praxis; als Moment des sozialen, politischen und geistigen Lebensprozesses der Menschen; als Form und Moment des Gesellschaftsprozesses und als Rechtsinstitution.

Insofern kann man den Sozialisationsprozeß auch als einen Vorgang bezeichnen, während dessen die Ware Arbeitskraft⁽⁷⁰⁾ auf die Funktionserfordernisse des kapitalistischen Verwertungsprozesses ausgerichtet wird.

Sozialisation ist daher nicht nur die Entwicklung der "stofflichen" Fähigkeiten und der von dem jeweiligen Gesellschaftssystem unabhängigen, allgemeinen menschlichen Verhaltensweisen, sondern impliziert eine spezifische politisch-ideologische

Erziehung der Individuen zu gesellschaftlichem Verhalten (soziale Integration).

Die so erlernten Verhaltensnormen (als Organisationsregeln) sichern zusammen mit den Verkehrsformen (Organisationsmitteln) die Vermittlung der Individuen an die jeweilige Vergesellschaftungsform (entsprechend den Produktionsverhältnissen).

Sozialisation kann dann auch umschrieben werden als die Entwicklung einer konkret-historischen Form (Gesellschaftlichkeit) der Persönlichkeit, in der sich individuelle Dispositionen und Haltungen herausbilden, die das Bewegen in den Formen der Vergesellschaftung erlauben.

Es bilden sich demnach spezifische Handlungsorientierungen heraus (die aber in sich widersprüchlich sind: Gegensatz von individuellen Zielnormen und einschränkenden Rahmennormen), die die gesamten Anschauungen umfassen, welche das politische, das Arbeits- und Sozialverhalten regulieren (als Mittel der Regelung gesellschaftlicher Prozesse: vgl. A. Kossakowski, Fragen einer Theorie der Persönlichkeitsentwicklung 1974).

Dieser Argumentationsrahmen verweist auf den Tatbestand, daß Sozialisation immer eine politische Form hat, zum politischen System der Gesellschaft gehört: Zu den Formen des sozialen, politischen und geistigen Lebensprozesses (Organisation), der an der Nahtstelle zwischen dem ökonomischen System und den daraus ableitbaren, politischen und juristischen Überbauformen steht.

Dieses politische System muß aus den materiellen Bedingungen, aus dem Gesamtkomplex der gesellschaftlichen Reproduktion erklärt werden, so daß

sich das theoretische Problem lösen läßt, welches in den folgenden Fragen zum Ausdruck kommt: Warum bedürfen die ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen der politischen (und rechtlichen Vermittlung), wie konstituieren sich diese Vermittlungsprozesse und welche möglichen Rückwirkungen haben sie (nach Läßle)?

Diese Prozesse sind über Willensverhältnisse und soziale Beziehungen vermittelt, ihr Inhalt läßt sich allerdings nur über die ökonomischen Verhältnisse erklären.

Dem kapitalistischen Reproduktionsprozeß insgesamt (einschließlich der familialen Reproduktion) liegt ein spezifisches Verhältnis von ökonomischer und politischer Struktur zugrunde, welches konkret-historisch analysiert werden muß (bürgerliche Gesellschaft).

Inhaltlich gründet sich auf einem je spezifisches "Knechtschafts- und Wirtschaftsverhältnis" die ökonomische Gestaltung (entsprechend den Produktionsverhältnissen) des Gemeinwesens und seine politische Gestalt. In beiden Fällen ist von Wichtigkeit zu klären, warum und wie jener Inhalt eine bestimmte Form annimmt.

Die Analyse der Formen (ökonomischer und politischer Verhältnisse) bezieht sich auf die Analyse der Gesellschaftlichkeit einer Produktionsweise in ihren "verdinglichten" Strukturen⁽⁷¹⁾ und in ihren inneren Zusammenhängen als Reproduktion des Konkreten (gegenwärtige Verhältnisse) einer gesamten Gesellschaftsformation.

Grundlage dieser theoretischen Erfassung sind die ökonomischen Formen, von denen dann die politischen ableitbar sind.

Jene sind insofern schwer zu durchschauen, weil die gesellschaftliche Verausgabung der Arbeit als an Dinge gebundene Privatarbeit erscheint, deren gesellschaftlicher Charakter stets der Vermittlung durch den Austausch bedarf (Gröll). Der Ausgangspunkt der Darstellung ist aber nicht die Oberflächenstruktur (Darstellung der drei Klassen im Reproduktionsprozeß und in der Distributionssphäre), sondern die Art und Weise der gesellschaftlichen Verausgabung der Arbeit, die im Kapitalismus eine nicht bewußt-gesellschaftliche Produktion impliziert.

Im Zusammenhang von Produktion und Distribution nehmen die Tauschbeziehungen eine Vermittlungsrolle ein (der innere Zusammenhang der ökonomischen Struktur scheint ausgelöscht zu sein). Diese Vermittlungsformen zwischen den "Besitzern" der Produktionselemente in der Form der einfachen Warenzirkulation bezeichnen den gesellschaftlichen Zusammenhang der Individuen in der bürgerlichen Gesellschaft und zugleich den gesellschaftlichen Zusammenhang zwischen Oberfläche und der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums.

Von der Ware ausgehend, wie es an der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft erscheint, läuft dann die Darstellung der "Anatomie" der bürgerlichen Gesellschaft) zur Ableitung der politischen und rechtlichen Formen bis hin zur entfalteten Oberflächenstruktur als Distribution. Diese Grundformen sind aus der Warenstruktur hervorgegangen und setzen sie gleichzeitig voraus; dazu entwickeln sie sich entsprechend der inneren Widerspruchlichkeit der gesellschaftlichen Reproduktion weiter (Möglichkeit).

Wollen wir diese Gedankengänge zusammenfassen:

- a. In einer Klassengesellschaft sind die materiellen Bedingungen der Produktion in den Händen von Privateigentümern, womit ein spezifisches Verhältnis zu den unmittelbaren Produzenten gesetzt ist und eine bestimmte ökonomische Form der Ausbeutung garantiert wird, die die gesellschaftliche und politische Struktur bestimmen.
- b. Das Verhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital nimmt nun die Form eines Verhältnisses von Warenbesitzern an, die sich in der Zirkulationssphäre gegenüber treten. Das Zwangsverhältnis ist demnach über den Austausch von Waren vermittelt.
- c. Die Austauschbeziehungen (äquivalenter Tausch; Freiheit, Gleichheit, Unabhängigkeit) können nur so erscheinen, weil bestimmte ökonomische Formen, die jenen entgegen stehen, Voraussetzungen darstellen.
- d. Im Austauschprozeß zweier Waren (einfache Zirkulation als abstrakte Sphäre der bürgerlichen Gesellschaft in der Reproduktionssphäre) werden alle entfalteten sozialen, politischen und rechtlichen Beziehungen produziert (Freiheit und Gleichheit).
- e. Aus der einfachen Warenstruktur lassen sich zwar alle wesentlichen Bestimmungen der politischen Struktur ableiten. Sie bildet jedoch nur die formelle Seite des grundlegenden Antagonismus ab.

Erst mit dem Übergang der Eigentumsgesetze der einfachen Warenproduktion (Geld) in die Gesetze der kapitalistischen Aneignung (Kapital) führt der Gegensatz zwischen Verkäufer und Käufer zu einem direkten Widerspruch zwischen Form und Inhalt des

Austauschprozesses. Die Form des Austauschprozesses "mystifiziert" den Inhalt der Ausbeutung⁽⁷²⁾".

Über die Verwandlung von Wert und Preis der Arbeitskraft in die Form des Arbeitslohns wird für den Lohnabhängigen der Widerspruch zwischen notwendiger und Mehrarbeit verwischt.

"Auf dieser Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und gerade sein Gegenteil zeigt, beruhen alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen, alle apologetischen Flausen der Vulgärökonomie" (Marx, Kap. Bd. 1: 562).

Die Familie als die "besondere Weise" der Produktion/Reproduktion fällt auch unter dieses eben entwickelte Gesetz.

Das Allgemeine ist das Warenhafte, welches über die abstrakte Gleichsetzung aller Arbeiten als allgemein gesellschaftliche Arbeit zustande kommt. In Theorien aber wird dieses "Gesetz", welches sich auf die Familie nicht nur als "Rechtsinstitution" bezieht, lediglich an den Abhängigkeiten zwischen individuellen Vertragspartnern einer Tauschoperation (einfache Warenproduktion) festgemacht, so daß die generationsweise Tradierung der Personifikation des Kapitals, die Ausnutzung der naturalen Feldes (welche auf diese Weise billiger ist) nicht in den Blick geraten kann.

Das Privatinteresse drückt die Klammer zwischen der Rechtsform⁽⁷³⁾ und den Austauschbedingungen aus, ist identisch mit dem Interesse aller anderen (Gesamtinteresse).

Die allgemeine Ware im Tauschakt vermittelt dies. Sie führt in der entwickelten Warenproduktion zu einem Gesamtinteresse, welches die Privatinteressen in der Form der Allgemeinheit politisch wahrnimmt.

In der bürgerlichen Tauschgesellschaft ist das Sonderinteresse zugleich allgemeines Interesse. Das Warenhafte als Allgemein-Vermittelndes wird zum Mittel der Bedürfnisbefriedigung (aus der vermittelten Allgemeinheit - Öffentlichkeit - entsteht die Notwendigkeit von Öffentlichkeit, welche sich in Gesetzen niederschlägt, die sich in staatlich regulierten Bereichen dann kommunikativ durchsetzen sollen).

Für die konträren Klassen hat diese Entwicklung jedoch inhaltlich unterschiedliche Konsequenz: Jeder muß sein Interesse in der allgemein-vermittelten Form verfolgen, aber nur eine besondere Gruppe hat die Mittel zur Bedürfnisbefriedigung (in den Gesetzen wird dies als Identität von Arbeit und Eigentum mystifiziert).

Die vorangegangene Analyse, die auf Basis der Darstellungsmethode mehr das "innere Band" der Erziehung/Sozialisation als Bestandteil gesellschaftlicher Praxis und gesellschaftlicher Reproduktion einschließlich der Regenerationstatsache bloßlegen will, macht den "politischen Kern" der Reproduktion (politische Sozialisation) deutlich, der die Familie als "bürgerliche" ausweist.

Gleichzeitig zeigt die Darstellung die Gefahr auf, die in manchen Familientheorien zum Vorschein kommt (vgl. Rosenbaum, Horkheimer, Hagemann-White/Wolff),

welche allein die materiellen Mittel, die gesellschaftlichen Formen (Privatheit, Warenstruktur, hierarchische Beziehungen) berücksichtigen.

Daher überzeichnen manche Autoren die Realität, indem sie die Selbständigkeit von Kindern als konstituiert durch Gewalt; Liebesbeziehungen vor allem als Abhängigkeitsverhältnisse; Einkommens-, Mittel- und Kommunikationsgrenzen nur in Hinsicht auf generelle Lernbeschränkungen begreifen.

Die positiven, transformativen Momente der gesellschaftlichen Entwicklung kommen auf diese Weise nicht in den Blick.

Dennoch weisen diese Überzeichnungen darauf hin, daß die Sozialisation in der Familie problematischer wird, als sie ohnehin seit ihrer Entstehung sich darstellt. In offiziellen Theorien wird aber die "Familie an sich" proklamiert, unabhängig von ihrer gesellschaftlichen und historischen Bedingtheit.

Diese scheinbare "Entmaterialisierung" entspricht der scheinbaren Intimität und Privatheit der Familienbeziehungen.

Entgegen offiziellen wissenschaftlichen Versuchen kollidieren aber die eingeschränkten Handlungsfähigkeiten mit den Vergesellschaftungstendenzen im Reproduktionsbereich: widersprüchlich infolge der privaten Aneignung⁽⁷⁴⁾.

Die Einbeziehung der Frau in die Produktion (Angepunkt innerhalb der Familiensoziologie seit Engels; vgl. Plat), ihre damit beginnende Gleichberechtigung (als Voraussetzung für ihre Emanzipation, vgl. Simitis) trägt die gesellschaftliche Widersprüchlichkeit zunehmend in die Familie hinein.

Die "scheinbare" Intaktheit der Familie muß daher erhalten bleiben bzw. sie muß - wenn gestört - als regulierbar erscheinen, solange der Gegensatz zwischen Privatheit und Gesellschaftlichkeit als Naturgegebenheit akzeptiert wird, obwohl die Familie so wenig "natürlich" ist, wie das gesamte Leben der Menschen als nicht gesellschaftlich erscheinen könnte. Diese Intaktheit schimmert in den "rechtlichen" Bestimmungen (bis auf wenige Ausnahmen) durch, erscheint innerhalb der offiziellen Sozialisationsforschung als Gegenstandsbezug im ideologischen Sinne (auch in seiner allgemeinen Form als funktional für die Ausbildung).

Die familialen Verhältnisse werden hier in eingeschränktem Sinne analysiert: Wichtig werden die Basiserfahrungen, die zeitliche und personelle Kontinuität und die soziale Exklusivität in der universalen "Kern"- und "Kleinfamilie", die letztlich zu Abwehr der sozialistischen Vorstellung von der Kollektiverziehung dienen.

Familienerziehung ist ein Ort der Isolation und Privatheit, der mit Emotionen besetzt ist, was in der offiziellen Sprache "Distanz zum öffentlichen Raum" heißt (Wurzbacher/Cyprian).

Die Reproduktionsstruktur besitzt dagegen Warencharakter, d.h. ihr Zweck liegt außerhalb in den Tauschbeziehungen (soziale Placierung).

Dies kommt in folgenden Problemen zum Tragen:

- 1) Selbst die sogenannten "Liebesbanden" sind von Besitzverhältnissen überlagert (Prinzip Leistung - Gegenleistung). Auch Neidhardt spricht vom Genießen der Macht, der Verpflichtung zu Dankbarkeit, dem moralischen Druck.

- 2) In der Familie bestimmt eine hierarchische Struktur das Leben: Ungleichheit zwischen Mann und Frau und zwischen Eltern und Kindern.

Dieses spezifische Geschlechtsverhältnis muß als konkret-historische Gestalt des Verhältnisses gefaßt werden, welches die Frauen unterdrückt, weswegen der Verweis auf die Gattungsgeschichte (vgl. U. Scheu) und die bloße Arbeitsteilung der Geschlechter⁽⁷⁵⁾ nicht ausreicht.

Auf diesem Hintergrund wird verständlich, warum der Mann in dreifachem Sinne frei ist (Charchev weist die Doppelbelastung der Frau in der UDSSR konkret nach):

- a. frei von Produktionsmitteln,
- b. frei, sich zu verkaufen,
- c. frei von der Reproduktion der eigenen und fremden Arbeitskraft.

Auf diese Weise trägt die Ausbeutung der Frau (siehe die Doppelbödigkeit der Zahlung eines Erziehungsgeldes) zur Mehrwertbildung bei.

- 3) Diese Eingemeindung des Nachwuchses (Sozialisationsprozeß) in die herrschende Gesellschaft liefert zunehmend "problematische" Ergebnisse: Die Integration findet in "Gewaltverhältnissen" statt, so daß nur eine eingeschränkte Selbständigkeit Resultat sein kann (vgl. die Zahl der Kindesmißhandlungen; das Befürworten der "Prügelstrafe" seitens der Eltern).

Liebeserziehung findet in Form von Abhängigkeitsbeziehungen statt, so daß die soziale Exklusivität der Familie lediglich ein Zeichen für den Rückzug von den Erfahrungen in der "Außenwelt"

darstellt (Liebe als Lohn für Wohlverhalten; Isolation durch Fürsorge).

Diese spezifischen Eigentums-, Mittel- und Kommunikationsgrenzen beschränken die Lernfähigkeit, was aber der Tendenz nach für die Herausbildung von geforderten Fähigkeiten und Verhaltensweisen für die partikularen Privatinteressen zum Problem wird.

Insofern läßt sich die Familie auch als eine "totale Institution" bezeichnen (mit ihren spezifischen Normenfallen), in der die Zerstörung möglicher Identität (im Sinne von der Aneignung sozialer Allgemeinheit) die Voraussetzung für die soziale Integration wird: Über einen Prozeß der Machtausübung und der Repression, in dem auch der "problematische" Charakter in einer Art "Gegenkultur" entsteht.

Über den Machtmechanismus der kleinen Privilegien ("Karotte vor der Nase": Steinert 1973) wird eine wirkliche Identifikation lediglich korrumpiert, und es bleibt die Anpassung.

Durch Überforderungen über Normen, die sich nicht erfüllen lassen, nicht überprüfbar sind (Normenfälle), auf der Basis einer inkonsistenten Erziehung (Entkopplung von Macht in der Distribution und der direkten Kontrollmacht), treten Entwicklungsschwierigkeiten auf: Vor allem, wenn es um Probleme des "Gehorsams" und der "Initiative" geht (Erikson).

Die Folge kann etwa so umschrieben werden: Das Kind fällt zeitlich zurück und wird dazu motiviert, erwachsen zu werden, nachdem es gelernt hat, darauf zu verzichten, erwachsen zu sein.

Sozialisation ist in diesem Sinne auch als ein Vorgang von Macht und Ohnmacht zu verstehen, der sich in Strukturen am besten verwirklicht, in denen Machtstreben zwar geweckt wird, aber nicht befriedigt wird. Die Folge sind meist immer problematische Ergebnisse: Nicht-angepaßtes oder angepaßtes Verhalten.

Das häufige Gerede von der "Verinnerlichung" von sozialen Normen löst sich dann eher in die Kenntnis von Normen auf, die lediglich Versatzstücke sozialen Handelns darstellen.

Der Gegensatz von Gesellschaft und Individuum verschwindet im Verhältnis von Herrschern und Beherrschten (vermittelt über Tauschbeziehungen).

Persönlichkeit ist dann nicht ein "Fakultäts-Modell" früherer Strukturen, sondern eine jeweils stabilisierte Organisation von Handeln in einer Zahl von stabilisierten Situationen.

Dieses leicht überzeichnete Bild, welches die "Abstraktheit" aufzeigen will (die auch schon in der Kritik an Sève analysiert wurde), muß in den Blick geraten, um sich keinen Illusionen hinzugeben.

Das heißt aber nicht, ein Plädoyer für die Abschaffung der Familie (etwa bei Heinsohn/Knieper, Theorie des Familienrechts) und auch nicht die Restabilisierung "alter Formen" (etwa bei Ariès) zu halten, sondern auf der Basis der Analyse des Gegebenen Wege für eine "inhaltliche" und organisatorische Änderung zu suchen.

"Hat so der Kapitalismus faktisch alle scheinbar "ewigen" und "natürlichen" Familienverhältnisse verkehrt, so hat er doch gerade dadurch die gesellschaftliche Bedingtheit der herrschenden Form der Familie und den Weg zu ihrer Überwindung sichtbar werden lassen" (Studien über Autorität und Familie, 1936: 217).

Eine höhere Form der Familie entsteht der Tendenz nach (Marx, Kapital Bd. 1: 515).

Was kann man in dieser verzweifelten Situation noch von der Familie erwarten?

Sozialistische Theoretiker haben dazu einen Weg gewiesen, der davon ausgeht, die naturwüchsig - naive Erziehung (Wahl) immer bewußter und planvoller zu organisieren.

Grundlegende Ziele einer solchen Erziehung sind immer die Verbesserung der Stellung der Frau, die Änderung der wirtschaftlichen Existenz der Familie und die bewußte Gestaltung des Verhältnisses zwischen Familie und Gesellschaft gewesen. Diese Hypothesen bilden den Ausgangspunkt für die folgenden Abschnitte.

1.2.3.1. Überlegungen zur politischen Sozialisation in der Familie

Die alleinige Vorgehensweise nach der "Darstellungsmethode", die das "innere Band" erhellt, weist zwar die Trennung von Produktion und Reproduktion aus und bestimmt Sozialisation als Qualifikation, erforscht aber nicht den "soziologischen Tatbestand" Familie.

Familiäre Sozialisationsprozesse müssen daher im Zusammenhang von Anpassung und Selbstverwirklichung betrachtet werden, wobei die Diskrepanz zwischen Möglichem und Bestehendem jedoch als historische ausgewiesen werden muß.

In diesem Kontext steht die Theorie um die Erforschung politischer Sozialisation, die seit Anfang der 50er Jahre innerhalb der Politikwissenschaft Platz gegriffen hat (Greenstein 1965). Dieser Begriff umfaßt einerseits die "initiation into politics" von Kindern im Vorschul- und Schulalter und andererseits politische Sozialisation als lebenslangen Lernprozeß.

Des weiteren wird zwischen manifester politischer Sozialisation, die allgemein mit der konkreten Vermittlung politischen Wissens mit Bezugnahme auf das politische System verbunden wird, und latenter unterschieden, die mehr auf die sozialisierte Persönlichkeit und die Aneignung kultureller Werte abhebt, welche auf eine nicht näher bestimmte Weise mögliches politisches Verhalten beeinflussen (ebenda 11). Greenstein bezieht sich in seiner "Theorie" auf die unterschiedliche Rezeption von Einflüssen (12).

Die Analyse politischer Sozialisation steht im Kontext der verstärkten Bemühungen im Bereich sozialen Lernens, in dem Sozialisationstheorie als Organisationsbezug von Lernen erscheint. Erzieherische Maßnahmen ("Politisierung der Pädagogik") sind gefragt, die auf politisch-kritisches Verhalten tendieren und in letzter Zeit vor allem den "frühkindlichen" Bereich tangieren (vgl. Zenke 1973).

Die Prädetermination über das soziale Lernen von Interaktionsmodellen (Steinert 1972) bzw. über die Aneignung organisatorischer Zusammenhänge in konkreten Situationen verlangt nach der Bestimmung dessen, was im familialen Sozialisationsprozeß als "politisch" ausgewiesen werden kann (über die Forschungsmethode).

Die sicherlich nicht unrichtige Aussage, daß jedem Sozialisationsprozeß politische Dimensionen anhaften, muß allerdings insofern relativiert werden, als für den besonderen Fall das "Politische" konkretisiert bzw. präzisiert wird. Wenn daher Erziehung in diesem Kontext begriffen wird, so werden die konkreten gesellschaftlichen Strukturen in ihrer polit-ökonomischen Vermittlung so verstanden, daß der Gesamtzusammenhang politisch-gesellschaftlicher Existenz auch in seinen "biographischen" Dimensionen erfaßbar wird.

Die historisch strukturierte, gesamte Gesellschaft geht als ganze - vermittelt über ihre Elemente - vom Beginn der Sozialisation als Totalität von Erziehung und Entwicklung in das spezifische Bewußtsein ein (auf Basis des "Zeitplans").

Daran gemessen zeigt die Unterscheidung zwischen manifester und latenter Sozialisation eine "paradoxe Selbstinterpretation" auf (Geisler 1973), weil der Zusammenhang von privater und öffentlicher Existenz nicht in die Theorie eingeht.

Demnach wird nicht nur der Zusammenhang von sozio-ökonomischer Reproduktion und der "Verhinderung" von Bildung wichtig, sondern auch das Verhältnis von "sozialer Position" und politischem Bewußtsein, welches sich über den Zusammenhang von Klassenbewußtsein und Lernen bestimmt. Politisches Verhalten/Handeln kann daher nicht allein als Anpassung (Integration) begriffen werden, sondern besitzt eine individuelle politische Funktion.

Selbst die Nachahmung oder Identifizierung von bzw. mit Erwachsenen muß als aktive Aneignung begriffen werden, da in der Totalität von Erkenntnis und Geschichte schon das Moment der Weitergabe einer angeeigneten Realität (Objektivität) vorhanden ist, so daß eben innerhalb des Zusammenhangs von Produktion/Reproduktion im System von Verhaltensweisen auch mögliche entstehen können.

Diese These muß aber dadurch genauer gefaßt werden, daß das Allgemeine als historisch Konkretes begriffen wird, weil ansonsten mit der beruflichen Qualifikation eine Vermehrung politisch-gesellschaftlichen Denkens automatisch impliziert wird.

Es bleibt also immer die Frage zu stellen, warum eigentlich die "Privilegierten" auf ihrer Vormachtstellung insistieren.

Um also das Verhältnis zwischen Möglichem und Bestehendem wirklich als historisch zu analysieren, muß Sozialisation (auch politische) als ganzheitlicher Zusammenhang von Erziehung und Entwicklung begriffen werden, muß von einer widersprüchlichen Einheit ("Zone der nächsten Entwicklung", aktuelles Entwicklungsniveau) aller Sozialisationsprozesse ausgegangen werden. Dies impliziert auch die Einheit von historischer und logischer Analyse, wobei die Spezifik des entwickelten Ganzen (vgl. Sève; Zelený) die genetische Seite verdeutlicht.

Da Entwicklung auf schon angehäuften gesellschaftlichen Bedeutungen (vgl. Leontjew) basiert, gestaltet sich die Beziehung von Lernen und Entwicklung immer als spezifische.

Wenn also im familialen Sozialisationsprozeß gesellschaftliche Erfahrungen als neue angeeignet werden, so läuft der Lernprozeß schon über verarbeitete Realität ab.

In der Hinsicht wird verständlich, warum das gesellschaftliche Sein den Lernprozeß bestimmt.

In der offiziellen politischen Sozialisationsforschung, die von Preuß-Lausitz auf Basis einer "klassenspezifischen" Sozialisationstheorie kritisiert wird, unterscheidet man im Sozialisationsprozeß in Anlehnung an die Ergebnisse der USA-Forschung (vgl. Müller 1971; Wahl 1970; Hess/Torney 1967; Easton/Hess 1962) zwischen spezifischer politischer Sozialisation (mehr aktiv) und politisch relevanter (mehr passiv) (vgl. Claußen (Hrsg.) 1976).

Die Übertragbarkeit auf BRD-Verhältnisse (vgl. Bargel; Gloy, Steiner 1973) soll an dieser Stelle nur insofern kritisiert werden, als in den USA die manifeste politische Sozialisation im Vordergrund

steht, die im Spektrum von mehr "personalistisch-abstrakter" und mehr allgemeiner Staatsloyalität zu analysieren ist (Politisierung).

Wie ich an anderer Stelle diskutiert habe, muß die Rezeption (ähnlich wie allgemein Sozialisationsmodelle) nicht nur im Kontext der Erklärung realer Sozialisationsprozesse betrachtet werden, sondern auch mit Blick auf die Organisation der wissenschaftlichen Ausbildung.

In all diesen Theorien erweist sich die Familie als das Erziehungsmonopol, in dem vorkognitive Orientierungen erworben werden, die auf späteres politisches Verhalten hindeuten.

Ein unreflektierter, über die Eltern gefilterter emotionaler Lernprozeß wird unterstellt, der sozial-integrativ frühe emotionale Bindungen als relativ resistent gegenüber späteren kognitiven Einflüssen ausweisen soll (vgl. Beck 1972, Wasmund 1971).

Allgemein wird angenommen, daß sowohl eine positive, extreme affektive Bindung wie auch eine negative, affektive, extreme Ablehnung kaum förderlich sind, um Chancen politischer Art zu nutzen und politisch zu partizipieren bzw. zu kämpfen. In diesem Zusammenhang erweist sich die Resistenz von Diskrepanzen (Idee und Wirklichkeit) gebunden an Verhaltensweisen, die eine Folge von politischer Nicht-Informiertheit (Köhle 1971) und von Vorurteilen (Müller 1967) darstellen.

Offensichtlich wirkt die Schule nur verstärkend (Beck 1972; Müller 1971) ⁽⁷⁶⁾.

Im Kontext der Kritik an den Theoremen der politischen Sozialisationsforschung wird oft behauptet, daß jeder Sozialisationsprozeß politisch ist und daß die offizielle Forschung die Identität von Gesellschaft und Politik (über das "innere Band" schon ausgewiesen) zerstört (Preuß-Lausitz).

Dagegen hält Claußen fest, daß erstere Behauptung aus forschungsmethodologischen Gründen zu allgemein ist und zweite der eigentliche Ausgangspunkt sei. Dies ist allerdings auf dem Hintergrund zu verstehen, daß es aus methodologischen Erwägungen oft als legitim gilt, politische Sozialisation auf den passiven Aspekt zu beschränken.

Die Erfassung von Ursachen und Mechanismen soll deskriptiv erst dann erfaßt werden, wenn erkannt ist, wessen Ursachen gesucht werden müssen und welche Effekte Mechanismen bewirken.

Aber, in diesem Vorgehen wird mehr die Allmacht der Manipulation, die sich in Rollenangeboten manifestiert (obwohl Verhalten angeeignet wird) unterstellt, so daß die Objektivität der historischen Struktur ausgeklammert wird, die sich im Zusammenhang von Selbstverwirklichung und Anpassung aktualisiert. Innerhalb dieses Forschungsverständnisses ist die aktive Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Widersprüchen (unabhängig davon, wie bewußt sie abläuft) nicht Gegenstand, stellt keinen Lernprozeß dar, sondern gilt nur als Indikator.

Offensichtlich wird hier eine bestimmte Form politischer Aktivität als Folge oder als Anlaß von bzw. zu Lernprozessen angenommen, so daß die Notwendigkeit einer Methodologie sich in der Theorie als Ablehnung des Klassenmodells niederschlägt.

Dabei wird unterstellt, daß es keine Klassifikationskriterien gibt, die Klassenlage und Klassenbewußtsein konkret im Sozialisationsprozeß ausweisen (auch unter Umgehung des Bewußtseins: vgl. Lukesch).

Dennoch bleibt das Problem (gerade, weil die politische Sozialisation innerhalb der Familie wenig erforscht ist), das "Politische" auszumachen, ohne Tautologien zu formulieren.

Auch auf dem Hintergrund der historischen Entwicklung mit ihrer Möglichkeit der wissenschaftlichen Begriffsbildung kann einerseits "privatisierendes Handeln" in der Familie als politisch bezeichnet werden (Hess/Torney 1968) und damit den politischen Charakter allgemeiner Sozialisation hervorheben, muß andererseits gerade "manifestes politisches Lernen in Entsprechung zu partikularen Interessen" analysiert werden. Letzteres weist darauf hin, daß sich oft politisch Engagierte "autoritärer" verhalten als sich unpolitisch Verhaltende (vgl. Milhoffer).

Bisherige Untersuchungen jedoch knüpfen daran nicht positiv an, sondern begreifen politische Sozialisation vor allem als mögliches oder tatsächliches Abweichen (sozial, individuell oder sogar biologisch) von einem abstrakten politischen System.

Diese Sichtweise von antizipatorischer Sozialisation knüpft negativ an die mangelnde "Organisation" der Familie an, die als soziologischer Leerraum (König 1969) auf intrapsychische Dispositionen reduziert wird.

Sozialisationstheorien sind in diesem Kontext lediglich als Integrationstheorien zu verstehen, die den sozial-historischen Kontext ausklammern. Da sowohl latente in manifeste wie manifeste in latente politische Sozialisation übergehen, wird erklärlich, weswegen sie mit allgemeiner Sozialisation identifiziert und auf das jeweilige politische System funktionalisiert werden (Sozialisationsforschung als Loyalitätstest).

In dieser instrumentellen Sicht von Erziehung überwiegen passive Adaptionsvorgänge, werden konkrete Interessen ausgegliedert, so daß lediglich Innovation mit Bezug auf das herrschende politische System angebbbar sind (Ackermann 1974).

Geht man zwar vom Gesamtzusammenhang der Persönlichkeitsentwicklung aus, reduziert diesen aber auf die Zusammenhänge von Erziehungsprozessen, kann nur problematisiert werden, ob neben der Familie auch die Schule die Reproduktion vermittelt und die Gesellschaft stabilisiert.

Wird dagegen Erziehung im Zusammenhang von Produktion/Reproduktion und als Bestandteil gesellschaftlicher Praxis - einschließlich der Regenerations-tatsache (Gröll) - begriffen, muß die konkret-historische Gesellschaftsformation "Kapitalismus" die Basis für die Erklärung und Veränderbarkeit der Persönlichkeit (entsprechend dem Stand der Produktivkräfte) abgeben.

Es bleibt also die Frage, ob die konkreten Verhaltensweisen den gesellschaftlichen Verhältnissen entsprechen (B. Hülsmann)⁽⁷⁷⁾.

Dies impliziert auch, daß "politische Sozialisation" nicht als ein homogenes Geschehen aufzufassen ist, sondern in ihrer privaten, klassenmäßigen Qualität, die allerdings als klassenunspezifisch erscheint.

Hypothetisch läßt sich dies daran festmachen, daß zwar die Notwendigkeit der Übernahme für soziale Kosten zur Profitorientierung als tolerierbar erscheint, daß aber auf der anderen Seite eine repressive Haltung eingenommen wird, wenn jemand die Notwendigkeit von Profitorientierung anzweifelt (vgl. Kern/Schuhmann).

Angesprochen ist damit die bewußtseinsmäßige Verarbeitung der Diskrepanz zwischen beruflichem Leben (Arbeit) und privater Reproduktion/Qualifikation (Lernen)⁽⁷⁸⁾, die sich sowohl affirmativ als auch emanzipativ gestalten kann. Somit scheinen affirmative Lernprozesse und Resultate auch eine Folge von ideologischen Bildungsbemühungen und als Folge von politischer Bewußtseinsbildung (mehr als "Beiprodukt") zu sein. Vertreter einer politischen Sozialisationsforschung, die politische Urteile aus der inneren Psychologie von Befragten ableiten und ihre Forschung nicht als Theorie von politischer Bewußtwerdung begreifen, gehen von schon kontrollierten und kanalisierten Informationen (die in der Gefühlsstruktur verankert sind) aus (Schmid/Becker 1967, Hiebsch/Vorweg).

Der Reflex einer traditionellen Familienorientierung in Theorien kann kaum klassenbewußte und damit gesellschaftliche Sozialisation begreifen, die im kognitiven Sinne eine materialistische Selbstdistanz erfordert.

Die Familie muß daher auch in dem Kontext betrachtet werden, der berücksichtigt, daß sowohl eine fremden Reichtum produzierende Arbeitskraft erzogen wird als auch (aus Vergesellschaftungsgründen) das Verhalten immer normierter und identischer wird und sich die Aneignungsprozesse permanent verlängern.

In diesem Zusammenhang muß die Analyse einer Perspektive für elterliche Erziehung (spraktiken), das Recht auf Widerstand (Schmiederer) aufnehmen, und politische Sozialisation muß danach begriffen werden, welche Wege der "Befreiung" aus Zwängen auffindbar sind (Gottschalch 1972). In diesem Sinne gestaltet sich nicht nur die Analyse der "Gesellschaftlichkeit" von Sozialisation, sondern kann sich auch ihre bewußte Vergesellschaftung über Planung organisieren.

1.2.3.2. Überlegungen zum konkreten Erziehungs Handeln in der Familie

"Unsere Gesellschaft bleibt weit hinter ihren Möglichkeiten zurück, wo es um die Gestaltung der Aufwuchsbedingungen für die junge Generation geht" (Hurrelmann, in: Walter (Hrsg.), Bd. II, 1973: 37).

Daher sind die folgenden Ausführungen mehr im antizipatorischen Sinne zu verstehen, d. h. im objektiven Verständnis kann wohl Familienerziehung als gesellschaftliche gelten, aber von einer be-

wußtseinsmäßigen, planerischen Vergesellschaftung kann nur der Tendenz nach die Rede sein (vgl. Liegle, in: Walter (Hrsg.) 1973).

Dies wirkt sich dementsprechend für politische Sozialisationsprozesse aus, bestimmt die Qualität des konkreten Erziehungsverhaltens der Eltern.

Entscheidend ist, inwieweit die gesellschaftlichen Verhältnisse sich über Individualitätsformen in den Zeitplänen der Familie und der Eltern aktualisieren.

Die "kleine Hauswirtschaft" der Familie und die Hausarbeitszeit als Reglerrolle werden im wesentlichen von den gesamtgesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsbedingungen bestimmt, die über "berufliche" Sozialisationsprozesse vermittelt werden:

Die Tätigkeit der Eltern (außerhalb oder innerhalb des Familienfeldes) läßt sich möglicherweise über Faktoren wie Organisationsgrad, Maß an Selbstbestimmung, Stress/Druckmomente und Unsicherheitskomponenten konkret erfassen (Kohn 1973). Die konkreten Lebensumstände, die sich in der Zeitplänen widerspiegeln, sind entscheidend für die erzieherischen Prozesse in der Familie. Vermittelt über seine Eltern eignet sich das Kind entsprechend seiner Entwicklung die gesellschaftlichen, historischen Erfahrungen an.

Über "gesellschaftliche Arbeit als über gegenständliche Tätigkeit vermittelte Kooperation" (Holzkamp) entwickelt sich die Persönlichkeit der Kinder derart, daß der "wirkliche Zeitplan der Eltern und der Familie" (Sève 1973: 352) die Entwicklung bestimmt.

Die Entwicklungsstufen stehen zwar fest, aber die Altersgrenzen hängen inhaltlich von den gesellschaftlichen Verhältnissen und ihren Möglichkeiten ab (Leontjew).

Die Entwicklung des Kindes erscheint in diesem Kontext als die "Radiographie" der Eltern und der Familie.

Die Perspektive "Eltern" ist eine Konsequenz der erkenntnistheoretischen Einsicht, daß das Kind entgegen offiziellen Konzepten (psychoanalytischer vor allem) nicht der Vater des Erwachsenen ist.

Der ontogenetische, natürlich Ausgangspunkt bildet nicht die Grundlage der Persönlichkeit, da zwar der Erwachsene aus dem Kind hervorgeht, aber von den gesellschaftlichen Verhältnissen hervorgebracht wird. Von daher gesehen ist der wirkliche Ausgangspunkt das entwickelte Ganze, was in der Analyse der phylogenetischen Entwicklung der menschlichen Gattung ebenfalls grundlegend ist. In dieser Wesensumkehrung von Natürlichem und Gesellschaftlichem (der Widerspruch besteht nicht im Verhältnis von biologischer Natur und gesellschaftlicher Kultur) erweist sich die Persönlichkeit als einmalige Integration in die Gesellschaft, als eine Neubildung⁽⁷⁹⁾.

Die in früher Kindheit erworbenen Eigenschaften wirken in der Tiefe lediglich als polyvalente, psychische Strukturen, deren Aktualisierung von den gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen im Erwachsenenalter abhängig ist.

Neben dem Aspekt von Sozialisation als "Widerspiegelung von Organisation" (bedeutungsvoller gesellschaftlicher Zusammenhänge, strukturiert durch den Ablauf von "Zeitplänen") wurde im Abschnitt über "politische Sozialisation" Sozialisation als Totalität von Erziehung und Entwicklung verstanden.

Es erscheint daher auch sinnvoll, den Entwicklungsfaktor abzugrenzen, da Eltern schließlich als Steuerungssystem die Dialektik von inneren und äußeren Widersprüchen bestimmen.

Grob gesprochen basiert die Persönlichkeitsentwicklung auf der Einheit von Bewußtsein und Tätigkeit in Handeln (als äußerlich sichtbare Tätigkeit). Die Funktion des Psychischen besteht darin, die Tätigkeit des Organismus zu orientieren und zu regulieren, indem es die objektive Realität widerspiegelt.

Für die einzelnen Handlungsphasen ist der Orientierungsteil besonders wichtig (Galperin), weil auf diese Weise ein Zusammenhang zwischen Zielorientierung, Operationsregeln und den Begründungen für Ziele und Wege herstellbar ist. Im Verlauf der Entwicklung werden die äußeren Bedingungen jeweils durch die "innere Position" gebrochen (Boshowitsch).

Ein inneres Handlungsbedürfnis entsteht aber erst dann, wenn der äußerlich gesetzte Widerspruch zwischen gegenwärtigem und gewolltem Verhalten zu einem inneren Widerspruch zwischen gegenwärtigem und neu gewolltem Verhalten wird. Jüngere Kinder sind daher noch mehr als "außengesteuert" zu begreifen, während im Jugendalter nur das verhaltenswirksam wird, womit sich der Jugendliche "identifizieren" kann. Es entsteht die "innenbedingte" Selbsteuerung, die der unmittelbaren Verhaltensregulierung dienen kann.

Eine Vorstufe wäre nach Elkonin die "ideelle Motivation" beim Übergang zum Regelspiel als dominanter Tätigkeit (zwischen Kleinstkind- und Vorschulphase als Teil der Kleinkinderphase).

Diese grobe Skizzierung muß jedoch konkretisiert werden.

Das Kind entwickelt sich nämlich im Kontext von drei Formen von Tätigkeit:

- über den durch angeborene Regulationseigenschaften vermittelten Stoffwechselprozeß mit der Umwelt,
- über das Handeln und zielgerichtete Bewegungen (Spiel und Arbeit),
- über die Denktätigkeit.

Neben diffusen Reaktionsbildungen, unbedingten Reflexen, Orientierungsreaktionen und Nachahmungsreflexen, die auch anderen Lebewesen zueigen sind, treten beim Menschen Belebungsreaktionen auf, die entscheidend für die Entwicklung positiver Einstellungen zur gesellschaftlichen Umwelt sind.

Auf dieser Basis bilden sich unbedingte Reflexe schon bald zu Anpassungsreaktionen und damit zu bedingten Reflexen um, deren positive Störbarkeit bis ins Schulalter reicht. Über Tätigkeiten vermittelt spiegelt das Kind (Denken und Sprache) Personen und Gegenstände wider, wobei es sich auf immer höhere qualitative Stufen hin entwickelt.

Auf diese Weise entwickelt sich die psychische Tätigkeit als Form der Bewegung - vermittelt über das gesamte Tätigkeitssystem - immer mehr zu Verhaltensweisen, die die Umwelt verständlicher machen.

Objektiv entwickelt sich das Kind in einem Umgangsprozeß (im Verhältnis zwischen der "Zone der nächsten Entwicklung" und der "Zone der aktuellen Leistung", Wygotski), d. h. die Vermittlung der gesellschaftlichen Umwelt (Verhältnisse) mit ihrer Ideolo-

gie wird wichtig, die sich in Pflege, Erziehung und Bildung niederschlägt. Auf Basis des Vorhandenseins von Orientierungsreaktionen (Neugierde, Forschungsaktivität) und sozialen Reflexen eignen sich Kinder in sozialer Weise die gesellschaftlich-historischen Erfahrungen im Umgang mit Gegenständen, Werkzeugen, Sprache (und Personen) an (Lernprozeß).

Am Beispiel des Spieles kann diese Entwicklung verdeutlicht werden.

Wird nach Sève der "Zeitplan" über das Verhältnis bestimmter Handlungsformen - je nach Zweck und Art der Bedürfnisbefriedigung - bestimmt, stehen im familiären Sozialisationsprozeß vor allem die Formen des Lernens, Sprechens und Arbeitens im Mittelpunkt, die auf die Befriedigung konkreter Bedürfnisse abzielen (wenn auch unter bestimmtem Blickwinkel ihre "Abstraktheit" nicht unberücksichtigt bleiben kann).

Im Spiel löst sich das Kind (je nach Phase allerdings) von konkreten Situationen und beginnt, Handeln kognitiv zu lernen. In fiktiven Situationen erhalten Sprache und Denken neue Bedeutungen. Die Persönlichkeitsentwicklung findet auf diese Weise in einem Verhältnis von Interiorisation und kreativer Exteriorisierung (denkende Widerspiegelung und bewußte Handlungssteuerung) statt.

Zuerst jedoch sind die Spiele ohne Wissen um den Zweck bestimmt (Funktions-, Fiktions- und Konstruktionsspiele). Dies ändert sich erst mit dem Aufkommen von Regelspielen ab dem 4./5. Lebensjahr.

Sprachliches und visuelles Feld trennen sich, so daß der Gedanke als losgelöst vom Gegenstand erscheint, weil Regeln sich aus kognitiven Strukturen ableiten lassen, nicht direkt aus dem gegebenen Gegenstand (Wygotski 1973: 27). Damit entstehen neue Befriedigungsmöglichkeiten:

Im Kontext des geringsten (Lust) und größten (Regeln) Widerstandes.

Da Regeln einschränkende Bedeutung besitzen, entstehen neue Formen von Bedürfnissen mit sozialem Charakter, welcher sich auf abstrakte Zusammenhänge richtet. Akstrakte Bedeutungszusammenhänge zu erkennen heißt, daß die Erreichung von Zielen an Regelmäßigkeiten gebunden ist. Von fiktiven Spielen, in denen akstrakte Denktätigkeit sich herausbildet, über die die Wirklichkeit erfassenden Vorschulspiele führt der Entwicklungsweg zur Arbeit als verbindlicher Tätigkeit mit einer Regel.

Spielhandlungen entsprechen jedoch nur gegenständlichen Bedingungen (Rubinstein), d. h. Bedingungen in Hinsicht auf sachliche Resultate von Handlungen in praktischen Situationen sind noch nicht relevant. Spieltätigkeiten lösen so den Widerspruch zwischen den wachsenden Bedürfnissen und Forderungen des Kindes (bestimmen die Motivation) und der Begrenztheit seiner operativen Möglichkeiten.

Sie stellen die Realisationsebene dar, über die sich Bedürfnisse und Forderungen des Kindes im möglichen Rahmen konkretisieren können. In diesem Kontext herrschen bis zum Schulalter zunächst mehr "anschauliche" Begriffe vor, so daß die Wahrnehmung von Beziehungen zwischen den Gegenständen sprunghaft zu nennen ist.

Insgesamt existieren also in der Entwicklung des Kindes unterschiedliche Anpassungsformen an die "Regeln" der gesellschaftlichen Umwelt (vermittelt über "Gruppen"), indem das Kind Forderungen der Gesellschaft per Handlung interiorisiert.

Wenn auch seit der Differenzierung der Arbeitsteilung sich die spontane Aneignung zu einer gesonderten Funktion der Weitergabe gesellschaftlicher Erfahrung entwickelt hat und dem Inhalt nach Zweck einer spezifischen, pädagogischen Tätigkeit in immer organisierterer Form wird (Systematisierung der bloßen "sozialen Formung", vgl. Krupskaja), ist in einer Gesellschaft, in der die "Regeln" vor allem fremdbestimmten Herrschaftscharakter tragen, die Erziehung als Lenkung der Entwicklung der Persönlichkeit eben nicht gesellschaftlich gesteuert.

Das Kind realisiert denn in nicht-kollektiver Tätigkeit die gesellschaftliche Determination seiner Persönlichkeit.

Produktion und Reproduktion sind noch unorganisiert aufeinander bezogen.

1.2.3.2.1 Zum Problem der Familienerziehung als gesellschaftlicher

Kollektiverziehung im Zusammenhang von gemeinsamem Arbeiten, Lernen und Spielen setzt eine Gesellschaftsordnung voraus, in der Familienerziehung als gesellschaftliche planvoll organisiert werden kann.

Bestimmte ökonomische Umstrukturierungen - Sozialisierung der Produktionsmittel - bilden die Grundlage für die Möglichkeit einer sozialistischen Erziehung im Zusammenhang mit der Arbeit und der Einheit von Wissenschaft und Ideologie. Sozialistische Erziehung bezieht sich somit auf den Interventionsprozeß der Lohnabhängigen in den Vergesellschaftungsprozeß, der historisch auch im Rahmen der Sozialgeschichte der Erziehung als die Geschichte von "Klassenkämpfen" um die "Vergesellschaftung" zu verstehen ist (vgl. van Werder).

Unter gegebenen Bedingungen kann zwar die Familien-erziehung der Tendenz nach als gesellschaftliche ausgewiesen werden (vor allem im Blick auf die Vergesellschaftungsbemühungen per staatlicher Regulation), der "private Charakter" der Kleinkindererziehung in der Familie verbietet es aber, von Kollektiverziehung zu sprechen. Dennoch gilt es nicht mehr als unumstößliche Tatsache, die Familie als optimale Organisation für die Persönlichkeitsentwicklung junger Kinder zu begreifen (vgl. Koch 1975).

Der Begriff Kollektiverziehung bezieht sich letztlich auf die Organisation des Zusammenhangs zwischen Familien- und öffentlicher Erziehung, meint zum einen die Erziehung zum kollektiven Leben in der gesamten, sozialistischen Gesellschaft und zum anderen Erziehung im Kollektiv.

Ein Kollektiv weist folgende Merkmale auf:

- Die Mitglieder sind über gemeinsame Ziele, Arbeit und Organisation der Arbeit miteinander verbunden.
- Es existieren nur gleichberechtigte Beziehungen, Leistungs- und Koordinierungsorgane sind jedoch unumgänglich.

- Jedes Kollektiv ist mit anderen Kollektiven einer sozialistischen Gesellschaft verbunden (Makarenko, Werke Bd. 10: 1964).

Vor allem in einem "Kollektiv" ist organisierte Erziehung möglich, der Zusammenhang zwischen Erziehung und Gesellschaft realisierbar.

"Nur über ein großes Kollektiv, dessen Interessen nicht dem bloßen Verkehr, sondern einer tieferen sozialen Synthese entspringen, ist der Übergang zu einer umfassenden politischen Erziehung möglich" (Makarenko, Bd. 5: 172/73).

Gemeint ist damit eine jede Gruppe, die über Funktionswerte einer sozialistischen Gesellschaft aktiv ist und die in Bezug auf bestimmte Kommunikationsformen und Wechselbeziehungen strukturiert ist (Zirkulationsprozeß der menschlichen Wesenskräfte).

Familienpädagogische Vorstellungen über die Organisation von kollektiver Erziehung schwanken oft zwischen den Extremen Familienerziehung/öffentliche Erziehung hin und her, was im Kontext der historischen Entwicklung der Familie im Kapitalismus zu verstehen ist:

- a. Vera Schmidt (Moskauer "Kinderheimlaboratorium") spricht sich mehr für eine Isolierung der Kinder vom Elternhaus aus.
- b. Krupskaja (Sozialistische Pädagogik, 1967) geht zwar von gesellschaftlichen Einrichtungen aus, bezieht aber die soziale Realität "Eltern" mit ein.
- c. Hoernle gibt der Familienexternen Erziehung die Priorität, weil er die Erziehungsmöglichkeiten innerhalb der proletarischen Familie

geringschätzt (Sozialistische Jugenderziehung und sozialistische Jugendbewegung 1919; Grundfragen der proletarischen Erziehung 1929).

- d. Makarenko und Zetkin wollen die Familien-
erziehung in Richtung Entwicklung der Individualität fördern und die öffentliche Erziehung zum Zweck der Ausbildung sozialer Verhaltensweisen betreiben.

Gerade Clara Zetkin versucht, über die Gleichberechtigung der Frau (Berufstätigkeit) die Familie inhaltlich umzustrukturieren (Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart, 1894) und damit die Frau aus der Rolle einer "Haussklavin" zu befreien (Lenin).

Für sie gelten folgende Grundsätze:

- 1) Erziehungs- und Bildungspolitik sind als Teil von Gesellschaftspolitik zu begreifen (Sozialpolitik als Grundlegung der Hauspädagogik, vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD 1906).
- 2) Eltern müssen klassenbewußterziehen (im Kontext der Arbeiterbewegung).
- 3) Öffentliche und Familienerziehung haben sich zu ergänzen, was erst in der sozialistischen Gesellschaft möglich wird (Über Jugenderziehung, Dietz, 1957).
- 4) In der Familie muß das Kind auch zur Arbeit erzogen werden, wobei dem Übergang von Spiel zur Arbeitstätigkeit besondere Bedeutung zukommt (ebenda: 67/68).
- 5) Die Arbeiterbewegung hat die Eltern dementsprechend vorzubereiten.

In diesem Kontext ist es möglich, die "kleine Hauswirtschaft" als koperativen, kollektiven Prozeß zu organisieren (bewußt-rational), so daß eine adäquatere Persönlichkeitsentwicklung planbar ist (gesellschaftliche Sozialisation).

Da aber der Zusammenhang von Familie und Gesellschaft als getrennt erscheint, wird sowohl in der Wissenschaft als auch im Öffentlichen Bewußtsein ein Gegensatz zwischen Kommune/Kollektiv und Familie bzw. Individuum (Freiheit, Demokratie) konstruiert.

Man kann dagegen einwenden, daß die Krise der Familie in ihrem "Normalzustand" begründet liegt, daß sich ihre Krise an der Ausweitung außerfamiliärer pädagogischer Notlösungen dokumentiert (oft eben nicht an bewußten Alternativen), daß gerade in sozialistischen Ländern die Familie als lebenswichtig angesehen wird. Familien- und Kollektiverziehung sind daher nicht als Gegensatz zu begreifen, da weder in westlichen Ländern die bestehende Familienform selbstverständlich ist noch in sozialistischen abgeschafft ist.

Die Forderung nach radikaler Erneuerung der Familie (vgl. Kommune 2) kann nicht ohne die Änderung der Gesellschaft laufen, d. h. die Polarisierung Familie/alternative Formen verzerrt den realen Grundwiderspruch der Familie, der im Grundwiderspruch der Gesellschaft liegt, welcher zum Verständnis von Erziehung als Privatsache innerhalb der Familie führt (vgl. Koch/Rocholl).

Der eigentliche Widerspruch besteht daher zwischen einer irrationalen Reproduktion innerhalb einer Tauschwertgesellschaft und einer bewußten gesellschaftlichen Erziehung mit Veränderungsabsicht: d. h. Familienerziehung als gesellschaftliche hängt der Funktion nach mit den ökonomischen und gesamt-

gesellschaftlichen Bedingungen zusammen.

Kollektive Versuche variieren zwar (institutionalisiert in sozialistischen Ländern; in freiwilligen Kommunen der Kibbutzbewegung; in sogenannten Alternativgruppen in der BRD), aber dennoch haben sie einen gemeinsamen Kern:

Es handelt sich um bewußte Sozialisationsversuche in sozialen Zusammenhängen, in denen Erwachsene die junge Generation so erziehen, daß diese sich die "Wertvorstellungen" und sozialen Beziehungen einer sozialistischen Gesellschaft aneignen kann.

In diesem Falle käme die Sozialität als soziale Allgemeinheit zum Tragen, die als soziale Realität einen wichtigen Sozialisationsfaktor darstellt, als kommunizierende Sozialität in personaler Hinsicht im Prozeß der Sozialisation wichtig wird.

Grob gesprochen liefe dieser Aneignungsprozeß nach fünf Stadien ab, je nach den sozialen Zielen als Befriedigung konkreter Bedürfnisse (gemessen an der möglichen Reproduktion), wobei das Kriterium für den Wechsel die Identität von Wort, Laut, Bedeutung und wissenschaftlicher Definition darstellt⁽⁸⁰⁾.

Identität umgreift die Konstitution der Stufen der unmittelbaren Erfahrung, die dann eine Korrektur des Verständnisses der allgemeinen Begriffe bewirkt.

Da sich in Sprache Bedeutungen als Begriffe und Verhalten materialisieren (Information und Moment gesellschaftlichen Handelns), erscheint es sinnvoll, die Entwicklungsstadien danach zu konkretisieren (nach B. Hülsmann 1975: 143):

- I. "Das nahrungsaufnehmende und -verarbeitende Kind ist konfrontiert mit der sprechenden Umgebung (Pflegepersonen)".

- II. "Das sich beschäftigende und spielende Kind, das sich in der Artikulation von Lauten übt, ist konfrontiert mit dem artikulierten Sprechen der Umgebung (Familie)."
- III. "Das Kind, das sich die Kulturtechniken aneignen soll und in egozentrischen Wortbildern redet, ist konfrontiert mit dem kommunikativen Sprechen der Umgebung (Schule)."
- IV. "Das in der Ausbildung stehende, in Pseudobegriffen redende Kind ist konfrontiert mit der in wissenschaftlichen Begriffen redenden Umgebung (Sozialität)."
- V. "Der im Arbeitsprozeß stehende, in wissenschaftlicher Sprache redende Mensch ist konfrontiert mit gesellschaftlichen Zielen."

Im Zusammenhang von "Erziehungskollektiv" und "sozialistischer Gesellschaft", der in die allgemeine Definition eingegangen ist, kann das vorgetragene Schema nur im Sinne antizipatorischen Bewußtseines begriffen werden⁽⁸¹⁾. Erziehung kann auf diese Weise in Richtung einer sozialistischen Gesellschaft gestaltet werden, in der Erziehung und Politik eng zusammenhängen. Antizipatorisch können damit kollektive Werte und Ziele, die über die Familie hinausgehen zur Orientierung dienen, welche sich in dem konkreten Erziehungshandeln niederschlägt, vorausgesetzt irrationale "Herrschaftsbeziehungen" (Erwachsene/Kinder; Mann/Frau) können abgebaut werden. Eine Erziehungskonzeption (demokratische Erziehung) wird aktuell, die in Bezug auf ihre Ziele an ihren Realisierungsformen gemessen wird.

1.2.3.2.2 Überlegungen zum konkreten Erziehungsverhalten

Es scheint mir wichtig zu sein, erst einmal einige Bemerkungen zur Erfassung⁽⁸²⁾ von elterlichen Erziehungsstilen voranzustellen und zu zeigen, welche realen Forschungsergebnisse (entgegen denen schichtenspezifischer Sozialisationsforschung) zu erwarten sind (Lukesch 1976).

Vorausgesetzt, man trennt zwischen Verhaltens- und Erlebensebene, unterscheidet zwischen Wahrnehmung, kognitiven Schemata (deskriptiv und normativ) und konkretem Verhalten, erweisen sich Erziehungspraktiken als Unterklasse von elterlichen Verhaltensweisen.

Jene gründen sich auf mehr deskriptive, bewußtere Ziel-Mittel-Vorstellungen (bzw. Zeitpläne zwischen Vorstellung und Realisation als mögliche).

Sie zu verändern, setzt auch voraus, präzise zu klären, von welchen Beständen auszugehen ist. Über die bisherigen Forschungen konnte vor allem nachgewiesen werden, daß das konkrete Elternverhalten (nicht ihre Einstellungen) für die Beurteilung maßgeblich ist, wobei zudem zwischen Selbst- und Fremdperzeption differenziert werden muß.

In interkulturellen Vergleichen konnte auf diese Weise trendmäßig für die BRD festgestellt werden:

- 1) Autoritäre und körperliche Bestrafungsmethoden sind im Rückgang begriffen.
- 2) Es wird weniger gelobt und weniger Verantwortungsbewußtsein erwartet.
- 3) Methoden, die mehr auf Begründung, Nachsicht und Leistung abheben, nehmen zu.

- 4) Überbehütende Methoden werden weniger bevorzugt.
- 5) Eine spezifische Familienkonzentriertheit herrscht vor.

In intrakulturellen Untersuchungen läßt sich folgendes feststellen:

- a. Das konkrete Elternverhalten allein gibt präzise Hinweise.
- b. Für das Kleinkindalter lassen sich am wenigsten Differenzen auffinden.
- c. In unteren "Schichten" fallen Disziplinierungsmethoden härter aus (vorsichtig ausgedrückt).
- d. Bei der Anwendung von Methoden, die sich auf das Essens- und Reinlichkeitsverhalten beziehen, scheinen Mütter der "Unterschicht" weniger streng zu verfahren, bei der Anwendung von Methoden in Bezug auf das Sexualverhalten Mittelschicht-Mütter.
- e. Vor allem im Sprachverhalten scheinen in Verbindung mit anderen kognitiven Elementen die Unterschiede am deutlichsten zu sein⁽⁸³⁾.

Es hat sich in den empirischen Befunden erwiesen, daß Ergebnisse dann brauchbar sind, wenn Lernumwelten als Bereichs- und Erfahrungsbereiche Berücksichtigung finden, um Sozialisationsbedingungen zu erforschen.

Für die Erklärung der konkreten Lebenssituation erweisen sich die Erfahrungen im Arbeitsprozeß und am Arbeitsplatz (übersetzbar in "Soziotope" Bargel 1973) als bedeutungsvoll⁽⁸⁴⁾.

Unabhängig davon, wie die Arbeitserfahrungen sich inhaltlich in den Determinanten des Erziehungsstils der Eltern konkretisieren (Lukesch 1975), kann die These aufgestellt werden, daß sie ihren Ausdruck in gesellschaftlichen "Individualitätsformen" haben, welche zusammen mit den "Aktivitätsmatrizen" der Familienstruktur selbst die "Zeitpläne" der Eltern, ihre bewußten Ziel-Mittel-Vorstellungen in Bezug auf konkretes Erziehungshandeln bestimmen.

Die Struktur der Zeitpläne bedingt den Bewußtheitsgrad von Erziehungsvorstellungen, die sich in Handeln aktualisieren können.

Zeitpläne von Eltern vermitteln so zwischen Wahrnehmung und Realisation in Gestalt von konkreten Erziehungspraktiken (vorgeschaltet sind Ziel-Mittel-Vorstellungen mit Nähe zur Praxis), über die Eltern mit abstrakt-gesellschaftlichen Zusammenhängen verbunden sind, die zwischen "pseudo"-konkreten Aktivitäten und Bedürfnisbefriedigung vermitteln.

Dieser motivationale Bezug zur gesamtgesellschaftlichen Praxis ist jedoch insofern gebrochen, als der persönliche Sinn und die gesellschaftliche Bedeutung der Erziehungstätigkeit auseinanderfallen.

Zu gegebenem Zeitpunkt haben Eltern nur die Möglichkeit (bzw. muß ihnen diese gegeben werden), im antizipatorischen Sinne die bewußte-rationale Organisiertheit der Familienerziehung als gesellschaftliche mitzudenken:

Über ihre Nähe zum öffentlichen-politischen Leben (Partizipation) können sie ihre Kinder so erziehen, daß ihre Tätigkeit im Bewußtsein des Zusammenhangs ihrer eigenen und der Persönlichkeit der Kinder mit der sozialen Allgemeinheit steht.

Dies kann sich antizipatorisch in dementsprechenden Erziehungspraktiken niederschlagen (Verzicht auf körperliche Strafen, rationale Begründungen, dosierte Form von Belohnung/Strafe und Lob auf Basis von gemeinsamem Lernen, Arbeiten und Spielen).

Ohne sich an "Sozialisationsziele" wie Partnerschaft zu orientieren, erscheint es notwendig zu sein, sich antizipatorisch an der Möglichkeit von Erziehungstätigkeit als kooperativem Prozeß anzubinden, was

- zum einen die Verständigung von Erwachsenen untereinander voraussetzt,
- zum anderen die Anbindung des Zusammenhangs der eigenen Erfahrungen an die kollektiven meint (Verbindung der Erziehungssituationen Eltern/Kind mit den historisch-gesellschaftlichen Situationen),
- des weiteren in etwa eine wissenschaftliche Erfassung der gesellschaftlichen Gesetze in Hinsicht auf das eigene subjektive Betroffensein zur Voraussetzung hat.

Ist von kooperativer Erziehung die Rede, muß man davon ausgehen, daß sich deren Qualität sowohl auf den Prozeß wie auch auf Resultate bezieht.

Produkte enthalten also wegen ihres Gebrauchs-
wertcharakters kooperative gesellschaftliche
Strukturen als objektive Kooperationsmöglichkeit,
auch wenn diese im Rahmen der Familie nicht als
reale Tätigkeiten realisiert werden.

Menschen werden lediglich indirekt über eine ge-
meinsame Orientierung ihres Handelns kooperativ
in Beziehung gesetzt, d. h. die Gemeinsamkeit
wird "über die gemeinsame Orientierung an den
historisch-konkret bestimmten Gegenstandsbedeu-
tungen von Produktion gesellschaftlicher Art"
hergestellt (Koch/Rocholl 1977: 18).

Gerade in einer Gesellschaft, in der die "gemein-
same Sache" (Holzkamp 1973: 140 f.) kaum regulie-
rend wirkt, allerdings zunehmend in den Blick ge-
rät, kann der Mensch auf Basis der gemeinsamen
Produktion gesellschaftlichen Lebens seinen "Ge-
genüber" immer mehr als "Gegenstand" gemeinsamer
Erfahrung begreifen.

Diese Möglichkeit ist jedoch nicht allein im Kon-
text der Erziehungspraxis zu verstehen, sondern
zusätzlich im Zusammenhang mit einer demokrati-
schen Politik und Praxis (und Wissenschaft).

Abschließend kann die These aufgestellt werden,
daß antizipatorische Erziehung in Kontext von
Wissenschaft, Politik und Praxis (auch als Kon-
flikterziehung begreifbar) ein

- rational bestimmter Prozeß ist (Erkennen von
abstrakten Zusammenhängen privater und öffent-
lich-gesellschaftlicher Existenz), der für
die Eltern einen "Sozialisationsprozeß" impli-
ziert,

- in relativem Sinne eine "normale" Erziehungssituation garantieren muß,
- erweiterte Erfahrungsmöglichkeiten bieten kann.

Da die Kooperationsbeziehung zwischen Eltern und Kind im Gegensatz zum historisch-gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß (in phylogenetischen Entwicklungen bildete die Arbeit die Vorstufe zum Spiel, in der Ontogenese ist es umgekehrt) als asymmetrisch zu bezeichnen ist, kann die folgende Aussage von Holzkamp gelten (195 f.):

"In dem Maße, wie der "Vorsprung" des unterstützenden Erwachsenen gegenüber dem Kind im Aneignungsprozeß sich verringert, nähert sich das Kind (nach Maßgabe seiner je bestimmten Lebensumstände) dem gesellschaftlichen Standard der Kooperation (in ihren historisch bestimmten Ausprägungsformen) an, kann seinen Beitrag zur kooperativen gesellschaftlichen Lebenserhaltung leisten."

Die kommunikative Beziehungen durch sachliche, vergenständlichte gesellschaftliche Arbeit vermittelt sind (je nach der besonderen, historischen Form menschlicher Kommunikation/Interaktion), sind auch in der Ontogenese Erwachsenen und Kindern gesellschaftliche Ziele vorgegeben, die auf die objektive Notwendigkeit der Kooperation Eltern/Kind verweisen - obwohl die private Familienstruktur und -ideologie das Dilemma des Gegensatzes von Autorität und Freiheit kaum auflösen kann.

In der Dialektik von Anpassung und Selbstverwirklichung bilden die Aneignung von Begriffen und Verhaltensweisen und die Entwicklung von integra-

tivem Verhalten (darin liegt die Objektivität von Konflikterziehung) noch zu wenig die Voraussetzungen für kreatives Denken und "revolutionäres" Handeln, so daß die Erwachsenen ihre Kinder wenig zu und im politischen Kampf "antizipatorisch" erziehen können (lebensgeschichtliche Erfahrungen und Kenntnisse, MEW 16), in dem das Ändern der Umstände mit der menschlichen Tätigkeit zusammenfällt (MEW 3; Zusammenfallen von gesellschaftlichen Verhältnissen und individuellen Tätigkeiten: vgl. Zelený).

1.3. Überlegungen zur "problematischen Sozialisation"
in Bezug auf die Adoptionsproblematik

Bisherige Erkenntnisse weisen darauf hin, daß gerade in der Gesellschaftsformation des Kapitalismus Sozialisationsprozesse insofern als "problematisch" gelten können, als die Aneignung konkreter Verhaltensweisen den gesellschaftlichen Verhältnissen nicht entsprechen: Die Persönlichkeitsentwicklung entfaltet in der Dialektik von Anpassung und Selbstverwirklichung nicht die adäquate soziale Aneignung von gesellschaftlichen Erfahrungen im Rahmen des Möglichen.

Das "Problematisch-Werden" von Sozialisationsprozessen in dieser allgemeinen Qualität verweist auf die Notwendigkeit der wissenschaftlichen Analyse zur möglichen Planung, wenn "Störungen" im Reproduktionsbereich den Arbeitsprozeß tangieren⁽⁸⁵⁾.

Ohne umfassend die staatlichen Regulierungsversuche - gerade in Hinblick auf die familialen Verhältnisse - zu analysieren (dies wird im zweiten Kapitel ausführlich geschehen), soll allgemein darauf hingewiesen werden, daß sich eben der

"stumme Zwang der Verhältnisse" (Marx) nicht automatisch durchgesetzt, sondern immer die Notwendigkeit besteht, eine aktive "Proletarisierung" durchzusetzen (Transformation des Nicht-Lohnarbeiters in den Lohnarbeiter).

Einerseits müssen Individuen dazu gebracht werden, in mehr oder weniger "kultureller" Weise eine Arbeitsbereitschaft⁽⁸⁶⁾ zu entwickeln, wozu Theorien Kenntnisse erbringen müssen, die ideologisch den Sozialisationsprozeß als "repressiven Anpassungsvorgang" analysieren (bildungspolitischer Gesichtspunkt).

Andererseits müssen vermittelt über herrschaftliche Kontrolle die stofflichen Voraussetzungen geschaffen werden (Schule plus Schulpflicht), so daß unter der Berücksichtigung einer adäquaten Belastbarkeit berufliche Qualifikationen angeeignet werden.

Über zusätzliche präventive Funktionen (z. B. Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung) wird der Lohnabhängige zudem konstituiert.

Des weiteren muß die Proletarisierung auch quantitativ gesteigert werden (Angebot und Nachfrage; Verkaufschancen), so daß z. B. über ein Erziehungsgeld Frauen zur Hausarbeit angehalten werden können.

Wie an der historischen Entwicklung gezeigt werden konnte, knüpfen diese Regulierungsnotwendigkeiten an die entfaltete Entkopplung der Produktions- (privat) und Reproduktionsbereiche (vergesellschaftet) an: d. h. der Privatheit der materiellen Produktion entspricht die Privatheit

der sozialen Reproduktion. Gleichzeitig kommen im Zuge dieser Entwicklung die Voraussetzungen, Risiken und Grenzen der privaten Reproduktion immer mehr in den Blick (Trend: Schule, Vorschule, Familie, Eltern- und Familienbildung).

Folgende Probleme entstehen:

- I. Schaffung der Arbeitsbereitschaft als Bedingung der Austauschbarkeit:
 - Qualifikation als Gebrauchswert für das Kapital (konkrete Qualifikation, Sozialisation) ⁽⁸⁷⁾ ,
 - Freisetzung des Arbeiters in Tauschverhältnisse
- II. Störung der Reproduktionsfähigkeit:
 - Mängel im Gebrauchswert (berufliche Qualifikation; soziale Integration; physische und psychische Krankheit) ⁽⁸⁸⁾ ,
 - Mängel in der Tauschwertrealisation (konjunkturelle Arbeitslosigkeit; strukturelle)

Bearbeitbar werden diese Probleme durch Strategien der Fortbildung und Resozialisierung, über materielle Unterstützung bzw. Siedlungs- und Infrastrukturpolitik.
- III. Dauerhafte Zerstörung der Reproduktionsfähigkeit (im Gebrauchswert).

Grundsätzlich kommt dieser der Struktur nach "problematische Charakter" von Sozialisation - gerade unter den widersprüchlichen Bedingungen der Vergesellschaftung der Kleinkindererziehung (vgl. Heinsohn; "Jahrbuch der Sozialarbeit 1976 und 1978"; Rocholl/Koch) - in offiziellen Theo-

rien" nicht eindeutig zum Vorschein, wenn sich auch Stimmen breit machen, die einer organisierten "Heimerziehung" den Vorrang vor einer dilettantischen Familienerziehung geben (Schmalohr, Lehr).

Der gesellschaftliche Charakter sowohl von relativ problemlosen als auch "problematischen" Persönlichkeitsentwicklungen wird ausgeklammert, so daß gerade in den Problembereichen I + II (Schaffung von Arbeitsbereitschaft: konkrete Qualifikation/Sozialisation) die Bedingungen der Normalfamilie (oft idealisiert) als ausreichend für eine optimale Entwicklung angesehen werden.

Da diese Problemebene gerade für die Behandlung des gestellten Themas von Wichtigkeit ist, kann die These aufgestellt werden, daß die Regulierung von "Deprivationen" im elementaren Bereich noch keine hinreichende Garantie für eine adäquate Persönlichkeitsentwicklung gerade auf Basis unorganisierter Familienerziehung abgeben kann.

Zwar erfassen heutzutage Regulierungsversuche nicht nur "besondere Kategorien" von Kindern (vgl. Lüscher), sondern auch die Kategorie "Kind" allgemein (mit all seinen Rechten auf optimale Entwicklung). Die Organisation der Persönlichkeitsentwicklung wird aber für alle Kinder (gleich, ob relativ "normale" oder "geschädigte") am Prinzip unvergesellschafteter Familienerziehung ausgerichtet.

In diesem Kontext sind ja auch - neben den Kostengründen - die verstärkten Bemühungen um die Institution "Adoption" zu verstehen, in denen sich der historische Waisenhausstreit bis in die heutigen Tage (einschließlich der historisch entwickelten administrativen Vorgaben) reproduziert.

Da die Analyse der historischen Entwicklung eines noch nicht entfalteten Problems den "ideologischen" Schutt um die Theoriebildung der Sozialisation von Adoptivkindern bloßlegen kann (vgl. Koch), soll dies über die historische Verfolgung der "Kinderarbeit" geschehen, von der ja auch viele Waisenkinder betroffen waren (Kuczynski 1968).

Ohne dezidiert auf die "Geschichte der Adoption" einzugehen, die aber in diesem historischen Kontext begreifbar ist (aus methodischen Gesichtspunkten konkretisiere ich dieses Problem im zweiten Kapitel, wenn ich den rechtlichen Hintergrund der Adoption und Adoptionsvermittlungspraxis beleuchte), bedingt die Regulierung der "Kinderarbeit" (vermittelt über ein neues Verständnis der Persönlichkeitsentwicklung) in der historischen Entwicklung Forderungen, die sich allgemein auf die Rechte aller Kinder beziehen, welche sich vor allem in internationalen Deklarationen manifestieren.

Kann man zwar internationale, intersystemare Organisationen als neue Formen imperialistischen Selbstverständnisses begreifen, übernehmen sie aber auch in Hinsicht auf die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse Vergesellschaftungsfunktionen, die sich allgemein in proklamatorischen Rahmen-Programmen niederschlagen können.

Ohne darauf näher einzugehen (teilweise komme ich darauf zurück, wenn ich das Auslandsadoptionsrecht problematisiere), nehme ich die inhaltlichen Bestimmungen im Anschluß an die Darstellung der Kinderarbeit und ihrer allgemeinen Konsequenzen lediglich programmatisch auf.

In konkreter Form münden diese Forderungen auch in Prinzipien des "Kindeswohls", welche in offiziellen Theorien um die Adoptionsproblematik kontrovers aufgegriffen werden, da die Analyse familialer Sozialisation (die Adoptivfamilie läßt sich in der Hinsicht als eine besondere Form der Entstehung der Familie begreifen) in großem Maße ideologisch belastet ist ("leiblichen Blutsbande").

1.3.1. Zur historischen Entwicklung der Kinderarbeit und ihrer Konsequenzen

Die brutale Ausbeutung von Kindern "armer Leute", alleinstehender und Waisenkindern läßt sich in unterschiedlichen Epochen der Geschichte nachweisen⁽⁸⁹⁾. In der kapitalistischen Gesellschaft jedoch erreicht sie ein noch nie erreichtes Ausmaß.

"Unter den vielen schweren Verbrechen des Kapitalismus, über welche die Geschichte zu Gericht sitzen wird, ist keines brutaler, grausiger, verhängnisvoller, wahnwitziger, mit einem Wort himmelschreiender als die Ausbeutung der proletarischen Kinder" (Zetkin 1902: 81).

Mittels der Kinderarbeit wird auch das letzte mögliche Glied der Gesellschaft zu Profitzwecken ausgebeutet (Zetkin 1903: 25).

Die Kinder werden organisiert über die Kombination von Waisen-, Zucht- und Arbeitshäusern und über Industrie- und Fabriksschulen ausgebeutet, in denen ihnen neben einigen wenigen elementaren Kenntnissen vor allem "Tugenden" zum Zweck der sozialen Integration eingehämmert werden.

Während dieses Problem zwar - auch aufgrund von privaten Initiativen und Protesten - in die Gesetzgebung eingegangen ist, hält es sich in der Realität bis ins 19. Jahrhundert (in der "Dritten Welt" bleibt es bis heute aktuell).

Die kurze historische Skizzierung muß unter der Voraussetzung geleistet werden, daß die "humanistischen" Intentionen in ihrer Doppelbödigkeit auf der allgemeinen Basis des Strebens nach Profit zu begreifen sind.

Die Bearbeitung von Kindern in Institutionen wird am Ende des Mittelalters (vor allem in den Kreisen des Stadtbürgertums: Krakau/Kluge 1976: 53 f.) zunehmen zu einer "weltlichen" Angelegenheit. Anstaltserziehung wird zu einer vorherrschenden Erziehungsform zur Zeit der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals (Scherpner 1966).

Während noch zur Zeit der "Blutgesetzgebung" die physische Liquidation die Szene beherrscht, gewinnt nun die Suche nach der unbeschädigten und disziplinierten Arbeitskraft Vorrang, die "unfreiwillig" in den Manufakturen ihr Dasein fristet.

In Zucht- und Arbeitshäusern, Findel- und Waisenhäusern (teils in Form von Großinstitutionen organisiert) verbindet sich Arbeit mit Religion.

In dieser Umwälzungsphase (vgl. "Jahrbuch der Sozialarbeit 1976" 1975) macht Swift den zynischen Vorschlag, doch die Armen durch billiges "Kinderfleisch" zu ernähren (in: Henninger (Hrsg.) 1966: 15 - 24).

Obwohl schon im 15. Jahrhundert Versuche unternommen werden, Kinder erst einmal in eine Pflegefamilie zu geben und das Armenwesen zu reformieren, scheitern diese Bemühungen allgemein an der sich durchsetzenden Geldwirtschaft (vgl. Schna-

bel, in: Bonhoeffer/Widemann (Hrsg.) 1974: 22 - 34) (90).

Zur Zeit des Frühkapitalismus differenzieren sich sogenannte Armenschulen heraus (die "Hallischen Waisenhäuser" von Francke: Scherpner 1966: 68 ff.), die vor allem brauchbare Untertanen erziehen wollen, um der Verderbtheit der menschlichen Natur entgegenzuwirken.

In den Institutionen des 17. und 18. Jahrhunderts, in denen Strafe, Erziehung, Unterdrückung und Besserung unter staatlicher Repression kombiniert sind, stehen unverhohlene, ökonomische Interessen im Vordergrund (Kuczynski 1968: 30).

Auch im Schulwesen - organisiert in der Industrieschule (Lernen und produktive Arbeit) und später in der Fabriksschule (Industriearbeit und etwas Lernen) bildet die Arbeitserziehung den Mittelpunkt sozialer Integration (Altvater 1971: 91 ff.).

Ende des 18. Jahrhunderts (und diese Kontroverse dauert bis heute an) wenden sich die Philanthropen (vor allem Salzmann 1785/88) gegen die Arbeitsbedingungen in sogenannten Waisenhäusern, um in erster Linie der hohen Säuglingssterblichkeit vorzubeugen, in keiner Weise aber geht es ihnen darum, primär gegen die Kinderarbeit zu kämpfen.

Über den Versuch, die Kinder- und Jugendfürsorge aus der Armenpflege herauszunehmen, werden zahlreiche freiwillige Arbeitshäuser errichtet (Pestalozzi 1746 - 1827, der auch eine erste Theorie der "Heimerziehung" entwickelt: Günther 1969: 184 ff.).

Dieser aufklärerische Pathos (seit der Zeit des Merkantilismus), der dem Staat die Organisation der Erziehung als "Pflicht" aufzwingt, zersetzt sich zur Zeit des Liberalismus (hier fand auch der Beamte als der "Funktionär der Gesetzesanwendung" seinen Platz: Vogel 1966: 74). Über die Identifikation von Einzel- und Gesamtinteresse kann daher die Armenpflege nicht zum Problem werden (vgl. auch das bevölkerungspolitische Argument von Malthus gegen die Kinderfürsorge).

Armut reduziert sich auf ein überhistorisches Phänomen mit Naturcharakter (während die Arbeiterfrage doch die eigentliche soziale Frage ist).

Im 19. Jahrhundert entstehen private Initiativen (in Vereinen organisiert)⁽⁹¹⁾, die eine Form der Sozialerziehung propagieren, in der Landarbeit mit Religion gekoppelt ist ("Rettungshäuser": Scherpner 1966: 117 ff.).

Eine familienanaloge Erziehung mit individualistischem Charakter (Zeller; Fröbelsche Kindergärten; die brutalen Verhältnisse dagegen in der Maléneschen Anstalt; das "Rauhe Haus" von Wichern) soll vor allem der Abwehr des Kommunismus dienen, indem in den proletarischen Schichten per Zwangserziehung der "Funktionsverlust" der Familie kompensiert werden soll (Wichern 1962: 133 - 151).

Gleichzeitig entwickelt sich im 19. Jahrhundert eine Initiative der öffentlichen Jugendfürsorge - über Untersuchungen staatlicherseits angeregt (Mollenhauer 1959: 102 ff) - die mehr von der Sorge um die Rekrutierung von Soldaten geprägt ist (Preußisches Regulativ von 1839, Kuczynski 1968: 92 ff, 124 ff).

In diesem Zusammenhang vermitteln die Behörden unter polizeilicher Aufsicht "Zieh- und Haltekinder"

in die Familie (um der Engelmacherei" ein Ende zu setzen). Zumindest kann die Sterblichkeitsrate mit dieser Maßnahme gesenkt werden.

Auf der anderen Seite aber betreibt der Staat eine verschärfte Zwangserziehung (Vorläufer der Fürsorgeerziehung) (vgl. die Novelle von 1876), die über die Bismarksche Sozialgesetzgebung stabilisiert wird (Kuczynski 1962; 385 ff).

Die "freie Liebestätigkeit" reicht nicht mehr aus, um die sich verschärfenden Widersprüche (Entstehung einer neuen Klasse) zu regulieren.

Über das Sozialversicherungswerk (1883, 1884, 1889), welches von den Unterprivilegierten zu zwei Dritteln selbst bezahlt wird, und über die Sozialistengesetzgebung (19. Oktober 1878) rundet sich die Entwicklung ab (vgl. das Problem der "Sozialstaatillision": Müller/Neusüß 1970: 4 - 67).

Trotz der staatlichen Aktivitäten bestimmen die privaten Träger - allerdings ziemlich unkoordiniert - weiterhin die Praxis, die über das "Elberfelder System" (ehrenamtlicher Armenpfleger im Außendienst) organisiert wird (vgl. Peters 1968: 19).

Die beginnende Professionalisierung (vor allem auch die Einbeziehung von Frauen in das Berufsleben), führt zu einer Verfestigung der Trennung zwischen Innen- und Außendienst, die bis heute nicht (trotz der Forderung des Bundesministeriums) beseitigt ist.

Der unzulänglichen Organisationsweise stehen auf der anderen Seite starke Kommunalisierungstendenzen gegenüber (die SPD seit 1870), die bald in Bemühungen um eine staatlich-bürgerliche Jugendorganisation neutralisiert werden kann (Roger 1971).

Im Kompromißwerk des "Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes" (1922, 1924) und des "Reichsjugendgerichtsgesetzes" (1923), das über die SPD und das Zentrum zustande kam, findet die Ambivalenz der bürgerlichen Pädagogik (progressiv und reaktionär) ihren Ausdruck. Zwar wird das Recht des Kindes auf optimale Erziehung proklamiert und ein zentrales öffentliches Jugendamt gegründet. Aber das Verhältnis zwischen öffentlicher und privater Fürsorge wird über das Subsidiaritätsprinzip geregelt (bis heute bestimmen die Kirchen bis zu etwa 80 % die Jugendhilfe).

Dieses Gesetz sanktioniert eine Praxis von Heimerziehung (entgegen der Reformversuche von Wilke), in der - bis auf wenige Reformheime - vor allem Kinderausbeutung und Kasernenzucht im Vordergrund stehen, die der sozialen Integration und der Abschreckung dienen.

Zudem bestehen kaum Alternativen außerhalb von Heimen, wie noch über die Analyse der historischen Hintergründe des Adoptionsrechts und der Adoptionsvermittlungspraxis zu zeigen sein wird.

Theoretisch und ideologisch schlägt sich diese widersprüchliche Entwicklung noch heute in Vorstellungen um "Verwahrlosung", Kriminalität und abweichendem Verhalten nieder. Die Ambivalenz bürgerlicher Aufklärung, die problematisch wird, als

die Forderungen wie Fakten behandelt werden müssen, kumuliert im Widerspruch zwischen scheinbar politischer Gleichheit und realer materieller Ungleichheit⁽⁹²⁾.

Da vor allem die Kontroverse Familienerziehung versus Heimerziehung bis in die heutige Zeit nachwirkt, will ich darauf noch einmal besonders eingehen.

Der Waisenhausstreit (Ende des 18. Jahrhunderts), in dem es zum ersten Mal um die Grundlagen jeder Form von "Ersatzerziehung" - Familienpflege oder Anstaltspflege - geht und in dem die pietistische Haltung von den Philanthropen kritisiert wird, markiert in Verbindung mit der Entstehung unserer heutigen Familie und ihrer Hochschätzung die Schaltstelle, von der aus in der weiteren Entwicklung die grundsätzliche Kritik an außerfamiliaren Organisationsformen sich einordnen läßt.

Bricht man damals den Stab für die Erziehung in einer Pflegefamilie (Salzmann, Carl von Carlsberg oder über das menschliche Elend, 1783/1787) als auch für eine verbesserte Heimerziehung nach individualistischem und familienanalogem Muster (Pestalozzi vgl. R. Alt 1970), setzt man heute mehr auf die Familie, was sich im verstärkten Bemühen um Adoption (teilweise aus Kostengründen) zeigt. Damals wie heute geht es um die Ablehnung jeder Form von "Kollektiverziehung" (vgl. schon Wichern, Kommunismus und die Hilfe gegen ihn, 1962), obwohl im Zuge der Vergesellschaftung der Kleinkindererziehung und ihrer ökonomischen Notwendigkeit (seit den stärkeren Regulierungsversuchen des Staates) die Unorganisiertheit von Familienerziehung nicht mehr als funktional anzusehen ist.

In diesem Kontext markieren die seit des Verbots der Kinderarbeit (besondere Kategorie) in Gang gekommenen Entwicklungen, die weniger humanitären Gesichtspunkten zu verdanken sind, einen Trend, der sich sowohl in internationalen Deklarationen zum Zweck des Verbots der Kinderarbeit als auch nach und nach in Deklarationen niederschlägt, die nicht nur die grundlegende physische Existenzsicherung zum Gegenstand haben, sondern auch generelle Voraussetzungen für eine jegliche adäquate psychische Entwicklung fordern.

Darin kommen Ansprüche zum Ausdruck, die zeigen, daß nicht allein die reaktive Stationierung von Maßnahmebündeln ausreicht, damit die bürgerliche Klasse ihre eigenen Verfallsprodukte, soweit sie sie noch braucht, sozialisiert/resozialisiert, sondern auch allgemeinere Probleme auftauchen.

Diese Deklarationen führen eine historische Tradition fort. Denn schon früh wird eine Kinderschutz-gesetzgebung (England 1802) eingeführt (Engels, Zur Lage der arbeitenden Klasse in England, berichtet von der Realität), während dagegen gemäß der industriellen Entwicklung die Gesetzgebung in Deutschland (USA, Frankreich) später einsetzt (Peschke 1962).

In der Realität wirksam wird sie - in der Industriearbeit -, als die kapitalistische Produktion es nicht mehr erforderlich macht, Kinder auszubeuten.

In der Landwirtschaft allerdings (vgl. die fragwürdigen Adoptionsgesuche, die Rühle beklagt), im Handwerk und in der Heimindustrie hält sich die Praxis der Kinderarbeit noch lange. Vor allem Wai-

senkinder tragen diese Verhältnisse. Sie müssen sogar in Bordellen noch um 1900 "arbeiten", was sicherlich keinen Fortschritt der vergangenen Praxis darstellt, in der Kontrakte zwischen Waisenhäusern und Unternehmern geschlossen werden.

Wegen dieser Mißstände bildet sich in der sozialdemokratischen Bewegung um 1910 (empirische Untersuchungen um 1911) eine Kinderschutzkommission. 1919/20 entstehen erste kommunistische Kindergruppen (1921: erste kommunistische Kinderzeitung und auch eine internationale Monatszeitschrift) ⁽⁹³⁾.

Berichten der IAA (Internationales Arbeitsamt) in den letzten 50 Jahren zufolge (vgl. 44. Tagung in Genf 1960) ist auch die Kinderarbeit heute nicht ausgerottet, wenn auch die UN (20. 11. 1959) eine "Erklärung der Rechte des Kindes " angenommen hat, in der jedes Kind vor Verwahrlosung, Grausamkeit und Ausbeutung bewahrt werden soll, um es gegen die Zerstörung seiner Gesundheit und seiner körperlichen, geistigen und moralischen Entwicklung zu schützen.

Unabhängig von der realen Praxis kommen in diversen Deklarationen zudem allgemein gerechtfertigte Forderungen zum Ausdruck, die alle Kinder betreffen.

Daher nimmt bereits 1937 die IAO (Internationale Arbeitsorganisation) zwei Konventionen an, die sich besonders auf die Kinderausbeutung beziehen (gerade die durch den Imperialismus produzierten Verhältnisse in Ländern der Dritten Welt dienen als Orientierung, vgl. da die zahlreichen Hinweise in den Zeitschriften von Terre des Hommes und Rothe).

Das Verbot der Kinderarbeit ist aber in einem allgemeineren Rahmen zu analysieren, welcher sich auf die Rechte der Kinder in der ganzen Welt bezieht, was gerade in Extremsituationen wie "Kriegen" an Relevanz gewinnt (Das Kind 1975: 311 ff).

Gerade unter dem Eindruck des letzten Krieges⁽⁹⁴⁾ bilden die Neugründung der UNO (1945) und der UNICEF (11. 12. 1946) eine neue Ausgangsposition für die Verurteilung katastrophaler Verhältnisse, welche sich allerdings nur über das Kräfteverhältnis der konträren Gesellschaftssysteme in ihrer praktischen Umsetzung bemessen läßt.

Diese Organisationen knüpfen an eine Tradition an, die mit der Installierung der "Save The Childen International Union (1923), dem Völkerbund (1924), den Projekten der IVJH (Internationale Vereinigung für Jugendhilfe, 1932: Bericht für die damalige Abrüstungskonferenz) zu benennen ist.

Die IVJH macht zusammen mit der IKRK (Internationale Komitee des Roten Kreuzes) Vorschläge, die 1949 in die Genfer Konvention aufgenommen werden. Für internationale Konflikte wird festgehalten:

Schutz von Kindern unter 15 Jahren, Verbot der Teilnahme an Feindseligkeiten, Verbot der Todesstrafe von Müttern mit Kindern, generelles Verbot der Todesstrafe an Zivilisten unter 18 Jahren, Zusammenführung der Angehörigen.

Für nicht-internationale Konflikte soll gelten: Schutz und Hilfe der Konfliktparteien zum Wohl der Kinder, Tragen von "Identitätsmarken", Schutz von

Waisenkindern⁽⁹⁵⁾, Abtransport aus Kampfzonen, Nicht-Teilnahme an Feindseligkeiten, Verbot der Todesstrafe (auch der Abtransport ins Ausland ist möglich).

Auch in einem UNESCO-Bericht wird auf das psychologische Leiden der Kinder hingewiesen, welches sich vor allem darin äußert, daß das Kind von seinen gewohnten Familienbeziehungen, seinem Lebensrahmen und vor allem von seiner Mutter getrennt wird (L'Enfance, Victime de la Guerre, une étude de la situation européenne, par le Docteur Thérèse Brosse, UNESCO 1949).

In der Konvention von 1949 wird ein wichtiger Passus nur am Rande behandelt, der auf die Wichtigkeit des Schutzes der "Identität" von Kindern als Mitglied einer besonderen kulturellen Gruppe verweist (kulturelle Herkunft, Nationalität, Sprache und Religion).

In einem Kommentar der IVJH (1972), in einer vom IKRK veranlaßten Untersuchung und Stellungnahme wird dieses Problem jedoch ideologisch aufbereitet: Es geht um den Schutz vor religiöser und politischer Propaganda, was vor dem Hintergrund eines Vietnamkrieges, der das Leben von etwa 800 000 Zivilisten forderte, geradezu "zynisch" zu nennen ist.

Das von der UNESCO (1970) geforderte Recht auf kulturelle Identität erscheint hier reduziert auf die Angst vor "psychologischem Zwang" und "politischer Gehirnwäsche".

Diese Deklarationen, in denen sich eine Unzahl zu verwirklichender Ansprüche manifestiert, verblassen vor der Situation in Ländern der Dritten Welt (deren traditionelle Strukturen teilweise völlig zerschlagen sind und die noch keine organisatorischen Möglichkeiten besitzen, sich selbst um die Kinder

bemühen: vgl. Rothe; Oyemade; ICWR 1976, Nr. 28).

In diesem Rahmen sind auch die internationalen Bemühungen um das interstaatliche Adoptionsrecht und seine qualitative Verbesserung zum "Wohl des Kindes" zu verstehen (European Seminar on Intercountry Adoption 1960, Leysin; Hague Convention on Jurisdiction, Applicable Law and Recognition of Decrees relating to Adoption 1965; European Convention on the Adoption of Children 1967).

Dem entgegen behauptet ein Bericht des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, daß eine Auslandsadoption wegen der interkulturellen Problematik abzulehnen ist (April 1975: 233.1. - 2355 - 546, III)⁽⁹⁶⁾.

Vor allem die Ausführungen des "Economic and Social Council" (verantwortlich für die ökonomischen und sozialen wie humanitären Aktivitäten der UNO) befürworten die Auslandsadoptionen (allerdings im Rahmen einer Hypostasierung der Familie) wegen der aktuellen Situation in den unterentwickelt gehaltenen Ländern (UN/E/CN.5/504 vom 15. Nov. 1974), wenn auch als Vorbedingung auf die Unmöglichkeit der Problemlösung innerhalb des eigenen Landes verwiesen wird (S. 25, auch Mende in: ICWR, März 1976).

Wollen wir an dieser Stelle die Argumentation durch die Aufzählung der Programmpunkte "Deklaration der Rechte des Kindes" (UNO, 20. 12. 1959: 1386/XIV) abschließen:

- 1) Gleiche Rechte für alle Kinder (unabhängig von Rasse, Farbe, Geschlecht, Sprache, Religion und Weltanschauung, Herkunft und Nationalität,

- 2) Recht auf Namen und Nationalität,
- 3) physische, geistige und moralische freie Entfaltung,
- 4) soziale Sicherheit (von der Schwangerschaft an),
- 5) ausreichende Ernährung und medizinische Versorgung,
- 6) besonderer Schutz von benachteiligten Kindern; mütterlicher Schutz; Liebe und Verständnis in der Familie,
- 7) besonderer Schutz für Kinder ohne Eltern,
- 8) kostenlose Erziehung und Bildung zur allseitigen Entwicklung der Persönlichkeit,
- 9) Schutz vor zu früher Arbeit und vor Ausbeutung,
- 10) Recht auf Spiel und Erholung.

Gerade die UN-Deklaration von 1959 zeigt, wie sich problematische Situationen vermittelt über gesellschaftliche Prozesse (historisch entwickelt) zu sozialen Problemen entwickelt haben (nicht zuletzt über den Kampf der Lohnabhängigen), die nicht einfach pauschal für den Bestand einer Gesellschaft und ihres Normengefüges gefährlich sind (Manis 1974), sondern je nach Klassenstandpunkt unterschiedliche gesellschaftliche Problemsichten und -lösungen verlangen⁽⁹⁷⁾.

Im Zuge relativ wirtschaftlicher Prosperität in der BRD bleiben allerdings zunächst die "sozialen Probleme" (auch in ihrer historischen Tradition verdeckt, so daß auch in der Soziologie dieser Begriff zuerst nicht auftaucht (Dankwerts 1969).

Erst mit der Rezession 1966/7 relativiert sich der ökonomische Fortschrittsglaube zusehens, so daß Defizite in den Blick kommen (Bildungskatastrophe).

Das, was nicht integriert erscheint (das Abweichende), eigenständige bzw. auch rückständige Sozialbereiche drängensich auf, finden in mehr interaktionistischen und konfliktorientierten Theorien Einlaß. Dies bedeutet gleichzeitig immer mehr auf die Notwendigkeit "Öffentlichen Wissens" im Zuge der Integration der Wissenschaft in die gesellschaftliche Arbeit hin, verweist darauf, daß immer mehr Überbaubereiche in die Basis hereingezogen werden (Vergesellschaftung).

Es versteht sich, daß um adäquates Wissen zur Regulierung gesellschaftlicher Bereiche zu produzieren, Theorien der Anlagebedingtheit (biologische Konstante) kaum Erfolg zeigen, wenn auch im Zuge neuerer Krisen jetzt wiederum Erbfaktoren bei der Erklärung von Intelligenz akut werden (Eysenk).

Jedoch müssen alle Formen und Inhalte von Sozialisation (gleich wir problematisch und in welcher Hinsicht) als gesellschaftliche innerhalb einer konkret-historischen Gesellschaftsformation analysiert werden, um alle Möglichkeiten (Vergesellschaftung in organisierter, planvoller Wiese) auszuschöpfen.

Im folgenden soll es deshalb darum gehen, nicht nur Theorien dahingehend einzuschätzen, inwieweit sie Deprivationsbedingungen analysieren und Regulierungsvorschläge machen, sondern darum, inwieweit sie die praktische Umsetzung an ein schon vorher als undiskutierbar gesetztes Modell der "Normalfamilie" binden, in der sich dann gleichsam naturwüchsig die Persönlichkeit des Kindes entwickelt⁽⁹⁸⁾.

Zugegebenermaßen sind adoptierte Kinder (inländische und ausländische) in enormem Maße geschädigt (Störungen des Milieus über Umweltwechsel; Lern- und Erziehungsstörungen; Körperbehinderungen; geistige Behinderungen; physische oder psychische Störungen) bedürfen der Hilfe, die erst einmal die grundlegendsten Entwicklungsbedingungen aufbauen.

Dennoch ist die Organisation ihrer Sozialisation ein gesellschaftlicher Prozeß, der allerdings in den Theorien um die Adoptionsproblematik meist ausgeklammert wird.

Dies führt ebenso wiederum dazu, die Bedingungen der "Schädigungen; divergierend aufzugreifen und die Möglichkeiten der Persönlichkeitsentwicklung dieser Kinder an spezifische Bedingungen zu knüpfen.

1.3.2. Theorien um die Adoptionsprobleme

Das Problem der "maternalen Deprivation" (Bowlby), die als Mutter-Beraubung nach schon entwickelter Bindung begreifbar ist, muß unterschieden werden von der Mutter-Privation (Gewirtz 1971), unter deren Bedingungen von vornherein keine Erfahrungen mit einer anwesenden Mutter gesammelt werden können.

Arbeitshypothetisch kann als Oberbegriff erst einmal die Kategorie "Mutterentbehrung" verwendet werden (Schmalohr), ohne daß an dieser Stelle schon die Problematik sensorischer Stimulation, sozialer und emotionaler Reizentzüge eine Klärung darüber erbringt, ob das Kind von der "leiblichen" Mutter oder irgendeiner "Bezugsperson" erzogen werden muß.

Dies endgültig zu klären, ist insofern schwierig, weil Forschungsergebnisse fehlen, die das Geschlecht der ersten Bezugsperson, die ersten Gefühlbeziehungen, die elterliche Beziehung, die Mehrfach-Bemutterung oder Mehrfach-Bezugspersonen-Beziehung, die gleichzeitige oder wechselnde Anwesenheit von Partnern, die sensorischen Reize und allgemein die Angabe von Minimalbedingungen analysieren.

Bisher beschränken sich herkömmliche Arbeiten einerseits auf die Entstehung von Zuneigungsverhalten, andererseits auf die Wirkung von Mutterentbehrung, so daß recht widersprüchliche Aussagen vorfindbar sind.

Weil es aber eben um die letzte "Heilige Kuh" (Familie) geht, ist die Diskussion zudem außerordentlich ideologisch belastet.

Erfahrungen aus der historischen Entwicklung und historisch bedingte Untersuchungsdesigns und Vorab-Voraussetzungen - einschließlich des Interpretationsrasters - bestimmen nach wie vor die Diskussion, wenn es um diverse Formen außerfamiliärer, mehr oder weniger kollektiv anmutender Erziehung geht.

Daher scheint ein kurzer historischer Einstieg von Bedeutung zu sein.

1.3.2.1. Historische Skizzierung

Schon sehr früh beschäftigt es Philosophen und Politiker, ob Kinder ohne sozialen Kontakt erwachsen werden könnten (vgl. Greenacre, in: Bittner u. a. (Hrsg.) 1971: 156).

Wie eine mittelalterliche Chronik (1268) ausweist, läßt schon der Hohenstauferkaiser Friedrich II. Kinder in Heimen von Ammen versorgen, wobei er ihnen aber die Auflage macht, weder mit ihnen zu sprechen noch sich ihnen emotional zuzuwenden (Schmalohr 1972: 17).

Leider kann sich nicht feststellen lassen, welche "Ursprache" sich die Kinder in diesem Experiment zuerst aneignen, da sie meist das erste Lebensjahr nicht überleben.

Andere Beispiele aus der Historie belegen die negative Wirkung mangelnder Sozialkontakte (12jähriges "Wildkind" Viktor aus Südfrankreich, die indischen "Wolfskinder Amala und Kamala; der 16jährige Kaspar Hauser im Jahre 1828: Stumpfe 1969, Zingg 1940).

Der Arzt Itard (1965) veröffentlicht zwei Berichte über den oben erwähnten Victor, in denen er dessen "unmenschliches" Verhalten belegt (Schaukelbewegungen). Seine Sozialisationsversuche scheitern allerdings⁽⁹⁹⁾.

Zwar lassen sich aus diesen Berichten einige Probleme ablesen, theoretische Hinweise geben sie jedoch nicht (entgegen Dennis 1951).

Findelhäuser, die seit 787 sich nachweisen lassen (Bischof von Mailand 1198) und bis ins 19. Jahrhundert in romanischen Ländern institutionalisiert werden (vgl. die Drehlade), nehmen körperlich- und geistig behinderte, unehelich geborene und ausgesetzte Kinder auf, die ansonsten getötet werden (vgl. Lüscher). Während noch zuvor es dem Patriarchen allein überlassen bleibt, was mit dieser Kategorie von Kindern geschieht, stellt die Versorgung in diesen Findelhäusern einen zwar historisch relativ, aber doch konstatierbaren Fortschritt dar (christlich motiviert).

Diese Findelhäuser ähneln insofern heutigen Heimen, als vor allem Kinder unehelicher Mütter dort aufgenommen werden, was auf das noch bestehende qualitative Problem der Hilfe für uneheliche Mütter hindeutet.

Die historischen Findelhäusern können eher als Säuglingskrankenhäuser bezeichnet werden, in denen allerdings infolge des geringen Standes der medizinischen und ernährungswissenschaftlich untermauerten Versorgung die Sterblichkeitsrate bis zu 100 % beträgt.

Über die Entwicklung der Pädiatrie (Finkelstein, Heubner, Escherich und Schlossmann) und die Form der aseptischen Pflege (Prager Anstalt) - Ernährungsverbesserung, Ammenpflege, aseptische Maßnahmen, Vergabe in Außenpflege: Tugendreich 1910 - kann jedoch die Sterblichkeitsrate im Zeitraum von 1852 - 1884 von 59 % auf 5 % gesenkt werden (realistischer: zwischen 1880 und 1884 von 16,2 auf 5 %), wogegen sie in der BRD heute etwa 0,23 % beträgt. Mit der Entdeckung der Ursachen von Infektionskrankheiten entwickelt sich dann die Voraussetzung für die endgültige Institutionalisierung von Säuglingsheimen (vgl. Dresdner Säuglingsheim von Schlossmann, 1898), in denen gesunden Säuglingen eine geschlossene Heimpflege garantiert wird (geschlossene Boxen, kaum Kontakt zu Altersgenossen, wenig Kontakt zur Außenwelt).

Paradoxerweise führt der wissenschaftliche Fortschritt dazu, daß sich das Verhältnis zwischen Familien- und Heimpflege für eine spezifische Kategorie von Kindern umkehrt (Pechstein)⁽¹⁰⁰⁾.

Anstalten bilden sich heraus, in denen der "infektiose Hospitalismus" zwar bekämpft werden kann, in denen aber vermittelt über die geschilderten Isolationsbedingungen Formen eines psychischen Hospitalismus (Pfaundler, 1899) entstehen, der uns im folgenden beschäftigen wird.

Damit entsteht eine Praxis, die der Tradition entgegensteht, Kinder recht früh in Familienpflege zu geben und sie dadurch vor psychischen Schädigungen zu bewahren, daß jene Kinder erst mit sieben Jahren ins Heim überwechseln.

Allgemein stellt sich also das Problem, ob eine eindeutige Entscheidung für oder wider Familienpflege gefällt werden kann.

1.3.2.2. Zum Argument der maternalen Deprivation und seine Folgen

In der gesamten Forschung zum Problem der "maternalen Deprivation" (Bowlby; oder: Mutterverlust bei von Harnack; Muttertrennung und Mutterentbehrung bei Schmalohr; Mutterverlustsyndrom und Deprivationssyndrom von Hellbrügge) geht es darum, nicht-familiale Erziehungsformen gegenüber familialer als defizitär auszuweisen.

Die historische Entwicklung (auch in einer Sammlung von 30 Isolationstypen von Zingg, 1940, dokumentiert) ist in diesem Sinne interpretiert worden. Pfaundler als Vertreter einer medizinischen Pädiatrie versucht, den körperlichen Verfall und die ihn begleitenden psychischen Störungen durch Heimaufenthalt als "Hospitalismus"-Syndrom zusammenzufassen und unternimmt selbst Untersuchungen, wobei er die Ursachen in Verbindung zur Abwesenheit/der Trennung von (der) Mutter bringt (1915/1924).

Sein Untersuchungsansatz und seine Interpretation bestimmen seit Spitz (1945) bis heute die Diskussion.

Wesentlich hat die tiefenpsychologische Auffassung, die in der frühen Kindheit die Quelle aller späteren Eigenschaften des Erwachsenen festmacht (Trieb-Modell; Libidotheorie; Objektbeziehungen; Ich/Über-Ich, Es; Mutter-Kind-Dyade), die adäquate Diskussion behindert.

Eine unhistorische Festschreibung bestehender Verteilung von Geschlechtsrollen vernachlässigt die historisch ausweisbare Arbeitsteilung (Goldenweiser 1937; Klineberg 1955).

Die Entwicklung des Kindes wird entsprechend über das Nirwana-Prinzip erklärt (Triebspannung und -reduktion), weswegen vor allem die Geborgenheit über die Mutter gegenüber einer bedrohlichen Umwelt als maßgeblich angesehen wird.

Innerhalb der Kultur- und Persönlichkeitsforschung (vgl. z. B. Middleton) wird der Zusammenhang von Erziehung, Persönlichkeit und "Modal-Persönlichkeit" (von Sève als die Konstruktion eines "abstrakten Individuums" kritisiert) über eine Variable erklärt, die die Entstehung des Sozialcharakters kennzeichnen will.

Ohne die von Kardiner untersuchten Stammesmitglieder der Aloresen (nach Schmalohr 1972) im Erwachsenenalter zum Gegenstand zu nehmen, wird eine objektive Entbehrung als subjektive Empfindung bis ins hohe Alter unterstellt und werden Phänomene negativ mit Mutterentbehrung in Verbindung gebracht.

Die ökonomische Situation, die sowohl die Mütter für die Feldarbeit in Anspruch nimmt als auch keine alternativen Versorgungssituationen hervorbringt, bedingt eine Situation der Überlebenssicherung. Nur eine Erklärung über die Annahme eines "psychoökonomischen Funktionskreises" (Wulff) hätte genaue Ergebnisse gebracht, nicht die Behauptung eines "Windeldeterminismus" (Kon: 179).

Die Ergebnisse der Tierpsychologie (z. B. Harlow, in: Foss 1961) werden sehr widersprüchlich interpretiert. Setzt der Forscher z. B. Affenjungen, die seit ihrer Geburt von der Mutter getrennt sind, als Atrappen eine "Fell- und Drahtmutter" vor, wobei sie erstere bevorzugen, so kann dies nicht unbedingt als Vorrangstellung des Kontaktbedürfnisses interpretiert werden (Schmalohr) und als Gegenbeweis für das Entstehen eines Sekundärbedürfnisses (über Nahrung) angeführt werden. Denn es kann eher angenommen werden, daß eine genuine Mutterbindung auch durch ein Objekt mit Reizqualität ersetzbar ist.

Harlow stellt zwar Störungen fest, weist sie aber vor allem als bedingt durch das Fehlen von Sozialkontakten aus.

Ungeachtet dessen (entgegen der CDU-Politikerin Meves, die vom Verhalten von Graugänsen ausgeht) läßt ein unhistorischer und organizistischer Adaptions-Ansatz keine generelle Übertragbarkeit auf gesellschaftlich-historische Verhältnisse zu.

1.3.2.2.1. Zum Problem der Mutter-Kind-Beziehung

Wie schon erwähnt, beschrieb Pfaundler zum ersten Mal das Hospitalismus-Phänomen in seinen drei Phasen Unruhe, Resignation und des Verfalls.

Entgegen Schlossmann bezeichnet er Säuglingsheime generell als "Fabrikarbeit", wobei deren Effizienz durch die Trennung von medizinischer und pädagogisch-rechtlicher-sozialer Fürsorge (RJWG 1924) endgültig besiegelt wird.

Spitz (1945) geht im Anschluß an die Hospitalismus-Untersuchung von Durfee/Wolf (1933) von den Überlegungen Pfaunders aus und unternimmt mehrere empirische Untersuchungen, die in methodischer Hinsicht stark kritisiert werden (Pinneau 1955), worauf allerdings weniger eingegangen werden soll (vgl. Spitz, in: Bittner/Schmids-Cordes (Hrsg.) 1973).

Entscheidend sind seine Beobachtungen in Bezug auf die Phänomene:

- a. Partieller Entzug affektiver Zufuhr (anaklitische Depression) nach einer Trennung von drei Monaten zwischen dem sechsten und achten Lebensmonat,
- b. Totaler Entzug affektiver Zufuhr nach einer Trennung von mehr als fünf Monaten (Hospitalismus) (101).

Während im ersten Fall, wo die Trennung einer positiven Mutter-Kind-Beziehung vorausgesetzt wird, der Entwicklungsrückstand als reversibel erscheint, wird im letzten Fall von Spitz eine Irreversibilität der Entwicklung behauptet.

Es soll hier nur interessieren, welche Rückschlüsse sich für den Faktor Mutter-Kind-Beziehung ergeben, wobei allerdings hinzugefügt werden muß, daß Spitz das größere/geringere Angebot von Entwicklungsreizen durchaus in Rechnung stellte (vgl. auch Menara).

Zu kritisieren ist vor allem das Konzept der Dyade Mutter-Kind, welches Spitz offensichtlich in Entsprechung des Freudschen Begriffes "Masse zu zweien" zugrunde gelegt hat.

Diese Kategorie hat aber eine Art "hypnotische Beziehung" zum Inhalt, weil der Mutter natürliche, telepathische Eigenschaften zukommen (Ammenschlaf, Sensibilität) (Freud, G.W. XIII, 1968: 126 f.).

In dieser mehr interessen geleiteten Beziehung, die die selektive Wahrnehmung bestimmt, werden die möglichen Reize der Umwelt auf eine Person konzentriert. Einerseits bestätigt Spitz zwar die strukturelle Überforderung der Mutter theoretisch, andererseits bezeichnet er aber die Mutter als Vermittlerin der Umwelt, wobei diese Aufgabe der Befriedigung von Bedürfnissen jedoch subsumiert wird.

In diesem "geschlossenen System" (vgl. auch Lorenzer) ist die Vermittlung der Aneignung gesellschaftlicher Erfahrungen an eine beliebige Person gebunden, weil die Mutter sowohl direkt die Erfahrung beschränkt als auch indirekt eingrenzt (Bedürfnisse steuern).

Mit Holzkamp (auf der Basis von Leontjew) muß jedoch von vornherein sowohl eine asymmetrische Beziehung angenommen werden, als auch die Aneignung der passiven Umwelt von seiten des Kindes als aktiv bezeichnet werden (Holzkamp 1973: 167).

In einem mehr "offenen System" verselbständigt sich die Orientierungstätigkeit zunehmend gegenüber den individuellen, primären Lebensbedürfnissen (ebenda: 183).

Nimmt Spitz an, daß der Säugling von Anfang an als passives Mängelwesen zu charakterisieren ist, klammert er den Widerspruch zwischen der anpassungsmäßigen Aneignung der Außenwelt und der sich verselbständigenden-aktiven, strukturellen Identität des kindlichen Organismus aus.

Daher ist die Annahme des Nirwana-Prinzips in Verbindung mit dem Lustprinzip, welche in der Forschung unter Ausklammerung der Gesamtsituation in einer Überbetonung der Fütterungspraktiken (Lehr) münden, abzulehnen.

Eine motivierter, explorativer Aneignungstätigkeit (Sève 1973: 327) muß dagegen schon für die frühe Kindheit angenommen werden (intrinsische Spannungserhöhung: Holzkamp 1973: 184).

In diesem Kontext sind weitere Forschungsergebnisse zu interpretieren, wenn auch in den Untersuchungen von Bowlby (retrospektiv) durchaus Erkenntnisse gewonnen werden, die jedoch in Hinsicht auf eine mögliche andere Umweltgestaltung relativiert werden müssen. Methodisch ist in erster Linie zu kritisieren, daß Störungen im sozialen Bereich kaum über Longitudinalstudien erfaßt werden (Meierhofer/Keller 1966), wenn auch einige Anstrengungen unternommen wurden.

Hellbrügge (1970), der 70 Kinder untersuchte (ehemals im nationalsozialistischen "Lebensborn" untergebracht), stellt ebenso wie Dührssen (1969: Heim-, Pflege- und Familienkinder) und Meierhofer/Keller (1966) negative Syndrome fest (Entwicklungsrückstand, Retardation der sogenannten Sozialentwicklung, soziale Fehlentwicklung), deren Ursachen jedoch mehr in kumulativen Heimeffekten zu suchen sind als im alleinigen Faktor der Muttertrennung.

Eine Vielfalt von Umweltbedingungen scheint maßgeblichen Einfluß auf die Schädigung zu haben (Niessen, 1973; Teufel 1967; Pongratz 1964), deren Einfluß die Annahme der alleinigen negativen Wirkung der Heimerziehung (vgl. Schmiddle/Junge) relativiert.

1.3.2.2.2. Zum Problem der Heimerziehung

Generell wird die Heimerziehung als schädigend interpretiert, obwohl teils auf die fachmännische Betreuung im Gegensatz zur Familie hingewiesen wird (Rheingold 1961), teils Hospitalismus-Schäden in der Normalfamilie nachgewiesen werden (Schmalohr 1973).

Da die gesamten Lebensbedingungen nicht über einen gesellschaftstheoretischen Ansatz abgeklärt werden, werden daher voreilige Schlüsse zum Irreversibilitäts-Problem gezogen (dagegen Rabin 1958/59; Biermann 1967).

Folgende Aspekte werden vernachlässigt:

- 1) Das Lebensalter des Kindes ist entscheidend (Existenz fester Beziehungen, Herausbildung des Differenzierungsvermögens).
- 2) Die Situation des Kindes vor Heimeintritt muß berücksichtigt werden (pränatale Entwicklung, Frühgeburten, Alter der Mütter, emotionaler Streß der Mütter, familiäre Situation).

- 3) Eine genaue Analyse der Heimsituation selbst ist erforderlich, so daß eine optimale Heimsituation auf keinen Fall als schädigend angesehen werden kann (Tizard/Rees 1974).
- 4) Es muß einkalkuliert werden, daß vor allem unattraktive Kinder im Heim verbleiben.
- 5) Zudem schränken die methodischen Mängel das monokausale Erklärungskonzept der Mutter-Kind-Trennung ein.
- 6) Es scheint wichtig zu sein, kurzfristige und langfristige negative Sozialisationseffekte zu unterscheiden. Daher kommt Schmidt-Kolmer (1963) durchaus zu positiven Ergebnissen, zeigen Tizard/Rees die Beeinflussbarkeit von Heimsituationen auf.
- 7) Offensichtlich sind Kurzzeitprägungen (Langzeitwirkungen sind selten nachgewiesen worden) mehr durch den Wechsel der Umgebung als durch kontroverse Sozialisationseinflüsse bedingt.

Da negative Effekte bei Heimkindern zu registrieren sind, müssen die Ursachen offensichtlich an anderer Stelle gesucht werden: In der sensorischen, sozialen und emotionalen Deprivation innerhalb der Heimsituation.

Schon theoretische Überlegungen lassen erkennen, daß der Entzug mütterlicher Zuwendung allein die Reduktion des Kindes auf Objektbeziehungen (ohne Entwicklung von Subjektbeziehungen) nicht bedingen kann (Roth 1973).

Nach Wygotski läßt sich das Problem über zwei Thesen angehen:

- a. Es existiert ein Bedürfnis nach sozialem Kontakt.
- b. Dieses Bedürfnis ist mit der vorangegangenen Befriedigung primärer Bedürfnisse verknüpft.

Da die Befriedigung primärer Bedürfnisse an den Kontakt zu Personen gebunden ist, entwickelt sich ein Bedürfnis nach sozialem Kontakt, das in der weiteren Entwicklung die Aneignung spezifischer menschlicher Formen des Verhaltens und der Tätigkeit ermöglicht.

Dem hält Boshowitsch (1970) entgegen, daß der Ursprung dieses Bedürfnisses nicht in primären, nicht-transitorischen Bedürfnissen liegen kann.

Sie macht die Entstehung am Bedürfnis nach neuen Eindrücken fest (Boshowitsch 1970: 140, auch Jones/Gerard 1973).

Damit ist der Zusammenhang zwischen diesem Bedürfnis und der Fähigkeit zur visuellen Konzentration angesprochen - als Resultat neutraler Funktionsreife und von Seh-Tätigkeiten. Die Großhirnrinde wird in die Lebenstätigkeit einbezogen, was zur strukturellen und funktionellen kortikalen Entwicklung führt, sich damit in der Koordinationsfähigkeit des Großhirns ausdrückt und visuelle Diskriminationen erlaubt (Boshowitsch 1970: 141).

Schon für den ersten Lebensmonat kann Beruhigung und auch Freude durch visuelle Reize ausgelöst werden (ebenda).

Stirnimann (o. J., S. 11) nimmt für die Mutter-Kind-Dyade von Spitz (Identität) lediglich einen Zeitraum von einem Monat im Höchstfall an. Mit der psychischen Ablösung von der Mutter entsteht als Neubildung individuelles-psychisches Leben. Mit dem Übergang zum Säuglingsalter bewirken akustische und visuelle Reize eine Kontrolle der unwillkürlichen Bewegungen und des Schreiens (erste aktive Form der Tätigkeit des zentralen sensomotorischen Nervensystems: Schlaf- und Wachzustand; Orientierungsreaktionen: Boshowitsch 1970: 143).

Es stellt sich also das Problem, die Bedeutung von Umweltreizen zu klären, um zu zeigen, wie der zunächst naturwüchsige, ungesellschaftliche Zustand der familialen Erziehung sich zu einem vergesellschafteten Vorgang entwickelt (kontrollierter Entwicklungsprozeß).

Zur sensorischen Stimulation

Die taktile Stimulation wirkt sich in den ersten Wochen positiv auf die kognitive und soziale Entwicklung aus (Casler 1965). Psychoanalytiker haben diesen Umstand in ihrer Analyse des Flaschenlegens verabsolviert, wobei sie vor allem die personale Zuwendung überbetonen, was sich bis heute in maßgeblichen psychologischen Standard-Werken innerhalb der Ausbildung niederschlägt (Remplein 1971).

Die Reduktion kinästhetischer Stimulation (Casler 68) wirkt sich negativ auf den Aktivitäts- und Erforschungsdrang aus (Kopfschlagen).

Da das Kind schon von Beginn an Personen und Gegenstände betrachten kann, wirkt sich mangelnde visuelle Stimulation auf die gesamte kognitive Entwicklung aus.

Gerade in Verbindung mit der Verengung des Gesichtskreises (akustisch) bewirkt die visuelle Reduktion ähnliche Effekte wie der "Strampelsack" (vgl. auch das Problem der Farblosigkeit).

In besonderem Maße wirkt sich ein Mangel an akustischen Reizen auf die Voraussetzungen der Sprachentwicklung aus, wobei weniger die Person wichtig erscheint als das reichhaltige Angebot (Razran 1961).

Akustische Reize sind erforderlich für die Lautentwicklung, die sekundär bestärkt zur Entwicklung von Sprache führt.

Einen vor allem negativen Effekt der Heimerziehung stellt die sprachliche Deprivation dar (vgl. Schmidt-Kolmer 1959).

Dennoch muß die Wirkung verbaler Stimulation im Gesamtrahmen sensorischer Stimuli betrachtet werden, um widersprüchliche Ergebnisse (Sprachproduktion, Sprachverständnis, unspezifische und spezifische Zuwendungen) zu vermeiden. Es kann jedoch insgesamt angenommen werden, daß eine bestimmte Form der Institutionalisierung im allgemeinen vor allem die sprachliche Entwicklung behindert (Brackwill 1967), die in besonderem Maße von der sozial-emotionalen Stimulation abhängt.

Ainsworth legt ihrer Entwicklung vier Etappen zugrunde:

- 1) Die Zeit bis zum 3. Monat: personenunspezifische soziale Ansprechbarkeit,
- 2) Vom 3. bis etwa zum 6. Monat: personenunterscheidende Ansprechbarkeit,
- 3) Vom 6. Monat bis zum 3. Jahr: Aktive Kontaktversuche,
- 4) Ab dem 3. Jahr: Zielkorrigierte Partnerschaft (Lehr 1974: 41).

In differenzierender Weise kann für die Entstehung einer persönlichen Bindung in quantitativer Hinsicht die Menge der Interaktionen entscheidend sein, für die Intensität (Qualität) der Beziehung ist die Variabilität und Sensivität gegenseitiger Kommunikation entscheidend.

Vor allem die Fähigkeit einer Person, auf der verschiedenen Verhaltensweisen des Kindes zu reagieren, kann die Entwicklung des Kindes bestimmen. Eine optimale Verbindung zwischen sensorischer und sozial-emotionaler Stimulation erweist sich damit als sinnvolles Ziel.

In diesem Kontext sind die Zustände in Heimen und ihre Auswirkungen zu interpretieren (direkte Folgen in der körperlichen Entwicklung und Motorik, in der psychischen Entwicklung, in der Sprache, abstraktem Denken und räumlichem Denken; spätere Folgen, vgl. Matejcek 1963).

Insgesamt kann gesagt werden, daß das Bedürfnis nach Eindrücken in bestimmten Situationen nicht befriedigt werden kann, um die Entwicklung einzuleiten, die Spitz schon voraussetzt:

- a. Wird dieses Bedürfnis befriedigt, entsteht erst eine affektive Beziehung zwischen Erwachsenen und Kind.
- b. Diese Beziehung bildet dann die Grundlage für wechselseitige Beeinflussungen, die sich im Verhältnis von Bedürfnissen nach sozialem Kontakt und sozialer/sensorischer Stimulierung vollziehen.
- c. Das Bedürfnis nach sozialem Kontakt setzt eine Situation voraus, die positive emotionale Beziehungen erlaubt, welche sich in Belebungscomplexen (z. B. Lächeln) äußern.

"Indem der Erwachsene das Kind in die Umwelt einführt, seine Wahrnehmung und seine Handlungen lenkt, schafft er die perspektivische Basis seiner Entwicklung, seines sozialen Kontakts" (Boshowitsch 1970: 147).

1.3.2.2.3. Zum Problem der Mehrfachbetreuung

In diesem Abschnitt soll das Problem des Bezugspersonenwechsels tangiert werden, das besser mit der Kategorie des Wechsels der Betreuungspersonen umschrieben werden kann.

Gerade in Bezug auf die zeitweilige Abwesenheit von Müttern ist oft die Heimsituation unzulässiger Weise mit der Situation berufstätiger Mütter und ihrer Kinder verglichen worden (Wallston 1973). Wegen der Spezifik der pränatalen Phase, der Startbedingungen und des Faktors sensorischer Stimulation ist jedoch ein Vergleich unakzeptabel.

In Hinsicht auf die Mehrfachbetreuung, die im Englischen fälschlicherweise als "multiple-mothering" bezeichnet wird, geht es vor allem um zwei Problem-bereiche:

- 1) Um die Betreuung durch mehrere Personen gleichzeitig und im Wechsel innerhalb der Familie,
- 2) um die Versorgung durch mehrere Personen (z. B.) in einem Heim.

Im ersten Fall hat Wulff zeigen können, daß innerhalb der vietnamesischen Großfamilie (durch die Arbeitssituation bedingt) die Mehrfachbetreuung vielfältigere Eindrücke gewährt und dies psychisch verankert ist (Gruppen-Ego), ohne daß sich Schädigungen nachweisen lassen⁽¹⁰²⁾.

Es ist eine innerfamiliäre Polyzentrik zu registrieren, die persöhnlichektisbildend ist und auch in anderen nicht-familiaren Formen konstatierbar ist.

Obwohl Heimbedingungen denaturierte Verhältnisse hervorbringen, lassen sich im Vergleich zu Analysen der Kibbutzerziehung (zweiter Fall) auch positive Ergebnisse ausweisen.

Entscheidend an der Mutter-Kind-Beziehung im Kibbutz ist die Tatsache, daß im Gegensatz zur Situation der berufstätigen Mutter die Betreuung durch mehrere Personen (Metapelet) gebilligt ist.

Insgesamt lassen sich relativ positive Ergebnisse festhalten, die auf ein konfliktreiches Eltern-Kind Verhältnis hindeuten und die Gemeinschaft der Gruppe hervorheben (Rabin 1958; Liegle 1974; Bettelheim 1969). Gerade die Situation der Mutter bedingt im Kibbutz einen gewissen Grad an Selbstsicherheit, der sich positiv auf die Selbstständigkeits-Entwicklung des Kindes auswirkt (Lehr 1973; Thomae 1972).

Gerade das Aufwachsen in zwei Sozialisationswelten (Gewirtz 1965) wird als entscheidend für eine positive Entwicklung erkannt, die kaum mit den negativen Auswirkungen traditioneller Kinderheime (Kohen-Raz 1968) und den Auswirkungen von Tageskrippen vergleichbar sind (Sjölund 1973).

Entgegen negativen Einschätzungen des Tagesmütter-Projekts muß festgehalten werden, daß kaum schädigende Auswirkungen beobachtbar sind und daß sogar eher für Kinder aus anregungsarmen Familien positive Effekte festgestellt werden können (Gornicki 1968).

Zwar ist in diesem Kontext ein Zusammenhang zwischen der Persönlichkeit des Kindes und der Berufstätigkeit der Mutter anzunehmen, aber kein negativer Zusammenhang zwischen der Mehrfachbetreuung und dem Verhalten des Kindes.

Entgegen Argumenten der Mutterentbehrung, des Wechsels der Sozialisationsumwelten und der politisch-ethischen Argumentation (Versuch am Menschen) läßt sich eindeutig nachweisen, daß sich Kinder berufstätiger und nicht-berufstätiger Mütter kaum unterscheiden (Lehr) ⁽¹⁰³⁾.

Um die Mehrfachbetreuung beurteilen zu können, müssen folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

- a. Die Erziehung ist als ökonomisch bedingt zu analysieren.
- b. Die jeweilige Produktionsweise bestimmt die konkrete Form der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit.
- c. In diesem Kontext sind die institutionellen Bedingungen der Erziehung (familiar/außerfamiliar) und die konkrete Gestaltung der Mehrfachbetreuung verankert, deren Auswirkungen nicht wesentlich variieren (ob altersheterogen wie in Vietnam oder altershomogen wie im Kibbutz organisiert, ob eine kombinierte Verbindung beider wie in der Kindertagesstätte vorhanden ist).

Innerhalb der Mehrfachbetreuung scheint das Gemeinsame in der Sozialisation entscheidend zu sein, was noch nichts über die Qualität der Persönlichkeitseigenschaften des Kindes aussagt (Fürstenau 1967, Kaffman 1972).

Zusammenfassung

Insgesamt wird sowohl die Bedeutung der natürlichen Familie überbewertet (Maisels/Loeb 1956) als auch die Mutterrolle verabsolutiert (Ulshoefer 1969).

Nicht so sehr die institutionelle Form scheint ausschlaggebend zu sein als die inhaltlichen Sozialisationsbedingungen innerhalb der "Familie" ("qualifiziertes Elternverhalten) und die Beziehungen zwischen Familie und Gesellschaft.

Daß bestimmte Minimalbedingungen vorhanden sein müssen, trifft vielleicht mehr für die frühkindliche Sozialisation zu, was innerhalb sozialisationstheoretischer Ansätze Berücksichtigung finden muß und für die Praxis Konsequenzen von sich trägt (Liegler).

Dennoch müssen die positiven Möglichkeiten alternativer, bewußter Familienformen mit berücksichtigt werden, da (verstanden im antizipatorischen Sinne):

- 1) Ökonomische Zwänge beseitigt und damit die alte Arbeitsteilung relativiert wird,
- 2) Gemeinschaftswerte verbindlich werden,
- 3) die Isolation von der Gesellschaft abgemildert wird.

Über diese Faktoren können (wenn die gesellschaftliche Wirksamkeit der Gruppe erhöht wird) das Dominanzgefälle reduziert (Herrschaftsabbau zwischen Mann und Frau, Reduktion autoritärer Erziehungspraktiken), rationale Diskussionen erlaubt, Verhaltensweisen und Kindererziehung gemeinsam geplant und kontrolliert werden.

1.3.2.3. Überlegungen zur Adoptionsproblematik in diesem Kontext

Gegenüber einer nicht-optimalen Heimerziehung bietet die Adoption zwar bessere Entwicklungsmöglichkeiten, die Kritik des Familienprinzips - wie dargestellt - muß aber mitgedacht werden.

Allgemein bedarf der Säugling, um seine Bedürfnisse zu befriedigen, der Vermittlungsleistung der Erwachsenen/Familiengruppe (Hiebsch/Vorwerg).

Die erste Bedürfnisbefriedigung bedingt eine zyklische Wiederholung der Aktivität zur Befriedigung entwickelter Bedürfnisse und die permanente Neubildung von Bedürfnissen, wobei die Verhältnisse zwischen den Bedürfnissen und den Resultaten der Aktivität die Gesetze der Gesellschaftsformation widerspiegeln (Sève).

Über den Widerspruch zwischen sich und der Umwelt entwickelt sich das Kind in seiner Ontogenese (Organismus-Umwelt, Subjekt-Objekt, Persönlichkeit-Gesellschaft), so daß von den Eltern ständig eine Forderung an das Kind gestellt wird, die im Widerspruch zu seinem Verhaltensstatus steht. Gleichzeitig überwindet es diesen Widerspruch durch Aktivität. Zudem entwickelt das Kind individuelle Bedingungen zur Ausführung von Handlungen: Fähigkeiten, die ebenso von Handlungen produziert werden.

In der dominanten Tätigkeit des Spiels eignet sich das Kind die gesellschaftlichen Erfahrungen an (Interiorisation) und löst damit je nach Entwicklungsstufe (innere Bezugssysteme) den Widerspruch.

Gleichzeitig - als zweite Seite des Sozialisationsprozesses - läßt sich die Möglichkeit der Identifikation festhalten, die vor allem über das Rollenspiel wirksam wird.

Beide Prozesse drücken sich zudem in psychologischen Vorgängen aus, so daß die Beziehung zwischen Lernen und Entwicklung wichtig wird.

Die Bedeutung des Spiels als Tätigkeit der Aufhebung anfänglicher Nichtspezifität ist vor allem in Bezug auf das Rollenspiel und die Entwicklung der Arbeitstätigkeit interessant:

- 1) Indem das Kind im Rollenspiel die Handlungen der Erwachsenen nachahmt (aktiv), hebt es sich von seiner konkreten Situation ab, eignet es sich gedanklich und praktisch Normen an, lernt es soziale Beziehungen kennen, entwickelt es soziales Bewußtsein (was im Regelspiel andere Dimensionen annimmt). In einem quasi eigenen Erfahrungsbereich entwickelt sich die Fähigkeit zur Selbstregulation.
- 2) Gleichzeitig ermöglicht das Spiel die Teilhabe am Leben der Erwachsenen (inhaltlich eine erste Arbeitstätigkeit: Elkonin 1967), weil gemeinsame Ziele und gemeinsame Bedürfnisbefriedigung wirksam werden (höhere Bewußtheit und Selbständigkeit).

Die Persönlichkeitsentwicklung von Heimkindern ist dagegen - unter bestimmten Bedingungen - stark eingeschränkt.

- a. Über den mangelnden Umgang mit Objekten und Personen entwickeln sie keine Bedürfnisbefriedigung und keine neuen Bedürfnisse: Ihr Handlungsplan heißt "Nicht handeln".
- b. Ihre Aktivität richtet sich zum Zweck der Stimulierung des sensorischen Apparates gegen sich selbst (Kurzschluß: Kopfschlagen).
- c. Weil sie nicht spielen lernen (vgl. Menara), kann sich kein Imitationslernen (Nachahmung per Rollenspiel) herausbilden. Sie werden ihres gesellschaftlichen Bezuges beraubt, weil sie in der sprachlichen, kognitiven und in der sozialen Entwicklung zurückbleiben.
- d. Arbeitstätigkeiten in funktionierenden Gruppen können, weil die höhere Bewußtseinstätigkeit fehlt, nicht entwickelt werden.

- e. Die Heimkinder eignen sich in der Folge weder über das Rollenspiel die Funktionen und die Regeln des menschlichen Zusammenlebens, noch über Identifikation irgendwelche emotionalen Werte, noch Selbständigkeit und Unabhängigkeit durch Teilhaben am Erwachsenenleben über die Arbeitstätigkeit an.
- f. Das Heimkind befindet sich noch nicht einmal auf der Ebene der Objektwiderspiegelung. Diese Stufe (Bedürfnisweckung, Lernhandlung zum Erwerb elementarster Fähigkeiten; absolute Bedürfnisbefriedigung; Kontrolle der eigenen Bedürfnisbefriedigung) bildet die Voraussetzung für die Entwicklung einer Stufe (über den immanenten Widerspruch zwischen Forderungsprofil und eigenem Verhaltensstatus), die objekt- und handlungsunspezifisch strukturiert ist, indem das Kind sich von den konkreten Gegenständen und Handlungen löst und innere Bezugssysteme entwickelt (Interiorisation über Exteriorisierung), und um sich die gesellschaftlichen Erfahrungen aneignen zu können (natürlich nur bis zu einer durch die Produktionsverhältnisse vorgegebenen Grenze).

Problemlösungen um die Adoption sind bis heute (historisch ausweisbar) von der Kontroverse Familienerziehung versus Heimerziehung in der Weise bestimmt, daß sich die offiziellen Theorieversuche und Praxisvorstellungen einseitig über das Familienprinzip orientieren (die natürliche, normale Klein- oder Kernfamilie auf Basis leiblicher Blutsbande).

Sozialisation und Familienerziehung im besonderen werden nicht als gesellschaftliche analysiert.

Alternative Versuche, die inhaltlich bestimmt werden müssen und nicht nur auf unterschiedliche Formen sich beziehen, werden entweder ignoriert oder ideologisch abgewertet, weil die theoretische Orientierung an der herkömmlichen Familienideologie vor allem dem Zweck dient, jede Form (inhaltliche) von Kollektiverziehung (als Form politischer, gesellschaftlicher Sozialisation) abzuwehren (vgl. z. B. die Zeitschriften der AGJ).

Dagegen muß den Ausgangspunkt der Analyse die Überlegung darstellen, daß die Kriterien für eine optimale Persönlichkeitsentwicklung (in Familie oder Heim) über die Möglichkeit erweiterter Reproduktion zu entwickeln sind (Sève).

Dies impliziert gleichzeitig eine politische Aufgabe, zu der Wissenschaft (Sozialisationstheorie) ihren Beitrag zu liefern hat.

Diese abschließbaren Bemerkungen müssen auch Berücksichtigung finden, wenn im folgenden Abschnitt einige Forschungsergebnisse der Adoptionsliteratur referiert werden, die ihre Ergänzung im zweiten und vor allem dritten Kapitel finden werden⁽¹⁰⁴⁾.

1.3.2.3.1. Die Referierung einiger Forschungsergebnisse aus der Adoptionsliteratur

Bisherige empirische Untersuchungen beschränkten sich vor allem auf die Ergebnisse der Adoptionen (Entwicklungsbedingungen und Folgen, mögliche Probleme mit fortschreitendem Alter, ethnische Zugehörigkeit, die Bedeutung von Handicaps), während das Vermittlungswesen einschließlich seiner Möglichkeit, Wert auf die Zeit nach vollzogener Adoption zu legen, wenig Berücksichtigung fand.

Der größte Teil der Untersuchungen muß methodisch kritisiert werden, weil die Stichproben begrenzt und die Standardisierungen nicht eindeutig sind. Einmal wird eine freiwillige Untersuchungsgruppe gewählt, zum anderen sind Klienten von psychiatrischen Kliniken Gegenstand oder werden Stichproben aus Fallmaterial abgeleitet (z. B. Akten des Jugendamtes).

Dennoch bieten die vorhandenen Untersuchungen einige wichtige Anhaltspunkte.

Über die Situation natürlicher Eltern existieren wenige Untersuchungen, die zudem auf die Mütter beschränkt bleiben. Offensichtlich handelt es sich meist um unterprivilegierte Mütter unehelicher Kinder, die aus finanziellen und "normativen" Gründen gezwungen sind, ihre Kinder zur Adoption freizustellen (vgl. Krömer 1960, Seglow et al 1972, Bohman 1970).

Dieses Ergebnis muß allerdings dahingehend differenziert werden, als die sozio-ökonomischen Bedingungen und die Einstellungen zur Nichtehelichkeit (Antikonzeption, Abtreibung) von Nation zu Nation verschieden sind (in Ländern der Dritten Welt gilt dies vor allem: vgl. ICWR, No. 28, 1976).

Gerade von psychoanalytisch orientierten Theoretikern ist immer wieder betont worden, daß eine möglichst frühe Placierung angestrebt werden müsse (Spitz, Bowlby 1951). Daß das Alter eine Bedeutung hat, ist in der Forschung recht kontrovers behandelt worden. Zwar sprechen viele Belege (McWhinnie 1967, Humphrey/Ounsted 1963) dafür, daß auch negative Entwicklungen angenommen werden müssen, aber über den konkreten Zeitpunkt der Placierung läßt sich keine endgültige Entscheidung treffen (Pringle 1967: 16 ff.).

Daß eine späte Vermittlung Folgen nach sich zieht, die nicht mehr regulierbar erscheinen, könnten schon Skeels (1965) und Kadushin (1970) feststellen, der in seiner Follow-up-Studie Kinder untersucht, die nach dem 5. Lebensjahr adoptiert wurden.

Oft ist die Hypothese aufgestellt worden, daß die Entwicklung eines Adoptivkindes mit den sozio-ökonomischen Bedingungen der Adoptiveltern korrespondiere.

Zwar kann festgestellt werden, daß Adoptiveltern in ihrem Einkommensniveau sehr weit über dem Durchschnitt der Bevölkerung liegen, ihre Persönlichkeitseigenschaften erweisen sich aber als entscheidender für die Erziehung ihrer Kinder (vgl. Witmer et al 1963, McWhinnie 1967).

"The age, income and social class of adopters are far less important" (Pringle 1967: 23). Einschränkung muß allerdings schon an dieser Stelle (dies wird im 3. Kapitel erneut aufgegriffen) hinzugefügt, werden, daß offensichtlich gerade Adoptiveltern ausländischer Kinder (farbiger) in Korrespondenz zu Einkommen, Beruf ein wie immer zu bestimmendes höheres politisches und soziales Bewußtsein besitzen (Grow/Shapiro 1975 und 1976, Raynor 1970).

Pringle (1967), der die Adoptionsliteratur zwischen 1948 und 1965 analysiert (etwa 450 Untersuchungen) kommt ebenfalls eindeutig zu dem Ergebnis, daß die Persönlichkeitseigenschaften der Adoptiveltern entscheidend sind (zwischen 1965 und 1971 konstatiert das "National Children's Bureau"-1971 - etwa 210 Untersuchungen).

Nicht nur die Persönlichkeitseigenschaften allein, sondern auch allgemeine Einstellungen zum Kind, zur nicht-ehelichen Geburt, zur Adoption und zur eigenen Kinderlosigkeit spielen zudem eine Rolle.

Die Einstellungen von Verwandten, Bekannten und Freunden und Nachbarn werden weniger erforscht (Hinweise: Kirk 1964).

Neben der kontroversen Darstellung zum Alter (Einkommen und soziale Klasse), der Relevanz der Persönlichkeitseigenschaften läßt sich feststellen, daß viele Eltern Probleme haben, die Adoptivkinder über ihre Herkunft aufzuklären (die Unterstützung durch Sozialarbeiter im Adoptionsvermittlungswesen - vgl. Napp-Peters 1978 - läßt zu wünschen übrig).

Insgesamt kann resümiert werden, daß ein großer Teil der Adoptionen erfolgreich ist (50 - 70 %), daß allerdings psychiatrische Hilfen oft in Anspruch genommen werden müssen. Möglicherweise neigen Adoptiveltern (wie Lehrer, Ärzte und Sozialarbeiter) dazu, Probleme auf Erbfaktoren zu reduzieren und auf die Adoption zu schieben (einige Mütter verwenden die Adoption von Kindern auch als Allheilmittel ihrer emotionalen Schwierigkeiten).

Wollen wir im folgenden Abschnitt einige Ergebnisse aus vergleichenden und Follow-up-Studien referieren (vgl. auch Seglow, Pringle/Wedge 1972, die sowohl eine eigene Analyse vornehmen wie auch die Forschungsarbeiten bis zum Jahre 1972 auswerten).

Vergleichende Untersuchungen sind methodisch relativ eingeschränkt in ihrer Aussage: Intelligenz- und Persönlichkeitstests sowie Interview- und Fallmaterial bilden das Untersuchungsdesign.

Zum größten Teil kommen alle Untersuchungen zu dem gemeinsamen Ergebnis, daß Adoptivkinder im Vergleich zu nicht-adoptierten Kindern weder Verhaltensstörungen noch Entwicklungsprobleme aufweisen (Witmer et al 1963, Raleigh 1953, Sweeney 1963, Kadas 1963).

Unterschiede (wenn auch wenige) finden Nemovitcher (1959), Brown (1958), Borcatta/Fanshel (1965), Menlove (1965) und Humphrey/Ounsted (1965), die auf Probleme in der Trotzphase, auf Aggressivität und auf abweichendes soziales Verhalten hindeuten. In methodischer Hinsicht muß jedoch festgehalten werden, daß recht unterschiedliche Tests verwendet werden.

Wenn Unterschiede zu "normalen Kindern" aufgefunden werden, kann keine Entscheidung darüber gefällt werden, wie erheblich diese Differenzen einzuschätzen sind (Nemovitcher stellt Aggressivität, Abhängigkeitsverhalten und Angst fest).

Witmer et al (1963) kann keine Unterschiede feststellen, wenn die nach dem ersten Lebensjahr adoptierten Kinder ausgeschlossen werden (nicht über eine Vermittlungsstelle abgewickelt).

Möglicherweise hängen die Untersuchungen auch damit zusammen, daß in Nemowitchers Untersuchung wohlhabende jüdische Familien und in Witmers Analyse untere Mittelschichten den Gegenstand darstellen.

Fest steht, daß Adoptivkinder in allen kinderpsychiatrischen Populationen überrepräsentiert zu sein scheinen (Goodman et al 1963, Schlechter et al 1964).

Da in früheren Untersuchungen der Schwerpunkt vor allem auf der Bedeutung von Anlage und Umwelt lag, interessieren neuere Follow-up-Studien, in denen zum ersten Mal das Verhältnis von Placierungsalter, Schäden vor der Adoption und langfristiger Wirkungen von Adoptionen analysiert werden können.

Skeels/Skodak (1949) und Skeels (1965) sowie Brenner (1951) können schon feststellen, daß die Entwicklung (trotz möglicher pathologischer Befunde zu Anfang der Entwicklung) durchschnittlich verläuft.

Offensichtlich wirkt sich vor allem die Stabilität der Ehe (nicht Alter, Einkommen, Beruf und Bildung) positiv aus.

Auch McWhinnie's Untersuchung (1959) kommt zu positiven Ergebnissen. Lediglich die Adoption von Alleinstehenden, psychische Erkrankungen der Eltern und negative Einstellungen werden von einigen "erwachsenen" Adoptivkindern als problematisch herausgestellt.

Kornitzer (1968) spricht zwar davon, daß etwa 80 % der Adoptionen als erfolgreich anzusehen sind, schätzt aber die Selbstbeurteilung der Adoptiveltern als negativer ein.

In neueren Untersuchungen wie denen von Kadushin (USA), die nach dem 5. Lebensjahr adoptierte Kinder umfaßt, läßt sich insgesamt eine durchschnittliche Entwicklung der Adoptivkinder beobachten, was insofern verwunderlich ist, als diese Kinder aus "multi-problem-families" stammen (Armut, Slums, Alkoholismus, Promiskuität).

Dieses günstige Ergebnis verweist darauf "that children have varying capacities to deal with potentially traumatic conditions and that these strength enable them, when provided with a healthier environment, to surmont the damaging influences of earlier developmental insults" (Kadushin 1970: 218 f.).

Die Verfahren der Selektion und der Vermittlung und die sorgfältige Vorbereitung der Adoptiveltern haben nach Kadushin zu diesem Erfolg beigetragen (Kornitzer weist dagegen darauf hin, daß Vermittlungsstellen wohl eher gesetzliche Vorschriften als psychologische Gesetze berücksichtigen).

Jaffe/Fanshel (1970) werten in ihrer retrospektiven Analyse (20 bis 30 Jahre nach der Adoption) über Interviews mit Adoptiveltern und Aktenanalysen die Ergebnisse positiv.

Sie stellen zudem fest, daß offensichtlich die Anwesenheit älterer Geschwister vorteilhaft nützlich ist, daß in Adoptivfamilien mit höherem Status möglicherweise mehr Persönlichkeitsprobleme entstehen können. Vielleicht korrespondiert dieses letzte Ergebnis mit dem Ergebnis von Kadushin (1962), der Adoptivfamilien unterer Schichten als flexibler herausstellt, wenn behinderte Kinder zur Adoption stehen.

In den Untersuchungen von Bohman (1970) an Kindern, die während des ersten Lebensjahres adoptiert worden sind und zur Zeit der Untersuchung 10/11 Jahre sind, und von Seglow et al. (1972), in der die Kinder 7 Jahre alt sind, lassen sich kaum ungünstige Entwicklungen konstatieren.

Es können lediglich Differenzen in Hinsicht auf Geschlechtszugehörigkeit und Schicht festgestellt werden.

Oft beklagen die Adoptiveltern die mangelnden Aktivitäten der Vermittlungsstellen. Gerade in Bezug auf Hilfen zur Aufklärung über die Herkunft stellt Triseliotis (1973) negative Ergebnisse fest. Viele erwachsene Adoptierte fühlen sich unzufrieden, interessieren sich für ihre Herkunft und bemühen sich, ihre "biologischen" Eltern aufzusuchen, um ihre Identitätsprobleme auszugleichen.

Ihre Erziehung steht unter negativen Vorzeichen: Sie werden kaum aufgeklärt, ihrer Herkunft begegneten die Adoptiveltern sogar mit Feindseligkeit, die Beziehungen in der Familie liefen unbefriedigend ab, die Adoptionskinder besaßen ein negatives Selbstbild und mußten oft eine psychiatrische Behandlung über sich ergehen lassen (Triseliotis 1973: 166).

Ich will an dieser Stelle die Referierung von Forschungsergebnissen abschließen, die über die Analyse der Adoptionsvermittlungsstellen im zweiten Kapitel und über die Untersuchungen, die ausländische, farbige Kinder zum Gegenstand haben (besondere Problematik), im dritten Kapitel ergänzt werden.

Abschließend soll nur noch darauf hingewiesen werden, daß zwar in vielen Untersuchungen die Adoptivfamilie sich als eine besondere Form der Entstehung der Familie erweist (2. Familienbericht) und die Persönlichkeitsentwicklung derjenigen in der sogenannten "Normalfamilie" in etwa entspricht,

(wenn bestimmte Probleme gelöst werden), daß aber auf der anderen Seite eine Art naiver Natürwüchsigkeit zugrunde gelegt wird (Wahl), wenn erst einmal spezifische "Deprivationen" beseitigt sind.

In keiner Untersuchung wird ein theoretisches Konzept entwickelt, über das inhaltlich gesellschaftliche Sozialisation (Familienerziehung als gesellschaftliche) faßbar wäre. Auf diese Weise kommt auch kaum zur Sprache, daß möglicherweise (was im dritten Kapitel konkretisiert wird) die Erziehung in der Adoptivfamilie eine Chance gesellschaftlicher Sozialisation darstellt, weil das Faktum der "leiblichen Blutsbande" keine Rolle spielt, wie es Metzger (1971: 154) formuliert hat (wenn auch nicht auf der Basis eines materialistischen Persönlichkeitskonzepts): Er kommt zu der Einsicht, "daß Blutsverwandschaft und irgendwelche daraus abgeleitete Ansprüche anderer Personen zwar im Bewußtsein der Öffentlichkeit - und infolgedessen auch in der Gesetzgebung und Rechtsprechung - eine gespenstische Rolle spielen, daß sie aber ohne jede Bedeutung ist für das faktisch-psychologische Erleben des Kindes, für sein Bewußtsein, eine Mutter (und einen Vater) zu haben, und das Bewußtsein, daß dieser bestimmte Mensch seine Mutter ist (bzw. seine Eltern sind)."

Die plötzlich auftauchenden verwandtschaftlichen Beziehungen bedeuten zudem, daß die "neuen Eltern" psychologisch faktisch ohne jede Einschränkung fremde Menschen" sind (ebenda).

Im folgenden Abschnitt will ich lediglich einige Forschungsergebnisse kurz skizzieren, die sich auf die Sozialisation ausländischer Adoptivkin-der beziehen und die im wesentlichen (vgl. auch

Grow/Shapiro 1975 und 1976, Raynor 1970) ähnlich positiv ausfallen.

Mögliche Probleme (und Chancen) der Sozialisation ausländischer (farbiger) Kinder aus der "Dritten Welt" behandle ich im dritten Kapitel.

1.3.2.3.2. Kurze Skizzierung von Forschungsergebnissen zum Problem der Integration ausländischer Adoptivkinder

In diesem Abschnitt sollen einige Befunde wiedergegeben werden, vor allem über die Forschungsarbeit von Eva-Maria Weinwurm (Dissertation, Münster 1975), die neben anderen Problemstellungen (Maar, Ellinghaus, Sechelmann) innerhalb des Forschungsprogramms von "Terre des Hommes" entstanden ist.

Diese Analysen versuchen mehr in empirischer Weise, psychologische, therapeutische und pädagogische Problemlösungen zu entwickeln:

Ellinghaus beschäftigt sich mehr mit den Einstellungen der Adoptiveltern zur Adoption und zum Herkunftsland, Sechelmann mit den Einstellungen der Nachbarn, Maar mit der interkulturellen Problematik, Weinwurm konzentriert sich auf die Mutter-Kind-Interaktion zu therapeutischen Zwecken (im Rahmen eines Ansatzes der Aktionsforschung). Diese Untersuchungen stellen sicherlich sachliche Hilfestellungen in den Mittelpunkt, die innerhalb von Terre des Hommes und Elterninitiativgruppen oft gefordert werden. Gleichzeitig machen sie deutlich - entgegen öffentlichen Protesten -, daß Integrations-schwierigkeiten in größerem, nicht zu lösendem Maßstab nicht festzustellen sind.

Unabhängig von der theoretischen, adäquaten Fundierung von Sozialisationsmodellen geben diese Arbeiten Hinweise, wie Integrationsprobleme auf der Handlungsebene lösbar erscheinen, wobei allerdings entwicklungspsychologische und sozialpsychologische, therapeutische und pädagogische Fragestellungen im Vordergrund stehen und ansatzweise versucht wird, Probleme ethnischer Minderheiten (auch im Vergleich) zu behandeln (z. B. Maar). Wie Weinwurm dargelegt hat, begleiten die Forscher nicht-punktuell den Sozialisationsprozeß, arbeiten mit Gruppen zusammen, informieren die Betroffenen über die Hintergründe der Untersuchung und werten die Ergebnisse mit ihnen zusammen aus.

In einem "sinnhaften Kommunikationsprozeß" stellt sich die Aktionsforschung als ein Erkenntnisprozeß dar, der über einen Herstellungsprozeß vermittelt ist (Initiativphase, Explorationsphase, Optimierungsphase: vgl. Haag u. a. 1972)⁽¹⁰⁵⁾.

Über Fragebögen, die vor allem vietnamesische und koreanische Kinder von Adoptiveltern umfassen, stehen folgende Probleme im Vordergrund des Erkenntnisinteresses:

- 1) Sozio-ökonomische Faktoren,
- 2) Die Motivation der Eltern hinsichtlich der Adoption,
- 3) Informationen über die Vorgeschichte der Kinder,
- 4) Probleme innerhalb der Familie durch die Adoption,
- 5) Besondere Probleme der Adoptivkinder,
- 6) Das Spielverhalten der Adoptivkinder,

- 7) Reaktionen der Umwelt auf Adoption und Adoptivkinder,
- 8) Integration in den Kindergarten und in die Schule,
- 9) Erwartungen der Adoptiveltern in Bezug auf die Untersuchung (Weinwurm 1976: 16 f.).

Über die Basis einer verwertbaren Stichprobe (die Beteiligung der Eltern wird als ausgesprochen hoch eingestuft: von 165 Eltern schickten 75 % einschließlich der Rücklaufquote nach dem erforderlichen Zeitpunkt, also etwa 124 Eltern die Fragebögen zurück) lassen sich einige Auskünfte einholen, die ich im folgenden mehr zusammenfassend darstelle.

Das Gesamtbild des Ergebnisses verweist darauf, daß in großem Umfang die Integration in die Familie (vgl. die Fallbeschreibungen von Weinwurm) und in den Kindergarten gelingt (Maar). Wegen des Alters der Adoptivkinder lassen sich noch keine Schlußfolgerungen für die Zeit nach der Vorschule ziehen (im dritten Kapitel werde ich darauf eingehen).

Die Adoptivkinder entwickeln im Laufe der Zeit ein adäquates Spielverhalten (Interaktionsspiele-Funktionsspiele-Gestaltungsspiele, Rollenspiele und Regelspiele: vgl. Menara, in: Kindliche Sozialisation und Sozialentwicklung 1975: 112 f.).

Obwohl über die Herkunft wenig bekannt ist, scheinen "interkulturelle Probleme" keine Relevanz zu besitzen.

Wichtiger scheint die Motivation der Eltern zu sein. Viele Eltern wollen Kindern im "Elend" helfen", wobei einige nicht nur aus physischen Gründen ihre Kinderlosigkeit beseitigen wollen, sondern aus ra-

tionellen Erwägungen heraus die Zeugung eigener Kinder als verantwortungslos ablehnen.

Vielleicht läßt sich dahingehend auch ein Zusammenhang mit der sozialen und beruflichen Stellung herstellen (im Gegensatz zu Pflegeeltern: vgl. Blandow).

Eine entscheidende Bedeutung scheint auch das politische Bewußtsein der Adoptiveltern zu haben, das sich in einer mehr oder weniger zielgerichteten, verantwortlichen Haltung gegenüber den Herkunftsländern manifestiert.

Offensichtlich - folgt man Bally (1973) - ist eine spezifische politische Einstellung kein Auswahlkriterium. An dieser Stelle interessieren offensichtlich mehr Kriterien wie materielle und moralische Zuverlässigkeit, emotionale Wärme, religiöse Toleranz und Flexibilität gegenüber neuen Situationen (Bally 1973: 15).

Interessant dürfte sein, daß in der Untersuchung von Bally von etwa 1000 Bewerbern ungefähr 500 abgelehnt werden (18 ff.) - zu hohes Alter, rassistische Vorurteile, Unreife - und daß viele Adoptiveltern weiße Kinder (vor allem Mädchen) bevorzugen. Insgesamt scheinen in der Untersuchung von Bally Adoptiveltern weniger politisch motiviert zu sein. Etwa 56 % wünschen, ein Kind zu adoptieren, weil die Mütter unfruchtbar sind.

In Anbetracht von Problemen, die mit dem Status der ethnischen Minorität⁽¹⁰⁶⁾ zusammenhängen, und, weil Verhaltensstörungen zusätzlich belastend sein können, wünschen sich viele Eltern vor allem jüngere Kinder (Weinwurm). Es zeigt sich, daß selbst jüngere Kinder ihrem Herkunftsland gegenüber - wenn sich Indikatoren zeigen - recht ambivalente Reaktionen zur Schau tragen.

Mögliche negative Reaktionen gegenüber dem Heimatland können vielleicht über ein entsprechendes Erziehungsverhalten reguliert werden, das eine Identifikation mit zwei Gesellschaften entwickelt (vgl. eine Arbeitsgruppe des DJI 1973).

Aus einem mündlichen Gespräch habe ich jedoch erfahren, daß offensichtlich die Voraussetzungen insofern erst geschaffen werden müssen, als nicht nur Wert gelegt werden muß auf die Vorbereitung der Adoption, sondern auch auf die Darstellung und Kritik der Erziehungsvorstellungen, um über die Entwicklung bewußter Ziel-Mittel-Vorstellungen adäquate Erziehungspraktiken anzuwenden (der Erfolg der Adoptionen scheint ebenfalls überschätzt worden zu sein, wie neuere Tendenzen innerhalb von Terre des Hommes anzeigen).

Insgesamt jedoch legen die Eltern den Schwerpunkt der Erziehung auf die Förderung von Selbstbewußtsein und Selbstständigkeit, erwarten praktische Hilfen, wollen ihre Erfahrungen mit anderen Adoptiveltern austauschen (vgl. Adoptivelterngruppen innerhalb von Terre des Hommes; "post-adoption-groups" in Großbritannien und den USA: siehe ICWR, No. 26, 1976) und wollen zum Abbau von Vorurteilen gegenüber ausländischen Kindern beitragen.

Neben der Notwendigkeit, verhaltenstherapeutische Hilfen zu geben (auch kognitive Momente werden berücksichtigt: Innerhofer 1974) um eine grundlegende, strukturelle Basis für eine optimale Persönlichkeitsentwicklung zu schaffen (noch nicht einmal die Stufe der Objektwiderspiegelung ist entwickelt), verweisen die "Forderungen" der Eltern auf mehr als nur therapeutische Hilfen.

Vor allem die Zeit nach Abwicklung der Adoption (mit fortschreitendem Alter des Kindes) scheint Probleme mit sich zu bringen, für das Adoptivelterne Lösungsvorschläge erwarten, deren Möglichkeit ich im dritten Kapitel theoretisch diskutieren werde.

Schlußbemerkung

In diesem ersten Kapitel sollte versucht werden, die gesellschaftliche und historische Bedingtheit von Sozialisationsprozessen auf unterschiedlichen Ebenen aufzuzeigen.

Es kann das Resümee gezogen werden, daß Sozialisation inhaltlich als gesellschaftliche zu analysieren ist (dies wird im zweiten Kapitel noch genauer ausgeführt), wogegen es in der offiziellen Theoriebildung versäumt wird, die mögliche Entwicklung von Persönlichkeit als gesellschaftliches Ziel zugrunde zu legen, über welches sich konkrete Sozialisationsziele erst bestimmen.

Die gewonnenen Einsichten (auch unter der Voraussetzung, daß kaum Integrationsprobleme in Adoptivfamilien konstatierbar sind) gelten in gleicher Weise für besondere Formen der Entstehung der Familie (Adoptivfamilien). Wie auch Forschungsergebnisse erbracht haben, erweisen sich die Persönlichkeitseigenschaften der Eltern als ausschlaggebend, obwohl sie um eine elterliche Perspektive erweitert werden müssen, in der Sozialisation als gesellschaftliche (über eine bewußt-rationale Erziehungspraxis) betrieben wird. Klominek bestätigt (in: ICWR, No. 26, 1976: 43 ff.) die Hypothese, daß die Priorität der Berufstätigkeit der Adoptivelterne (trotz einer emotionalen Familienatmosphäre) positivere Wirkungen zeigt, als wenn die Sozialisation rein nach "Fingerspitzengefühl" organisiert wird.

Das Problem der Partizipation von Adoptiveltern am politisch-öffentlichen Leben verweist auf das zweite Kapitel, in dem diese Perspektive innerhalb der offiziellen Regulierungsversuche (Ver-gesellschaftung der Sozialisation über den Staat) diskutiert wird. Es wird zu prüfen sein, inwieweit die Ergebnisse des zweiten Kapitels die besondere Situation ausländischer Adoptiv-kinder betrifft.

2.	Zur staatlichen Regulierungstätigkeit im Reproduktions- und Sozialisationsbereich	216 - 490
2.1.	Diskussion der theoretischen Analyse staatlicher Tätigkeit	217 - 245
2.1.1.	Problemstellung	217 - 219
2.1.2.	Der Staat als "besondere Struktur" der Gesellschaft	220 - 236
2.1.3.	Das Problem der Synthese von "Sozialem" und "Politischem"	236 - 240
2.1.4.	Politik und Verwissenschaftlichung	240 - 245
2.2.	Überlegungen zu den Problemen staatlicher Familienpolitik	246 - 312
2.2.1.	Problemstellung	246 - 250
2.2.2.	Trends in der Entwicklung der Familienpolitik	251 - 271
2.2.3.	Kritische Darstellung der Familienberichte 1968 und 1975	271 - 312
2.2.3.1.	Zum Vergleich beider Berichte	
2.2.3.1.1.	Der erste Familienbericht	
2.2.3.1.2.	Der zweite Familienbericht	
2.2.3.2.	Schlußfolgerungen	
2.3.	Überlegungen zum Familienrecht und zum Parafamilienrecht	313 - 477
2.3.1.	Das Familienrecht	315 - 382
2.3.1.1.	Theoretische Überlegungen zum Familienrecht	
2.3.1.2.	Familienrechtliche Probleme	
2.3.1.3.	Das Verhältnis des Familienrechts zur Wirklichkeit	
2.3.1.4.	Das sozialistische Familienrecht zum Vergleich	
2.3.1.4.1.	Das Familienrecht in der UDSSR	
2.3.1.4.2.	Das Familienrecht in der DDR	
2.3.1.5.	Das Adoptionsrecht	
2.3.1.5.1.	Problemstellung	
2.3.1.5.2.	Zur "Geschichte der Adoption" und ihrer Folgen	
2.3.1.5.3.	Das Adoptionsrecht mit Auslandsberührung	

2.3.2.	Das Parafamilienrecht	382 - 435
2.3.2.1	Kurze Einführung in das Problem (RJWG/JWG)	
2.3.2.2.	Beratung in der Erziehung für Eltern	
2.3.2.3.	Zum Verhältnis zwischen freien und öffentlichen Trägern	
2.3.2.4.	Zur offiziellen Adoptionspraxis	
2.3.2.4.1.	Überlegungen zur Sozialpolitik und Sozialarbeit	
2.3.2.4.2.	Der Lösungsversuch von TdH in diesem Kontext	
2.3.3.	Probleme um die Theorie und Praxis der Eltern- und Familienbildung und alternative Überlegungen	435 - 477
2.3.3.1.	Problemlage	
2.3.3.2.	Trends in der Eltern- und Familienbildung	
2.3.3.3.	Alternative Überlegungen am Beispiel Kindergarten und Schule	
2.3.3.3.1.	Elternarbeit im Kindergarten	
2.3.3.3.2.	Elternarbeit in der Schule	
	Schlußbetrachtung	478 - 490

2. Zur staatlichen Regulierungstätigkeit im Reproduktions- und Sozialisationsbereich

Im Anschluß an die Ergebnisse der theoretischen Analyse von Sozialisationsprozessen in ihrer historischen und gesellschaftlichen Determination stehen in diesem Kapitel die staatlichen Regulierungsversuche in bestimmten Problembereichen im Mittelpunkt.

Denn der Vergesellschaftungsprozeß (auch immer mehr im internationalen Rahmen begreifbar) läuft vermittelt über staatliche Aktivitäten ab, in denen sowohl politische Kräfteverhältnisse als auch wissenschaftliche Konzepte wirksam werden. Dieser Prozeß beginnender Verwissenschaftlichung wird über die im ersten Kapitel gewonnenen Kriterien beurteilt. Letztlich bemißt er sich aber an seinem politischen Durchsetzungscharakter in der Praxis.

Zu diesem Zweck müssen Modelle der "Partizipation" mit dem Ziel analysiert werden, ihren gesellschaftlichen (demokratischen) Charakter zu konkretisieren.

Der ohnehin schon gesellschaftliche Charakter von Sozialisation (objektiv) wird innerhalb des laufenden Vergesellschaftungsprozesses auf unterschiedlichen Ebenen analysiert.

Auf staatlicher Ebene werden familienpolitische und -rechtliche Bestimmungen problematisiert (einschließlich des Adoptionsrechts und des Parafamilienrechts), auf praktischer Ebene wird der Bereich der Jugendhilfe insgesamt und besonders in Hinsicht auf die Eltern- und Familienbildung analysiert.

Im Anschluß daran werden alternative Überlegungen angestellt, die einmal die positiven Momente der "elterlichen Perspektive" unter offiziellen Bedingungen berücksichtigen und zum anderen Möglichkeiten der politischen Sozialisation in diesem Kontext angeben (vor allem im Kindergarten- und Schulbereich).

2.1 Diskussion der theoretischen Analyse staatlicher Tätigkeit

2.1.1 Problemstellung

Dem Trend nach wird zwar der Wissenschaftsbereich immer mehr verstaatlicht, gleichzeitig aber wird auch der Staat in zunehmendem Maße verwissenschaftlicht (Krysmanyki 1975: 164 - 188) ⁽¹⁾.

Wie Rilling (1975) dargelegt hat, läßt sich nicht nur die wissenschaftliche Arbeit in Analogie zur materiellen Produktion bestimmen, sondern auch der Staat kann dementsprechend analysiert werden.

Wird die Produktion verwissenschaftlicht (Marx, Grundrisse zur Kritik der Politische Ökonomie, 1953), schiebt sich der verfügbar gemachte Naturprozeß als Mittel zwischen den Produzenten und die Natur, so daß in der Folge auch der Produzent sich sein objektives, menschliches Wesen aneignen kann.

Ähnlich der materiellen Produktion tritt auch im Zuge der Fortschritte der Sozialwissenschaften der "verfügbar gemachte" Gesellschaftsprozess zwischen den Staat und "die Gesellschaft", so daß jeder der Tendenz nach immer mehr zu seiner eigentlichen Aufgabe bewegt wird.

Der Prozeß der Verwissenschaftlichung des Staates als Vergesellschaftungsträger muß allerdings über die Doppelbestimmtheit der Sozialwissenschaft konkretisiert werden, die dem Gegenstand, den sie analysiert, selbst angehört (politische Klassenkonflikte).

Werden in diesem Kapitel demnach die wissenschaftlichen Konzeptionen, die in staatlichen Aktivitäten sich manifestieren, beurteilt, muß berücksichtigt werden, daß sie sich in der Diskrepanz von Vergesellschaftung als Kapitalverwertung und Vergesellschaftung als Demokratisierung bewegen.

Allgemein kann in diesem Kontext das Ziel staatlicher Regulierungstätigkeit (direkte staatliche Kontrolle oder indirekte staatliche Aufsicht) dahingehend konkretisiert werden, daß immer mehr Reproduktionsbereiche bis hin zur Frühsozialisation innerhalb der Familie⁽²⁾ über staatliche Aktivitäten organisiert werden müssen und werden.

Daher gewinnt auch die adäquate Analyse der Instanz des Staates einen bedeutenden Stellenwert für die Beurteilung der Möglichkeiten einer kontrollierten, d. h. über Wissenschaft vermittelten Steuerung und Planung, weswegen auch und gerade das Verhältnis von Wissenschaft und Politik auf der Basis einer allgemeinen Theorie der Gesellschaft zum Problem wird, welches unterschiedliche Lösungen provoziert.

Der Staat als zentrale politische Instanz muß allerdings vom politischen System (Miliband 1972) unterschieden werden, in dem akute politische, klassen-

kämpferische Auseinandersetzungen (gerade unter dem Blickwinkel der Systemauseinandersetzungen) wirksam werden. Staatliche Aktivitäten (bzw. Vorstellungen) dürfen aber nicht nur einseitig als Reaktionsformen auf diese Konflikte analysiert werden, sondern gleichzeitig provozieren sie auch gesellschaftsrelevanten Konfliktstoff, können also auch innovative Momente enthalten (vgl. Offe 1977).

Gerade im Zuge der immer größer werdenden Berücksichtigung langfristiger Kapitalinteressen (bis auf die untersten Ebenen) kommen daher Entwicklungen in den Blick, die eindeutig in ihrem Transformationscharakter identifiziert werden können und müssen. Daher steht dieser Abschnitt des Kapitels in seiner Kritik auch nicht in grundsätzlicher Opposition zur staatlichen Regulierungstätigkeit, sondern ist "ideologiekritisch" unter der Zielsetzung einer optimaleren Organisationspraxis im Reproduktionsbereich als Denkanstoß zu begreifen.

Die alternativen Vorstellungen müssen daher mehr als Hypothesen verstanden werden, die positive Entwicklungen identifizieren, negative Ausformungen in ihrer Widersprüchlichkeit skizzieren und in der Form einer Synthese Möglichkeiten innovativ für eine demokratische Gesellschaft aufzeigen.

2.1.2 Der Staat als "besondere Struktur" der Gesellschaft

Die Ausübung von "Gewalt" ist zur Grundlegung von Machtausübung an bestimmte Werkzeuge gebunden, die als permanentes System von einer partikularen Gruppe institutionalisiert wird, die auf Dauer die Beherrschen ohne direkte Gewaltanwendung kontrolliert¹.

Dieses sich bildende Herrschaftssystem einschließlich seiner legitimatorischen Voraussetzungen muß historisch-genetisch und funktional-systematisch erschlossen werden.

Grundlage einer solchen Erklärung bildet die Arbeitshypothese, daß der staatliche Herrschaftsapparat mit seinen Aktivitäten eine besondere Struktur der Gesellschaft darstellt, welche über die ökonomischen Strukturen, d. h. über das produktive Leben unter spezifischen Produktionsverhältnissen erschlossen werden muß. Letztlich muß daher das Verhältnis zwischen Staat, Gesellschaft und Ökonomie umrissen werden. Dieses Vorgehen hat in verschiedenen Ableitungsversuchen sowohl auf offizieller wie marxistischer Seite auch problematische Formen angenommen:

- 1) In der Politikwissenschaft beschränkt man sich oft auf Basis einer "Allgemeinen Staatslehre" (vgl. Jellinek 1960) auf die Analyse der verfestigten Organisationsstrukturen wie Regierung, Parlament, Parteien, Justiz, Militär, Polizei und Verbände (siehe auch: Heller 1934, 1971)⁽³⁾.
- 2) Über die Theorie sozialer Systeme kommt zwar der gesellschaftliche Charakter mehr in den Blick (erstmalig Heller), mehr "informelle"

Aspekte in Verbindung mit Herrschaftsstrukturen werden analysiert, aber die Konstruktion autonomer Teilbereiche verhindert die wesensmäßige Erfassung⁽⁴⁾.

- 3) In mehr oder weniger systemtheoretischen Ansätzen (vgl. Luhmann) wird der materiale Gehalt der Legitimierung sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit auf schon strukturell angelegte Herrschaftsfreiheit reduziert: Herrschaft als historische Verschiebung der gesellschaftlichen Problemlösungsstruktur in Richtung Mehrdeutigkeit, die das eindeutige Handeln den Beherrschten anheimstellt, kommt aus dem Blick⁽⁵⁾.
- 4) Einige marxistische Ansätze begehen folgenden Ableitungsfehler:
Sie leiten teils den Staat direkt aus der Kapitalbewegung ab (Heinsohn/Knieper 1974), teils setzen sie der Oberflächenstruktur der bürgerlichen Gesellschaft direkt den Staat als "mystifizierten" Überbau auf (siehe die Hinweise bei Blanke u. a. 1974).
Den Begriff des "Allgemeininteresses" benutzen sie oft instrumentell, d. h. die staatliche Erfüllung von Funktionen wird schon tautologisch vorausgesetzt (vgl. Hirsch 1974, vgl. mehr oder weniger, Gröll 1978).
Die spezifische politische Gestalt wird nicht genügend erklärt (Cerroni 1974).
Zudem wird die "relative Selbständigkeit" des Staates entweder unter- oder überschätzt (vgl. Jahrbuch der Sozialarbeit 1976 und 1978) und von daher gesehen wird der heutige Interventionscharakter unterschiedlich interpretiert

(vgl. Jäeggi 1974, Offe). Auch bauen manche Ansätze auf einem "mit Waffen erzwungenen Konsens" als für alle Machtverhältnisse gültig auf, stellen sie faschistische Strukturen nicht eindeutig heraus und lösen die konkrete Dialektik kapitalistischer Produktionsverhältnisse in der Dialektik von Systemopposition und Repression auf (Miliband 1972).

Lenins grundlegenden Gedanken zur Analyse des Staates und seiner klassenmäßig bedingten Basis (Über den Staat Bd. III, Ausgewählte Werke 1966; Staat und Revolution, Bd. 25, 1960) müssen, um Mißverständnissen vorzubeugen, den entscheidenden Argumentationsrahmen abgeben.

Erst von daher wird sich bestimmen lassen, inwieweit statisch wie dynamisch der Staat wirklich der "ideelle Gesamtkapitalist" und wie der "besondere" Staat im Kapitalismus strukturiert ist.

Erst dieses Vorgehen erlaubt es, die theoretischen und praktischen Aspekte staatlicher Familienpolitik einschließlich der familienrechtlichen Bestimmungen (am Beispiel des Problems der Elternarbeit, im besonderen im Adoptionswesen) einzuschätzen (Identifizierung von "Übergängen") und die Rezeption und mögliche Verwendung wissenschaftlichen Vokabulars im politischen Bereich zu beurteilen (Durchsetzung einer bestimmten Vorstellung von Persönlichkeit)⁽⁷⁾.

Schon im ersten Kapitel sind die spezifischen Grundformen angeführt worden, die das soziale, geistige und politische Leben der Gesellschaftsmitglieder bestimmen und die Nahtstelle zwischen den ökonomischen und politischen/juristischen Überbauformen (bestimmbar über die ökonomische Struktur) einnehmen.

An jener Stelle ist die Analyse mit dem Ziel betrieben worden, die politische Form von "sozialen" Prozessen der Sozialisation zu entwickeln.

Die vermittelnden Formen der Tauschbeziehungen der einfachen Warenzirkulation bilden den Boden für die Erklärung, die sich auf einer anderen Ebene der erweiterten Warenstruktur verdichtet, wo Form und Inhalt in der Verdopplung von Produktion und Zirkulation sich endgültig "verkehren", welche für die Erklärung von Rechtsinstitutionen (und Ideologie allgemein) funktional ist. Für die heutigen sozialen, rechtlichen und politischen Beziehungen gilt daher, daß "die einfachen Bestimmungen (sich) in den entwickelteren Verhältnissen als entwickeltere Bestimmungen mit derselben Grundstruktur" (Läpple 1977: 239) reproduzieren. Vereinfacht schlägt sich dieser Inhalt in dem Problem nieder, ob sich die "Herrschenden" Freiheitsspielräume mit entsprechenden Mitteln sichern können oder die "Beherrschten" ihre Handlungsspielräume ausdehnen können: Das Verhältnis von Staat/Recht und Demokratie ist damit angesprochen.

Um dieses Verhältnis zu erklären, erweisen sich die Überlegungen von Lenin als fruchtbar, in denen die zentrale Herrschaftsgewalt "Staat" nur über die

Struktur einer Klassengesellschaft unter historisch-konkreten Produktionsverhältnissen als erklärbar erscheint.

Die beschworene relative Autonomie des Staates⁽⁸⁾
- auf offizieller wissenschaftlicher Seite im Sinne des Weberschen Zweck-Mittel-Kalküls zu einer absoluten Autonomie erhoben, die die Oberflächenstruktur mit ihren Organisationsformen zum Ausdruck nimmt - geht an den Struktur-, Funktions- und Entwicklungsgesetzen staatlicher Aktivität vorbei. Der "Staat" als "Verselbständigung gewisser Überbautätigkeiten" bleibt vermittelt mit der materiellen Produktion (Mandel, Der Spätkapitalismus, Frf. 1972: 432), stellt eine "besondere Form der Durchsetzung der gesellschaftlichen Existenz des Kapitals" dar⁽⁹⁾, "neben und außer der Konkurrenz" (Altvater, Probleme des Klassenkampfes, Nr. 3, nach: Heinrich 1973).

Als Folge der Teilung einer Gesellschaft in Klassen und als Herrschaftsinstrument im Verhältnis herrschende/beherrschte Klasse (Lenin 1966: 295/6) sind die Gesetze staatlicher Aktivitäten in zweifacher Hinsicht wesensmäßig zu erfassen:

- über den Besitz bzw. die Verfügung der materiellen Produktionsbedingungen und
- über die Verfügung bzw. die private Aneignung des Mehrprodukts, das über die Reproduktion der vergegenständlichten Arbeit hinausgeht.

Insofern bestimmt die Form, in der das Mehrprodukt angeeignet wird, die Form der Herrschaft (Negt 1972).

Über die Charakterisierung der Herrschaftsverhältnisse in der Feudalperiode kann sich dann zeigen, inwieweit sich die "Besonderheit" staatlicher Aktivitäten innerhalb der kapitalistischen Produk-

tionsweise kennzeichnen läßt, die als Herrschaftsgewalt im "nackten Zustand" erkennbar wird.

Die Herrschaftsausübung im Feudalismus, in dem die Feudalherren Grund und Boden und einen Teil bzw. die gesamte Arbeitskraft in ihren Händen haben, gestaltet sich direkt und offen.

Da die Produktions- und Zirkulationsbedingungen sich noch nicht differenzieren, verdoppelt sich die Herrschaftsausübung noch nicht strukturell und funktional in eine politische und ökonomische Sphäre, so daß innerhalb der staatlichen Gewaltausübung die Klassenstruktur der Gesellschaft latent-politisch präsent erscheint und sich in "öffentlichen" Vorschriften in institutionalisierter Form wiederfindet (vgl. Luxemburg 1951).

Da sich die relevanten gesellschaftlichen "Instanzen" noch nicht verselbständigt haben (Terray), wenn es auch Determinationszusammenhänge gibt, erscheinen mögliche ökonomische Forderungen auch als politische, wobei allerdings die Bedürfnisbefriedigung im Sinne der Beherrschten nur minimal realisierbar ist (Rosa Luxemburg 1951: 202).

Weil "Staat" und "Gesellschaft" nur relativ getrennt sind⁽¹⁰⁾, weil sich der Staat noch nicht als eine besondere Struktur einer Gesellschaft darbietet (innerhalb einer Produktionsweise), ist die organisierte "physische Gewalt" der Repression nicht monopolisiert: Gewalt üben eben neben dem "Staat" Kirche und Feudalmächte aus, denen vor allem "privater Charakter" zu eigen ist, die nicht unter "öffentlichem Schein" agieren.

Die Dopplung in Produktion und Zirkulation vollzieht sich, als sich Austauschverhältnisse zwischen einzelnen Bereichen des produktiven Lebens bilden, der Handel internationalisiert wird und in den Städten sich die Warenproduktion entwickelt (Prokla 1971 ff., Wirth 1972).

Die Geldverhältnisse zwischen den Besitzern der gesellschaftlichen Produktionsmittel und den Arbeitskräften bilden die reale Grundlage für die Umstrukturierung der gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge, über die sich vor allem auch die Auflösung der alten mittelalterlichen "Sozietät" erklären läßt (vgl. Ariès) ⁽¹¹⁾.

Mit der Aufspaltung der Herrschaft in eine ökonomisch-unmittelbare und eine politisch-mittelbare erweist sich auch der Privatproduzent als "Zwitterwesen": Seiner materiellen Ungleichheit entspricht in politischer-ideologischer Hinsicht seine formale, gleiche Abhängigkeit von Herrschaft.

Die Stabilisierung und Fortschreibung der Gesamtgesellschaft über eine Zentralgewalt bedarf immer mehr abstrakter, nicht-materieller rechtlicher Regelungen, die in den Formeln der Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit ihren Ausdruck finden.

Die Beziehungen von scheinbar, auf der Basis von Verträgen autonomer Produzenten sollen rechtlich geregelt werden.

In einer Zwischenperiode - dem Absolutismus (Merkantilismus) - haftet der Staatsgewalt noch eine gewisse Ambivalenz an, da auf Grund der sich erst herausbildenden Klassenmacht der Bourgeoisie die

absolute Förderung des ökonomischen Wachstums noch nicht im Vordergrund steht, d.h. sogar (da der Absolutismus an ein personenhaftes Privilegiensystem gebunden scheint) verhindert wird.

Dennoch erfolgt zu diesem Zeitpunkt schon eine bestimmte Zentralisierung und Verallgemeinerung von Herrschaft - in Form des Aufbaus der Rechtssphäre -, die auch in einer Art bürokratischer Verwaltung mündet (vgl. Vogel 1966, Pankoke 1977).

Mit dem Aufbau der Verlags- und Manufaktursysteme in der Phase der ursprünglichen Akkumulation, die ein Erstarken des aufkommenden Bürgertums bewirken, erscheint staatliche Machtausübung immer abstrakter, was durchaus auch mit der Umstrukturierung gesamtgesellschaftlicher Regelungstypen in Verbindung gebracht werden kann (vgl. Lewada). Verfassungen und abstrakte Regelungen für die gemeinsamen Geschäfte aller sollen zunächst die feudalsouveränistische Souveränität eindämmen, dann aufheben helfen (öffentlich gestaltete Volkssouveränität). Das Entscheidende der Struktur des kapitalistischen Staates besteht nun darin, daß er auf Basis des sich entwickelnden Kapitalverhältnisses (der Form und dem Inhalt nach) zu einer "reinen" Produktionsweise gehört, in der die herrschende Oberschicht die "Gewalt" nicht selbst ausübt (Poulantzas 1973).

Im Rechtsstaat (auch im Sozialstaat) wird die formelle, vertragsmäßige Beziehung von Arbeitskraftkäufern und -verkäufern in der Zirkulationssphäre festgeschrieben: Unter dem "Schein" der formellen

Gleichheit wird die materielle Ungleichheit (Trennung der Produzenten von den Produktionsbedingungen, private Verfügung über die Produktionsbedingungen und die gesellschaftliche Arbeitskraft) verborgen⁽¹²⁾.

Nur auf diese Weise kann der bürgerliche Staat das Kapitalverhältnis regeln, aber auch die Herrschaft der Gesamtbourgeoisie über den einzelnen Angehörigen der bürgerlichen Klasse sichern.

Erst über diesen funktionalen Zusammenhang lassen sich die konkreten Organisationsstrukturen fassen⁽¹³⁾ - der Staat darf daher nicht als Resultat zum Ausgangspunkt der Darstellung erhoben werden (Blanke u. a. 1974: 53). Gerade, weil aber scheinbar der Klassenkampf aus seinen "institutionellen Strukturen" herausfällt, bleiben manche Ansätze dieser Analyseebene verhaftet.

Es kommt nicht zum Tragen, daß der Staat die Beherrschten als "Einheit des Volkes als Nation" behandelt und auf diese Weise ihre politische Organisation verhindert. Weil er aber gleichzeitig die Herrschenden als politisch organisierte Gruppe betrachtet, kann er diese auf politischer Ebene organisieren, wobei er weismachen will, sie würden das Allgemeininteresse vertreten.

Da eben eine gewisse relative Autonomie der Instanzen hervorgetreten ist, die politischen Institutionen des Staates als "öffentlich" erscheinen, gewinnt das Monopol auf die organisierte Repression die Möglichkeit, Legitimationszusammenhänge zum Zwecke des Allgemeininteresses zu entwickeln, die auf die sogenannte Öffentliche Meinung abheben (Poulantzas 1973, Gröll 1975).

Diese Funktionalisierung ist allerdings in begrenztem Umfang ein Faktum: Innerhalb spezifischer Grenzen, die die Gesamtstruktur kapitalistischer Produktion betreffen, kann der Staat unter Nicht-Berücksichtigung der Interessen des Kapitals durchaus die Interessen der Lohnarbeiter (gerade nach klassenkämpferischen Auseinandersetzungen vor allem) vertreten⁽¹⁴⁾.

Dieser Mechanismus, der sich in der wohlfahrtsstaatlichen Sozialpolitik äußert, ist in die Struktur des Staates auch eingebaut, wenn auch diese Chance in einem unstabilen Gleichgewicht oft in der Forcierung des Kompromisses der Desorganisation der Arbeitenden verankert bleibt, über deren Illusionen allerdings keine spekulativen Interpretationen möglich sind (vgl. Gerstenberger).

Im Zuge der Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals können aber auch die Kosten der Regulierung sozialisiert werden, während die Gewinne privatisiert werden. Dies ist allerdings nur unter der Voraussetzung möglich, daß der Staat seine Planungstätigkeit ausdehnen muß.

Diese Möglichkeit der Planifikation ist jedoch innerhalb der irrationalen Bedingungen der Produktion zu relativieren, findet aber auch insofern eine Grenze, als Wissenschaft als Produktivkraft zum Zwecke der Herrschenden politisiert und mehr als ideologische Legitimationsbasis verwendet werden kann.

Insgesamt trägt der Staat zur Perpetuierung der bestehenden Verhältnisse in unterschiedlicher Weise bei, wobei in der Phase der allgemeinen Krise

des Kapitalismus zunehmend die Regulierung ökonomischer Funktionen an Bedeutung gewinnt - eben indirekt über den Ausbau des politisch-ideologischen Apparates.

Die Selbstregulierung im Zuge industriegesellschaftlicher Entwicklung reicht nicht mehr aus (Pankoke 1977):

- 1) Der Staat kann selbst über ökonomische Tätigkeiten regulierend tätig werden (staatliche Unternehmen; Steuer- und Kreditwesen; Regelung ökonomischer Beziehungen in rechtlicher Hinsicht; Herstellung von Produktionsvoraussetzungen im Infrastrukturbereich; Käufe von Waren und Leistungen bzw. Planung der konsumptiven Nachfrage im Bereich der Realisierung der Produkte (vgl. Autorenkollektiv... 1972).
- 2) Der Staat steht zwar vor der problematischen Aufgabe, die Geschäfte der Einzelkapitalien (indikative Planung) und der Gesamtklasse der Bourgeoisie zu regeln, aber diese Interessenswahrnehmung entgegen den möglichen Einzelinteressen kann zum Zweck der Regulierung der gesamten Reproduktion sowohl Probleme wie Chancen provozieren.
Damit kann allerdings auch die Herstellung der Produktionsvoraussetzungen mit der politischen Sicherung des kapitalistischen Systems insgesamt in Kollision geraten.
- 3) Zunehmend muß der Staat die Folgen der wissenschaftlich-technischen Revolution gesellschaftlich einholen, d.h. die Kapitalverwertung kann nur noch gesellschaftlich gesichert werden (Jaeggi 1974) ⁽¹⁵⁾.

- 4) Die Unstabilität kapitalistischer Verwertung labilisiert die staatlichen Versuche der Planung bis hin in die Legitimationssphäre, die insofern konflikthaft wird, als hier die Interessen des Gesamtkapitals als die Realisation der Interessen der Gesamtgesellschaft erscheinen müssen.

An dieser Stelle erscheinen auch die ideologischen Legitimierungsversuche der offiziellen Sozialwissenschaft, die allerdings in ihrer Suche nach der "Wahrheit" damit konfrontiert werden, daß sich bestimmte, in ihrem Kern durchaus progressive, legitimatorische Formeln aus der "frühbürgerlichen" Phase verselbständigt haben.

Auf diese Weise bewirken soziale Konflikte und Klassenauseinandersetzungen eine zusätzliche Bedrohung, die kanalisiert werden muß.

Damit ist das Problem berührt, das in der Formel der Schaffung von Systemloyalität einen Ausdruck findet (Bündel von systemkonformen, negativen Verhaltensweisen um jeden Preis) und in der Kritik an den Organisationsstrukturen von offizieller wissenschaftlicher Seite aus. Jene kann auch von der Artikulation resignativen Unbehagens (unter Ausschluß der ökonomischen Verhältnisse als Erklärungsbasis) in vage Rufe nach mehr Autorität umschlagen.

Über die Herstellung von "Massenloyalität" sollen nicht etwa bürgerliche Ideale verwirklicht, sondern vor allem das Funktionieren des Herrschaftsapparates und damit des Kapitalverwertungsprozesses gesichert werden:

- 1) Staatsbürger mit affirmativer Grundhaltung sind gefragt.
- 2) Lohnabhängige müssen als Konsumenten und "Sozialpartner" integriert werden (Illusion der Reform).
- 3) Klassenbewußtsein und mögliche Klassensolidarität müssen abgebaut werden.
- 4) Dies muß in allen Bereichen geschehen: am Arbeitsplatz, im privaten Bereich, im "öffentlichen" Leben⁽¹⁶⁾.

Eins muß jedoch angemerkt werden: Nicht mehr allein die Dynamik der Produktionsweise bietet Aufschlüsse, sondern auch das Unvermögen der politischen Organisationsstruktur zur Regulierung. Wie kann nämlich die private Produktion organisiert werden, ohne die private Produktion grundlegend anzutasten?⁽¹⁷⁾

Damit ist strukturell und funktional das Pendeln staatlicher Planungsversuche zwischen Vergesellschaftung (im demokratischen Sinne) und Repression angesprochen, das sich inhaltlich in der widersprüchlicher werdenden Organisationsstruktur, bei gleichzeitiger Schaffung von möglichen Konfliktbereichen über die Übernahme von immer mehr Funktionen bemerkbar macht: Der allerdings nur über die Struktur der kapitalistischen Produktionsweise begreifbare Gegensatz von rechtsstaatlicher Eingriffsverwaltung und sozialstaatlicher Leistungsverwaltung steht damit auch zur Debatte⁽¹⁸⁾.

Um auf Basis dieses Zusammenhangs die Organisationsformen zu analysieren, kann man den deskriptiv unmittelbaren Staatsapparat (Gewaltmonopol, Verwaltung, Recht, Justiz) von den Institutionen unter-

scheiden, die um die spezifische Erfüllung von Staatsfunktionen ringen.

Das "Repräsentativsystem" der Bourgeoisie hat seine Funktionen im Laufe der Geschichte verändert, wenn auch die grundlegende Struktur erhalten bleibt⁽¹⁹⁾.

Die Arbeiterbewegung beweist ihren Einfluß, als es ihr gelingt, die formelle Freisetzung von der unmittelbaren Souveranität des Kapitals in Emanzipationsversuche umzusetzen. Unter dem Stichwort der "sozialen Sicherung", über die aber auch vermittelt der Vergesellschaftung der Risiken der Lohnarbeit der Kapitalkreislauf gesteuert werden muß, werden Arbeitsschutzgesetze durchgesetzt, eine Sozialversicherung installiert und infrastrukturelle sowie wirtschaftspolitische Maßnahmen eingeleitet⁽²⁰⁾.

"Qualifikationsregelungen", Schaffung bestimmter Verhaltensweisen (Sozialisationsbedingungen) und die Sicherung "sozialer Reproduktion" (z. B. Stadtplanung, Gemeinwesenarbeit) gewinnen auf der Basis staatlicher Regelungsversuche an Bedeutung, wobei allerdings die einstmals bürgerlichen Ideale - gemessen an den Organisationsformen - zunehmend unter Beschuß genommen werden (dazu über die verbürokratisierte Form)⁽²¹⁾.

Die Auflösung der demokratischen Inhalte politischer Herrschaft gerät ins Licht der Kritik.

Das kann auch insofern nicht anders sein, als sich der Widerspruch zwischen uneingeschränkter ökonomischer Macht und nur vermittelter politischer Macht immer mehr zuspitzt. Da der Staat nur

allgemeine, aber auf Basis der Geschäftsstruktur der gesellschaftlichen Arbeitsteilung nur begrenzte Funktionen wahrnehmen kann, schlägt sich dies auch in seinen Mitteln und Instrumenten nieder. Dies drückt sich ja auch im problematischen Charakter der Förderung der Wissenschaft aus, deren demokratisches Potential als Produktivkraftsystem den Prioritäten der Rüstungsforschung und deren Profitorientierung subsumiert wird. Der Profitmechanismus wird demnach zur Wahrnehmung historischer Sicherungsfunktionen regelmäßig der Lohnarbeit entgegengesetzt. Auf Grund der Bedingungen der Konzentration und Zentralisation im nationalen Bereich kann wohl dieses Ziel eher verwirklicht werden als im internationalen, in dem die Ausbildung von effektiven Steuerungsmechanismen auf Schwierigkeiten stößt (Allgemeine Krise des Kapitalismus 1976).

Über den Staat als Adressat der Sicherung von Existenzbedingungen verfolgen die Lohnabhängigen dennoch ihre Ziele, die sich dann kompromißhaft in tarifpolitischen Manifestationen oder in der Gesetzessphäre niederschlagen.

Auf diese Weise entstehen zudem neue institutionelle Zweige, die aber vermittelt über den gesamten staatlichen Bereich als widersprüchlich erscheinen: Die Erweiterung der Legislative und der Selbstverwaltungs- bzw. Hilfsfunktionen bewirkt, daß der Grundwiderspruch immer mehr in den Staat selbst eingebaut wird. Dies läßt sich bis in die Gesetzesdetails und in die Sphäre der Rechtsanwendung verfolgen (vgl. Familienpolitik, -recht, Jugendhilfebereich) ⁽²²⁾.

Es ist die Frage, inwieweit der Staat institutionell ein Mehr an Garantien erlaubt oder mehr bloß regulierend (reaktiv) tätig ist, da er in diesem Zusammenhang oft zwischen Demokratie und autoritärer Repression hin und her schwankt.

Beunruhigend ist daher die Veränderung der Funktionen der Parteien (nach außen und innen), deren im Parlament sitzenden Fraktionen vor allem ihre Regierung stützen, beunruhigend wirkt die zunehmende, desolate Rolle der Justiz (ehemalige Nazis, die schon Berufsverbote für Angehörige des jüdischen Volkes ausgesprochen haben, sprechen sie heute für Angehörige der "Linken" aus). Vor allem beängstigt aber die Verschmelzung von Exekutive und Legislative, weil diese vor allem eine "abzeichnende" Funktion in einer Art Öffentlichkeitsarbeit erfüllt (vgl. Jaeggi 1974).

Regierungsentwürfe werden in Form von Referentenentwürfen den Verbänden und ihren Experten (die Staatssekretäre innerhalb der Ministerialbürokratie sind ebenfalls "Experten") nahegebracht und sanktioniert, bis sie dann erst als Gesetzesentwürfe in den Bundestag zur Abstimmung gebracht werden, der ja doch eigentlich das Volk repräsentieren soll.

Hier kommt die Dialektik von parlamentarischer Demokratie und Demokratie, die dem Mehrheitsprinzip unterworfen ist, voll zum Tragen (vgl. Kühnl 1971) ⁽²³⁾.

Demokratie wird demontiert:

- Ökonomisch wird der Staat selbst zum Monopolunternehmer (direkt oder indirekt)
- Gesellschaftlich wird das Monopolsystem auf die Gesellschaft, die Politik und die Ideologie übertragen.
- Politisch entwickeln sich immer mehr autoritäre Herrschaftsformen⁽²⁴⁾.

2.1.3. Das Problem der Synthese von "Sozialem" und "Politischem"

Wir haben schon festgestellt, daß sich "Sozialpolitik"⁽²⁶⁾ innerhalb der Grenzen des kapitalistischen Staates, d. h. der Produktionsweise bewegt:

Daher kann nicht nur von Interventionen oder von Einmischung in die Produktionsverhältnisse gesprochen werden. Wie aus dem "Kapital" (Fabrikgesetzgebung), aus den "Klassenkämpfen in Frankreich" und aus dem "18. Brumaire" schon abzuleiten ist, beinhaltet der Typus des kapitalistischen Staates die Möglichkeit der Sozialpolitik, wenn sie ihm durch Kämpfe nahe gelegt wird, obwohl ihr in der heutigen Phase schon mehr präventive Bedeutung zukommt.

Dabei ist historisch-genetisch die liberalistische und konstitutionalistische Phase von der sogenannten Phase des sozialen Rechtsstaates (Sozialstaat) zu unterscheiden. Da nach dem Zusammenbruch des Feudalismus die gängigen Sicherungssysteme (unter Beibehaltung bestimmter quasi verwaltungstechnischer

Instrumente) ausfallen (vgl. Kuczynski) unterstehen die verelendeten Bevölkerungsteile (gerade, wo die Manufaktur sich erst ausbreitet) der Allgemeinheit staatlicher Zuständigkeit (Pankoke 1970; Gefesselte Jugend... 1974).

Die entstehenden Problemfälle, die einstmals im Rahmen kooperativer Verbundenheit abgehandelt worden sind, greifen die Organe eines "polizeilichen Armenwesens" auf, für das nicht nur das "Ethisch-Karikative" Anlaß der Intervention wird, sondern nach und nach die inhaltliche politische Herausforderung. Allerdings wird in liberalistischer Manier die Problemlösung vor allem der selbstregulatorischen industriellen Entwicklung überlassen, während die absolute Gefährdung allgemeinen Wohlerhaltens und des Existenzminimums stärkere Eingriffe provoziert.

Macht zwar der "revolutionäre Sozialismus" im 19. Jahrhundert den Gesamtzusammenhang der Verhältnisse klar, wird auch das "Soziale" zum politisch Machbaren umgemünzt und wird die industrielle Entwicklung nicht nur als Ursachenkomplex, sondern auch als Lösungsstruktur anerkannt, kann dennoch über den sozialstaatlichen Etatismus die "soziale Frage" als Arbeiterfrage bürokratisch-rechtlich kleingearbeitet werden. Dennoch wird in dieser Zeit erstmals (siehe die Widersprüchlichkeit der Sozialgesetzgebung und des Sozialistengesetzes) eine soziale Reform akut, die in ihren Regulierungssystemen sich auf konkrete Problemlagen per administrativer Steuerung bezieht.

Diese alternativen Überlegungen zum bürgerlichen Liberalismus sind im Zusammenhang mit dem fortschreitenden Problemdruck der "sozialen Frage", der Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie und dem auch verfassungsgeschichtlichen Scheitern der Revolution zu verstehen.

Zwar bleibt dennoch die Kapitalverwertung von sozialpolitischer Kontrolle befreit, aber es läßt sich auch eine Entwicklung konstatieren, die von einer Staatszweckorientierung auf der Basis der Durchsetzung von "Ordnungsideen" mehr zu einer situationsgerechten Problembearbeitung als Programmtyp der politischen Steuerung führt⁽²⁷⁾.

Allerdings wird die Zentralisierung des Politischen zunehmend problematisch, da im Raum des vorstaatlichen Sozialen keine "Politik" mehr stattfindet.

In Weimar jedoch ergibt sich die Chance, diese Zentralisierung nicht im Sinne von politischer Machtbildung, sondern von sozialen Reformen zu nutzen.

Wie die Chancen vertan werden, spiegeln die Debatten wider, die sich um Subsidiarität, Solidarität und Kommunalisierung drehen (vgl. Nikles 1976).

Im Endeffekt bleibt die sozialpolitische Kontrolle dann im vorstaatlichen Raum der "öffentlichen" Interessenverfolgung (vor allem konservativen Kräften) überlassen, während der Staat vor allem Kompetenzübertragungen gesetzlich regelt (vgl. die Debatte um die "Volkswohlfahrtspflege", die - wie die Auseinandersetzung um die Jugendhilfe zeigt - heute noch nicht zu Ende ist)⁽²⁸⁾.

Die Konsensorientierung - auch im demokratischen Sinne - wird zu einer öffentlichen-privaten Kräften überlassenen Problemorientierung: gesellschaftlich unkontrollierbar.

Strukturell gefährlich erweist sich in diesem Rahmen aber die Möglichkeit des "Totalitarismus", dessen innerer Kern das Verhältnis zwischen innerem und äußerem Terror darstellt (Clemens 1973).

Sind Demokratie und Diktatur faschistischer Prägung zwar unterschiedliche Herrschaftstypen, so sind sie jedoch in ihrer vermittelten Form funktional für die Sicherung der Kapitalverwertung bis in die kleinste Ebene hinein (Kühnl 1976, Jaeggi 1974).

Die Doppelnatur der bürgerlichen Repräsentanz, die sich in dem Statement der Gesamtvertretung äußert, wird vor allem dann extrem sichtbar, wenn der "stumme Zwang der Verhältnisse" (den man aber nicht verabsolutieren sollte, vgl. Offe 1977) nicht mehr wirkt.

Dann besteht die Gefahr der möglichen Repräsentierung in Form einer "Diktatur", in der die Einzelinteressen in die Nicht-Öffentlichkeit verdammt sind und öffentlich die Nicht-Existenz von Einzelinteressen beschworen wird⁽³⁰⁾.

Die Gefahr der "Transformation der Demokratie" (Agnoli 1968) kann schon unter Bedingungen akut werden, unter denen die "Sattheit der Wähler" so auf die Spitze getrieben wird, daß der Deligierende lediglich funktional für die Repräsentanten zu sein scheint.

In Weimar, in dem die Politik fiktiv wird, sich doppelt neutralisiert⁽³¹⁾ und die Krise von Selbstverwaltung und Staat beschworen wird, erscheint beispielhaft die gesellschaftliche Strukturkrise bloß als Staatskrise, deren Lösung nur über das Ermächtigen des Politischen möglich wird, womit die Sozialisierung des Staates und die Politisierung der Gesellschaft aufgehoben werden⁽³²⁾.

2.1.4. Politik und "Verwissenschaftlichung"

Weimar bildet ein Stück Geschichte, in deren Verlauf die Wissenschaft - vor allem die Sozialwissenschaft - in der Politik eine zu geringe Rolle spielt, in demokratischer Parteilichkeit wirksam zu werden.

Der "Verein für Socialpolitik"⁽²³⁾ (Nach dem 4. Soziologentag im Jahre 1924 steht zum ersten Mal das Thema "Sozialpolitik" in Bielefeld zur Debatte) greift aktuelle Tendenzen auf und versucht allgemein, sich an konkreten sozialen Problemlagen zu orientieren.

Unter dem ausufernden Problemdruck weicht man allerdings von der "allgemeinen" Ebene ab, womit sich die Wissenschaftler vor allem von Entscheidungszwängen über "empirische" Analysen befreien wollen: Auch in Form von Problemversuchen und situativen Problembezügen (vgl. von Ferber 1959: 21 - 37).

Die Herausgliederung der "Deutschen Gesellschaft für Soziologie" aus dem "Verein" legt dann endgültig den Grundstein für die Trennung wertfreier Erfassung von Realität und sozialpolitischer Programmierung.

Wissenschaft und Politik erscheinen als zwei voneinander getrennte "Berufssphären", deren Implikationen bei Max Weber ihren wissenschaftlichen Höhepunkt finden: In Form eines Zweck-Mittel-Kalküls⁽³⁰⁾ (vgl. Weber 1968: 146 - 214).

Den Staat sollen weniger die konkreten Problemlagen interessieren. Die Ziele eines einfach gebauten Gesellschaftsmodells stehen der Bürokratie zur Verfügung, das "Soziale" wird der privaten Interessenverfolgung überlassen.

Die Einflußlosigkeit der Soziologie (wie sie sich auch auf dem 4. Deutschen Soziologentag damals zeigt) findet ihren Ausdruck darin, daß sie zu einer "Hilfswissenschaft" reduziert wird.

Es geht nicht mehr um das entwicklungspolitische Potential einer Gesellschaftssteuerung, was auch in dem Kontext zu sehen ist, daß die Politik jede gesellschaftspolitische Orientierung verliert⁽³¹⁾.

Als die Politik dann in Weimar fiktiv wird, übersieht die Sozialwissenschaft, daß der Staat immer abhängiger von gesellschaftlichen Kräften wird, nicht mehr zentralisierbar, nicht mehr verallgemeinerbar ist.

Die akademisch gewordene Sozialwissenschaft kann diese Probleme nicht lösen; sie muß das Feld den Wissenschaftlern der sozialen Praxis überlassen, die lediglich die negativen Folgen der Krise bearbeiten.

Es müssen daher aus dem eben historischen Kontext Folgerungen gezogen werden für eine effizientere und nicht wertfreie Beteiligung von Sozialwissenschaftlern an der Politik, wobei die Analyse des Zusammenhangs von Politik, Ökonomie und Gesellschaft sich aufdrängt.

Von "Politikberatung" im momentanen Stadium zu sprechen, scheint allerdings auf Basis mangelnder empirischer Befunde zunächst noch problematisch⁽³²⁾.

Zu diesem Zweck müssen noch einige theoretische Probleme gelöst werden, die das Verhältnis zwischen internen und äußeren Bedingungen staatlicher Aktivität betreffen.

Die Klärung dieses Verhältnisses betrifft im Ansatz die Klärung der Bewegungsgesetze von Politik⁽³³⁾, die allerdings im Rahmen der Funktionserfüllung zu sehen sind, die die Transformation der Nicht-Lohnarbeiter in Lohnarbeiter impliziert.

Auf Basis der kapitalistischen Struktur des Staates, d. h. der Erfordernisse kapitalistischer Kapitalverwertung, steht der Staat vor der Aufgabe der Kompatibilität von Strategien, die zwischen den Erfordernissen (Systemintegration; Krisen des Akkumulationsprozesses) und den Forderungen (soziale Integration, politische Regulation von Klassenkonflikten) vermitteln⁽³⁴⁾.

Man muß also die Binnenrationalisierung des Staates mit den "Außenwirkungen" in Beziehung setzen: Staatliche Politik produziert auch "Konfliktstoffe", die der gesellschaftlichen Interessensaustragung anheimgestellt werden, wenn auch die Arbeiterklasse meist schlechter abschneidet.

Sozialpolitik trägt demnach einen Ambivalenzcharakter, der rational plausibel gemacht werden muß und sich trendmäßig folgendermaßen darstellt:

- Ex post stattfindende "kurative" Modelle werden durch mehr präventive ersetzt (vgl. Bildungspolitik).
- Konditionalprogramme werden durch Finalprogramme ersetzt, d. h. situationsbedingte Entscheidungsgründe (Ermessen) werden wichtig, Verordnungen werden extensiv gebraucht.
- Nicht-monetäre Steuerungsmodelle als anstaltsmäßige Verhältnisse erscheinen, Sach- und Dienstleistungen wachsen an (Beratung, Sozialisation etc.).
- Parafiskalische Finanzierungssysteme werden eingeführt, die mehr privat oder halböffentlich sind.
- Es erfolgt eine Verwissenschaftlichung von Politik, d. h. Empfehlungen für größere Effizienz und Wirkungsmessungen werden wichtig (vgl. Romanyshyn 1971) ⁽³⁵⁾.

Damit erscheint die Chance von theoriepolitischen Konzepten mit Alternativstruktur, wenn die Auffassungen akademischer Sozialpolitik beiseite gelegt werden, d. h. das Technokratieverständnis aufgehoben wird. Gegenstand wäre dann auch, wie staatliche Sozialpolitik nicht - staatlich erfüllt wird bzw. nicht.

Die Entwicklung in der BRD seit 1945, wo die Sozialpolitik nicht mehr die Rolle des Sanitäters zwischen Lohnarbeit und Kapital - wie in Weimar - spielt, konstituiert sich zuerst als Problem der Verteilung der Lasten, als Politik der Einkommensverteilung (vgl. Achinger 1959: 27 - 55).

Seit der Krise 1966/67 erfolgt aber langsam ein Umschwung: Es entstehen neue Systeme politischer Planung⁽³⁶⁾:

- 1) Nicht ursprüngliche Bereiche der Sozialpolitik werden tangiert (Bildung und Wissenschaft z. B.).
- 2) Programmatistische Perspektiven verbinden sich mehr mit Organisation und Planungstechnik (Veränderung der politischen Führung; Veränderung der Thematik innerhalb wissenschaftlicher Politikberatung, Bedarf an Sozialarbeitern).
- 3) Der politisierte Alltag (seit den Studentenunruhen) veränderte die Themenstruktur der sozialen Politik.
- 4) Die Bevölkerung wird immer mehr zum Objekt der "Fürsorge" (Sozialklientisierung), was neue Abhängigkeiten schafft. Das Konfliktpotential scheint zunehmend im Reproduktionsbereich auf, wobei in der Partizipationsforschung strukturelle Defizite in den Problemlagen und Bedürfnissen festgemacht und im Zuge der Sozialisationsforschung - gerade der ökologischen - an konkrete Lebensumwelten gebunden werden (vgl. Problematik der Bürgerinitiativen).
- 5) In der Sozialwissenschaft als zunehmender Planungswissenschaft (Murswieck 1974: 190 - 210) beschränkt man sich aber nicht darauf, die verfestigten Organisationsstrukturen zu analysieren, sondern man geht mehr und mehr von den "Betroffenen" aus (Gesellschaftsanalyse, Handlungsforschung).
- 6) Die Wirkungsbezogenheit führt dazu, die Ebene der Bedarfs- und Verteilungsforschung zu verlassen und die Entwicklungsmöglichkeiten von Bedürfnissen und Handlungsebenen situationsspezifisch aufzunehmen.

7) Systemintegration und soziale Integration scheinen so kritisierbarer. Die soziale Frage scheint nicht mehr nur absolut vorgegeben, sondern die Problemsuche und -bestimmung werden wichtig, so daß

- gesellschaftliches Konfliktbewußtsein mit der politischen Organisierbarkeit in Beziehung zu setzen ist (Bedürfnis- und Repressionsforschung),
- die politischen Vollzüge der Zentralgewalt mit den "Betroffenen" vermittelt werden müssen (Mitbestimmung, Wirkung, Handlung).

Die Zielorientierung für eine effektive und demokratische politische Regulierung muß im Kontext von Wissenschaft darin begründet liegen, daß Politik und Ökonomie nicht mehr getrennt behandelt werden, d. h. daß die besondere Organisation, welche allgemeine (von der Produktion getrennte Aufgaben) vertritt, abgeschafft wird.

Die Produzenten (und dies sind die "Betroffenen") müssen die Regulierung der gesellschaftlichen Reproduktion gemeinsam betreiben.

Diese staatsanalytischen Bemerkungen werden auch den für die Einschätzung der Familienpolitik relevanten Rahmen bilden, weil diese ja auch innerhalb der sozialpolitischen Problemstellung an Relevanz gewinnt.

Kaufmann weist daher darauf hin, daß sich Familienpolitik nicht bloß als Sozialisationspolitik verstehen kann. Dies soll im Folgenden zur Diskussion gestellt werden: Allgemein und anhand von "offiziellen" Berichten.

2.2 Überlegungen zu den Problemen staatlicher Familienpolitik

2.2.1 Problemstellung

Die Notwendigkeit staatlicher Interventionen in den gesamten Reproduktionsbereichen verlangt nach einer Familienpolitik, die sich in größerem Umfang wissenschaftlicher Konzeptionen der Analyse von Sozialisationsprozessen bzw. der Persönlichkeitsentwicklung versichert, um eine planvolle Institutionalisierung gesellschaftlicher Sozialisation (Lüscher 1977) zu betreiben⁽³⁷⁾.

Wie gezeigt worden ist, hat die historische und gesellschaftliche Entwicklung von Sozialisationsprozessen in ihrer organisatorischen Gebundenheit spezifische Probleme hervorgetrieben, die zwar immer mehr per staatlicher Eingriffe oder Einmischungen langfristig gelöst werden müssen, obwohl teils die Lösungen widersprüchlich sind, teils ideologische Sicherungssysteme als "Lösungsstrukturen" angeboten werden und teils Lösungsstrukturen auch in ihrem vor allem tendenziellen Prozeßcharakter hervortreten (transformativ).

Im folgenden Abschnitt sollen vor allem die maßgeblichen Trends der Entwicklung der Familienpolitik seit 1945 herausgearbeitet werden, deren konkrete Periodisierung jedoch unterschiedlich interpretiert werden kann.

Dieses historisch-genetische Vorgehen erweist sich als erforderlich, um die Punkte zu markieren, an denen die heutige Entwicklung ansetzt (vgl. Zweiter Familienbereich 1975; das Aufkommen der

"Elternbildung" seit etwa 1970; die neueren Bewegungen innerhalb der Adoptionsproblematik).

In mehrfacher Hinsicht werden im folgenden Abschnitt bisherige Ergebnisse zu überprüfen sein:

- 1) Die Rolle der wissenschaftlichen Theoriebildung, vor allem in Hinsicht auf die Sozialisationsforschung, im Bereich der Zentralinstanz "Familienpolitik" muß aufgegriffen werden, wobei es um die Einschätzung von Trends in Richtung von Planungsnotwendigkeit gehen soll.
- 2) Das Verhältnis der Familienpolitik zu anderen Bereichen muß analysiert werden, wobei die Suche nach einem umfassenden, gesellschaftlichen Konzept zur Klärung dieses Verhältnisses nach einer relevanten Theoriebildung verlangt.
- 3) Das Verhältnis zwischen Familienpolitik, Wissenschaft, organisierter gesellschaftlicher Praxis und den betroffenen Gesellschaftsmitgliedern muß bestimmt werden.
- 4) Die Einschätzung der Familienpolitik als staatliches Handeln muß dahingehend problematisiert werden, ob von einer relativen, autonomen Zentralinstanz gesprochen werden kann oder die "besondere" Struktur einer historisch-konkreten Gesellschaft maßgeblichen Charakter hat.
- 5) Arbeitshypothetisch soll geklärt werden, inwieweit sich nach 1945 die Familienpolitik von ihrer ideologischen Orientierung in Richtung einer sogenannten "rationalen" Familienpolitik entwickelt hat (K. Strobel, Konzeption und Programm einer rationalen Familienpolitik, in: Jugendwohl, 51. Jg., Freiburg 1970) und

wie diese Entwicklung inhaltlich einzuschätzen ist.

Möglicherweise lassen sich auf diese Weise folgende Probleme lösen:

- a. Familienpolitik kann vor allem als "Sozialisationspolitik" begriffen werden (Zweiter Familienbericht 1975), wobei sich jedoch die Sozialisationsziele dieser mehr in ihrem "Querschnittscharakter" begriffenen Politik (mit Bezug auf den Querschnittscharakter der Familie) auf gesellschaftliche und politische Ziele beziehen müssen, wenn es um die Sicherung der Funktionsfähigkeit von Familien gehen soll (S. 73).
- b. Bestimmt man Familienpolitik mehr als Teil von Sozialpolitik (was man wiederum historisch eigentlich aufzeigen müßte), ist der Sozialisationsaspekt zu kurz gefaßt (Kaufmann 1976: 306), womit aber auch eine bestimmte Sichtweise der traditionellen Sozialpolitik verbunden ist.
- c. Für manche Wissenschaftler ist Familienpolitik nur dann sozialisationsrelevant, wenn sie sich auf, Sozialisation" bezieht (Hurrelmann 1976: 221).
- d. Die gesellschaftspolitische Dimension von Familienpolitik muß nicht die gesellschaftliche Arbeit mit umfassen bzw. von ihr ausgehen (vgl. Bundesregierung, Zweiter Familienbericht, VI).
- e. Haensch bezieht die Familienpolitik direkt auf die kapitalistischen Produktionsverhält-

nisse. Er hebt aber bloß auf die familienideologische Funktion zur Stabilisierung der Familienstruktur ab, wobei er vor allem das zuständige Ministerium analysiert, welches staatspolitisch den Artikel 6 des GG durchzusetzen versucht.

- f. Nikles dagegen analysiert gerade die Zentralinstanz (allerdings in seiner jugendpolitischen Dimension) im Verhältnis zu anderen Politikbereichen, zur Organisationspraxis, zur Wissenschaft und (in diesem Fall zur Jugend) zu den Betroffenen, wobei er den ideologischen, entwicklungsbedingten Aspekt von Familienpolitik relativiert (1976).
- g. Familienpolitik kann sich mehr auf die Institution der Familie oder auf die Persönlichkeitsentfaltung der Mitglieder (funktionell) beziehen, worin sich auch die Vorstellungen von CDU/CSU und SPD unterscheiden (Farthmann 1968).
- h. Sie kann die materiellen und ideellen Lebenslagen von Familien über bestimmte Maßnahmenbündel sichern, die zur Bedürfnisbefriedigung dienen (Pfeffer).
- i. Kommt die spezifische Herrschaftsstruktur in den Blick, läßt sich auch der machtpolitische Einfluß auf die Familie herausstellen (Wingen 1974). Im engeren Sinne können politische (machtmäßige) Einwirkungen von nicht-staatlichen außerfamiliären Trägern (ebenda: 53) ausgeübt werden, die organisatorisch die familienpolitischen Ziele umsetzen, wobei die Entfaltung der Persönlichkeit Kriterium sein soll. Liegle (1976) weitert dies sogar zu einer Funktionsbestimmung von Familienpolitik aus- die vor allen Dingen eine zweite, familienergänzende Sozialisationsumwelt zu schaffen hat.

- j. Familienpolitik kann mehr reaktiv oder in ihrem Präventivcharakter bestimmt werden, wobei letztere Auffassung in einer Strukturierung von Familienpolitik münden kann, die die geplante Institutionalisierung von gesellschaftlicher Sozialisation betreibt (Lüscher 1977).
- k. Es läßt sich auch ein stärkeres Gewicht auf den Vermittlungsaspekt zwischen Politik und der Funktion von Wissenschaft legen: Auf die bürokratische Organisation (Wingen 1977).
- l. Gerade im internationalen Rahmen kann Familienpolitik integrativ auf Basis ihres Innovationscharakters bestimmt werden: Die Devise heißt dann "Mobilisierung der Erziehungskräfte in der Familie" (Europäische Familienministerkonferenz 1977).
- m. Familienpolitik kann mehr materielle Aspekte oder "immaterielle" oder eine Kombination beider besitzen und zugrundelegen.
- n. Sie kann sich mehr auf das Innenverhältnis stützen, das Verhältnis zur Gesellschaft mit berücksichtigen oder beide Momente familialer Sozialisation/Reproduktion zum Gegenstand haben, was letztlich in das Problem mündet, inwieweit Familienerziehung als gesellschaftliche "Kollektiverziehung" ist bzw. auch antizipatorisch sein muß (These).

2.2.2 Trends in der Entwicklung der Familienpolitik
seit 1945

Die familienpolitischen Aktivitäten in der "Wiederaufbauphase" (etwa 1949 - 1957) stehen im Zusammenhang mit den Zerstörungen des Gesellschaftsgefüges nach dem "totalen" Zusammenbruch des "totalitären" tausendjährigen Reiches (vgl. die Familiensoziologie).

Auf der Suche nach Institutionen, die eine stabilisierende Funktion für die Gesamtgesellschaft entwickeln konnten, bietet sich die Familie als Gemeinschaftszelle an (vgl. Schröder 1958).

Die ideologische Bearbeitung der konkreten Probleme (vgl. die Lage der Kinder und Jugendlichen nach 1945 in "Jahrbuch der Jugendarbeit" 1949) ohne Zukunftsorientierung stehen im Vordergrund, wobei auf Basis der Erfahrungen mit einem totalitären Regime lediglich Eindeutigkeit da herrscht, wo es gilt, sich gegen den Faschismus und die staatlichen Bemühungen in der DDR abzugrenzen.

In Verbindung mit vor allem sozial-politisch-fürsorgenerischen (materiellen Maßnahmen) herrscht das Familienprinzip der katholischen Soziallehre vor: In Abwehr individualistischer Wirtschaftsorientierungen scheint die Sozialnatur des Menschen institutionell an die selbstregulierenden Kräfte der Gemeinschaft Familie gebunden, die sowohl zwischen Individuum und Gesellschaft vermittelt, als auch die Auslieferung an die kollektiven Kräfte Gesellschaft und Staat verhindert (vgl. Dreier 1960).

In der Familie übt sich der Einzelne in der Teilhabe an der Volksgemeinschaft und am Staatswesen (Rüberg 1964).

Diese vor allem von der CDU/CSU vertretenen übersteigerten Auffassungen, die sich auch in der Schwierigkeit der Integration der eigenständigen Gruppe der Jugend äußert (zwischen Familie und Gesellschaft), bewirkt eine relativ unpolitische Haltung innerhalb des Ministeriums (zuerst innerhalb des Innenministeriums organisiert; 1953: Bundesministerium für Familienfragen und Gründung der "Gruppe Jugend" im Innenministerium; 1957: Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen; 1965: BM für Familie und Jugend; 1969: BM für Jugend, Familie und Gesundheit).

Die Politik beschränkt sich darauf, über einige organisatorische Veränderungen das Handlungspotential der Politiker zu erweitern, ansonsten wird das "Soziale" der Interessenverfolgung in der Praxis überlassen (vgl. RJWG-Novelle, 1952/3; Bundesjugendplan 1949; Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendfürsorge, AGJJ, 1949).

Allerdings wird in dieser Phase schon der Ruf nach wissenschaftlicher Erforschung (vor allem der Jugend) laut, vor allem von der SPD, die als Opposition weniger dezisionistisch argumentiert, sondern mehr wissenschaftliche Legitimation als das Rekrutieren auf die Werte des ewigen Menschengeschlechts fordert.

Daher bleiben die politischen Aktivitäten planlos und drücken nicht die politische Rolle der Familie im Rahmen einer demokratischen Familienpolitik aus, was die Möglichkeit der Mitentscheidung und gesellschaftlicher Partizipation der Familie (Eltern) meint.

In der Familienpolitik der CDU/CSU (bis 1968) wird vor allem ein geistig-moralisches Defizit bemerkbar, welches ideologisch die Lücke zur "Ökonomisierung" nicht füllen kann, weil staatliche Initiativen als totalitär abgelehnt, aber gleichzeitig doch notwendig werden.

Für Haensch (den es auch in einigen Punkten zu kritisieren gilt) erscheint Familienpolitik vor allem als Staats- und Regierungstätigkeit, die zum Objekt die Familie hat:

Jene hat die Aufgabe, den Artikel 6 des GG "ideologisch" durchzusetzen. Sozialpolitische und bevölkerungspolitische Dimensionen über "Einzelmaßnahmen" erscheinen daher nicht so wichtig zu sein, sind auch teilweise nicht möglich, weil das Ministerium bloße Rahmenkompetenz besitzt. Die Ideologisierung eines historischen Typs der Familie (bürgerliche) stand in dieser Phase vor allem im Vordergrund, weswegen der "geistige Hintergrund" dieser Phase vor allem beleuchtet werden soll.

Vor allem Gemeinschafts- und Partnerschaftsvorstellungen (bis etwa 1953) stehen im Vordergrund (vgl. Th. Wilhelm), in denen Konflikte schwärmerisch ins Alltagsleben gehoben werden und dort mitmenschlich aufgelöst werden.

Bei Wuermeling entlarvt sich diese Ideologie in einem offenen Antikommunismus (vgl. Arbeiteraufstand 1953 in der DDR) und in der Installierung der Familienpolitik als Militärpolitik (Remilitarisierung und Abwehr des Kommunismus), wobei sich das "Friedensreich humaner Verträglichkeit" (Weinstock 1963) anbietet.

Diese idealistisch-neuhumanistische, dem Gemeinschaftskult anhängende und der amerikanischen Partnerschaftsphilosophie verpflichtete Auffassung entpuppt sich als zutiefst antirationalistisch (Ablehnung der Staatsbürgerkunde der Weimarer Zeit) und antipolitisch (Unterschiedslosigkeit von Demokratie und Faschismus) (vgl. Wallraven/Dietrich 1970: 100 ff).

Diese Struktur mündet darin, daß die "braunen Parolen" um die kleinen Gemeinschaften (Familie) historisch weitergeführt werden.

Sozio-ökonomischer Hintergrund dieser Ideologie ist in der Auffassung zu sehen, daß alle im gleichen Boot sitzen (neoliberalistisch, sittliches Naturrecht, individuelles Freiheitsrecht) (vgl. Gröll 1975).

Der Restaurationsprozeß bleibt so gegen Konflikte abgeschirmt, bis auch die Mitbestimmungsbewegung 1952/3 voll integriert ist, und sich die Gemeinschaftsideologie erübrigt.

Rein oberflächlich betrachtet beginnt ab 1953 (bis etwa 1956) eine Phase, in der fundamentale Einsichten und Erkenntnisse erworben werden sollen. Ohne Bezug zur Empirie und Sozialwissenschaft wird diese Strategie in ihrer Inhaltlosigkeit über die staatsbürgerliche "Pädagogik" gefährlich. "Pädagogisierung" der Gesellschaft (Die Grenzen zwischen Qualifikation und Sozialisation wie vergesellschafteter Sozialisation und privater Interessensorganisation verschwinden).

Staatliche Aktivitäten werden sowohl wesensmäßig erfaßt als auch gleichzeitig Herrschaftsstrukturen für notwendig deklariert.

Dies entspricht durchaus dem Abschluß einer Phase, d. h. die alte ökonomische Ungleichheit und Herrschaft bleibt, die Debatte um die mögliche Sozialisierung ist zu Ende.

Auch der Staat gewinnt an Stärke, nachdem der alte Verwaltungsapparat wieder funktioniert.

Einsicht also als bloße "intellektuelle Anpassungsleistung" hebt ab auf die Akzeptierung der Normativität des Faktischen.

Ab 1956 macht sich die Einsicht breit, daß die Angepaßtheit zu passiv vonstatten geht (Schelsky 1957): "Vulgärsoziologisch" wird aktives Mithandeln lediglich in der Karriere und in dem Konsum gesucht.

Allerdings sind die liberal-demokratischen Vorstellungen eines "government by discussion" und von Partizipationsmodellen in Bezug auf die kommunale Selbstverwaltung den Verhältnissen in der BRD nicht kompatibel.

Dieses formaldemokratische Modell mündet in einen realitätsblinden Voluntarismus (z. B. Ellwein 1968) und in einen resignativen Pragmatismus (Gottschalch 1969), was die politische Verhaltenslehre lediglich etwas korrigiert.

Diese Vorstellungen kommen in einer Situation auf, in der Pluralismus lediglich an der Oberfläche erscheint: Der Staat hat seine Selbstsicherheit gewonnen (KPD-Verbot 1956), die SPD und die Gewerkschaften sind gezähmt.

Die sich breitmachende Apathie jedoch und die aktuellen Anlässe (Wehrpflicht, Anti-Atomtod-Kampagne, Hakenkreuzschmierereien) bereiten Sorge, da auf diese Weise die Legitimität und Schein-Öffentlichkeit in Frage gestellt ist.

Mögliche politische Kritik und aufgestaute Aggressionen müssen demnach staatserhaltend-antikommunistisch umgebogen werden.

Vor diesem Hintergrund wird die Familienideologie Wermelings (1953 - 1962) verständlich, in der es in erster Linie um die Abblockung von Kollektivismus, Sozialismus und Kommunismus geht.

Die Erhöhung der Kinderzahl und das Plädoyer für die kinderreiche Familie dient vor allem dazu, die Frau (vor allem der Mittelschicht) von der Berufstätigkeit abzubringen und an die Familie zu binden.

In einem demokratischen Staat, wo die Familie nicht Funktionär der Gesellschaft und des Staates ist, erscheinen Kindergeldvergünstigungen für das vor Gott und dem Sittengesetz freie Individuum wirksame Mittel zu sein.

Wuermeling verfolgt als Ziel aber nicht einen realen, sozialpolitischen Ausgleich, sondern den einer sozialen Gerechtigkeit innerhalb einer jeden Klasse oder Schicht auf Basis eines sozial-kulturellen Existenzminimums⁽³⁸⁾.

Was Wuermeling erreichen will (wenn auch die Analyse der Einzelmaßnahmen und ihrer Effekte ein unterschiedliches Bild zeigt) ist zweierlei:

- Über eine klassenspezifische Ausgestaltung des Kindergeldsystems soll die Klassenstruktur stabilisiert werden.

- Unter dem Hinweis auf die Auflösung der Familie in sozialistischen Ländern aktiviert er gegen Sozialismus und Kommunismus.

Die von ihm verlangte Opferbereitschaft, die ja auch ein Effekt von kinderreichen Familien sein soll, entspricht dem verlangten Konsumverzicht in der Phase des Wiederaufbaus.

Über die Diskussion eines "sittlichen" Lebenswandels können allerdings gerade ökonomische Widersprüche wegdiskutiert werden, solange diese Ideologie nicht für die industrielle Entwicklung dysfunktional wird.

Über den "ideologischen" Vergleich BRD/DDR rundet Wuermeling seine Auffassungen ab:

- Durch die Verabsolutierung der personalen Gemeinschaft wird objektiv Klassenkampf gebremst. Daher muß jede "Kollektiverziehung" diskreditiert werden.
- Er denunziert die Familienpolitik der DDR als staatspolitisch, ohne diese formal gleiche Funktion erkennen zu wollen, wenn auch eine inhaltliche Verschiedenartigkeit festzustellen ist.

Grundsätzlich nämlich geht Wuermelings Vorstellung vom konservativen Postulat der Nicht-Änderung des Erwachsenen aus, wogegen in der DDR die Erziehung revolutionär den Erwachsenen entgegengesetzt ist (in der Anfangsphase).

Hecks Familienpolitik ist in der Hinsicht interessant, weil hier die Frage zu klären ist, ob sie einen beginnenden Wandel anzeigt. Auch hier spielen bestimmte

ideologische Momente der damaligen Zeit eine Rolle (1962 - 1968). Die Forderung nach einer distanzierten Kritik und Kritikfähigkeit (ab 1962) wird akut: Die Basis geben die allgemeine Grundordnung und ein bestimmter Grundkonsens (Leibholz 1963) ab, so daß Kritik nur über Sachkenntnis und Konstruktivität denkbar bleibt. Vorurteils- und Ideologie-Kritik beziehen sich auf den, der die Norm verletzt.

Es ist die Zeit, in der die Legitimation der Demokratie nicht zuletzt durch die Funktionsschwäche der marktwirtschaftlich-parlamentarischen Ordnung in Zweifel kommt.

Die antisemitische Welle, der Mauerbau (vgl. Totalitarismus-Richtlinien 1962), die Analyse autoritärer Syndrome (Habermas u. a. 1961) bei Jugendlichen schlagen daher auch auf schulpolitischer Ebene in eine Diskussion um die politische Bildung ⁽³⁹⁾ um, die aber zwischen realer Verwissenschaftlichung und Unsicherheit schwankt. Das Aufkommen von politischen Skandalen (SPIEGEL-Affäre, FIBAG) veranlassen die herrschende Klasse, zu Reformen überzugehen. Wo aber Kritik in dieser Phase grundsätzliche Strukturen angreift und Wege der praktischen Umsetzung anpeilt, stößt die Freiheit des Denkens an seine Grenzen.

Auch die Wende zur Forderung nach mehr Konfliktverhalten (als praktisches Pendant zur "theoretischen" Kritik) findet in ihrer Gesellschafts- und Praxisbezogenheit ihre Grenzen dort, wo Radikalität und Gewalt ins Spiel kommen: Letztlich geht es um friedliche Konfliktlösung im Kompromiß (Ostermann 1963: 225).

Systemprogressive Klassenauseinandersetzungen bleiben ausgeklammert (vgl. Greiffenhagen 1966: 32).

Diese Haltung schlägt sich in der Theoriebildung insofern nieder, als der liberalistische Konfliktbegriff des 19. Jahrhunderts - von Dahrendorf (1965) in der BRD eingeführt - Triumphe feiert.

Dieses Konzept ist ideologiekritisch längst entlarvt, hält sich aber hartnäckig in der Praxis. Das Aufkommen eines Denkens in Konflikten zeigt, daß ein Krisenbewußtsein im Adenauer-Staat aufkommt, welches durch die Phase der Rezession vertieft wird. Außerdem wird ersichtlich, daß Reformen erst dann ergriffen werden, wenn die Krise da ist (Neukonzipierung der Theorie von Keynes, Hochschulreform). Auftretende Widersprüche wie die Radikalisierung der Linken (2. Juni 1967) und Wahlerfolge der NPD, die Möglichkeiten der Großen Koalition (kooperativ Konflikte zu lösen - "Konzentrierte Aktion" - und gleichzeitig zu unterdrücken - Studentenrevolte) begründen ein derartiges Konfliktdenken, zwingt aber auch dazu, Partei zu ergreifen (technokratische oder revolutionäre).

Im Großen und Ganzen jedoch mündet das Konfliktdenken, ehe es handlungsrelevant werden kann, in ein harmonisierendes Denkkonzept, das Bestehendes legalisiert und "pluralistisch" untermauert.

Im Kontext dieser Bewegungen des bürgerlichen Bewußtseins ist auch die Familienpolitik Hecks als ein Blanceakt zu sehen: Denn die Ideologie des Konsumverzichts kann gegenüber dem Kapital nicht mehr vertreten werden.

Sein Versuch mündet in einer differenzierteren Familienideologie, in der Familienerziehung als staatsbürgerliche, direkt auf das kapitalistische Denken und die Notwendigkeit entfremdeter Arbeit bezogen wird.

Über das geschickte Manöver der "Identifikation mit dem Feind" bezieht er sich sogar auf Marx, biegt diesen aber so um, daß die Bedürfnisse der Produktionsverhältnisse verabsolviert werden.

Sein Ministerium, in das auch die Jugendpolitik integriert ist, lehnt den materiellen Konsum nicht offen ab, zeigt sich mehr an sozialer Gerechtigkeit orientiert, wenn auch bestimmte im christlichen Sinne "sexualfeindliche" Ideen weiter bestehen bleiben.

In konzentrierter Form jedoch führt Heck die anti-kommunistische Haltung fort, bezieht sie jedoch nicht allein auf die Familie, sondern befürwortet im Gegensatz zu Wuermeling andere Sozialeinrichtungen, vorausgesetzt, sie können die politische und religiöse Indoktrination effizienter betreiben.

Das Eintrimmen sozialfeindlicher Haltungen wird organisatorisch-methodisch an Formen der Elternbildung gekoppelt (erscheint allerdings noch nicht im 1. Familienbericht), über die Jugendliche (z. B.) zur Ehefähigkeit erzogen werden sollen.

Damit kann auch die Überbetonung des "Geschlechtlichen", die sich in der Gesellschaft breit zu machen beginnt, kanalisiert werden.

Da familienexterne Institutionen an Wichtigkeit gewinnen und weil Kindergärten vor allem in kirchlicher Hand sind, kann die zu Kapitalverwertung notwendige Berufstätigkeit der Frau ausgeglichen werden, die neben den Strukturschwächen der Familie Unsicherheiten produziert.

Die geforderte Repression wird unter dem Deckmantel der "Stärkung der Erziehungskraft" betrieben. Die veränderte Einstellung zur Erwerbstätigkeit der Frau bewirkt aber auch eine differenziertere Beurteilung der Familienpolitik sozialistischer Staaten, wenn auch der Vorwurf weiter bestehen bleibt, daß die Jugendlichen den Eltern entzogen werden.

Die teilweise sich vollzogene Veränderung des traditionellen Rahmens der Familie verweist auf das Problem, ob diese Entwicklung den Einzelkapitalien und dem Gesamtkapital letztlich schadet. Das Problem kann aber sicher nicht so gelöst werden, wie Haensch es diskutiert.

Er geht nämlich von einem Entweder-Oder aus. Einmal könne die Familienpolitik generell regulierend kurzfristig dem Kapitalinteresse entgegenstehen, zum anderen ließe (auf der Basis der Theorie von der Verselbständigung der "Moral", Ideologie) das Kapital den "Überbau" ein Stück frei und entwickle neue Herrschaftssicherungen, so daß die Widersprüche zwischen Kapital und Familienpolitik als Anpassungsschwierigkeiten analysiert werden könnten.

Einmal ist dieses Modell zu machanistisch-orthodox, da die Vermittlungsglieder fehlen (Gesellschaftsprozeß), zweitens balanciert der Staat immer zwischen Erfordernissen und möglichen Forderungen, wennerauch ein kapitalistischer Staat bleibt, drittens klammert Haensch mögliche positive Trends staatlicher Aktivität aus.

In jener Konsolidierungs- (1957 - 1965) und Umbruchphase (bis 1969) behält das "Familienprinzip" zwar eine entscheidende Bedeutung, die Jugendpolitik entwickelt sich aber aus einer anfänglichen totalen Unterordnung unter die Familienpolitik heraus und wird ihr nebengeordnet, was sich unter anderem in der Gründung des Deutschen Jugendinstitutes (1961) äußert (Nikles 1976).

Dennoch bleibt gerade in der Konsolidierungsphase die Jugendpolitik im Schatten der Strategie zur Stärkung der Familie (vgl. "Leistung und Erfolg", 1949 - 1959), so daß die Jugendpolitik ziemlich punktuell-etatistisch unter eine ziemlich diffuse familienpolitische Programmatik subsumiert ist.

Daher - wie die Reform des RJWG zeigt (1961) - reduziert sich die Jugendhilfe vor allem auf Handlungsfelder, die mehr familiäre Defizite als gesellschaftliche auszugleichen haben:

In der Praxis herrscht daher weiter das Muster von sozialen Ordnungsbehörden vor.

Mit der Ablösung von Wuermeling zeichnet sich ein allmählicher Abbau der rein ideologischen Orientierung ab, was sich auch in den Diskussionen um die politische Bildung abzeichnet, in der sich langsam die Gesellschaftspolitik des Status Quo verändert (Dahrendorf 1962/ 42 - 54).

Über die verstärkte Diskussion von bildungspolitischen Problemen verlagert sich nach und nach auch das Verständnis der Familienpolitik zu einer Perspektive jeder Politik.

Mit der steigenden Dringlichkeit, im Bildungssystem Veränderungen vorzunehmen ("Bildungskatastrophe") treten die Objekte der Familienpolitik stärker in den Vordergrund, weswegen nicht zuletzt auch das Ministerium nicht mehr nur Fragen artikuliert. Zunächst schlägt dies in die Veränderungen der Jugendpolitik um. Denn die Notwendigkeit, die Jugend am Gesellschaftsprozeß mitwirken zu lassen, kann nicht mehr nur in Abgrenzung von der NS-Zeit und den Verhältnissen in der DDR durchgesetzt werden. Die Mitbeteiligung der SPD in der Großen Koalition hat in dieser Hinsicht ihre Bedeutung, weil sie neue politische Zielsetzungen formuliert. Wie der 1. Jugendbericht schon gezeigt hat (1965), müssen eben alternative Vorstellungen zur bisherigen Politik entwickelt werden, um auch auf Basis einer wissenschaftlichen Konzeption die Politik wirksamer zu gestalten.

Gerade die SPD wendet sich gegen das Familienmodell, indem sie die Kinder in der Familie schon als zukünftige Jugendliche (und Erwachsene) betrachtet und sich gegen das Stereotyp wendet, daß im Kindesalter allein die Eltern sich um die Versorgung und Erziehung der Kinder zu kümmern hätten.

Der Anspruch - vor allem von der SPD vertreten -, Politik mehr wissenschaftlich zu legitimieren, führt auch dazu, die "Berichte" in zwei Teile zu untergliedern: Regierung und wissenschaftliche Fachkommission, wie der 2. Jugendbericht zeigt (1968).

Jedoch kann die SPD letztlich ihre Überlegungen erst durchsetzen, als sie die Regierung mit der FDP trägt: Bildungspolitische Motive gewinnen Gewicht, die sich von einer mehr von der Praxis vorgegebenen institutionellen Sichtweise weg bewegen, wobei natürlich vor allem Systemkritik aus der Praxis selbst forcierend wirkt (vgl. Jugendhilfetag 1970). In dieser Umbruchphase deutet sich schon eine Verlagerung des Schwerpunkts an: So kommt schon im Umfang der Jahresberichte zur Jugendproblematik die Bedeutung der Jugendpolitik zum Ausdruck, obwohl die Familie noch immer im Vordergrund steht⁽⁴⁰⁾.

In diese Phase fallen schon Gesetze, die mehr die Rechte des Kindes betreffen (Rechtsstellung des nichtehelichen Kindes), spricht die Familienministerin Braucksiepe von einer stärkeren Akzentuierung der kindlichen Persönlichkeit (1969). Damit stellt sich die Chance ein, über eine mehr funktionale Betrachtungsweise (Individualprinzip) einen mehr planerischen Praxisbezug herzustellen. Eine fruchtbare Verbindung von Familien- und Jugendpolitik läßt sich daher über die personale und soziale Entwicklung des Kindes festmachen (Effektivität der Sozialisationsforschung).

Mit der sozialliberalen Koalition beginnt eine Phase der Neuorientierung (bis etwa 1972). Man will Demokratie wagen, die Jugend aktiv mitbeteiligen, in einen Dialog mit ihr treten. Als Konsequenz wird das Wahl- und Volljährigkeitsalter herabgesetzt (aus parteistrategischen Gründen, vor allem rechtspolitische Debatten).

Zudem schränkt die Regierung durch diese Entscheidung die Jugendphase ein und verkleinert ihren Gegenstandsbereich. Nicht zuletzt verschiebt sich damit aber auch die Sichtweise mehr in Richtung Kindheit, was wiederum für die Familienpolitik andere Perspektiven eröffnet. Negative Veränderungen stellen sich aber gleichzeitig insofern ein, als z. B. das Modell des Bundesjugendplans als Instrument politischer Disziplinierung benutzt wird (VDS-Sperre).

Wie sich dieser Wandel im Endeffekt einschätzen läßt, wird einer abschließenden Betrachtung noch überlassen bleiben.

Zu dieser Beurteilung muß aber zusätzlich die Einstellung zur Jugendpolitik in der DDR fruchtbar gemacht werden, die für eine Analyse realer Möglichkeiten in der BRD immer von Interesse sein muß.

In allen drei Jugendberichten (der dritte erscheint 1972) konzentriert man sich nicht bloß wegen der empirischen Mangellage auf die ideologische Bewertung, die aber in den "Materialien zur Lage der Nation" (1971) nicht zum Vorschein kommt.

Beiden Berichtformen gemeinsam scheint aber zu sein, daß sie in ihrem "Vergleich" die Diskussion der Verhältnisse in der BRD ausklammern.

Eine gesamtanalytische Betrachtungsweise im Vergleich kann nämlich dazu dienen, jugendpolitische bzw. familienpolitische Aktivitäten auf gesellschaftliche Ziele - organisatorisch vermittelt - zu beziehen.

Bestimmte irrationale Anpassungs- und Integrations-schwierigkeiten ließen sich auf diese Weise dann möglicherweise vermeiden.

Familien- wie Jugendpolitik ist in der BRD defizitär strukturiert: Partizipation an Herrschaft läuft über Konkurrenzverhältnisse ab, d. h. es existiert keine Zukunftsorientierung in Form einer Perspektive, in der die Handlungsmöglichkeiten schon vor der Realisierung verteilt sind (vgl. Ferber 1965): wie in der DDR.

In der BRD dagegen interveniert der Staat vor allem - und das macht die mangelnde Planung aus -, wenn ein Minimum an Handlungskompetenz nicht erreicht wird. Die Garantien von Erziehungs- und Daseinsvorsorge verändern sich ständig.

Allerdings hat die veränderte Einschätzung der Jugendphase, die die familiäre Sozialisation und ihre Planung tangiert, gezeigt, daß die Trennung zwischen Lernzeit und gesellschaftlich-politischer Integration zunehmend aufgehoben wird (Vergesellschaftung). Als Resultat der Entwicklung aber bildet sich immer mehr eine Politik heraus, die als "Erziehungspolitik" gelten kann.

Dennoch wird die Frage akut bleiben, inwieweit eine Reduktion auf Erziehungsprobleme allein zu sehr einem "Ausschnittscharakter" nachhängt, wie auch in der Debatte um die Hineinnahme der Jugendhilfe in die Sozialgesetzgebung anklingt.

Die Entwicklung der Familienpolitik seit 1945 mündet in einem neuen Verhältnis zur Jugend-, Sozial- und Bildungspolitik (Jugendpolitik: Die Sozialisation des Kindes als Ausgangspunkt).

Entscheidend aber für die Durchsetzung familienpolitischer Konzeptionen ist die Tatsache, daß sich durch die Verfestigung alter Institutionen - ob der Sozialleistungen oder sozialen Hilfen - die grundlegende Sozialreform noch verzögert (vgl. auch Eltern- und Familienbildung).

Die alte Dreiteilung von Versicherung, Versorgung und Fürsorge (Kaufmann 1973: 93) rekruiert vor allem noch auf dem Ursachenmodell und dient nicht dem Zweck der Existenzsicherung.

Das Hinterherhinken hinter dem angelsächsischen Modell verweist in dieser Hinsicht die Familienpolitik lediglich auf den Erziehungsaspekt.

Von daher gesehen ist auch die mangelnde Ausnutzung des Sozialstaatspostulates zu erklären, welche über eine unpolitische Zentralinstanz, die die Praxis den freien Verbänden überläßt, letztlich zu einer "Desintegration des sozialen Rechtsstaats" führen kann (Hartwich 1970: 342)⁽⁴¹⁾.

Dahernimmt Familienpolitik lediglich teil an der Sozialpolitik.

Eine Veränderungsstrategie muß einkalkulieren, daß (über die Voraussetzung, daß sich das gesamte staatlich-politische Handeln auch als "Erziehungspolitik" begreift) staatliches Handeln über eine Theorie zu organisieren ist, um tatsächlich strukturelle Aspekte auszuschöpfen. Eine Kompetenzbeteiligung des Ministeriums ist dann auch eine Forderung, die stärker in der Programmatik der SPD zum Vorschein kommt, während die CDU/CSU erst, als sie sich in der Opposition befindet, vom Familienprinzip als Markenzeichen für eine nicht-sozialistische Politik abweicht.

Für jede Umstellung von Familienpolitik muß daher gelten (ansatzweise im Entwurf der "Familienpolitik der SPD" 1973), daß klar zwischen Zielen, Lageanalysen und Maßnahmebündeln zu differenzieren ist. Diesem Ziel dient eine theoretische Vorgehensweise, die ideologische Konstrukte wie das der Einheit der Jugendhilfe entlarvt (gerade, wenn es um die Familie geht), das vor allem dazu dient, sich gegen Interventionen zu schützen und die Politik auf eine vorgebliche alternative Praxis zu reduzieren.

Die Sozialisationstheorie kann in diesem Rahmen als ein Suchraster für Handlungsorientierung gelten, um solche Ideologien zu ersetzen.

Wie schon an anderer Stelle erörtert worden ist, kommt allerdings noch eine Problematik dazu: Denn die Demokratie ist insofern demontiert, als das Parlament mehr oder weniger ausgeschaltet ist, Regierung und Ministerialbürokratie auf die "Verbände" und ihre Empfehlungen angewiesen zu sein scheinen. In der Hinsicht sind dann auch die "Berichte" zur "Politik der Lenkung der Lagen" (Lompe 1971: 275) in ihrer Durchsetzungsmöglichkeit zu relativieren, sofern sie überhaupt (was noch am 2. Familienbericht zu zeigen ist), einen gewissen Gütegrad besitzen. Die beginnende Diskussion sozialisationstheoretischer Aspekte in Politik und Praxis deuten daher nur auf eine Veränderung hin, es muß aber erst gesichert werden, daß sich die komplexen Informationen in Handlungsstrategien umsetzen lassen:

- über Modelle politischer Planung,
- über planvolle, durch Wissenschaft und Praxis abgesicherte Politikberatung.

Die "nachgehende" Familienpolitik scheint durch eine demokratische Planung abgelöst zu sein, wenn auch die Partizipation aller Beteiligten - und da muß eben die grundlegende Diskussion über die Vergesellschaftung der Produktionsmittel geführt werden - die freie Selbstorganisation der Gesellschaft sichern muß (Harnischfeger 1969) und nicht nur bestehende Herrschaftsstrukturen.

Entgegen diesem vorrangigen Ziel wird die Effizienz des politischen Steuerungssystems durch eine technisch-instrumentelle Sichtweise und durch Stereotypisierung als Funktion von Steuerung entscheidend eingeschränkt. Auch reduziert das Rekruieren auf lediglich im eigenen Politikbereich formulierte Ziele und entwickelte Instrumente die Planung, so daß immer mehr die Wahrnehmung sekundärer Funktionen über eine Querschnittspolitik alternativ im Vordergrund stehen muß.

Damit Planung funktionalisiert werden kann, sind bestimmte Voraussetzungen notwendig:

- 1) Wissenschaftliche Analysen müssen über die Lagen der Familien erstellt werden.
- 2) Die Reaktionen der Organisationspraxis auf diese Lagen müssen ebenfalls wissenschaftlich erforscht werden.
- 3) Auf Basis dieser Ergebnisse müssen vermittelt über wissenschaftliche Konzepte politische Ziele und Planungsmodelle entwickelt werden.
- 4) Auswirkungen müssen dann wiederum wissenschaftlich erfaßt und rückgekoppelt werden.
- 5) Die Familienpolitik selbst muß dazu Gegenstand wissenschaftlicher Analyse sein.

- 6) Zudem muß durchgesetzt werden, daß auch die Familienmitglieder selbst (d. h. vor allem die Eltern) sich organisiert die Politik zunutze machen können bzw. bestimmen. Diese Möglichkeit schließt ebenfalls wissenschaftliche Analysen ein.

Es läßt sich resümieren, daß die Familienpolitik mehrere Phasen nach 1945 durchlaufen hat.

Bis in den Anfang der 60er Jahre erfolgt eine Art Institutionalisierung, die mehr pragmatisch-verwaltungstechnisch als gesellschaftspolitisch ausgerichtet ist, in der mehr Zuständigkeiten zusammengefaßt werden.

Zeitlich versetzt entwickelt sich eine Phase der Verwissenschaftlichung, in der mehr wissenschaftliches Vokabular rezipiert wird, als daß von einer verwissenschaftlichten Praxis gesprochen werden kann. Die Entwicklung in der Praxis beschleunigt diesen Prozeß.

In einer letzten Phase - die bis heute anhält - formt sich die politische Zentralinstanz zu einem effizienten Instrument der Planung aus. Daher kann man von einer Art Politisierung reden, die immer mehr unterschiedliche Praxisfelder "überformt" und sich an gesellschaftlich-politischen Zielen orientiert. Der Boom in der Herstellung von Schriften zur Familie weist unter anderem auf diesen Tatbestand hin.

Ausgangspunkt für jede familienpolitische Orientierung muß jedoch bleiben (vgl. Hornstein 1970), daß die Veränderung der familialen Verhältnisse im Endeffekt nur über die Veränderung der Gesamtgesellschaft, d. h. der Produktionsphäre laufen kann.

Im nächsten Abschnitt wird es darum gehen, anhand des Vergleichs der zwei Familienberichte (1968, 1975) die aufgestellten Thesen zu belegen, d. h. zu überprüfen, inwieweit sich Anzeichen für "Übergänge" identifizieren lassen und ob solche Kritik am Platze ist, die mehr als nur systemimmanent zu verstehen ist.

Abschließend wird eine Zusammenfassung der Ergebnisse in ihrer Konsequenz für die Sozialisationsforschung zu ziehen sein, die heute einen noch recht dürftigen Platz in der Politik und auch teilweise in der Organisationspraxis einnimmt.

Diese Erkenntnis wird im weiteren Verlauf aufgegriffen werden, um den mangelnden Einfluß der Politik in der Rechtssphäre (vor allem am Aufzeigen der historischen und strukturellen Entwicklung des Adoptionsrechtes) aufzuzeigen, deren Inhalte Rahmenbedingungen für eine widersprüchliche Organisationspraxis abgeben.

2.2.3 Kritische Darstellung der Familienberichte 1968 und 1975

Die grundlegende These des Vergleichs liegt darin begründet, daß jede Variation des "Familienprinzips" innerhalb familienpolitischer Konzepte - wie es ja in der CDU/CSU-Regierung vorrangig gang und gäbe ist - letztlich eine rationale Planung und Organisation des Familienbereichs in Frage stellt. Damit soll jedoch nicht darauf abgezielt werden, ein Plädoyer für die "Auflösung" der Familie zu halten, sondern lediglich auf den gesellschaftlichen Charakter der Familienerziehung verwiesen werden (Markarenko; Liegle 1973).

Die ideologische, teils mit wissenschaftlichen Begründungen versetzten Argumente gegen stärkere Planung, die sich auch in der Rechtssphäre ausdrückt (Schutz von Ehe und Familie; Betonung der Elternrechte; der Familienbezug des Jugendhilferechts) zeigen letztlich, daß die "Gesellschaftlichkeit" der Produktion und Reproduktion und damit eine umfassende rationale Planung über strukturelle Veränderungen der gesamten Gesellschaft nicht in den Blick geraten dürfen.

Der Staat als vorrangiger Vergesellschaftungsträger, der permanent zwischen den Erfordernissen der Kapitalverwertung und den möglichen Forderungen der Lohnabhängigen ausbalancieren muß, kommt insofern ins Gerede, als er vorsichtig Interventionen in den familiären Bereich forciert betreiben muß, um das Gesamtsystem zu stabilisieren und zu dynamisieren, aber gleichzeitig merkliche Eingriffe in die Familie vermeiden muß.

Unter den Prämissen, daß einerseits hinter den Familien lediglich sekundäre Interessenorganisationen stehen, die objektive, strukturelle, mögliche Partizipationschancen von Eltern ideologisch nicht berücksichtigen, und daß andererseits das Verhältnis von Wissenschaft, Politik, Praxis und den "Betroffenen" nur partiell rational gestaltet ist, erweist sich die heutige Familienpolitik noch als in weiten Teilen reaktiv orientiert (Liegle 1976).

Wie schon aus der Analyse des problematischen Verhältnisses zwischen "Sozialem" und "Politischem" begreifbar ist, drückt sich die wenig rationale politische Steuerungskompetenz eben darin aus, daß

vor allem allgemeine, abstrakte Kompetenzregelungen getroffen werden und ansonsten die Praxis der privaten Interessenverfolgung anheim gestellt wird.

2.2.3.1 Zum Vergleich beider Berichte

Die Vorgabe des Aufgabenbereichs birgt von vornherein Unterschiede:

Während im 1. Familienbericht vor allem in demographischer und ökonomischer Hinsicht eine Situationsanalyse gegeben werden soll, konzentriert sich der zweite auf die Erfassung der Leistungen und Leistungsbehinderungen der Familie, vor allem in "pädagogischer" Hinsicht.

Das Verhältnis des ersten Berichtes zur Wissenschaft drückt sich darin aus, daß formal keine Untergliederung in zwei Stellungnahmen vorliegt: Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik wird nicht problematisiert, Wissenschaft soll lediglich Orientierungshilfen geben.

Relativiert muß dies nur insofern, als für die Zukunft die Mitarbeit sozialwissenschaftlicher Fachkräfte in der Ministerialverwaltung verstärkt gefordert wird.

Im zweiten Bericht werden dagegen klar Ziele und Organisationsmöglichkeiten für die Familienpolitik vorgegeben und Maßnahmen vorgeschlagen.

Wird schon bei Heck im allgemeinen eine andere Einschätzung der Berufstätigkeit der Frau (zumindest in ihrem Ignorieren) erkennbar, vervollständigt sich diese Linie im ersten Bericht, wird fortge-

setzt im zweiten, wenn auch in beiden die Berufstätigkeit der Frau als Angelpunkt einer Familienpolitik im demokratischen Sinne nicht aufgegriffen wird (vgl. Engels; Bebel; Luxemburg; Zetkin; Krupskaja; Makarenko; Charchev; Koch).

Wie aus dem Katalog von Sozialisationszielen des ersten Familienberichts hervorgeht, die hier wie auch im zweiten nicht mit gesellschaftlichen Zielen (Möglichkeit einer erweiterten Reproduktion) in Verbindung gebracht werden, wird die Isolation der Familie auf Basis einer mehr institutionalen Familienvorstellung (vgl. Rosenbaum) nicht problematisiert: Seine Funktion liegt mehr in der entlastenden Suche nach dem Sinn des Daseins, über die eine leichte "Störung" im Verhältnis zum öffentlichen Raum vor allem durch verstärkte Vereinstätigkeit verbessert werden kann.

Auf diesen Aspekt legt der zweite Familienbericht mehr Gewicht (auch in Bezug auf die Elternbildung): Er problematisiert wirkliche Partizipationschancen, die der Verhaltensbiologe Hassenstein total ablehnt, für den die Familienpolitik in keinsten Weise zur Gesellschaftspolitik entarten darf (1976; 1973). Die bevorzugte Sichtweise der Familienpolitik nach katholisch-christlichem Muster leitet im ersten Bericht über auf das Problem des "Sexuellen", vor dessen distanzlosen, d. h. von der Ehe unabhängigen "Geschlechtlichkeit" gewarnt wird.

Dementsprechend werden Untersuchungen zitiert, die beweisen sollen, wie hoch doch Ehe und Familie von den Jugendlichen geschätzt werden.

Von dieser Verabsolutierung von Ehe und Familie rückt der zweite Bericht letztlich ab.

Die Behandlung der Berufstätigkeit der Frau im ersten Bericht führt dazu, daß außerfamiliare Institutionen kaum Erwähnung finden (bis auf die - verbunden mit der "Zähmung" des Sexuellen - partielle Diskussion von Ehe- und Familienvorbereitung).

Daneben werden auch Problemgruppen, wie Behinderte, Minderheiten und Obdachlose nicht analysiert. Es fällt im Vergleich zum zweiten Bericht - wenn auch nicht positiv in der inhaltlichen Ausführung - auf, daß die Entwicklung in der Familienpolitik "Mitteldeutschlands" gesondert angeschnitten wird.

Ist dieses Vorgehen 1968 ziemlich ideologisch gefärbt, und ist dies auch von der historischen Konstellation her verständlich, so wird dieses Problem dagegen im zweiten Bericht "wissenschaftlich" aufgegriffen.

Anhand der Verabsolutierung eines Schichtansatzes aber, der stofflich sogar hinter die aktuelle Diskussion zurückfällt (vgl. Lüksch 1976; Hager u. a. 1973; Gloy 1973; Bargel 1973), wird ein möglicher marxistischer Ansatz aber, als für die Diskussion unergiebig, undiskutiert beiseite gelegt (S. 22).

Zum Zweck der Beurteilung der Konzepte der Sprachentwicklung wird dann auch folgerichtig Wygotski ("Denken und Sprechen") als ein Forscher behandelt, der hiesige Ergebnisse bestätigt. Es läßt sich aber die Vermutung äußern, daß sein Buch nicht rezipiert worden ist⁽⁴²⁾.

2.2.3.1.1 Der erste Familienbericht

In mehr "moralisierender" Weise wird die materielle und geistige Situation der Kern- und Kleinfamilie analysiert, wobei das Schwergewicht wohl auf der Entlastung des von der Arbeitswelt geschädigten Menschen liegt (Belastung durch Beruf: S. 56). Die Funktions- bzw. Zielbestimmung liegt in einem institutionellen Familienbegriff, der die Gesamtheit der Familie, weniger die einzelnen Familienmitglieder (vgl. Farthmann 1978) und ihre Probleme umgreift.

Personale Bezüge, Wertordnungen, Erleben von Autorität, Familie als Gegengewicht zu den versachtlichten Beziehungen außerhalb, Orientierung in Verbindung mit Sachverstand, Zusammenhalt, Sinn des Daseins sind die ideologischen Bezugspunkte dieses Berichts (S. 8). Obwohl ein möglicher Leser, der emotional in seine Erfahrungswelt verstrickt sei, die vorliegenden Untersuchungen nicht nachvollziehen könne, müsse doch vom gesellschaftlichen Wandel gesprochen werden. Die bereitgestellten Muster der Verhaltenssicherheit und die traditionellen Arbeitsfähigkeiten erweisen sich offensichtlich als dysfunktional für die Kapitalverwertung.

Der Bericht, der vor allem eine erste Orientierung (in der gesamten Sozialgeschichte "einmalig") leisten soll, erlaubt keine praktischen Konsequenzen (S. 9), weil die notwendige Effizienzkontrolle seitens der Wissenschaft fehlt (bis heute).

Verhindert wird dies allerdings auch dadurch, daß teilweise - neben der theoretischen Problematik des Ansatzes - weit zurückliegende Untersuchungen angeführt werden.

Der Bericht gliedert sich konkret in zwei Teile:

A: (Schubnell, Wurzbacher) beschäftigt sich mit den demographischen und soziokulturellen Strukturen und Tendenzen, die vor allem interessieren sollen.

B: (Neundörfer) behandelt die ökonomischen Lebensbedingungen der Familie (quantitativ).

Da der Schwerpunkt auf der Struktur der Bevölkerung nach dem Familienstand liegt, interessiert für die Analyse vor allem die Geburtenentwicklung (im Zusammenhang mit der Sterblichkeitsrate), wobei auch viele historische Bezüge (Feudalismus) hergestellt werden.

Das Regenerationsverhalten wird wichtig:
Partnersuche, vorehelicher Verkehr, Scheidungen, Heirat, unvollständige Familien.

Ausgangspunkt ist die Familie, die mit dem Haushalt identifizierbar ist, die Kleinfamilie, welche quantitativ etwa 44 % der Familienvarianten ausmacht (S. 34).

Die Schwerpunktsetzung in der die Qualität von Erziehungsprozessen neutralisiert wird, kommt in folgenden Aspekten zum Ausdruck:

- 1) Die unvollständige Familie ist vor allem deshalb interessant, weil diese weniger Kinder produziert.
- 2) Die Realität des "Geschlechtlichen" kommt darin zum Ausdruck, daß viele Frühehen geschlossen werden müssen. Die ambivalente Lösung liegt darin begründet, daß zwar die Aufklärung zugekommen hat (allerdings in der "Grundsicht")

weniger), daß aber gleichzeitig Ehe und Familie als einziges "geschlechtliches" Ziel propagiert werden müssen - z. B. über Kurse zur Vorbereitung auf Ehe und Elternschaft (S. 22).

- 3) Eine gewisse Abrundung stellt das Stereotyp dar, daß der voreheliche Geschlechtsverkehr auf Ehe angelegt ist (S. 28).
- 4) Auf dem Hintergrund der Annahme, daß die Geburtenentwicklung keinen Anlaß zur Besorgnis gibt, werden zwar immer noch in ausreichendem Maße Kinder gewünscht, sie stellen aber einen immer größeren Be-lastungsfaktor dar, der Planung erzwingt (vor allem für die sogenannte "Grundschicht").

Ist aber gesichert, daß genügend Kinder produziert werden, stellt sich das Problem, wie die Verhältnisse zwischen Ehepartnern und Eltern/Kinder zu gestalten sind (an dieser Stelle kommt die Qualität ins Spiel).

Allerdings impliziert der Lösungsvorschlag die ideologische Behauptung, daß sich Partnerschaft durchsetzt oder schon in realiter besteht.

Über vergleichende Untersuchungen (S. 47) soll dies untermauert werden (Lupri 1965; Fröhner 1956).

Abgesehen von der empirischen Schwierigkeit des Vergleichs (vgl. auch Lukesch 1976) erweist sich eine Interpretation der Befunde als problematisch: Die Zunahme von Partnerschaft (nicht falsifiziert an der Zunahme von Kindesmißhandlungen) wird mit der Zunahme an Demokratie innerhalb der industriellen Entwicklung nach 1945 erklärt.

Verständlich wird diese Ideologie auf dem gesellschaftlichen Hintergrund einer Zeit der Rezession und ihrer historischen Reflexe.

Diese ideologische Sichtweise beeinflusst auch die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Autoritätsverhältnis in der Familie, während dann der zweite Bericht konfligierende Ergebnisse liefert, die mehr in der organisatorischen Anstrengung der Herstellung von Partnerschaft münden, die der erste Bericht schon als real unterstellt und wie folgt begründet:

- Die Berufstätigkeit der Frau vergrößert ihre Selbständigkeit.
- Kinder erhalten mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Familie.
- Der intimere und personenhaftere Charakter der Familie führt auch zur Diskussion von Tabus (S. 48).

Kennzeichen dieser neuen Entwicklung sind ein Mehr an gemeinsamer Freizeit, die gemeinsame Verfügung der Eheleute über die Finanzen, die Mitentscheidung von Kindern. Jene müssen aber im Spannungsverhältnis von Mitsprache, Eigenständigkeit und Gehorsamsforderungen relativiert werden (S. 48).

Wird daher einerseits auf einen Wandel in der traditionellen Rollenstruktur hingewiesen, wird auf der anderen Seite das mögliche personale Übergewicht betont, welches für den Mann natürlich im Beruf und für die Frau im Haushalt liegt.

Allgemein wird die unterstellte positive Entwicklung - allerdings ohne Bezug auf die Arbeitswelt - mit einem Säkularisierungs- und Liberalisierungsprozeß in Verbindung gebracht, der sich auch in der Erhöhung der Scheidungszahl ausdrückt.

Obwohl kritisch angemerkt wird, daß in vielen Ehen keine echte Lebensgemeinschaft aufzufinden ist, erachtet man doch die Selbstbilder der Befragten als repräsentativ: Über sie erweisen sich die meisten Ehen als stabil.

Um die Erwerbstätigkeit der Frau und Mutter in ihren positiven Möglichkeiten nicht diskutieren zu müssen, werden vor allem Unsicherheitsfaktoren, die mit der Berufstätigkeit verbunden sind, hervorgehoben:

Das persönliche Glück der Frau gewinnt zu große Bedeutung und bewirkt Unzufriedenheit (54).

Zur Beurteilung der materiellen Verhältnisse muß natürlich in Erwägung gezogen werden, daß etwa 57 % der Mütter mit Kindern unter 14 Jahren einen Ehemann haben, der unter 600 DM netto im Monat verdient (1962).

Generelle negative Schlüsse, die eine Berufstätigkeit implizieren, kann man in dieser ideologischen Manierebensowenig ziehen, wie dies im zweiten Bericht (relativ) sichtbar wird.

Gerade das Verhältnis zum "öffentlichen" Raum bietet in dieser Hinsicht einen Ansatzpunkt. Die Isolation der Familie wird aber eher mit Bildungskomponenten in Verbindung gebracht (wenig Kooperation von Eltern der Grundschrift mit der Schule), Lösungsmöglichkeiten beschränken sich auf die Förderung der "Vereinstätigkeit".

In diesem Kontext wird eine funktionelle Beschreibung von Familienerziehung sichtbar, auf die Haensch schon hingewiesen hat, die die Teilhabe an Interessenskonflikten verhindern soll.

Auch die Reduktion auf staatsbürgerliche Zuständigkeit genügt nicht, wenn auch kritisch eine politische Apathie konstatiert wird - in Verbindung mit Angst und Mißtrauen -, deren Aufhebung zuerst partnerschaftliches, solidarisches und kooperatives Verhalten ermöglicht.

Im ökonomischen Teil⁽⁴³⁾ wird versucht (vielleicht ist das Vorgehen genauer als das im 2. Bericht), ein idealtypisches Modell der Berrechnung zu entwickeln, das die Zahl der Einkommensbezieher, die Personenzahl und Haushaltstypen in einen Zusammenhang bringt, und außerdem die Einkommen von Kindern mit einbezieht.

Die unvermittelte Betonung der Wichtigkeit der Berufsstellung der Haushaltsvorstände verweist erneut auf eine Argumentationsweise, die versucht, grundsätzlich materielle Faktoren der Familiensituation zu relativieren (106).

Im Zusammenhang mit einer optimalen Effizienzmessung, die ja vom Familienbericht als eine Aufgabe der Wissenschaft hervorgehoben wird, erscheint mir wichtig zu sein, daß gerade nicht-zweckgebundene Leistungen schlechter zu kontrollieren sind, wenn sich auch allgemein nachweisen läßt, daß Kinderfreibeträge von Familien mit mehreren unterhaltspflichtigen Kindern nicht genügend ausgeschöpft werden konnten.

Dieser Einwand ist aber über die materielle Gesamtsituation zu erklären, die für die meisten Familien negativ ausfällt (S. 159).

Insgesamt kann man diesem Bericht vorhalten, daß er die herkömmliche Form der Familie (dies ist ein inhaltliches Problem) verabsolutiert. Alternative Lebensformen mit rationaleren und bewußteren Zielen werden in der Analyse der Partizipationsproblematik ausgeklammert.

Diese Kritik wird über die ideologischen Implikationen des letzten Teils des Berichts ("Mitteldeutschland") bestätigt, der vom Ministerium für gesamtdeutsche Angelegenheiten erstellt worden ist.

Die Familiensoziologie in der DDR, die ab 1963 gefördert wird, leistet mit ihren Forschungsergebnissen einen entscheidenden Beitrag für die Ausarbeitung der Familiengesetzbücher, die ab Januar 1966 in Kraft sind ⁽⁴⁴⁾.

Im Bericht wird beklagt, daß die Familie trotz ihrer relativen Eigenständigkeit zu sehr (vermittelt über den Staat) der Gesellschaft verpflichtet ist: Denn sie muß eine "sozialistische" sein.

Gemeinsam über sozialistische Ziele vermittelt, stehen Gesellschaft und Familie in einem Zusammenhang (237). Da im Familienrecht der DDR der Akzent auf der Förderung von Familienbeziehungen über die Verpflichtung zu den Zielen einer sozialistischen Gesellschaft liegt, sind konkrete Konfliktfälle scheinbar weniger bedeutsam (rechtlich) ⁽⁴⁵⁾.

Eine umfassende Regelung familienrechtlicher Angelegenheiten wird nicht getroffen (Rechtsunsicherheit), da die Normen des Familienrechts ein Instrument zur Organisierung der Gesellschaft sind und

Lücken durch andere Bezüge ergänzt werden können (Partei, andere Gesetzesebenen).

Wandlungsprozesse gesellschaftlicher Art, die die Eigentumsstrukturen betreffen, stehen im Prioritätenkatalog vor familienrechtlichen Bestimmungen.

Interessant ist, daß die Aufgabe des eigenverantwortlichen Unternehmers in der Entwicklung (am Beispiel des Bauern) vom Bericht in der Weise interpretiert wird, daß er jetzt in fremdbestimmten Arbeitsverhältnissen mit Arbeitspflichten, Löhnen und bestimmten Arbeitszeiten leben muß.

Diese Behauptung (239) zeigt zweierlei:

- Daß der Unternehmer in der DDR seinen Besitz verliert, wird beklagt.
- Daß in kapitalistischen Gesellschaften dies das Los des größten Teils der Bevölkerung ist, wird ausgeblendet bzw. kommt auf diese Weise gerade zum Vorschein.

Inhaltlich muß dagegen die Familienpolitik in der DDR konkretisiert werden. Denn in der Klage der offiziellen Stellen kommt dort zum Ausdruck, daß sie von jüngeren Menschen, die heute noch zu oft ungeplant heiraten müssen, mehr Verantwortung gegenüber der gesamten Gesellschaft erwarten.

Gesellschaftliches Ziel stellt in der DDR demnach die gesellschaftliche Verantwortung dar. Kostenfragen, die ideologische Stabilisierung der Familie und die Abwehr des Geschlechtlichen sind keine vorrangigen Zielpunkte.

In diesem Kontext ist auch positiv zu beurteilen, daß die frühzeitige Einführung des Zerrüttungsprinzips in der DDR die Ehescheidung erleichtert hat (242).

Der Bericht hebt entgegen positiver Entwicklungen an einigen Stellen verwundert hervor, daß auch in der DDR die Familie vorhanden ist. Offensichtlich wird es aber als störend empfunden, daß nicht nur von einer partnerschaftlichen Struktur, sondern auch von "elterlicher Erziehung" (in der BRD hat man sich zur "elterlichen Sorge" durchgerungen) in Hinsicht auf gesellschaftliche Ziele die Rede ist: Die Erfüllung von Rechten und Pflichten in der ersten Form des Kollektivs erleichtert auch das Leben in anderen Formen.

Denn, gerade die Verbindung der Familie mit anderen Kollektiven, die Gleichberechtigung der Frau über die Berufstätigkeit müssen auf Dauer nicht die Erziehungsfunktionen der Familie abbauen (247), wogegen der Bericht nur Unbehagen in der DDR-Familie registriert (248).

Im Vergleich zur BRD dagegen, in der über die Diskriminierung der unehelichen Mutter mit ihrem Kind eine spezifische Auffassung der Familie zum Tragen kommt, deutet die Abschaffung des Begriffs "uneheliches Kind" in der DDR auf andere Möglichkeiten: Der besondere Status dieses Kindes besagt, daß seine Eltern bei seiner Geburt nicht miteinander verheiratet waren (254/5).

Wollen wir uns nun dem zweiten Bericht zuwenden, indem die Analyse der Familienerziehung als gesellschaftliche ebensowenig gelungen ist.

2.2.3.1.2 Der zweite Familienbericht

Schon in der Gliederung in zwei Stellungnahmen kommt die Diskussion des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik in den Blick.

Global kritisieren die Mitglieder der Wissenschaftskommission (unter dem Vorsitz des Soziologen Neidhardt), daß das Thema zu breit gestellt und noch dazu wegen der mangelhaften Forschungslage schwierig zu bearbeiten ist (ausgenommen: Das Deutsche Jugendinstitut, das Institut für Bevölkerungswissenschaft).

Aus diesem Grunde sind auch kurzfristig eigene Untersuchungen durchgeführt worden (S. 16). Zudem beklagt die Kommission, daß aus politischen Opportunitätsgründen eine Vorauswahl durch das Ministerium getroffen worden ist, das ja auch Wingen als ehemaliger Berater der Familienpolitik der CDU/CSU mit beeinflußt hat.

Das "radikale" Extrempositionen damit ausgeschaltet worden sind, bedauert die Kommission nur insofern, als damit die Unabhängigkeit der wissenschaftlichen Forschung negativ tangiert wird.

Zur Argumentation der Regierung

Unter dem Hinweis, daß die Aufgabenstellung in diesem Bericht nicht nur eine materielle Situationsanalyse verlangt, befürwortet sie ein Konzept, daß strukturgestaltende Gesellschaftspolitik beinhaltet (V). In interdisziplinärer Weise und unter Praxisbezug sollen Interventionen in die sozio-ökonomischen

und sozio-kulturellen Bedingungen von Sozialisationsprozessen verfolgt werden. Man fühlt sich aber dem Artikel 6 GG verpflichtet, so daß auf keinen Fall eine Bevormundung der Eltern ⁽⁴⁶⁾ erfolgen soll (VI). Als Grundsätze gelten in diesem Versuch die Entfaltung der Persönlichkeitsentwicklung und der Abbau von Schichtunterschieden.

Die Regierung geht von einer realen Familie aus, die im gesellschaftlichen Funktionswandel auch eine positive Bereicherung erfahren hat. Deshalb kommen den einzelnen Familienmitgliedern auch Mitbestimmungsmöglichkeiten zu (Elterninitiativen, VII).

Die Funktionen der Familie liegen in folgenden Bereichen:

Regeneration, Erziehung, wirtschaftliche Versorgung, kompensatorischer Halt und Freizeit, Mitwirkung im öffentlichen Bereich.

Da der Begriff "Kleinfamilie" abwertend klingt und da sich die Familie trotz ihrer Schwächen als stabil erweist, befürwortet sie vor allem Maßnahmen zur Selbsthilfe, wobei Leitbilder wie Ehe, Partnerschaft und die Akzeptierung der unvollständigen Familie Priorität besitzen.

Neue familienrechtliche Regelungen (Ehe- und Familienrecht, elterliche Sorge, Gleichstellung des nicht-ehelichen Kindes) sollen als Reformen auch praktische Anstöße geben.

Wichtig erscheint, daß auch dem Kind die freie Entfaltung der Persönlichkeit ermöglicht werden soll. Die allgemeinen Bedingungen und auch außerfamiliäre Institutionen müssen daher entwickelt werden. Allerdings sind Strukturbedingungen von besonderen Belastungen zu trennen.

Unter diesen Prämissen steht die Stärkung der Erziehungsfähigkeit der Eltern im Vordergrund: Defizite innerhalb der Familie und die Distanz zur außerfamiliären Sphäre müssen abgebaut werden.

Das Bewußtsein der Verschränkung von Familie und Gesellschaft wird von der Regierung derart aufgegriffen, daß der Zusammenhang der Arbeitsbedingungen und Sozialisationsprozesse wichtig wird.

Im Gegensatz zur Kommission sieht sie im Ausbau der Elementarbeziehung eine vorrangige Chance, welche sie aber mehr funktional über den Abbau von Defiziten bestimmt. Der Jugendhilfe kommt aber mehr präventive Funktion zu (vgl. den letzten Jugendbericht).

Im Gegensatz zur Kommission sieht die Regierung mehr Chancen in der sekundären Einkommensverteilung über Mechanismen, die nicht an Leistungs-Lohnsystemen orientiert sind.

An dieser Stelle kommt der Wissenschaft wiederum die Aufgabe der Leistungsmessung und ihrer Wirkungen zu. Zu diesem Zweck wird der Staat die Gründung von Forschungsinstituten fördern und Sonderforschungsbereiche einrichten (vgl. auch den wissenschaftlichen Beirat). Organisatorisch spricht sie sich für ein dezentralisiertes, auf Kooperation und Koordination beruhendes Modell aus, in dem eben gerade die "freien Träger" Berücksichtigung finden sollen.

Gerade in Bezug auf die innereuropäischen Bemühungen erweist sich die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für die Verbesserung der Sozialisation als wichtig: Sozialpolitische Momente finden daher besondere Beachtung (XIII).

Unterscheiden sich zwar Regierung und Kommission vor allem in der einkommenspolitischen Intention, kommt aber gerade in der Stellungnahme der Regierung der wesentliche Punkt zur Sprache: Der Reiz der Arbeitsleistung soll nicht beseitigt werden (XIV).

Nur auf dieser Basis müssen die außerfamiliären Bemühungen an die konkrete Lebenslage geknüpft werden (Elternbildung; Änderung des Jugendwohlfahrtsgesetzes).

Die Konzentration auf die mehr materiellen Bedingungen drückt sich auch darin aus, daß die Regierung den Vorwurf der Kommission zurückweist, sie habe bei der Konzeption des Tagesmütterprojekts sich kaum beraten lassen (vgl. auch Liegle 1976).

Zwar will die Regierung im familienexternen Raum die Strukturen der Heime verbessern, um Entwicklungsschäden abzuwehren, auf der anderen Seite aber sollen auch Adoptionen gefördert werden (sie erwähnt hier sogar die Auslandsadoptionen, XVIII) vor allem aus Kostengründen.

Insgesamt geht es der Regierung auf allen Ebenen darum, eine sozialisationswirksame Strukturierung des Umfeldes in Gang zu setzen.

Zu diesem Zweck sollen aber Problemfälle (Ausländerkinder, Randgruppen) erst dann bearbeitet werden, wenn die soziale Gefährdung schon sichtbar ist.

Bericht der Kommission

Unabhängig von mehr oder weniger widersprüchlichen Aussagen zum Verhältnis der Wissenschaft zur Politik, die darin begründet liegen, daß der Staat als besondere Struktur der Gesellschaft nicht auf die historisch-konkrete Gesellschaftsformation bezogen wird, gewinnt gerade der problematische Charakter der im zweiten Bericht vorgetragenen wissenschaftlichen Inhalten (Sozialisationsforschung) seine Bedeutung. Die Persönlichkeitsentwicklung wird über ein Gesellschaftsmodell erklärt, das in strukturell-funktionaler Weise die Theorie der Industriegesellschaft mit seinem demokratischen Potential unterlegt:

Der widersprüchliche Charakter der gesellschaftlichen Arbeit und damit die Reduzierung der Reproduktion auf ein homöostatisches Modell hat die Konsequenz, daß die erweiterte Reproduktion als Möglichkeit für die Persönlichkeitsentwicklung nicht berücksichtigt wird.

Die Persönlichkeit wird so an dem vagen Modell der "normalen", durchschnittlichen (empirisch-statistisch am Schichtmodell festgemachten) Persönlichkeit gemessen.

Ich will zuerst eine Übersicht über die einzelnen Kapitel des Berichtes geben:

Teil A: FAMILIE UND SOZIALISATION

(Einleitung; Familie und Gesellschaft; Kommunikation in der Familie; Sozialisationswirkungen; Problemfelder.

Teil B: FAMILIENPOLITISCHE MASSNAHMEN

(Familienpolitik; materielle Sicherung; Wohnungs- und Siedlungspolitik; pädagogisch-soziale Einwirkungen; familienergänzende und -ersetzende Maßnahmen; Schlußfolgerungen).

Teil C: ANHANG

(Angabe wichtiger, empirischer Befunde).

1) Zu Teil A

Konzentrieren sich die Wissenschaftler in ihrer Analyse vor allem auf den frühkindlichen Sozialisationsprozeß, beziehen sie aber auch auf andere Funktionen wie die der Reproduktion, des Haushalts, der Freizeit und der Regeneration in ihren Leistungsbericht mit ein.

Orientiert an den Ergebnissen der Kleingruppenforschung (Kritik: Hagemann-White/Wolff 1975; Rosenbaum 1974) steht die Familie als eine besondere Gruppe im Mittelpunkt, deren Funktion allerdings erst über die Analyse gesamtgesellschaftlicher Bedingungen erklärt werden kann. Über die Berücksichtigung von politischen, kulturellen und ökonomischen Bedingungen, die in ihrem Determinationszusammenhang offen gelassen werden, zielt der Bericht vor allem auf die Wirkungsmessung (bzw. auf die Diskussion der Möglichkeiten dazu) gesellschafts- politischer Leistungen ab.

Die Einschätzung der Erziehungskapazität der Familie für eine praktische Familienpolitik stellt den Angelpunkt dar.

Als Maßstab wählt die Kommission einen Satz von Sozialisationszielen (dieser Begriff umfaßt alle unbeabsichtigten und intentionalen Lernprozesse und ihren sozialen Charakter), die generell mit den herrschenden kulturellen Werten und den Qualitäten der Grundrecht übereinstimmen, aber konkret überprüfbar sein müssen.

Im Sinne einer pragmatischen Orientierung von Sozialisationsforschung müssen diese Ziele lediglich ein realistisches Maß an Utopie enthalten:

Für die Veränderung kurzfristiger Art darf dieses nicht zu groß geraten, für Wandlungsprozesse mit längerfristiger Perspektive muß es umfassend genug sein (das "Utopiequantum" von Schelsky: S. 13).

M. a. W. muß die Dialektik von Stabilisierung und Dynamisierung im Bereich von Reformen bleiben (familienpolitische Phase: Konflikt und Konfliktverhalten). Es versteht sich, daß diese Ziele (zumindest auf dem Papier) für alle Individuen und Gruppen Geltung besitzen, daß sie zudem keine konkreten Inhalte meinen können, sondern vor allem den Erwerb (abstrakt) von möglicher sachlicher Kompetenz und sozialer Verantwortlichkeit, die konkret innerhalb der Grenzen des Allgemeininteresses auszugestalten sind:

Der materiale Inhalt dieses Allgemeininteresses wird jedoch nicht auf partikuläre Interessen bezogen. Die Ziele sind folgende:

- a. Selbstsicherheit: Sie soll vor Abhängigkeit und Autoritätsgläubigkeit schützen, aber auch vor Selbstgerechtigkeit und Lernunfähigkeit bewahren.

- b. Gewissen: Dieses soll zwar die innere Kontrolle (der Bedürfnisse) gewährleisten und äußere soziale Gegebenheiten moralisch bewerten, aber auch flexibel genug sein (keine Rigidität).
- c. Intellektuelle Fähigkeiten: Diese sollen sowohl sachgerecht und sinnvoll gestaltet sein, als auch die selbständige Anwendung von ihnen implizieren.
- d. Leistungsmotivation: Sie bietet zwar eine inhaltlich und sozial begründbare Anstrengungsbereitschaft, will aber nicht Selbstzweck sein.
- e. Empathie/Solidarität: Über die Fähigkeit, die Interessen des anderen überhaupt zu erkennen, soll jeder in der Lage sein, die Interessen des anderen wahrzunehmen, wenn es dieser nicht zu leisten vermag.
- f. Konfliktbewältigung: Diese Fähigkeit soll eine "produktive" sein, die weder Konflikte verdrängt noch gewaltsam beseitigt (14).

Da diese Ziele aus abstrakten Bestimmungen (vgl. Habermas 1968) abgeleitet sind, theoretisch den Statements einer Theorie der kommunikativen Kompetenz entsprechen, kommen die materialen Inhalte einer konkret-historischen Gesellschaft mit ihren Herrschaftsstrukturen nicht in den Blick.

Wie B. Hülsmann (1975) ausgeführt hat, sind die Sozialisationsziele nicht aus den Sozialisationsprozessen und ihrer Analyse ableitbar, sondern bedürfen einer allgemeinen Theorie, über die dann auch erklärlich wird, was es denn mit dem Allgemeininteresse auf sich hat (gesellschaftliche Ziele).

Der Kommission dienen ihre Ziele als Leitlinie für die Analyse, in der sie die Qualität der Erziehung mit dem Sozialisationsmilieu von Familien in Verbindung bringen, die "relevanten" Familien auszuloten suchen, den möglichen defizitären Charakter der Bedingungen herausfinden wollen, Mängellagen in Hinsicht auf Veränderungen angeben und als letzte Konsequenz der Familienpolitik Maßnahmen anraten:

Über die Bestimmung der Ist-Lage sollen Problemfelder bestimmt werden, die dann instrumentell per Politik über die Orientierung an einer Soll-Lage verändert werden.

Die Kommission schwächt aber eine mögliche Effizienz von vornherein ein:

- Es existieren unterschiedliche Begriffsebenen; Sozialisationsforschung berücksichtigt oft nur einzelne Aspekte.
- Die Familienwissenschaften sind wenig ausgebildet; gerade der intime Charakter der Familie gewährt keinen Einblick. Interessant ist, daß auf die mangelnde Erforschung der Wirkungen der Adoption hingewiesen wird (16) ⁽⁴⁷⁾.
- Die Evaluationsforschung in der Familienpolitik ist wenig ausgeprägt.
Organisationssoziologische und politikwissenschaftliche Analysen der Träger, der Organisation und Funktion von Familienpolitik hinken hinterher.
- Der theoretische Bezugsrahmen für die adäquate empirische Erfassung von Sozialisation führt oft zu widersprüchlichen Ergebnissen (vgl. auch Lukesch 1976).

Die Kommission zieht folgende Konsequenz:

- 1) Vorsichtige Interpretation von Ergebnissen,
- 2) Forderungen an die Forschungspolitik,
- 3) Vornahme von eigenen Untersuchungen: Befragung von Müttern (Neidhardt), Schule und Elternhaus (Bärsch, Gehrken, Janowski), zwei Erhebungen von Familien in Frankfurt (Mollenhauer, Neidhardt), Familie und Persönlichkeit (Lehr) und Untersuchungen zur Elternbildung (Behren/Pöggeler, Troschke/Deutsches Jugendinstitut).

Unter dem Hinweis, daß die historische Entwicklung eine negative Verschränkung von Familie und außer-familiaren Institutionen bewirkt hat (19), wird dennoch eine bestimmte Form der Familie analysiert, während alternative Formen (vgl. Probleme der Familie und der Familienpolitik 1973) als nur für eine Minderheit relevante Lebensweisen ausgegeben werden, obwohl ziemlich klar gesehen wird, daß diese sich nur von der gegenwärtigen Form der Institutionalisation abheben (18).

Neben der Tatsache, daß die Familie in ihrer jetzigen Form öffentlich anerkannt wird (Institutionalisierung) und privaten Charakter besitzt (Privatisierung), sind für die Kommission vor allem die "Ungleichheit der Umweltbedingungen" maßgeblich (19).

Auf Basis eines Schichtmodells, über das sogar alte Untersuchungen (zudem noch in den USA vorgenommen) von Kohn (1959) Verwendung finden (vgl. aber auch die neueren Untersuchungen von Kohn 1973), gewinnen Milieuunterschiede an Wichtigkeit, die auf eine "ungleiche Verteilung von Macht, Geld, Bildung und Prestige" verweisen (21).

Ein Determinationszusammenhang auf Basis eines Klassenmodells, das auch spezifische Klassifikationsprinzipien beinhaltet (vgl. Hagerland u. a. 1973; Klassen- und Sozialstruktur 1950 - 1970, hrsg. von IMSF 1973/74; Projekt Klassenanalysen ... 1973/74; Herkommer 1975) wird durch dieses Nebeneinander von Bedingungen nicht herstellbar, über das konkrete Lebenslagen nicht fruchtbar gemacht werden können.

Auf die Analyse der "Oberschichten" zu verzichten, kann nicht in der Weise entschuldigt werden, daß keine Untersuchungen vorliegen (22).

Die "Elternrolle" - die ja stark ins Schußfeld gekommen ist - wird auch insofern problematisiert, als Kinder zwar noch eigene Eltern haben, aber das universell vorfindbare Vollständigkeitsprinzip leicht ins Wanken gerät, ohne daß dies einen Geltungsverlust für Eltern bedeutet. Dies kommt in zweierlei Hinsicht zum Ausdruck:

- Die Stellung von ledigen Müttern und Geschiedenen hat sich verbessert. Bei der Behandlung der Adoptionsproblematik aber wird sich zeigen, inwieweit nicht gerade die Mutter von unehelichen Kindern diskriminiert wird (vgl. Napp-Peters 1978).
- Außerfamiliare Einrichtungen gewinnen an Bedeutung.

Generell kommt das sogenannte Erzeugerprinzip, (Kinder haben eigene, leibliche Eltern) unter Druck (Adoptionsproblematik).

Stiefelternschaft und Adoptionen symbolisieren aber für die Kommission keine maßgebliche soziale Entwicklung (1,03 % Anteil an den Geburten: 1972), da sie untypisch vor allem dem Reglement staatlicher Administration unterliegen⁽⁴⁸⁾.

In Verbindung mit dem Erzeugerprinzip scheint das Vollständigkeitsprinzip (Mußheiraten, ungeplante Elternschaft, uneheliche Geburten) vor allem für Unterschichten Geltung zu haben.

Damit werden allgemeine Zusammenhänge wichtig. Die Kommission weist daher völlig zu Recht darauf hin, daß die Elternrolle, die sehr stark normativ ausgerichtet ist, insofern problematisiert werden muß, als die "Totalität ihrer (der Kinder, M. H.) Elternbindung" (28) gerade in Verbindung mit der Isolation der Familie von außerfamilialen Institutionen Gefahren birgt, so daß "eine soziale Kontrolle elterlichen Erziehungshandelns" (27) - ohne hin schwierig - wichtig wird.

Gerade die größer werdende Berufstätigkeit der Frau bietet in dieser Hinsicht Anhaltspunkte, welche die durch traditionelle Rollenstruktur bedingte Isolation in Frage stellen, wenn auch die wachsende Gleichberechtigung der Frau nicht mit ihrer Emanzipation verwechselt werden darf (vgl. Simitis 1975).

Die "Vorstellungen vom unzerstörbaren Elternrecht auf Erziehung", die vom größten Teil der Bevölkerung akzeptiert werden, müssen relativiert werden (siehe die Zahl der Kindesmißhandlungen: Wolff 1975).

Es ist aber die Frage, ob der theoretische Ansatz der Kommission dieser Zielbestimmung dient, denn das von der Kommission vorgestellte Kommunikationsmodell als "Verständigungssystem" soll offensichtlich eher dazu dienen, quantifizierbare Aspekte zu sichern, indem es als Verbindungsglied zwischen externen und Wirkungsbedingungen vermittelt: Vor allem die Regeln des Umgangs interessieren, die sich in bestimmten Erziehungsstilen äußern.

Über die Analyse von Teilsystemen (Erwachsenen-Kind, Ehesystem) sollen die Dichte der Kommunikation (Freizeit; Mutterzentrierung; Schichteinflüsse und Wohnungssituation als Bedingungen), der Kontakt zur Umwelt (Privatismus versus Umweltoffenheit, geschlechts- und schichtspezifische Umweltorientierung), die innere Differenzierung (Arbeitsteilung Mann/Frau, Variationen), die hierarchische Struktur (Machtbedingungen und Machtverteilung im Ehesystem, Stellung der Kinder), Spannungen und Konflikte (Belastung der Frau, familiäre Konflikte, Stabilisationsfaktoren) analysiert werden.

Die Fragwürdigkeit der entsprechenden Resultate, die vor allem auf der Basis von Meinungsumfragen indirekt erschlossen werden müssen, erkennt die Kommission selbst an.

Interessant scheint mir eher zu sein, daß die sozialistischen Länder als Vergleichsebene für eine positivere und gleichberechtigtere Beziehung zwischen Mann und Frau angeführt werden (S. 31), daß auf Basis mangelnder Umweltoffenheit die "Generalisierung der Solidarität" über die Familie hinaus und die Fähigkeiten zur "rationalen Konfliktbewältigung" blockiert sind (32), daß ein relatives Kontaktbedürfnis der Eltern zur Schule existiert (entgegen dem 1. Familienbericht) und daß der Partnerschaftseffekt nur geringfügig ist (35) (widerlegt ebenfalls den 1. Bericht).

Nicht zu entscheiden ist m. E., ob man wirklich von einem Rückgang der autoritären Haltung von Eltern reden kann, die sich in jenem konkreten Verhalten äußert, ob von daher die Bedürfnisse der Kinder realiter zum Tragen kommen und ob vor allem

in den Unterschichten autoritäre Erziehungspraktiken vorherrschen. Es mag der Hinweis genügen, daß Lukesch unter der Berücksichtigung der empirischen Problematik schichtenspezifischer Untersuchungen vor allem im Sprachverhalten Differenzen findet (sowohl auf der intra- wie auch interkulturellen Ebene).

Unabhängig von der Schichtenproblematik weist die Kommission allgemein auf die Resistenz traditioneller Rollenstrukturen und des Familienzentrismus hin und beklagt die strukturelle Vernachlässigung metakommunikativer Regeln (41) ⁽⁴⁹⁾.

Um Wirkungen zu messen, beziehen sich die Kommissionsmitglieder (v. a. Lehr) vor allem auf einschlägige psychologische Forschungen, um Aussagen über die geistige Entwicklung (sensorische Anregungen, Sprache, elterliche Erziehungsstile und intellektuelle Fähigkeiten, Familiengröße), die Ausbildung der Leistungsmotivation (Bedingungen, Selbständigkeitserziehung, soziale Bedingungen elterlichen Verhaltens), die Gewissensentwicklung (Bedingungen, Formen), die soziale Kompetenz und Dissozialität (abweichendes Verhalten, Aggressivität, soziale Bedingungen elternabhängiger Aggressionseffekte) und das Selbstwertgefühl bzw. die Ängstlichkeit zu gewinnen.

Abgesehen davon, daß die in der psychologischen Forschung verwandten Untersuchungsziele nicht unbedingt mit dem von der Kommission aufgestellten Katalog kompatibel sind, werden Ergebnisse referiert, die teilweise problematisch sind (individualistisches Persönlichkeitskonzept).

Einen Konsons kann man lediglich dahingehend feststellen, daß jedes Kind eine bestimmte sensorische, soziale und emotionale Stimulation braucht⁽⁵⁰⁾. Wie allerdings auch die Diskussion um die Rolle der Mutter im "Tagesmütterprojekt" zeigt, spielt das Statement von den mysteriösen Blutsbanden zur leiblichen Mutter immer noch eine wichtige Rolle, vor allem wenn es darum geht, jede Form der "Kollektiverziehung" abzulehnen⁽⁴⁵⁾.

Dies kommt auch in der Beurteilung von Spracheinflüssen und -entstehung über die Rezeption von Bernstein zum Ausdruck, der Sprache und Denken eben nicht über ein Modell des gesellschaftlichen Handelns begriffen hat (vgl. Wygotski 1969; Martens 1974; Hagerland u. a. 1973; Gloy 1973).

Die Entstehung von kreativem Denken und Verhalten wird daher nicht inhaltlich bezogen auf die Möglichkeiten, die in der Gesellschaftsformation strukturell angelegt sind (Rexilius 1977; Sève 1973).

Die Hypostasierung quantitativ-instrumenteller und individualistischer Momente reduzieren die Möglichkeiten erweiterter Reproduktion in den analysierten Bereichen: Entwicklung von Leistungsmotivation, Gewissen, abweichendem Verhalten, Ängstlichkeit und Aggressivität.

Die Beschreibung (nicht Erklärung) von Sozialisationswirkungen dokumentiert sowohl einen stofflichen wie theoretischen Rückstand (einschließlich der Ausklammerung des Systems wissenschaftlicher Arbeit), so daß zu fragen ist, was eine solche Sozialisationsforschung denn eigentlich der Politik zu bieten hat.

Denn auch die Bestimmung von Problemfeldern ist negativ zu bewerten, weil sie grundsätzlich darauf abhebt, daß letztlich die Familie die einzige Institution ist, die die Persönlichkeitsentwicklung garantiert (Kommunikationsdichte, Konsistenz, Stabilität, Wärme: S. 58).

Daß andere Formen (Kibbutz) nicht effizient sind und zudem eine Kostenfrage darstellen (60), heißt allerdings für die Kommission nicht, daß die Leistungen der Familie unproblematisch sind. Dies gilt in zunehmendem Maße für unvollständige Familien und für Familien mit behinderten Kindern (vgl. die Adoption von Kindern unehelicher Mütter).

Allgemein sind aber auch vollständige Familien vor folgende zu lösende Probleme gestellt:

- a) Isolierung: Hier wird sich vor allem als wichtig erweisen, inwieweit innerhalb der Familienpolitik Partizipationsmodelle Eingang finden, die gerade die Engagiertheit über die Elternrolle sich zunutze machen können (vgl. Bürgerinitiativen; Elternbildungsangebote; Wohngemeinschaften als Problemlösungen; interfamiliäre Kontakte).
- b) Mutterrolle: Hier müssen Maßnahmen getroffen werden, die die scheinbare Unvereinbarkeit von "Eltern- und Berufsrollen" organisiert.
Inwieweit dann von Wichtigkeit sein muß, daß die Frau über die Ausübung von qualifizierten Berufen sich emanzipieren kann, hängt letztlich mit der Veränderung der Arbeitswelt zusammen. Momentan müßte diskutiert werden, ob die Zahlung eines Erziehungsgeldes, das auch positive Seite der Berufstät-

tigkeit neutralisiert, und ob ein verstärkter Ausbau von außerfamiliären Institutionen - gegen die noch ziemlich große Widerstände existieren - betrieben werden muß.

- c) Schichtunterschiede: Im Gegensatz zur Kommission ist dieses Problem grundsätzlich über die Verfügung / bzw. Nicht-Verfügung von Produktionsmitteln zu lösen, d. h. der Lohnarbeiterstatus sowohl von Unterschichts- wie Mittelschichtsangehörigen ist in den Mittelpunkt zu stellen.

In diesem Problemrahmen ist zu entscheiden, inwieweit lediglich pädagogische Programme, die auf die elterliche Beeinflussung abzielen, überhaupt eine entscheidende korrektive Funktion haben können, wenn sie die konkreten Lebenslagen nicht mit umgreifen: Die gesellschaftliche Arbeit (71), die Klassenlage und nicht vorrangig Schichten werden wichtig.

2) Zu Teil B

Auf Basis der Bestimmung der Problemfelder versucht die Kommission in Teil B konkrete Maßnahmen vorzuschlagen. Familienpolitik als Gesellschaftspolitik soll über die Änderung der Praktiken der Erziehung die gesellschaftliche Funktionsfähigkeit sichern, wobei anhand von aus allgemeinen Sozialisationszielen abgeleiteten Sozialisationsdefiziten konkrete Maßnahmen entwickelt werden müssen (73).

Entgegen einer Familienpolitik als Sozialisationspolitik ⁽⁵¹⁾, die den Eigenwert der Familie betont, muß zusätzlich eine funktionsbezogene entwickelt werden, die auch implizieren muß, daß alternative Formen wie freie Partnerschaften, Wohnkollektive (vgl. Bonhoeffer/Widemann (Hrsg.) 1974) und Kollektive nicht diskriminiert werden, deren rationalen Momente sicher auch auf interfamiliare Lebensformen anwendbar sein dürften (vgl. Liegle 1976).

Die Kommission weist im Anschluß daran darauf hin, daß zwar die Ideologiebezogenheit der Familienpolitik der Gründerjahre abgebaut ist, daß aber die Orientierung an pragmatischen Überlegungen keine geschlossene Theorie hervorgebracht hat (74).

Familienpolitik begreift sie als "ein System integrativ geplanter und in ihren Wirkungen abgesicherter Maßnahmen..., welche hinsichtlich ihrer Ansatzpunkte und ihrer Prioritäten von Sozialisationsanfordernissen her systematisch zu begründen sind" (74/75).

Gerade die materielle Unterstützung in der Frühphase berührt konkretes gesellschaftliches Interesse, wenn auch zwischen den gesellschaftlichen Zielen, den realen Funktionen und ihrer Bedingungen ein Konflikt entstehen kann.

Gerade die Bedeutung der Rolle der Frau, deren Emanzipation von der Kommission nicht bloß über ihre Berufstätigkeit definiert wird, schließt die unterschiedlichen Interessen der einzelnen Familienmitglieder ein.

Um dieses Ziel zu verwirklichen, ist zwar die effiziente Organisation der Familienpolitik von Nöten,

ein fehlendes Gesamtkonzept aber und die mangelnde Koordination der Kompetenzen verhindern die Realisation.

In diesem Rahmen werfen die privaten Interessenverfolgung der "freien Träger", die unterschiedlichen Gebietskörperschaften und die mangelnde "Federführung" des Ministeriums Probleme auf, die wegen der mangelnden "formalen" Zuständigkeit (vgl. Ehescheidungsrecht), des geringen Forschungspotentials sowie der geringen Organisierbarkeit von Interessen, die hinter der Familienpolitik stehen (Offe 1972), nur langfristig zu lösen sein werden ⁽⁵²⁾. Daher muß gefragt werden, ob die Familieninteressen wirklich repräsentativ vertreten werden können und ob z. B. Bürgerinitiativen in irgendeiner Weise einen überörtlichen Einfluß besitzen (79). Allerdings müssen auch von der Politik stärkere Integrationsbemühungen ausgehen ⁽⁵³⁾.

Gerade auch der Stand der familienwissenschaftlichen Forschung ⁽⁵⁴⁾ ist negativ einzuschätzen, weil Wissenschaft keine Informations-, Evaluations-, Planungs-, Implementations- und Dolmetscherfunktionen erfüllen kann (80), weil keine Forschungskapazitäten vorhanden und Forschungen zu wenig praxisorientiert sind (abgesehen von der Theorie).

Für die Zukunft sollen daher folgende Schwerpunkte gesetzt werden:

- Interdisziplinäre Grundlagenforschung,
- Verwertung internationaler Forschungen,
- Familienpolitikforschung ⁽⁵⁵⁾.

Problematisch erscheint mit jedoch zu sein, daß die universitäre Forschung keine Bedeutung haben soll (entsprechend dem allgemeinen Trend).

Die bisherige Einbeziehung der Wissenschaft bewertet die Kommission offensichtlich nur negativ (mangelnder Ausbau des Arbeitsbereichs Forschung innerhalb des Ministeriums): Z. B. innerhalb der Diskussion des Jugendhilferechts und des Tagesmütterprojekts sind keine wissenschaftlichen Expertisen berücksichtigt worden (82).

Im Gegensatz zur Bundesregierung legt die Kommission in stärkerem Maße Wert auf meßbare, direkte, zweckgebundene (d. h. auch vom Einkommen abhängige) Maßnahmen, die auch von Verwaltungen sachgemäßer durchgeführt werden müssen. Daher kritisiert die Kommission die bestehende Kindergeldregelung und befürwortet die Zahlung eines Erziehungsgeldes (Vorschlag der Opposition): Zum Teil in Abhängigkeit von der Wahrnehmung von Bildungsmöglichkeiten.

Insgesamt spricht sich demnach die Kommission für eine effektivere Wirkung und gegen Streuungsmaßnahmen aus und bevorteilt zweckgebunden Maßnahmen. Auch Wohnverhältnisse will sie daher mehr qualitativ gestalten (mehr benachteiligte Familien: behinderte Kinder, Ausländerfamilien, unvollständige Familien).

Sie legt in ihrem Konzept auch Gewicht auf die stadtplanerischen und stadtgestaltenden Momente: Unter der Voraussetzung der Partizipation der Betroffenen. Sie lehnt daher eine Wohnungspolitik ab, die rein bedarfsökonomisch orientiert ist. -

Die Vorschläge der Kommission, die pädagogisch-sozialen Einwirkungen (Elternbildung) und die familienergänzenden und -ersetzenden Maßnahmen betreffen, sind in großem Maße von Partizipationschancen der Eltern geleitet.

Nicht nur sollen Basisinformationen, Reflexionen und emotionale Fähigkeiten gewährleistet, sondern Eltern sollen auch politisiert werden, so daß sie in der Lage sind, mit anderen Eltern und Institutionen zu kooperieren (darauf soll später noch genauer eingegangen werden).

Die Kommission kritisiert in diesem Rahmen auch den Referentenentwurf zur Gestaltung der Adoptionspraxis dahingehend, daß die Familie als eine "Als-Ob-Familie" erscheint, wenn Probleme zur Auflösung des Adoptionsverhältnisses drängen. Daher betrachtet sie dagegen die Adoption nicht als eine ersetzende Maßnahme, sondern sieht die Adoptionsfamilie als eine besondere Form der Entstehung von Familie an (120, 128) ⁽⁵⁶⁾.

Eine präzise Bestimmung von familienersetzenden oder -ergänzenden Maßnahmen muß auch berücksichtigen, daß die Gewichtung unterschiedlicher pädagogischer Funktionen heutzutage ambivalent ist, weil sie im Zusammenhang mit der Institutionalisierung (Spezialisierung) und der Professionalisierung (Qualifikation) analysiert werden muß. Lösungen implizieren eine verstärkte Förderung der Kooperation der unterschiedlichen Institutionen, die sich auf das "Gesamtfeld der Erziehung" beziehen, so daß auch Elternbildung nicht zu einer reinen Lehrveranstaltung ausartet, sondern vor allem Elternarbeit heißt.

Deswegen legt die Kommission den Schwerpunkt auf die elterliche Mitbestimmung, letztlich aber (da wäre der Ausgangspunkt zu setzen) bestimmt die Arbeit nach Meinung der Kommission die Sozialisationsfähigkeit in der Familie (S. 138).

2.2.3.2 Schlußfolgerungen

Neben der von der Kommission geforderten Bereitstellung von Finanzen und der Organisation der Familienpolitik muß diskutiert werden, welche Konzepte überhaupt eine wissenschaftliche Beratung und Kontrolle erlauben.

Beide Berichte müssen daher in einem Punkt kritisiert werden:

Familienerziehung wird nicht als gesellschaftliche analysiert, weswegen auch die Chancen für Partizipation von Eltern nicht auf die konkreten politischen Klassenauseinandersetzungen bezogen werden (56).

Der Trend geht jedoch dahin, Erziehung nicht mehr als naiv-natürwüchsig zu begreifen, sondern konkrete Vergesellschaftungsmöglichkeiten auch der frühkindlichen Sozialisation in den Blick zu nehmen, d. h. Kleinkinderziehung wird nicht mehr als Privatsache begriffen (Koch/Rocholl 1977).

Vorsichtigerweise beginnt man sogar im rechtlichen Bereich, dieser Entwicklung entgegenzukommen, indem die Eltern- und Kindesrechte problematisiert werden.

Spezifische Formen sozialer Stabilisierung und sozialer Placierung will man abbauen, indem die Persönlichkeiten der Familienmitglieder, die Qualität von Partnerbeziehungen und die soziale Verantwortung der Familie tangiert werden (Fartmann 1968). In der Praxis will man Erziehung effizienter gestalten, indem man Kooperations- und Koordinierungsmaßnahmen zugrundegelegt werden, so daß der Zusammenhang aller Erziehungsarbeiten sich aufdrängt (allgemeine Theorie).

Positiv muß der 2. Familienbericht in der Hinsicht eingeschätzt werden, als er - wenn auch letztlich problematisch - die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Eltern, die ja die bedeutsame Umwelt vermitteln (Herlt u. a. 1976), tangiert, wenn auch ihre Persönlichkeit mit den gesellschaftlichen Verhältnissen zu vermitteln ist.

Im folgenden sollen einige Kritikpunkte angeführt werden:

- a) Es muß hinterfragt werden, ob der Bericht den prozeßhaften Charakter von Sozialisation nicht doch über einen mehr oder weniger institutionellen Ansatz - systemtheoretisch fundiert - vernachlässigt (Wingen).
Denn die Kleingruppenorientierung verengt die Sicht, ein Konzept des Erziehungsprozesses als Reproduktionsprozeß einschließlich der Regenerationstatsache stellt eine Alternative dar.
- b) Eine Familienpolitik, die sich letztlich doch mehr als Sozialisationspolitik begreift, verkürzt ihre praktische Wirksamkeit, die sich ohnehin oft nur auf die Rechtssphäre beschränkt (Lüscher 1976; Kaufmann 1976).
Familienpolitik als Teil von Sozialpolitik (Fartmann 1978) kann jedoch noch nicht auf ein System sozialer Hilfeleistungen zurückgreifen (Schubnell/Borries 1973). Daher muß Familienpolitik heute noch in der Funktion reaktiv genannt werden, weil die wissenschaftliche Kontrolle reduziert ist (Liegler 1976).
- c) Das gewählte Sozialisationskonzept rückt ziemlich in die Richtung eines von der Politik und Verwaltung bevorzugten Erziehungsmodells.

Nicht- soziale Lernbedingungen werden daher auch ignoriert, die ökologische Sozialisationsforschung findet keine Verwendung (vgl. Europäische Familienministerkonferenz 1977: Ökologie des Kindes).

- d) Werden schon die Kommunikationsbedingungen analysiert, fehlen doch Kpnzeptionen des "Selbst" (Lüscher 1976), werden kommunikationstherapeutische Modelle (Watzlawick) nicht berücksichtigt.
- e) Das Reifikationsproblem in der Rezeption von Forschungsergebnissen wird nicht kritisch aufgenommen (Walter (Hrsg.) 1973).
- f) In der Diskussion von Elternbildungsprogrammen wird das Problem der "Laiisierung" von Eltern (vgl. "Elternführerschein") nicht tangiert. Organisationsmöglichkeiten und schon vorhandene alternative Konzeptionen finden keine Verwendung. Das Verhältnis zur Bildungspolitik wird ebenfalls nicht problematisiert (Reis zur Nieden; Wahl 1973; Akademischer Dienst, 1975).
- g) Einerseits wird von Kritikern die Verabsolutierung der Familie und Familienpolitik der bürgerlichen Form der Familie beklagt (Probleme), andererseits der Vorwurf erhoben, daß sich der Bericht nicht genügend als Anwalt der Familie darstellt (Hassenstein 1976). Folgerichtig kann im Anschluß daran auch eine Konzeption der Familienpolitik als Gesellschaftspolitik abgelehnt, die Beteiligung von Eltern am politischen und öffentlichen Leben kritisiert werden (vgl. Klasen 1976).
Wenn die Kommission auch die Isolation der Familie feststellt, so liefert sie doch letztlich relativ optimistische Einschätzungen.

- h) Wegen des Leistungsabfalls der Kommission im rechtlichen (Kaufmann 1976) und ökonomischen Teil (Albers 1976) sind die divergierenden Einschätzungen der Regierung zu verstehen, die zwar (neben der Dokumentation ihres Machtdefizits und ihrer Mittelschichtorientierung) soziologisches Vokabular rezipiert, aber wissenschaftliche Begriffe mehr punktuell verwendet als sie nicht auf den Gesamtprozeß zu beziehen⁽⁵⁹⁾.
- i) Die bestehenden Herrschaftsstrukturen⁽⁶⁰⁾ werden im Bericht nicht thematisiert, so daß Familienpolitik nicht als die "Durchsetzung von Interessen mittels der Veränderung von Machtverhältnissen" analysiert wird (Probleme der Familie und der Familienpolitik 1973: 92)⁽⁶¹⁾.
- j) Insgesamt bringt der system-theoretische Ansatz, der zudem das empirische Material absorbiert, Gefahren mit sich, die auch in einer Art Fetischisierung soziologischer Begriffe mündet (schon: Neidhardt (Hrsg.) 1975).
- Über den Zusammenhang von inneren und äußeren Faktoren findet nur eine relative Abhängigkeit der Familie Berücksichtigung, deren Probleme nicht als abgeleitete begriffen werden (Denkmodell der 60er Jahre).
- Die konstatierte Isolierung muß über die sie auslösenden Widersprüche der bestehenden Gesellschaftsformation erklärt und überwunden werden, damit eine Verkürzung der Problemlage nicht dem sozialpolitischen Zugriff enträt.
- Wird zwar eine mangelnde Möglichkeit politischer Umsetzung festgestellt, bedeutet dies aber nur, daß diese Gesellschaftsformation die politische Gestaltung einschränkt. Über die Wissenschaftlichkeit des Berichts ist damit noch nichts ausgesagt.

"Indem er die Instabilität dieser Institution als Ausdruck der Instabilität der Gesellschaft insgesamt analysieren muß, auch wenn dies nicht ausdrücklich dem selbst gestellten Anspruch entspricht, befördert er das Bewußtsein von der Notwendigkeit systemtischer planvoller Gestaltung der Gesellschaft durch die Bürger selbst und muß - will er seinem Auftrag genügen - Forderungen stellen, die nicht realisierbar sind, also die Begrenztheit der gesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen" (Dankwerts 1976: 701).

Im Gegensatz zum ersten Familienbericht liegt in dieser Aussage (trendmäßig) der relative Fortschritt des zweiten Familienberichts begründet, der allerdings inhaltlich noch fundierter hätte ausfallen können, wenn auch andere Wissenschaftler (nicht nur marxistische) zur Mitarbeit aufgefordert worden wären, die den familialen Sozialisationsbereich mehr inhaltlich als gesellschaftlichen bestimmt hätten.

Wissenschaft muß daher auf jeden Fall (unter der Voraussetzung der Rezeption internationaler Forschungen) Sozialisation unter dem Blickwinkel einer Sozialisationswirklichkeit analysieren, die politisch determiniert ist, ohne nur mögliche Ergebnisse für die Realpolitik zu liefern.

Soweit Sozialwissenschaftler sich noch dem "Bestehenden" verpflichtet fühlen, wird die Analyse von Sozialisationsprozessen nicht gerade unter dem Blickwinkel ihrer Veränderung betrieben werden. Dagegen ermöglicht eine rational-geplante Sozialisationsumwelt (vielleicht von der Familienpolitik mehr außerhalb der Familie forciert betrieben) eine Beteiligung.

Nehmen sowohl die Kommission als auch die Regierung zwar das "Kindeswohl" zum Maßstab, existieren dennoch Konflikte auf der Ebene der Analyse der Gesetzmäßigkeiten und der Maßnahmen, die sowohl zu technokratischen wie auch dezisionistischen Modellen führen können. Geht man vom Zusammenhang aller Sozialisationsprozesse aus und bezieht man die konkreten Lebenslagen mit ein, so kann der Blick frei werden für eine gesamtgesellschaftliche Theorie, die nicht nur soziales Lernen evolutionär wendet.

Eine geplante Institutionalisierung von gesellschaftlicher Sozialisation kommt dann zur Sprache (Vergesellschaftung), über die in einer verwissenschaftlichen Praxis vorherrschende Problemlösungen dynamisiert werden und neue Formen von Institutionalisierungen entstehen können.

Das Kennzeichen dieses Trends liegt darin begründet, daß sich das Recht auf Persönlichkeitsentwicklung verallgemeinert hat:

Nicht mehr nur sind besondere Kategorien von Kindern Gegenstand.

Forciert zu betreiben ist jedoch die Wirkungsmessung von familienpolitischen Maßnahmen, in der auch im Gegensatz zur schichtenspezifischen Sozialisationsforschung die unterschiedlichen Lebenswelten und ihre Effekte Berücksichtigung finden müssen (vermittelt über Klassenverhältnisse).

Sicherlich muß aber der Umweltbegriff überprüft werden, der lediglich methodisch Varianzen mißt, um ein Mehrebenen-Modell von unterschiedlichen Umwelten zu entwickeln, in dem aber ein eindeutiger Determinationszusammenhang nicht zum Tragen kommt (Bronfenbrenner 1974 ; Brim 1965).

Um über ein Modell der Lebensumwelt festzustellen, ob bestimmte Umwelten sozialisationsrelevant sind, müßte gerade in der frühkindlichen Phase die Vermittlungsleistung der Eltern als Steuerungskomponente Berücksichtigung finden, weil sich die Sozialisation in der Familie als Erziehung problematisieren läßt, womit Eltern eine Lenkungsfunktion zukommt.

Handeln als Eltern schließt dann auch die Inanspruchnahme von öffentlichen Leistungen ein (auch die Dienste der Elternbildung), in denen gerade heute eine Verlagerung von der Ebene der materiellen Leistungen zu der der Angebote von sozialen Diensten zu beobachten ist, die sich auf die soziale "Tüchtigkeit" und Funktionsfähigkeit beziehen.

Über den Zusammenhang von sozialpolitischen Angeboten (Elternbildung), der familialen Lebenslage, der Inanspruchnahme von Angeboten und der familialen Sozialisationsleistung können reale Einschätzungen gewonnen werden.

Als Voraussetzung muß aber gelten, daß ein funktionalistisches Modell einer Ziel-Mittel-Politik - orientiert an der Differenz von faktischen Sozialisationsleistungen zu normativ gesetzten Sozialisationszielen (aber gesellschaftlich begründbar) - verabschiedet wird.

Sozialisationsziele sind nicht zu setzen, sondern sind von bestimmten Problemlösungsmöglichkeiten in konkreten Lebensbereichen (von Eltern, Kindern) abzuleiten.

Diese Möglichkeiten müssen aber über eine allgemeine Theorie der Soziologie bestimmt werden (erweiterte Reproduktion), die auf die gesellschaftlichen Ziele abhebt (entgegen einer Konzeption der Lebensumwelt).

2.3

Überlegungen zum Familienrecht und zum Parafamilienrecht

Die Analyse der Rechtssphäre ist in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung:

- a. Die familienpolitischen Aktivitäten beziehen sich unter Umständen nur auf die rechtlichen Bestimmungen als ihre bevorzugte Praxis, und zwar mehr im Sinne abstrakter, formaler Rahmenkompetenzen.
- b. Von daher führt dieser Bezugsrahmen in seiner konkreten Weise auf den unteren Ebenen der Praxis, die sich mehr oder weniger auf die Familie bezieht, zu einer Art der Beliebigkeit der Legitimation von Handeln.
Das Recht ist demnach eine Art "ideologisches Versatzstück" des Gesellschaftsprozesses.
- c. Die in der Rechtssphäre zu konstatierenden Widersprüche müssen auf ihren materialen Gehalt bezogen werden, der auf die manifesten Widersprüche dieser Gesellschaft verweist.
- d. Über die Analyse der Ideologie müssen die immanenten Aspekte des Familienrechts einbezogen werden, so daß mehr "rechtssoziologisch" die regulierende Funktion des juristischen Überbaus in den Zusammenhang mit der zu regulierenden Gesellschaft gestellt wird.
- e. Das "Jugendhilferecht", das bis heute noch Jugendwohlfahrtsgesetz heißt, erweist sich insofern als Parafamilienrecht (Simitis), als es seinen Sinn aus seiner Funktion zum Familienrecht gewinnt:
Es bezieht sich auf familienergänzende und -ersetzende Maßnahmen.

- f. Sowohl im Familienrecht, das nicht als eigenständiges Familiengesetzbuch existiert und als viertes Buch des BGB (Verwandtschaft) formuliert ist (das Adoptionsrecht hat hier seinen Platz), als auch im Parafamilienrecht erweist sich das Verhältnis von Elternrechten und Kindesrecht als problematisch.
- g. In der Konsequenz wird dieses Verhältnis in der Praxis der Eltern- und Familienbildung als Aufgabe der Jugendhilfe (im Zusammenhang mit Ausfüh-rungs-, Kindergarten-, Erwachsenen- und Weiterbildungsgesetzen) in negativer Weise wirksam.
- h. In diesem Kontext kann letztlich die Praxis der Adoption in Hinsicht auf Angebote für Eltern (vor allem nach vollzogener Adoption)-vermittelt über die strukturellen, organisatorischen Bedingungen der verantwortlichen Institutionen - eingeschätzt werden, die auf der Ebene der Adoption von Ausländerkindern noch vor zusätzliche Aufgaben gestellt ist.

Die Analyse wird begreifbar machen, ob das "Kindeswohl" in den Gesetzesinhalten konkretisiert wird, welches den Gütemaßstab für eine optimale Adoption bildet (vgl. Art. 1, 2, 3 GG; JWG § 1; BGB § 1666; Charta des Kindes, UN 1959), und ob dieses mit den Gesetzen der "elterlichen Gewalt" in Zielkonflikt gerät (Art. 6 GG; BGB 1626; § 1 JWG).

Denn die Adoptionsbestrebungen gehen davon aus, jedem Kind, das aus gestörten Lebensverhältnissen stammt, "sozialpolitische" Hilfeleistungen unter dem Kriterium zu sichern, daß Eltern für Kinder gesucht werden (vgl. Bundesminister Vogel, in: Bildung und Politik Nr. 8, 1976: 176).

2.3.1 Das Familienrecht

2.3.1.1 Theoretische Überlegungen zum Familienrecht

Nehmen wir die "Sache selbst" zum Ausgangspunkt, so kommen die historischen und gesellschaftlichen Bedingungen von Familie und Familienrecht in den Blick (Simitis):

Vorausgesetzt die rechtlichen Bestimmungen werden adäquat aus der herrschenden Produktionsweise erklärt. An anderer Stelle wird dieser Zusammenhang über die Vermittlungsform vor allem auf der Ebene der Zirkulationssphäre deutlich.

Die Analyse läuft auf die Frage hinaus, warum ein bestimmter Inhalt eine bestimmte Form annimmt (Rechtssituation). Ableitungen über die Warenzirkulation können aber einen ziemlich problematischen Charakter annehmen, der darin mündet, die Tatsache der "Bewußtseinsverkehrung" über Gebühr zu strapazieren (Milhoffer 1973).

Nicht erklärt wird aber, daß auch in sozialistischen Staaten eine Rechtssphäre existiert, welche für den Vergleich von Formen des Familienrechts von Bedeutung ist.

Nehmen wir eine Aussage Blochs auf, der behauptet, daß die kleinen Diebe immer gehängt werden, während man die großen laufen läßt, und ergänzen wir dies dadurch, daß es Reichen wie Armen gleichermaßen verboten ist, unter Brücken zu schlafen, so kommen wir dem Kern der Sache näher.

In diesem Rahmen ist die zunehmende Verrechtlichung zu analysieren, die sich auch darin ausdrückt, daß immer feinere Raster entstehen, die eigentlich darauf hindeuten, daß das Recht für den materiellen Lebensprozeß zu eng geworden ist. Von daher gesehen erweist sich die Rechtsentwicklung gebunden an die Notwendigkeit, die von der ökonomischen Basis produzierten Widersprüche so lange zu harmonisieren, bis neue Widersprüche sich aufdrängen.

Grundsätzlich neue Kodifikation entstehen jedoch nicht innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, so daß sich jedes Philosophieren über das Recht als positivistisch erweist. Wie Luxemburg ausführt, ist das Recht nur im Kontext von "Recht und Revolution" (nach Negt 1972: 50) zu erklären:

Ohne eigenständige politische Kraft wird die rechtliche Entwicklung bestimmt von der letzten Umwälzung und ihren Auswirkungen. Über diesen Zusammenhang läßt sich als Perspektive auch der Bedingungsrahmen entwickeln, über den die Aufhebung des Rechts als "Zwangsrecht", d. h. als Herrschaftsrecht erklärlich wird.

Trotz der Betonung des Allgemeininteresses (vgl. Gröll dazu) können die Lohnabhängigen (bis in das Familienrecht hinein) ihre materielle Lebenslage nicht erschöpfend in den Gesetzen ausdrücken.

Gerade im Blick darauf, daß auch in sozialistischen Transformationsgesellschaften die "abstrakte Arbeit" fortexistiert (konkret-historisch bestimmbar) und somit formalrechtliche Bestimmungen vorhanden sind (die aber hier nicht den Klassenkampf regulieren, sondern die gesellschaftlich notwendige Arbeitsleistung erzwingen wollen), muß sich die Regulierung der Lebensbezüge an den Produktivkräften bemessen (erweiterte Reproduktion).

Gehen wir daher von der Produktion aus, so erweist sich tatsächlich die "Gerechtigkeit" (Vernunftspostulat) als in den Verkehrsbeziehungen der Warenbesitzer als Produkt angelegt: In relativer Hinsicht kann man auf diese Weise vom "geschichtlosen" Recht reden: Das "Recht" ist gerecht, weil es das Recht einer bestimmten Produktionsweise ist (MEW 25: 351 f).

Die rechtlichen Formen - gleich, ob als Zentralinstanz institutionalisiert - drücken diesen gerechten Inhalt in den Transaktionen aus, in denen das Rechtsverhältnis des Vertrages (ob legalisiert oder nicht) ein gesellschaftliches Willensverhältnis darstellt (MEW 23: 99).

Das Recht bestimmt sich aber nicht über die Zirkulationssphäre, sondern über die Produktion selbst, in der ein bestimmtes Verhältnis von Privateigentümern existiert: Strukturell bildet das Recht also eine Form, in der sich lebendige (Arbeitskraft) und tote (Produktionsmittel) Arbeit vermitteln.

Die Form, in der sich der ökonomische Inhalt manifestiert (und damit die Arbeitskraft) ist der Bezugspunkt der Erklärung.

In der Hinsicht bedeutet bürgerliches Recht die Herrschaft der vergangenen über die gegenwärtige Arbeit.

Eigentum als vergangene Arbeit als Recht der Aneignung fremder Arbeit steht der Pflicht gegenüber, sich zu seiner Arbeit als zu einer fremden zu verhalten.

Der ursprünglich rechtmäßige Austausch verschindet:

- Der Kapitalist tauscht ohne Äquivalent erworbene Arbeit gegen fremde ein und ergänzt sie durch den

Mehrwert aus dem Arbeitsvermögen.

- Eigentum erscheint dann als das Recht auf fremde Arbeit und als Nicht-Recht der Aneignung der eigenen Arbeit; es existiert keine Identität (von der ja ausgegangen wurde) von Eigentum und einem Mehr an Reichtum und Arbeit.

Gerade auch im Kontext der Systemauseinandersetzungen muß in dieser historischen Dialektik die Veränderung des Rechts betrachtet werden, über die sich zeigen läßt, daß zwar das Privateigentum gesichert werden muß, aber die logisch konsequente Realisierung die Quelle des Reichtums zerstören muß.

Auf diese Weise wird sichtbar, daß alte Privateigentumsordnungen im Gegensatz zur Notwendigkeit der kollektiven Organisation entsprechend den Produktivkräften stehen (vgl. die Errichtung in der Frühphase der bürgerlichen Gesellschaft, die Einschränkung der Kinderarbeit, die Bismarcksche Sozialgesetzgebung).

Die Notwendigkeit der Substanzerhaltung der Arbeitskraft (bis hin zur frühkindlichen Sozialisation) erzwingt Sicherungssysteme (vgl. Kuczynski), die ambivalent bleiben, da sie langfristig die Kapitalverwertung sichern müssen.

In diesem Kontext ist auch der Widerspruch von Sozialstaat (Leistungsverwaltung, die im Zuge der Sozialisation über Partizipation "sozialstaatliche" Verkehrsformen produziert) und Rechtsstaat zu sehen (Eingriffsverwaltung, die sich auf tauschwertbezogene Verkehrsformen bezieht und die "Entkopplung" von Sozialisation und Produktion verhindern soll).

Immer, wenn der "Schein" des Austauschs durchsichtig wird, intervenierte der Staat (der die Vergesellschaftungslogik forciert) unter juristischen Entschuldigungen in die Produktion. Die Effizienz dieser Maßnahmen werden auf die Weise gesteigert, daß er privatrechtliche mit kollektivrechtlichen Bestimmungen kombiniert, womit die Regeln abstrakt bleiben und nicht inhaltlich auf die private Produktion zu beziehen sind.

Im Mechanismus der Mehrwertproduktion finden die Rechtsverhältnisse also ihre Erklärung.

Die "öffentlichen" Organisationsformen erweisen sich somit nicht nur als rechtmäßig, sondern üben unmittelbar "Gewalt" aus, indem sie Konflikte kanalisieren: Ursprünglich positive Rechtsgrundsätze können ins Gegenteil verkehrt werden.

In den USA muß z. B. ein Schwarzer seine Unschuld beweisen, während ihm früher seine Schuld nachgewiesen werden mußte.

Im Kontext der Berufsverbote z. B. wird der gesamten Bevölkerung eine potentielle Verfassungsfeindlichkeit unterstellt. Wer als verfassungskonform gelten will, muß sich innerhalb des Verfassungsrahmens bewähren.

Verfassungswirklichkeit wird zur Verfassungsnorm.

Rechtliche Schutzgarantien stehen dann bloß auf dem Papier, während über die öffentlichen Instanzen den Betroffenen ihre soziale Reproduktionsfähigkeit entzogen werden kann.

Die Kritik der Rechtssphäre wendet sich nur gegen den Charakter des "Zwangsrechts" über Ungleichheit, welcher nur über die Aufhebung des Arbeitszwangs selbst verschwindet.

Bei bestehenden Gebrauchswert- und Tauschwertcharakter der Arbeit nützen auch nicht gesamtgesellschaftliche Planungen und die Reduktion des Warenverhältnisses.

Daher wird das Recht zum Kennzeichen dafür, ob Herrschaftsstrukturen noch fortbestehen.

Erst, wenn die assoziierten Individuen frei und gemeinsam über den gesellschaftlichen Reichtum verfügen, wird die Verkehrung der Herrschaft der toten über die lebendige aufgehoben, verschwindet das Recht als Inbegriff von Gleichheit und Ungleichheit, Emanzipation und Gewalt.

Die Realität der Familie ist im Rahmen ihrer Bestimmung als Rechtssituation mit privat-gesellschaftlichem Charakter und als ein arbeitsteiliges Verhältnis zu verstehen, in der die Arbeitskraft reproduziert wird. Das Privatrecht, welches die Gesellschaft im vorkapitalistischen Sinne als unterteilt in Privatfamilien unterstellt (obwohl für die Lohnabgängigen-Familie eine ganz andere Situation maßgeblich ist), ist daher nur der rechtliche Ausdruck dieser Form der Ökonomisierung kapitalistischer Reproduktion.

Die vertragsrechtlichen Bedingungen von Ehe und Familie stützen nur - aneignungsrechtlich wie kooperativ - die vorherrschenden ökonomischen Bedingungen einer Gesellschaft, in der sich Aneignungs- und Enteignungsverhältnisse gegenseitig bedingen (Milhofer 1973/ 68).

Privatrechtlich wird eine Entscheidungsfreiheit unterstellt, die real nicht gegeben ist. Im Gewand vorkapitalistischer Privatarbeit wird die zukünftige und die jetzige Arbeitskraft billig reproduziert, wird privatrechtlich die Aneignung von Werten aus fremder Arbeit legitimiert.

Allerdings verweist das "organistorische Defizit" der Familie auf die Ungleichzeitigkeit der Produktivkraftentwicklung hin:

Die naturalen Schranken der menschlichen Gattung und die rechtlich-ideologische Bedeutung der Familie wirken einschränkend.

Da nun einmal eine bestimmte Produktivität für die gesellschaftliche Entwicklung notwendig ist, müssen Interventionen in den Privatbereich vorgenommen werden, soweit dieser nicht störungsfrei funktioniert.

In diesem Kontext tritt dann der Staat als Vertreter des Allgemeininteresses auf, um die privatrechtliche Dispositionsfreiheit zu verändern, und zwar heutzutage auch präventiv, während noch im letzten Jahrhundert Eingriffe nur erfolgen, wenn die Eltern ihre Gewalt in keiner Weise mehr ausüben können.

Die privatrechtliche Veränderung mit der Verstärkung der öffentlichen Kontrolle (erst Schule dann Berufsausbildung, dann Vorschule, jetzt die Familie) bedeutet, daß die Sozialisation und Erziehung in der Familie nicht mehr die Verfügung über die Arbeitskraft impliziert.

Allerdings bleiben die Eheverhältnisse, die die Nachwuchsproduktion mit einschließen, und die Kosten weiterhin der privaten Entscheidung überlassen.

Die Eltern können (relativ) nicht mehr über die Arbeitskraft der Kinder restlos verfügen, während es den Besitzern der Produktionsmittel erlaubt ist.

Allerdings muß in Rechnung gestellt werden, daß Eingriffe letztlich halbherzig sein müssen, da zwar der Gegensatz zwischen familialer Reproduktion und individueller Persönlichkeitsentwicklung durch Reformen aufgelöst werden soll, aber dieser Versuch ohne den materialen Bezug nur die Funktionalität für die Produktion bewirkt. Daher bleiben auch Frauen und Kinder - trotz Verbesserungen - letztlich benachteiligt, weil sie eben materiell abhängig sind.

Kinderarbeit in der Familie ist erlaubt, die Frau bleibt letztlich an den Haushalt gebunden.

Folgerichtig stehen die rechtlichen Regeln innerhalb der "Gütersphäre" im Widerspruch zur "sittlichen" Gestaltung des Verhältnisses der Eheleute und von Eltern und Kindern.

Eingriffe besitzen daher ambivalenten Charakter:

- Die über Wissenschaft vorangetriebene Planung der Entwicklung des variablen Kapitals ist zwar notwendig,
- aber nur ausgesprochen auffällige Störungen werden beseitigt, da zum einen die Wertsubstanz des variablen Kapitals nicht gesteigert werden darf und zum anderen nicht genügend Finanzen vorhanden sind (Rüstungsproduktion).

Die gerade von der SPD/FDP vorangetriebenen Reformen innerhalb der familienpolitischen Aktivitäten relativieren sich deshalb in zunehmendem Maße (vgl. A. Kosmale, Aktuelle Aufgaben der Abteilung Familie im BmJFG ... 1971).

Zudem (auch in der Adoptionssphäre) dienen bestimmte Maßnahmen vor allem dazu, kostensparend zu wirken.

Abschließend kann festgehalten werden, was auch in den familienrechtlichen Reformen zum Ausdruck kommt, daß Sozialreformen vor allem dazu dienen, die Funktionsfähigkeit der Arbeitskraft in der Weise zu steigern, daß dieses Ziel nicht transparent wird. Es wird sich zeigen, wie das Familienrecht in diesem Kontext mit der Realität vermittelt werden kann.

2.3.1.2 Familienrechtliche Probleme

Im konventionellen Sinne regelt das Familienrecht die Beziehungen von Menschen, die durch Ehe und durch Abstammung in einem Zusammenhang stehen.

Zudem müssen rechtliche Abstammungsverhältnisse begründet (vgl. die Adoption als besondere Form der Familienentstehung) und Schutzverhältnisse garantiert werden (Eltern - Kind). Auf interkultureller Ebene wird im großen und ganzen (ausgenommen in "primitiven" Gesellschaften) die biologische Natur der Familie geregelt, die auch in spezifischen sittlichen, religiösen Normen und Gewohnheiten zum Tragen kommt, die sich auf Ehe, Verwandtschaft und Vormundschaft beziehen. Die familienrechtlichen Inhalte müssen aber auch konkret-historisch bestimmt werden.

Mit der Änderung der Familienverhältnisse im Zuge der Umstrukturierung der ökonomischen Verhältnisse insgesamt gerät die patriarchalische Familienordnung zunehmend ins Wanken, was bis heute andauert.

Individualistische Denkmuster (vermittelt über römische Rechtsvorstellungen) schlagen sich in den Kodifikationen nieder; das Monopol der Kirche auf das Personenrecht wird in der Aufklärung vom Staat gebrochen (Eherecht) (Art. 3 III, 4, GG) (Beitzke 1977).

Der Zusammenhang der Organisation von Eherecht, Verwandschaftsrecht und Vormundschaftsrecht - ehemals über die Gewalt des Vaters hergestellt - bleibt in der Form der Ehe und Verwandschaft auf Basis der Kindschaft bestehen, gestaltet sich in der Vormundschaft über die mögliche Ersetzung der elterlichen Gewalt und Fürsorge. Infolge der Orientierung an den Pandektensystem erscheint das Familienrecht vom Personenrecht in ungewöhnlicher Form abgetrennt hinter dem Schuld- und Sachenrecht.

"Sie (die Bundesregierung, M. H.) fand und findet es richtig, daß neben dem Kauf und Verkauf, Miete, Dienst- und Werkvertrag, neben beweglichen und unbeweglichen Sachen auch die Familie im selben Gesetzbuch behandelt wird" (W. Plat, Die Familie in der DDR, Frf. 1972, S. 9).

Daß ein eigenständiges Familienrecht in der BRD fehlt, deutet darauf hin, daß die Einheit der Familie (obwohl letztlich ihre institutionelle Sicht durchschlägt) und die Stellung der Mitglieder in der Familie als Gemeinschaft nicht von Bedeutung sind, sondern die Einzelindividuen (Einfluß der Aufklärung und des Liberalismus).

Der sozialrechtliche Charakter des Rechts, der allerdings nicht als Status, sondern im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Verhältnissen zu sehen ist,

verliert so an Wichtigkeit. Das Privatrecht über das Familienrecht zu stellen, indem man das Kind mündig spricht, reicht nicht aus (Bremer 1973).

Innerhalb des Privatrechts lassen sich personenrechtliche (Ehepaar, Eltern - Kinder) und vermögensrechtliche Beziehungen unterscheiden (Unterhalt, Kindervermögen, Güterrecht).

Einen Öffentlich-rechtlichen Charakter haben diese Gesetze nur in Bezug auf die Eheschließung und -auflösung, Adoptionen (und Auflösung) und in der Übernahme der elterlichen Gewalt (vgl. JWG).

Gerade in Hinsicht auf den Art. 6 des GG, der Ehe und Familie unter staatlichen Schutz stellt und die elterliche Gewalt - fast uneingeschränkt garantiert - erscheint es wichtig, daß dieser eine verbindliche Grundsatznorm ist, woraus allerdings im rechtliche Sinne nur sogenannte negative Folgen abgeleitet werden können.

Über die Beeinflussung des Personenrechts bemüht sich der Staat heute vor allem darum, auf den elterlichen Erziehungsstil einzuwirken (vgl. Schnabel 1974). Die eheliche Gemeinschaft bildet aber den vorrangigen Rahmen (in der schottischen Gesetzgebung z. B. nicht: O. M. Stone 1971), wenn auch Haensch u. a. (in: Probleme der Familie und Familienpolitik, BmJFG, 1973) betonen, daß die Gesetzgebung lediglich ausschließt, andere Lebensformen vor Ehe und Familie zu bevorteilen. Es existiert dagegen ein Recht auf Ehe (international abgesichert: Konvention über Menschenrechte, 1952, UN 1966), die einzelne Ehe wird geschützt (auch durch Strafbestimmungen).

Die Familie wird zwar über private Entscheidung gegründet, ansonsten ist das rechtliche Gerüst der Familie zwingendes Gesetz.

Eine konkrete Typisierung wird jedoch nicht erstrebt und vorgeschrieben - vom Einzelnen abhängig gemacht -, allerdings ist die Regelung der ökonomischen Beziehungen gestaltbar (Unterhalt, Güterrecht).

Der nicht-programmatische Charakter des Familienrechts verbleibt im Allgemeinen.

In dezisionistischer Weise greift der Staat erst dann ein, wenn die Ordnung der Familie gestört ist⁽⁶²⁾.

Da die Familie eine große soziale Bedeutung besitzt, ist die Rechtssicherheit für die Kinder groß, d. h. auf besondere gesetzliche Beschränkungen wird verzichtet.

Daß die abstrakte Bestimmung Probleme aufwirft, kommt im folgenden zum Ausdruck.

Nimmt man sich den Art. 3 vor, kann man annehmen, daß die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau eine Selbstverständlichkeit ist, die aber gerade in § 1356 Abs. 1 wieder relativiert wird (vgl. dagegen: Art. 7 der DDR-Verfassung von 1948 und Art. 20 und 38 II von 1968). Die Widersprüchlichkeit ist nicht verwunderlich. Deshalb kann Beitzke auch davon sprechen, daß im BGB von 1896 die Ehe nicht als Herrschafts- sondern als Gemeinschaftsrecht gilt.

Denn "die Gleichberechtigung (kann) angesichts der naturgegebenen verschiedenartigen Funktionen von Mann und Frau ... nie unbedingte Gleichheit der

Rechtsstellung bedeuten" (Beitzke, 5). Die "biologische" Rollenverteilung (in der gesamten Diskussion von Familienerziehung versus Kollektiverziehung hochgespielt) gestattet eben nur eine "organische" Gleichwertigkeit. Die Rechte des Einzelnen dürfen eben die Einheit der Familie nicht tangieren⁽⁶³⁾.

Allerdings entscheidet heute der Mann nicht mehr, wenn kein Konsens mit seiner Ehefrau zustandekommt (Gleichberechtigungsgesetz von 1957; Familienrechtsänderungsgesetz von 1961; Eherechtsreform von 1976).

Der problematische Inhalt des Familienrechts kommt auch im verbürgten Elternrecht als Grundrecht zum Ausdruck, welches gegen die staatliche "Bevormundung" gerichtet ist. Es wird auch nicht vom Freiheitsrecht des Kindes tangiert (entgegen der Proklamation der Menschenrechte).

Das Kind wird deshalb in seiner "Würde" nur vermittels der Eltern vom Staat geschützt (BVerGNRW 1968, 2233). Die "Würde" wird ironischerweise auch sichtbar, wenn die wirkliche Gleichstellung der unehelichen Kinder thematisiert wird (vgl. die Diskriminierung der Illegitimität in der Adoptionspraxis), die keine vollständige sein darf, als damit die Familie entwertet werden könnte.

Im 2. Familienbericht wird ja dazu angeraten, sich über das Vollständigkeitsprinzip Gedanken zu machen, da der Rückzug des Vaters aus der Erziehung ohnehin festzustellen ist (Pross) (in England z. B. hat bis vor kurzem das Kind als Kind des Vaters gegolten).

Die Gleichberechtigung und Gleichstellung des unehelichen Kindes soll sich nur auf eine gleiche Position im "öffentlichen" Leben reduzieren (1969).

Der Absolutheitscharakter der "natürlichen Familie" kommt auch im Begriff der "elterlichen Gewalt" zum Tragen (welche vom Gesetzgeber noch genauer begrifflich erläutert werden muß), der in Zukunft vom Begriff der "elterlichen Sorge" abgelöst werden soll, nicht einem Begriff "Erziehungsrecht" (vgl. § 45 FGB), der von der Einheit der gesellschaftlichen Erziehung ausgeht.

Über die Festschreibung der traditionellen Rollenstruktur sorgen die Eltern zwar für das Vermögen und die Person des Kindes. Das Kind wird aber nur insofern überhaupt ernst genommen (und da hat das Gesetz noch einen Vorsprung vor der Wirklichkeit), als es sich als "einsichtsfähig" erweist, wenn auch zu bezweifeln ist, wie diese Einsicht wissenschaftlich zu bestimmen ist und wer dies entscheidet.

Da aber die "Öffentlichkeit" ohnehin nicht den intimen Privatraum betreten darf, bestimmen wohl letztlich die Eltern, für die man gerade beginnt, einen "Elternführerschein zu verbreiten.

Die Sorge um das leibliche Wohl, das Gedeihen, die Unterbringung, die Verpflegung und Bekleidung des Kindes mündet in einem Erziehungsprinzip, in dem "das Recht zur Anwendung angemessener Zuchtmittel" (Beitzke 1977: 193) sanktioniert ist, die tatsächlich auf die Psyche einwirken. Eltern können zu diesem Zweck vom Vormundschaftsgericht unterstützt werden, das dann das "böse Kind" an das Jugendamt verweist (vgl. JWG).

Auch Dritte (von den Eltern übertragen) besitzen ein Züchtigungsrecht, allerdings (hier schlägt kapitalistisches Besitzdenken bis auf den Körper durch,

anachronistisch nach der Halsgerichtsbarkeit organisiert) nicht fremde Personen⁽⁶⁴⁾. Denn "Fremde können nicht genügend beurteilen, welche Erziehungsmittel gegenüber dem Kind angebracht sind" (Beitzke 1977: 194).

Hoffentlich können das Eltern beurteilen, die sogar in ihrer Aufsichtspflicht den Umgang mit Dritten bestimmen können, ihre Kinder vor Gefahren, Straftaten und unzüchtigen Handlungen bewahren, eine Schädigung Dritter durch ihr Kind verhindern müssen.

Selbst den Aufenthalt in einer Anstalt können Eltern bestimmen - auch ohne Gericht -.

Diese kurze Stellungnahme zum hiesigen Familienrecht soll näher beleuchtet werden; seinen Gegenpol findet sie in den Familiengesetzbüchern der DDR und der UDSSR. Letzteres wird aber einer Schlußbetrachtung überlassen sein, deren positive Aspekte sicher auch für die Einschätzung des Adoptionsrechts und seiner Praxis nützlich sein dürften:

Umso mehr, als sich familienpolitische Aktivitäten (vgl. Wuermeling und Heck) ja gerade vor allem Reaktionsformen auf den Sozialismus darstellen.

2.3.1.3 Das Verhältnis des Familienrechts zur Wirklichkeit

In scheinbar geschichtsloser Weise, auf bestimmte wesenshafte Strukturen beschränkt konkretisieren familienrechtliche Bestimmungen die sittliche Ordnung, verhalten sich also komplementär zu bestehenden Regeln, deren Versagen sie auch auszugleichen suchen.

Die zum Vorschein kommende moralische Überhöhung der Familie drückt lediglich ihre Funktion für die Stabilisierung des Gesamtsystems aus, was letztlich bedingt, daß Reformen an einer vorher als natürlich gesetzten Moral scheitern. Seit die Familienverhältnisse sich aber zu wandeln beginnen, steht sozusagen die "Schule des Despotismus" zur Diskussion (Mill).

Das Familienrecht heutzutage spiegelt nun diesen Wandlungsprozeß und seine Krisenhaftigkeit, in Richtung beginnender Gleichheit der Familienmitglieder wider.

Die Frau - der man natürlich immer unterstellen kann, daß sie nur aus finanziellen Gründen berufstätig ist -, gewinnt durch ihre Arbeit eine gewisse Gleichberechtigung, die zu ihrer Emanzipation führen kann:

Daher steht das Bewußtsein der "Gesellschaftlichkeit" der Familie zur Debatte.

Diese These impliziert jedoch, die bisherigen Regelungen in ihrer Funktionalität für Sonderinteressen zu erkennen (Gröll 1975).

Das Familienrecht ist daher als vom Standpunkt des Besitzenden her (zumindest ursprünglich) konzipiert zu analysieren.

Entweder dient per Gemeinschaftung der Besitz einer Expansion von ökonomischen Interessen oder das Vermögen wird mit Hilfe der Gütertrennung gesichert⁽⁶⁵⁾.

Im BGB existiert z. B. in etwa eine gemeinschaftliche Regelung, die aber dem Mann ein Nießbrauchrecht zugesteht.

Selbst die Leugnung der Vaterschaft hat ursprünglich den Zweck, die Erbmöglichkeit des unehelichen Kindes zu beschränken. Dies hat heute noch eine relative Bedeutung. Auch in Bezug auf die Eheschließung von minderjährigen Kindern und der möglichen Nichtigkeit der Ehe spielen ähnliche Überlegungen eine Rolle (vgl. auch die heutigen Kosten der Scheidung).

Das ökonomische Erklärungsmuster muß jedoch insofern ergänzt werden, als auf der juristischen Ebene die Verhaltensformen der Mittel- bzw. Oberschicht vom Sonderinteresse als getrennt erscheinen.

Neue Regelungen des Kindschaftsrechts bringen daher keine wesentliche Umwälzung, da der Staat vor allem erst bei offensichtlichem Mißbrauch, nicht schon bei objektiver Gefährdung eingreift (ursprünglich).

In Familien von den Klassen zu intervenieren, in denen die Verwirklichung der ordentlichen und gesunden Familie schwerfällt, stößt schon weniger auf Widerstand. An dieser Stelle kommt dann der reale Hintergrund des "Kindeswohl" zum Vorschein (Erziehung unter staatlicher Aufsicht ohne strukturellen Veränderungsversuch). Da noch die oberen Klassen die inhaltliche Qualität der Familienleitbilder bestimmen, kann sich auch nach und nach - ökonomisch und politisch vermittelt - das Familienrecht verändern, als Widerspiegelung der real gewordenen neuen Vorstellungen erscheinen und sich wiederum von den Sonderinteressen lösen. Traditionelle Bezugspunkte verschwinden, neue Interessen müssen ihren rechtlichen Ausdruck finden, so daß (z. B. Adoption) Verfahren aufkommen, die das Kindeswohl zwar im Auge haben, gleichzeitig aber den Vorgang der Annahme verkomplizieren (Zerfaserung).

Entgegen dem Beispiel sozialistischer Rechtsvorstellungen werden daher in der BRD Emanzipation und Kindeswohl nur über das Privatrecht vermittelbar. Zwar polarisieren sich im Laufe der Geschichte oft Privatrecht und Staat, heute entsteht dennoch aber ein neues Abhängigkeitsverhältnis, weil wegen der sozialen Bedeutung der Familie als Vermittlungsraum für Verhalten im Grunde genommen jede staatliche Politik auch Familienpolitik sein muß (Simitis 1975: 40):

Die zunehmende Funktionalisierung des Einzelnen wird wichtig. Die bloße Berücksichtigung der Produktion von Arbeitskräften und das Sozialstaatsprinzip als Erklärungsmöglichkeit reichen deshalb nicht aus, d. h. die Funktionalisierung wird nur dann abgebaut, wenn staatliche Politik der Selbstbestimmung des Einzelnen dient: Auf Basis der Umorganisation der Produktionsweise.

Dieses Ziel läßt sich aber nur über adäquate theoretische Konzepte verwirklichen. Denn in der Adoptionssphäre besteht die Möglichkeit, Kinder an die leiblichen Eltern zurückzugeben, weil die biologische Tatsache über die psychische gestellt wird, obwohl Familienrecht biologische Tatbestände entfalten darf: Konflikte müssen nur positiv aufgegriffen werden.

Konflikthafte Zusammenhänge kommen aber in den Rechtsbegriffen nicht deutlich zum Ausdruck, werden auch nicht intendiert. Denn der komplementäre Charakter des Rechts - auch über Generalklauseln gesichert - darf nicht durchsichtig werden.

Auf diese Weise ist aber auf der anderen Seite ein Abweichen von Traditionen möglich, wenn dysfunktionale Momente sichtbar werden.

Die konkrete Verarbeitung von Konflikten (vgl. A. Freud/Goldstein 1974) (bezogen gerade auf die individuellen Interessen), zieht nämlich die Konsequenzen nach sich, eine grundsätzliche Restriktion des Familienrechts entgegen der Installierung perfekter, normativer Verhaltensweisen zu fordern wäre.

Wird z. B. die Auflösung der Adoption erwogen, ist die Struktur der Adoption zu berücksichtigen: Die von Beginn der Adoption an entstandene psychische Beziehung.

Das Recht des Kindes schließt daher eben auch die Möglichkeit der Konfliktprävention und -verarbeitung einschließlich elementarer Regeln ein. Die Wirklichkeit der Rechtssphäre wird aber weiterhin vom Privatrecht beherrscht.

Familienrecht als Privatrecht beinhaltet historisch, daß sich politische Demokratie und Demokratie in der Familie entsprechen. Das Individuum, gespalten in Privatmann (ökonomisch) und Mensch (Intimsphäre), gewinnt seine Selbstbestimmung über Vertrag (Privatisierung der Familie). Da die Familie sich versteht als der Zusammenschluß von individuellen Interessen, läßt sich dies nur privatrechtlich regeln, ohne zu erfassen, daß Herrschaft in der Familie und in der Gesellschaft zusammenhängen.

Dieses Privatrecht ist aber deshalb nicht bis in die Intimsphäre vorgestoßen, weil im Familienrecht nur ein Interessenausgleich formuliert ist, der die männliche Autorität und bestimmte - nicht zu ändernde

Tatbestände- über staatliche Vorschriften zusammenbringt:

Das Privatrecht regelt Abhängigkeitsbeziehungen, die dem Trend nach aber ins Gerede kommen.

Wir stehen daher am Ende einer Entwicklung, die mit der Beschneidung der familialen Sphäre (institutionelle Restfunktion) gerade eine "Vereinzelung" hervorbringt, die sich in den Forderungen nach Kindeswohl und Gleichberechtigung von Frau und Kindern niederschlägt.

In den Elternrechten kommt diese Struktur noch widersprüchlich zum Ausdruck. Seit zumindest das Objekt der elterlichen Gewalt nicht "mißbraucht werden darf, ist die elterliche Erziehung funktional als Aufgabe definiert - gemessen an einer relativ guten Erziehung. Die nicht kontrollierte Gewalt der Eltern steht nun im Gegensatz zur geforderten Anerkennung des Kindesrechts.

Allerdings kommt im Familienrecht nicht genügend zum Ausdruck, daß das Kind nicht tun muß, was die Eltern wollen, sondern die Eltern ihr Verhalten über das Interesse der Kinder legitimieren müssen. Eltern besitzen lediglich ein Recht uneingeschränkter Fremdnützigkeit (Simitis):

Sie gleichen vorläufig und subsidär einen Mangel aus: Die Konstruktion eines Gegensatzes von Elternrechten und Kindesrecht ist daher nicht präzise.

Das Elternrecht muß in diesem Kontext mit zunehmender Entwicklung des Kindes (für die Arbeit brauchte es noch nie volljährig zu sein) auslaufen.

Das konkrete Alter des Kindes und die spezifische Situation sind dann ausschlaggebend:

Die anstaltliche Freiheitsberaubung kann daher nicht mehr über eine spezifische Interpretation der Elternrechte legitimiert werden, so daß nur Interventionen mit Präventivcharakter maßgeblich werden können.

Im folgenden Abschnitt soll gezeigt werden, wie das Konzept von Familienerziehung als gesellschaftliche - in Familiengesetzbüchern der sozialistischen Länder - sich von gängigen familienbiologischen Überlegungen unterscheidet, um "Kollektiverziehung" als bewußtseinsmäßige Antizipation spezifischer Sozialisationsprozesse inhaltlich zu fassen.

2.3.1.4 Das sozialistische Familienrecht zum Vergleich

Die Familie in den sozialistischen Ländern wird (zumindest seit dem Umschwung in der Familienpolitik um 1936 in der UDSSR, als Makarenkos Werk "Ein Buch für Eltern", 1958, erschien) als ein nach sozialistischen Normen ausgerichtetes Kollektiv angesehen, die das Verhältnis des Kindes zur Arbeit (Hausarbeit), zur Schule (Lernen), zum Beruf (Berufswahl), zu den Mitmenschen und zur Gesellschaft (soziale und politische Einstellungen) bestimmt.

Die elterliche Erziehung kann jedoch nur in der Zusammenarbeit mit außerfamiliaren, staatlich-öffentlichen Einrichtungen betrieben werden (FGB der DDR § 31, vgl. auch Stolz/Herrmann 1966).

Insofern wird der Erziehungs- und Bildungsprozeß als ganzheitlich betrachtet: Die sozialistische Erziehung

innerhalb der Familie wird gefördert, ein einheitliches pädagogisches Handeln wird organisiert, Korrekturen gemessen an den gesellschaftlichen Zielen können an der Familie vorgenommen werden (vgl. Kossakowski, 71). In diesem Rahmen betrachten wir die Erziehung (Bildung bezieht sich mehr auf den Prozeß und das Produkt der Aneignung von Wissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten) mehr als die konkrete Organisation der Tätigkeit der Menschen einschließlich der ideologischen Grundhaltung, so daß gesellschaftliche Prozesse der Planung zugänglich sind (sozialistischer).

Nehmen wir dies zum Ausgangspunkt für die Bestimmung des Erziehungsrechts der Eltern, erweist sich als wichtig, daß im sozialistischen Familiengesetz ein eindeutiger Bezug zur Gesellschaft formuliert wird: Die auch in der BRD teils vorhandenen "normalen" rechtlichen Regelungen sind vor allem in Rahmen des gesellschaftlichen Erziehungsziels zu verstehen: Die Eltern haben die Aufgabe, das Kind zu einer sozialistischen Persönlichkeit zu erziehen⁽⁶⁶⁾.

Das Erziehungsrecht (vgl. Grandke) als Grundrecht regelt einen Teil des gesamten Gesellschaftsprozesses, sichert die Befriedigung bestimmter Bedürfnisse, regelt die Partizipation der Staatsbürger. Daß dieses Grundrecht zugleich ein Mitwirkungsrecht ist, liegt darin begründet, daß die Gesellschaft über die Familie auf die Kinder einwirkt und ein enges Wechselverhältnis zwischen Familie und Gesellschaft vorhanden ist:

Beide (Einheit der Erziehung und der Erziehungskräfte auf Basis der gesellschaftlichen Ziele)

fühlen sich wechselseitig füreinander verantwortlich und handeln dementsprechend.

Diese Einheitlichkeit in der Konzeption ist über politische Kämpfe entstanden:

Im Kampf um die allgemeine Volksbildung und ihre Ausfüllung, in den Bemühungen um die materiellen Bedingungen der praktischen Umsetzung und im Kampf um eine gemeinsame gesellschaftliche Zielorientierung (vgl. Günther 1974).

2.3.1.4.1 Das Familienrecht in der UDSSR

Die historische Veränderung des Familienrechts konstituiert sich über verschiedene Etappen in der Familienpolitik seit 1917:

- 1) Die erste Phase ist von den Untersuchungen der Lage der proletarischen Familie durch Marx/Engels bestimmt (MEW 2: 369; MEW 4; MEW 21) ⁽⁶⁷⁾.

In dem Programm "Grundsätze des Kommunismus" sprechen sie sich daher für die Verantwortung der Gesellschaft gegenüber der Familie aus (MEW 4: 377), das allerdings zu Mißverständnissen führte. Daher präzisieren sie im "Kommunistischen Manifest", daß jede Erziehung in der Familie gesellschaftlich ist, daß es vor allem darum gehen muß, den Einfluß der (damaligen) herrschenden Klasse in der Familie zu beseitigen: Vor allem der "weltgeschichtlichen Niederlage des weiblichen Geschlechts" vorzubeugen (MEW 21: 61).

In dieser ersten Phase wird in der UDSSR daher versucht, das Ziel vom "Absterben der Familie" zu realisieren (die These Lenins von der "proletarischen Zivilehe auf der Grundlage der Liebe"

ist in Verbindung mit der "Glas-Wasser-Theorie" aber in Richtung freier Sexualität mißverstanden worden; nach: Zetkin 1957: 72 u. 75). Später setzen sich aber die Ideen, die z. B. C. Zetkin entwickelt hat, durch: Familie und Gesellschaft müssen sich vervollständigen (1957: 44).

- 2) Unter dem Eindruck einer ziemlich großen wirtschaftlichen Misere, auch bedingt durch eine zu drastische Landkollektivierung, die den bäuerlichen Haushalt und seine Großfamilie desorganisierte, und bedingt durch den stalinschen Fünfjahresplan beginnt man unter Stalin um 1935/6 die These vom Absterben der Familie sogar zu bekämpfen (vgl. Liegle 1970).

Vor allem demographische Gründe bedingen diese Änderung:

Die Zahl der Abtreibungen überwiegt die Geburtenzahl um die Hälfte.

Von daher gesehen werden viele Maßnahmen wieder aufgehoben, die noch in der Ehescheidungsordnung von 1917 oder dem Familiengesetzbuch von 1918 Geltung beanspruchen. Gerade über die Schriften von Makarenko wird die alte These von Marx wieder aufgegriffen (MEW 23), daß die Schaffung einer neuen Form von Familie grundlegendes Ziel sein muß.

- 3) Nach dem Tode Stalins (1954) werden einzelne Maßnahmen wieder rückgängig gemacht, die keine Wirkung erzielt haben oder zu einseitig demographisch orientiert sind.

Die einsetzende Debatte um die Familienpolitik, die teilweise die Prinzipien Lenins wieder aufgreift (vgl. Sowjetische Bildungspolitik 1961), findet auch seinen Ausdruck im Gesetzesentwurf von 1968⁽⁶⁸⁾.

In der juristischen Konstruktion weist das Recht in der UDSSR mit anderen Ländern vergleichbare Regelungen auf, die materiell-inhaltliche Ausgestaltung sieht aber anders aus. Folgende Konstruktionen existieren aber im Vergleich zur BRD nicht:

Bei der Adoption erfolgt eine Eintragung als Kind des Annehmenden in Personenstandsbücher, es existiert ein Patronat (Vertrag zwischen Kind und Erwachsenen), die faktische Erziehung ist erlaubt (Aufnahme eines Kindes ohne vorhandene Ehe und Unterhaltspflicht) (vgl. Bahro 1966; Guereviev 1957; Boschan 1972).

Entsprechend der Familienpolitik - die immer im Zusammenhang auch der Arbeitspolitik zu sehen ist - wandeln sich auch die Familiengesetzbücher um.

Ist noch 1918 die Adoption z. B. verboten (als familienerhaltendes Element), wird sie 1926 wieder erlaubt, verbunden mit anderen Bestimmungen. Im Zuge der Nationalwerdung der UDSSR (über deren brutale Praktiken natürlich nicht geschwiegen werden darf) werden aus demographischen und gesellschaftlichen Gründen (die Notwendigkeit von formalrechtlichen Instituten haben wir ja schon erläutert) die Ehescheidung verboten, die faktische Ehe abgeschafft und der Jugendschutz organisiert. Die Rechtsbeziehungen zwischen Vater und Kind werden beseitigt, Mütter mit vielen Kindern prämiert.

Nach Stalins Tod wird das Dekret von 1944 aufgehoben, die Vaterschaftsfeststellung wieder eingeführt, eheliche und uneheliche Kinder (der Status

letzterer ist heute noch in einzelnen Republiken ziemlich diskriminiert) gleichgestellt, internationale-privatrechtliche Regelungen berücksichtigt.

In diesem Zusammenhang erweist sich die Gestaltung des Eherechts in der UDSSR einerseits immer stark von nicht-religiösen Bestimmungen und von der Gleichberechtigung der Ehepartner als beherrscht. Lange Zeit ist auch die Doppelehe (normale und faktische) möglich gewesen.

Die Verwandschaftsbeziehungen sind auch heute positiv geregelt:

Eine absolute Gleichstellung zwischen unehelichen und ehelichen Kindern ist festgelegt.

Die Elternrechte, die ursprünglich reine Pflichten der Eltern im Interesse des Kindes sind, umfassen heute auch die alleinige Berechtigung lediglich den Kindern und nicht nur dem Staat gegenüber. Allerdings sind sie letztlich auf gesellschaftliche nützliche Tätigkeiten gerichtet. Die Eltern erziehen gemeinsam, Züchtigungen sind restlos ausgeschlossen. Rechtsmißbrauch führt auch hier (dies gilt auch für den Unterhalt), zur Entziehung der Rechte. Wegen der allseitigen gesellschaftlichen Kontrolle fallen jedoch Mißbräuche in der UDSSR eher auf.

Auch die Adoption als Variante des Kindschaftsrechts ist vor allem im Interesse des Kindes geregelt, das sogar ab dem 10. Lebensjahr mitentscheiden darf (Bahro 1966).

Die Vormundschaft - kollektiv oder einzeln - ist relativ familienrechtlich ausgestaltet, wenn auch im Sonderfall unmittelbar eine staatliche "Anstalt" Vormund sein kann.

Von vielen Kritikern wird beklagt, daß der ursprüngliche Ausgleich von Familie und Gesellschaft heute weniger angestrebt wird als die Funktionalisierung der Familie für die staatliche Entwicklung, so daß individuelle Interessen zu kurz kommen.

Diese Diskussionen sind in der UDSSR seit 1956 auch geführt worden (Beginn der Familiensoziologie). Zwar ist die gesellschaftliche Organisation der Persönlichkeitsentwicklung kein gradliniger Weg, die Selbstbestimmung des Einzelnen aber bleibt der Zielpunkt, der allerdings auf dem Hintergrund der gesellschaftlichen Individualität konkretisiert werden muß (Makarenko; Sève)⁽⁶⁹⁾. Da erzieherische Arbeit eben organisatorische ist, muß dies auch im Recht zum Ausdruck kommen, vor allem über die Beziehungen von Eltern und öffentlich-politischem Leben, wobei Kritik nicht ausgespart werden darf.

Kritik kann allerdings auch so aussehen, daß die Familienpolitik in der UDSSR vor allem als Bevölkerungspolitik zur Schaffung von Rekruten definiert wird (Schelsky in: Ludz (Hrsg.) 1964: 93) - und dies auf dem Hintergrund der zugegebenen "militärischen" Funktion der Familienpolitik in der BRD (Wuermeling) (vgl. auch Gorecki, in: KZtschr. f. S. Sps., 14).

Fest steht, daß wie in kaum einem anderen Land in der UDSSR die Gleichberechtigung von Mann und Frau geregelt ist und ebenso die Hilfen für Mutter und Kind, obwohl selbst russische Familiensoziologen in ihren empirischen Arbeiten noch die Belastung der berufstätigen Mutter herausstellen (Charcev).

Dagegen ist vor allem für die CDU/CSU die konkrete Ausgestaltung der Familienpolitik immer ein Beweis dafür, ob eine Regierung sozialistisch oder nicht orientiert ist, so daß in konservativen Kreisen bis heute die Kritik von "christlich-kirchlichen" Vorstellungen einer Moralphilosophie überlagert wird.

Es herrscht ein bestimmtes emotional gefärbtes Verhältnis zur empirischen Familienforschung vor (Hill 1962), über das nur in instrumenteller Hinsicht wissenschaftliche Aussagen Verwendung finden. Der wissenschaftsfeindliche Einfluß der Kirchen wird noch über die Analyse des herrschenden Adoptionsrechts (und -praxis) konkretisiert.

2.3.1.4.2 Das Familienrecht in der DDR

Plat hat in seinem Buch "Die Familie in der DDR" (Teilabdruck in: Familiensoziologie - Reader, hrsg. von Claessens/Milhoffer 1973: 375 - 393) die These zu widerlegen versucht, daß in der DDR die Familie abgeschafft werden soll. Gleichfalls belegt er, daß sich die Familie mit veränderter Stellung der Frau umwandelt (vgl. auch Das Kind, 1975) ⁽⁷⁰⁾.

Obwohl sowohl im GG der BRD wie in der Verfassung der DDR (1949) die Gleichberechtigung der Geschlechter proklamiert wird, wird in der BRD der "Grund" der Verfassung nur langsam rechtlich vertieft.

Während z. B. die Studentenzahl in der DDR um 20 % höher liegt als in der BRD (v. a. in technisch-naturwissenschaftlichen Fächern), betrachtet in der BRD ein großer Teil von Frauen den Beruf nur als Übergang in die Ehe.

Am Ausbau der außerfamiliaren Institutionen (trotz des geringen volkswirtschaftlichen Potentials: vgl. Heinsohn), am Anteil von leitenden Positionen, anhand der Ausbildung wird ersichtlich, daß die Frau eine gleichberechtigte Stellung besitzt (etwa 43,5 % arbeiten 1972). Wie das Arbeitsrecht zeigt (schon 1946 initiiert) ist Frauen der gleiche Lohn wie Männern für die gleiche Arbeit zu zahlen, müssen sie vor schwerer Arbeit und gesundheitlichen Schäden bewahrt werden, müssen und dürfen sie gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen: Sie können sich die gesellschaftlichen Errungenschaften der bisherigen menschlichen Entwicklung demnach "demokratisch" aneignen.

Solange auf dieser Ebene der Gesellschaft keine Demokratisierung stattgefunden hat, kann dies nicht für die Gesellschaft im ganzen behauptet werden (Plat 1973: 379) (Angelpunkt einer sozialistischen Familienpolitik).

Im Gegensatz zum Versuche der Änderung über die individuellen Privatrechte, wird in der DDR die Änderung der Tätigkeitsstruktur zum Ausgangspunkt im Rahmen des Arbeitsrechts⁽⁷¹⁾ genommen).

Daher müssen die Betriebsleiter auch die "Besonderheiten" der Situation der Frau berücksichtigen.

Die werdende Mutter ist besonders geschützt:

Sie darf nicht hart arbeiten, der Lohn darf ihr nicht gekürzt werden, Nachtarbeit und Überstunden sind nicht erlaubt, Stillpausen müssen gewährt werden, der Arbeitsplatz darf nicht gekündigt werden, unbezahlter Urlaub von einem Jahr ist möglich (vgl. Das Kind 1975: 116 ff).

Eltern (Mann oder Frau) können der Arbeit fern bleiben, wenn sie ihr krankes Kind pflegen wollen (teilweise bezahlt).

Da die Zufriedenheit mit der Arbeit vor allem von der Qualifizierung abhängt, wird diese organisiert (Frauenausschüsse in Betrieben realisieren Frauenförderungspläne). So wird das FGB der DDR vor allem über den "Demokratischen Frauenbund Deutschlands" (in der Volkskammer) beeinflusst.

Die Familie wird in der DDR auch als Kollektiv bestimmt, Staat und Gesellschaft üben aber einen indirekten Einfluß aus über die Veränderungen der gesamten Lebensbedingungen und des Bewußtseins.

Harmonische und auch emotional geformte Beziehungen in der Familie laufen nur über die Gleichberechtigung von Mann und Frau ab, sie fördern sich gegenseitig in ihrer Persönlichkeitsentwicklung (vgl. Kuhrig 1962; Mannschatz 1971).

Die Gütergemeinschaft ist zu diesem Zweck konsequent rechtlich fixiert, das Zerrüttungsprinzip bei der Ehescheidung und die Aufgabe der Idee der Versorgungsehe sind rechtlich genau festgelegt, beide Eheleute sind sich unterhaltspflichtig.

Vergleichen wir diese materiellen Regelungen mit den Verhältnissen in den USA: Die Ehefrau (Gütertrennung ist vorhanden) hat nur dann einen Anspruch auf Unterhalt, wenn sie auch Einkommen in der Ehe besitzt, umgekehrt gilt dieses Gesetz aber nicht (Stone 1971).

Ähnlich wie in der DDR stehen die Interessen des Kindes im Vordergrund (so gilt auch nicht die "Einkrede des Mehrverkehrs" bei der Unterhaltszahlung).

Nach Art. 38 der sozialistischen Verfassung (7. 10. 1974) haben die Eltern das Recht und die Pflicht, "ihre Kinder zu gesunden und lebensfrohen, tüchtigen und allseitig gebildeten Menschen, zu staatsbewußten Bürgern zu erziehen".

Die Rechte des Kindes sind im FGB und BGB genau festgelegt, werden ergänzt durch hohe staatliche Beihilfen für Mutter und Kind:

- Staatliche Geburtshilfe (Beihilfe, Mutterschutz, Stillgeld)
- Staatliches Kindergeld (für Studentinnen existiert ein Zuschuß)
- Unterstützung bei Erkrankung des Kindes
- Unterstützung der alleinstehenden Mutter bei fehlendem Krippenplatz

Positiv zu beurteilen ist die Gleichstellung auch von unehelichen und ehelichen Kindern: Dieser Begriff ist abgeschafft (vgl. erster Familienbericht 1968).

Auch die Adoption ist unkompliziert geregelt. Inhaltlich muß sie aber dahingehen präzisiert werden, als in der DDR kein absoluter Gegensatz zwischen Familien- und Heimerziehung existiert: Es gibt eine "qualifizierte Heimerziehung".

Wie sich in der BRD ansatzweise in der Formel "Familienpolitik als Sozialpolitik" der Arbeitsbezug der Familie ausdrückt, gehören in der DDR das Recht auf Arbeit, Arbeitsplatz und die Entwicklung des Lebensstandards schon zum Bereich der Familienpolitik. Im engeren Sinne bezieht sich der Begriff vor allem auf die öffentlichen Institutionen und kinderreichen Familien.

Da die Gleichberechtigung der Frau schon eine Forderung ist, die als Produkt der politischen Revolution des Bürgertums entsteht (vgl. Familienrechtsentwurf der SPD zum BGB 1896), weist sich dieses Ziel nicht als die "Erfindung" des Sozialismus aus, wenn auch hier die Realisierung möglich erscheint, sondern zeigt seinen demokratischen Inhalt.

Die Aufgabe dieses Inhalts zeigt nur, daß der Mensch nicht im Mittelpunkt steht, sondern die Verwertung des Menschen (Plat 1973/ 393).

Insofern ist Rubinstein zuzustimmen:

"Ein Mensch ist maximal eine Persönlichkeit, wenn er ein Minimum an Neutralität, an Indifferenz, an Gleichgültigkeit und ein Maximum an "Parteilichkeit" in Bezug auf das gesellschaftlich Bedeutsame aufweist" (1972: 283).

In diesem Sinne kann auch der nächste Abschnitt über das Adoptionsrecht über dieses Kriterium analysiert werden. Im Mittelpunkt der Analyse wird die Kritik des "Familienprinzips" stehen. Adoption wird ja als eine besondere Form der Entstehen von Familie bestimmt (Zweiter Familienbericht 1975).

Das Rechtsinstitut muß also auf seine gesellschaftlichen und historischen Bedingungen hin analysiert werden.

Die "Verfassung" von Sozialisationsprozessen ist nur über die "Verfassung" der spezifischen Gesellschaft erklärlich, die sich im Recht immer widersprüchlich widerspiegelt.

2.3.1.5 Das Adoptionsrecht

2.3.1.5.1 Problemstellung

Werden Kinder - ob inländische oder ausländische - von den Eltern, die das Selektionsverfahren positiv bewältigen konnten, adoptiert, entsteht eine besondere Form der Familie: Die Adoptivfamilie.

Für sie gelten - nebegewissen Besonderheiten, die teilweise von der "Sozialarbeit" noch nicht genügend berücksichtigt werden - die im vorangegangenen Abschnitt dargestellten und kritisierten familienrechtlichen Bestimmungen.

Da - wie gezeigt werden konnte - die Erziehung in der Familie nicht als gesellschaftliche analysiert wird (der Begriff "Erziehungsrecht" wird mit der Begründung als zu eng abgelehnt, weil er die Vermögenssorge und die gesetzliche Vertretung nicht faßt, vgl. Sonderdruck der AGJ in Bezug auf die "elterliche Sorge", Nr. 65/66, April 1973: 10), ist letztlich das Kindschaftsrecht den Elternrechten subsumiert.

Von daher beschränkt sich der Gesetzgeber auf die Abstraktion "Wohl des Kindes", ohne konkret-inhaltlich und programmatisch Erziehungsziele zu umschreiben, weil diese den Ermessensraum der Eltern beschneiden würden. Folglich sind die Mitwirkungsrechte des

Kindes vage formuliert (selbst in Bezug auf die Wahl des Berufes und der Ausbildung).

Es bleibt daher die Frage - in Anbetracht des Zweifels an der Qualifikation der Eltern -, wie die Eltern denn die Begabung und Neigung von Kindern beurteilen können, in einer Zeit, in der sich Partnerschaft und der Abbau von Autorität erst langsam durchsetzen.

Diese Kritik des Familienrechts tangiert in gleicher Weise das Adoptionsrecht, das Gesetz zur Adoptionsvermittlung, das JWG und das Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit.

Die Ausrichtung an der "natürlichen Familie" führt innerhalb der Vermittlungsstellen dazu, daß "Sozialarbeitern" die Adoptivfamilie nicht als problematisch ansehen und daher die erforderliche "Beratung und Hilfe" (im Jugendhilferecht nicht ausdrücklich als Eltern- oder Familienbildung bezeichnet: Stolleis 1978) nicht forciert betrieben wird. Wird etwa angenommen - dies entspricht dem realen Inhalt der Elternrechte -, daß Eltern prinzipiell, schon von "Natur" aus, erziehungsfähig sind?

Kommen nicht in den Vorstellungen der "Praktiker" (und ein Anzeichen ist die Delegation der Aktivitäten per Subsidiaritätsprinzip an vor allem kirchliche Träger) die gleichen ideologischen Leitbilder, die das Familienrecht strukturieren, in anderer Form wieder vor?

Geht man davon aus, daß konkrete Hilfen für Adoptiveltern im allgemeinen notwendig sind (gerade nach vollzogener Adoption), immer mehr der wissenschaftlichen Durchdringung bedürfen (vgl. Europäische

Familienministerkonferenz 1977, Schlußbemerkung, S. 4), nimmt man sich also die Devise des Weltgesundheitstages 1977 in der BRD zu Herzen ("Kinder fit fürs Leben") oder die der Aktion Gemeinsinn "Macht Kindern nicht das Leben schwer", müßte sich dies vor allem in dementsprechenden Adoptionsrechten zeigen: In konkreter und materialer Weise.

Da aber kaum eine allumfassende Sozialisations-theorie und eine allgemeine Theorie zur Bestimmung gesellschaftlicher Ziele zugrundegelegt wird (vgl. das erste Kapitel), weil der Staat nicht als besonderer Staat verstanden wird, und weil das Familienrecht sozialrechtliche Aspekte ausklammert und weil auch die Vereinnahmung der Praxis (vor allem der kirchlichen) der privaten Interessenverfolgung problematisch untersteht, müssen Zweifel aufkommen, ob das Adoptionsrecht in Verbindung mit anderen Gesetzen eine effiziente und relativ optimale Praxis als Möglichkeit thematisiert.

In der Begründung zum Referentenentwurf eines Gesetzesentwurfs zur Neuordnung des Adoptionsrechts vom 7. September 1973 heißt es daher (in Bezug auf die Aufhebungsmöglichkeit: § 1759):

"Der familienrechtliche Zweck der Adoption und der Gedanke der durch sie begründeten sozialen Elternschaft schließen die Aufhebung der Adoption aus anderen als im Kindesinteresse liegenden Gründen nicht schlechthin aus. Der Entwurf will zwar die Adoption mit ähnlich starken Rechtswirkungen ausstatten, wie sie die natürliche Abstammung hat; er will aber nicht die "Natur imitieren" und den Unterschied zwischen Geburt und einer Adoption leugnen" (S. 52).

Dies bezieht sich zwar auf die Möglichkeit, daß die Adoptiveltern zum Beispiel mit einem unheilbar kranken Kind nicht fertig werden ("Als-ob-Familie"), aber impliziert gleichzeitig, daß das Adoptivkind nur weitgehend dem ehelichen gleichgestellt ist.

Die permanente Wirksamkeit der "leiblichen Blutsbande" ist ein historisches Produkt gesellschaftlicher Entwicklung, wie im folgenden Abschnitt verdeutlicht werden soll.

2.3.1.5.2 Zur "Geschichte der Adoption" und ihrer Folgen

Die Adoption ist ein Statut, das nach Form und Inhalt je nach den historisch-gesellschaftlichen Bedingungen (vgl. auch das erste Kapitel) eine andere Prägung erfahren hat.

An dieser Stelle soll vor allem die Entwicklung im europäischen Raum interessieren, um die Entwicklungsstränge sichtbar zu machen, die zum Gesetz von 1976 in der BRD geführt haben.

In der europäischen Geschichte (vgl. schon in ägyptischen Kodizes)⁽⁷²⁾ wird die Adoption in ihrer Funktion einer privaten Erbgewinnung (Besitz, Nachkommenschaft, Name, "ancestral worship") über Jahrhunderte fortentwickelt zu einer Form der "Ersatzerziehung", in deren Mittelpunkt heute das Eltern-Kind-Verhältnis auf Basis einer Schutzbestimmung stehen soll (Christensen 1967).

Diese letzte Entwicklungsphase ist jedoch strukturell nur über die Auflösung des Feudalismus durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse mit ihren Folgewirkungen zu erklären.

De facto hat es zwar die Adoption immer schon gegeben (langobardisches, ägyptisches, römisches Recht: vgl. Rihs, in: JCWR, Nr. 28, 1976: 52 ff).

Im römischen Recht aber, das maßgeblicher für die Entwicklung in Europa ist, differenziert man zwischen zwei Formen:

- der "arrogatio", die nur möglich ist, wenn der Anzunehmende nicht mehr unter väterlicher Gewalt steht (vgl. Beitzke 1977) und vor allem (rechtlich, religiös, politisch orientiert) der Weitergabe des Besitzes dient (erwachsener Anzunehmender),
- der "adoptio" (oder "datio in adoptionem"), die über einen Kontrakt geregelt wird und sich auch auf Minderjährige erstreckt (vgl. Sanfilippo 1942: 491 ff). Wegen der patriarchalischen Verfassung der Gesellschaft dürfen Frauen nicht adoptieren, was sich später ändert.

Als sich das Recht mehr unabhängig von der Religion gestaltet, entwickelt es sich zu dem Zweck weiter, ein künstliches Eltern-Kind-Verhältnis zu begründen ("adoptio minus plena").

In der Folge wird im juristischen Recht die "adoptio plena" nur mit dem Ziel der Annahme eines Verwandten an Kindes statt (vgl. Schnitzerling 1960) durchgeführt, über die "adoptio minus plena" aber bleibt der Angenommene der "leiblichen" Herkunftsfamilie verhaftet, wird die elterliche Gewalt nicht übertragen, obwohl auch die Beerbung der Adoptiveltern möglich ist. Diese Form der "conditional adoption" bleibt mit seinen römischen Momenten auch bestehen, als das römische Recht insgesamt verschwunden ist (19. Jahrhundert) (vgl. Rihs 1976).

Diese Entwicklung hängt eng mit dem Aufkommen des staatlichen Schutzprinzips zusammen, über das eine rechtliche Mischform zwischen der "patria potestas" und dem germanischen "mundium" (Schnabel 1974) entsteht⁽⁷³⁾.

Ist der Einfluß des römischen Rechts zwar groß gewesen, laufen parallel andere Stränge. Zeitweilig (in Spanien z. B.) stehen sogar die Interessen des Anzunehmenden zur Debatte (im 13. Jahrhundert).

Die germanischen Wurzeln - obwohl teilweise ungeklärt - der Adoption, die sich aber relativ schwach bemerkbar machen, liegen wohl in Formen der Wahlkindschaft (Beitzke 1968) begründet (vgl. Zur Nieden 1963: 13).

Gerade aber im Mittelalter entsteht ein Affront gegen das Statut der Adoption, da dies gegen das kirchliche Konzept der natürlichen Familie verstößt (später äußert noch Wichern die gleichen Bedenken) (Huber 1952: 9)⁽⁷⁴⁾.

Die grundsätzliche Ablehnung des nicht-ehelichen Status, das Statement der makellosen Geburt gestattet es im weiteren Verlauf nur besonders ausgewählten Kindern (meist ein verwandtes: vgl. Scherpner 1967:16 ff), in die Oberschicht adoptiert zu werden, so daß viele Waisen (Sammelname für verlassene Kinder armer Leute) entweder in Familienpflege oder in Anstaltspflege gegeben werden (Uhlhorn 1884: 234 ff; Canziani 1964: 6).

Andere Kinder - wie gezeigt - werden in "Waisenhäusern" erzogen, die eine Kombination von Zucht-, Arbeits- und Manufakturbetrieben darstellen (Kuczynski).

Es ist ihnen zwar möglich, in Pflegeverhältnissen zu leben, sie werden aber vor allem zu Arbeit gehalten. Hoernle konstatiert diese Praxis noch für das 20. Jahrhundert, indem er auf fragwürdige Zeitungsannoncen hinweist (in Bordelle werden diese Kinder noch um 1900 vermittelt, vgl. Kuczynski). Einen erzieherischen Effekt hat diese Form der Unterbringung kaum.

Auch in den pietistisch-anstaltlichen Vorstellungen des 17./18. Jahrhunderts (Armenpflege) findet die Versorgung eines alleinstehenden Kindes (fremden) keinen Platz ⁽⁷⁵⁾. Klassenschränken in Verbindung mit der Ideologie der ehelichen Herkunft (Scherpner 1966: 52) wirken sich hindernd aus. Innerhalb der Armenreform (1788) kommt zwar die Familienerziehung in den Blick, es herrscht aber eine Arbeitserziehung zum Zweck körperlicher Versorgung vor.

Diese Entwicklung mündet zwar in die Organisation der Kinder- und Jugendfürsorge unabhängig von der allgemeinen Armenfürsorge (Familienpflege), die sich aber wegen der aktuellen Politik Napoleons und dem Aufkommen der Ideen des Liberalismus nicht durchsetzen kann (Malthussche Bevölkerungslehre).

Die aufklärerische Armenfürsorge reduziert sich auf die materielle Versorgung von Armenkindern (über die Gemeinde oder den Staat).

Der Staat, der zumindest anstaltliche-bürokratische Fürsorge betrieben hat, beschränkt sich erst einmal in seinen Aktivitäten.

Lediglich die allgemeine Volksschulpflicht kann er durchsetzen, die allerdings die Kapitalisten dazu veranlaßt (wenn auch nicht ursächlich), ihrerseits "Fabrikschulen" einzurichten, die mit "Erziehungsinstitutionen" wenig zu tun haben (in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts).

Verstreute Adoptionen in dieser Zeit beschränken sich auf die oberen Klassen, denen sie zum privaten Erbgewinn dienen (bis um 1900).

In die unteren Klassen werden vor allem Kinder über das "Verdingen" (v. a. auf dem Land) in Familienpflege aufgenommen, indem sie sich ihr Geld und ihren Lebensunterhalt selbst verdienen müssen (Canziani 1964: 6).

Die ausufernde Kinderarbeit, die Ausnutzung in Koststellen resultieren aber in hohen Sterblichkeitsziffern - trotz der hohen Geburtenzahl (Heiratsbeschränkungen und persönliche Abhängigkeitsverhältnisse fallen ja weg).

Diese gesellschaftliche Problematik wird zwar im 19. Jahrhundert von privaten Initiativen aufgegriffen (Pestalozzi; Rettungshausbewegung), die die Arbeitserziehung aus erzieherischen Gründen im Familienrahmen durchführen, womit sie sich auch gleichzeitig gegen mögliche Interventionen des Staates schützen wollen, aber keinen durchschlagenden Erfolg erzielen. Außerdem drückt sich der Ortsarmenvorstand vor Unterhaltszahlungen (Petersen 1915: 20 ff) ⁽⁷⁶⁾.

Die liberalistische Phase des Kapitalismus bringt nur folgende "Vorteile":

- Exzessive Kinderarbeit in Fabriken oder Armenanstalten,
- Unterbringung alleinstehender Kinder in Koststellen auf dem Land,
- Hohe Sterblichkeitsraten von Kindern.

Wichtige soziale Reformen, in denen sich ein verändertes Bewußtsein gegenüber dem Kind und der Entwicklung der Bevölkerung niederschlägt (starke Geburtenrückgänge, Säuglingssterblichkeit), bilden

die Basis für erste aufkommende Vermittlungsstellen privater Art um 1900⁽⁷⁷⁾.

Die sozialen Maßnahmen, die aber vor allem durch die Wandlungsprozesse in der Industrie und in zweiter Linie durch ein gesteigertes Bewußtsein über Kinderfürsorge und Bevölkerungsstrukturen bedingt sind, haben zwar das Ziel, die Aufnahme von "Haltekindern" (Engelmacherei) unter polizeiliche Aufsicht zu stellen, bleiben aber mehr oder weniger wirkungslos (Scherpner 1966: 159 f.).

Auch private Initiativen in der Adoptionsvermittlung entstehen zwar, können aber keine Erfolge verzeichnen (zur Nieden 1963: 16): Abgesehen davon, daß sie vor allem die religiöse Eignung der Adoptiveltern in den Vordergrund stellen (dies ist auch heute noch der Fall), weniger erzieherische Qualifikationen. Die Integration einzelner Kinder bleibt bis 1917 selten, weil vor allem Vorurteile gegenüber Nichtehelichkeit und negativen Erbanlagen dies unmöglich machen.

Auch entwickelten sich Vorstellungen über alternative Formen der Organisation der "sozialen Frage" (die immer eine "Arbeiterfrage" ist), die im armenpflegerischen Mittel der "Berufsvormundschaft" münden ("Deutscher Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit" 1884; 1919 in "Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge" unbenannt), die zum ersten Mal das Recht auf Erziehung proklamiert.

Damit wird ein neuer Weg beschritten, um die Kinder außerhalb der Armenämter zu versorgen (erst nach 1918 allerdings).

All diese Strömungen münden in das BGB (1896), in dem in einer erstmaligen Regelung auch das Schutzprinzip angesprochen wird⁽⁷⁸⁾. Dennoch stehen immer

noch die Interessen der Annehmenden im Vordergrund (wohlhabend und edel denkend): Zur Namens- und Besitzübertragung für kinderlose Ehen und als Möglichkeit der Legalisierung der Illegitimität.

Die Idee der Berufsvormundschaft kommt nur kompromißhaft zur Geltung, die Annehmenden müssen 50 Jahre alt sein, es gilt das Vertragsprinzip. Es kommt darin die historische Tradition zum Tragen, die vor allem die Adoption von Erwachsenen zum Gegenstand hat (vgl. Engler 1972).

Man kann sich aber denken, daß auf diese Art und Weise die Adoption kaum Verbreitung findet, wenn überhaupt bestehende "Vorurteile" es gestatten. Es versteht sich, daß die konservativen christlichen Kreise in der Adoption eine Förderung der Ehelosigkeit sehen und einen Verstoß gegen die Blutsbände, während die andere Seite die berechnete Frage aufwirft, welche sozialpolitische Bedeutung dieser Regelung zukommen kann, die eigentlich eher in der Förderung der Pflegekindschaft bestehen muß (Hecker 1903: 50).

Nach der Verabschiedung des BGB läuft die Errichtung von Adoptionsvermittlungsstellen ziemlich langsam ab. Erst nach 1918 kommen ja erst im Zuge der Kriegsfolgen im großen Maßstab Adoptionen auf, die bis dato durch die Vorurteile der Unehelichkeit und des negativen Erbgutes verhindert wurden (Klummer 1926).

Die wenigen Stellen, die vorher vorhanden sind (zwei Stellen: 1911 und 1913 gegründet) leisteten keine qualifizierte Vermittlung, weswegen die Adoptionen häufig mißlingen (zur Nieden 1963: 17).

Illegale Tätigkeiten stehen eher auf der Tagesordnung (Kinderhandel, Adoptionsschwindel)⁷⁹⁾, so daß aller Wahrscheinlichkeit nach etliche Kinder sogenannte "Entbindungsstationen" nicht lebend verlassen haben (zur Nieden 1963: 27 ff.).

Aus diesen Gründen beginnt man, schwarze Listen zu führen (Deutscher Verein für Jugendfürsorge, 1913), die aber erst Wirkung zeitigen, als der Staat sich im Rahmen der Nichtehelichenfürsorge um Kinder in Pflegestellen (die oft gewechselt wurden) und Heimkinder zu kümmern beginnt. Die neue Entwicklung drückt sich in den Regelungen des Kompro-mißwerks des RJWG aus, (neu novelliert 1951 als JWG), das schon 1929 als System von "Halbheiten" bezeichnet wird (Baltensweiler 1931: 89): über die Forderung der "Volladoption".

In den 20er Jahren entstehen daher viele kommunale Stellen, die als Kostenentlastung für den Weimarer Staat gedacht sind und natürlich die privaten Organisationen beunruhigen, die ihre Tätigkeit als qualifizierter ansehen. Daß aber viele Zentralstellen privatenwie öffentlichen Organisationen zugehören, zeigt, wie sich langsam eine Angleichung der Kontrahenten anbahnt, wenngleich der Staat sich selbst aus der Praxis herausmanövriert.

Über den Staat - vermittelt durch das RJWG - geraten die Verbände zunehmend ins Fahrwasser des Kampfes um Subventionschancen und damit in Abhängigkeit (Peters 1968: 28). Im Gerangel um die richtige Adoptionsvermittlung, die zur Angleichung in der Vertretung öffentlicher Aufgaben führt, kommt die mögliche Kritik an der Adoption selbst völlig aus dem Blick (eigentlich bis heute: Reid 1971: 10).

In der Zeit des Nationalsozialismus existieren vor allem zentrale Adoptionsstellen (ausgenommen der Verein "Lebensborn"), die vor allem aus rassistischen und bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten Vermittlungen durchführen (auch durch Verschleppen von Kindern: Hillel/Henry 1975, Webler 1936: 277 ff.)⁽⁸⁰⁾.

Dennoch - natürlich auf Basis der faschistischen Ideologie zu relativieren - sind Eltern-Kind-Verhältnisse begründbar.

Unverständlicherweise laufen die Bemühungen in der BRD nach der Nazi-Zeit denkbar langsam an (Glässing 1957: 46 ff.; Engler 1972: 18), während in der DDR das Adoptionswesen im Ganzen verändert wird. Nach Engler (1972) werden im Vermittlungsgesetz von 1951 (§ 1, Abs. 1) die Rolle der Jugendämter und Landesjugendämter erneut unterstrichen, illegale Vermittlungen (es sei denn, sie wurden sofort gemeldet oder bezogen sich auf Verwandte, vgl. Beitzke 1977) verboten und die Rolle der freien Träger befürwortet (vor allem der Kirchen, die in der Nazi-Zeit verfolgt worden sind). Diese Bestimmungen werden 1952 und 1971 ergänzt. Sie schließen aus Gründen spezifischer Voraussetzungen andere Vermittlungswege als Ausnahmen ein (Internationaler Sozialdienst - ISD - und Terre des Hommes).

Im Anschluß daran ist die Vorlage der "Arbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter" (Richtlinien) aus dem Jahre 1962 von Interesse, in denen die Qualifikation der fürsorgerischen Fachkräfte klar herausgestellt wird, ohne allerdings einen positiven Einfluß auf die Gestaltung der Praxis zu besitzen (AGJ Nr. 57/58, 1969; Engler 1972; Mende 1970 u.a.).

Alle bisher angeschnittenen Probleme, die sich historisch herausgebildet haben und die auch im internationalen Kontext zu sehen sind (Unterschiede zwischen kontinentalem und englischem "common law"; der Vorbildcharakter des Dekret-Systems in den USA (v. a. Massachusetts); das "Europäische Adoptionsabkommen" vom 24. 4. 1967⁽⁸¹⁾, führen am 2. Juli 1976 zur Verabschiedung eines neuen Adoptionsrechts und Adoptionsvermittlungsgesetzes (mit Folgewirkung für das JWG und das FGG), nachdem ersteres durch den Rerentenentwurf vom 7. 9. 1973 und zweiteres durch den Entwurf vom 15. 11. 1973 vorbereitet worden sind (vgl. Stellungnahme der AGJ, Sonderdruck 1974).

Im Adoptionsrecht (am 1. 1. 1977) in Kraft getreten) werden folgende wichtigen Regelungen getroffen (vgl. Bundesgesetzblatt Teil I, 7. Juli 1976, Nr. 78, 1749 - 1765):

- Die Volladoption vor allem von Minderjährigen wird durchgesetzt (Erwachsene können aber weiterhin adoptiert werden) (§ 1754 BGB).
- Das Vertragsprinzip wird vom Dekretsystem abgelöst (Vormundschaftsgericht; Jugendamt bzw. bei Auslandsadoptionen das Landesjugendamt) (§ 1752 BGB).
- Die elterliche Einwilligung kann ersetzt werden (§ 1748 BGB)⁽⁸²⁾.
- Die Interessen des Kindes stehen im Vordergrund (Kindeswohl) (§ 1741 Abs. 1 BGB; BR-Drucksache 691/74: 7: "Annahme als Kind").
- Eine Auflösung der Adoption ist kaum möglich (§§ 1760, 1763 BGB).

- Eine unbefristete Adoptionspflegezeit wird beschlossen (auf diese Problematik wird noch eingegangen (AGem.LJAe 1962: 7)).

Mit dem Ziel, mehr Adoptivkinder schneller und besser zu vermitteln (Roth-Sielow 1976: 38) gestaltet sich das neue Adoptionsvermittlungsgesetz wie folgt:

- Nur anerkannte Stellen mit einer Fachkraft können Kinder unter 18 Jahren vermitteln (§§ 1 - 3 AdVermG).
- Zentrale Adoptionsstellen sollen bei den Landesjugendämtern eingerichtet werden (Team aus unterschiedlichen Bereichen) (§ 13). Die Aufgabe der Zentralstellen schließt die Ermittlung in Heimen ein (im jeweiligen Bereich, § 12).
- Meldepflichten der Stellen und der Heime sollen helfen, alle Kinder zu erfassen und einen Überörtlichen Ausgleich zu schaffen (§ 10).
- Annehmende, Kinder und Eltern haben ein Recht auf Beratung und Hilfe (vorher und nachher) (§ 9).
- In schwierigen Fällen und bei Auslandsadoptionen wirken die Landesjugendämter mit (§ 11).

Vor allem in § 9 kommt eine Forderung zum Ausdruck, die in der Praxis kaum erfüllt ist:

Noch in größerem Umfang, wenn es um "nachgehende Hilfen" geht. Dieses Problem wird ja im Gesetz dahingehend formuliert (BR-Drucksache 7/75: 23), daß Erziehungsberatungsstellen und Elternschulen einbezogen werden müssen, die allerdings ziemlich ungeeignet erscheinen.

Schlußfolgerung

Vorbehalte gegenüber möglichen negativen Erbfaktoren und niedriger, makelvoller Herkunft haben lange Adoptionen verhindert.

Vor allem auf dem europäischen Kontinent, wo das römische Recht seinen Einfluß wahrt (in Großbritannien gelten andere Vorschriften, die im höchsten Fall bis 1926 vor allem de-facto-Adoptionen für die Oberschicht gestatten), werden vor allem erwachsene, verwandte Kinder aus ökonomischen Gesichtspunkten in den oberen Schichten adoptiert.

Adoptionen sind in zweifacher Hinsicht möglich:

- nach dem Familienprinzip (Besitz und Namen im Interesse des Annehmenden, Verwandtschaft),
- nach dem jugendfürsorgerischen Prinzip (keine Verwandtschaft, keine Beziehung zu den natürlichen Eltern), das sich heute durchgesetzt hat.

In unseren Breitengraden sind Adoptionen meist auf bestimmte Personen beschränkt, relativ geheim und stellen eine vollständige Übertragung dar.

Während bis in die Weimarer Zeit noch die Unehelichkeit absolut diffamiert wird und vor allem das Interessenprinzip vorherrscht, hat sich das zwar heute geändert, aber die Legitimation des Schutzprinzips der Adoption wird als einzige Möglichkeit begründet:

- Die Versorgung unehelicher Kinder ist bis heute nicht garantiert, die Adoption erfüllt eine gesellschaftliche Legitimation.
- Die herkömmlichen Ersatz-Institutionen haben versagt bzw. können bis heute nicht effektiv organisiert werden (Pflegefamilie, Heimerziehung).

Die Adoption besitzt zwar eine gewisse Priorität, aber die Leistungen der Vermittlungsstellen als historische Produkte sind nach wie vor begrenzt:

- Administrativ-juristische und politisch-institutionelle Aspekte herrschen vor.
- Die Veränderung der Praxis beschränkt sich auf die Verbesserung der Gesetze.

Diese Kritik ist umso wichtiger, weil die Nachfrage nach Kindern das Angebot bei weitem übersteigt (vielleicht liegt darin ein Nebengrund für die Adoption ausländischer Kinder).

Abgesehen davon, daß bei der Berechnung von Adoptionsvermittlungen zwischen Adoptionen ins Ausland, zwischen Verwandtenadoptionen und Adoptionen Erwachsener sowie Adoptionen von Kindern unter 18 Jahren unterschieden werden muß (40 - 60 % der jährlichen Adoptionen, über Vermittlungsstellen durchgeführt), ist von Interesse, daß die Vermittlungszahl trotz der steigenden Zahl unehelicher Kinder stagniert oder sogar zurückgeht⁽⁸³⁾.

Viele Autoren meinen, daß dieser Rückgang mit der Bereitschaft mancher Mütter unehelicher Kinder zusammenhängt, ihre Kinder selbst zu erziehen: trotz ihrer unterprivilegierten Stellung (Triseliotis 1970: 22 f.).

Diese Entwicklung deutet auf einen Bewußtseinswandel, der auch darin zum Ausdruck kommt, daß viele junge, berufstätige Frauen erst arbeiten wollen, um danach ein Heimkind zu adoptieren (vgl. auch Helga Schuchardt im Hamburger Abendblatt, 6. Okt. 1975: 9).

Unabhängig von diesen Anzeichen eines Wandels der Vorstellung der natürlichen, leiblichen und vollständigen Familie hat sich in Vermittlungsstellen zwar eine Entwicklung vollzogen, Vorurteile existie-

ren aber nach wie vor:

- Herrschen zuerst diskriminierende und strafen-
de Vorstellungen vor (gefallenes Mädchen, halt-
loser Lebenswandel; Rasse, Heimatboden, Persön-
lichkeit des Kindes; Interesse der Annehmenden),
- ist lediglich ein Wandel zu mehr korrektiven Maß-
nahmen feststellbar, die in individualistischer
Form auf Basis des Familienprinzips und eines
harmonistischen Gesellschaftsmodells (hin und
wieder pathologisch definiert) mehr Eltern für
Kinder suchen, fachunspezifisch vonstatten gehen
und den "natürlichen Eltern" individuelles Ver-
sagen anlasten.

Diese strukturellen Bedingungen stehen weiter-
hin im Gegensatz zum öffentlichen Interesse an
Adoptionen⁽⁸⁴⁾.

2.3.1.5.3. Das Adoptionsrecht mit Auslandsberührung

Die internationale Diskussion über die Möglich-
keiten rechtlicher Regelungen stößt insofern
auf Schwierigkeiten, als in Relation zu den je-
weiligen unterschiedlichen gesellschaftlichen
Verhältnissen - besonders in den Ländern der
"Dritten Welt" - kaum eine vollständige Kompa-
tibilität von internationalem und lokalem Adop-
tionsrecht zu erreichen sein wird⁽⁸⁵⁾.

Durch die übermäßige Konzentration auf die Rechts-
institutionen und diverse Rechtsanwendungsbedin-
gungen wird der juristischen Kodifikation einmal
mehr vorrangiges Interesse entgegengebracht, so
daß die realen gesellschaftlichen Hintergründe
vernachlässigt werden (vgl. Mende, in: Interna-
tional Child Welfare Review, No. 28, March 1976).

In zwei wichtigen Zusammenkünften (The Hague Convention on Jurisdiction, Applicable Law and Recognition of Decrees relating to Adoptions, concluded 15th November 1965; European Convention on the Adoption of Children, concluded 24th April 1967) werden Kompromisse erarbeitet, die von den beteiligten Ländern teils ratifiziert werden, teils nicht.

In einer Befragung von etwa 67 Ländern durch die U.N. Economic and Social Council (ECOSOC) - Commission For Social Development, Twenty-fourth session, 6. - 24. Jan. 1975, Item 14(a) of the provisional agenda, E/CN. 5, 504, 15. Nov. 1974 - enthalten sich sogar über die Hälfte der Angesprochenen einer Stellungnahme.

Die Kompromisse sehen folgendermaßen aus:

- Nach eine Konvention von Hague müssen klare Regeln ausgearbeitet werden dafür, welches Recht bei unterschiedlichen Nationalitäten und Wohnsitzen Anwendung finden soll. Übereinstimmungen sollen über die wesentlichen Gesichtspunkte der "inter-country-adoption" herstellbar sein. Dieses mehr distributive Modell bezieht den Prozeß auf die Personen selbst, für das Kind gilt das Recht seines Staates, für die Annehmenden das Recht ihrer Nationalität.
- Die "Europäische Konvention" vertritt eine "model legislation", in der versucht werden soll, die rechtlichen Bestimmungen an die ausgearbeiteten Regeln anzupassen, was ziemlich lange Zeit in Anspruch nimmt. Sie nimmt also eine Vereinheitlichung zum Ziel. Diese Alternative kann man in etwa als kumulativ bezeichnen, da hier sowohl die Adoption nach lokalem Recht des Kindes wie auch der zukünftigen Eltern zustande kommen soll.

Das deutsche (neue) Adoptionsrecht hat nur indirekt zu diesem Problem Stellung bezogen. Die Regelungen für die Adoption mit Auslandberührung sind vor allem abzuleitende (Gross/Beer 1976).

Diese Ableitungen, die organisatorisch an die Landesjugendämter bzw. auch an internationale Vermittlungsdienste (Internationaler Sozialdienst - ISD - oder Terre des Hommes) gebunden sind, stoßen in mehrfacher Hinsicht auf Schwierigkeiten:

- 1) Entweder existiert die Institution der Adoption in den Herkunftsländern überhaupt nicht, was im sozio-ökonomischen und kulturellen Kontext dieser Länder begründet liegt (Interafrikanisches Seminar Yaoundé, 1972).
- 2) Oder die Adoption wird nach deutschem Recht abgewickelt, wobei nach deutschem Adoptionsrecht sowohl festgestellt werden muß, ob das Kind Eltern hat und wie die Einwilligung eingeholt werden kann als auch eigentlich Informationen über das Kind erstellt werden müssen.
- 3) Oder die Adoption wird erst nach ausländischem Recht durchgeführt (sogenanntes humanitäres internationales Privatrecht) und dann nach deutschem (vgl. TdH).
- 4) Oder (wie im Fall von Indien) die zukünftigen Eltern werden schon im Herkunftsland zum Vormund des Kindes ernannt. Die Adoption erfolgt dann in der BRD nach deutschem Recht.
- 5) Infolge der deprivierten Lage des Kindes aus den Herkunftsländern erweist sich vor allem die Adoptionspflege in diesem Kontext als problematisch, die aber den Prinzipien von Leysin, wie sie auch von der ECOSOC befürwortet werden, durchaus zu entsprechen scheint (European Seminar on Inter-Country Adoption, Leysin: U.N. European Office).

- 6) Das neue Adoptionsrecht formuliert nicht die Möglichkeit eines konkreten Anerkennungsverfahrens der ausländischen Adoption, wie in Fachkreisen erhofft wird (vgl. B. Schurig 1973: 145).
- 7) Ebenfalls wird im Adoptionsvermittlungsgesetz die Errichtung einer Bundeszentrale für Adoptionsvermittlung (innerhalb deren technischen Möglichkeiten durchaus auch die Registrierung von ausländischen Kindern kein Problem gewesen wäre) nicht für notwendig befunden, da man die Landesjugendämter mit ihren Adoptionsvermittlungsstellen für geeignet genug hält. Über die zwingende Vorschrift (§ 10), daß alle Adoptionsstellen Meldung beim Landesjugendamt machen müssen, glaubt man einer optimalen Regelung zu entsprechen (kritisch: Schink 1976).
- 8) Gehen wir davon aus, daß die fachliche Qualifikation nicht ausreichend ist (Mende 1970: 189), daß selbst heute laut Gesetz (wenn praktisch durchgeführt) öffentliche Vermittlungsstellen keinem Anerkennungsverfahren unterworfen sind, daß heute laut einiger empirischer Untersuchungen über Organisation, Aufgaben und Qualifikation der Stellen (nebst den ideologischen Vorurteilen: vgl. Krakau/Kluge; Napp-Peters 1978) selbst in der Inland-Adoptionspraxis vor allem negative Aspekte hervortreten, ist zweifelhaft, ob die offiziellen "Sozialarbeiter" (bw. Fachkräfte mit vor allem praktischen Erfahrungen) die besondere Depressionslage von ausländischen Kindern aus den Ländern der "Dritten Welt" begreifen können und die Probleme aus diesen Ländern mit einkalkulieren⁽⁸⁶⁾.

Denn die "interstaatliche Adoption als Phänomen muß gleichzeitig ... mit dem Interesse an Problemen der Dritten Welt und mit den Wunsch, um selbst die Not lindern zu helfen, in Verbindung gebracht werden" (Bartels 1976: 21).

Kommen wir nun auf die Problematik der Adoptions-
pflege zu sprechen.

Leber/Reiser/Simonsohn 1975: 7 ff.) haben die "Eingewöhnungszeit", die keine "Probezeit" sein soll (Beitzke, der auch davon spricht, daß diese für die Auslandsadoption umwandelbar sein kann), als bedenklich bezeichnet (vgl. Happe 1972: 14 f.).

Im Auftrag von Terre des Hommes haben sie ein Gutachten erstellt, das dem Bundestag vorgelegen hat, aber nicht in den Gesetzestext Eingang gefunden hat.

Kinder, über deren Herkunft (frühkindliche Entwicklung, soziales Umfeld und soziale Bedingungen, besondere Anforderungen an Pflege und Erziehung) nichts oder wenig bekannt ist, müssen eigentlich sofort eine eindeutige Lösung erfahren.

Dies entspricht auch den verabschiedeten Rechten des Kindes (1923 "Save the Children Union; 1924 Völkerbund; 1948 International Union for Children Welfare; 1958 U.N.; 1961 Europarat-Europäische Sozialcharta). Gehen wir davon aus, daß die Bedenken, die im Gutachten geäußert werden, durch die Erfolgspraxis⁽⁸⁷⁾ von Terre des Hommes abgedeckt sind (obwohl man nicht von den Zweitvermittlungen ausgehen darf und obgleich man in Rechnung stellen muß, daß aus welchen Gründen auch immer Adoptionen erst gar nicht zustande kommen: S. Bally, L'Adoption Internationale A "Terre Des Hommes", Oct. 1973), erscheint dem ersten Anschein nach die Adoptionspflege gerade für ausländische Kinder problematisch zu sein.

- a. Nach § 1744 BGB muß "eine angemessene Zeit"
- ohne Angabe einer konkreten Frist - verstrichen sein, in der eine positive Eltern-Kind-Beziehung konstatierbar ist.
- b. Sozialarbeiter haben dagegen keinerlei Verfahren zur Hand, um erstens eine befriedigende Beziehung zu definieren und zweitens objektiv zu messen.

Ein Fachpsychologe könnte dies in einer gerau-
men Zeit der "gemeinsamen" Arbeit, um auf die-
se Weise in verstehender und beratender Weise
tätig zu sein.

- c. Da das Sozialisationsgeschehen ein komplexer
Prozeß ist, der noch dazu Ambivalenzcharakter
besitzt, dürfte die Adoptionspflege lediglich
das Entstehen einer Beziehung erschweren.

Die Folge ist, daß sowohl die Eltern ihre
Schwierigkeiten vor sich und dem Sozialarbei-
ter verheimlichen, als auch insgesamt eine
Distanz zum Kind entsteht.

In Bezug auf die besondere Lage und Hilfebedürf-
tigkeit des Kindes müssen im Gesetz Klauseln an-
gefügt werden, die auch die Ermittlungsproblema-
tik mit umfassen:

- Die Adoptionspflege nur für ausgesprochene
Problemfälle zuzulassen,
- konkrete und umfassende (und qualifizierte) Hil-
fe- und Beratungsangebote für Adoptiveltern auf-
zustellen,
- die Nachbetreuung und Beratung mehr in den Mit-
telpunkt zu stellen,

- letzteres mit dem Problem des konkreten Elternverhaltens und nicht mit Einstellungen zu verknüpfen,
- die Schwierigkeiten der Ermittlung des sozialen Kontextes im Herkunftsland und der gesundheitlichen Entwicklung in Rechnung zu stellen.

Nimmt man als gegensätzliches Beispiel an, daß im Falle des Unfalltodes von Eltern die Zeit der Aufnahme eines verwandten Kindes wesentlich verkürzt werden kann, müßte sich die Hilfe für ein behindertes, krankes Kind eigentlich genauso gestalten lassen.

Was die Beratung und Hilfe für Adoptiveltern angeht, auf der ja in dieser Arbeit das Schwergewicht liegen soll, wobei auf die besonderen Probleme in den Ländern der Dritten Welt besonders eingegangen werden wird, so müssen drei Problembereiche in den Mittelpunkt gestellt werden, die auch für die folgenden, darzustellenden Aspekte der internationalen "Vereinbarungen" maßgeblich sein werden:

- 1) Ausländische Adoptivkinder werden über Adoptiveltern, die in einem bestimmten Land sozialisiert sind und leben, sowohl in die Familie wie in die Gesellschaft integriert.

Es stellt sich dann die Frage, ob Fähigkeiten, wie eine besondere Motivation, Flexibilität und Belastbarkeit konkret genug sind, um sowohl den psychologischen und teilweise "therapeutischen" Anforderungen gerecht zu werden (E. M. Weinwurm 1976), als auch den Erfordernissen, die die gesellschaftlichen Verhältnisse in den Herkunftsländern berühren, genüge zu

tun (vgl. R. Krysmanski, in: Sammelmappe für Adoptiveltern, TdH, 10/73). Diese Schwierigkeiten, denen das gesamte dritte Kapitel gerecht werden soll, betreffen erstens die Möglichkeit der Ausbildung adäquater Erziehungspraktiken innerhalb einer konkret-historischen Gesellschaft wie in der der BRD und zum zweiten die politischen Dimensionen von konkretem Erziehungshandeln von Eltern.

Innerhalb dieses Problemrahmens sind auch die konkreten Qualifikationen der Fachleute einzuschätzen, die über die Eignung von Adoptiveltern zu befinden haben.

Damit kommt aber auch die gesamte Ausbildungssituation in der BRD, die über die in letzter Zeit zu konstatierende gesellschaftliche Entwicklung in Richtung "Vergesellschaftung" von immer mehr gesellschaftlichen Bereichen zu analysieren ist (einschließlich der frühkindlichen Sozialisation) zum Tragen.

An dieser Stelle wird also die Frage nach den Partizipationsfähigkeiten von Eltern akut, demnach auch von Adoptiveltern.

- 2) Im Anschluß daran kann das Problem aufgeworfen werden, ob erstens die Adoptionsvermittlungsstellen - gerade in Hinsicht auf die Zeit nach vollzogener Adoption - überhaupt in der Lage sind, sowohl für Adoptiveltern von "inländischen" Kindern als auch für Adoptiveltern von ausländischen Adoptiveltern, ein qualifiziertes Angebot zu machen.

Dies ist - wie schon erläutert - im Kontext der gesamten Ausbildungssituation und im mehr oder weniger rationalen Verhältnis von staatlicher Familienpolitik, Wissenschaft und Praxis zu untersuchen.

- 3) Geht man von den Erfahrungen aus, die in Bürgerinitiativen bzw. in dem entsprechenden Elterninitiativen gerade auf lokaler Ebene (oder in Stadtteilen) gesammelt worden sind, stellt sich das Problem, ob sich Adoptiveltern nicht in Adoptivelterngruppen selbst organisieren sollten, womit auch gemeinwesenbezogene, inter-familiäre Kontakte eingeschlossen wären. (Dies wird im dritten Kapitel geprüft.)

Auch auf internationaler Ebene finden derartige Diskussionen statt.

Im internationalen Raum haben sich Vereinheitlichungen vor allem nach dem zweiten Weltkrieg ergeben, letztlich aber auch Schwierigkeiten gebracht, weil die "kulturellen" Unterschiede teilweise recht einschneidend sind ("Convening of a United Conference for a International Convention on Adoption Law" 18. Nov. 1974).

Die Vereinbarungen münden vor allem in das gemeinsame Ziel, Kindern ein stabiles und glückliches "Heim" zu garantieren, wenn natürlich auch über die Organisation unterschiedliche Vorstellungen vorhanden sind.

Von daher gesehen rücken immer mehr die "moralischen" und erzieherischen Fähigkeiten der Eltern in den Mittelpunkt, sind nicht mehr die "Blutsbanden" allein wichtig, sondern vor allem die emotionalen, psychischen und geistigen Beziehungen (The International Committee of Associations of Adoptive Families, Milan 1971).

Als Tendenzen haben sich folgende herausgebildet:

- 1) Im Mittelpunkt steht das Wohl des Kindes.
- 2) Adoptionen von Minderjährigen über die "adoptio plena" haben Priorität.
- 3) In Ländern, in denen bisher Adoptionen unmöglich gewesen sind (z. B. mohammedanische), bilden sich gegenläufige Tendenzen aus. Mehr Kategorien von Kindern (behinderte, kranke, ethnische Minderheiten) werden berücksichtigt.
- 4) Ist ein Kind - je nach Land - zehn, vierzehn oder sechzehn (BRD) Jahre alt, bedarf es seiner Zustimmung zur Adoption. Ansonsten muß ein Vertreter bestimmt werden.
- 5) Die Einwilligung von "natürlichen Eltern" ist erforderlich. Die Bedenkzeiten sind von Land zu Land verschieden.
In Ländern, in denen die Einflüsse des Stammes und des Clans bestimmend sind, ist die Adoptionspraxis in der Hinsicht erschwert (Freygang 1973: 49).
- 6) Das Alter der Annehmenden wird herun-
tergesetzt. Meist kann aber nur ein Elternpaar adoptieren.
- 7) Die Anwesenheit eines ehelichen Kindes bereitet keine Schwierigkeiten mehr.
- 8) Organisatorisch existieren noch unterschiedliche Niveaus der Spezialisierung zum Zweck des Interesses des Kindes.
- 9) In der Wirkungsweise bestehen Unterschiede (bis vor kurzem in der BRD noch die "adoptio minus plena"), wenn auch eine Tendenz in Richtung Gleichstellung des adoptierten Kindes sichtbar wird.

Von daher kann man folgende Kategorien von Ländern unterscheiden:

- A. Länder, in denen die Adoption kaum möglich ist und sie als Rechtsform zwar nicht existiert (u. a. mohammedanische Länder), aber in der Praxis möglicherweise.
- B. Länder, in denen die Institution der Adoption zwar besteht (u. a. in afrikanischen Ländern), aber als praktischer Vorgang so gut wie unmöglich ist.

In den sozialistischen Ländern (in Europa) ist die Adoption relativ selten, da ein hochorganisiertes System der Heimerziehung existiert⁽⁸⁸⁾.

- C. In den meisten Ländern Europas, auch in Teilen Lateinamerikas und in den USA herrscht im Adoptionswesen das "Familien-Modell" vor - für "Waisenkinder" und für Kinder, deren Eltern nicht in der Lage sind, die Erziehung zu leisten.

In diesen Ländern liegen die Differenzen im Wirkungsbereich.

Fest steht, daß nicht genügend auch auf die Vorurteile verwiesen werden kann, die einer rationalen Planung der Adoptionspraxis aus religiösen oder anderen Gründen im Wege stehen.

In England gestaltet sich z. B. die Vermittlung bis vor kurzem recht unkontrolliert über religiös orientierte Vermittlungsstellen, deren Einfluß aber jetzt reduziert ist (Halpin 1976).

Wollen wir nun Bezug nehmen auf die Konvention von Leysin (Report UN/TAO/SEM/1960/ Rep. 2pl.), die die Diskussion bis heute bestimmt:

"Adoption is to be regarded as the most complete means whereby familiy life can be restored to a child deprived of its natural family."

"The specialised social services insist that, in so far as possible, adoptive parents should be sought in the child's own country."

Bestimmte Entwicklungen, in Verbindung mit sozialen Veränderungen und psychologisch-pädagogischen Forschungen haben zwar Veränderungen gebracht, die vor allem das Verhältnis von Elternrechten und Kindesrecht betreffen, was sowohl Garantien für die Adoptiveltern, die "natürlichen" Eltern wie für die Integration der Kinder impliziert.

Dennoch müssen im Rahmen der interstaatlichen Adoption vor allem die rechtlichen, sozialen, politischen, wie vor allem die ökonomischen Bedingungen der lokalen Adoption in Rechnung gestellt werden (vgl. H. Lauer 1975: 10 - 17; Yanekian 1958: 25 - 27; W. Klingender 1975: 59 - 62; R. Pachter 1975: 65 - 76).

Nicht die Strapazierung der rechtlichen Problematik, sondern der "sozio-kulturelle Kontext" der Adoptionen wird wichtig, sobei der praktische Vorgang als sozialer von beiden Seiten ausgefüllt wird, so daß eben ein Informationsaustausch über die Situation der zukünftigen Eltern und die des Kindes nicht mehr ausreicht.

Die Organisation kann nur über fundiertes Wissen und eine internationale Vermittlungsinstanz ablaufen (vgl. TdH).

In der Praxis wird dagegen die Unterbringung noch meist unabhängig von beiden Seiten gestaltet, außerdem existieren Stellvertreter-Organisationen.

Berücksichtigung muß vor allem das gesamte System der sozialen Dienstleistung im Herkunftsland (einschließlich der alternativen Unterbringungsformen) finden.

Auf diese Weise wird nämlich die "kulturelle" Realivität in Rechnung gestellt, die sich in unterschiedlichen Konzeptionen von Adoption ausdrückt und sogar im völligen Fehlen dieser Möglichkeit mündet.

Ein Sozialarbeiter in der BRD - neben Schwierigkeiten im "kulturellen" Verständnis und der Sprache - wird wohl kaum ein Interesse daran haben, die Nachsorge eines Kindes und seiner Adoptivfamilie zu leisten, wenn er keinerlei Daten über die sozio-kulturellen Hintergründe besitzt.

Werden Kinder dennoch vermittelt, weil die lokale Adoption wegen des Nicht-Vorhandenseins von sozialen Diensten, wegen Vorurteilen der Illegitimität oder der ethnischen Zugehörigkeit gegenüber nicht möglich ist, muß dennoch geprüft werden, ob eine qualifizierte Vermittlung stattfindet.

Denn laut Statistik (die ohnehin rar ist) werden viele Kinder aus Lateinamerika (afrikanische Länder lassen Adoptionen kaum zu) und Asien über nicht-lizensierte Stellen vermittelt.

Zwei Befürchtungen müssen deshalb geäußert werden:

- 1) Obwohl oft behauptet wird, daß die Heimaufenthalte kaum Schädigungen hinterlassen haben, kann eine solche unglaubliche Behauptung wohl von der Forschung widerlegt werden (nach Maßgabe der vorherrschenden Struktur von Heimen.
- 2) Eltern adoptieren Kinder aus humanitären Motiven, ohne meist in Rechnung zu stellen, welche Integrationsschwierigkeiten aus Gründen der ethnischen Zugehörigkeit das Kind erleben kann (M. Edgar 1974: 35 - 39).

Bisherige Hilfen (abgesehen vom gesellschaftlich-politischen und ökonomischen Kontext der Adoptionen) reichen deshalb nicht aus. Zudem sind Begriffe wie "Waisenkinder" und "Waisenhäuser", die in Europa und in den USA über das Zusammenbrechen bestimmter Familienformen erklärlich sind, an den gesellschaftlichen Verhältnissen in diesen Ländern zu konkretisieren (vgl. Rothe 1972).

Wollen wir nun die Vereinbarungen der ECOSOC behandeln, die sich entgegen dieser Einwände vor allem auf die Rechtssphäre beziehen.

Einzelne Länder sind gebeten worden, Material über das Adoptions- und Pflégewesen in ihren Verhältnissen vorzulegen. 51 Länder haben geantwortet.

Vor allem ist wichtig, inwieweit neben den Schwierigkeiten von rechtlichen Übereinstimmungen sowohl mehr Diskussionen über die beruflichen Qualifikationen als auch über mögliche regionalere Konferenzen im Mittelpunkt stehen sollten.

Schon frühere Untersuchungen bringen Erkenntnisse, die verwertbar sind (nach E/CN.5/504 : 3):

- "Children Deprived of a Normal Home Life"
- "The Institutional Care of Children"
- "Study on Adoption of Children" (International Union for Child Welfare).

In deren Kontext wird klar, daß alle Alternativen im Interesse des Kindes herangezogen werden müssen und daß die sozialen Dienste in den Industrieländern am weitesten entwickelt sind, wenn auch teilweise eine gewisse Unübersichtlichkeit zu konstatieren ist und vor allem die mangelnde Koordination zu denken gibt.

Von der ECOSOC werden die Schwierigkeiten und Diskrepanzen durchaus gesehen (" 1925 (L VIII) Adoption and the foster placement of Children").

Allerdings muß die totale Familienorientierung - als historisches Produkt und über die gesellschaftlichen Verhältnisse in den Herkunftsländern relativiert (extended family) - wegen ihrer Standortgebundenheit kritisiert werden: "the best child welfare is good family welfare" (S. 11).

Die Versammlung weist ausdrücklich auf Projekte hin, in denen forciert die Vermittlung von nicht-weißen Kindern betrieben wird (Child Welfare League of America: Adoption Resource Exchange of North America, ARENA, 1967).

Die interkulturellen Unterschiede, die sich auch in der begrifflichen Fassung des Kindesinteresses ausdrücken, gewinnen an dieser Stelle vorrangige Bedeutung. Obwohl ihre Einschätzung wegen des fehlenden statisch-empirischen Materials erschwert ist.

Trotz dieser Diskrepanzen wird aber auf eine gemeinsame Tendenz hingewiesen, die im Zusammenhang mit den intersystemaren Beziehungen und den weltweiten Vergesellschaftungsprozessen zu betrachten sind.

Unter diesen internationalen Bedingungen sind daher Einstellungsänderungen und zum Teil Verhaltensänderungen in Bezug auf die Stellung der Frau, Illegitimität, Heirat und Ehescheidung, Familienplanung und Abtreibung zu beobachten, die alle in die Bewertung der Adoption hineinragen.

Dennoch existieren organisatorische Diskrepanzen:

- Länder verbieten überhaupt die Adoption (Kenia, Nigeria, Great-Britain, Ghana u. a.) eigener Staatsangehöriger.
- Die Anträge müssen bis zu den höchsten Stellen geschickt werden (UDSSR).
- Der Adoptionsvorgang ist an internationale Vermittlungsdienste gebunden (Israel, Malaysia).
- In den Niederlanden steht die Adoption mit dem Wohnsitz in Zusammenhang.
- In Schweden (in Australien geplant) existiert ein eigenes "Council for Intercountry Adoption" (wegen der großen Nachfrage), welches mit privaten Zentren kooperiert.
- In den USA z. B. läuft die Adoption direkt in Verbindung mit Experten ab (Travelers Aid-International Social Service of America; Holt Adoption Program; U. S. Catholic Committee for Refugees), die mit lokalen Stellen kooperieren (über den United States Immigration and Naturalization Service).

Trotz mancher Schwierigkeiten finden die Prinzipien von Leysin Zustimmung, obwohl aber gerade das Problem der Adoptionspflege m. E. damit erneut negativ gelöst wird:

- Alle Betroffenen, die eine Beziehung zum Kind haben, müssen über die Bedeutung der Adoption im neuen Land informiert werden. Zudem betrifft dies auch das Kind, soweit es alt genug ist (6. Prinzip).
- Situationsstudien von Eltern und Kind (von ersten eine längere Zeit lang) müssen erstellt werden (7.).
- Das vorrangige Interesse gilt dem Zusammenpassen ("matching") von Eltern und Kind, das eine internationale Agentur vermitteln soll (8.).
- Eltern und Kinder müssen über einen Zeitraum von mindestens 6 Monaten (bei älteren Kindern länger) von einem in der interkulturellen Problematik vertrauten Sozialarbeiter beobachtet werden (9.).
- Die Legalisierung soll nur erfolgen, wenn sie rechtlich lückenlos ist (10.).
- Der Schutz des Kindes im fremden Land muß so gesichert sein, daß eine überprüfbare Vormundschaft schnell in die Wege geleitet wird (11.).
- Erst alle 12 Schritte sichern eine rechtlich-gültige Adoption ab (12.)⁽⁸⁹⁾.

Da die meisten Länder kaum Stellung bezogen haben, Großbritannien den rechtlichen Konsens sogar ablehnt, bleibt nur folgende Alternative:

In einer nicht-gebundenen Deklaration muß das Kindeswohl allgemein so abgedeckt sein, daß alle Aspekte der Adoption mit eingeschlossen sind.

Dies muß über eine konkrete Einschätzung der sozialen Dienste in den Herkunftsländern ergänzt werden, welche oft von ausländischer Seite initiiert werden (aus diesen Institutionen stammen vor allem Adoptivkinder). Nicht-institutionelle Wege müssen zudem eingeschlagen werden (vgl. die IUCW in Bangladesh, Nigeria, Süd-Sudan: Moser, in: ICWR).

Trendmäßig ist auch folgende Entwicklung außerdem interessant:

- 1) Die "post-adoption"-services und die Anzahl der Adoptivelterngruppen haben sich erweitert, die teilweise (in den USA) sogar gefördert werden.
- 2) Die Aufklärung über den Status des Adoptierten wird in England demnächst durch die Aushändigung einer Kopie der Geburtsurkunde mit dem 18. Lebensjahr erleichtert.

Folgendes Resümee kann an dieser Stelle gezogen werden:

- 1) Eine rechtliche "Zerfaserung" der Problematik (Negt; Simitis) dürfte nicht weit führen (ECOSOC: S. 19 wird vor allem eine juristische Definition geliefert).
- 2) In nationaler Hinsicht ergibt sich vor allem die Konsequenz der Forcierung von notwendigen Forschungen und der Berücksichtigung von Forschungsergebnissen, die auch die realen ökonomisch-politischen Beziehungen zwischen den vor allem westlichen Industrieländern und der Dritten Welt mit einbeziehen.

Dies gilt gleichermaßen für die Länder der Dritten Welt, deren Wissenschaftspotential allerdings beschnitten ist.

- 3) In internationaler Hinsicht bleibt offen, ob Ratifizierungen überhaupt Erfolge bringen, wie überhaupt die politische Wirkung der U.N. angesichts der Allgewalt von transnationalen Konzernen einzuschätzen ist, wobei allerdings der Trend zur Internationalisierung (auch über die Wissenschaft) berücksichtigt werden muß (demokratisches Potential).

Die Adoption von Ausländerkindern in der BRD stößt insofern auf Schwierigkeiten, als sie vor allem aus fürsorgerischen und rechtlichen Gründen (gemeint sind Kostengründe) abgelehnt wird: Die interkulturellen Probleme seien unüberwindlich (BmJFG, April 75, III 233.1 - 2355 - 536).

Obwohl aber dagegen nach einer Umfrage der ISD (Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für Öffentliche und Private Fürsorge, Juni 73, Nr. 6/53. Jg.) von 640 Jugendämtern die Hälfte keinerlei Erfahrungen mit diesem Problem haben, halten 70 % die Integration für möglich. Sie knüpfen Adoptionen aber an die Voraussetzung einer sorgfältigen Vorbereitung, weswegen sie unterstellen, TdH ließe eine genaue Überwachung vermissen (meist juristisch begründet).

Konnte bisher über die Analyse des Familienrechts einschließlich des Adoptions- und Adoptionsvermittlungsgesetzes die Allgewalt der Familie in Recht (und Praxis) nachgewiesen werden, fehlt allerdings noch die Analyse des Gegenstandes, über den die Möglichkeiten der Beratung und Hilfe für Eltern beurteilt werden können.

Leztlich wird es auch in der folgenden Darstellung über das Parafamilienrecht darum gehen, anhand des Familienprinzips die Widersprüchlichkeit des Vergesellschaftungsprozesses (in Politik, Praxis und Recht) aufzuzeigen, die einer gesellschaftlichen Sozialisation (auch über die Eltern) entgegensteht.

2.3.2

Das "Parafamilienrecht"

Simitis (1975) betrachtet das Jugendwohlfahrts-gesetz als durchweg orientiert am Familienmodell, womit letztlich der Art. 6 GG (Schutz von Ehe und Familie, Elternrechte) zur Debatte steht: Parafamilienrecht (S. 36).

Der Gesamtzweck der Jugendhilfe, die der Förderung der Jugendwohlfahrt dient (§ 2 Abs. 2 JWG, August 1970, BGBl. I. 1197), die Familienerziehung zu ergänzen und zu unterstützen (§ 3 Abs. 1), verweist auf ihren parafamiliaren Charakter. Über das sogenannte Subsidiaritätsprinzip ist es möglich, den größten Teil der Praxis von Trägern gestalten zu lassen, die ohnehin die Familienideologie als Handlungsorientierung vertreten.

Es darf aber nicht übersehen werden, daß sich dieses Prinzip der Aufgabenzuteilung zwischen öffentlichen Trägern und freien heute zu wandeln beginnt, da letztere immer mehr staatliche Funktionen ausüben. Dies wird noch erläutert (vgl. "Jahrbuch der Sozialarbeit 1978").

2.3.2.1 Kurze Einführung in das Problem (RJWG/JWG)

Wie schon in den vorangegangenen Darstellungen zum Weimarer Staat zum Ausdruck gekommen ist (vgl. z. B. Pankoke 1977), beansprucht der Staat in dieser Zeit ein Monopol auf die "Fürsorge" bzw. Wohlfahrtspflege, was sich allerdings mehr auf Rahmenkompetenzen beschränkt.

Das RJWG von 1922 drückt einen Kompromiß zwischen den Regierungsparteien des Zentrums und der Sozialdemokratie aus, so daß weder die Konservativen die Allgewalt der "Verbände", noch die SPD ihre Kommunalisierungsvorstellungen durchsetzen.

Gleichzeitig ist dieses Gesetz im Kontext des Einflusses der Industrie (Handelministerium) und der gemeinsamen Kooperation von Staat und privaten Initiativen zu deuten (Deutscher Verein für private und öffentliche Fürsorge, 1880), womit letztlich autonome Selbsthilfeorganisationen abgeblockt bzw. integriert werden sollen (Wedekind 1971).

In diesem Gesetz, in dem konkret das Recht des Kindes und Jugendlichen auf Erziehung zu leiblicher, seelischer und gesellschaftlicher Tüchtigkeit bestimmt wurde (§ 1), kommen die sprunghaft gewachsenen Aktivitäten des 19. Jahrhunderts zum Ausdruck.

Der Staat beansprucht zunehmend ein Wächteramt, wendet sich ab vom liberalen "Nachtwächterstaat" (Lasalle): Es findet der Versuch statt, die polizeilichen-traditionellen Funktionen zu dämpfen und die soziale Fürsorge aus der allgemeinen herauszugliedern (vgl. Hornstein 1972: 153 ff.). Doch bleibt diese Intention dem ordnungs- und kriminalpolitischen Denken verhaftet, da in keiner Weise die Sozialisationsbedingungen, die zu den Problemen der schulentlassenen Jugend geführt haben (auf Basis der Entwicklung der Produktivkräfte und der Situation nach dem 1. Weltkrieg) berührt werden.

Ein gesellschaftliches Risiko soll reguliert werden, wobei sich das Verhältnis von Staat (Konfliktvermeidung) und privaten Trägern (Bestandserhaltung) mehr als gegenseitiges "Befriedigungsverhältnis" ausgestaltet.

Bis heute eigentlich kommt so dem Staat eine mehr kompensatorische Funktion zu, die sich als eine Variante klassischer Sozialpolitik erweist, obwohl die "Fürsorge" heute wohl mehr zur Jugendhilfe und Sozialarbeit geworden ist - allerdings ohne sozialisationsrelevante Qualität.

Auf Basis der prinzipiellen Vorrangstellung der Familie werden mit diesem Gesetz die Jugendämter als Pflichtinstitutionen gegründet, die eine vor allem anregende und fördernde Funktion besitzen, deren Wirkungsbereich in der Weimarer Zeit aber durch die Finanznot begrenzt bleibt (vgl. Harrer 1976; Jugendlexikon Erziehung 1976; Gernert 1971; Nikles 1976).

Das Jugendamt erhält die Aufgabe, das Verhältnis zwischen "freien" und "öffentlichen" Kräften kollegial zu gestalten, indem es auf den Ebenen des Jugendwohlfahrtsausschusses und des Verwaltungsapparates agiert.

Auf seine Mängel geht der Dritte Jugendbericht 1972 besonders ein, wobei er vor allem auf die mangelhafte Ausbildung und auf das unproportionale Verhältnis zwischen Jugendfürsorge (65 %) und Jugendpflege (10 - 15 %) verweist. Bis heute hat sich (vor allem seit die SPD/FDP-Koalition an der Regierung ist) der Streit um die Vertretung der Gruppen und Verbände im Jugendwohlfahrtsausschuß (§ 14, 2/5 der Mitglieder) nicht gelegt.

Trotz des beschränkten Charakters der RJWG lassen sich folgende "Ansätze" feststellen:

- a. Über die Hinwendung zur Erziehung relativiert sich in bestimmter Weise das Reaktionsmodell des Liberalismus.
- b. Wegen der inhomogenen und unübersichtlichen Praxis und wegen des Fehlens eines theoretischen Rahmens kann aber der Einheitsgedanke über eine Erziehungsebene nicht realisiert werden.
- c. Mit dem RJWG findet ein weiteres Erziehungsfeld neben Schule und Familie Einlaß in die Politik.
- d. Im "öffentlichen" Bewußtsein findet aber nur eine entpolitisierte und gezähmte Jugend seinen Platz.
- e. Die Politik bleibt weiterhin Jugendwohlfahrtspolitik.

In der RJWG-Novelle von 1951, in der Vorkonzeption von 1953 und in der endgültigen Fassung von 1967 reproduzieren sich die traditionellen Strukturen, wobei zwar die Unumstößlichkeit der Familie kein Problem darstellt, aber die Stellung der Verbände von der SPD kritisiert wird.

Die Einheit der Jugendhilfe, die von den einen schon längst als praktisch und wissenschaftlich verifiziert gilt und von der anderen Seit vor allem als ideologische Beschwörungsformel angesehen wird, erweist sich bis heute als ideologisches Konstrukt in der Hand der Verbände, die wesentlich schneller nach 1945 aktiv geworden sind als der Staat.

In der AGJ, in die auch die öffentlichen Stellen integriert sind, entsteht eine zusammenfassende Plattform, auf der die "Säulen" der JW agieren können (Bundesjugendring, Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände, kommunale Spitzenverbände, oberste Jugendverbände der Länder und die Fachverbände, vgl. Hasenclever 1969).

In diesem praktischen Konfliktvermeidungs-Modell kann einerseits der Anspruch pluraler Koordination und Kooperation begründet und andererseits die Praxis gegenüber der Politik durchgesetzt werden.

Indem tautologisch die Probleme, auf die die Jugendwohlfahrt zu reagieren hat, zum Ausgangspunkt eines - ohnehin geisteswissenschaftlichen - Erziehungskonzeptes gemacht werden, gestaltet sich die Einheit sowohl, weil die wissenschaftliche Qualifikation abstrakt bleibt (negative Pädagogik; vgl. Giesecke 1971), als auch, weil Praxis schon als alternative unabhängig von den Lebenslagen ausgegeben wird, vor allem als ideologische Legitimation.

Werden zwar im Dritten Jugendbericht (1972) eindeutig Problemlagen im Verhältnis von Individuum und Gesellschaft angegeben (S. 98 ff.), die materiellen und immateriellen Implikationen der Jugendhilfe unter dem Erziehungsbegriff gefaßt, das Jugendamt zur Steuerungs- und Planungsinstanz auf der Basis wissenschaftlicher Forschung erhoben (vgl. Böhnisch 1972: 189 ff.), wird doch ein sozialisationsrelevantes Suchmodell nicht in die Praxis zurückgeholt und wird kein verbindlicher Kompetenzkatalog für das Jugendamt angeboten.

Im neuen Jugendhilferechtsentwurf (1974, 1977) wird daher lediglich die organisatorische Pluralität und nicht die materielle und funktionale festgeschrieben.

Gehen wir von dem Modell einer Ziel-Mittel-Relation aus, wie sie vom 2. Familienbericht angesprochen wird (1975), erweist sich dies als eine Konstruierung zwischen den faktischen Erziehungsleistungen und gesellschaftlich begründbaren Sozialisationszielen, die an den Betroffenen vorbeigeht.

Ein Sozialisationsmodell, das in der Politik Relevanz hat, muß die Ziele aus den Problemlösungsmöglichkeiten in der Lebenssituation selbst bestimmen, wobei diese sozio-ökonomisch determiniert ist, d. h. hier erweisen sich die Sozialisationsziele von vornherein als gesellschaftliche.

Familienerziehung in diesem Sinne als gesellschaftlich inhaltlich fassen heißt nicht, daß sie abgeschafft werden soll, sondern nimmt die dialektische Beziehung von Familien und Gesellschaft auf und keine strukturell-funktionale.

Von daher ist eigentlich zu bestimmen, was Eingriffe sind oder nicht; erweist sich die relative Autonomie der Familie oder die Regelung ihrer scheinbaren Unabhängigkeit als ideologisch (gleich über welche rechtliche Ebene).

Nimmt man eine solche Konzeption zum Ausgangspunkt, wird das Verhältnis zwischen den Interessen von Kindern und Jugendlichen und der Reproduktion der Arbeitskraft wichtig:

Die generationsspezifische Sichtweise verschwindet, weil eben andere gesellschaftlich bedeutungsvolle Bezüge Berücksichtigung finden: Die die Generation überlagernden Sphären der Bildung, Ausbildung und Produktion.

2.3.2.2. Beratung in der Erziehung für Eltern

Der Begriff der Eltern- und Familienbildung taucht im JWG nicht auf; indirekt wird er über den Aufgabenkatalog in den §§ 4 - 8 und über die Definition der Jugendhilfe in § 3 behandelt. Somit ergibt sich der Widerspruch, daß ein unkonkretes Gesetz, was auch noch laut Bundesverfassungsgericht sich über den altertümlichen Begriff der "Fürsorge" begreift (die EFB rückt so in die Nähe von Freiwillige Erziehungshilfe - FEH - und Fürsorgerziehung - FE -) zwar die Praxis anleiten soll, aber zudem praxisgeleitet ausgelegt werden muß.

§ 5 Abs. 1 verweist auf die "Beratung in Fragen in der Erziehung", wobei die Grenzen zwischen Bildung (mehr präventive Arbeit in Gruppen) und Beratung (Einzelfall-Probleme) ineinander übergehen (vgl. Hornstein (Hrsg.) 1977): vermittelt über § 6 Abs. 1 und § 1 Abs. 1 Nr. 1.

Damit gestaltet sich dieses begriffliche Miteinander über die schon bestehende Praxis (vgl. Mollenhauer 1973).

Über die bewährte Zusammenarbeit von Staat und freien Trägern (§ 5 Abs. 3,4 JWG) erweisen sich sowohl die Bestimmung Nr. 2 und 3 von § 5 als auch die Abschnitte Nr. 4 - 8 als praktisch wirksam:

a. Nr. 2 (Hilfen für Mütter und Kind) und Nr. 3 (Pflege und Erziehung von Kindern im Vorschulalter und außerhalb der Schule) bieten sowohl Einzelfallhilfe wie auch allgemeine "pädagogische Orientierungen" an, für die das Jugendamt nur den Schwerpunkt setzt.

b. Nr. 4 - 8 lassen sich über den Zusammenhang von gesundheitlichen, psychischen und sozialpädagogischen Folgen interpretieren (vgl. Reinicke 1976: 31 ff.). Sie bilden quasi flankierende Funktionen der direkten Hilfe (in indirekter Form).

Damit sind Nr. 5 (erzieherische Betreuung), Nr. 6 (indirekte Freizeithilfe im Rahmen politischer Bildung), Nr. 7 (berufliche Ausbildung) und Nr. 8 (Schutz von Minderjährigen) gemeint, die alle in einem Zusammenhang (zusammen mit Nr. 2 und 1) erklärbar sind, der sich aus dem Gesamtcharakter der Jugendhilfe ergibt.

c. Mit diesem Aufgabenkatalog, der keinen Programmcharakter haben kann, ergänzt und unterstützt EFB als Aufgabe der Jugendhilfe (funktional zu ihr) indirekt und begleitend die Familie (§ 3 JWG Abs. 1). Nach Art. 6 Abs. 1, 4, 2 GG und § 3 JWG in Verbindung mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit (Art. 20 Abs. 3 GG) müssen Jugendämter präventiv EFB anbieten, um späteren staatlichen Interventionen vorzubeugen (§§ 8, 27 AT SGB).

In diesem Kontext besitzen die Erziehungsberechtigten keinerlei Anspruch auf Einrichtung und Förderung von EFB.

Juristisch zumindest erscheint dies logisch zu sein. Der Bund besitzt konkurrierende Gesetzgebung, so daß konkrete Tätigkeiten nicht beliebig ausgedehnt werden können.

Zwischen Art. 6 und § 3 JWG wird demnach ein Bal-
lanceakt gestiftet, der einerseits den Eltern die
prinzipielle Definitionsmacht gibt, andererseits
dem Staat ein sogenanntes "Wächteramt" garantiert.

Somit erweisen sich aber die Elternrechte nicht
als bloßes Abwehrrecht gegen den Staat, sondern auch
als Leistungsrecht, sofern es in den Möglichkeiten
liegt (Mauntz 1974). Letztere liegen aber letztlich
im Bereich der Dialektik von Forderungen und Erfor-
dernissen des ökonomischen Bereichs begründet.

Was die Sozialgesetzgebung in diesem Sinne angeht,
so erweist sie sich als subjektiv-öffentliches
Recht, das über Sozialleistungen auch erzieherische
Hilfen erlaubt, weswegen sogar von einigen Auto-
ren die Aufnahme der Jugendhilfe in das SGB gefor-
dert wird.

Wir sehen hier ein altes liberales Muster vor uns,
daß dem Jugendamt bloß freistellt, in welchem Um-
fang und über welche konkreten Inhalte Angebote ent-
wickelt werden.

In den Ländern existieren zwei Ebenen von Ausführ-
ungsgesetzen, auf die aber nicht ausführlich ein-
gegangen werden soll:

- 1) Die sozialrechtliche Seite besteht aus den Aus-
führungsgesetzen, den Kindergartengesetzen (Ju-
gendpflege) und den Jugendbildungsgesetzen (vgl.
Art. 84 Abs. 1 GG; v. Münch 1973; Gernert 1975:
113 ff.).
- 2) Die bildungsrechtliche Seite ist in den Erwachse-
nen- und Weiterbildungsgesetzen präsent (vgl.
Strukturplan für das Bildungswesen 1970; Bil-
dungsgesamtplan der Bund-Länder-Kommission 1973).

Alle Gesetze nehmen nur am Rande Stellung zur EFB - und zwar in uneinheitlicher Form (in Bayern wird der Kindergarten dem Bildungssystem zugeordnet), wobei EFB als Teil der Jugendhilfe noch nicht genügend anerkannt wird.

EFB läßt sich in ihrem Ambivalenzcharakter nicht pauschal dem Sozial- und Bildungsbereich zuordnen, sie ist funktional-begleitend, wird von unterschiedlichen Institutionen gleichzeitig betrieben, bezieht sich auf unterschiedliche Empfänger, wird unterschiedlich finanziert.

Die konkret-historisch gewachsene Praxis muß aber deshalb problematisiert werden, damit nicht aus einer Not eine Tugend gemacht wird:

- Es ist nämlich zu fragen, ob die JH den Entwicklungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen gerecht wird.
- Kann denn von einem weltanschaulichen Pluralismus gesprochen werden, wenn 80 % der Einrichtungen in diesem Feld in der Hand der Kirchen sind? Gilt dies, wenn die "Weltanschauung" der Betroffenen nicht beachtet wird?
- Kann sich nicht auch das Verhältnis zwischen Bund und Ländern, Sozial- und Bildungsrecht in der Form als hinderlich herausstellen?
- Können nicht Gesetze dadurch konkreter und materieller gefaßt werden, daß eine Programmstruktur mit gesellschaftlichen Zielen vorgeschaltet wird?

Diese Widersprüchlichkeit taucht wiederum im Begriff "Öffentliche Fürsorge" auf, deren konkrete Gestaltung politisch über juristische Argumente gesteuert wird (Art. 74 Nr. 7 GG), was eigentlich in einem Bundesverfassungsurteil 1967 (E 22) geklärt worden ist.

Einmal geht es um die Einheit der Jugendhilfe aus Jugendfürsorge und Jugendpflege, worin sich eine Spannung zwischen Emanzipation (Vorbeugung) und Integration (Defizit-Behebung) ausdrückt (vgl. Jordan 1973).

Zum anderen gewinnt der Begriff, der eigentlich heute durch den der Sozial- und Jugendhilfe ersetzt ist und nicht mit Wohlfahrtspflege identisch sein soll, seinen Sinn (systemimmanent im Gesetz) über die Wirklichkeitserfassung und damit über die Ordnungsfigur des Sozialstaatsprinzips (vgl. Stern Sp. 2402 ff.).

Das Jugendhilferecht, das sich auf den "Durchschnitt" der Betroffenen und deren Probleme richtet (vgl. Zweiter Familienbericht 1975, S. 107), bestimmt das Sozialstaatsprinzip wie folgt, wobei Art. 20 Abs. 1, 28 Abs. 1 GG und Art. 6 Abs. 1 - 4 den Art. 74 Nr. 7 bestimmen:

- a. über die aktive Sozialgestaltung durch den Staat,
- b. über den Schutz der Menschenwürde,
- c. über Bund und Länder.

Das Sozialstaatsprinzip als soziales Rückschrittsverbot (vgl. Suhr 1970) wird nur über den erreichten Status der Sozialstaatlichkeit verständlich.

Da sich das Verhältnis zwischen Verfassungs- und Gesetzesrecht wie das von Sachverhalt und Rechtsnorm gestaltet, wird der Begriff "öffentliche Fürsorge" durch das einfachgesetzliche Material in seinen Grundlinien bestimmt.

Obwohl die rechtsstaatlichen Bestimmungen durch die sozialstaatlichen dynamisiert werden, dürfen letztere "das Bestehende" nicht aufheben (vgl. Berufsverbote).

Die "Öffentliche Fürsorge" umfaßt somit die Aufgaben des Jugendamtes, die Länderausführungsgesetze und die Bestimmungen der Praxis, soweit sie Jugendhilfe sind. Insofern ist auch demnach EFB funktional zur Jugendhilfe zuordnungsbar.

Die Arbeit mit Jugendlichen und Kindern über Eltern soll dabei weder systemimmanent "polizeiähnlichen" Funktionen nachgeben, noch zur Schaffung einer Massenbasis für Ideologien von Systemveränderern verwandt werden. Der Staat ist dabei insofern nicht untätig, als er auch Leistungen anbieten muß.

Ein familienwissenschaftliches Einheitskonzept wird daher in dieser Interpretation abgelehnt, wobei - wie schon gezeigt worden ist - im Grunde genommen ein einheitliches ideologisches Konstrukt der Familie durchaus benutzt wird.

Damit relativieren sich aber die Möglichkeiten zur Schaffung von optimalen Erziehungsbedingungen und Entfaltungschancen in einer spezifischen "Öffentlichkeit".

- 1) Eltern werden nur bis zu einer bestimmten Grenze qualifiziert, ihre Mitwirkung ist beschränkt. Somit wird eine Elternbildungspflicht abgelehnt.
- 2) Die freien Träger können ihr Einheitskonzept ideologisch verwerten, womit sie letztlich staatliche Funktionen optimal erfüllen.

Was eigentlich laut dem Gesetz "vorbeugend" (Tendenz seit etwa 1911) inhaltlich sein soll und im Gesetz nur allgemein als Information, Aufklärung und Bildung angesprochen wird, erhält über die Praxis der Jugendhilfe seine spezifische Normativität, wobei als Abgrenzung zur Erwachsenenbildung die materiellen Kriterien in ihrer Funktionalität (nicht die Trägerschaft und die Finanzen) wichtig werden.

Die heutige Diskussion steht im Kontext des Versuchs, diese "Einheit" zu bestimmen (vgl. "Thesen des deutschen Vereins zu einem neuen Jugendhilferecht", 1973; DJI 1973; Diskussionsentwurf zum JHG 1973; Referentenentwurf 1974).

Als gemeinsame Aspekte haben sich folgende (vagen) herausgestellt:

- Informationen über Ehe und Familie und Erziehung,
- Veranstaltungen (Kurse, Seminare),
- Elternkreise, -clubs, -initiativen,
- Freizeit und Familienerholung.

Im letzten Stand (RE JHG vom 31. Okt. 1977) kommt dies auch zum Ausdruck.

Bedingt durch die gesellschaftspolitische Entwicklung in der BRD seit 1945 kann die Politik kaum nicht-defizitäre und aktiv-politische Interventionen durchhalten, weil eine Reformpolitik in diesem Stadium, die nicht-ökonomische Modelle in die Praxis umsetzen will, nur eine Kollision von ökonomischen und nicht-ökonomischen Ordnungsstrategien bewirkt.

Ohne sozialisationspolitische eigene Kompetenzen betreibt sie eine administrative und bloß rechtliche Politik, die sich in der Reproduktion von bestehenden Organisationsmustern erschöpft, ohne materielle Regulierungsfunktionen zum Zweck der Betroffenen für ihre Selbstbestimmung zu erfüllen (vgl. Murswieck 1975).

Die ausufernden, nicht-materialen Diskussionen übernehmen zwar ein paar innovative Momente aus Praxis und Forschung, tasten den institutionellen Rahmen aber nicht an (vgl. Grieser 1974).

Eine Begründung findet dies auch in der gar nicht so gegensätzlichen Praxis von öffentlichen und "freien Trägern", wie zu zeigen ist. Konsequenzen hat dies für eine effektive, politische EFB.

2.3.2.3. Zum Verhältnis zwischen freien und öffentlichen Trägern

In der Diskussion um die Versuche, eine "Einheit" der Jugendhilfe zu konstruieren, wird deutlich, daß dieses Konstrukt vor allem der politischen Durchsetzungschance gegenüber der Politik dient, was ja auch darin zum Ausdruck kommt, daß das "Soziale" an die herrschende Praxis deligiert wird. Mag auch nach außen hin ein Gegensatz oberflächlich wahrnehmbar sein, mag auch die Zusammenarbeit sowohl betont werden als auch eingeschränkt werden (vgl. Bischofskonferenz 1975: 48), existiert doch ein gut funktionierendes System der Zusammenarbeit, das vor allem in den Momenten funktioniert, wo alternative und autonome Organisationsformen abgewehrt werden sollen.

Der Staat schwebt dabei nicht mehr in den Wolken, sondern muß sowohl eine praktische Funktion wahrnehmen als auch gleichzeitig seine Autorität wahren (Flor 1969: 61).

Einen Ausweg stellt für ihn die Tatsache dar, daß die sogenannten freien Träger immer mehr staatliche Funktionen übernehmen, was eine relativ unkomplizierte organisatorische, finanzielle und personelle Aufgabe ist - jedenfalls nicht so umständlich, als grundlegende Veränderungen auf Basis einer rationalen Programmstruktur vornehmen zu müssen.

Da die Einrichtungen der Jugendhilfe zum größten Teil in der Hand der Kirche sind, mußten natürlich Schwierigkeiten auftreten, als die CDU/CSU nicht mehr auf der Regierungsbank saß.

Wie schon in der Vergangenheit, löste die SPD die Probleme mit der ihr eigensten Fähigkeit des unpolitischen Kompromisses zur Machterhaltung.

Wollen wir ein paar Zahlen aufzeigen, die die Macht der Kirchen demonstrieren (vgl. auch Heinsohn 1974).

Im Bundesdurchschnitt (nach: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Öffentliche Jugendhilfe 1977) stehen unter verbandlicher Trägerschaft:

- 76 % Heime für Mutter und Kind
- 71 % Kinderheime
- 58 % Säuglingsheime
- 78 % Erziehungsheime
- 22 % Kinderkrippen
- 71 % Kindergärten
- 66 % Jugendfreizeitstätten
- 91 % Jugendverbandheime (ohne Bayern)
- 70 % Jugendbildungsstätten
- 56 % Erziehungsberatungsstellen

- 85 % Mütter- und Elternschulen
- 60 % Altenheime und Pflegestätten (nach Broschüre Freie Sozialarbeit der DAG Freie Wohlfahrts-
pflege, Bonn o. J.).

Für die einzelnen Bundesländer gibt es zwar Abweichungen, dennoch wird der Einfluß deutlich. Selbst in den Krankenhäusern ist der Anteil der öffentlichen Hand nur zu 55 % gegeben.

In den rechtlichen Bestimmungen⁽⁹⁰⁾ kommt oft zum Ausdruck, daß sie als Abkehr zum Nationalsozialismus gelten, weil die Kirchen damals verfolgt worden sind (was als anti-faschistische Einstellung gewertet wird), und daher ihre heutige Stellung gefestigt werden muß.

Auch die nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) ist jedoch zum Teil privat organisiert gewesen. Die Arbeiterwohlfahrt ist zwar 1933 verboten worden, die Innere Mission und die Caritas bleiben jedenfalls relativ unangetastet.

Wird deshalb heute von den Kirchen ein Mißtrauen gegenüber dem "Totalitarismus" zur Schau getragen, so läßt sich dies durchaus als ideologisch interpretieren:

- Einzelne Gruppen der Inneren Mission stehen - die "Deutschen Christen" - dem Faschismus nahe (vgl. Helge Peters 1968).
- Im "Jahrbuch der Caritaswissenschaft" finden sich noch klare Zustimmungen zum Faschismus im Jahre 1938 (M. Offenberg 1938).

Die relative Intaktheit der Organisation kirchlicher Stellen, ihre ideologische Ungeschorenheit und ihre Finanzierungsmöglichkeiten zum Zweck des

Sozialstaates (vorbeugende Eingriffe in die Produktion; soziale Gerechtigkeit durch Verteilung; Versöhnungs-Instanz zwischen den "Sozialpartnern") sichern den Kirchen von vornherein einen enormen Einfluß.

Wollen wir einmal einige charakteristische Passagen vortragen, die zeigen, welches ideologische Band hier zum Vorschein kommt, das ja auch in der Familienpolitik der CDU/CSU ähnliche Formen annimmt:

- "Katholische Erziehung ist eine Erziehung zum Geheimnis" (Handbuch der Heimerziehung 1954: 619).
- Widerstände gegen Religion müssen beseitigt werden (717) - vor allem in Heimen.
- Erziehung verhilft dem "in Erbsünde verstrickten Menschen zu weltlicher, äußerlicher Zucht" (Heft zur evangelischen Erziehung 1954: 579).
- Die repressive Zwangserziehungsideologie findet eine lückenlose theologische Begründung: Jesus befindet sich mitten im pädagogischen Bezug.
- Ein Mensch, der "zum Sklaven seiner Triebe und seiner Hormone wird, ist kein Mensch mehr, sinkt damit auf eine Stufe des Tieres" (Maass, AFET, Mitgliederrundbrief 1967: 50). Selbstsüchtiger Lustgewinn versus reine Geschlechtskraft zum Zweck der Fortpflanzung allein ist die Alternative. Die körperliche Vereinigung ohne lebenslange Bindung ist ein Irrweg.
- Frauen können nur geschützt werden, indem sie fraulicher werden (Schaefer 1967: 65). Die Schönheit des eigenen Leibes wird zerstört, wenn die Eier danach greift (ebenda: 65). Es bleibt als

Parallele das religiöse Bild der Mutter, welches vor allem auf Hingabe und den natürlichen Unterordnungswillen der Frau hinweist (Giesen, AFET 1962: 25 f.).

- Der Irrationalismus, der in jeder Hinsicht einer menschlichen Gestaltung der Gesellschaft entgegensteht, kommt darin zum Ausdruck, daß "Teufel nicht durch Psychologie und Pädagogik, sondern nur durch die Engel Gottes ausgetrieben werden können" (Handbuch der Heimerziehung 1954: 755).

Dabei ist man mit der Anwendung des "Exorzismus" vorsichtig geworden.

- "Verwahrlosung" wird so als eine "selbstsüchtige Auflehnung des Ich gegenüber Gott und dem Menschen" interpretiert (Janssen 1958, evang.).

Damit wird klar, daß die erbarmende Liebe die Strafe braucht, weil sie weiß "daß sie dem vom Chaos bedrohten natürlichen Menschen durch Zucht und Strafe einen unentbehrlichen Dienst tut" (Frör, in: Handbuch der Heimerziehung 1954: 591 f.).

Die Produktionsverhältnisse - als natur- und gottgegeben angesehen - brauchen so nicht erwähnt zu werden: Es herrscht Arbeitsfrieden.

Zur Qualifikation reicht es aus, seinen Beruf als Berufung Gottes zu begreifen (von Mann, in: Handbuch der Heimerziehung 1954: 693).

Diese ideologischen Passagen müssen erwähnt werden, weil sie ein Stück Praxis wiedergeben, das gerade von marxistischen Autoren kaum analysiert wird.

Daß gerade die gesellschaftliche Machtstellung der Kirchen (72,2 % aller Einrichtungen 1968) mit ihrer Familienideologie, ihrer pathologischen Angst vor allem Sexuellen, ihren theologischen Begründungen der Unterdrückung der Lebensfreude, ihren Anpassungsstrategien und ihren lächerlich wirkenden, intellektuellen Zumutungen auf diese Weise aus dem Blick gerät, kann nicht gerade als Basis für eine wissenschaftliche Analyse der Realität gewertet werden (zu Veränderungszwecken).

Im Kontext der ökonomischen Tatsache, daß die Kirche ja auch einer der größten Großgrundbesitzer ist, erweist es sich daher auch nicht erstaunlich, daß die Spitzenverbände eine wohlfunktionierende Bank (Bank für Sozialwirtschaft mit einem Jahresumsatz von 2 Mrd. DM) ihr eigen nennen (Nitsch 1973).

Diese Kooperation der Spitzenverbände besteht schon seit den 20er Jahren - ausgenommen der Arbeiterwohlfahrtsverband, der erst nach 1945 unter dem Leitbild der "Partnerschaft" eingeschlossen wird. Auch die Kooperation mit öffentlichen Stellen existiert von Beginn an (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge 1880), läßt sich vor allem für die Weimarer Zeit konstatieren, wo es darum ging, "radikalere" Gruppierungen, die ihre Lebenssituation propagieren wollen, mundtot zu machen (gerade über das Vereinsrecht).

Der Einfluß der Industrie, der in der Vergangenheit ja anregend auf die Bearbeitung von Jugendproblemen gewirkt hat (Wedekind 1971), dürfte heute unter dem Privileg der Berufsausbildung ziemlich umfassend sein, wobei mögliche "Störungen" von komplementären Institutionen wie die innerhalb der Jugendhilfe reguliert werden.

Die Jugendverbände (auf Bundesebene im Bundesjugendring organisiert) sind eindeutig den Erwachsenenverbänden zuzuordnen: Also der Arbeiterwohlfahrt, dem Diakonischen Werk, dem Deutschen Caritasverband, dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, dem Deutschen Roten Kreuz, der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, wobei alle in der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege zusammenarbeiten.

Zahlreiche Berufsverbotsfälle (vgl. in Hessen) und die Weigerung, die SDAJ aufzunehmen, verdeutlichen die Grundrichtung.

Die Institutionen der öffentlichen Sozial- und Jugendhilfe sind zwar nicht in großem Umfang aufgefächert, ihre Organisation aber ist sehr hierarchisch aufgebaut.

Über den Jugendwohlfahrtsausschuß wirken die verschiedenen Träger unmittelbar auf die öffentlichen Aufgaben ein (§ 14).

Trotz ihrer Bedeutsamkeit dürfte auch aus den Statistiken erkennbar sein, daß die meisten Aufgaben von privaten Trägern ausgeführt werden (vgl. Gesamtstatistik der BAG der Freien Wohlfahrtspflege, in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit 1974).

In den Fachorganisationen, in denen die Kooperation auf die Spitze getrieben ist (AGJJ; darin auch Terre des Hommes, ISD und GEW organisiert), existieren zahlreiche Querverbindungen, die sehr verwickelt erscheinen, obwohl natürlich genauere Untersuchungen insofern schwer sind, weil diese Fachorganisationen dann auch beteiligt wären.

In dieser Hinsicht dürften auch die ehemaligen Reichsarbeitsdienst-Doktoren von Interesse sein, die hier aktiv sind.

Aus den entwickelten Gedanken ergeben sich diverse Schlußfolgerungen:

- 1) Eine enge Kooperation zwischen öffentlichen und privaten Trägern läßt sich feststellen, v. a., wenn autonome Bewegungen abgeblockt werden müssen.
- 2) Die politischen Zentralinstanzen haben diesen Bereich fast ausschließlich privaten Trägern überlassen: Aus finanziellen Gründen, wegen mangelnder Kompetenz, aus organisatorischen Überlegungen, wegen der Abwehr der Kritik am Staat.
- 3) Das Gerede von den "freien" Trägern sagt nichts über den Grad der Freiheitlichkeit aus, vor allem, wenn von vorgegebenen Positionen ausgegangen wird. Die Finanzierungsverpflichtung des Staates (wenn auch nicht in vollem Umfang) verweist darauf, daß die privaten Träger öffentliche Funktionen erfüllen.
- 4) Der Kooperation von privaten Trägern und Staat fehlt nach der Integration der Arbeiterwohlfahrt und der sozialistischen Jugendverbände die "öffentliche" Legitimation (Abwehr alternativer Modelle).
- 5) Das neoliberale Modell der Subsidiarität betrifft gerade nicht die Selbsthilfegruppen, womit das Wahlrecht der Klienten widerlegt wird (Lüers 1977).

Dieses Prinzip (ehemals zum Kassenschutz des Fürsten, dann relevant in der katholischen Soziallehre) kann komplexe gesellschaftliche Bestände und Prozesse nicht erfassen (Giese 1976: 1).

Vor allem die Wohlfahrt der Verbände, die schon im Sinne einer Großinstitution organisiert sind, scheint im Mittelpunkt zu stehen, was darin zum Ausdruck kommt, daß das JWG von 1961 das RJWG übertrifft (DJI (Hrsg.), Materialien... 1963: 159).

- 6) Als Ideologie in diesem Geflecht, in dem von Subsidiarität schon nicht mehr geredet wird, weil es sich für die größeren Verbände verwirklicht hat, wird die Ideologie des Pluralismus als Rechtfertigung des Bestehenden wieder aktuell: Die Pluriformität der Gesellschaft (Funke 1976: 19) oder die "formierte Gesellschaft" ist gefragt (Rüdiger Altmann; L. Ehrhardt).
- 7) Die Betroffenen haben in diesem verwirrenden System Schwierigkeiten, sich zurechtzufinden. Eigene Initiativen kommen in diesem System kaum zur Geltung, werden mangelhaft gefördert. In diesem Kontext hat die Sozialarbeit vor allem die Aufgabe der Kompensation (Hollstein/Meinhold 1973). Wissenschaftliche Planung hat in diesem Bereich bis hin zur Subventionspolitik nichts zu suchen. Es würde schon dem christlichen Auftrag widersprechen bzw. den eigenen Interessen.
- Selbsthilfeorganisationen haben es so schwer, öffentliche Anerkennung und Unterstützung zu finden, vor allem, wenn sie die Herrschaftsstrukturen mit einbeziehen (vgl. Senator f. Familie, Jugend und Sport, Bericht über Eltern-Kinder-Gruppen in Berlin 1972, Selbsthilfegruppe Sozialhilfeempfänger, Köln).

Grundsätzlich wird von diesen Gruppen zwar eine Kooperation mit den Verbänden angestrebt, aber sie wollen sich wegen ihrer konkreten Lebenssituation nicht integrieren lassen (vgl. Ortmann 1976), da sie auf diese Weise auch die Nachteile einer bürokratischen Organisation mit verkraften müßten.

Kollektivere Organisationsformen auf der Basis der Kooperation und Solidarisierung mit den Betroffenen widersprechen den ideologischen Grundlinien einer familienorientierten, anti-kollektivistischen Ideologie.

In der Folge des Subsidiaritätsprinzips wird die Linie Staat-Kommune-Familie-Einzeller über das Personenprinzip ontologisiert, so daß Personen und Gemeinschaft als vermittelt über eine "göttliche Quelle" erscheinen.

Persönliche Hilfen individualistischer Machart stehen im Vordergrund, implizieren die Vorrangstellung des Familienprinzips und der Elternrechte (vgl. Jordan 1975: 314 ff.).

Diese Einwände besitzen auch für den nächsten Abschnitt Gültigkeit.

2.3.2.4. Zur offiziellen Adoptionspraxis

Die Darstellung orientiert sich an der Kritik der Jugendhilfe-Praxis und ihrem Aufgreifen in der offiziellen Politik, in der vor allem die Orientierung am einseitigen Familienprinzip sich als unwissenschaftlich erweist. Ohne auf die besonderen Ausbildungsbedingungen von Mitarbeitern in diesem Bereich einzugehen, bietet eine demokratische Qualifikation, die die Verständnismöglichkeit eines Problems impliziert und demokratische Toleranz gegenüber "Andersartigem" eine Kriteriengrundlage.

Man kann dieses Problem erst einmal rein technokratisch angehen und die Adoptionsvermittlung organisationssoziologisch im Rahmen einer "Verhaltens-auffälligenpädagogik" zu lösen versuchen.

Die "Kommunale Gesellschaft für Verwaltungsvereinfachung" (Krakau/Kluge 1976) konstruiert einen Bereich der Erziehungshilfe außerhalb der Elternfamilie, die einen Pflegekinderdienst, die Adoptionsvermittlung und die Erziehungshilfe in Institutionen umgreift.

Abgesehen von der Terminologie, die einer ideologiekritischen Betrachtung unterzogen werden kann (lediglich die Verhandlung und Verbesserung des Bestehenden), entwickelt diese Gesellschaft ein Refunktionalisierungsprogramm, welches bio-psychologische, erzieherische-gesellschaftliche und verstehend-psychologische Momente miteinander verbindet. In einem Organisationsansatz (orientiert an Mayntz) kritisieren sie:

- die Trennung von Innen- und Außendienst,
- den Mangel an Spezialisierung und Entscheidungskompetenz,
- die fehlende Bearbeitung der Gesamtheit der Ursachen eines Defizits,
- die mangelnde Kooperation.

Sie schlagen folgende Voraussetzungen vor, die sie über eine empirische Analyse (Unterbringung, Organisation, Aufgaben, Ausstattung, Arbeitsweise) absichern:

- a. Analyse der Erziehungssituation,
- b. Diagnose mehrdimensionaler Art und Aufstellen eines groben Erziehungsplans (was im JWG fehlt),
- c. Spezialisierung und Qualifizierung innerhalb verbesserter Organisationsstrukturen,
- d. EFB auch während einer Fremdunterbringung,
- e. danach erst die Entscheidung über die Hilfemaßnahmen (Ursprungsfamilie, Institution, Fremdfamilie, selbstverantwortliches Leben).

Wollen wir nun kurz die Ergebnisse ihrer Arbeitsfeldanalyse zusammentragen, die wichtig ist, weil demokratische Qualifizierung auch organisatorische Bedingungen voraussetzt.

1) Unterbringung

Über eine Untersuchung von 40 % der Jugendämter ergibt sich als Trend (gestaffelt nach Bund, Ländern und Gebietskörperschaften), daß Adoptionsvermittlungen und Zuweisungen in Pflegefamilien zunehmen.

Lediglich 1,0 % der Adoptionsvermittlungen können als gescheitert angesehen werden, wenn dies auch nicht repräsentativ ist.

Die Pflege- und Heimunterbringungen beeinflussen den gesamten Unterbringungsquotienten am meisten (Heimunterbringung überwiegend immer noch, wenn auch der Trend in die andere Richtung läuft).

2) Organisation

Es existieren unterschiedliche Spezialisierungsformen (Spezialisierungsgrad des Sachgebietes und nebenamtliche bzw. hauptamtliche personelle Besetzung: Arbeitsanteil der Sozialarbeiter im Sachgebiet): Stellen ohne Spezialisierung, mit Teilspezialisierung und mit Vollspezialisierung.

Über die Hälfte der Jugendämter besitzen kein eigenes Sachgebiet.

Je größer das Verwaltungsgebiet ist, umso größer die Spezialisierung, die sich auch in einer größeren Trennung von Innen- und Außendienst ausdrückt (vgl. die historische Entwicklung: Vogel 1966).

- 3) In der Rangfolge der Tätigkeiten liegt die Bearbeitung von Akten an erster Stelle, der Beamte erscheint als "Funktionär der Gesetzesanwendung" (vgl. Vogel), tradierte Verwaltungsformen herrschen vor (Kolodziej), Innendienst und Außendienst sind getrennt (entgegen den Forderungen im "Dritten Jugendbericht" und des BMfJFG 1972).

An letzter Stelle liegt die EFB. Wenige Jugendämter erfüllen die Kriterien nach Erziehungsplan, Elternfamilienarbeit und nachgehender Hilfe (Anamnese und Diagnose lassen auch zu wünschen übrig).

4) Ausstattung

Die quantitative Personalausstattung ist unterschiedlich verteilt (Arbeitszeitaufwand pro Mitarbeiter pro Fall). Wenn auch qualifizierte Mitarbeiter eingestellt sind, überwiegt oft unreflektiertes Erfahrungswissen.

5) Arbeitsweise

Unter der Trennung von Innen- und Außendienst (Verwaltung/sozialer Dienst) ist die Kooperation erschwert, herrscht meist das Liniensystem vor: Die Verwaltung ist stufenmäßig aufgebaut, die Mitarbeiter stehen in einem vertikalen Über- und Unterordnungszusammenhang (KGST, 25/1975).

Die Tätigkeit in Form der Gruppenarbeit wird nur in etwa 12 % der Jugendämter praktiziert.

Von einer demokratischen Qualifizierung der Mitarbeiter kann insgesamt wohl kaum gesprochen werden, so daß sie auch kein positives Modellverhalten (Kluge) gegenüber den "Klienten" entwickeln können.

Aber, selbst im Fall einer Vollspezialisierung dürften administrative Strukturen noch überwiegen.

Folgende Veränderungen sind erforderlich:

- Die Einstellung von mehreren Sozialarbeitern,
- Heruntersetzung des Personalmangels allgemein,
- Personalbemessung nach Kriterien wissenschaftlicher Begleitung,
- Veränderung des Bewußtseins der Handlungsträger, worauf im folgenden Abschnitt kurz eingegangen werden soll.

Zum Bewußtsein der Handlungsträger

Eine Arbeitsfeldanalyse innerhalb des Vermittlungsprozesses ist bisher kaum geleistet worden (Hinweise: zur Nieden 1928). Forschungsvorhaben orientieren sich meist an den Ergebnissen der Adoption (die Phase nach vollzogener Adoption, die in dieser Arbeit mehr im Mittelpunkt steht, findet trotz gesetzlicher Forderungen kaum Beachtung).

Auf dem Hintergrund des beruflichen Handelns und der professionellen Orientierung der Mitarbeiter (Individualisierungsstreben) lassen sich in der Literatur lediglich Ansätze einer Kritik an der herrschenden Praxis finden, die durchweg negativ ausfallen (Witmer; Kirk und Kirk, Brandon; Godfrey; Jaffee /Fanshel). Seinen Ausdruck findet dies vor allem in der Feststellung der Adoptionseignung, des Zueinanderpassens und in der Hilfeorientierung (nach: Napp-Peters 1978).

In ihren Untersuchungen der Organisations- und Dienststruktur, der Auswahl- und Vermittlungsmethoden und des Klientenkreises versucht Napp-Peters dies zu bestätigen, wobei sich teilweise Übereinstimmungen mit Krakau/Kluge feststellen lassen.

Ohne auf die Kritik am Rollenbegriff einzugehen, auf den sich die Autorin bezieht (nach Merton), lassen sich folgende Ergebnisse festhalten:

1) Adoptionsstellen

In ihrer Untersuchung, die sich nur auf Adoptionsstellen bezieht (64 an der Zahl) und die sowohl Jugendämter wie freie Träger berücksichtigt, bestätigt sie die mangelnde Qualifizierung und Spezialisierung, die sich vor allem in der Adoptionspflege negativ bemerkbar machen.

Vor allem das Abwickeln über den Innendienst allein ist zu kritisieren, wo manchmal die Essensgewohnheiten des Kindes Vorrang vor der Entwicklung der Adoptivfamilie besitzen. Negativ stellt Napp-Peters die Hilfen für uneheliche, schwangere Mütter und das Mißtrauen der Mitarbeiter gegenüber scheinbar sozialen und pathologischen Besonderheiten der Ursprungsfamilie heraus. Die Prüfung des "Falls" vor der Vermittlung hält kaum qualifizierten Methoden stand.

Obwohl bei der Auswahl und Vermittlung von ausländischen Kindern (vor allem an ausländische Staatsangehörige) kaum Erfahrungen vorhanden sind, erklären sich doch 80 % der Jugendämter dazu bereit.

Obwohl die Hautfarbe keine Vermittlungsschwierigkeiten zur Folge hat, muß doch die überragende Rolle der Konfession daran Zweifel aufkommen lassen (Taufe, Konfessionslosigkeit, Mischehe etc.).

Negativ fällt folgendes auf:

- An Prostituiertenkinder gehen die Mitarbeiter mit biologischen Vorurteilen heran.
- Körperlich, geistig und psychisch behinderte Kinder werden ungern vermittelt.
- Um die Eignung der Eltern festzustellen, werden administrative und Einzelfallmethoden bevorzugt (keine Gruppenarbeit und wissenschaftliche Testmethode).

- Sterilität und Unfruchtbarkeit müssen noch nachgewiesen werden.
- An Alleinstehende darf nicht vermittelt werden (Ausnahmen existieren).
- Die Frau muß traditionellerweise nicht-erwerbstätig sein.
- Eine zweite Eheschließung erschwert die Vermittlung.
- An Konfessionslose wird zur Hälfte nicht vermittelt.
- Eine Mischehe wird dann anerkannt, wenn eine kirchliche Ehe geschlossen ist und eine religiöse Erziehung betrieben wird.
- Die Mitarbeiter stellen Fragen nach der eigenen Kindheit der Eltern (glücklichen) und nach ihren Erziehungsvorstellungen, die sich oft genug auf das gute Betragen des Kindes reduzieren.
- Viele Jugendämter und freie Träger lehnen es ab, über die Herkunft des Kindes aufzuklären.

Über ein meist nur mit der Frau geführtes Gespräch wird die Vermittlung anhand von Aktenangaben und persönlichen Eindrücken betrieben, wobei in jener die Ideologie des Zueinanderpassens in einer quasi natürlichen Familie konflikthafte Verhalten ausschließt.

Aussehen, ethnischer Hintergrund und der IQ (vor allem) sind für die Vermittlung, die für das Kind meist eine Vermittlung in eine höhere Schicht bedeutet, entscheidend.

2) Adoptionsvermittler

Die Ablehnung/Annahme von Paaren, die Rangeinstufung von diesen und die Stellungnahmen zeigen vor allem, daß der Konsens bzw. die Inkongruenz unabhängig vom Alter der Mitarbeiter, dem Zeitpunkt ihrer staatlichen Anerkennung, dem Abschluß ihrer Ausbildung, der Dauer ihrer Tätigkeiten zu interpretieren ist.

Auf Basis einer nicht-einheitlichen Berufsqualifikation, von Fachwissen und der Berufsethik erweisen sich die Stellungnahmen als relativ irrational, d. h. ihr Konsens hängt wohl mehr von einer öffentlichen Ideologie ab als von Qualifikationskriterien.

3) Adoptivkinder und ihre Familien

Von den Sozialarbeitern wird (individualisierend) der ursächliche Hintergrund der unterprivilegierten Lage der unehelichen Mutter (obwohl der Tendenz nach mehr eheliche Kinder vermittelt werden) nicht berücksichtigt.

Daß also 80 % der Mütter von der Geburt des Kindes an gezwungen sind, berufstätig zu werden, wo dazu noch oft ein weiteres Kind vorhanden ist, wird von den Mitarbeitern oft genug auf die Behauptung reduziert, daß die Mütter keine Beziehung zu ihrem Kind hätten.

78 % der Kinder sind seit ihrer Geburt von den Eltern getrennt und leben überwiegend im Heim (über die Hälfte ein Jahr und länger). Psychisch-physische Heimschädigungen sind daher feststellbar und ergeben zusammen mit hohem Alter und multiplen Placierungen Mehrfachbehinderungen.

Kombiniert mit einem dieser Faktoren (diesen oder diese auch verstärkend) konnten zum Beispiel Kinder von schwarzafrikanischen Vätern kaum mit einer Vermittlung rechnen.

Die Adoptiveltern stammen meist aus einer höheren Schicht (Einkommen, Qualifikation) und sind meist kinderlos.

Obwohl ihr Alter als oft entscheidend markiert wird, erhalten 75 % der Mütter über 40 Jahre ein Kind unter 2 1/2 Jahren.

Fest steht, daß das Alter des Kindes einen entscheidenden Faktor für den Fall darstellt, daß das Kind in eine höhere Schicht vermittelt werden kann.

Kombiniert mit niedriger sozialer Herkunft und schweren Heimschäden erweist sich die Dimension Alter als selektiv.

4) Die berufliche Orientierung des Mitarbeiters

Die Kriterien, die früher die Eignung eines Kindes befunden haben, fungieren heute als Auswahlkriterien für die soziale Placierung in Adoptivfamilien.

Die natürlichen Eltern werden als "Fürsorgeklienten" behandelt, die Adoptionsbewerber führen sich einer diskriminierenden Verwaltungstätigkeit ausgeliefert (Ablehnungen werden nicht begründet).

Ablehnung wird meist mit Konfessionslosigkeit, niedriger Bildung und niedrigem sozio-ökonomischen Status begründet (obwohl Mitglieder gerade dieser Schichten viel weniger vor schweren Fällen zurückschrecken). Schon der alleinige Wunsch von Eltern nach Kennenlernen der natürlichen Eltern bewirkt die Ablehnung, was ein Licht auf die Aufklärungspraxis wirft.

Wie widersprüchlich diese Praxis aussieht, läßt die Tatsache erkennen, daß zwar Bewerber, die als Adoptiveltern abgelehnt werden, als Pflegeeltern jedoch für geeignet anerkannt werden (vgl. auch Blandow).

Gerade in der Adoptionspflege, aber auch danach, beanspruchen viele (wenn nicht alle) Adoptiveltern Hilfe, die ihnen aber die Sozialarbeiter nicht geben.

Die Vorbereitung auf ihre Elternrolle, ihr Aufklärungsbedürfnis und ihre Verunsicherung werden nicht beachtet, womit sie sich gezwungen sehen, in die Rolle einer natürlichen Elternschaft zu flüchten: Aufklärung könnte das Kind isolieren, Nicht-Aufklärung bringt die Gefahr der Aufdeckung.

Lediglich die Hälfte der Adoptionsvermittler befürwortet die Aufklärung, indem sie den Eltern Waisenhausgeschichten zur Verfügung stellen.

Ein Programm für nachgehende Hilfe und Beratung existiert in kaum einer Stelle, d. h. nur in drei Stellen werden Veranstaltungen angeboten, ansonsten hin und wieder auf Information über andere Institutionen verwiesen.

Da die Sozialarbeiter offensichtlich davon ausgehen, daß die Adoptivfamilie einer "normalen" Familie entspricht, halten sie fachliche Unterstützung für überflüssig.

Aus Angst vor Sanktionen und unter dem Zwang des Erfolges stehend, lassen Adoptiveltern - die ja als ideal ausgewählt worden sind - kaum etwas verlauten.

Fassen wir zusammen:

- Die individualisierende Haltung über die Orientierung an einer natürlichen Elternrolle schützt die Mitarbeiter davor, ihr Berufsbild in Frage zu stellen.
- Organisatorisch müssen sie sowohl fachliche und administrative wie auch therapeutische und materielle Hilfen miteinander verbinden, wobei sie dem Druck der Organisation nachgeben (vgl.

Anpassung an das "Gesamtinteresse" der Institution per Supervision) und gleichzeitig zwischen unterschiedlichen Bedürfnissen von Klienten differenzieren müssen.

Es stellt sich also anhand dieser negativen Kennzeichnung der Praxis die Frage, ob nicht in größerem Umfang sozialpolitische Handlungsansätze die sozialadministrative Kontrolle ersetzen können, die vor allem gesellschaftliche Ordnungsinteressen durchsetzt, indem sie soziale Konfliktlagen individualisiert (Einzelfall) und die Interessenmobilisierung der Betroffenen verhindert.

Im folgenden Abschnitt wird sich zeigen, ob eine Reform innerhalb der herrschenden Praxis (Sozialarbeit, Sozialpolitik) überhaupt möglich ist (mit welchen Effekten).

2.3.2.4.1. Überlegungen zur Sozialpolitik und Sozialarbeit in diesem Zusammenhang

An dieser Stelle kann man schon kritisch einwenden, daß innerhalb einer derart strukturierten Verwaltungsbürokratie wohl kaum sozialpolitische Güter bzw. personelle Dienstleistungen adäquat vermittelt werden können (vgl. Romanyshyn 1971), weil die persönlichen Strategien der Betroffenen in institutionalisierten Sozialisationskontexten, die "Basisorientierungen" und damit auch die notwendige Förderung von Kindern durch ihre Eltern kaum berücksichtigt werden (vgl. Fend 1975).

Die Sozialpolitik als Produkt einer spezifischen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft (Elias) befindet sich im Raum zwischen öffentlicher Verfahrensordnung und persönlicher Bedarfsdeckung, zwischen Herrschaft und Persönlichkeitsorganisation (vgl. Soziologie und Sozialpolitik 1977).

Im Gegensatz zum Äquivalenzprinzip muß eigentlich der Bedarf unabhängig von der Sozialposition des Anspruchsberechtigten gesteuert werden, was aber nicht gelingt.

Im Schnittpunkt von individuellen Lebenslagen und vergegenständlichten Strukturen der Gesellschaft (Institutionen) werden Konflikte kanalisiert, indem soziale Dienstleistungen verrechtlicht, ökonomisiert und mit Blick auf das Ganze individualisiert werden.

Die Durchsetzung (auch kollektive) von Bedürfnissen in sozialen Diensten, wo es auf Steuerung, Organisation und Wirkungen, d. h. auf rationale Planung ankommt (im Sinne einer Herstellung von praktischen Problemzusammenhängen zwischen Zielen, Lagen und Maßnahmen, vgl. 2. Familienbericht), gewinnt große Bedeutung (gerade in Hinsicht auf selbstorganisatorische Aktivitäten).

In personenbezogenen Dienstleistungen (Beratung, Behandlung, Pflege, Bildung) werden publikumsbezogene Leistungen erbracht, die im inter- und intraorganisatorischen Rahmen begreifbar sind.

In Formen der organisierten Hilfe werden Programmstrukturen mit Kommunikations- und Kontrollstrukturen verbunden, deren praktische Umsetzung von einer bestimmten Personalstruktur abhängt.

Allerdings ist dazu die Publikumsorientierung (Kooperations- und Handlungsfähigkeit gegenüber anderem Personal und den Klienten) von besonderer Bedeutung.

Am Beispiel des Sozialdienstes wird die Schwierigkeit bewußt, die durch die Einführung nicht-ökonomischer Orientierungen in praktische Politik entsteht, was die aktive Reformpolitik im Kapitalismus in besonderem Maße tangiert (Böhnisch/Scherfold 1976).

Wegen des Fehlens einer politischen, zentralen Planungsinstanz sind Handlungsspielräume kaum erprobbar, was für den Jugendhilfebereich insofern Chancen bieten könnte, als hier der Zusammenhang mit der Produktion/Reproduktion in dem Sinne keine direkte Vorrangstellung beanspruchen kann.

Doch ist die Schaffung einer Legitimationsgrundlage in der Bevölkerung erschwert, da keine organisierten, konfliktfähigen Interessen vorhanden sind und da z. B. die Altersphase "Kind" über unterschiedliche "soziale Positionen" vermittelt ist, so daß sie von wirksameren gesellschaftlichen Bezügen überlagert wird (z. B. Bildung, Ausbildung und Produktion): diese Bereiche liegen außerhalb der Familienpolitik (der heutigen).

Das Subsidiaritätsprinzip, die administrative und verrechtlichte Praxis bedingen zudem eine negative Institutionenbetrachtung in der offiziellen Politik/Praxis.

Diese Priorität in Bezug auf sozialisationsbezogene Problemformulierungen wirkt selektiv, kommt rechtlich in der Dominanz des Familienprinzips zum Ausdruck.

Diese spezifische Orientierung am Familienrecht tangiert auch den wissenschaftlichen Zugriff derart, daß ein Widerspruch zwischen erfahrungsbezogener Sozialwissenschaft (Regelmäßigkeiten sozialen Handelns) und Rechtswissenschaft als Normwissenschaft (autonome Wert- und Sinnkategorie) zum Tragen kommt. Werden die gesellschaftlichen Bedingungen ohnehin ausgeblendet, verschärfen sich die Widersprüche, wenn "abweichende" Fälle (problematische) von Sozialisation zu bearbeiten sind.

In der Sphäre der sozialen Kontrolle verstärkt sich dann die Spannung zwischen Eingriffspraxis und Erziehungsanspruch, zwischen ordnungspolitischen und gesellschaftspolitischen Kompetenzen (sozialisationspolitisch). Gesetze, die als sinnhaft und allgemeingültig interpretiert werden, verwässern die Praxis, die auch ihren Niederschlag in der Politik findet.

Die Einzelfallorientierung (nicht als aktionsorientierte Methode, als Strukturprinzip definiert), wirkt selektiv und kontrolliert, so daß die sozio-ökonomische Verursachung individueller Lebenslagen ausgeblendet bleibt. Diese Orientierung wirkt als Substrat eines Verständnisses von Sozialindividualität. Individualisierung und Pathologisierung werden durch bestimmte Praxistheorien in die Richtung einer helfenden Beziehung verschoben, so daß die Klienten vorgegebenen Standards angepaßt werden (Helfer 1971; Mollenhauer/Kasakos 1975).

Die Basis einer Sozialisationsorientierung, die - wenn überhaupt - die Einheit einer "Jugendhilfe" schaffen könnte, vermißt man.

Veränderungen setzen sich bis zu einer bestimmten Grenze erst durch, wenn die Erkenntnis individueller Konflikte und ihrer Bedingungen mit den institutionalisierten Deutungsmustern in einen Gegensatz gerät, wobei allerdings die Selektionsmechanismen erhalten bleiben (Kompensation).

Es ist deshalb erforderlich, die Bedingungen gerade auch der institutionellen Umsetzung von Sozialisationszielen (auf der Basis von gesellschaftlichen) zu diskutieren, obwohl sich Interessen/Bedürfnisse erst aus der empirischen (konflikthafte Praxis) Konfrontation konkreter Lebensbereiche mit institutionalisierten Sozialisationskontexten ergeben. An dieser Stelle müssen Ziele als Problemlösungsmöglichkeiten operationalisiert werden.

Finden die gesamte Persönlichkeit, ihre Geschichte und ihre Probleme Berücksichtigung, erscheint Sozialisation als Perspektive der Interpretation der Probleme der Klienten und ihrer Beziehungen ("Zeitplan"). Diese subjektiv erfahrbare Wirklichkeit als Thema von Sozialisationstheorie, bleibt noch ohne Resonanz in der Praxis.

Auch Feldforschungen wären da am Platze, die wissenschaftliche und praktische Entwicklung gleichzeitig beachten, was mit der polit-ökonomischen und institutionellen Analyse verbunden werden muß.

Damit wird die Sozialpolitik in der Hinsicht angesprochen, als sie vor allem die Transformation von Nicht-Lohnarbeit in Lohnarbeit betreiben muß, was in privatkapitalistischen Verhältnissen problematisch werden kann.

Denn es kommen Steuerungskapazitäten in den Blick, die nicht mehr nur marktmäßig ablaufen können (Lebensverhältnisse müssen teilweise vor Ort gelöst werden).

Gerade aber in Bürokratien verselbständigt sich aber die Organisationsebene gegenüber dem konkreten Handeln, so daß Planungs- und Entscheidungsstrukturen soziale Handlungen in Bezug auf eine arbeitsteilige Lösung von Problemen determinieren.

Abstraktionsleistungen werden verlangt, die nur das Verallgemeinerungsfähige an konkreten Lebenslagen berühren.

Die widersprüchliche "Herstellung" von Lohnarbeitern wirkt sich auch auf die Vergesellschaftung über die Veränderung materieller und sozialer Mittel der Bedürfnisbefriedigung aus (personelle soziale Dienste erscheinen heute noch in verzerrter Form in den Sozialbudgets; für die Familie existieren kaum soziale Dienste).

Die Dienstleistung (verkürzt ausgedrückt) vermittelt zwischen Angebot und Nachfrage, wobei jene von situativen, organisatorischen und gesamtgesellschaftlichen Bedingungen abhängt. Organisationssoziologie, Bürokratieforschung, Berufssoziologie und Handlungsforschung werden interessant.

Problematisch ist es aber, über monetarisierte, professionalisierte und bürokratisierte Versuche lediglich Störquellen zu integrieren.

Berücksichtigung müssen da auch Formen des "sozialen Netzes" (z. B. die Familie, vgl. Gross 1976) bzw. die soziale Aktion finden, gerade in Bezug auf die Erwachsenensozialisation, die kaum bearbeitet wird.

Kann man wohl über die institutionelle Ebene verschiedene, sich gesellschaftlich entwickelte Problemebenen zusammenbringen (Bedürfnisse der Individuen, Interaktion, Organisation, Gesellschaft), so bewirkt doch die organisierte Hilfe, daß die Betroffenen nicht mit einbezogen werden (Vogel; Thompson 1967).

Die eigentliche Aufgabe, den Bedarf von Klientengruppen zu senken, schlägt genau ins Gegenteil um (Adoptionsvermittlungsstellen produzieren so neue Störquellen, vgl. Krakau/Kluge 1976).

Zusätzlich ist eine Problemvermischung zu konstatieren, die geistige, körperliche und psychische Behinderungen allein mit den Problemen der gesellschaftlichen Armut und den Problemen des Arbeitsprozesses in Verbindung bringt: ohne Selbstbestimmungsmomente.

Es kommt daher nicht darauf an, bloß Symptome zu bearbeiten, sondern Ursachen und Auslöser zu analysieren (zusammen mit den Hindernissen in der Persönlichkeit und deren Rückwirkung auf den sozialen Kontext) (vgl. Brusten/Hohmeier (Hrsg.) 1973).

Gerade aber in Verwaltungsapparaten wird in Bezug auf Problemgruppen, Personen und Problemaspekte eine Selektion betrieben. Das Kriterium der Integration in den Arbeitsprozeß verhindert, daß das sozialpolitische System soziale Ungleichheiten und Unterprivilegierung abbauen kann.

Drei Bereiche (organisationssoziologisch bestimmbar) werden da als Alternativen wichtig: Sozialarbeit, Sozialpädagogik im weitesten Sinne und die soziale Aktion. Gerade soziale Aktionen, die im Mikrobereich viele Ähnlichkeiten mit sozialen Bewegungen haben (vgl. Bürgerinitiative) bieten sich als Alternativen an, die soziale Isolation beseitigen und besondere soziale Identitäten berücksichtigen können (Offe 1972; Scharpf 1971; Pankoke 1971).

Ihre interne Organisation und ihre Beziehung zu anderen Organisationsformen werden aber wichtig, wobei öffentliche Unterstützung bisher lediglich eine reaktive bleibt.

Im Gegensatz dazu stößt die herrschende Sozialarbeit (die sich theoretisch auf sozialpädagogische Konzepte stützt) auf Hindernisse:

- Sie findet in offenen, halboffenen und geschlossenen Institutionen statt.
- Problemfälle werden aufgeteilt, Problemsyndrome zerlegt.
- Es existieren professionelle Standards.
- Das Gebot der Gleichbehandlung schafft Probleme.

Die Verberuflichtung (mehr oder weniger qualifiziert), das Vorhandensein unterschiedlicher Träger, Regelvorschriften und der Nachweis von Ergebnissen (vgl. Triseliotis 1971), Distanz und Neutralität wirken einschränkend (Sjoberg u. a. 1965/66).

Werden Veränderungen angegangen, so ist der Widerspruch zwischen distributiv-monetärer und investiv-dienstleistungsbezogener Sozialpolitik kaum zu beseitigen, wenn auch die verstärkte Unterstützung von sozialen Aktionen ein Faktor der Veränderung ist. Situationsspezifische Alternativen - mehr oder weniger organisiert - bedürfen aber einer Sozialpolitik als Gesamtsystem, welches die inhaltlich-materiellen Voraussetzungen schafft, wobei allerdings sozio-ökonomische und sozio-psychische Faktoren zusammengebracht werden müssen.

Im "Jahrbuch der Sozialarbeit" (1976 und 78) kommen über die Darstellung von Projekten in der Praxis jedoch auch spezifische Begrenzungen der Sozialpolitik zum Vorschein, die vor Überschätzung der Möglichkeiten schützen sollen.

Einerseits existiert ein Widerspruch in der Regulierungstätigkeit des Staates (kurzfristige und langfristige Kapitalinteressen), andererseits entstehen aber gerade dadurch auch Überhänge, die transformativen Charakter beanspruchen können, wenn sie politisch durchgesetzt werden.

Es entsteht nämlich ein Gegensatz zwischen tauschbezogenen Verkehrsformen und Normen (Organisationsregeln) und sozial-staatlich-fürsorgerischen Verkehrsformen und Normen. Daher tritt jedesmal, wenn die zwangsweise Kopplung von privater Produktion

und gesellschaftlicher Reproduktion/Sozialisation aufbricht, der Rechtsstaat auf die Bühne (siehe Berufsverbote).

Auf der Verwaltungsebene drückt sich dieser Widerspruch in einem Gegensatz von sozial-staatlicher Leistungsverwaltung und rechtsstaatlicher Eingriffsverwaltung aus, bewegt sich also zwischen Sozialisation und Sanktion.

Supervision wird hier zum Mittel, über die Schaffung der richtigen Einstellung und Haltung Identitätsbrüche zu heilen (Huppertz 1975), so daß die Defizite des Sozialarbeiters an das Gesamtinteresse der Institution angepaßt werden, während ein Konzept wissenschaftlicher Begleitung eines Projektes dagegen einen optimaleren Weg darstellt (Fortbildung auch in Bezug auf Elternarbeit).

In der Dialektik zwischen Sozialisation und sozialer Kontrolle ist gerade heute eine Stagnation der Sozialstaatlichkeit zu beobachten (Hollstein), so daß die traditionellen Felder wieder Bedeutung erlangen.

Die Sozialarbeit verdankt sich da ihr neues Image innerhalb der Zunahme der sozialen Kontrolle, wobei sich Konflikte zwischen Kontrollinstanzen ergeben und die Eingriffsarbeit der Sozialisationsfunktion der Mitarbeiter zugeschustert wird.

Auf diese Weise ist erklärlich, daß bei zunehmender Vergesellschaftung von Sozialisation/Qualifikation (Ahleit) - verbunden mit den Gebrauchswertsurrogaten sozialen Lernens (Partizipation, Selbstorganisation in der Gemeinwesenarbeit) - die Zunahme an sozialer Kontrolle nicht inädaquat erscheint. Im Kapitalismus steht also ein breites Steuerungsspektrum zur Verfügung, wobei auch ideologische Legitimierung und juristische Praxis in einen Widerspruch geraten.

Orientiert an der "Sache" (z. B. KGST) versucht man, institutionelle Effektivität zu schaffen, was aber nicht gelingt, weil die Ursachen der gesellschaftlichen Krisen nicht erkannt werden bzw. individualisierend kleingearbeitet werden können.

Dennoch erweist sich Sozialarbeit als Umsetzungs-agentur staatlicher Sozialpolitik nicht bloß als stabilisierend: Die Durchsetzung sozialer Sicherungssysteme zeigt dies. Damit zusammen hängt, daß zwar Individualisierung und Verwaltung Selbstbestimmung blockieren, aber der Bezug auf freigesetzte und zu qualifizierende Arbeitskräfte Freiraum schafft.

Die Trennung von Staat und Gesellschaft (scheinbar) bewirkt, daß die rechtsstaatliche Eingriffsverwaltung in einen Mechanismus eingreifen kann, der ansonsten als privater allein funktioniert. Einzelingriffe werden hierzu über grundrechtseinschränkende Gesetze legitimiert.

Öffentliche Mittel werden in diesen Bereich nicht eingebracht.

Innerhalb der sozialstaatlichen Leistungsverwaltung ist dagegen die sogenannte öffentliche Hand verpflichtet, geldliche Mittel zur Verfügung zu stellen (öffentliche Verwaltungsakte).

In ihrer materiellen Form entspricht sie mehr dem Typ der legalen Herrschaft (Weber), sie stellt so eine mehr passive Form von Institutionalisierung dar.

In ihrer persönlichen Form werden jedoch klientenspezifische Strategien des Umgangs erforderlich, muß im Team gearbeitet werden, wird ein Vertrauensverhältnis zwischen Sozialarbeiter und Klient wirksam.

Der Amtsinhaber kann zwar persönlich werden, aber gleichzeitig muß er Amtsträger bleiben, was das Entstehen eines Vertrauensverhältnisses stört.

Diese Form der bürokratischen Verwaltung wird deshalb kaum geändert, weil sie funktionell Herrschaft stabilisiert und legitimatorisch die politische Kontrolle über die Verantwortlichen garantiert.

Es scheint, daß die Eltern, die vor spezifisch konkrete Probleme gestellt sind, offensichtlich sich selbst um die Bearbeitung ihrer Probleme kümmern müssen (Initiativen), indem sie sich aber auch konkret auf diese Verhältnisse einlassen.

Im folgenden Abschnitt soll der private Verein "Terre des Hommes" kurz in diesem Kontext analysiert und eingeschätzt werden (vgl. auch das 3. Kapitel).

2.3.2.4.2. Der Lösungsversuch von TdH in diesem Kontext

TdH (Erde der Menschen: nach dem Titel des Buches von A. des Saint-Exupéry, in Deutschland unter dem Titel "Wind, Sand und Sterne" erschienen) ist eine Fachorganisation der Jugendhilfe und Sozialhilfe, beschränkt aber seine Aktivitäten nur auf die notwendigen, gesetzlich verankerten Kontakte zum Jugendamt bei der Vermittlung und Pflege (gegründet vom Journalisten E. Kaiser 1959 in Lausanne; TdH-Deutschland von L. Beisel am 8. 1. 1967).

Sie wird öffentlich nicht subventioniert, Adoptiveltern wird zudem geraten, keine finanzielle Unterstützung des Pflegeverhältnisses zu beantragen, weil dadurch Sanktionen entstehen könnten. Die Auslandsadoptionen sind ohnehin nicht gern gesehen, weswegen innerhalb von TdH schon überlegt

wird, die Adoptionsvermittlung fallen zu lassen. In den letzten Jahren erscheint auch keine Zeitschrift mehr, die sich ausschließlich auf Adoption bezieht.

Die kurative Maxime, die auch in dem oben genannten Buch offenbar wird (vgl. TdH 3/77), zieht auch heute noch die Arbeit von TdH, obwohl neuerdings die gesellschaftlichen Ursachen behandelt werden, was auf seiten mancher Leser auf vehemente Kritik gestoßen ist (vielleicht ist die Entwicklung aber eher auf den Redakteur zurückzuführen, weniger auf die Organisation selbst).

Es ist zwar viel die Rede davon, daß es in der Welt viel Elend, Krieg und Leid gibt, aber auch davon, daß diese Verhältnisse nur über eine bessere Politik zu verändern sind.

Obwohl den Verantwortlichen bewußt ist, daß ihre Hilfe bloß ein Tropfen auf den heißen Stein ist, ziehen sie irgendeine Hilfe kritisierendem Nichtstun vor, worin sich allerdings ein verkürzter humanistischer Ansatz ausdrückt.

Nicht in die Zukunft projizierte langfristige Projekte, sondern eine Kombination von relativ kurzfristigen Hilfen in Projekten für Kinder (in den Slums der Städte, auf dem Land; unterernährte, unterprivilegierte und behinderte Kinder; ausgesetzte und Waisenkinder) und von Adoptionsvermittlungen wird realisiert.

An dieser Stelle soll lediglich das allgemeine politische Verständnis von TdH in Bezug auf die Adoptionsvermittlung interessieren (vgl. auch ISD;

ECOSOC; ICWR), obwohl gerade in Hinsicht auf die vorangegangene Analyse der Sozialarbeit ihre Projekte in der BRD zu erwähnen sind (z. B. Kindertagesstätten, Hilfe für obdachlose Kinder etc. 2/77).

Da diese Organisation als privater Verein vor allem auf Spenden angewiesen ist, muß sich die Öffentlichkeitsarbeit in bestimmten Bahnen bewegen, um keinen Restriktionen ausgesetzt zu werden, was in der widersprüchlichen Darstellung der Probleme der Dritten Welt zum Ausdruck kommt (vgl. Aktionen der UNCTAD; Proteste gegen die Kürzung der Entwicklungshilfe).

Wie auch die Entwicklung eines umfangreichen Forschungsprogramms zeigt (10/73), in dem psychologische, pädagogische und soziologische Fragestellungen angezielt werden und das schon empirische Ergebnisse und einige praktisch orientierte Vorschläge gezeitigt hat (Maar; Weinwurm; Ellinghaus; Sechelmann), scheint im Gegensatz zur offiziellen Praxis die Organisation von TdH wissenschaftlicher fundiert zu sein. Dies geht auch daraus hervor, daß sie Gutachten zur Vorlage im Bundestag erstellt hat, die die Adoptionspflege einer harten Kritik unterziehen (vgl. Gross/Beer).

Wenn auch im durchorganisierten Zusammenspiel von Kontakteltern, Psychologen und Beratungseltern eine praktische Möglichkeit wirksam wird (vgl. 1/77), liegen doch die Schwerpunkte vor allem auf der fundierten Auswahl und Vermittlung, wenn auch eine umfassende Vorbereitung der Eltern erfolgt (vgl. 1/76).

Jedoch werden die Organisation der nachgehenden Beratung (d. h. auch der Vermittlung von Informationen über die Dritte Welt während der Entwicklung der Adoptivfamilie) und die Analyse der konkreten Erziehungsvorstellungen vernachlässigt.

Die Broschüre "Anleitung zum Elterngespräch" reduziert z. B. das Problem der Herkunftsländer mehr auf die Frage, warum Kinder ausgesetzt werden und welche Auswirkungen ein Waisenhausaufenthalt konkret zur Folge hat.

Die gesellschaftlichen Bedingungen der Sozialisation (vgl. Wulff) werden nur pauschal erwähnt, indem die Prügelstrafe in der vietnamesischen Schule kritisiert wird, indem von einem "asiatischen Kulturkreis" gesprochen wird (Weinwurm).

Warum ausgesetzte Kinder und Waisen (dieser Ausdruck existiert teilweise in diesen Ländern nicht) nicht innerhalb ihres Landes versorgt werden können, warum Situationen der "Dritten Welt" problematisch sind, fällt teilweise aus der Analyse heraus (die Soziologie hat innerhalb von TdH noch nicht Platz gegriffen).

Die Strategie, interkulturelle Probleme (die ohnehin schwer zu analysieren sind) über eine entwicklungspolitische Strategie zu strukturieren, um auch über Auslandsadoptionen Bewußtseinsveränderungen in der BRD in Gang zu bringen, greift daher zu kurz (Maar).

Positiv ist jedoch zu erwähnen, daß eine konfliktorientierte Erziehung befürwortet und daß die volle Intregation in die Gesellschaft der BRD für unmöglich angesehen wird.

Obwohl den Eltern eine wichtige Funktion in der Erziehung zuerkannt wird, was auch darin zum Ausdruck kommt, daß ihnen die Integrationsschwierigkeiten der Kinder zur Last gelegt werden, gibt es noch kaum Anhaltspunkte dafür, wie über die Veränderung des Erziehungsvermögens der Eltern (Information Dritte Welt) die Einstellung der Kinder ihren Herkunftsländern gegenüber beeinflußt werden kann (dies wird im 3. Kapitel behandelt).

Neben diesen kurz skizzierten Einwänden soll auch auf spezifische, organisatorische Aspekte innerhalb der Gesellschaft der BRD eingegangen werden.

TdH als Bürgerinitiative nämlich (wenn auch organisiert) sucht kaum Unterstützung in der organisierten Praxis und auch keine Auseinandersetzung mit dieser. Ihr geht es anscheinend mehr um punktueller humanitärer Hilfe unter direktem Kontakt. Im Unterschied zu Selbstverwaltungsgremien versucht sie, von außen durch politisch-humanitäres Beispiel formale organisierte Kooperationsysteme und die Gesellschaft zu beeinflussen, was zudem durch ihre finanzielle Schwäche schwierig ist.

Diese Strategie läuft Gefahr, sich von denen zu distanzieren, die man unterstützen will, und von denen, die man politisch zu beeinflussen sucht (Pankoke).

Zudem übernehmen Bürgerinitiativen oft Problembearbeitungen, die anderweitig eigentlich gelöst werden müßten; sie dienen oft als demokratisches Aushängeschild und binden sich ungern an demokratische Bewegungen innerhalb einer Politik der gesellschaftlichen Strukturveränderung an.

Die geringe Breitenwirkung von TdH läßt befürchten, daß sie sich zu wenig auf die herrschenden Praxis einläßt (abgesehen von Hinweisen auf Jugendkriminalität, Unfalltod von Kindern, Kindesmißhandlungen, Schulnot etc.) und sich nicht an politischen Durchsetzungsstrategien beteiligt, d. h. auch die positiven Tendenzen auf der staatlichen Regulierungsebene nicht als Chance begreift.

Mit der offiziellen Praxis (Sozialarbeit, Sozialpolitik) sucht sie kaum Kontakt - vielleicht aus Angst vor Repressionen.

Kooperation (auch in Form des Kampfes) würde auch über mögliche Veränderungen in diesem Bereich mehr Hilfen für TdH-Adoptiveltern möglich machen.

Momentan sind jedoch der "Inselcharakter" von TdH, die unpräzise Analyse der Probleme der Dritten Welt und die Verkürzung der Perspektive auf das Kind in der Welt zu kritisieren (zudem ihre Literaturvorschläge, die den aktuellen Forschungsstand und eine kritische Theorie nicht berücksichtigen; vgl. 1. Kapitel).

Im folgenden soll es darum gehen, Eltern- und Familienbildungsprogramme im Rahmen der Jugendhilfe dazustellen. Diese Problemebene wird danach in einem eigenen Abschnitt konkretisiert und durch alternative Überlegungen ergänzt.

2.3.2.5. Abschließende Bemerkungen zur Eltern- und Familienbildung als Aufgabe der JH

Aus der vorangegangenen Darstellung kann man folgern, daß die Partizipation von Eltern - vermittelt über Eltern- und Familienbildungsmodelle - unter den vorangegangenen Implikationen schwer in die Praxis umzusetzen sein wird.

Alle theoretischen und mehr praktisch orientierte Überlegungen zur EFB können hypothetisch in vierfacher Hinsicht kritisiert werden:

- a. Sie berücksichtigen zu wenig die mangelnde Koordinierungskraft auf politischer Ebene.
- b. Sie unterschätzen den negativen Einfluß der privaten Träger.
- c. Sie entwickeln keine grundlegende allgemeine Theorie der Gesellschaft und schätzen auch die Rolle von Theorie in Praxis und Politik falsch ein.
- d. Sie rechnen die politischen Kräfteverhältnisse und die Interessenkämpfe nicht mit ein, was auch in einem unkonkreten Bildungsbegriff zum Ausdruck kommt.

Diese Aspekte wollen wir uns im folgenden Abschnitt zur Leitlinie nehmen.

Heute hat sich durchweg der Begriff Eltern- und Familienbildung (mit der Tendenz zum Begriff Familienbildung) durchgesetzt (vgl. Schleicher 1977; Kerstiens (Hrsg.) 1976, Schmitt-Wenkebach (Hrsg.) 1977.

Die bisher verwandten unterschiedlichen Begriffe haben zwar ihren Ursprung in verschiedenen historischen Entwicklungslinien und Methoden.

Der Konsens der Ansätze besteht aber in den grundlegenden Zielen, über die die pädagogische Hilfe für Eltern zu einem veränderten und besseren Verhalten in der Erziehung führen soll: Sie haben die Absicht "den Eltern durch spezielle Bildungsangebote zu helfen, ihre pädagogischen Fähigkeiten zu fördern" (Deutscher Bildungsrat/Empfehlungen der Bildungskommission 1973; vgl. Zweiter Familienbericht 1975).

In den Grundrichtungen der EFB kommt zum Ausdruck, daß jede Gesellschaftspolitik nicht nur direkt an Kindern und Jugendlichen ansetzen kann (Tendbruck 1965), daß sie auch indirekt über die Eltern in den Familien ablaufen muß (Brezinka/Kay 1964).

Mehr über ein Bildungsprogramm (als über Tätigkeit) dient die Hilfe nicht nur Eltern, sondern auch Arbeitgebern, Stadt- und Regionalplanern und der Kulturindustrie als Maßstab (Bäuerle 1972).

In der Abkehr von einer bloßen reaktiven Defizitbehebung und über die Hinwendung zur immateriellen Hilfe wird eine historische Linie erkennbar, in der der Staat seine "liberale" Orientierung an der Selbstregulierung des industriellen Systems aufgibt (Scherpner 1966; DJI 1973).

Erst in den 50er Jahren kommt allerdings in der BRD die alte Motterschulen-Tradition und damit das soziale Umfeld wieder in den Blick (Nave-Herz 1964; Motterschule/Elternschule des Instituts für Erziehung und Unterricht in Berlin 1918).

Die Notwendigkeit der "Erziehung der Erzieher" (Isambert 1960), die zu präzisieren ist, begründet sich in einer zunehmenden Verunsicherung der Eltern (Strunk 1974; vgl. auch der Deutsche Bildungsrat 1970: 110).

Abgehoben wird dabei auf die schon im 2. Familienbericht beklagte Isolierung der Familie, die auch von Familiensoziologen betont wird (Mayntz 1955; Claessens/Milhoffer 1973; Rosenbaum 1974; Neidhardt 1975).

Verbunden mit der richtigen "Wertorientierung" sollen den Eltern auch wissenschaftlich untermauerte Informationen vermittelt werden (BMFJFG, Familienpolitik im Gespräch 1973; Jordan (Hrsg.) 1975).

Unabhängig von diesem Grundkonsens werden jedoch unterschiedliche Wege eingeschlagen, denen gegenüber sich der 2. Familienbericht aber relativ offen hält, indem er die Förderung des Erziehungsverständnisses und der Erziehungsfähigkeit bei gleichzeitiger Regulierung der Isolierung betont (Anm. 36, S. 107).

Auch verfolgen die verschiedenen Modell ihre Ziele mit unterschiedlicher Intensität, die eng mit der Behandlung des gesellschaftspolitischen Kontextes zusammenhängt und zu bestimmten Schwerpunkten führt:

- 1) EFB existiert als private Erziehung von Müttern (Mütter- und Elternschulen; Familienbildungsstätten) (vgl. Ludemann 1970; Nave-Herz 1964)
- 2) Familiäre EFB wird unter Ausklammerung der sozialen Umfeldes betrieben (Hardegger 1966; Bäuerle 1972): Information und Verständnis sind die Ziele (Becker 1975).
- 3) An der Sozialarbeit orientierte Ansätze lassen sich konkretisieren, die über sozialpädagogische Programme demokratische Erziehung bewirken wollen, ohne vollends Sozialarbeit zu werden (Bäuerle 1972: 81 ff; Mollenhauer 1976).
- 4) Alle bisherigen Ansätze markieren für Verflechter eines Handlungsansatzes nur ein Durchgangsstadium. Sie kritisieren vor allem die Familienorientierung

der vorangegangenen Modelle (Arnswald u. a. 1973).

Aktionsgruppen (Berliner Bericht: Elternarbeit im Rahmen von Initiativen, in: Neuer Rundbrief, 2/3, 1973) und Gemeinwesenarbeit sind gefragt (Sprey 1978; Bahr: Grohnmeyer (Hrsg.) 1974).

Unmittelbare Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen und der Sozialarbeit wird gefordert und begründet (Strunk 1974: 4).

- 5) In einem Arbeitspapier der AGJ (1968) werden diese Ansätze über ein Konzept der Familienarbeit zusammengefaßt, wobei im Vordergrund der Zusammenhang von individuellem Erziehungsverhalten und politischem Handeln steht (vgl. auch das Paritätische Bildungswerk in DPWV-Nachrichten 1977:107).

Eine gemeinsame Grundlage läßt sich gemäß dem 2. Familienbericht formulieren, obwohl offen bleibt, ob die außerfamiliaren "Daten" lediglich Rahmenbedingungen bleiben sollen oder der "Familie", d. h. vor allem den Eltern eine aktive Rolle zur Veränderung der Gesellschaft zukommt.

Im Familienbericht werden folgende Ebenen angesprochen (107 f):

- Information über die Familie (wissenschaftlich),
- Stärkung einer bewußten Erzieher-Haltung,
- Revision der elterlichen Erfahrung,
- Befähigung der Eltern, das Leben der Kinder zu "begleiten",
- Solidarisierung von Elterngruppen und Stimulierung von Elterninitiativen,

- Vorbereitung von besonders engagierten Eltern zur Mitwirkung in Institutionen.

Auf Basis der Konzeption im 2. Familienbericht lassen sich gemeinsame Trends in die Richtung zur Sozialarbeit (Familienarbeit), zu Verwissenschaftlichung und Professionalisierung feststellen (vgl. Wahl 1973: 29 ff; geplantes Projekt der Universität Konstanz, DJI, 1977).

Unterschiede sind zwar über die historischen Entwicklungslinien, die pädagogische Konzeption, die Publikumsorientierung, den Rechtsstatus (das die alte Ständeordnung ersetzende Vereinsprinzip, wodurch sich der Staat gleichzeitig eine Kontrolle sichert: vgl. Wedekind 1971) und die Finanzierungsbasis zu erklären, erweisen sich aber lediglich als oberflächlich.

Es können drei Arten von EFB differenziert werden:

- 1) EFB innerhalb der allgemeinen Erwachsenen-bildung
 - 2) Institutionelle EFB (Mütter- und Elternschulen, Familienbildungsstätten).
 - 3) Funktionale EFB, die hier vor allem interessieren soll (nach der Konzeption von Hermine Albers, in: Bäuerle 1972: 195 ff).
- Damit wird wichtig, daß die EFB der öffentlichen Hilfe zugehört, daß sie die traditionellen Klienten der Jugendfürsorge anspricht, nicht-institutionell, dezentral und funktional betrieben wird (Experten).

Diese Art der EFB hat demnach begleitenden funktionalen Charakter, läßt sich rechtsimmanent über das JWG begreifen, welches unterschiedlichen Methoden und Inhalte ihren Zielen nachordnet (2. Familienbericht 1975: 111 f).

Nicht die Trägerschaft (Organisation) oder die Zielgruppe sind Unterscheidungskriterien, sondern die materielle Grundlage (Substanz), so daß EFB nur als zuordnungsbar zur Jugendhilfe erscheint: Entweder mit dem Ziel der Behebung längerfristiger Erziehungsdefizite oder als indirektes Mittel der allgemeinen Jugendpflege.

Auf diese Weise können sich von den Eltern ablösende Jugendliche schon auf ihre Ehe und Familie vorbereiten; als Eltern werden sie dann bis zur Schulpflicht ihrer Kinder begleitet; diese Begleitung wird bis zur Emanzipation ihrer Kinder aus ihrer Familie fortgesetzt und endet mit der endgültigen Ablösung der Kinder.

2.3.3 Probleme um die Theorie und Praxis der Eltern- und Familienbildung und alternative Überlegungen

Im Zuge der Notwendigkeit der Vergesellschaftung der Kleinkindererziehung (vgl. Jahrbuch der Sozialarbeit 1976 und 1978; Rocholl/Koch; Heinsohn; Das Kind; Hagemann-White/Wolff) erscheint immer mehr der Zusammenhang zwischen individuellen Interessen/Bedürfnissen (Sozialisation und Persönlichkeitsentwicklung von Kindern/Jugendlichen) und gesellschaftlichen Verhältnissen (Qualifikation bzw. Reproduktion der Arbeitskraft) bestimmend zu sein.

Da sich vor allem in den frühen Jahren, in denen die Familienorganisation bedeutsam ist, die Sozialisation durch die Vermittlungsleistung der Eltern gestaltet, muß davon ausgegangen werden, daß diese als Arbeitskräfte und Sozialisierte eine zukünftige Arbeitskraft reproduzieren bzw. eine Persönlichkeit sozialisieren.

Eine alleinige Zuordnung der Eltern- und Familienbildung zur Jugendhilfe erscheint aus diesen Überlegungen heraus unvollständig zu sein, da es immer mehr um die Verklammerung von familialer, politischer und berufliche Sozialisation geht.

Lediglich, wenn das Familienprinzip durchgängig hingenommen wird und zur Grundlage jeder institutionalisierten Erziehung erhoben wird, scheint diese funktionale Zuordnung möglich.

Praktikable Vorstellungen von Eltern- und Familienbildung (auf eigenständiger Ebene institutionalisiert, in Institutionen des öffentlichen Bildungssystems, im Vorschulbereich und im Rahmen von Initiativen wie auch auf Gemeindeebene) werden wichtig, die generell eine naturwüchsig-naive Familien-erziehung als ungesellschaftlich und unvergesellschaftet ablehnen.

Von daher gesehen müssen vor allem Handlungskonzepte diskutiert werden, die die konkreten Lebensverhältnisse in ihren politischen, gesellschaftlichen und beruflichen Dimensionen mit einbeziehen.

Die Verbindung von Handeln und Erkennen unter bestimmten organisatorischen Bedingungen (Selbstsozialisation als Widerspiegelung von Organisation)

impliziert EFB-Programme, die sich als politische Bildung im Rahmen emanzipatorischer Erwachsenenbildung begreifen: Zur Organisation/Regulierung von politischer Erwachsenensozialisation.

Es ist daher zu konkretisieren (These), daß Veranstaltungen reiner Wissensvermittlung, wie sie auch im zweiten Familienbericht durchschimmern, kaum echte Chancen einer Kombination von Mitbestimmung und Mitwirkung (Elternaktiv) gewährleisten können.

In grober Hinsicht bieten sich Ansätze an, die "sozialarbeiterisch" orientiert sind (vgl. Sprey 1978), also mehr oder weniger gemeinwesenbezogen vorgehen, womit die Verbindung von "Bildung" und Handeln in Gesellschaft auf kommunaler und weiterer Ebene hergestellt wird.

Letztlich wird dieser Zusammenhang aber erst über politische Partizipation (Bürgerinitiativen z. B.) fruchtbar werden, die sich für alle Lohnabhängigen als funktional erweist (vgl. Arbeitereltern-Projekt Wolfsburg).

2.3.3.1 Problemlage

Im Kontext der gescheiterten Bemühungen⁽⁹¹⁾, kompensatorisch die Persönlichkeitsentwicklung im Schul-, Vorschul- und Kindergartenbereich zu regulieren, ist das Entstehen von Eltern- und Familienbildungsprogrammen seit etwa Beginn der 70er Jahre zu verstehen, über die national wie international (vgl. XV. Europäische Familienministerkonferenz 1977) die Erziehungskraft der Familie wegen ihrer strukturellen Defizite gestärkt werden soll.

Grundsätzlich wird aber das Verhältnis der Eltern- und der Kindesrechte nicht dahingehend tangiert, daß ein Erziehungsrecht der Eltern auf Basis von Mitwirkungsrechten zum Wohl des Kindes wirksam wird. Dies ist jedoch - wie schon gezeigt worden ist - im Kontext des Einflusses der freien Träger, die auch im Kindergartenbereich aktiv sind, zu verstehen. Da öffentliche Institutionen prinzipiell als familienergänzend bzw. -ersetzend betrachtet werden bzw. EFB-Programme im Kleinkinderbereich nicht in Hinsicht auf die Integrationsmöglichkeiten ins Bildungssystem diskutiert werden, was auch in der historischen Polarisierung von Eltern- und Schulrecht zum Ausdruck kommt (Tilli 1976), wird ein Elternrecht konkret praktiziert, das über das Familienprinzip orientiert bleibt.

Die Perspektive der Sozialisation des Kindes über die elterliche Vermittlung muß sich aber an einer demokratischen Elternqualifikation orientieren (Selbstorganisation und Selbstsozialisation), die vor allem das "Wie" des Denkens und das "Wie" von Handlungsmöglichkeiten zum Ziel hat, welche an der erweiterten Reproduktion entsprechend den Produktivkräften gemessen werden müssen.

In diesem Sinne ist der zweite Familienbericht trendmäßig als Fortschritt zu betrachten, obwohl der strukturell-funktionale, soziologische Ansatz und die Orientierung an einer bürokratischen Verwaltungspraxis auch seine Unwissenschaftlichkeit ausweist.

Daher gehen letztlich die Vorstellungen über EFB am Modell einer Elternaktivierung und eines Elternhandelns vorbei, in deren Kontext erst EFB einen Sinn erhält.

Nicht die Rahmenbedingungen der Erwachsenensozialisation auf Basis der Analyse der gesellschaftlichen Arbeit, sondern vor allem eine Diskussion und Kritik von Möglichkeiten innerhalb des Bestehenden werden im Bericht angezielt.

Um die Sozialisationsfunktion innerhalb der Familie zu erfüllen, erachten die Wissenschaftler antizipatorisch folgende Ebenen als wichtig:

- Eltern verfügen über "Basisinformationen", Erziehung, Entwicklung des Kindes und das Bildungssystem betreffend.
- Eltern reflektieren über ihr eigenes Verhalten vor allem gegenüber dem Kind und entwickeln eine Art Sensibilität für Probleme.
- In der Familie herrscht ein emotional ausgeglichenes Erziehungsmilieu vor.
- Eltern werden politisiert in Hinsicht auf
 - a. die Abhängigkeit von Lebens- und Erziehungsverhältnissen von gesellschaftlichen Strukturen,
 - b. die Möglichkeiten, über diese Bereiche her günstige Erziehungsbedingungen mitzugestalten (z. B. durch Kooperation mit anderen Eltern und Institutionen).

Diese prinzipiell positiven Anmerkungen zur Möglichkeit einer Organisation bewußt-rationaler Erziehung muß natürlich - wie im ersten Kapitel ausgeführt worden ist - anhand eines Konzeptes der Familienerziehung als gesellschaftlicher relativiert werden (negativ kommt dies im Bericht dadurch zum Ausdruck, daß "z. B." Kooperation eine Möglichkeit ist).

Es fällt auf, daß die Darstellung von EFB-Programmen entlang dieser Grundlinie vor allem in institutionalisierten Zusammenhängen aufgegriffen wird, wobei Elternarbeit in öffentlichen, bildungsbetonten Institutionen nur innerhalb familienergänzender und -ersetzender Bereiche und nicht auf Schulebene thematisiert wird.

Daher differenziert die Kommission nur spezifische Formen der EB:

- 1) Publikumsveranstaltungen (Vorträge, Seminare, gruppendynamische Veranstaltungen ...), die im Gegensatz zu mehr informellen Organisationsformen (private Elterngruppen, Kommunikationsmedien) in einem institutionellen Rahmen ablaufen, sollen Wirkungen erzielen.

Ursprünglich gehen diese auf die Mütterschulen des ersten Weltkrieges (heute Familienbildungsstätten) und auf die Formen der Wissensvermittlung in Großinstitutionen zurück (Verbände, Kirchen; vgl. Bäuerle, in: Schleicher 1973).

Diese Veranstaltungen wollen über Familienangelegenheiten in wissenschaftlicher Weise informieren, vorhandene Erziehungserfahrungen revidieren, eine bewußte, mündige Elternrolle fundieren und den Eltern Fähigkeiten vermitteln, um die Kinder auf ihrem "Bildungsweg" zu begleiten.

Dazu intendieren sie, Elterngruppen (auch innerhalb schon organisierter Zusammenhänge) zu solidarisieren und sogar Initiativen zu stimulieren. Besonders aktive Eltern (man beachte die Eingrenzung!) können sogar auf die Arbeit in Mitbestimmungsgremien vorbereitet werden (nach Bäuerle - 1970 - müssen Bildungsunwillige nicht bildungswillig gemacht werden).

Trendmäßig scheint die Wissensvermittlung und das Aufkommen von Initiativen zuzunehmen, was sich allerdings vor allem auf Angehörige der Mittelschicht bezieht (Wahl 1973; Wahl 1973; Schleicher 1973).

Da EFB-Einrichtungen (im Spektrum von Jugendhilfe - einschließlich Kindergarten - und Erwachsenenbildung) in vielfältiger Weise organisiert sind, verweist die mangelnde Einheitlichkeit auf die Notwendigkeit einer einheitlicheren Praxis: Auf Basis eines Gesamtkonzeptes.

Vor allem die Etablierung überkonfessioneller Formen im Bereich der Volkshochschule (heute kaum engagiert) und in selbständigen Einrichtungen propagiert daher die Kommission (in Antithese zum Subsidiaritätsprinzip).

Die freien Träger bleiben aber weitgehend bestimmend, während öffentlich-rechtliche Versuche (auch innerhalb von Kindergarten und Schule) kaum praxiswirksam sind.

Kommunale Bemühungen, da das Angebot immer weniger die Nachfrage sättigt, existieren kaum, obwohl - nach Aussage der Kommission - immer mehr Eltern "neutrale" Einrichtungen bevorzugen.

Insgesamt besuchen aber nur etwa 10 % aller Erwachsenen organisierte Formen der Weiterbildung, von denen zudem 2/3 bis 4/5 weibliche Teilnehmer sind (Traditionsgebundenheit der Institutionen bis heute).

Vor allem Mütter mit Kindern im Kindergarten- und Grundschulalter besuchen Veranstaltungen, weniger Mütter mit Kindern unter 3 Jahren.

Trotz der wissenschaftlichen Erkenntnisse also, die die Wichtigkeit der frühkindlichen Phase begründet haben, scheint es nicht gelungen zu sein, allgemein Eltern die Bedeutung qualifizierten, allgemeinen Wissens einsichtig zu machen. Neben der Beanspruchung von manchen Müttern in dieser Phase scheint das Interesse mehr in Richtung einer "Hilfe zur Orientierung über Probleme" strukturiert zu sein, welches mit zunehmendem Alter des Kindes zudem nachläßt.

Geht man davon aus, daß zum größten Teil Angehörige der sogenannten "Mittelschicht" den Weg zu diesen Organisationsformen finden (vgl. Wahl 1973), erweisen sich Erkenntnisse wichtig, die die Motivierung der Unterschichten-Eltern erlauben einzuschätzen (Arbeiterbildung, vgl. Markert 1973).

Einen Anhaltspunkt bilden Impulse, die von öffentlichen Institutionen wie Kindergarten und Schule ausgehen (Wahl 1973), von denen Eltern aber mehr die Vermittlung von konkreten Informationen erwarten als eine Diskussion über Problembereiche. In mancher Hinsicht dürfte auch der vermittelnde Inhalt, der noch 1971 mehr hauswirtschaftlich-praktische Themen und hygienische Probleme berührt, dafür verantwortlich sein.

Gerade die Nachrangigkeit von Erziehungsfragen einschließlich schulpädagogischer, bildungspolitischer Probleme und Möglichkeiten der Mitwirkung machen deutlich, weswegen über EFB-Einrichtungen bis heute kaum positive Effekte erzielt werden können.

Die mangelnde wissenschaftliche Fundierung

(auch bezogen auf die Qualifikation der Mitarbeiter, die darüber hinaus zu 90 % Frauen sind) schlägt sich methodisch noch negativ nieder, weil der belehrende Vortrag erst allmählich durch Gruppenarbeit oder sogar durch Handlungsinitiativen abgelöst wird, aus denen umgekehrt sogar EB-Programme resultieren können. In Anbetracht dieser insgesamt festzustellenden Mangellage dürfte eine verstärkte Werbung und Information (nur 3/4 kennen z.B. Formen der Erwachsenenbildung) noch verfrüht sein.

Vor allem muß aber eine Diskussion in Gang gesetzt werden, die eindeutige Qualifikationskriterien für die Mitarbeiter thematisiert: Auf Basis eines Gesamtkonzeptes (Theorie der Gesellschaft).

Auf diesem Hintergrund scheint die Effizienz von Elterninitiativen (bis vor fünf Jahren nur Familien- und Elternorganisationen; seit 1945 Elternkreise innerhalb der Kirche ohne öffentliche Transparenz) größer zu sein:

- Sie können als bildungs- und familienpolitische Handlungsformen angesehen werden, die innovative Momente in die Gesellschaft tragen wollen. Teilweise sind sie in Elterngruppen organisiert und werden sogar staatlich gefördert.
- Meist entstanden aus spontanen Anlässen (nicht im Rahmen einer schon laufenden domokratischen Bewegung) sehen diese engagierten Eltern ihre Erziehung nicht als Privatsache an, sondern machen ihr Elterninteresse (auch kritisch gegen herkömmliche Verbände gewendet) zur unmittelbaren Legitimationsgrundlage, indem sie die Gesamtgesellschaft für die mangelnden Erziehungsmöglichkeiten verantwortlich machen.

- Wie spontane Aktionen bezeugen (Kinderläden, Spielplätze, Eltern-Kinder-Gruppen, "Aktion kleine Klassen", teilweise auch "Elternaktiv 72"), führt ihr experimenteller Charakter auch zu achteilen: Nach Langwierige Modellsuche, keine öffentliche Hilfe, geringer Organisationsgrad bedingen oft Resignation und Frustration in einer "subkulturellen" Atmosphäre.

Dennoch ist positiv hervorzuheben, daß vermittelt über Elterninitiativen aktive Formen der EB auf der Bildfläche erschienen sind, die organisatorisch abgesichert und politisch/finanziell gefördert in nachhaltiger Weise zu einem langen Sozialisationsprozeß für die Eltern selbst werden können.

Wie noch konkret über die Analyse der Bürgerinitiativen und ihrer realen Effizienz gezeigt werden soll (bürgerlich-liberale Momente), muß dagegen negativ hervorgehoben werden, daß Unterschichten-Eltern kaum in diesen Initiativen aktiv sind.

- 2) Neben den organisierten EFB-Veranstaltungen und den mehr informellen bis institutionalisierten Initiativen erweisen sich bestimmte Kommunikationsmedien als funktionabel für EB, wenn auch mit Einschränkungen:

- Elternzeitschriften (z. B. "Eltern", "Sesamstraße", "Schule") sind auf ihrem kommerziellen und populärwissenschaftlichen Hintergrund zu relativieren, wenn auch das "Bildungsniveau" für ihre Rezeption nicht entscheidend ist⁽⁹²⁾.

- Elternbriefe erreichen nur wenige Rezipienten (oft nur Akademiker) und verstärken oft nur in ihrer generalisierenden Verfahrensweise bestehende Einstellungen (Lange 1975).
- Elternsendungen in Rundfunk und Fernsehen basieren meist mehr auf journalistischer Erfahrung, wenn auch wissenschaftlichere Konzepte ("Elternführerschein") Eingang finden (vgl. Nölkenhöner 1973; Lüdke/Schmitt-Wenkebach 1974). Von einer Gesamtplanung und kooperativen Zusammenarbeit (auch in der Konzeption von Medienverbunden) kann jedoch kaum die Rede sein.

Insgesamt läßt sich eher behaupten, daß in diesen Formen der EB mehr die Eltern verunsichert werden, was aber zu verstärktem Bedürfnis nach Beratung in konkreten Problemfällen in der Konsequenz beiträgt.

Das Beratungswesen in der BRD - ohnehin unbefriedigend organisiert - soll in diesem Zusammenhang in seinen Teilbereichen (Ehe-Familie - Sexualberatung; Erziehungsberatung; Mütter- und Gesundheitsberatung; Bildungsberatung) nur insofern Erwähnung finden, als die Trennung von EFB und Elternberatung zu kritisieren ist. Erziehungsberatungsstellen bearbeiten oft meist nur handfeste Störungen, wogegen Stellen der Bildungs- und Schulberatung unterrepräsentiert sind (vgl. Hornstein).

Im Bereich der Elternbildung - das sei hier schon angemerkt - scheint ein Verbund von institutionalisierten Formen als auch Elternarbeit innerhalb öffentlicher Organisationsformen (Kindergarten, Vorschule und Schule) effizientere Lösungen zu

ermöglichen, da sich hier die Interessen der Beteiligten konkret ineinander verschränken (gegebenenfalls gemeinwesenbezogen).

Auf Basis eines Gesamtkonzeptes (Theorie der Gesellschaft + Sozialisationstheorie) kann dies angegangen werden, indem

- eine Gewichtung pädagogischer Leistungen vorgenommen wird - gemäß der Entwicklung des Kindes -, die die Totalkompetenz der Familie relativiert,
- die Funktionsdifferenzierung der Institutionen (berufsfeldbezogen) in vertikaler Hinsicht reduziert wird, d. h. Funktionsdifferenzierung innerhalb horizontal gebündelter Institutionen vorgenommen werden,
- eine Gesamtkonzeption beruflicher Qualifikationen ganzheitliche Leistungen ermöglicht.

Elternarbeit besitzt in diesem Kontext, wenn intra- und interinstitutionelle Kooperation gewährleistet ist, eine zunehmende Zukunftsperspektive.

Im folgenden Abschnitt werden diese Probleme konkreter dargestellt, am Beispiel Kindergarten/Schule alternativ entwickelt, sollen Schlußfolgerungen in Richtung selbstorganisatorischer Versuche im Zusammenhang mit offiziellen Organisationsbemühungen diskutiert werden.

2.3.3.2 Trends in der Eltern- und Familienbildung

Ohne detailliert die Voraussetzungen, Ziele und Aufgaben, Methoden, Organisationsformen und Wirkungsmöglichkeiten zu diskutieren (vgl. Kerstiens; Schmitt-Wenkebach; Schleicher; Sprey; Wahl; Bäuerle) will ich vor allem Trends angeben, die auf die aktuelle Bedeutung von EFB-Programmen verweisen.

Zwar bildet die Wirksamkeit des Familienprinzips in seinen unterschiedlichen Ausmaßen (bloße Erziehung durch Eltern entsprechend der vorrangigen familialen Wirklichkeit; familienunterstützende, -ergänzende und -ersetzende Maßnahmen) eine Grenze, um die Vergesellschaftung der Kleinkindererziehung organisiert, bewußt und systematisch zu betreiben, trendmäßig jedoch wird EB immer mehr (ob theoretische EB oder praktisch-methodische Elternarbeit) als Teil politischer Bildung im Rahmen emanzipatorischer Erwachsenenbildung begriffen.

Indem immer mehr die konkrete Lebenswelt, die die Sozialisation von Erwachsenen bestimmt, Berücksichtigung findet, reichen traditionelle Formen der "Bildung" nicht mehr aus, werden mehr sozialarbeiterische Formen der Arbeit mit Eltern vorrangig.

In diesem Kontext zeigt sich auch - wissenschaftlich angeregt - eine Bewegung zu familienexterner Erziehung, so daß vor allem rein familienerziehungskorrigierende Einrichtungen (Familie koordiniert und integriert) durch Elternarbeit obsolet werden (entgegen Furian 1974).

EFB innerhalb obligatorischer öffentlicher Institutionen (vgl. Diskussion um die Vorschulpflicht) bietet Chancen, obwohl Grenzen vorhanden sind: Mangelnde finanzielle Mittel, geringe Qualifikationen, fehlende rechtliche Veränderungen, wenig neue organisatorische Möglichkeiten, kaum eine gesellschaftspolitische Perspektive (Familienbildung innerhalb von Elterninitiativen, vgl. Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit 73).

Daß es nicht um die Abschaffung der Familie gehen kann, dürfte klar sein. EFB kann jedoch dabei helfen, inhaltlich Familienerziehung als gesellschaftliche antizipatorisch zu organisieren.

EFB-Programme müssen daher im Kontext der Tatsache einen Stellenwert gewinnen, daß sich Eltern hinsichtlich ihrer Erfahrungen verständigen und sie gleichsam an die kollektiven Erfahrungen der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft anbinden: Die erzieherische Perspektive allein genügt nicht.

In diese Richtung zielen die Vergesellschaftungstendenzen über staatliche Regulierung, so daß sicherlich EFB vor allem innerhalb des öffentlichen Bildungssystems wichtig wird.

Da die frühkindliche Sozialisation sowohl für die Entwicklung von Verhaltungssicherheit als auch arbeitsteiliger Fähigkeiten entscheidend ist (im Zusammenhang von Lernen, Sprechen/Denken, Tätigkeit) und da die Familie auf unabsehbare Zeit in der Hinsicht eine bedeutsame Rolle spielt, sind einschneidende Regulierungsversuche - gemessen an erweiterten Reproduktionsmöglichkeiten - erforderlich.

Vor allem vorbereitende Maßnahmen stehen damit zur Debatte, die möglichst schon bei den zukünftigen Eltern ansetzen (vgl. das amerikanische Erziehungsministerium 1966; die gesetzliche Regelung über das polnische Erziehungsministerium 1975). Da die familiäre Sozialisation entscheidende Wirkung hat und gleichzeitig "defizitäre" Ergebnisse zeitigt, sind Eingriffe gerechtfertigt: Um so mehr, als Familien noch kaum organisierbar bzw. organisiert sind.

In sozialpolitischer Hinsicht erweisen sich demnach korrigierend-fürsorgerische Maßnahmen, die die Ursachen von "Störungen" bearbeiten, als ineffektiv (abgesehen von Kostengründen).

Vorsorgemaßnahmen auf der Basis von Früherkennung werden im Bereich körperlicher und psychischer Gesundheit wesentlich.

Dabei müssen Eltern darüber aufgeklärt werden, daß Vorsorgemaßnahmen schon in der Kindheit beginnen müssen (vgl. Illich 1975).

Gerade im psychischen Bereich lassen sich Verhaltensauffälligkeiten schon bei Schulkindern feststellen, die durch die zunehmende psychische Belastung labiler werden (einschließlich von Selbstmorden, vgl. WHO 1962; Bericht über die Lage der Psychiatrie in der BRD, 1975).

Untersuchungen stellen fest, daß etwa 20 - 25 % der Schüler an Verhaltensstörungen leiden (Begriff löste Anfang der 60er Jahre den Begriff Erziehungsschwierigkeit ab); Bastine/Jacobi (in: Hornstein (Hrsg.) sprechen sogar von 50 %. Offensichtlich überwiegen heute Störungen, die den Leistungsbereich betreffen, während bis Anfang des 20. Jahrhunderts die soziale Herkunft als zentra-

ler Problembereich in der Schule, seit den 20er Jahren der Problembereich der Begabung vorherrschte.

Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß wissenschaftlicherseits vor allem Querschnittsuntersuchungen von Kindern unternommen werden (Kinderuntersuchungen entstanden erst mit Galton 1884, Binet 1920), daß von daher gesehen oft Heilungsprozesse auch ohne Behandlung (im Vergleich zu Behandlungsversuchen) auftreten können.

Beratungs- und Fortbildungsmöglichkeiten für Erziehungspersonen sind nicht nur im Gesundheitsbereich, sondern auch im Bildungssystem erforderlich. Da sowohl schulische als auch vorschulische Versuche nicht eine schon gelaufene Entwicklung kompensieren können, wird zunehmend die familiäre Sozialisation wichtig: Gemeinwesenbezogene "Erwachsenenbildung" plus frühe pädagogische Maßnahmen (Coleman-Report 1966; Bronfenbrenner 1972). Zudem sind vorbeugende Maßnahmen notwendig, die umweltbezogen orientiert sind (vgl. Ökologische Sozialisationsforschung; Ökologie des Kindes: XV. Europäische Familienministerkonferenz 1977), wobei die Bedingungen von Umweltproblemen gesellschaftlich festgemacht werden müssen (Kapitalverwertung).

Vorsorgende Maßnahmen zur Erhaltung von Gesundheit, psychischer Stabilisierung von Kindern, optimaler Persönlichkeitsentwicklung (Sozialisation und Qualifikation) und humaner Umweltgestaltung müssen reine Fürsorge-Praktiken ersetzen.

Der generelle Einfluß von Familienerziehung läßt sich daran verdeutlichen, daß 70 % der "Fürsorgefälle" aus sogenannten Problemfamilien stammen (USA), daß selbst in der DDR Leistungsversagen über den familialen Einfluß erklärt wird (Löwe 1972).

Das strukturelle Defizit (Isolation, soziale Placierung, Berufstätigkeit der Mutter) führt zu einer enormen Verunsicherung in der Erziehung (Schleicher (Hrsg.) 1973).

Einerseits wird den Eltern eigene Verantwortung zugeschustert, andererseits wird ihre Mitwirkung in offiziellen Bildungsinsitutionen gering eingeschätzt (vgl. Ferge (Hrsg.) 1974).

Intensive Elternarbeit, ein situationsbezogener Ansatz und die Ermöglichung eines bruchlosen Übergangs zur Schule werden daher vom Deutschen Bildungsrat gefordert (1975), was sich auch im Schulrecht niedergeschlagen hat (Schulmitwirkungsge-
setz).

Damit ist auch der Einbezug des "Nahmilieus" auf der Basis eines koordinierten und situationsgerechten Programms angesprochen, das nur im Zusammenhang mit gemeinwesenbezogener Arbeit und mit öffentlichen Bildungsinstitutionen sinnvoll ist (vgl. Sprey 1978).

Ein Gemeinwesenansatz liegt vor allem darin begründet, daß die Distanz zwischen eigenen und fremden Lebensbedingungen verringert wird - vorausgesetzt eine Kooperationsbasis zwischen Familie und Bildungsinstitutionen existiert (entwickelbar möglicherweise über Familienzentren).

Projektorientierte Arbeit auf Gemeindeebene produziert teilweise erst Organisationsformen, während diese im Bereich Schule/Kindergarten vorgegeben sind.

Von bestimmten Vorerfahrungen ist dann auszugehen, die die spezifische subjektive Betroffenheit im gesellschaftlichen Kontext (Eltern sind nicht nur Eltern) in Rechnung stellt, ortsspezifische/nachbarschaftliche/generationsübergreifende Beziehungen einkalkuliert, kulturelle oder subkulturell geprägte, andersartige Vorerfahrungen berücksichtigt.

Auf dieser Basis stellt sich EB als ein Prozeß des Erfahrungslernens dar, der die bestehende Ausgangslage erst einmal realistisch akzeptiert (positive Kommunikation). In projektbezogener Kooperation werden praktisch soziale Interessen und Bedürfnisse am ehesten aktiviert, wobei die Qualifikation des Fachmanns entscheidend ist (kein Lehrer/Schüler-Verhältnis).

Community Education, die nach den regionalen Bedürfnissen ansetzt (je nach Bedürfnisebene, Problemgruppe) kann so verstanden werden "als das gesamte Bündel von Anstrengungen..., die für und mit Kindern, Jugendlichen und Eltern des Stadtteils die Wohn- und Lebensbedingungen so zu verändern sucht, daß die Qualität des Aufwachsens für die junge Generation und die Qualität der familialen, beruflichen und öffentlich-gesellschaftlichen Lage der Erwachsenen befriedigender wird" (Midwinter 1972/73). Teilprojekte in Bezug auf die Arbeit für Kinder über die Arbeit mit Eltern verweisen auf Formen der Elternbeteiligung, die nicht pädagogisch reduziert werden können.

Auf verschiedenen Ebenen entwickeln Eltern Aktivitäten im Interesse eigener Erfahrungen und im Interesse der Qualität kindlicher Persönlichkeitsentwicklung.

Ausgehend von den konkreten Lebensbedingungen sind Eltern aktiv (von der organisatorisch-praktischen bis zur pädagogisch-bedeutsamen Ebene). An diesem Ansatz ist allerdings die reine Prozeß-Orientierung zu kritisieren ("Lernziel-Offen"-Haltung, vgl. Priester 1975), so daß wesentliche gesellschaftliche Erkenntnisse in diesem Kommunikationsansatz (Mollenhauer u. a. 1975) möglicherweise blockiert werden.

Diskutieren wir von daher die Chancen von Konzepten, die die Analyse familialer Bedingungen mit der kindlichen Entwicklung und mit mehr oder weniger institutionalisierten Formen zu verbinden sucht (in denen sich ein schon erreichter Vergesellschaftungsgrad spiegelt).

Im Zusammenhang der Entwicklung der Sozialisations-
theorie seit Mitte der 60er Jahre und des Durch-
bruchs der Erkenntnis, EFB zu organisieren (seit
etwa 1970) ist interessant, daß die Familie inter-
national über Systemvergleiche allgemein als wich-
tig erkannt wird (Ministerium für Volksbildung und
Erziehung... 1975; Löwe 1972) - wenn auch unter
unterschiedlicher gesellschaftlicher Zielsetzung
(Habermas konstruiert - im Gegensatz zu Horkheimer -
sogar eine spezifisch menschliche "Familienfähig-
keit" 1976).

Gerade in Hinsicht auf die gescheiterten Schul- und
Vorschulreformen erweisen sich Organisationsfor-
men, die eine Erwachsenenperspektive mit der kind-
lichen Entwicklung im gesellschaftlichen Kontext
verbinden, als evident (Plowden 1973).

Bildungspolitische und sozialpolitische Organisationsversuche aber, die allerdings meist vor allem familienunterstützenden Charakter haben (Kostenfragen), heben offiziell auf wissenschaftliche Erkenntnisse ab, die vor allem der Familie die uneingeschränkte Sozialisationsfunktion antragen (obwohl in Bezug auf alternative Formen und auch optimale familienersetzende Institutionen die Forschung keine negativen Auswirkungen feststellen kann).

EB beschränkt sich dahingehend auf die Erziehung in der Familie und mit ihr (Familientherapie kompensiert lediglich), wogegen Familienbildung vorbeugende Funktionen erfüllen kann.

Eine Möglichkeit stellen demnach institutionalisierte Familienbildungsstätten dar, die allerdings momentan und ineffizient sind, wie auch der 2. Familienbericht hervorhebt.

Bessere Koordinierung, bewußte Orientierung und fördernde Maßnahmen realisieren politische Ziele (Abbau sozialer Placierung, allseitige Entwicklung, Berufstätigkeit der Frau), neue Möglichkeiten für die berufstätige Frau, die den Konflikt zwischen traditionellem Frauenbild und Emanzipationsmöglichkeit durch berufliche Tätigkeit positiv nutzt, um Doppelbelastungen abzubauen (vgl. auch sozialistische Länder: Charcev u. a.; Ferge 1974).

Über den Ausgangspunkt des Berufslebens dürfte die gesellschaftliche Isolation der Familie am ehesten anzugehen sein.

Wahrscheinlich kann dies nur über Lösungsversuche organisiert werden, die Familienbildung allgemein bildungspolitisch integriert.

Familienbildungsarbeit als kontinuierlicher Prozeß (Situation der Betroffenen) gestaltet sich daher im Zusammenhang von vorbereitenden, begleitenden und unterstützenden Maßnahmen, wobei ein Rahmenkonzept eine Partikularisierung vermeiden kann.

Das Bewußtsein der gesellschaftlichen Bedingtheit der Persönlichkeitsentwicklung in der Familie kann dazu beitragen, daß Politik und Praxis der Familie auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse Maßnahmen in vorbeugender Hinsicht angehen, so daß vor allem Zusammenarbeit, die Entwicklung von Alternativverfahren und die Ausbildung qualifizierter Praktiker gefragt sind (vgl. schon der Alliierte Kontrollrat 1947).

Vorbeugung müßte eigentlich schon in der Erkenntnisvermittlung innerhalb der Schule organisiert werden (Familienkunde, Erziehungskunde). Das Bewußtsein und die praktische Erfahrung mit diesen Formen ist jedoch relativ gering, so daß vor allem familienbegleitende Maßnahmen akut werden (seit 1970; Bäuerle 1973: 99):

Eltern-Kind-Gruppen - obwohl die wissenschaftliche Erfassung des Verhältnisses von Erwachsenen- und Kindesbildung kaum abgesichert ist -, in denen konkrete Erfahrungen gewonnen werden, oder seit 1961 Elternspielgruppen (Initiative einzelner Eltern) (vgl. Spielnachmittage für Familienkinder in der DDR, in: Das Kind).

Positive Erfahrungen sind in der Hinsicht in England gesammelt worden (Schleicher 1973: 297 ff.).

Elternspielgruppen sind eher geeignet für Kinder, die weniger gruppenspezifisches Verhalten entwickelt haben (unter 3 Jahre) ⁽³³⁾.

Insgesamt aber erscheint mir wichtig zu sein; daß zwar die Familie eine bleibende Realität ist, daß aber - um ihren gesellschaftlichen Charakter zu entwickeln - von den gegenwärtigen Vergesellschaftungstendenzen (Kindergarten/Schule) ausgegangen werden muß (ihrem positiven Trend und ihrer Widersprüchlichkeiten), ehe schon detaillierte pädagogische Vorschläge erarbeitet werden.

Die Sozialwissenschaft hat gezeigt, daß zwar die Einbeziehung von Eltern in öffentliche Institutionen unumgänglich ist, daß aber gefragt werden muß, ob eine Anpassung der Eltern an vorgegebene Strukturbedingungen geleistet wird und ob Eltern Veränderungen in Institutionen hervorbringen können (Schulreform als Lernprozeß über Aktivitäten).

Gebunden ist dies wohl an "didaktische Konzepte", die die Umsetzung des "Gelernten" in die reale Lebenssituation erlauben (Transferproblem), bzw. Lernen und Handeln im Alltag selbst vermittelbar machen (vgl. auch die wissenschaftlichen Begleitungsversuche über Ansätze der Aktionsforschung). Zudem ist aber die Umsetzung an eine qualifizierte Erzieher- und Elternfortbildung gebunden (lediglich erstere wird forcierter betrieben, vgl. Strunk, in: Kerstiens; Deutscher Bildungsrat... 1973).

In bildungspolitischer Hinsicht kann gerade Familienbildung den Zusammenhang zwischen Familie und Bildungsinstitution herstellen.

Voraussetzung dafür ist aber, daß die Elternarbeit materiell bestimmt wird - im Kontext von Gesellschaftspolitik - und die Beteiligung der Bevölkerung an Reformen nicht ausgeklammert wird.

- Die kindbezogene Arbeit im Kindergarten dürfte
- da weniger unterrichtsbezogen - Möglichkeiten der Elternarbeit eher erlauben, wenn auch Schwierigkeiten insofern bestehen,
 - als der Kindergartenbereich rechtlich der Jugendhilfe zugeordnet ist (Koch/Rocholl; Tappert, in: Sprey; Schmid/Schmitt-Wenkebach, in: Schmitt-Wenkebach (Hrsg.)).
 - als bisher kaum effiziente Kindergartenerziehung nach Maßgabe von qualifizierten Kriterien stattfindet (die Forschungslage über Bedingungen und Wirkungen ist gering, vgl. Dau, in: Neidhardt (Hrsg.)).
 - als die internen Bedingungen des Kindergartens kaum Platz für Kooperation - falls überhaupt erwünscht - läßt,
 - als eine privatisierende Erzieherausbildung kaum konkrete Umsetzungen erlaubt (Schleicher 1977).
 - als unter diesen Bedingungen gerade Angehörige der unteren Schichten am meisten benachteiligt sind (Untersuchungen von Hamburger Kindergärten: Schleicher 1977: 72).

Diese Bedingungen haben auch negative Wirkungen für die Möglichkeit der Elternarbeit in der Schule. In dieser Hinsicht muß aber angemerkt werden, daß viele Eltern Interesse haben, auch am Unterricht teilzunehmen (vgl. Fisch 1974; zu den Versuchen in den Niederlanden: Hülster, in Sprey 1978).

Gerade in Bezug auf die Abstimmung von Erziehungsstilen müssen Formen der Elternmitarbeit in der Schule diskutiert werden (wenn auch das Interesse der Eltern schon mit dem 2. Schuljahr nachläßt).

Der Hamburger Eingangsstufen-Versuch zeigt diese positive Möglichkeit auf (1975).

Aber die vorrangige geringe Transparenz von Bildungsreformen, Schulstrukturen, die bloße Konzentration auf den Unterricht und die Zerstückelung der ganzheitlichen Entwicklung der Persönlichkeit des Kindes erfordern mehr Familienbildungsbemühungen im gesellschaftlichen Rahmen:

Im Rahmen wissenschaftlicher und didaktischer Überlegungen unter bildungs- und gesellschaftspolitischer Zielsetzung beginnen jene als Familienkunde in der Schule, werden fortgesetzt als Beratung während der Schwangerschaft, als Erziehungshilfe für Eltern mit Kleinkindern und als Kooperation in Eltern-Kinderguppen; werden fortgeführt durch Mitarbeit im Kindergarten und Mitentscheidung in der Schule. Erforderlich wird dazu eine Integration von Fortbildungsmaßnahmen sein (vgl. die Studie über Modellversuche integrierter Eltern-Kind-Arbeit des BMf JFG 1976; Gemeinnützige Förderungsgesellschaft mbH 1972).

Ist bisher mehr der Versuch unternommen worden, immanente Möglichkeiten zu diskutieren, soll im folgenden Abschnitt mehr die Möglichkeit "erweiterter Reproduktion" im Rahmen des Bestehenden und in Hinblick auf seine strukturelle Veränderung zur Diskussion stehen.

2.3.3.3. Alternative Überlegungen am Beispiel Kindergarten und Schule

2.3.3.3.1. Elternarbeit im Kindergarten

In diesem Abschnitt sollen weder die historischen Entwicklungsverläufe der Vergesellschaftung der Kleinkindererziehung nachvollzogen werden (vgl. Geschichte der Erziehung; Quellen zur Geschichte

der Vorschulerziehung; Beiträge...; Heinsohn; Hundertmarck u. a.), noch minutiöse Zahlenspiele vorgenommen werden.

Lediglich einige schlagende Daten sollen einen Einstieg erlauben.

Der Kindergarten (begründet von Fröbel 1840) als wesentlicher Teil der Elementarerziehung untersteht der Jugendhilfe, ist nicht verpflichtend und kostet pro Platz Geld (Bildungsgesamtplan der Bund-Länder-Kommission 1973). Im Rahmen der Konstatierung der "Bildungskatastrophe" (Rezession 1966/7) versucht man, alle möglichen Begabungsreserven auszuschöpfen, da immer ersichtlicher wird, daß bis etwa zum 4. Lebensjahr der größte Teil der Persönlichkeitsstruktur entfaltet ist.

Um veränderten Qualifikationsanforderungen nachzukommen (Extrafunktionalisierung bei gleichzeitiger Dequalifizierung) entsteht der Bildungsplanung und -forschung die Aufgabe, Qualifikationsstruktur und Arbeitsplatzstruktur miteinander zu vermitteln, so daß man im engen Sinne von einer "Verwissenschaftlichung der Bildungspolitik" sprechen kann (ohne daß das notwendige Instrumentarium theoretischer und empirischer Art vorhanden ist).

Daß zudem Fragen der Berufstätigkeit der Frau, Demokratisierungsforderungen und bevölkerungspolitische Gesichtspunkte trotz genereller Kapitalorientierung eine Rolle spielen, soll nur am Rande erwähnt werden.

Im Rahmen der langfristigen Planungsnotwendigkeit von Reformen liegen jedoch auch transformative Momente begründet.

In Zahlen drückt sich die beschleunigte Vergesellschaftung folgendermaßen aus:

- Nach dem Bildungsbericht 1975 besuchen 1974 etwa 62 % der Kinder zwischen 3 und 6 Jahren den Kindergarten (Steigerung von 50 % seit 1964).
- 1972 besuchen etwa 18,7 % der Kinder ungelerner Arbeiter im Vergleich zu 30 % der Kinder von Akademikern den Kindergarten.
- 1974 existieren etwa 1,5 Millionen Kindergartenplätze (man beachte jedoch auch den Rückgang der Geburten).
- Dennoch sind gravierende regionale Unterschiede feststellbar (Mikrozensus-Erhebung 1972) sind die altersspezifischen Differenzen noch krasser einzuschätzen (der Besuch ~~der Besuch~~ von 60 % der Kinder gilt nur für die 5/6-jährigen Kinder, vgl. Mikrozensus-Erhebung 1975).
- Nach Heinsohn gibt die BRD etwa 60 % weniger für Kleinkindererziehung aus als die DDR. Dazu sind in der DDR im Gegensatz zu der BRD (27 %) 60 % der Kinder in gesellschaftlichen Einrichtungen. Im Vergleich zur DDR wäre bei einer Relation von Erzieher/Kind 1:15 und bei 60 % Kindern eine Verhundertfachung der Erzieherzahl erforderlich (Idealiter: eine 1400 % Steigerung), was dementsprechende Auswirkungen auf die Ausbildungsstrukturen bzw. auf die Forschungsprioritäten hätte.

Unter diesen Voraussetzungen sollen im folgenden Teil die Widersprüchlichkeit und die Chancen der Vergesellschaftung aufgezeigt werden.

Um zu einer richtigen Einschätzung zu kommen, ist es wichtig, das Allgemeine der Produktion mit dem Besonderen zu verbinden: d. h. die Aneignung des menschlichen Wesens verleiht dem historischen Besonderen die Perspektive.

Dabei bestimmt sich Erziehung als planmäßige, bewußte und systematisch-organisierte genuin als kooperativer Prozeß (Verhältnisse in der Gebrauchswertproduktion, Aneignungsprozeß), so daß Eltern (und Erzieher) und Kinder über die Resultate menschlicher Arbeit miteinander kooperieren.

Bisher ist trotz des Versuches, über Modellkindergärten Veränderungen anzustreben (DJI, 1973) oder "Regeleinrichtungen" zu modifizieren ("Vorläufiger Rahmenplan für die Erziehungs- und Bildungsarbeit im Kindergarten", NRW 1970), der instrumentelle (entgegen von Vertrauensbeziehungen) und der privatisierende Charakter der Kindergärten nicht korrigiert worden (Hierarchie, Konkurrenz). Dies macht sich ja auch dann auf die Kooperation der Kinder untereinander bemerkbar.

Daß sich trotz der objektiven positiven Tendenz nichts ändert (je jünger die Kinder sind, um so niedriger die Qualifikation: Bis auf die Ebene der Eltern), mag an materiellen Bedingungen liegen, an der uneffektiven Qualifikation der Erzieher, an bloß kognitiv-orientierten Versuchen und vor allem wohl an der weltanschaulichen Grundausrichtung der freien Träger (74 %).

Gerade der letzte Aspekt verweist auf die Widersprüchlichkeit der Entwicklung hin, in der starke reprivatisierende Momente mitschwingen, die sich auch in einer Verstärkung der strukturellen Partialisierung des Kindergartens niederschlagen (Fleßner, in: Koch/Rocholl (Hrsg.) 1977: 41 ff.).

Wie die historische Entwicklung gezeigt hat, treffen sich heute staatliche und privat-organisierte Aktivitäten im Fürsorgecharakter der Kindergartenarbeit (Erziehung und Aufbewahrung).

Gerade für die Unterprivilegierten erweist sich der Gegensatz von privaten Partikular- und gesellschaftlichen Interessen, den die Kirchen aufrecht erhalten wollen, als einschneidend (obwohl sie von der Allgemeinheit gefördert werden) (vgl. auch ihr Veto gegen die Aufnahme der Fünfjährigen in die Schule).

Der Tendenz nach sind die öffentlich-rechtlichen Versuche aber fortschrittlich, was auch in der Aktualität der Mitspracherechte der Eltern zum Ausdruck kommt (vgl. Proteste nach Einstellung von Reformen: "Aktion kleine Klasse").

Wie schon analysiert worden ist, drückt sich die Funktion der Reprivatisierung in der Existenz von freien Trägern und in der Dominanz der Familienideologie aus.

Dies kommt auch in sogenannten Kinderspielkreisen auf dem Lande und in der Einschätzung des Tagesmütterprojekts durch das DJI zum Ausdruck (Versuch der Umfunktionierung von Übergangsmodellen in Vereine).

Gleichfalls findet sich die Orientierung am Familienprinzip - trotz wissenschaftlicher Erkenntnisse entgegen einer "biologistischen" Ausrichtung - in allen parlamentarischen Parteien (vgl. familienpolitische Debatte, 173. Sitzung).

Wie schon der zweite Familienbericht herausstellt (wenn auch mehr individualistisch und methodisch orientiert), ist zur Überwindung familienorientierter Erziehung die Rolle der Eltern wichtig, da ihre bewußte Erziehung die gesellschaftliche Vermittlung ihres Erziehungsverhaltens tangieren würde (Aufhebung der Isolation der Familie in den Bereich gesellschaftlich-öffentlicher Aktivität),

weil ihr gemeinsamer Lern- und Handlungsprozeß die gesellschaftliche Seite des Erziehungshandelns anzielen kann (Kooperation) und weil ihre Chancen in der Kooperation mit den Erziehern liegen (politische Initiativen).

Der Familie die wichtigste Funktion anzulasten und sie gleichzeitig für die Produktion von Defiziten verantwortlich zu machen verstärkt lediglich konservative Privatisierungstendenzen.

Mit alternativen Möglichkeiten konfliktisieren aber die föderalistischen Strukturen der BRD und das Subsidiaritätsprinzip (vgl. R. Schmitt-Wenkebach/H. Ulhoefer 1974), über das vor allem das Kirchenrecht vorherrscht (ein Christ kann kein Arbeitnehmer sein, Erziehungsmittel sind gottgewollt, sozialer Friede ist sozialpolitisches Ziel) (vgl. EKD-Denkschrift; Klein 1977).

Ideologisch (wenn auch mehr intensiv neuerdings, wird dies wiederum wissenschaftlich über bestimmte Ergebnisse der Hospitalismusforschung abgesichert, so daß vor allem für die Entwicklung von Säuglingen und Kleinkindern die optimale Verbindung von sensorischer und sozial-emotionaler Anregung nicht genutzt wird (die Chancen der Kinderkrippen, die zusätzlich aus Kostengründen gegenüber dem Tagesmutterprojekt benachteiligt werden; vgl. Vortrag auf internationalem Symposium: Caldwell 1977).

Insgesamt kann festgestellt werden, daß folgende Argumente immer noch für eine (auch zur Bildungspflicht gemachten) Kindergartenarbeit sprechen:

- Das Recht der Frau auf Arbeit,
- Die Ineffektivität der Familienerziehung,
- Die Isolation der Familie,
- Die mangelnde Qualifikation der Eltern.

Leider verhindern bestimmte Strukturmerkmale die praktische Umsetzung, so daß man auch nicht lediglich auf "äußere Wirkungen" und ihre Funktion abheben kann, wie der der Entlastung der Mutter und der vorsichtigen Ablösung von der Familie (Dau, in Neidhardt (Hrsg.) 1975: 390).

Denn die gesellschaftliche Isolation des Kindergartens (äußere Partialisierung), die in der mangelhaften Orientierung über die Inhalte (Kooperation) begründet ist, führt zu einer inneren Partialisierung, die einen Gegensatz von Aufbewahren und Erziehen produziert ("Perspektivlosigkeit bloß individueller Konsumtion", Holzkamp 1973: 245).

Die Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeit hat nämlich gesellschaftliche Organisationsmöglichkeiten produziert, die eindeutig auf einen "überindividuellen Arbeitszusammenhang" verweisen, der sich aber gegenüber den Individuen verselbständigt hat (vgl. Volpert 1975). Trotz der Notwendigkeit wissenschaftlicher Arbeit im Erziehungsbereich erscheinen die Tätigkeiten vom Gebrauchswertcharakter losgelöst (vertikale Segmentierung von einzelnen Fähigkeiten; horizontale Partialisierung in hierarchischen Strukturen, Volpert 1975: 155).

Der objektive Wert der gesellschaftlichen Arbeit kommt nicht zum Ausdruck, d. h. letztlich unterliegt das Ziel, die Persönlichkeit des Kindes zu entwickeln, der Beschränkung.

Im Widerspruch von persönlichem Sinn und objektiver Bedeutung werden einzelne Teiltätigkeiten zu "Lernschritten", so daß die Aneignung des entwickelten menschlichen Wesens blockiert ist (Leontjew 1973: 218 ff.; Sève 1973).

Dies kommt in der institutionellen Struktur zum Ausdruck, daß Arbeitsorganisation und -inhalt getrennt sind, was letztlich heißt, daß die Erziehungsziele sich bloß an den bestehenden Möglichkeiten orientieren.

Die Gesamtheit der Persönlichkeit wird nicht berücksichtigt, weil nicht nur qualifiziert, sondern auch selektiv erzogen wird.

Dennoch kommt in der Tendenz zum öffentlichen Charakter der Vergesellschaftung der prinzipiell rationalen Kern zum Tragen.

Ebenso erleben die Kinder tendenziell mehr Erfahrungsmöglichkeiten, da Konflikte rational gelöst werden (mehr Distanz, multilaterale Beziehungen).

Unter Einbezug der objektiven Lebenssituation sind der Tendenz nach wissenschaftlichere Formen möglich, die die extremen Erziehungsmängel der Familie vermeiden.

Neben dem Vorteil, daß die Erziehung eigentlich nicht erwachsenenorientiert ist, und neben der Tatsache gemeinsamer Grundlagen der Kooperation (Lohnabhängigkeit, Kind), existiert in jeder partialisierten Arbeit (Verdinglichung der Beziehungen) ein Maß an Identifikation mit der Arbeit auf allgemeiner Ebene (Produktivkräfte) (Bader, in: Koch/Rocholl (Hrsg.) 1977: 121).

Letztlich bildet dies auch die Grundlage dafür, die äußere Partialisierung über Elternarbeit einzuschränken, um nicht weiterhin Kinder wie Blumen zu züchten.

Für die Änderung der inneren Partialisierung hätte das die Konsequenz, daß die Umwelt nicht mehr wie eine Spareinlage in die Köpfe der Kinder eingebettet wird, sondern Aneignung gesellschaftlich-bedeutsamer Erfahrungen möglich ist (momentan aber: Bedürfnisbefriedigung und Repression).

Insgesamt erweist sich die Reproduktion des bedürftigen bürgerlichen Subjekts als konstitutiv für jede Form öffentlicher Veranstaltung, was auch in der Familie zum Tragen kommt (vgl. Gröll).

In der Schule jedoch (Vermitteltheit der Sonderinteressen in Form der Allgemeinheit, die gelernt werden muß und sich in Schule auch materialisiert) führt die Verquickung der Zwecke zu Desorientierungen: Arbeitserziehung + Erziehung zu öffentlichem Verhalten und privatem Verhalten, Gröll).

In unpolitischer Form lernen dann Schüler, ihre Interessen nicht wahrzunehmen:
Alle Dinge sollen von allen Seiten betrachtet werden, Inhalte bestimmen sich nach Sachgesetzmäßigkeiten.

Solange sich die Schule in diesem Sinne organisatorisch in Form der Allgemeinheit hervortut, werden wohl Reformen ohne materielle Bezugspunkte reformistisch bleiben.

Auf diesem Hintergrund soll die Elternarbeit innerhalb der Schule beleuchtet werden, vor allem, weil an dieser Stelle die positive Seite des Öffentlichen auch wiederum relativiert werden muß.

2.3.3.3.2 Elternarbeit in der Schule

Nach dem neuen Schulmitwirkungsgesetz vom 13. Dezember 1977 (vgl. Die Schule in Nordrhein-Westfalen, Eine Schriftenreihe des Kultusministers, Schulmitwirkung, Stand Mai 78; bzw. Der Kultusminister informiert: Mitwirkung, Beilage in "S") soll die Eigenverantwortung in der Schule und die notwendige Zusammenarbeit aller Beteiligten gesichert werden. Die Mitwirkung umfaßt die Entscheidung, die Beteiligung und die notwendige Information. Lehrer, Erziehungsberechtigte, Schüler je nach Urteilskraft (nicht in der Grundschule) und sonstige am Schulwesen Beteiligte wirken an der Gestaltung mit.

Die Mitwirkung ist insofern beschränkt (Verantwortung der staatlichen Gemeinschaft), als die Aufsicht des Landes nicht berührt wird, bestimmte Rechts- und Verwaltungsvorschriften (Richtlinien für den Unterricht, Lehrpläne, Stundentafeln u. a.) nicht konkretisiert werden.

Da die Lehrer in "Freiheit und Verantwortung" erziehen sollen, dürfen diese Grundrechte nicht eingeschränkt (bzw. auch nicht materiell fundiert) werden (§ 1 und § 3) ⁽⁹⁴⁾.

Interessant ist, daß auf Einladungen zu Elternversammlungen (Vordruck) die Informationen die Grenzen der Mitwirkung nicht ansprechen.

Es dürfte interessant sein, zu erfahren, wie auch in diesem Rahmen innovative Elterninitiativen, die für eine sozialgerechte und nach demokratischen Prinzipien orientierte Schule eintreten, illegalisiert werden (Plädoyer ... 1975; Büchner (Hrsg.) 1976).

Die Schule setzt an den Produkten familialer Sozialisation bzw. vorschulischer Kompensierungsversuche an (§ 1 Schulgesetz), ohne wirklich benachteiligten Schülern optimale Bedingungen zu gewähren bzw. eine Perspektive für alle Kinder zu verfolgen.

Das staatliche Pflichtschulwesen (nach harten Kämpfen durchgesetzt) beansprucht ein Erziehungsmonopol, dem erst im Nachhinein Elternrechte entgegengesetzt werden (Tilli 1976).

Lange Zeit arbeitet die Schule an den Eltern, wogegen erst langsam eine Richtung eingeschlagen wird, die die Arbeit der Eltern in der Schule möglich macht (vgl. Feldmann/Achinger 1974).

Diese Forderung wird schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts aufgestellt (Gewerkschaften, Arbeiterbewegung) und führt 1919 zur Indistitutionalisierung von Elternbeiräten. Nach einer Elternrechtsdiskussion von 1919 bis 1933 gewinnt die Diskussion heute wiederum Relevanz, wobei auch eine gewisse Funktionslosigkeit sichtbar wird, weil das pädagogische Recht auf Mitwirkung nicht einbezogen ist.

Auch fortschrittliche Elterninitiativen, die zu einer Kooperation von Lehrern und Eltern geführt haben (Kob 1966) müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, so gut wie nichts bewirkt zu haben (Doormann 1975).

Eine Reform von "unten" wird demnach wichtig, die sich von vornherein für oder gegen eine Schule ausspricht, die der Mehrheit der Bevölkerung dient oder nicht (vgl. Tilli 1976).

Ausgangspunkt sind institutionelle und organisatorische Lernbedingungen, die genuin politischer Natur sind, weil in ihnen Individuen handeln (wenn auch partialisiert).

In diesem Kontext gesellschaftspolitischer Art gewinnt die Arbeit mit und von Eltern eine innovative Funktion, wobei sowohl die Einzelschule als auch der überschulische Bereich im Zusammenhang stehen.

In etwa läßt sich aber feststellen, daß offensichtlich die Notwendigkeit der Vergesellschaftung der Erziehung in einen Gegensatz zur Praxis staatlicher Politik gerät, was sich auch im Recht widersprüchlich niederschlägt.

Das Elternrecht (Art. 6 Abs. 2) als kollektives Mitspracherecht (neuerdings) und auch Treuhänderrecht der Grundrechte des Kindes (Richter 1973; Dietze 1973) gerät in Widerspruch zur obligatorischen Schulaufsicht (§ 7 Abs. 1; BVerfGE 34, 165 ff), so daß die Erziehung der einen Persönlichkeit ins Zweilicht gerät.

Was also zu vermitteln wäre (und dies setzt voraus, daß eben das staatlich vertretene Allgemeinwohl partikular bestimmt ist), ist folgendes:

Eine allseitige Entwicklung der Persönlichkeit und eine optimale Organisation gesellschaftlicher Verhältnisse entsprechend den Produktivkräften (Koordination ist Voraussetzung) sind Bedingungen, um den Gegensatz von individuellen und gesellschaftlichen Interessen aufzulösen.

In diesem Zusammenhang erfüllt der Staat seine relativ instrumentelle, unkontrollierte Funktion (Naschold 1974), so daß das Wechselverhältnis zwischen Schule und Gesellschaft negativ bestimmt wird (vgl. historisch: Markert 1973; Titze 1973; van Werder 1974).

Aus dem strukturellen Dilemma (private Produktion steuern, ohne sie in Frage zu stellen) folgt, daß der Staat nicht nur in bedingtem Maße stoffliche Qualifikationen sichern, sondern auch Legitimationen gesellschaftlicher Verhältnisse bereitstellen muß⁽⁹⁵⁾.

Es gilt aber, diesen Doppelcharakter der Erziehung und Ausbildung nicht platt in reiner Entsprechung zur ökonomischen Basis zu analysieren (Hirsch 1974), da Qualifikation und Selektion Momente der Reproduktion sind.

Praktisch sind die staatlichen Aktivitäten bis zur unteren Ebene, auf der konkurrierende Interessen zum Vorschein kommen, über den Widerspruch von Anspruch und Wirklichkeit strukturiert. Das führt dazu, daß auch gesellschaftliche Konflikte produziert werden können.

Staatliche Aktivitäten sind nicht einheitlich, sie können es auch nicht sein, weil auch das Kapitalinteresse nicht einfach sich des Staates bedient, sondern ihn auch organisatorisch lahmlegen muß, weswegen Reorganisationsbemühungen von staatlicher Seite erforderlich werden⁽⁹⁶⁾.

Aus den Forderungen des Deutschen Bildungsrates (1973) wird dann auch ersichtlich, daß Partizipation und Selbstbestimmung offensichtlich zum Problem geworden sind.

Kooperative Partizipation wird zum Moment der Steuerung und Legitimation, mehr konkrete inhaltliche Mitbestimmung ist erforderlich.

Das Organisationsmittel "Partizipation" (auch in der Dialektik von Rechts- und Sozialstaat zu begreifen) zeitigt aber ambivalente Wirkungen. Die reale Organisierbarkeit von wirklichen Freiräumen steht zur Debatte (Integration, Emanzipation), entwickelt sich auch zur Elternspektive.

Für Initiativen von Eltern gilt jedoch, daß sich in den Reformen ein Wandel vollzogen hat, dem sie sich anpassen müssen. Haben sie vorher Reformen mitgetragen bzw. haben sie Konflikte produziert, ist das in einer Phase restriktiver, korrektiver staatlicher Regulierung nicht mehr so einfach (vgl. Dommermuth 1974).

Als Konsequenz ergibt sich, daß Elternaktivierung sowohl Mitwirkung als auch Elternbildung bedeuten muß.

In diesem Kontext bildet die Arbeit mit Eltern eine Perspektive politisch-pädagogischer Organisation von Erwachsenensozialisation⁽⁹⁷⁾.

Auch für den Lehrer produziert die Organisation der Schule (Bernfeld 1971) eine Situation, die zu Resignation und Konfliktverdrängung führen kann (Hänsel 1975). Denn gleichzeitig muß der Lehrer gesellschaftsadäquate Sozialisation und Emanzipation betreiben, so daß es letztlich immer mehr auch auf die Eltern ankommt (GGG (Hrsg.) 1974), die allerdings unterschiedlich engagiert sind.

Eine gewerkschaftlich organisierte Schularbeit kann wohl am ehesten die Weichen dafür stellen, per Kooperation Konflikte produktiv zu nutzen (vgl. kritisch: Negt 1974).

Partizipationsvorstellungen, die auf Demokratie angelegt sind (gesellschaftliche Interessen; vgl. Lembruch 1975), müssen berücksichtigen, daß benachteiligte Gruppen- bzw. Klasseninteressen in den politischen Prozeß einbezogen werden (Strategie einer demokratischen Bewegung).

Politisierung als maßgebliche Voraussetzung für die Chance von Partizipation zeigt die Bedeutung einer konfliktorientierten Sozialisation auf (Sozialisation als Widerspiegelung von Organisation).

Es muß also um die "exemplarische" Verbindung von Erfahrung und Interesse in einem "totalisierenden" Lernprozeß gehen, so daß das subjektive Bedürfnis mit der objektiven Realität im Zusammenhang steht.

Da aber die konkreten Erfahrungen nicht nur Ausgangspunkt sind, sondern auch Resultat (Werner 1975), muß der Bedingungs Zusammenhang berücksichtigt werden, muß die Zufälligkeit in der Wissensaneignung (Lernprozeß als Selbstzweck) beseitigt werden.

Priester versucht daher, in ihrem strukturellen Konfliktansatz, fallorientiertes, systematisches und handlungsbezogenes Lernen zu verknüpfen (1975). Daher liegt für sie Demokratisierung an der "Nahtstelle" von Struktur und Entwicklung (ebenda: 27; vgl. auch Papcke in Bezug auf die Friedensdurchsetzung 1973).

In Anbetracht der Tatsache, daß in öffentlichen Vereinbarungen oft die Probleme der Kooperation potenziert werden (SVG Berlin) und systemtranszendierende Initiativen von Eltern illegalisiert werden (vgl. auch Berufsverbote), kann die gewerkschaftliche Arbeit eine Vorstufe nicht-traditioneller Elternarbeit ein, die die Verbindung zwischen

Beruf und Schule im Fach "Arbeitslehre" als Möglichkeit nutzt (Damberg u. a. 1976), obwohl allerdings der Schule lediglich die Bildungsberatung vorbehalten ist (§ 4 AfG).

Gerade aber die Verbindung von Schule und Familie (Eltern) als Lernprozeß in Hinsicht auf Berufsmöglichkeiten kann neue Perspektiven eröffnen.

Neben der Hilflosigkeit der Lehrer und ihren Rollenkonflikten verhindern aber oft mangelnde Information und Kommunikationsfähigkeit Initiativen in größerem Umfang (dazu: Unsicherheit, Mißtrauen), wenn auch gewerkschaftliche Organisation die Grundvoraussetzung ihrer Tätigkeit darstellt. Ohnehin ist aber die Beteiligung auf einzelschulischer Ebene gering, verlieren überschulische Initiativen die Basisarbeit aus den Augen (gilt auch für die GEW), weswegen oft lediglich konservative Elterninitiativen (z. B. Hessischer Elternverein) Erfolge zu verzeichnen haben (Alternativen: WKM; "Elternaktion 72"; "Aktion Kleine Klasse"). Denn sowohl die mangelnde Qualifizierung von Eltern und geringe interessenmäßige Solidarisierung von Schülern als auch das enorme Berufsrisiko von Lehrern (Sozialistische Büro (Hrsg.) 1972; Lehmann 1970) blockieren Veränderungen.

Da im Gegensatz zu Strategien bürgerlicher Bildung (Markert 1973) "Beglückungsprogramme" ineffektiv sind, muß Bewußtseinsbildung mit direkter Aktion verbunden werden (vgl. WKM und "Elternaktion 71").

Allgemein muß in diesem Zusammenhang die Durchschlagkraft von Bürgerinitiativen problematisiert werden: Letztlich die Integration in die "demokratische Bewegung" (auch gewerkschaftlich orientiert).

2.3.3.3.3 Das Problem "Bürgerinitiative"

Bürgerinitiativen sind vor allem als systemimmanent abgetan worden, insofern sie als Frühwarnsystem dienen und ein demokratisches Aushängeschild darstellen (Berner 1973).

Bürgerinitiativen müssen sich also daran messen lassen, ob sie relevante Kampfformen des Übergangs darstellen (vgl. Lenin, LW 11).

Mit anderen Worten sind diejenigen Formen kritisch einzuschätzen:

- die sich als scheindemokratische Integrationsversuche im Sinne des Machbaren (sozialtechnologisch) oder als Mittel "kleinbürgerlicher" Revolution erweisen,
- die sich nicht innerhalb einer antiimperialistischen Strategie (Demokratie, Friede, Humanität) lilitimieren (vgl. Plädoyer ... 1975),
- die also die Problematik "erweiterter Reproduktion" als Möglichkeit nicht bewußt tangieren,
- die sich insgesamt also nicht auf die Produktionsverhältnisse beziehen (Schelsky auf dem CSU-Parteitag 1973, FR Nr. 230 vom 3. 10. 73; vgl. Cahn/Cahn 1971; Biddle/Biddle 1965).

Dennoch zeigen unabhängig davon Bürgerinitiativen an, daß die Gesellschaft in Bewegung geraten ist.

Allgemein kann die These aufgestellt werden, daß ihr Entstehen mit der Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution und ihren Folgen zusammenhängt (kapitalintensive Produktion, höhere Qualifikation, Wissenschaft als Produktivkraft).

Im Resultat ist eine Situation entstanden, in der der erhöhte Lebensstandard nicht zu einer größeren Bedürfnisbefriedigung geführt hat und gleichzeitig eine Anonymisierung von Herrschaftsverhältnissen festzustellen ist, so daß die Widersprüchlichkeit der PV subjektiv wenig bewußt wird.

Seine Bewußtmachung stellt für die Verantwortlichen eine permanente Gefährdung dar.

In diesem Kontext sind Bürgerinitiativen zuerst einmal Organisationsformen (politisches Handeln und Lernen), die latente Bedürfnisse öffentlich machen. Elterninitiativen als Bürgerinitiativen verfolgen daher letztlich eine Strategie, die die Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verändern sucht.

Wie die Ergebnisse des WKM zeigen, aus dem auch die "Elternaktion 72" hervorgegangen ist, stellt sich als grundlegendes Problem von Initiativen dar, private und öffentliche Existenz miteinander zu vermitteln (nicht nur reaktiv, wie Lipple meint, 1974).

Damit also nicht nur ein Bewußtsein über "Erziehungspraktiken" entwickelt wird, sondern das Gelernte auch anwendbar ist, sind die internen Gruppenprozesse (in denen ohnehin notwendige Spannungen vorhanden sind) lebenswichtig. Interne sozial-emotionale Kommunikationsbeziehungen helfen gesellschaftliche und individuelle Strukturen miteinander zu verbinden (Sach- und Lernziele), wenn die Aneignung der sozialen Allgemeinheit organisiert ist.

Im Zusammenhang von Familie und Gesellschaft, aktiv verändernd zu wirken, zeigt auch an, daß Öffentlichkeit einen allgemeinen, gesellschaftlichen Erfahrungshorizont meint, in dem das gesellschaftlich Bedeutsame zusammengefaßt ist (Negt/Kluge 1972: 18). In der Hinsicht entstehen vermittelt über das Interesse am Kind (aber nicht nur) Aktivitäten, wenn die Diskrepanz zwischen Wirklichkeit und Möglichkeit zum Bewußtsein kommt (vgl. auch Ontogenese der Persönlichkeitsentwicklung, allgemein die Phylogenese der menschlichen "Gattung").

Konkret heißt das:

Der Widerspruch zwischen Privatheit und Öffentlichkeit wird umso kleiner je mehr gesellschaftliche Erfahrungen öffentlich organisiert werden (eine nicht-reformistische Verbindung von Politik und experimenteller Didaktik, Giesecke 1973; Gorz 1967).

Unter Voraussetzung, daß die Erzogenen sich selbst emanzipieren müssen (Selbsterziehung; auch EFB-Experten sind Subjekte) ergibt sich für eine verändernde Erziehungstätigkeit nur die Perspektive zu lernen, wie man denken und handeln kann (Formen ändern; Aneignung sozialer Allgemeinheit).

Informationen über elterliche Rechte, demokratische Ausbildungsziele und Organisationsmöglichkeiten in der Schule sind dahingehend erforderlich, um der Selbsttätigkeit in Elternaktiven einen organisatorischen Ausdruck in der Folge zu geben, einen größeren Kreis anzusprechen und die Qualifikation der Elternarbeit mit zu berücksichtigen.

Dies ist vor allem zu einem historischen Zeitpunkt wichtig, wo sich die Grenzen zwischen Sozialisation und Qualifikation zunehmend verwischen, vergesellschaftete Sozialisation und private Interessenorganisation immer mehr zusammenfallen, so daß einerseits die Vermittlung (Organisation) der Verkehrsformen (zwischen gesellschaftlichen Verhältnisse und Persönlichkeit) sich immer mehr aufdrängt, andererseits die konkreten Lebenslagen der "Betroffenen" immer mehr Ausgangspunkt und Endpunkt (Jahrbuch der Sozialarbeit 78) werden (demokratische Qualifikation, Kluge 1975) ⁽⁹⁸⁾.

Schlußbetrachtung

Den Schwerpunkt der Analyse des zweiten Kapitels stellt der Versuch dar, den Vergesellschaftungsprozeß des organisierten Kapitalismus über die offiziellen staatlichen Bemühungen im Reproduktions- und Sozialisationsbereich zu beschreiben und zu kritisieren, in deren Zusammenhang die familienpolitischen und -rechtlichen Strukturmerkmale des Adoptionsbereichs erklärbar sind.

Den Ausgangspunkt der Analyse bildet die Hypothese, daß der Bereich familialer Sozialisation immer mehr ins Gerede kommt und vermittelt der Erziehung der Eltern vergesellschaftet wird, ohne daß Familienerziehung als gesellschaftliche theoretisch fundiert ist.

Diese Annahme wird allgemein über die Analyse der Familienpolitik, des Familienrechts, des Jugendhilferechts und über die Ebene der Praxis bestätigt und im besonderen über die Analyse des Adoptionsrechts (inländisches und ausländisches) und die Adoptionspraxis einschließlich der Unterstützungsmöglichkeiten von Eltern nachgewiesen.

Konkret wird einerseits deutlich, daß in staatlicher Politik, in ihren wissenschaftlichen Begründungsversuchen und in der Praxis (staatlich kontrolliert oder unter staatlicher Aufsicht) eine spezifische familienideologische Argumentation die vorherrschende Basis einer Handlungsperspektive abgibt, so daß Alternativen, die Sozialisation mehr als gesellschaftliche begreifen, nur in Verbindung mit einer verwissenschaftlicheren Praxis und politischen Interessenauseinandersetzungen durchsetzbar erscheinen - auch gegen staatliche Versuche.

Andererseits aber kommen in staatlichen Bemühungen objektive, demokratische Vergesellschaftungstendenzen zum Ausdruck, die zu nutzen sind:

Vor allem, weil hinter Familien (auch der Adoptivfamilie) kaum organisierbare Interessen stehen bzw. die Interessenverfolgung konservativen, privaten Kräften überlassen wird.

Um das demokratische Potential staatlicher Regulierungstätigkeit zu analysieren und zu entfalten, muß die Persönlichkeitsentwicklung an den Möglichkeiten "erweiterter Reproduktion" beurteilt werden ("wirklicher Zeitplan"), um den erreichten Stand der Vergesellschaftung von Sozialisation (gesellschaftliche Organisation) kritisch einschätzen zu können.

Dementsprechend lassen sich offizielle "Partizipationsmodelle" daran messen, inwieweit sie eine Konzeption zugrundelegen, die immer weniger Erziehung als Privatsache begreift. Denn Erwachsene/Eltern lernen im Zusammenhang familialer, beruflicher und politischer Sozialisation (im Kontext gesellschaftlicher Tätigkeit, vermittelt über bewußte Regelungstypen), handelnd ihren "wirklichen Zeitplan" antizipatorisch zu entwickeln, in dem sie in der Dialektik von Anpassung und Selbstverwirklichung sich Verhaltenssicherheit und arbeitsteilige Fähigkeiten aneignen.

Dieses mögliche, demokratische Potential einer erweiterten Reproduktion/Sozialisation der Erwachsenenpersönlichkeit (politische Sozialisation), die sich im Kontext gesellschaftlicher Verhältnisse entwickelt, in denen Aktivitätsmatrizen eingeschlossen sind (Organisation), wird in offiziellen Versuchen widersprüchlich organisiert.

Denn die Aneignung des "menschlichen Wesens" zur Ausbildung des "wesentlichen Menschen" ist unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen blockiert (trotz transformativer Momente), so daß die Aneignung der sozialen Allgemeinheit unvollständig bleibt.

In der sozialwissenschaftlichen Begriffsbildung muß das Konkrete adäquat und spezifisch reproduziert werden, über dessen organisatorische Zusammenhänge Wissenschaft nur innerhalb politischer Klassenauseinandersetzungen zu verstehen ist.

Die Entwicklung offizieller, organisierter Erwachsenensozialisation und auch selbstorganisatorischer Initiativen bestimmt sich auf diese Weise inhaltlich über politische Herrschaftsverhältnisse, theoretische Auseinandersetzungen und über ihren Zusammenhang sowie organisatorisch darüber, ob die soziale Allgemeinheit aneignbar ist.

Vermittelt über wissenschaftliche und politische Auseinandersetzungen um das "Allgemeine" wird deutlich, wie der Zusammenhang von beruflicher, familialer und politischer Sozialisation, der objektiv als gesellschaftlicher bestimmt ist, demokratisch entfaltet werden kann.

Die Entwicklung eines wirklichen Zeitplans von Eltern, der im realen als Möglichkeit eingeschlossen ist, bildet eine Perspektive, um die Erziehung ihrer Kinder rational-bewußt zu gestalten (gesellschaftliche Sozialisation), indem sie individuell die gesellschaftlichen Bedeutungen sich aneignen und damit der Bruch zwischen persönlichem Sinn und gesellschaftlicher Bedeutung antizipatorisch als überwindbar bewußt wird.

In offiziellen Versuchen kommen zwar transformative, demokratische Momente zur Entwicklung alternativer gesellschaftlicher Bedingungen zum Ausdruck, um eine optimalere Persönlichkeit zu schaffen, daneben aber verhindert theoretische und politische Rückständigkeit die praktische Umsetzung.

Es dominiert das Familienprinzip, Organisationsformen zur Erziehung der Erzieher erhalten ihren gesellschaftlichen Sinn nicht im Zusammenhang mit demokratischen, gewerkschaftlichen Orientierungen und Aktivitäten.

Die Gesellschaftlichkeit der Sozialisation von Erwachsenen und die Organisation dieser Gesellschaftlichkeit finden keine Berücksichtigung, um - wissenschaftlich/politisch vermittelt - praktisch einen demokratischen Vergesellschaftungsprozeß im Reproduktions-/Sozialisationsbereich durchzusetzen.

Diese Rückständigkeit spiegelt sich sowohl darin wider, daß spezifische Modelle zur Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen zugrundegelegt werden und daß Erwachsene/Eltern - ob unter repressiveren oder emanzipativeren Verhältnissen - nicht als sich immer aktiv selbst sozialisierende verstanden werden, indem sie handelnd organisatorische Zusammenhänge widerspiegeln.

Konsequenterweise ranken deshalb offizielle EFB-Programme noch zunehmend um einen "bürgerlichen Bildungsbegriff", dessen progressiven Inhalte der Frühphase allerdings neutralisiert sind. Bis hin zu didaktischen Konzeptionen drücken jene sich um die "widersprüchliche Praxis einer Gesellschaft des Übergangs" herum.

Sie orientieren sich an idealistischen Zielen (Humanität; Gesellschaftsmodelle einer partikularen Gruppe); leiten Inhalte ab, in denen "Bildung" eine Funktion des Profits ist; klammern in ihren Methoden die größte Zielgruppe aus; sind mehr juristisch-administrativ bestimmt und berücksichtigen auch nicht alternative Möglichkeiten, die sich aus dem Vergleich mit sozialistischen Ländern ergeben (vgl. Markert 1970, 1973; Feidel-Mertz (Hrsg.) 1968; Meier 1971; Negt 1974; von Werder 1974).

EFB kann nicht als individuelle Qualifizierung mit sozialintegrativem Charakter konstruiert werden, die herrschaftskonform bleibt. Deher steht im Mittelpunkt der Analyse der Zusammenhang von Herrschaft, Bildung und Arbeit, über den das Verhältnis zwischen Qualifikation/Sozialisation und Verwertungsinteresse markiert wird (vgl. Baethge 1970; Rückriem/Prokopp 1969). Auf diese Weise wird der Zusammenhang zwischen Erwachsenenbildung (-sozialisation) /EFB und Erwachsenenqualifizierung sichtbar, die es zu vermitteln gilt (im Verhältnis von familialer, beruflicher und politischer Sozialisation).

Der erste Aspekt bezieht sich mehr (der Tendenz nach) auf das "Individuum" und die zu vermitteln den Inhalte. In ihm kommt zum Ausdruck, daß ein spezifisches Wissen vorhanden ist, über das die Sozialisation von Erwachsenen im Zusammenhang von Arbeit/Lernen vorangetrieben wird und dessen Schwerpunkt auf der gesellschaftlichen Wirkung und Verantwortung des Erwachsenen / der Eltern liegt (vgl. Harke 1965, 1966, 1968).

Über den zweiten Aspekt kommen vor allem die bildenden und anwendungsbezogenen Momente der beruflichen Spezifizierung zum Tragen (Harke 1971; Niehuis 1973; Siebert 1970).

Im Zusammenhang beider Ebenen sind sowohl die offiziellen Organisationsformen zu analysieren, die in der DDR schon bewußt-rationalen Charakter und planende Momente implizieren (der wirkliche Zeitplan ist realisiert und wird gesellschaftlich organisiert), als auch Initiativen in der BRD innerhalb des Transformationsprozesses (Selbstsozialisation über Organisation) einzuschätzen. Denn in der BRD sind sowohl Bürgerinitiativen im Zuge des kapitalistischen Vergesellschaftungsprozesses entstanden als auch spezifische Initiativen zu konstatieren, die sich entweder an demokratische Bewegungen anschließen oder nicht.

In offiziellen Versuchen erhalten oft Initiativen eine demokratische Alibifunktion zur ideologischen Begründung von vorgeblicher, politischer Mitbestimmung und -wirkung.

Mögliche demokratische Momente von beginnender Partizipation werden über einen anti-aufklärerischen Bildungsbegriff kleingearbeitet, so daß die "Vernunft" in Praxisleere aufgeht und nur Volksgemeinschaften und soziale Lebenshilfen organsierbar sind.

Dieser ideologische Rahmen einer "Innerlichkeit", Gemeinschaft und Partnerschaft (in familienpolitischen Programmen der CDU/CSU in verstärktem Maße) bei gleichzeitiger eingeschränkter Mitbestimmung und Mitwirkung falsifiziert sich an der konkreten Lebenslage der Lohnabhängigen selbst.

Die bürgerliche Vernunft - einst progressiv - wird unter Verzicht auf politisches Handeln und politischen Widerstand zu einem irrationalen Moment, so daß keine Theorie der Gesellschaft auch eine konkrete Theorie der Erwachsenensozialisation/-bildung begründen kann.

Gesellschaftliche Konflikte auf den Ebenen der sozio-ökonomischen Lage, der Interessen und Bewußtseinsmomente und des Bruchs zwischen persönlichem Sinn und gesellschaftlicher Bedeutung werden auf diese Weise ausgeklammert, der Zusammenhang von beruflicher, politischer und familialer Sozialisation im Kontext von Produktionsverhältnissen/Klassenverhältnissen (Struktur), konkreter Arbeit (Entwicklung) in seiner gesellschaftlichen Funktion wird nicht sichtbar.

"Gegenwart als Geschichte begriffen setzt in der Veränderlichkeit den Prozeß der Veränderung selbst bereits in Gang" (Klein/Weick 1970: 343), so daß Organisationsformen der Erwachsenensozialisation (offiziell oder nicht) zu solchen der kollektiven Emanzipation werden können.

Über den Bezug auf Arbeit und Beruf muß politische Sozialisation von Eltern in der Hinsicht bestimmt werden, daß sie ihre individuellen Erfahrungen an die kollektiven der menschlichen, gesellschaftlichen Entwicklung anknüpfen.

Diese gesellschaftliche Entwicklung ist aber unter Bedingungen internationaler Vergesellschaftungsprozesse (dies wird im dritten Kapitel näher ausgeführt) theoretisch in der Weise zu analysieren, daß über Vergleiche die politischen Systemauseinandersetzungen in den Blick kommen (vgl. Plädoyer für eine demokratische Bildungspolitik, 1975).

In diesem Kontext (über eine anti-sozialistische Strategie, die den sozialistischen Ländern unterstellt, die Familie abzuschaffen) wird deutlich, daß auf Basis einer Familienideologie keine progressive Elternarbeit betrieben wird, sondern lediglich die Rechte der Eltern als "Naturrecht" verteidigt werden.

Theorien politischer Sozialisation aber, die über eine "allgemeine Theorie" gesellschaftliche Ziele thematisieren und ihre Konkretisierung angeben, müssen sowohl emanzipatorische Bildungsarbeit in der Art begründen, daß die Erfahrung der subjektiven Bedeutung demokratischer Politik verständlich wird, als auch aufzeigen, daß gleichzeitig auch nicht-demokratische Formen vorhanden sind.

In dem Sinne sind im zweiten Kapitel die politischen Momente analysiert worden, die entweder Demokratie befördern oder verhindern (bis in die Phase frühkindlicher Sozialisation, vermittelt Elternarbeit), weswegen sowohl der stärkere Einfluß des Staates im "privaten" Jugendhilfesektor (einschließlich der Adoptionspraxis) als auch die Anbindung von Elternarbeit an das Bildungssystem zu fordern sind; vermittelt theoretischer und politischer Strategien und ihres Zusammenhangs.

Gerade unter der Perspektive, daß immer mehr "Überbaubereiche" in die "Basis" einbezogen werden (Vergesellschaftung), berücksichtigt aber ein abstraktes Aufklärungsinteresse mehr die Subjekte als Ausführende von abstrakten Klasseninteressen als als solche der Geschichte.

Die gesellschaftlichen und die biographisch-individuellen Momente aber (in der Ausbildung von Erziehern werden sowohl Begriffe als auch Verhaltensweisen angeeignet) - einschließlich der institutionellen Ebene - werden in ihrem Zusammenhang wichtig, weswegen eben Sozialisation die Widerspiegelung von Organisation über Tätigkeit im Kontext gesellschaftlicher Verhältnisse ist (von Theorie dementsprechend widergespiegelt). Immer mehr drängt sich der Aufbau von politischer und beruflicher Identität in Richtung produktiver Potenz auf, der Konsequenzen für Erziehungsprozesse auf allen Ebenen hat (Erziehung der Erzieher über qualifizierte Kräfte, Selbsterziehung der Erzieher).

Offizielle Regulierungsversuche müssen daher an folgenden Kriterien gemessen werden:

- Die Zielgruppe stellt der größte Teil der Bevölkerung dar (Lohnabhängige; gewerkschaftliche Orientierung).
- Lern- oder Lehrziele sowie die Methodik müssen bildungs- und gesellschaftspolitisch transparent sein.
- Kostenlose Programme werden in zentralisierter, staatlicher Form durchgeführt.
- Zusammenhänge mit anderen Ländern werden solidarisch hergestellt (internationale Arbeiterbildung).
- Beziehungen zum "Hochschulwesen" werden aktiviert.
- Damit wird die Forderung gestellt, auch die EFB in das "Bildungssystem" zu integrieren, um entgegen der Familienbezogenheit des Jugendhilfebereichs eine Alternative zu entwickeln.

Bisher stoßen jedoch auch mehr gewerkschaftliche Versuche (Negt 1974) auf Probleme, weil sie über institutionalisierte Formen der "Bildung" (vgl. auch Feidel-Mertz 1961; Vester 1970) zwar politisches Bewußtsein und politische Handlungsperspektiven "bilden" wollen, aber Vermittlungsschwierigkeiten sichtbar werden.

Weil Inhalte und Ziele nicht auf gesellschaftsverändernde Praxis ausgerichtet werden (auch auf die Organisation selbst), erscheint oft die Vermittlung selbst als inhaltliche Lösung von Erziehung ("Lern-Ziel-Offen-Haltung; vgl. Priester 1975).

Ein Konzept drängt sich daher auf, daß Momente technischer Rationalisierung reduziert und die objektive Möglichkeit der Emanzipation der Gesellschaft mit den subjektiven und kollektiven Bedingungen objektiv-gesellschaftlichen Handelns zu verhindern sucht.

Die kategoriale Begründung "exemplarischer Fälle" wird wichtig, über die zwei Ebenen im Zusammenhang stehen:

- Das Ganze als die Totalität der Gesellschaftsformation und ihrer historischen Entwicklung
- Das Einzelne als der für das Leben der Gesellschaft, der Klassen und Individuen bedeutsame soziologische Tatbestand (Negt 1974).

In diesem Zusammenhang sind die offiziellen Regulierungsversuche, in denen sich Vergesellschaftungstendenzen ausdrücken, in ihren Konsequenzen für die Persönlichkeitsentwicklung analysiert worden:

Die Möglichkeit der Auflösung des Gegensatzes zwischen gesellschaftlicher Bedeutung und persönlichem Sinn wird auf allen Ebenen deutlich; "Überhänge" mit transformativem Charakter werden sichtbar (in Richtung einer verwissenschaftlichten Praxis).

Die gesellschaftlichen Bedingungen "erweiterter Reproduktion" (Struktur) sind zwar auf unterschiedlichen Ebenen - auch in ihren widersprüchlichen Momenten - diskutiert worden, die Realisierung einer optimalen Persönlichkeit aber stellt einen konkreten, auch alltäglichen Prozeß gesellschaftlichen Lebens in Form politischer Konflikte dar (Entwicklung), die auch theoretisch organisiert werden müssen.

Diese konkrete Perspektive wird zwar in wissenschaftlichen Begleitungsversuchen, die auf Ansätzen der Aktionsforschung basieren (Erkenntnisprozeß über Herstellungsprozeß, vgl. Haag u. a. 1975), aufgenommen, aber sie heben ähnlich wie eine sozialpolitische Zielsetzung nur auf die "Betroffenen" ab und nicht auf ihr Lohnarbeiterdasein.

Insgesamt wird im zweiten Kapitel deutlich, unter welchen Bedingungen allgemein Eltern im Zuge laufender Vergesellschaftungstendenzen ihre Kinder erziehen und in welchem Zusammenhang gesellschaftlicher Art im besonderen die Adoptivfamilie Berücksichtigung findet (familienrechtliche, -politische Ebene, Adoptionspraxis einschließlich möglicher Hilfen).

Zwar wird die Adoptivfamilie als besondere Form der Entstehung der Familie betrachtet, die Orientierung über das Familienprinzip aber begründet weder allgemein die Gesellschaftlichkeit familialer Sozialisation noch greift sie deshalb die spezifische Situation der Adoptivfamilie als eine besondere Chance gesellschaftlicher Sozialisation auf:

Denn objektiv ist der familienideologischen Argumentation der Boden entzogen, weil die "leiblichen Blutsbande" der sogenannten "natürlichen Familie" von vornherein ihre spezifische Funktion eingebüßt haben und somit die Relativierung des Familienprinzips den Weg für eine bewußt-rationalere Erziehung freigibt.

Während in der DDR und der UDSSR das Problem der Adoption nicht über eine Familienideologie kleingearbeitet werden kann, weil eine qualifizierte "Heimerziehung" gesellschaftlicher Art existiert, besitzt die Adoption in China einen anderen Stellenwert:

"Man geht davon aus, daß in einer revolutionären Gesellschaft die Mißgeschicke des Einzelnen, die Unglücksfälle des Privatlebens durch die Klassensolidarität, durch die Kraft der revolutionären Gefühle und nicht durch einen Verwaltungsapparat gelöst und überwunden werden müssen" (Broyelle 1973: 146). Jeder kann in unkomplizierter Weise ein Kind adoptieren (Verwandte, Freunde, Nachbarn, Wohngemeinschaften).

Der staatliche Akt beschränkt sich auf die Zahlung eines Waisengeldes. Weder wird zur Kostenersparung eine besondere Form der Familie gegründet, noch werden Kategorien von "Problemkindern" zusammengelegt und ausgeschlossen (in China existieren keine Waisenhäuser).

Die Adoptivfamilien in der BRD leben aber unter anderen gesellschaftlichen Verhältnissen:

Es dominiert das Familienprinzip mit seinem gesellschaftlichen Charakter; private Kräfte setzen es in der Praxis durch; selbst Adoptiveltern inländischer Kinder stoßen auf Schwierigkeiten, können kaum mit adäquaten Hilfen (gerade nach der Adoption) rechnen, die auch wissenschaftlich fundiert sind.

Wenn auch für die Sozialisation von ausländischen Kindern bis zur Vorschulzeit keine Integrations-schwierigkeiten festzustellen sind (vgl. den Abschnitt über den Kindergarten und auch die Rolle der "peer-groups" in Kinderläden), sie vor allem "Deutsche" sind, können mit zunehmendem Alter Schwierigkeiten auftreten (Schule, Partnerwahl, Berufsleben), die im folgenden dritten Kapitel theoretisch ausgelotet werden:

Unter der Perspektive, daß ihre Erziehung eine Chance gesellschaftlicher Sozialisation darstellt, die sich in zu vermittelnden Inhalten und organisatorischen Möglichkeiten niederschlägt (im Rahmen der gesellschaftlichen Struktur-, Entwicklungs- und Funktionsbedingungen der BRD im Zusammenhang mit internationalen Verhältnissen).

3.	Überlegungen zur Adoption von Ausländerkindern als besondere Chance gesellschaftlicher (politischer) Sozialisation	491 - 787
3.1.	Zur gesellschaftlichen Situation in der "Dritten Welt"	498 - 626
3.1.1.	Allgemeine Problemstellung	498 - 507
3.1.2.	Die "allgemeine Krise des Kapitalismus" im Zusammenhang mit Problemen der "Dritten Welt"	508 - 540
3.1.3.	Überlegungen zur "internen Struktur" der Entwicklungsländer	541 - 571
3.1.3.1.	Die Struktur der Stammesgesellschaft	
3.1.3.2.	Zur Bauernfrage	
3.1.3.3.	Das Problem der nationalen Befreiungsbewegung	
3.1.4.	Überlegungen zur Erfassung der Persönlichkeitsentwicklung in den Herkunftsländern: Die sogenannte "interkulturelle Problematik"	571 - 626
3.1.4.1.	Diskussion "kulturanthropologischer" Forschungen	
3.1.4.2.	Überlegungen zur Persönlichkeitsentwicklung in Vietnam	
3.1.4.3.	Das Problem "anthropologischer" Konstanten zur Erklärung gesellschaftlicher Verhältnisse	
3.1.4.3.1.	Die "Anthropologie" im historischen Kontext	
3.1.4.3.2.	Anthropologische Probleme und ihre Konsequenzen	
3.1.4.3.3.	Einige Anmerkungen zum Problem des Ethnozentismus	
3.2.	Aspekte der politischen Bildungspraxis und Theorien friedensrelevanter Erziehung	627 - 708
3.2.1.	Aspekte politischer Bildungspraxis	627 - 670
3.2.1.1.	Die Prinzipien der "friedlichen Koexistenz" als bildungspolitische Orientierung	
3.2.1.2.	Zwei Beispiele der Darstellung der Situation der Dritten Welt in diesem Zusammenhang	

3.2.1.2.1.	Terre des Hommes	
3.2.1.2.2.	Schulbücher	
3.2.1.3.	Kritisches Resümee und die Diskussion eines Problemkatalogs	
3.2.1.3.1.	Überlegungen zum Lernfeld "Dritte Welt"	
3.2.1.3.2.	Problemkatalog	
3.2.2.	Theorien und ihre Konsequenzen	607 - 708
3.2.2.1.	"Friedenstheorien"	
3.2.2.1.1.	Problemstellung	
3.2.2.1.2.	Überlegungen zur Entwicklung der Frie- denspädagogik	
3.2.2.1.3.	Überlegungen zur Entwicklung der politi- schen Didaktik	
3.2.2.1.4.	Probleme der Friedens- und Konfliktfor- schung	
3.2.2.1.5.	Zur Wehrkunde-Diskussion	
3.2.2.2.	Resümee	
3.3.	Konsequenzen für die Adoptivfamilie	709 - 783
3.3.1.	Forschungsergebnisse im Adoptionsbe- reich	710 - 721
3.3.2.	Mögliche Probleme	721 - 783
3.3.2.1.	Zum Problem "ethnischer Vorurteile"	
3.3.2.1.1.	Aspekte "Ethnischer Vorurteile"	
3.3.2.1.1.1.	Zum Erwerb von "Vorurteilen"	
3.3.2.1.1.2.	Zum Bedingungsrahmen von "Vorurteilen"	
3.3.2.1.1.3.	Zur sozialen Funktion von "Vorurteilen"	
3.3.2.1.1.4.	Zum Problem diskriminierenden Verhaltens	
3.3.2.1.1.5.	Mögliche Veränderungsaspekte	
3.3.2.1.2.	Konsequenzen für die Adoption	
3.3.2.2.	Das Problem bilingualer/bikultureller Sozialisation	
3.3.2.2.1.	Politische Brisanz	
3.3.2.2.2.	Begrifflichkeiten	
3.3.2.2.3.	Vor- und Nachteile der Zweisprachigkeit	
3.3.2.2.4.	Zur bikulturellen Sozialisation	
3.3.2.2.5.	Konsequenzen für die Adoption	
3.3.2.3.	Zum problematischen Charakter der Soziali- sation von Gastarbeiterkindern im Vergleich zur Situation ausländischer Adoptivkinder	

- 3.3.2.3.1. Einige Sozialisationsaspekte
- 3.3.2.3.2. Das ausländische Adoptivkind im Vergleich
- 3.3.2.4. Überlegungen zu einer Perspektive gesellschaftlicher Sozialisation als Konsequenz

Schlußbetrachtung

784 - 787

Anmerkungen

Literatur

3. Überlegungen zur Adoption von Ausländerkindern
als besondere Chance gesellschaftlicher (poli-
tischer) Sozialisation

Im Anschluß an die Diskussion eines Persönlichkeitskonzepts im ersten Kapitel (politische Sozialisation, Familienerziehung als gesellschaftliche, elterliche Perspektive) und der Problematisierung des aktuellen Standes der Vergesellschaftung im Reproduktions- und Sozialisationsbereich im zweiten Kapitel (staatliche Regulierung, Familienpolitik und -recht, Adoptionsrecht und -praxis und Eltern- und Familienbildung) wird in diesem dritten Kapitel das Ziel verfolgt, auf Basis der Analyse der gesellschaftlichen Situation in den Herkunftsländern im internationalen Kontext eine allgemeine Perspektive gesellschaftlicher Sozialisation von Adoptivkindern über ihre Eltern theoretisch zu diskutieren und spezifische Strategien zur Analyse und Organisation von Problemen theoretisch zu entwickeln.

Um die Möglichkeit der "Einarbeitung" des gesellschaftlich-politischen Kontextes der Adoption von Ausländerkindern in den Sozialisationsprozeß zu fundieren, steht im Mittelpunkt der Analyse die gesellschaftliche Situation in den Ländern der "Dritten Welt", die nur über die Struktur-, Funktions- und Entwicklungsmomente der inter- und intragesellschaftlichen Verhältnisse im internationalen Kontext zu erklären ist.

Seit die heutigen Entwicklungsländer im Zuge der Herausbildung des Kapitalismus (vermittelt über ihre Ausbeutung) entdeckt, kolonialisert worden sind, sind reale gesellschaftliche Beziehungen entstanden und entwickeln sich immer mehr Vergesellschaftungstendenzen im internationalen Rahmen,

die gleichzeitig die Möglichkeit der ökonomischen und sozialen Selbständigkeit implizieren.

Einerseits läßt sich ein internationales Beziehungssystem konstastieren, welches zwar demokratische Potentiale enthält, aber auch demokratische Tendenzen blockiert, andererseits steigt die Chance, dieses schon objektiv vorhandene demokratische Potential zu entfalten, seit eine alternative Gesellschaftsformation die Weltbühne betreten und damit die "Allgemeine Krise des Kapitalismus" eingeleitet hat (zusammen mit der größer werdenden Bedeutung der "nationalen Befreiungsbewegungen").

Einerseits hat sich der Kapitalismus über die "Ausbeutung" der heutigen Entwicklungsländer entwickelt und ihre Situation entstehen lassen, andererseits hat seine Entwicklung aber auch eine alternative Gesellschaftsordnung provoziert, die sich sowohl mit dem Kapitalismus aktiv auseinandersetzt als auch für die Länder der Dritten Welt eine Chance darstellt, die zwar noch dafür herhalten müssen, die "allgemeine Krise" zu regulieren, gleichzeitig aber sich zu wehren beginnen.

Von den widersprüchlichen Momenten der inter-/intraggesellschaftlichen "Verschränkung" der Verhältnisse unter Vergesellschaftungsbedingungen ist auszugehen, um die Sozialisation von Ausländerkindern in der BRD (die in diesem Kontext steht) zu konkretisieren:

In ihren objektiven Notwendigkeiten und vorhandenen Möglichkeiten.

Diese objektiven Momente bilden zudem die Basis dafür, die Widerspiegelungen des internationalen/nationalen Kontextes (Alltagsbewußtsein, Ideologie, Theorien, Inhalte politischer Bildung) darzustellen und zu kritisieren (auch konstruktiv). Denn die Einflüsse auf die Produktion von Lehrinhalten (und allgemein von Bewußtseinsinhalten) "erfolgt ja offensichtlich von zwei Seiten: einmal aus der Entwicklung der politischen Machtverhältnisse selbst, zum anderen aus der Wissenschafts- und Theorieentwicklung. Auf Politik und Gesellschaft bezogene Lehrinhalte sind also immer das Ergebnis des Zusammenspiels der realen politischen Kräfteverschiebungen und der sozial- und politikwissenschaftlichen Reflexe auf diese Verschiebungen" (Krysmanski in: Plädoyer für eine demokratische Bildungspolitik, 1975: 44).

Inhalte (sowohl politischer Bildung als auch als Bestandteil von Bewußtsein), die sich auf den gesellschaftlich-politischen Kontext der realen Verhältnisse der "Entwicklungsländer" beziehen, sind im Zusammenhang von politischen Konflikten und ihren theoretischen Widerspiegelungen zu begreifen, so daß sie entweder demokratische Potentiale entfalten oder blockieren: Innerhalb eines Transformationsprozesses im internationalen/nationalen Kontext.

Unter dieser Voraussetzung wird erstens das Ziel verfolgt, Adoptiveltern ausländischer Kinder einerseits mehr "informativ" die Bedingungen der realen Situation der "Dritten Welt" einschließlich ihrer politische Implikationen transparent zu machen, andererseits die objektive Bedeutung

der Reflexe auf diese reale Situation (Theorien, Ideologien, Vorurteile, politische Bildungsinhalte in der Schule) sie bewußt werden zu lassen.

Zweitens soll konkretisiert werden, daß die objektive, internationale gesellschaftliche Situation einerseits Frieden, Humanität und Demokratie impliziert (überall wird gearbeitet), daß aber andererseits nicht nur die gesellschaftlichen Bedingungen der "Friedensherstellung" relevant sind, sondern auch die konkrete "Friedensdurchsetzung", über die für die Sozialisation von Ausländerkindern möglicherweise eine Perspektive gesellschaftlicher Sozialisation als konkrete Konflikterziehung diskutiert werden kann (in Abhängigkeit von spezifischen Problemen).

Über diesen Argumentationsrahmen werden folgende Probleme thematisiert:

- 1) Allgemein kommen in Darstellungen der realen Situation der "Dritten Welt" westlich orientierte Entwicklungsvorstellungen zum Tragen, die über die Ideologie der Industriegesellschaft "an sich" begründet werden.
- 2) Oft berücksichtigen Theorien, die die internen gesellschaftlichen Verhältnisse einschließlich der Persönlichkeitsentwicklung analysieren, nicht die historische und gesellschaftliche Bedingtheit der besonderen Formationen.
- 3) "Anthropologische Konstanten", die in unterschiedlichen Bewußtseinsmomenten zum Ausdruck kommen, werden konstruiert (real bedingt und nicht in "böser" Absicht), über die die wirklichen Verhältnisse der adäquaten Erkenntnis entraten.

Diese "anthropologischen Prämissen" strukturieren sowohl Ansätze, die auf die "interkulturelle Problematik"⁽¹⁾ abheben (multi-ethnische, pluralistische Demokratie) als auch extreme "rassistische Ideologien".

- 4) Vor allem in politischen Bildungsbemühungen in der Schule kommen "Vorurteile" gegenüber den Verhältnissen in der Dritten Welt zum Tragen, die sich auch in "rassistischen Formen" manifestieren (spezifische, anthropologisch begründete "Verzerrungen").
- 5) Vorurteile müssen aber zudem als Bestandteil von "Ideologie" in zweifacher Weise analysiert werden:
Zum Zweck der Herrschaftsstabilisierung und in ihrer Relevanz im Alltag.

- 6) In Theorien, die die gesellschaftlichen Bedingungen der "Friedensherstellung" und ihre konkrete Durchsetzung zum Gegenstand haben, wird die Analyse und praktische Umsetzbarkeit meist nicht am realen internationalen Kontext festgemacht (inhaltlich), wenn auch der Tendenz nach eine konkrete Handlungsperspektive in den Blick kommt, die sich über gesellschaftliche Ziele bestimmt.

Die Schule besitzt möglicherweise gerade innerhalb der Adoptionsproblematik einen wichtigen Stellenwert, weil die ausländischen Kinder entweder mit spezifischen Inhalten ihre Herkunftsländer betreffend konfrontiert werden, als auch mit Vorurteilen ihrer "peers" zu rechnen haben.

- 7) Um mögliche auftretende Probleme zu diskutieren - vorausgesetzt Eltern betreiben Familien-
erziehung als gesellschaftliche, ohne daß zu-
nächst einmal besondere Strategien erforder-
lich sind (vgl. auch Klominek 1976) -
werden Forschungsergebnisse referiert, die
Einsichten über die Relevanz von "ethnischen"
Vorurteilen im Sozialisationsprozeß, über
die Bedeutung bilingualer/bikultureller Er-
ziehung, über die Situation von Gastarbei-
terkindern im Vergleich zu ausländischen Adop-
tivkindern vermitteln.
- 8) Das Vorgehen mündet in dem Versuch, eine rea-
listische Perspektive gesellschaftlicher Sozi-
alisation zu entwickeln, die die Kombination der
"Besonderheit" des "Adoptiert-Seine" und der
Herkunft aus Ländern der Dritten Welt als
Chance begreift (im Zusammenhang einer adä-
quaten wissenschaftlichen Theorie und politi-
schen, demokratischen Durchsetzungsmöglich-
keit).

3.1 Zur gesellschaftlichen Situation in der "Dritten Welt"

3.1.1 Allgemeine Problemstellung

Vor 1964 (Welthandelskonferenz in Genf) sind die heutigen "armen Länder" in wissenschaftlichen Publikationen als unter- bzw. unentwickelt, als arme oder rückständige Länder bezeichnet worden (vgl. Besters-Boesch (Hrsg.) 1966).

Im Jahre 1964 einigen sich 77 betroffene Länder auf den Begriff "Entwicklungsland", worin damals augenscheinlich kein negativer Zug zum Ausdruck kommt.

Der Begriff "unterentwickelt gehaltene" Länder, der der Sachlage am nächsten kommt, hat sich dagegen nicht durchsetzen können.

Enzensberger (1965) hat klargestellt, daß in diesen Begrifflichkeiten die "Subjekte", damit also die Ursachen ausgeklammert bleiben und daß in ihnen ein gewisser Optimismus mitschwingt.

In Bezug auf den letzten Punkt ist interessant, daß Autoren (z. B. Heitkämper 1976) zwar die ökonomische Abhängigkeit mit ihren Herrschaftsstrukturen und ideologischen Einflüssen akzeptieren, aber meinen, über "Proklamationen von Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Eigentum" Veränderungen zu bewirken, die sich letztlich auf der Basis der Kritik der Entwicklungshilfe bewegen (vgl. Materialien zur Entwicklungshilfekritik, Bonn 1969).

Folgerechtigt sieht Heitkämper die Ursachen im "Nord-Süd-Gefälle", sein Gewaltpotential "auch" als ökonomisch vermittelt an - innerhalb eines

nationalen und internationalen "Schichtungssysteme" (27):

Daher liefern Begriffe wie Kapitalismus, Sozialismus und Kolonialismus als Bestandteile einer Imperialismustheorie keine Erklärungsbasis, so daß sich als Ziele Veränderungen im "ökonomischen" und nicht im "kapitalistisch" strukturierten Bereich der ausgebeuteten Länder anbieten:

Denn man kann schließlich die Verhältnisse in einigen Bereichen nicht für das "Ganze" nehmen.

Eine Gesellschaft erscheint daher als nicht kapitalistisch, weil es neben Kapitalisten auch noch Arbeiter gibt.

Auf Basis dieser Perspektive der Industriegesellschaftstheorie läßt sich auch die Einstellung der Autoren des "Richtha-Reports" (1968) einordnen. Sie heben ab auf die wissenschaftlich-technische Revolution und die Zivilisationsproblematik, behaupten, daß eine Lösung nur eine "Menge bizarrer Kombinationen natürlicher Lebensprinzipien und moderner Zivilisationsdynamik" hervorbringt (S. 79).

Die Erhöhung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in den entwickelten Ländern wird als Möglichkeit angeboten, um die "Lockerung der Zivilisationsdynamik" zu bewerkstelligen (71).

Die Beseitigung des "Hungers" wird strategisch nur an der Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität auf Basis technologischen Fortschritts festgemacht, so daß eine Selbstreflexion der "Industrieländer" erforderlich ist:

Es wird die Einsicht verlangt, das Kapital solle das 15 - 20fache der Summe der heutigen Entwicklungshilfe freiwillig zahlen.

Es wird wichtig sein, diese "Illusionen" abzubauen, da die adäquate Erfassung des Zusammenhangs wichtig wird für die Begriffsbestimmung "Frieden" und die Perspektive "friedensrelevanter" Reproduktion/Sozialisation.

Nicht "Dritte Welt" oder "Entwicklungsland" weist sich als praktikable Kategorie aus, sondern die des Imperialismus (Neokolonialismus), die ihren Inhalt über die Realität des internationalen Klassenkampfes erhält, in dessen Rahmen auch der Begriff "Arme Welt" seinen Sinn gewinnt.

Der letzte Begriff umschließt den materiellen Wohlstand, Kolonialismus bezieht sich auf die Ursachen, internationaler Klassenkampf umgreift die Stellung der nationalen Gesellschaften im internationalen gesellschaftlichen Gefüge. Industrialisierung als Konfrontation mit der wissenschaftlich-technischen Entwicklung (M. Breetzmann 1970: 13) stellt sich für diese Länder als Problem dar, das im Zusammenhang von ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungsfaktoren erklärt wird, dessen Struktur über das Verhältnis von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften bestimmbar ist.

Es dürfte also die Frage sein, ob Theorien sozialer Entwicklung oder sozialen Wandels (vgl. die Entstehungsgeschichte: Tjaden 1972) mit ihren nicht hinterfragbaren Wertannahmen anwendbar sind und ob Industrialisierung als "Modernisierungs-Muster" einfach übergestülpt oder im Rahmen des Output der Industrialisierung begriffen werden kann.

Moderne Wachstumstheorien des Keynesischen Typs der Geldtheorie, die inhaltlich auf Investitionen in privater Kapitalentwicklung und auf die Sparfähigkeit der Bevölkerung unter gegebenem Stand der

Technologie abheben, können wohl kaum das Problem wirtschaftlichen Wachstums in der Güterspäre erklären (vgl. Napoleoni 1971; W. Hofmann 1966; UNESCO-Symposium on social development 1961, Paris).

Wegen der Wichtigkeit der Analyse der Gesellschaft als Totalität erscheint die Industrialisierung nur als eine notwendige Bedingung für "Entwicklung", so daß eben die bisher gelaufene Industrialisierung aufgrund der Wirksamkeit über den Lösungsversuch der Importsubstitution keine Erfolge gebracht hat (Weltwirtschaft 1970, Heft 1).

Soll eine kapitalintensivere Produktion in Gang gesetzt werden (P. Khalatbari 1971: 286), entgegen arbeitsintensiverer das Ziel sein, muß gefragt werden, weshalb sich die Produktionsverhältnisse nicht dementsprechend verändern und die Produktivkräfte sich nicht entwickeln.

In grundlegender Weise muß vor einer spezifischen Ausformung der Produktionsweise der Peripherie ausgegangen werden (Amin 1971), um die Verflechtung vorkapitalistischer und kapitalistischer Formationen zu kennzeichnen, die dazu noch über Probleme des Kastenwesens (v. a. in Indien), von Ethnien und Minoritäten zusätzliche Dimensionen gewinnt (vgl. R. Stavenhagen 1969: 46 ff).

In der Konsequenz müssen daher die (und hier beginnt die Strategie der Einheit von Ökonomie und Politik) komplexen und mannigfaltigen Klassenstrukturen vorkapitalistischer Formationen von der Dichotomisierung innerhalb kapitalistischer Strukturen unterschieden werden.

Daher entwickeln sich im Zuge der Tendenz zur Kapitalisierung mancher Länder unterschiedliche Formen von Klassenauseinandersetzungen und Bündnismöglichkeiten, welche auch eine Unterscheidung zwischen nationaler und Monopolbourgeoisie erforderlich machen (Boris/Boris/Ehrhardt 1971).

Die Annahme scheint daher auch zu einfach zu sein (ohne dies jetzt konkret bis ins Detail klassenanalytisch aufzuschließen), daß die Bevölkerung zu 60 - 90 % Bauern sind, die per Ausbeutung proletarisiert werden (entgegen Frank 1969).

Die Produktivkraftentwicklung in manchen Ländern (auf Basis von Monokultur und Monoproduktion einschließlich der Qualifizierung der Produktivkraft vor allem im Rahmen multinationaler Konzerne: vgl. Heymer, in: Senghaas (Hrsg.) 1972: 201 - 238; Palloix 1971) muß im Verhältnis der Koalition der Konzerne mit den imperialistischen Regierungen hinsichtlich ihres Herrschaftspotentials eingeschätzt werden, so daß eine zunehmende Denationalisierung der Produktivkräfte bewirkt wird (Giannabis 1973).

Im Rahmen eines historisch-materialistischen Konzepts muß deshalb die ökonomische und soziale Entwicklung im Zusammenhang der Bedingungen der Abhängigkeit gesehen werden:

Das Kriterium kann nur die wirtschaftliche Selbstständigkeit als absolute Gleichberechtigung der Beziehungen im internationalen ökonomischen System abgeben (vgl. U. Schmiederer 1973).

In diesem Kontext (angesichts der realen Notlage logisch) werden gerade die Reihenfolge, Qualität und Quantität der Güterproduktion wichtig (vgl. UN-ECLA 1966: 136 ff.).

Auch die Analyse der konkreten internen Situation in ihren historischen Dimensionen wird aktuell, um angeben zu können, wie relativ kurzfristig Veränderungen in Gang gesetzt werden können (Hofmann 1966: 295).

Die mögliche Bedürfnisbefriedigung der Menschen steht deshalb zur Debatte, damit die Produktionsverhältnisse, die diese Befriedigung einschränken (Hufschmid 1968: 169). Ob der kapitalistische, sozialistische oder "gemischte" Weg eindeutig in Richtung Verbesserung zeigt, muß konkret ausgewiesen werden.

Fest steht, daß es zu einfach sein dürfte, Vorab-Strategien und Analysen an "orthodoxen" Phasenabläufen zu orientieren: Die kapitalistische Formation als Notwendigkeit ist also nicht unbedingt eine Entwicklungsbedingung.

Nimmt man daher Veränderungsstrategien an, muß kritisch in Rechnung gestellt werden, daß die politische Unabhängigkeit noch lange keine "Entkolonialisierung" bedeutet (Beyhaut 1965). Die Beziehungen zwischen multinationalen Konzernen (ob im privaten oder staatlichen Gewand) und die Wirkungsweise internationaler Organisationen wie IMF, IBRD und GATT⁽²⁾ (einschließlich der Ideologie des Freihandels) haben sogar eine gewisse Rückständigkeit der Entwicklung zur Folge gehabt (zwischen 1950 - 1960 ist der Anteil der EL am Welthandel von 30 auf 20, 4 % gesunken, UN ...1962: 2 - 3;

1962 lagen die Rohstoffpreise um 34 % unter dem Niveau von 1975). Trotz der objektiven Möglichkeiten in Form eigener Ressourcen sind die Lösungsmöglichkeiten für die Zukunft reduziert.

Die zu fordernde Reorganisation der Gesellschaft mit ausländischen Überbrückungshilfen wird bisher kaum in Angriff genommen.

Um die Diskrepanzen zwischen den Möglichkeiten und dem Gegebenen aufzugeben, müssen bestimmte Zielorientierungen entwickelt werden, die sich auf mehreren Ebenen messen lassen:

- Ernährung, Gesundheit, Bildung und Ausbildung müssen gesichert sein.
- Die Arbeitslosenzahl (einschließlich z. B. der Saisonarbeiter auf dem Land) und die mangelnde Qualifikation müssen beseitigt werden.
- Brüche zwischen Einkommen, Privilegien, Besitz an Produktionsmitteln und vereinzelt Zentren der "Entwicklung" und Armut müssen behoben werden.
- Die politische Unterdrückung der Bevölkerung muß reguliert werden (vgl. UN-ECLA 1969).

Die Ebenen der Entwicklung der Produktivkräfte, der Änderung der Produktionsverhältnisse und des Abbaus von "Abhängigkeiten" gelten allgemein als Kriterien für Strategien.

Weil eben das Privatkapital - trotz der unfreiwilligen Anerkennung der Vergesellschaftung der Produktion im Monopol (Rauter 1977: 156) - nicht in die Schranken verwiesen werden kann, steht der Widerspruch zwischen gesamtgesellschaftlicher Entwicklungsplanung und privatem Kapital zur Debatte (vgl. UN 1967), weswegen die "Umwelt" des

Kapitalismus im Rahmen des internationalen, intergesellschaftlichen Klassenkampfes einen vorrangigen Stellenwert gewinnt.

Die Abhängigkeit (dependencia) als besondere kapitalistische Struktur in diesen Ländern muß auch als interne Bedingtheit analysiert werden (vgl. auch die Zerschlagung großfamiliärer Verwandtschaftssysteme), da die sozioökonomische Struktur zunehmend von den eigenen Bedingungen abhängig wird (entgegen Lenin).

Dieses Problem kommt "symbolisch" in der wachsenden Verelendung der Bevölkerung zum Ausdruck: Auf dem Land läßt sich eine Überausbeutung, in der Stadt ein Ausschluß ungeeigneter Arbeitskräfte feststellen⁽³⁾.

Eine Analyse der konkreten Verhältnisse ist also zu fordern, die auch die Funktion der Wissenschaft in diesen Ländern zum Zweck der Entwicklung einer politischen Strategie aufnimmt.

Eine konkret-historische Analyse kann auch klären, warum Akkumulation in diesen Ländern vor allem Geldakkumulation bleibt.

Parallelen zum europäischen Feudalismus ergeben sich dann, obwohl dieser Begriff in seiner historischen Bedingtheit zu bestimmen ist (vgl. Brunner 1968; zur afrikanischen Formation: Amin 1970: 167).

Der ökonomische Inhalt bestimmt sich in dieser Formation über personale Abhängigkeitsverhältnisse, die ihn aber nicht als bloßeⁿ politischen Organisationsbegriff ausweist (vgl. Terray 1974).

Das wesentliche Merkmal liegt in der "ursprünglichen Akkumulation" des sich entwickelnden Ganzen begründet (ungleicher Tausch auf Basis ungleicher Werte; gleicher Tausch mit gleichen Werten; ungleicher Tausch mit gleichen Werten). Bestimmte Kapitalformen existieren in vielen vor-kapitalistischen Formationen (und lassen sich heute noch in Ländern der "Dritten Welt" auffinden).

Daß kein Übergang stattfindet, liegt darin begründet, daß zwar die Trennung der Produzenten von ihren traditionellen Produktionsmitteln festzustellen ist, aber keine ausbeuterischen Beziehungen zum "Ausland" (Kolonialisierung) und keine interne Proletarisierung per Industrialisierung vorhanden sind, der Staat eine andere "starke" Rolle spielt und keine spezifisch herrschende Klasse existiert (Mandel 1963: 71 - 93).

Im Zeitraum zwischen dem 15. Jahrhundert und etwa 1750 entwickelt sich der Kapitalismus vor allem auf dem Rücken der heutigen "Entwicklungsländer". In diesen Ländern, in denen teilweise sogar eine technische Basis des Übergangs vorhanden ist, existiert vor allem eine starke Zentralgewalt, aber keine relevante erstarkende Klasse.

Die "Dritte Welt" ist somit nicht nur Opfer der Konzentration des Kapitals seit dem 16. Jahrhundert, sondern hinkt auch hinter der Industrialisierung im Weltmaßstab her (Industriewaren sind zudem im Überfluß vorhanden).

Die traditionellen Strukturen werden durch die Bedingungen der Waren-Geldwirtschaft, der Notwendigkeit von Geldabgaben, der Lohnarbeit auf der Basis privaten Landbesitzes, der Monoindustrie,

von Binnenwanderungen, der Verstädterung, der Monokulturen, der nationalen Integration negativ deformiert.

Enteignung der Bauern und ihre "Erpressung" führen zu Elend, Hunger, Unterbeschäftigung, Landflucht (vgl. Indien).

Nach westlichem Vorbild durchgeführte Industrialisierungsmodelle und die ungünstigen "Terms of Trade" (Tausch ungleicher Werte zur Aneignung von Mehrwert), die vor allem den Export der kapitalistischen Länder finanzieren, bewegen auch einheimische Geldbesitzer nicht dazu, im "nationalen" Interesse zu handeln: Da sie sich auf ominöse Geldgeschäfte und Bodenspekulationen beschränken, können sie nicht zu "Industrieherrn" werden.

In Anbetracht dieser Gesamtsituation kann man wohl kaum vom "Teufelskreis der Armut" sprechen (Rostow 1962): Die Länder sind arm, weil sie arm sind. Die Produktionsverhältnisse verhindern die "Industrialisierung" des gesellschaftlichen Mehrproduktes (Baran 1967) und die Lösung der Beschäftigungsprobleme.

Der Bedingungsrahmen der Veränderung steht im Gesamtzusammenhang der Auflösung der Naturalwirtschaft, der Verallgemeinerung der Warenproduktion, des Aufstiegs der nationalen Bourgeoisie und der Tätigkeit des Staates zum Zweck nationalen Interesses.

Eine starke Koalition von Lohnabhängigen, Bauern und der "Intelligenz" bildet eine Möglichkeit, wenn die Gesamtsituation den unterschiedlichen Gesellschaftsklassen den Weg zur Industrialisierung mit dem Ziel der Eigenständigkeit aufzwingt.

3.1.2. Die "allgemeine Krise des Kapitalismus" im Zusammenhang mit Problemen der "Dritten Welt"

Die Diskussion der These von der "allgemeinen Krise des Kapitalismus" als einer historischen Periode des Monopolkapitalismus mit seinen Strukturkonflikten und in seinem "Übergangscharakter" (als Möglichkeit), die seit der Oktoberrevolution aktuell ist, drängt sich auf, weil über jene die Implikationen der "Imperialismustheorie" um die "externe" Problematik erweitert werden⁽⁴⁾. Nicht mehr nur die "internen" Widersprüche in kapitalistischen Nationalstaaten und im kapitalistischen Welt-system stehen zur Debatte, sondern auch das "Milieu" in Form der "Entwicklungsalternative" Sozialismus und der Wirksamkeit nationaler Befreiungsbewegungen in Ländern der "Dritten Welt" gewinnt an Bedeutung.

In der heutigen Epoche wirken also drei Aspekte zusammen, die auch die Einschätzung der "Entwicklungsländer" verändern:

- Die Systemauseinandersetzungen zwischen den zwei "polaren" Systemen des Sozialismus und Kapitalismus;
- die Zunahme der "internen" Labilität des Kapitalismus;
- die Auflösung des sogenannten neokolonialistischen Systems bei gleichzeitigem Erstarken nationaler Befreiungsbewegungen.

Die Widersprüche des Monopolkapitalismus (die den internen Grundwiderspruch auf einer spezifischen widersprüchlichen Vergesellschaftungsstufe verschärft haben), des Verhältnisses zwischen imperialistischen Ländern und "Kolonien" und der kapitalistischen Länder untereinander werden so im Zusammenhang eines revolutionären Weltprozesses verschärft.

Der Begriff "allgemeine Krise" drückt keine neue Qualität aus, umgreift kein neues Gesellschaftssystem, sondern bezeichnet den "Übergang" zum Sozialismus.

Angesprochen wird also ein "internationaler Zusammenhang", in dessen Rahmen verständlich wird, weshalb C. W. Mills das Intensivieren der Friedenspolitik mit dem Sinken der Börsenkurse polemisch in Verbindung bringt (1959: 87) und weshalb die kapitalistischen Länder von 1945 bis 1969 als Reaktion auf ihre schwächer werdende Position etwa 93 Kriege führten (Journal of Peace Research, 1971, Heft 1).

Im Rahmen des "revolutionären Weltprozesses" bedeutet real der Aufbau der sozialistischen Länder eine Stärkung der nationalen Befreiungsbewegungen, in deren Aktivitäten sich ein größerer Spielraum der unterdrückten Länder dokumentiert. Gleichzeitig jedoch muß man darauf hinweisen, daß diese Länder (selbst vermittelt über die konkret-historische Dialektik in diesen Ländern) ebenfalls gerade über ihren Kampf gegen den "Imperialismus" auch die Entwicklung des Sozialismus unterstützen.

In drei Etappen⁽⁵⁾ (vgl. "Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus", Berlin 1972; Domdey/Drigilew (Hrsg.) 1976; Der Imperialismus der BRD, 1972; Allgemeine Krise des Kapitalismus, 1976) verschärfen sich die "internen Probleme" wie das Marktproblem, die mangelnde Auslastung der Betriebe, die Massenarbeitslosigkeit und damit die Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern, zwischen Kapital und Arbeit in Form einer "Militarisierung" (Gefahr eines Krieges) über das externe Milieu des Sozialismus und die Situation in den Entwicklungsländern.

In der folgenden Darstellung⁽⁶⁾ soll nicht der Versuch unternommen werden, die einzelnen historischen Etappen in ihrer spezifischen Ausformung⁽⁷⁾ zu konkretisieren, sondern wesensmäßig die Systemauseinandersetzungen zugrunde zu legen, die im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution mit ihren Problemen der Energieversorgung, der Rohstoffvorräte, der Umwelt und Ernährung zu einer Verschärfung der Widersprüchlichkeiten führen.

Unter der Voraussetzung des "historischen" Niedergangs des Kapitalismus und seiner Übergangs im Rahmen der "allgemeinen Krise" (abgesehen von konkreten methodologischen Problemen) drückt sich die Veränderungstendenz im Weltmaßstab allgemeinaus: in den globalen Kräfteverhältnissen (internationale Konzerne, interimperialistische Verhältnisse, Verhältnis zwischen kapitalistischen und Entwicklungsländern, Währungskrise), in der Labilität des staatsmonopolistischen Systems (Kapital und Arbeit, Anarchie und Disproportionalität, Überproduktion und Inflation, Arbeitsbedingungen, Situation der Arbeiterklasse), in der Labilität des Herrschaftssystems (Arbeiterklasse und demokratische Bewegungen, Monopolbourgeoisie, staatliche Machtausübung) und in den ideologischen Strategien (geistige Situation, Gesellschaftstheorie und "Verschleiß"). Es steht also zusammenfassend die Frage im Mittelpunkt, ob über kapitalistische ökonomische Integrationsmechanismen die demokratische Internationalisierung und Vergesellschaftung der Produktivkräfte im Sinne der optimalen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft (und Persönlichkeit) geleistet werden können:

Dieses Problem stellt sich als das des "Friedens" (Humanität, Arbeit) dar, da überall gearbeitet wird.

Die Situation in den Ländern der "Dritten Welt" hängt eng (die Weichen sind durch das erste Kolonialsystem gestellt worden) mit den globalen internationalen Kräften zusammen und berührt das Problem der Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Weltsystems.

In der Hinsicht, als der Imperialismus als ökonomisch bestimmt (vgl. Klassen und Klassenkampf, 1963 ff.) seine Gestalt wesentlich durch die Ausnutzung fremder "Ressourcen" unter möglichst hohen Profiten gewinnt, werden die "Entwicklungsländer" gerade über die Analyse der Prozesse der Änderungsgewalt, d. h. der revolutionären Formen des Systemwandels interessant, wobei die Transformation auf der Basis kollektiver Bewegung in ihrer "Gesamtheit" (alle Elemente der Produktionsweise) vonstaten geht.

Denn Veränderungen struktureller Art, die nicht auf eine offizielle Entwicklungsideologie hinauslaufen (Bohnet (Hrsg.) 1971)⁽⁸⁾, haben in Verbindung mit den Systemauseinandersetzungen zwischen Sozialismus und Kapitalismus Wirkungen auf die internen Verhältnisse der wesentlichen Industrieländer.

Der letzte Aspekt umgreift eine realistische Bestimmung "intersystemarer Kooperation" auf Basis der These der "friedlichen Koexistenz" zwischen Staaten mit konträren Gesellschaftsordnungen: d. h. Kooperation findet in Form des Konfliktes statt (vgl. Matthiessen, in: Blätter... 5/73; Tunkin, in: Blätter... 10/72; Der Imperialismus der BRD, 1972; 116).

Freilich muß einkalkuliert werden, daß die Annahme eines abstrakt gesetzten weltrevolutionären Prozesses, in dem der nationalstaatliche Sozialismus "Vorbildcharakter" hat, noch nicht die Notwendigkeit "lokaler" gewaltmäßiger Kämpfe mit Revolutionierungstendenz ausschließt. Die Revolutionierung und damit die Transformation eines Systems kann nicht durch eine machtpolitische Konstellation ersetzt werden, wenn diese auch gewisse Schutzgarantien für Umbildungsprozesse bietet.

Gerade in Hinsicht auf die Unterstützung antikolonistischer, vorrevolutionärer Bewegungen reicht der bloße Vorbildcharakter zur Schwächung des "Imperialismus" nicht aus.

Was also kritisiert werden muß - bzw. relativiert - ist die allzu große Abweichung vom Leninschen Friedensbegriff (vgl. Papcke 1973).

Änderungsbedingungen und Durchbrechungsmittel sind eben an ganz konkrete Prozesse gebunden, die sich nicht nur in Teillösungen und "friedlichen" Mitteln der Gewalt erschöpfen, da auf diese Weise auf die Selbstaflösung des Systems gewartet wird oder man sich darauf beschränkt, die Verbesserungen im Sinne der Transformationsmöglichkeit pragmatisch zu nutzen.

Die These der "friedlichen Koexistenz", die ohnehin "Konflikte" als notwendig miteinrechnet, soll nur insofern relativiert werden, als sie in die Gefahr einer gesellschaftspolitischen Wettbewerbspolitik geraten kann, deren Grenze gerade über die Faschismus- und Integrationsmöglichkeit innerhalb des Kapitalismus bestimmt wird.

Der Begriff "Allgemeine Krise" erlaubt es, unter diesen Voraussetzungen die Dialektik von inneren und äußeren Widersprüchen auszuloten. Damit wird ersichtlich, wie die Vergeudung von Gebrauchswerten, die "Sinnverkehrung menschlich produktiver Tätigkeit" (für äußerst wichtige Bereiche der Reproduktion sind kaum Finanzen eingeplant) immer mehr über intergesellschaftliche Verhältnisse problematisiert werden muß.

Im Überblick gestaltet sich die wichtige dritte Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus wie folgt:

- Im Zeitraum vom Ende der 50er Jahre bis zum Beginn der 70er Jahre zerfällt das alte Kolonialsystem; drei imperialistische Zentren bilden sich heraus (USA, EWG, Japan), eine Politik der Annäherung bis zur Entspannung entwickelt sich.
- Seit Beginn der 70er Jahre wird die politische Wirkung nationaler Befreiungsbewegungen noch deutlicher, stellen sich enorme Krisenakkumulationen im kapitalistischen Weltsystem ein (Rohstoff- und Energiekrise).

Im globalen Sinne sind die Verhältnisse also dadurch gekennzeichnet, daß die kapitalistische Wirtschaft international geschwächt erscheint. Ihr Territorium hat sich nach dem zweiten Weltkrieg enorm verkleinert (vor dem zweiten Weltkrieg: ein Territorium von 84 % mit 92 % der Weltbevölkerung; nach dem 2. Weltkrieg ein Territorium von 24 % mit 18 % der Bevölkerung: "Allgemeine Krise des Kapitalismus" 1976: 63 f.).

Daher sehen sich die entwickelten kapitalistischen Länder ihrerseits dazu gezwungen, die friedliche Koexistenz als kooperatives Konfliktfeld zu akzeptieren und in ihrem Sinne auszunutzen, weswegen ein weltweiter Kampf um die materielle Ausgestaltung des Völkerrechts (UNO-Charta, in: Blätter... 12/71) entsteht. Die sich entwickelnde Konstellation kann bewirken, daß die Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution (Begriff: Bernal 1939) alternativ gelöst werden können.

Trotz des Bestehens des "Militär-Industriellen-Komplexes"⁽⁹⁾ bringt die Entspannung Veränderungen im ökonomischen und ideologischen Kampffeld: Die Aufrüstungsstrategie wird immer mehr in Frage gestellt, so daß Beziehungen zwischen Militarisierung und konjunkturellen Krisen (d. h. Profitverlusten) herstellbar sind⁽¹⁰⁾.

Das veränderte Kräfteverhältnis macht sich auch daran bemerkbar, daß die Industrieproduktion der sozialistischen Länder gestiegen ist. Im prozentualen Vergleich zu den kapitalistischen Ländern ergibt sich für das Jahr 1940 ein Anteil von 10 %, für 1950 von 60 % und für 1960 von 75 % (Allgemeine Krise...: 75).

Der Anteil der RWG-Länder am industriellen Weltwachstum steigt von 17 % im Jahre 1950 auf 35 % im Jahre 1975. Ebenfalls läßt sich in der Rohstoffgewinnung ein positives Bild zeichnen.

Auf der anderen Seite bleiben trotz der Suche nach eigenen Rohstoffvorkommen und anderen Möglichkeiten der Energiegewinnung die entwickelten kapitalistischen Länder weiterhin von den Ländern der Dritten Welt abhängig: Dies impliziert Gefahren für ihre Existenz, wenn jene einen nicht-kapitalistischen Weg beschreiten.

Der Versuch, in expansionistischer Weise Rohstoffquellen zu konzentrieren und dementsprechend strategisch vorzugehen, stößt allerdings immer mehr auf Widerstände, vor allem, seit auch die Arbeitsproduktivität in sozialistischen Ländern steigt und sie somit konkurrenzfähiger werden (vgl. Probleme des Friedens und des Sozialismus 1975, H. 6).

Seit ein alternatives System die Weltbühne betreten hat, seit also die allgemeine Krise gesetzt ist, kommen aber nicht nur Möglichkeiten alternativer ökonomischer Strukturen in den Blick, sondern auch das System sozialer Wirkungen, das eine Wirtschaft bedingt, welche den Menschen in den Mittelpunkt stellt und für welche Planung nicht allein die optimalere "Einbringung" von Profiten bedeutet.

Die in der Folge entstehende Phase der Entspannung deutet daher darauf hin, daß ein Wandel in Richtung der Bedeutung von Weltmaßstäben zum Vorschein kommt, daß die alleinige Bedeutung interner sozio-ökonomischer Faktoren zurücktritt, ohne unwichtig zu werden.

Es entsteht eine Perspektive, die es erlaubt, den inneren Aufbau mit der Möglichkeit gleichberechtigter, gegenseitiger internationaler Beziehungen zu verbinden - auch im System unterschiedlicher Gesellschaftsformationen.

Kooperation mit kapitalistischen Ländern - auch in Form schrittweiser Kompromisse und Konzessionen - drängt sich als ein Mittel friedlicher Koexistenz in ökonomischer und politischer Hinsicht auf, die Erweiterung der Handelsbeziehungen auch mit Entwicklungsländern (von 1,5 % im Jahre 1953 auf 8 %

im Jahre 1973 gestiegen) wird sichtbar, wenn auch z. B. der Kapitalfluß aus sozialistischen Ländern noch 1962 nur etwa 5 % der gesamten Zuflüsse beträgt (U.N., 1964: 31).

Insgesamt kann das Resümee gezogen werden, daß dem kapitalistischen System zunehmend ein anderes politisches und ökonomisches Milieu entsteht, das über Wirtschaftsverflechtungen auf der Basis von Koexistenz friedensrelevant werden kann. Zusammen mit den Entwicklungsländern werden diese neuen Bedingungen daher heute in der Weise genutzt, daß in den Konferenzen der UNCTAD und auf der XXIX. UN-Vollversammlung eine Charta zur Bestimmung der ökonomischen Rechte und Pflichten verabschiedet wird:

Der Kapitalismus ist gezwungen, sich an dieses neue Milieu - wenn auch widersprüchlich - anzupassen⁽¹¹⁾.

Dennoch existiert weiterhin eine Situation der Kriegsgefahr angesichts der enormen Investitionen in die Rüstungsproduktion und in die Forschung/Entwicklung, welche genuin mit dem Kapitalismus zusammenhängen (vgl. Krauch 1970) und dem Kampf um die Identität von Frieden, Ökonomie und Politik - an der auch die Sozialwissenschaften beteiligt sind - praktisch entgegensteht. Wie Lenin ausgeführt hat, hängen die Inhalte von Krieg und Frieden eng mit der jeweiligen Politik, Ökonomie und dem Stand des Klassenkampfes zusammen (Werke, Bd. 24): Eine Gesellschaftsformation, deren enorme Produktivkraftentwicklung von inadäquaten Produktionsverhältnissen (Profitorientierung) gebremst wird, enthält genuin ein Gewaltpotential zur Verfolgung partikularistischer Interessen.

Um die "Friedenssicherung" in Entwicklungsländern zu gewährleisten, muß daher im Vergleich zu jenen Verhältnissen die Errichtung der Nationalstaatlichkeit über eine Monopolbourgeoisie kritisiert werden, die entgegen der Existenz unterschiedlicher Ethnien und ihrer Solidaritätsbasis eine tribalistische Ideologie zum Ziel hat, die Klassenwidersprüche nicht berücksichtigt und als ideologische Integrationsstrategie fungiert.

An dieser Stelle wird dann der "bewaffnete Kampf" von nationalen Befreiungsbewegungen akut, die auf einen Zusammenhang von demokratischer Politisierung und sozialistischer Entwicklungsplanung hinwirken: Entgegen dem Selbstbild einiger politischer Führer, die sich gern als "sozialistisch" begreifen, obwohl sie lediglich eine unabhängige Politik betreiben.

Wenn von Friedensherstellung die Rede ist, muß berücksichtigt werden, daß der bewaffnete Krieg sich im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution derart gewandelt hat, daß Sicherungssysteme neuer Dimension wichtig werden, die im internationalen Kräfteverhältnis qualitativ neue Bedingungen vorfinden, die der Tendenz nach antiimperialistisch strukturiert sind.

Die Erfahrungen mit dem Vietnam- und Koreakrieg, die Erfolge der nationalen Befreiungsbewegungen haben daher die kapitalistischen Länder dazu veranlaßt, eine Konzeption realistischer Abschreckung zu entwickeln, da die militärische Aufrüstung nicht mehr automatisch politische Wirkungen impli-

ziert, obwohl neue Waffensysteme mit einem Aufwand von 148 Mrd. Dollar geplant sind (Allgemeine Krise ... 98), deren Entwicklung der wachsenden Einsicht entgegensteht, daß Investitionen in die Rüstung von der Bearbeitung anderer wichtiger Probleme (z. B. Erziehung und Bildung) ablenken.

Das sind natürlich Tendenzen. In der Realität überwiegen nach wie vor die ökonomischen Interessen, die im Militärbereich ein Geschäft wittern. Es scheint daher nicht verwunderlich zu sein, daß die USA durchschnittlich einmal im Jahr militärisch aktiv werden (Journal of Peace Research, 1971, H. 1).

Im Vergleich zum Jahr 1940, in dem die Militärintvestitionen 2 % der heutigen Ausgaben ausmachen, haben sich die Investitionen von 1950 bis 1960 verdreifacht, bis 1974 noch einmal verdoppelt (vgl. auch Hennig, in: Krippendorff (Hrsg.) 1968: 275 ff.).

Im Gegensatz zur Vergangenheit liegen die Profite in der Rüstungsindustrie um 70 % höher als in anderen Zweigen. Die militärische Aufrüstung bleibt also weiterhin ein Regulierungsmittel, das aber heute wegen der interimperialistischen Konkurrenz die Partner aufeinander verpflichtet.

Die "Logik" des Ganzen kommt folgerichtig darin zum Ausdruck, daß der militärisch-industrielle Komplex zwar als ein unproduktives Mittel der Konjunkturbelebung betrachtet wird, die NATO aber ihren Etat von 24, 6 Mrd. Dollar im Jahre 1970 auf 44,4 Mrd. im Jahre 1974 erhöht; Volksvermögen wird sinnlos vergeudet (auch das Argument der Sicherung von Arbeitsplätzen zieht da wenig: vgl. SPIRI, 1972).

Weswegen die BRD keine Möglichkeiten hat, den Bildungssektor entgegen ideologischer Scheinargumente umzuorganisieren, zeigt sich dann daran, daß sie Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Rüstungsbereich von 1952 bis 1971 um das 20-fache von 10 Millionen Dollar auf 232 Millionen steigern kann (SPIRI, 224 f.)⁽¹²⁾.

Dem Gerede vom Gleichgewicht der Kräfte steht die reale Schaffung eines Ungleichgewichts gegenüber (siehe das Weißbuch der Bundesregierung 1973/4).

Diskutiert man Strategien zur Abrüstungsfrage, muß man davon ausgehen, daß laut UNO (XXIX. Vollversammlung) 1973 die Gesamtausgaben für Rüstung 240 bis 275 Mrd. Dollar betragen haben: Mehr als das gesamte Nationaleinkommen der Länder der "Dritten Welt" (vgl. dazu z. B. die Hungerkatastrophe in Nord-Ost-Indien 1966/7, Die ZEIT 50/1966).

Diese Summe entspricht dazu dem Fünffachen des Haushalts der BRD im Jahre 1975.

Ebenfalls bedeutet dieses Investitionssystem ein Zwanzigfaches der Entwicklungshilfe, impliziert 20 Mrd. Dollar für Forschung/Entwicklung, umfaßt eine Zahl von 25 bis 30 Mill. Beschäftigter (davon 400 000 Wissenschaftler und Ingenieure) in diesem Bereich.

"Frieden", den man sicher nicht als Abwesenheit von Krieg oder als allgemein-menschliche, organisierte Friedlosigkeit definieren kann, sondern der sich über das Vorhandensein von Arbeitsprozessen in jedem Gesellschaftssystem bestimmen muß (MEW 17), wird gerade zur Notwendigkeit, wenn

1/4 der gesamten Aufwendungen der Nationalstaaten derart vergeudet wird (vgl. Vorwärts, 24. Okt. 71). Tendenzen müssen unterstützt werden, die den "MIK" als Schaltstelle im Gesamtsystem der Herrschenden strategisch bekämpfen, in dem ohnehin nur überschüssiges Kapital investiert wird.

Das freigelegte Potential kann z. B. auch für die Lösung von Umweltproblemen genutzt werden, die nicht einer technischen und organisatorischen Regulierung bedürfen, sondern eine Herausforderung in der Art implizieren, als es um die Aneignung der Produktivkräfte zum Nutzen aller geht.

Dem entgegen werden Umweltprobleme im offiziellen Rahmen theoretisch über die allgemeinen, menschlichen Verhältnisse einer "modernen" Industriegesellschaft erklärt, um adäquate Erkenntnisse zu verhindern und die Bevölkerung zum Verzicht zu bewegen, weil das Kapital angeblich keine Mittel zur Verfügung hat, die Probleme verstärkt selbst zu lösen.

Obwohl die wissenschaftlich-technische Revolution die Biosphäre dermaßen verändert hat, daß die Tätigkeit des Menschen und ihre Auswirkung einem Naturprozeß gleichkommt, verhindert die Vermittlung des Verhältnisses zwischen Natur und Mensch im Kapitalismus über den Verwertungsaspekt die Be-seitigung von Vergeudung und Raubbau.

Zwischen 1929 und 1963 werden daher Großteile des Bruttosozialproduktes ohne Rücksicht auf materielle und geistige Bedürfnisse (Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 1973, H. 3) produziert, da die Umwelt als frei ausschöpfbare Gütersphäre angesehen wird.

Lösungen erscheinen nur zu 50 % (wenn überhaupt) über private Investitionen möglich zu sein. Folgerichtig sitzen in den öffentlichen Umweltschutzkommissionen die Vertreter der Monopole, die ansonsten Drohungen ausstoßen, wenn sich Proteste gegen die Errichtung umweltfeindlicher Betriebe einstellen (BDI, in: FR, 20. Mai 1971), es sei denn die Konzerne profitieren selbst an der Umweltsanierung (anderenfalls schließen sie lieber Betriebe).

Das Ökosystem (oder Biosystem) wird also durch Privatbesitz in seinem gesellschaftlichen Nutzungscharakter zerstört.

Umfassende internationale Lösungsversuche müssen daher angegangen werden (Kommission USA/UDSSR seit 1972, UNESCO-Forschungsprogramme, 1970 - 1980).

1,87 Billionen Dollar sind dagegen in den 60er Jahren für die Aufrüstung ausgegeben worden⁽¹³⁾. Die scheinhumanen Intentionen westlicher kapitalistischer Länder brechen sich (eng mit der Vergeudung in der Rüstungsindustrie verbunden) an der Nahrungsmittelsituation in der Welt, vor allem in Ländern der "Dritten Welt". Schon Marx hat ja im Kontrast dazu erkannt, daß es ein prekäres Mittel sei, erst aufrüsten zu müssen, um den Frieden zu sichern (MEW 13), weil ohne Verteidigung das große Geschäft nicht stattfindet, so daß die überflüssige Arbeit nicht zur Bedingung der notwendigen wird.

Daß im Rüstungsbereich - einschließlich der Forschung und Entwicklung - die Profite ungleich hoch liegen, dürfte der Schlüssel dafür sein, daß die

Anstrengungen zur Ankurbelung ziviler Produktion gedämpft sind. In den zivilen Sektor werden höchstens 5 % investiert (Kuczynski 1973).

In diesem Kontext relativiert sich die Entwicklungshilfe, die sich immer mehr als konjunkturelle Verknüpfung zwischen Struktur- und Entwicklungspolitik darstellt (Unger, in: Blätter... 7/74) in einer außenpolitischen, von ökonomischen Interessen vermittelten Strategie, die volkswirtschaftlichen Nutzen bringen soll.

Die "Hilfe" gestaltet sich strukturell folgendermaßen:

- Länder werden unterstützt, die militär-politisch einer anti-sozialistischen Strategie folgen (vgl. Südvietnam, Südkorea, Griechenland, Portugal u. a.).
- Durch EH sollen einerseits die Profite im eigenen Land erhöht, andererseits im Ausland günstige Bedingungen für den privaten Kapitalexport gesichert werden.

Auf diese Weise bereitet die sogenannte öffentliche Hilfe oft lediglich den Boden für Privatinvestitionen vor (z. B. in Asien und Afrika, während in Lateinamerika mehr privates Kapital investiert wird): Verstärkt wird aber in Krisenherde des imperialistischen Systems investiert.

Entwicklungshilfe verweist daher zum größten Teil eben auf eine Form von "Kapitalbewegungen" (vgl. Myrdal), so daß das Pro-Kopf-Einkommen der Entwicklungsländer 1974 um 0,5 % gesunken ist (schon vor der Ölkrise).

Wie das Wechselspiel zwischen privater und öffentlich-staatlicher Investition anzeigt, sinkt die staatliche Hilfe sogar auf 0,3 % im Jahre 1973, anstatt die geforderte Norm von 0,7 % zu erfüllen (ohnehin minimal).

Welche Veränderungen notwendig sind, vermitteln die katastrophalen Verhältnisse in der Dritten Welt. Die Nahrungsmittelproduktion ist in der Dritten Welt um 0,9 % von 1970 - 1973 gesunken, der Anteil der meisten Länder am Welthandel ist bis 1973 um 10,7 % zurückgegangen. Gleichzeitig steigt die Verschuldung, während die Kapitalrückflüsse aus den Entwicklungsländern im Vergleich zum Kapitalexport überdimensional größer sind (in Asien um das 10fache, in den Ölländern um das 100fache).

Die Ausbeutung der Entwicklungsländer hängt eng mit dem Aufbau von profitablen Wirtschaftsbereichen - nämlich der Rüstungsindustrie zusammen, für die Rohstoffe und Energie funktional für den Erhalt ihrer intern bedingten Struktur sind, wegen außengeleitete Gründe, die in eine antikomunistische Ideologie münden, von sekundärem Interesse sind.

Die Notwendigkeit der Profitmaximierung erklärt, weswegen ein in großem Maße unproduktiver Bereich vorhanden ist, der sich sogar für die wirtschaftliche Entwicklung negativ auswirken kann, wenn Kaufkraft geschaffen wird, der kein güterwirtschaftliches Korrelat gegenübersteht (Rilling 1970).

Staatlich vermittelt werden hier Arbeitskräfte am Leben erhalten, die anderswo fehlen, können die kapitalintensiven Strukturen nicht produktiver genutzt werden.

Das Argument der Arbeitsplatzsicherung ist deshalb nicht schlüssig, weil ständige Rationalisierungen drohen. Zusätzlich wird wissenschaftliches Potential unproduktiv gebunden (ganz zu schweigen vom Inflationsbeitrag).

Die Umstellung auf Zivilproduktion ist also zu fordern, wenn die Nahrungsmittelkrise wirklich gelöst werden soll. Trotz der Tatsache, daß von 3 Mrd. Erdbewohnern jährlich 25 Millionen verhungern und 500 Millionen am Rande des Hungertodes leben, ist nur logisch, daß das die kapitalistische Entwicklungshilfe die Nahrungsmittelproduktion in ihr politisches Kalkül mit einbezieht.

Daher errichten die USA (UNO 1974) ein Nahrungsmittelmonopol, welches als Basis einer Erpressungskampagne dient (11. Nov. 1974).

Insgesamt stellt sich eine mögliche Hilfe ökonomisch im Zusammenhang zwischen nationalstaatlichen Erfordernissen und internationaler Entwicklungen dar, ist zu betrachten als Variante nationaler Politik des Spätkapitalismus, in dem die Produktionsverhältnisse nach staatlicher Regulierung verlangen, deren Inhalt allerdings im Gegensatz von langfristigen und kurzfristigen Kapitalinteressen auch widersprüchlich erscheint.

Die Logik des "Ganzen" kommt darin zum Ausdruck, daß einerseits in der BRD (vgl. Matthiessen, in: Blätter... 4/74) jeder Bundesbürger einen Monat umsonst für die Rüstungsindustrie (innerhalb eines Jahres) arbeitet, daß andererseits die Länder der Dritten Welt (zu diesem Zweck des Erhalts profitabler Industrien) ausgebeutet werden und sich ihre Situation permanent verschlechtert.

Schon 1973 wird von den Mitgliedern der 4. Gipfelkonferenz der nichtpaketgebundenen Staaten in Algier eindringlich auf die Lösung des Nahrungsmittelproblems verwiesen, was auf der XXVIII. UNO-Vollversammlung aufgegriffen wird.

In der UNO-Welternährungskonferenz kann zwar eine "Allgemeine Deklaration über die Beseitigung von Hunger und Unterernährung" verabschiedet werden, die diekolonialistischen und neokolonialistischen Ursachen benennen (bekannt ist dies jedoch schon länger), die praktische Umsetzung läßt aber auf sich warten (vgl. auch Rothe 1972), die Zahl der Opfer des Hungers ist sogar im Steigen begriffen (FAO 1973).

Die Todesursache von Kindern unter 5 Jahren bedingt zu 50 % der Hunger, weswegen z. B. in Indien monatlich etwa 100 000 Kinder sterben.

Es läßt sich allgemein feststellen, daß in 61 von 97 Entwicklungsländern der Mindestbedarf an Nahrungsmitteln nicht gesichert ist. Während in den entwickelten Ländern die Nachfrage um 27 % bis 1985 steigen wird und um 51 % mehr Nahrungsmittel produziert werden, steigt die Nachfrage in Ländern der Dritten Welt um 72 % und ist nur eine Nahrungsmittelproduktionssteigerung von 41 % möglich (trotzdem steigen die Weltmarktpreise). Etwa 16 - 18 Mrd. Dollar zum Kauf von Getreide in der Menge von 85 Millionen Tonnen sind notwendig, um die Situation wesentlich zu verbessern.

Die historischen Wurzeln - wie schon erwähnt - liegen ursächlich im Kolonialsystem begründet, über das sogar das notwendige Produkt profitabel gemacht worden ist.

Die traditionellen Bauernorganisationen (deren Formen allerdings vielfältig sind) sind daher zerstört und durch eine Kombination von halbfeudalen, feudalen und kapitalistischen Strukturen ersetzt (dagegen haben den nicht-kapitalistischen Weg z. B. Kuba, Burma, Algerien, Tansania, Kongo-Brazzaville u. a. eingeschlagen), anstatt genossenschaftliche Formen einzuführen (vgl. Prokopczuk, in: Blätter... 11/76).

Selbst die Erlangung der staatlichen Souveranität, die eine positive Vorbedingung sein kann, hat keine qualitative Erhöhung der agrarischen Produktion und damit des Lebensniveaus erbracht.

Um alternative Entwicklungen abzubauen, versuchen imperialistische Staaten den nicht-kapitalistischen Weg einschließlich seiner Übergangsformen (vgl. Le Duan 1971; Lê Châu 1968) zu verhindern und Abhängigkeiten zu verstärken (nicht-äquivalenter Tausch, Diskriminierung der Importpolitik, Kapitalexport und Profittransfer, Kreditpolitik, Vernachlässigung der Rohstoffbedürfnisse der unterentwickelten Länder).

Diese Versuche zeitigen wegen der Vorrangstellung der multinationalen Konzerne (transnationale) großen Erfolg.

Die ökonomische und politische Strategie der MK üben einen negativen Einfluß auf die Landwirtschaft und Industrie aus, weil vor allem agrarische (monokulturell) und mineralische Rohstoffe (Monoproduktion) abgebaut werden, weswegen die Nahrungsproduktion zur Eigenversorgung brachliegt. Diese Länder werden sogar gezwungen, ihre letzten Reserven aufzubrauchen, um ihre Schulden zu bezahlen.

Die Preisschwankungen auf dem Weltmarkt (Monopolpreise) verstärken diese Tendenzen.

In skrupelloser Weise nutzen die MK der sogenannten "demokratischen" Länder die Krise aus:

- Von 1970 bis 1974 steigern sich die Nahrungsmittelpreise (Weizen) um 337 %.
- Die Düngemittelpreise steigen derart rapide, daß das Leben von etwa 50 Millionen Menschen in Indien gefährdet sein wird (FAZ, 2. Mai 1974).

Ideologisch (und theoretisch) kann die Lösung des Hungerproblems produktionstechnisch angegangen werden, oder die Ursachen werden bevölkerungspolitisch auf verstärkte Familienplanung reduziert.

Die sogenannte "grüne Revolution" in Indien z. B. hat daher nur kurzfristige positive Auswirkungen bedingt, weil die Produktionsverhältnisse weiterhin die Großgrundbesitzer übervorteilt und die Situation der bäuerlichen Familien daher verschlechtert hat (vgl. Kantowsky 1972 a; TdH 2/78: 13 ff.).

Die Parzellen der Kleinproduzenten werden entweder aufgekauft oder sie werden einfach enteignet, so daß das Tagelöhner-Dasein oder das Leben in den Slums der Städte die einzige Alternative bieten.

Das wirkliche Ziel der "grünen Revolution" liegt offensichtlich darin begründet, eine "rote" Entwicklung zu verhindern, wie die Süddeutsche Zeitung beklagt (25. Nov. 1971).

Auch eine neomalthusianistische Lösung, die einmal mehr in der Familienplanung das Allheilmittel sieht, bringt keine Erfolge und fußt zudem auf zwei Fehleinschätzungen:

- a. Die alte These der Abnahme des Bodenertrages, die vom Sinken der natürlichen Rohstoffe ausgeht und eine Überbeanspruchung wegen Überbevölkerung behauptet (Clube of Rome), übersieht, daß unter entsprechenden gesellschaftlichen Bedingungen etwa 65 - 130 Mrd. Menschen ernährt werden können. Die Art und Weise der Nutzung (Produktivkräfte) und die gesellschaftliche Organisation (Produktionsverhältnisse) sind in ihrem Zusammenhang entscheidend. Zudem ist der These entgegenzuhalten, daß die Bevölkerung wesentlich langsamer gewachsen ist als die Möglichkeit, im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution Probleme zu lösen.
- b. Bisher hat sich die Geburtenkontrolle nicht positiv ausgewirkt (Kantowsky 1972 b). Über diese Maßnahme wird die negative Entwicklung den Ländern selbst als selbstverschuldet auferlegt. Nur in Kombination mit dem Abbau von Enteignungs- und Profitmöglichkeiten ist die Geburtenkontrolle ein effektives Programm.

Alles in allem bietet sich aber ein alternatives Modell gesellschaftlicher Arbeitsteilung zur Wahl an, über das die Nahrungsproduktion von diesen Ländern selbst gelöst werden kann, indem die Arbeitskraft dementsprechend genutzt und das gesellschaftliche Mehrprodukt nicht vergeudet werden: Kollektive Planung zur Nutzung im gesamtgesellschaftlichen Maßstab ist ein Weg.

Eine Kombination von agrarischen, demokratischen Reformen (schon in Vietnam von der Befreiungsbewegung durchgeführt), genossenschaftlichen Zusammenschlüssen (entgegen den Nachteilen der Warenproduktion), staatlichen Investitionen und demokratisch-antimonopolistischer Umgestaltung stellt eine alternative Lösungsstruktur dar (vgl. Kuba: Trappen 1965).

Die Situation der Entwicklungsländer stellt sich aber heute noch so dar, daß sie in einer ersten Phase der Hilfe von außen bedürfen, die aber sowohl Aktivitäten der sozialistischen Länder als auch die Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen impliziert.

Vergleicht man die erforderlichen Aufwendungen von 5 Mrd. Dollar, die pro Jahr an EH notwendig sind, mit einer realen Ausgabe von 1,5 Mrd., die bis 1980 gezahlt werden sollen, erscheinen die Rüstungsausgaben von 78 Mrd. Dollar im Jahre 1973 (USA) und 250 Mrd. in der gesamten westlichen Welt in einem anderen Licht.

In diesem Kontext hat die Energie- und Rohstoffkrise gezeigt, daß die Entwicklungsländer ökonomische und machtpolitische Druckmittel anwenden können. Verständlich sind daher Ablenkungsversuche, die nur von den sicheren Quellen ausgehen, und nicht von den tatsächlichen Vorkommen, die ausreichen würden, um 300 Jahre das Niveau von 1971 zu halten. Die Erkundung und Förderung wird dagegen bloß unter dem Profitgesichtspunkt des Verhältnisses zwischen Rohölförderung (als Beispiel) und Reserven betrachtet, da ansonsten die Nutzung zu kostspielig ist.

Die geologische Verfügbarkeit in eine technologische und ökonomische umzusetzen ist eben wiederum eine gesellschaftliche Problemlösung, die die Suche qualitativ anderer Möglichkeiten impliziert.

Dem entgegen werden, da die Preise bei den Primärstoffen niedriger liegen, z. B. Abfälle und Altstoffe nicht verwertet, so daß wegen der mangelnden Planung Störungen im Reproduktionsbereich entstehen.

Wie aber die Krise gezeigt hat, kann der Kapitalismus infolge der Einschränkung des Rohstoffmonopols und der Abhängigkeit im Energiesektor von wenigen Ländern (aus Profitgründen) die Vergesellschaftung und Internationalisierung auf Dauer nur beschränkt leisten⁽¹⁴⁾ (Erdölmachen etwa 2 % und Erdgas etwa 6 % der Energieträger, Kohle dagegen sogar 92 % aus).

So beuten die "sieben Schwestern" (Exxon, Standard Oil, Mobil Oil, Texaco, Royal Dutch/Shell, Gulf Oil, British Petroleum) die Quellen des Mittleren und Nahen Ostens, Nordafrikas und Lateinamerikas systematisch aus (IPW-Berichte 1974, H. 3). Gewaltige Profite sind die Folge, die sich in der Erdölkrise sogar um 90 bis 154 % gegenüber 1972 erhöhten.

Weil die eigenen Quellen aus Sicherheitsgründen und wegen mangelnden Profits nicht angezapft werden, sind die kapitalistischen Länder zu 92 % abhängig von den Ländern der OECD (die Rohstoffeinfuhren steigen).

Die Maßnahmen der Regulierung sind halbherzig, beschränken sich auf Teilbereiche und Einzelmaßnahmen, die Monopole nutzen die Situation sogar aus (die Erdölgesellschaften betreiben heute in den USA das Geschäft mit der Kohle, dem Erdgas und der Kernenergie).

Den Rohstoff- und Energie-Ländern aber wird das Recht auf Selbstbestimmung über ihre Ressourcen nicht nur abgesprochen, sondern ihnen wird auch mit militärischer Invasion gedroht.

Das Problem in friedlicher Kooperation international zu lösen scheint langfristig der einzige Weg zu sein, der die Kostenabwälzung (per Staat) auf die Bevölkerung verhindert.

Die Darstellung der vorangegangenen Probleme führt uns zu der These, daß die kapitalistische Weltwirtschaft sich wegen ihrer ungleichmäßigen Entwicklung in einer längerfristigen Krise befindet (Internationale Beratung ... Moskau 1969).

Der Anteil am Weltexport und direkte Privatinvestitionen nehmen zu und erzeugen Regulierungswidersprüche auf privater und staatsmonopolistischer Ebene, im Internationalisierungsprozeß, zwischen imperialistischen Staaten und in den Entwicklungsländern.

In dieser krisenhaften Entwicklung kommt den multinationalen Konzernen eine besondere Bedeutung zu. Diese unterscheiden sich zwar einerseits kaum von normalen Konzernen (Kapitalkonzentration, Monopolisierung, Macht), andererseits aber liegt ihre Funktion weltwirtschaftlich in der Internationalisierung der Produktivkräfte, indem die staatlichen Grenzen zwischen ihren wirtschaftlichen Einheiten (Muttergesellschaft, Tochtergesellschaften) überwunden werden.

Der Entstehung und der Form nach den Konzernen ähnlich betreiben jene Kapitalexport zu Investitionszwecken über die Ausnutzung nationaler Währungskontrollen, so daß wegen der strukturellen Durchdringung der Entwicklungsländer für diese kaum Wachstumseffekte möglich sind (vgl. Nehls 1970). Ihr negativer Einfluß beschäftigt heute selbst die UNO, seit die Rolle der ITT in Chile weltweites Interesse gefunden hat (1974)⁽¹⁵⁾.

Ihre Auslandsproduktion, die den Warenexport bei weitem übertrifft, beläuft sich 1973 auf etwa 330 Mrd. Dollar (davon wird etwa die Hälfte von den zehn größten Konzernen angeeignet).

Sie richten ihr Augenmerk vor allem auf forschungsintensive Bereiche und Wachstumsindustrien, weswegen sie auch die Forschung und Entwicklung beherrschen (63 % von 28 Konzernen in den USA).

Die MK werden in Ländern aktiv, in denen günstige Kapitalverwertungsbedingungen existieren (also Entwicklungsländer) oder in denen die Gewerkschaften geringen Einfluß besitzen. Vermittels ihrer eigenen, internen Struktur sind sie in der Lage, subtile Steuermanipulationen vorzunehmen. Auf der anderen Seite bewirken ihre Währungstransaktionen inflationäre Tendenzen.

Konzentrieren sich die MK auf die Binnenmärkte der Entwicklungsländer, legen sie diesen auch Importbeschränkungen auf, so daß die negativen Auswirkungen der vor allem arbeitsintensiven Produktion noch verstärkt werden.

Charakteristisch aber für die Strategien der MK ist es, in immer größerem Umfang Investitionen in entwickelte Länder vorzunehmen (74 % der USA-Anlagen), da hier eine hohe Stufe der Konzentration und des Kapitals erreicht, wie auch ein System intensiver Reproduktion entwickelt ist, wenn auch die Profittransfers nicht so hoch liegen wie in Entwicklungsländern, die dreimal so hoch zu veranschlagen sind und über unadäquate Produktionstechnologien erkaufte zur Zerstörung der traditionellen Strukturen führen⁽¹⁶⁾.

Betrachtet man die kapitalistische Wirtschaft insgesamt, lassen sich einerseits die Aktivitäten der MK's und andererseits die nationaler Staaten differenzieren, die untereinander internationale Steuerungsabkommen treffen. Obwohl zwar die Staaten den Monopolkapitalismus als ganzen verteidigen, aber gleichzeitig jeder Staat seine Monopole, entsteht ein Dualismus.

Die MK können sich in der Folge Werte aneignen und erhalten Nutzungsgarantien (für die Dritte Welt), die dahin führen, daß sie etwa 50 % des Welthandels beherrschen. 3/4 des Exportanteils der Tochtergesellschaften in Lateinamerika fließen auf diese Weise zu anderen Tochtergesellschaften zurück (Importüberpreise, Exportunterpreise). Wie die Beispiele Griechenland, Spanien, Belgien und Portugal zeigen, ist das Verhältnis zwischen Monopol und Staat zwar ambivalent, der Staat sanktioniert aber zumindest indirekt die Aktivitäten der MK.

Die Institutionalisierung eines supra-nationalen Staates erweist sich deshalb als eine Klusion (Murray).

Dem entgegen dienen staatspolitische Regulierungsversuche auf internationaler Ebene (IBRD, GATT, IWF, OECD, EFTA, EWG) oft nur dazu, den Internationalisierungsbestrebungen der MK zu entsprechen, obwohl in diesen Organisationen gleichzeitig nationale Interessen konkurrieren.

Mögliche, positive internationale Vereinbarungen werden daher von den MK ausgenutzt oder umgangen (vgl. Chemiefaserkonzern AKZO)⁽¹⁷⁾.

Während z. B. über die ökonomische Integrationsform "EWG" kaum Veränderungen durchzusetzen sind (Resignationen sind da am Platz), breiten sich die MK dagegen ungehindert aus.

Durch Direktinvestitionen unterlaufen sie Außenzölle, provozieren damit Reaktionen inländischer Konzerne (Fusion), deren Kartellbildungen kaum gestoppt werden (zwischen 1962 und 1971 hat die EWG ein Verbot ausgesprochen).

Unter diesen Voraussetzungen produzieren die MK in den EWG-Ländern derart viel (103 Mrd., das sind 1/3 der Auslandsproduktionen), daß sich die EG neuerdings damit auseinandersetzen muß (Bulletin EG, Brüssel 1973).

Der Machtposition der MK kann wegen der internationalen Streuung der organisierte Widerstand der Arbeiterklasse noch wenig entgegensetzen. Weil die MK sich mehr auf die Produktion als auf die Zirkulation konzentrieren, werden viele Produktionsstätten in unterschiedlichen Ländern aufgebaut, die danach ausgewählt werden, welche Lohnformen, Sozialgesetzgebungen (vgl. Liberia) und Gewerkschaften existieren (vgl. Werkseigene Truppen von VW in Brasilien, Wirtschaftswoche 15. Nov. 74).

Daher verlieren bestreikte Betriebe schnell an Attraktivität (Müller-Wipperfurth - Textilindustrie schloß seine Betriebe in Italien sogar). Die ausgesprochene Gewerkschafts- (vgl. Dunlop/Pirelli 1971) und Mitbestimmungsfeindlichkeit weisen den antidemokratischen Charakter ihrer Bestrebungen konkret aus (vgl. Hoechst, BASF).

Neue Formen des internationalen Klassenkampfes drängen sich daher auf (Konferenz der kommunistischen Parteien 1971), gerade im internationalen Gewerkschaftsfeld (WGB, WVA, IBFG), die die Möglichkeit der Bildung von Weltkonzernausschüssen nutzen⁽¹⁸⁾.

Werden die EL auch in einem integrativen System von Staat und Kapital ausgenutzt, so werden auch Gegensätze sichtbar, die krisenverstärkende Wirkung haben.

Zusätzlich vergrößert sich die Konkurrenz der imperialistischen Momente untereinander, welche über Bündnissysteme reguliert werden muß.

Ihr gemeinsames Auftreten wird aber dann akut, wenn das sozialistische System Nachteile produziert oder wenn die Entwicklungsländer und die Arbeiterklasse eingeschüchtert werden müssen (zentrifugale Funktionen).

Die Verschiebung des Kräfteverhältnisses ist aber festzustellen, wie die gestiegene Industrieproduktion der EWG und Japans und der Anteil des Pro-Kopf-Einkommens am Bruttonatioanleinkommen zeigen.

Auch das ökonomische Entwicklungsniveau verweist dem Trend nach auf eine Nivellierung, wenn auch der Vorsprung der USA gerade wegen ihrer Präsenz in Europa bestehen bleibt. Dennoch bewirkt der Aufbau forschungsintensiverer Industrie in Europa Veränderungen, obwohl im Vergleich mit den USA in der BRD die Forschungen zum Zweck ziviler Gebrauchsgüterproduktionen höher als im Rüstungssektor liegen, was auf die Vormachtstellung der USA-Konzerne deutet.

Dennoch steigert sich gerade die Auslandsproduktion der europäischen Länder, gewinnt auch infolge der Konkurrenz untereinander die UDSSR als Anlagemöglichkeit Bedeutung (neuerdings China). Ein sich ausweitender Handelskrieg entsteht, der bisher auch nicht über die Vereinbarungen des GATT beigelegt worden ist.

Unter diesen Konkurrenzbedingungen sollen Probleme vor allem auf dem Territorium der EL ausgetragen werden:

Die EWG z. B. versucht, ihre Position in Afrika zu festigen (in Lomè sind 46 Länder assoziiert worden), obwohl die MK noch immer Integrationsbemühungen blockieren.

In diesem internationalen Beziehungssystem gewinnen die nationalen Befreiungsbewegungen und die sie vertretenden Regierungen (vgl. Angola, Mocambique, Simbabwe, Namibia, Guinea-Bissao, Vietman u. a.) Veränderungsfunktionen, auf die westliche Länder zunehmend ängstlicher reagieren, da das Zugeständnis eines menschenwürdigen Daseins zugleich einen Verzicht auf Profite bedeutet.

Trotz der Abhängigkeit der entwickelten kapitalistischen Länder von den Ländern der Dritten Welt (Krippendorff 1971; Crabb 1960) stellen diese aber noch die Außenseiter des allgemeinen Wohlstandes dar. Ihr Pro-Kopf-Einkommen bleibt nach wie vor minimal.

Die Wachstumsrate ist trotz der Erhöhung des Handelsvolumens gering; der Eigenverbrauch an Rohmaterialien stagniert; der Anteil an der Industrieproduktion wird kleiner; die Preisschere zwischen

Rohstoff- und Industriewarenpreisen wird größer (UN 1972); die Struktur der "Terms of Trade" verschlechtert die Lage zusätzlich um 20 %; sie sind eng integriert in das kapitalistische System, welches 75 % des Handels und 90 % des Kapitalexports (von den EL aus gesehen) mit ihnen abwickelt; die Schuldenlast steigt (81 EL hatten 1972 schon 80 Mrd. Dollar Schulden: Weltbank, Jahresbericht 1973); Währungskrisen machen sich bei ihnen besonders bemerkbar.

Die "Brutalität" der Verhältnisse wird zwar von den Verantwortlichen klar gesehen (Mc Namara 1974), die Veränderungsstrategien werden aber wieder an der Effektivierung der Landwirtschaft und der Planung der Geburtenkontrolle festgemacht.

Angeichts der existenziellen Notwendigkeit, die eigenen Nahrungsmittel verkaufen zu müssen, entpuppt sich dies Gerede als bloße Heuchelei.

Dennoch vergrößern sich die Möglichkeiten der ökonomischen Befreiung über die Präsenz eines alternativen Systems (bilaterale Hilfe, Weltpolitik), über die Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern und der "Dritten Welt", über den Gegensatz zwischen den Möglichkeiten wissenschaftlich-technischer Revolution und der Rückständigkeit in den EL.

Gerade aber die Ölkrise als Präzedenzfall zeigt eine mögliche Chance auf, wenn auch die "Times" (17. April 1974) davon ausgeht, daß von "arm" und "reich" nicht mehr geredet werden kann. Denn der Bedarf an Rohstoffen steigt, weswegen Formen der Organisation von Selbständigkeit immer wichtiger werden, wie das Beispiel der OPEC (ein Zusammenschluß der Produzentländer) zeigt⁽¹⁹⁾.

Auf diese Möglichkeit reagieren die kapitalistischen Länder ängstlich mit der Propagierung einer Art "Partnerschaftsideologie" (vgl. Tibi, in: Blätter ... 5/73). Die MK lassen auf dieser Basis nicht nur Beteiligungen, sondern auch Kapitalmehrheiten zu (wenn auch hier die Frage nach der qualitativen Struktur nationaler Wirtschaften gestellt werden muß), die vielleicht dem Prozeß der Nationalisierung förderlich sind (vgl. die Aktivitäten von sozialistischer Seite in 50 EL), in deren Folge aber vor allem die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern selbst betroffen sein wird.

Haben früher die Kreditsysteme der Weltbank, des internationalen Währungsfonds, der "Entwicklungsbanken" der Entwicklungshilfeorganisationen die Finanzkraft der EL zusätzlich geschwächt, werden aber seit der Ölkrise neue Möglichkeiten sichtbar:

Vorausgesetzt die OPEC würde mehr in der Dritten Welt investieren (20 % investiert sie immer noch in entwickelten Ländern).

Denn es steht fest, daß jene etwa 600 Mrd. Dollar Devisen bis 1985 über Rohstoffexporte ansammeln wird (Foreign Affairs, 1974), an Betracht von 40 - 60 Mrd. Defiziten in kapitalistischen Ländern (die BRD steht sich da noch relativ gut).

Um diese Alternativen rechtzeitig abzublocken, versuchen die imperialistischen Länder unter dem Schein der Gleichberechtigung, über arbeitsintensive Industrialisierung die Entwicklung zu ehhmen. Denn über eine Verstärkung der Abhängigkeit können sie ihre eigene Entwicklung dynamisieren und einen nicht-kapitalistischen Weg verhindern.

Daher orientieren sie sich mehr "nach innen", setzen eine Entwicklung vom Rohstoffanhängsel zur Industrie-Agrar-Struktur in Gang.

Wenn Strategien entwickelt werden sollen, die diese neuen Tendenzen aufgreifen, ergeben sich insofern Probleme, als die genaue Analyse inter-
ner sozio-ökonomischer Prozesse und Strukturen vorangetrieben werden muß. Denn, um das Verhältnis von nationaler Befreiungsbewegung und sozialistischer Revolution zu bestimmen, die nicht identisch sein müssen, kommt es darauf an, die Rolle des Industrieproletariats adäquat einzuschätzen: Die kapitalistische Formation (wie viele Beispiele gezeigt haben), kann durchaus übersprungen werden, weswegen die vermittelnde Rolle der Nationalstaatlichkeit kritisch analysiert werden muß.

Neben dieser grundsätzlichen allgemeinen Kritik ist es wichtig, sowohl die unterschiedlichen Formationen innerhalb eines Landes zu berücksichtigen, als auch die geringe Homogenität der einzelnen Länder einzukalkulieren:

Die Zersplitterung der internen Organisation⁽²⁰⁾ im Zusammenhang mit den allgemeinen sozio-ökonomischen Strukturen⁽²¹⁾ führt zu enormen Unterschieden, die besondere Strategien erfordern.

Die "Einheitlichkeit" der Interessen besteht letztlich darin, daß die große Mehrheit der Bevölkerung in diesen Ländern im Elend lebt, deren Situation von den kapitalistischen Ländern dagegen über das Modell der "Vierten Welt" zu ihrem Vorteil fortgeschrieben werden soll.

diesen Strategien gilt es, weltpolitisch (- z. B. - über die Einführung sozialistischer Prinzipien in die UNO) entgegenzuwirken; intern über nationale Revolutionen zu bekämpfen, die sich vermittels nationaler Befreiungsbewegungen (Sarodow 1974; Schuhler 1968) gegen feudale, halbfeudale und kapitalistische Strukturen durchsetzen müssen.

Als zusammenfassendes Ergebnis läßt sich festhalten, daß die Interpretation der Situation der Dritten Welt eng mit der "Allgemeinen Krise" zusammenhängt, in der interne und externe Faktoren zusammenwirken. Die gesellschaftliche Situation in der BRD, die sich darin ausdrückt, daß Gebrauchswerte zum Zweck erweiterter Reproduktion der Persönlichkeit vergeudet werden ("militärisch-industriellen Komplex") steht im Zusammenhang mit der "Allgemeinen Krise".

Ebenso ist die Situation in den Entwicklungsländern durch die "Allgemeine Krise" derart bedingt, daß sie ihre fundamentalsten Probleme - ganz zu schweigen von Problemen der sozialen Reproduktion - ohne Hilfe nicht lösen können, wenn auch die Übertragbarkeit westeuropäischer, amerikanischer als auch von Modellen sozialistischer Industrieländer geprüft werden muß.

Daher soll im folgenden Abschnitt versucht werden, bestimmte Hypothesen zur Einschätzung der internen sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Strukturen zu entwickeln, die im höchsten Fall eine grobe Orientierung erlauben.

Selbst die Analyse der Verhältnisse eines Landes in der Dritten Welt, würde eine eigenständige Arbeit erforderlich machen (neben der ausführlichen Kritik theoretischer und ideologischer "Gebäude").

3.1.3 Überlegungen zur "internen Struktur" der Entwicklungsländer

Die globale Charakterisierung der innergesellschaftlichen Verhältnisse soll den Blick dafür schärfen, wie schwierig es ist, Veränderungen über nationale Befreiungsbewegungen voranzutreiben, deren Funktion innerhalb offizieller Wissenschaft ambivalent bis eindeutig reaktionär analysiert worden ist:

Sei es, daß Ethnologen zur Sicherung ihrer Feldforschungen den Völkermord an Indianern in Brasilien stillschweigend übergehen⁽²²⁾, sei es, daß Wissenschaftler direkt an der Entwicklung von "counter-insurgency - Programmen" beteiligt sind (vgl. Horlemann 1968; Dankwerts u. a. 1970).

Unter der Reduktion von wissenschaftlicher Arbeit auf den Begründungszusammenhang entsteht ein effektiver Zusammenhang von Wissenschaft und kapitalistischer Verwertung (Evans-Pritchard), der von Entscheidungsdruck und Parteilichkeit befreit.

Vorbereitende Konfliktanalysen (Project Camelot: FR, 9. 6. 1970) dienen als Mittel der Blockierung nationaler Befreiungsbewegungen in Verbindung mit dem CIA und dem Entwicklungsdienst, die durch kulturimperialistische Erziehungs- und Bildungskampagnen ergänzt werden.

In der "Diario de Pernambuco" (Brasilien) kann man dann die Parole finden: "Auch in der Erziehung können Sie auf Shell vertrauen!" (nach: Dankwerts u. a. 1970: 158).

Gerade im Zuge des "brain drain" aus Entwicklungsländern, der eine Ausbeutung des Forschungspotentials bedeutet (Rilling/Weinberg 1970), gewinnt der Wissenschafts- und Kulturexport eine wichtige Funktion (vgl. die Funktion des Goethe-Instituts, in: der SPIEGEL, 3. 3. 1970), weil gerade die "Erziehung und Ausbildung" in diesen Ländern (fundamental education) eine wichtige Aufgabe erfüllt (Rothe 1972):

Sie impliziert vor allem die unterschiedlichen sozio-ökonomisch bedingten "Denk- und Verhaltensweisen".

Wegen des Mangels an qualifizierten Fachkräften können imperialistische Länder (einschließlich der Übertragung von Modellen der Heimerziehung z. B. in Korea) die Situation ausnützen.

Im folgenden geht es darum, die "Besonderheit" der internen Situation dieser Länder, für die es in den ethnologischen Notizbüchern von Marx schon Hinweise zur Analyse gibt (vgl. L. Krader, unver. Man.), zu charakterisieren.

Dies soll über drei Aspekte geschehen:

Über die Analyse von Stammesgesellschaften (Terray 1974),

über die Analyse der Rolle der Bauern (H. Alavi 1972) und

über die Einschätzung der nationalen Befreiungsbewegungen (vgl. Gäng/Reiche 1967).

3.1.3.1 Die Struktur der Stammesgesellschaft

Über eine Analyse von Meillassaux bei den Gouro diskutiert Terray sowohl die Produktionsweise, bestehend aus der ökonomischen Basis (23) und den Überbaumomenten, als auch die Gesellschaftsformation als Kombination mehrerer Produktionsweisen.

Um eine Gesellschaftsformation zu analysieren, kann man folgendermaßen vorgehen:

- Die verschiedenen Arbeitsprozesse werden erfaßt:

In jedem Arbeitsbereich vollziehen sich bestimmte Arbeitsprozesse über eine bestimmte materielle Aneignungsweise (Verwandlung eines Rohstoffs über die gemeinsame Aktion der Arbeitskraft und der Arbeitsinstrumente).

- Weiterhin können unterschiedliche Arbeitsprozesse, demnach Aneignungsweisen, über verschiedene Arbeitstechniken vom gleichen Rohstoff ausgehend zu ein und demselben Produkt führen (konkurrierende Aneignungsweisen).

- Auch können Arbeitsprozesse einfach oder kompliziert sind.

Im letzten Fall - bei der Herstellung eines bestimmten landwirtschaftlichen Produkts z. B. - spricht man von komplementären Aneignungsweisen.

- Jeder Arbeitsprozeß setzt bestimmte gesellschaftliche Produktionsverhältnisse und eine bestimmte Verteilung der Produktionsmittel voraus. Die Analyse der Produktionsverhältnisse kann jedoch erst

über die Untersuchung der einzelnen Verteilungsformen (z. B. mehrere einfache Arbeitsprozesse) vorangetrieben werden, in deren System sich eine als die bestimmende durchsetzt.

- Die Analyse der Produktionsprozesse - bestehend aus Arbeitsprozeß und Produktionseinheiten - bringt uns zu den Subjekten oder Produktionsagenten in den Produktionseinheiten, die durch ein qualitatives und quantitatives System von Beziehungen technischer wie gesellschaftlicher Natur festgelegt sind.

Bezogen auf die Arbeitskraft wird jede PE von einer Kooperationsform bestimmt, die eine spezifische Arbeitsteilung (Koordinations- und Entscheidungssstrukturen) voraussetzt.

Die verschiedenen Kooperationsformen implizieren gleichzeitig bestimmte Leistungs- und Kontrollfunktionen.

Das System der Produktionsverhältnisse bedingt zudem die Verteilung der Produkte (die Konsumtionseinheiten), die jenen nicht entsprechen müssen.

Schließlich sind die Produktionsverhältnisse in politischen und ideologischen Verhältnissen "re-präsentiert", die in konkret-historischen Gesellschaftsformationen unterschiedliche Funktionen erfüllen.

Das Verhältnis zwischen Basis und Überbau ist sowohl unter Marxisten als auch unter Gegnern des wissenschaftlichen Sozialismus ausreichend und widersprüchlich diskutiert worden.

Marx und Engels haben aber nie von einer eindeutigen, absoluten Determination des Überbaus durch die Basis gesprochen.

Daher stellen z. B. die Vorstellungen von Tomberg, der die gesamtstrukturellen Bedingungen einschließlich des individuellen Bewußtseins (vgl. auch Kryamanski 1971) zum Gegenstand macht, gerade ein Modell für die Weiterentwicklung einer dialektischen Logik mit gesellschaftlicher Relevanz dar (vgl. Laitko 1968).

Auch die Interpretation von Terray erhält diesen Stellenwert.

Man kann davon ausgehen, daß eine konkrete Gesellschaftsformation eine Synthese einer dreifachen Kausalität darstellt, welche sich in verschiedenen gesellschaftlichen Formen niederschlägt, mit deren Darstellung die Analyse einer sozio-ökonomischen Formation erst beendet ist. Wissenschaftliche Analyse hat eben konkreten, spezifischen Charakter, und es wäre flasch, die realen Verhältnisse aus einem vorgegebenen Rahmen theoretischer Art abzuleiten, wenn auch eine Untersuchung nicht voraussetzungslos beginnt.

Ohne daß aus diesem Grund dem Verwandtschaftssystem eine Eigendynamik zugeschustert werden soll, muß dennoch die "Überdetermination" der Verwandtschaftsbeziehungen in Stammesgesellschaften (als strukturelles Äquivalent von Klassenbeziehungen in anderen Formationen) konkretisiert werden.

Die Analyse muß folgendermaßen laufen:

- Auf der ökonomischen Ebene werden die Verteilung der Arbeitskräfte (Aufteilung in Verwandtschaftsgruppen entsprechend den Produktionseinheiten), die Verteilung der Produktionsmittel in diesen PE, die Organisation der Konsumtionseinheiten, die Leitungs- und Kontrollstrukturen realisiert.
- Auf der politisch-juristischen Ebene wird der persönliche "Status" der Individuen realisiert, werden die Eigentumsbeziehungen und die Erbfolge geregelt, werden die Autoritätsbeziehungen und ihre Auswirkungen auf die sozialen "Organe" bestimmt.
- Auf der ideologischen Ebene werden spezifische normative Voraussetzungen realisiert:
Bei den Dida z. B. ist das Solidaritätsprinzip mit Brüdern und das Primat des Alters (Weisheit) vorgeschrieben und wird der Konflikt zwischen Verwandten auf Zauber zurückgeführt.

Zusammenhängend mit der Besonderheit der genealogischen Basis muß herausgestellt werden, daß im Kapitalismus dagegen Klassenbeziehungen ganz allein und direkt durch das Zusammenspiel der drei Faktoren bewirkt werden, während in Stammesgesellschaften wegen eines nicht so empfänglichen Elements (genealogische Basis) dies indirekt, vermittelt erfolgt.

Im Kapitalismus bildet die Transaktion zwischen Kapitalist und Lohnarbeiter, die sowohl den Produktions- als auch den Zirkulationsprozeß ergriffen hat (in jeder Produktionseinheit), den grundlegenden Zusammenhang der Gesellschaft (das Geld wird das reale Gemeinwesen).

Die Klassenzugehörigkeit ist vor allem funktional (bestimmbar über die Funktionen in der gesellschaftlichen Produktion), erzeugt nur dann konkrete gesellschaftliche Gruppen, wenn die Produktionsverhältnisse ausschließlich ökonomischer Natur sind.

In vorkapitalistischen Formationen⁽²⁴⁾ (vgl. "Grundrisse") existieren auch außer-ökonomische Beziehungen, die nicht nur die politische und ideologische Repräsentanz der Produktionsverhältnisse darstellen, sondern konstituierende Elemente dieser Verhältnisse sind.

Folgendes Schema läßt sich aufstellen:

a. Primitive Gesellschaften

Vermittlung der Einheit der Arbeit und ihrer materiellen Voraussetzungen über die Zugehörigkeit des Arbeiters zu einer Gemeinschaft bei gleichzeitigem Zugang aller zu den Produktionsmitteln.

b. Antike Gesellschaften

Unter ihren Bedingungen schickt der Sklavenhalter seine Sklaven gewaltsam zu den Produktionsmitteln.

c. Feudale Gesellschaften

Sofern der Produktionsprozeß zugleich die Aneignung der Natur und den Ausbeutungsprozeß darstellt, ist das Bestehen eines persönlichen Abhängigkeitsverhältnisses zwischen unmittelbarem Produzenten und Grundeigentümer Voraussetzung (in manchen Ländern der Dritten Welt existiert kein "feudales" Grundeigentum).

Diese Verhältnisse in vorkapitalistischen Perioden übernehmen Funktionen, die im Kapitalismus über das Warenverhältnis erfüllt werden. Während im Kapitalismus die ökonomische Basis dominiert und eine relative Autonomie gegenüber den Überbaustrukturen gewinnt, die als repräsentierende Instanzen außerhalb dieser Basis liegen, sind vorkapitalistische Gesellschaften über eine relative Integration der drei Instanzen strukturiert sind die Überbaustrukturen als Voraussetzung der Produktion Teil dieser ökonomischen Basis. Die drei Instanzen realisieren sich demnach in vorkapitalistischen Formationen als drei Bestimmungen in einem Element, während im Kapitalismus jede eine relativ eigene Realisierungssphäre besitzt.

In diesem Kontext kann in "primitiven" Gesellschaften eine Linie als Produktionseinheit sowohl als politisches Organ als auch als religiöse Kongregation erscheinen (Polyvalenz der Institutionen). Nur eine konkrete Analyse kann erbringen, welche Bestimmung vorrangig ist, wie das Verhältnis zwischen Produktion und Konsumtion sich gestaltet, welches vor allem in Stammesgesellschaften eine Einheit darstellt, die über den Begriff "Selbstversorgung" konkretisiert wird:

Die Zirkulation hat im wesentlichen keinen Warencharakter, die Produktions- und Konsumeinheiten sind homolog.

Wo nun einer der beiden Merkmale fehlt (keine Homologie, Existenz von Handel), wird der Verwandtschaft weniger die Rolle der Realisierung der Produktionsweise zukommen (z. B. in komplexen Kooperationsformen sind die Stammes-Dorf-PE größer als die "Speisegruppen", die Frauen sind ausgeschlossen).

In dem Maße also, in dem die Homologie zwischen Produktion und Konsumtion auf einer partiellen Koinzidenz beruht, ist die Selbstversorgung an Gemeinschaften gebunden, die durch Verwandschaftsbeziehungen strukturiert werden.

Auf diese Weise stellt sich die sozio-ökonomische Formation als ein Aggregat von Gemeinschaften dar, die durch verschiedene ökonomische und politische Beziehungen vereint sind. Die Produktionsverhältnisse strukturieren die Binnenbeziehungen der Gesellschaft und werden durch Verwandschaftsbeziehungen realisiert.

Gerade aber über die Einflüsse des Kolonialismus sind formationsspezifische Gemeinschaften entstanden, die durch eine Klasse von Nicht-Produzenten ausgebeutet werden ⁽²⁵⁾.

Abhängigkeiten juristischer und politischer und ideologischer Art haben sich herausgebildet, die eine allmähliche Auflösung des Systems der Selbstversorgung bewirken. Im Resultat realisieren die Verwandschaftsbeziehungen dann nur noch die Binnenbeziehungen innerhalb der "Klassen", aber nicht mehr die Beziehungen zwischen "Gruppierungen" (als die Struktur der Produktionsweise).

Verwandschaftsbeziehungen - wenn auch ökonomisch zu bestimmen - herrschen nur dann vor, wenn keine Bedingungen der Ausbeutung der Arbeit und keine Klassenverhältnisse vorhanden sind.

In der Gesellschaft der Gouro erscheint die menschliche Arbeitskraft als die hauptsächliche Quelle der Produktion (vor allem Konsumgüter).

Daher überwiegt die lebendige Arbeit die akkumulierte im Produkt (die Produktivkraft ist gering). Die Arbeitsinstrumente sind sehr einfach (Messer, Hacke und Axt), so daß sich der Arbeiter als das eigentliche Zentrum darbietet.

Im Arbeitsprozeß wirkt der Produzent entweder individuell oder arbeitet kollektiv mit anderen zusammen.

In diesem Rahmen lassen sich verschiedene Kooperationsformen unterscheiden:

a. Jagd

In diesem Produktionsbereich ist der Boden Arbeitsgegenstand, es existieren vier Aneignungsweisen, von denen nur das Fangen mit dem Netz erwähnt werden soll. Die Jagdgruppe wird aus "Brüdern" und Freunden des Anführers gebildet, die Produktionseinheit bildet das Dorf. Verlangt wird eine diskontinuierliche und vorübergehende Kooperation einer geringen Anzahl von Männern.

b. Ackerbau

Der Boden erweist sich zugleich sowohl als Arbeitsgegenstand als auch als Arbeitsmittel. Die Arbeitsinstrumente sind individuelle. Innerhalb der Bodenbebauung existieren so viele komplexe Arbeitsprozesse wie verschiedene Endprodukte (vgl. die unterschiedliche Kombination von Männern und Frauen bzw. auch von Kindern). Vorwiegend gewinnen Formen erweiterter, wie beschränkt einfacher Kooperation an Bedeutung. Während im letzten Fall die PE die Mannschaft (wenig Mitglieder, ständiges Bestehen) darstellt,

erfüllt im ersten Fall die Produktionsgemeinschaft die Funktion der Produktion.

Die landwirtschaftlichen Aktivitäten werden durch die häusliche Tätigkeit der Frauen auf Basis beschränkt einfacher Kooperation ergänzt. Die beschriebene Kooperationsform hat insofern Bedeutung, als die Länder der Dritten Welt vorrangig Agrargesellschaften sind.

c. Viehzucht

Boden und Vieh stellen zugleich Arbeitsgegenstand und -mittel dar. Zwei ineinander verschränkte Aufgaben sind zu lösen:

Kontrolle des Wachstums der Tiere (natürlicher Produktionsprozeß), die Vorbereitung der Landflächen (Weiden). Die Arbeit läuft über individuelle oder beschränkt einfache Kooperation ab.

Als Folge der Kolonialzeit hat die Viehzucht nicht mehr die Bedeutung (vgl. auch den großen Protein-Mangel in Entwicklungsländern) wie in der Periode davor.

d. Sammeln

Innerhalb dieses Kooperationssystems wirken Frauen und Kinder in beschränkt einfacher Kooperation zusammen (spielt bei den Gouro keine große Rolle).

e. Handwerk

Die Kooperationsformen, die durch das Entwicklungsniveau der Ackerbautechniken bestimmt sind, kommen auch in der handwerklichen Produktion zur Geltung. Das Handwerk spielt daher nur innerhalb der Landwirtschaft seine Rolle.

Während den komplexen Kooperationsformen das Stamessystem (Produktionsverhältnis) entspricht, so daß z. B. in der Jagd mit dem Netz (von allen Männern des Dorfes) zwei Arten von Produktionsmitteln wichtig werden (das Jagdgebiet und das Netz)⁽²⁶⁾. wird die einfache Kooperation über zwei Formen des Liniensystems realisiert:

- 1) Die Mannschaft existiert, wenn die Familienbeziehungen noch stabil sind. Sie fällt mit dem Segment der Linie (Großfamilie) zusammen, wobei vermittels der Verteilung von Waisen und Alleinstehenden (u. a.) mögliche Ungleichheiten beseitigt werden können⁽²⁷⁾.
- 2) Ist die Linie zerfallen, wird die beschränkt einfache Kooperation durch die Institution "khala" gesichert (wenige Mitglieder, Dauerhaftigkeit; vom Liniensystem aber beherrscht).
- 2) Der erweiterten einfachen Kooperation entspricht die Produktionsgemeinschaft, bestehend aus zwei Unterformen:

Im Zusammenhang mit der Linie oder über die "khala" organisiert (Ursachen sind Spaltungen, Wanderungen, Krieg und Handel).

Das Liniensystem als Realisierung der Produktionsgemeinschaft dient zudem dazu, Verhältnisse entsprechend den erweiterten Kooperationsformen zu sichern (Verteilung der wichtigsten Produktionsmittel), wie die Analyse der ~~der~~ Distributionsverhältnisse (Konsumtionseinheiten) bestätigt.

Es ist möglich, privilegierte Positionen herauszustellen:

Der Älteste, der zwar eine funktionale Verfügungsgewalt in der Verteilung der Produktionsmittel von der Produktionsgemeinschaft (Besitzer) an die Mannschaft (Großfamilien) auf der Basis von Wissen inne hat und die Kooperation organisiert, hat aber lediglich eine schmale Vormachtstellung. Denn, sein geringes Wissen ist schnell erlernt, obwohl er es dazu benutzen kann, die Entwicklung des Jünglings über die Initiation zu verzögern.

Sein gesellschaftliches Wissen wirkt sich demnach auf die Produktion nicht unmittelbar aus.

Die Funktionsgewalt der Ältesten hat vor allem Bedeutung für die Sozialstruktur. Sie erfüllen (Tausch von Heiratsgütern gegen Frauen an die Jüngeren) lediglich redistributive Aufgaben: Klassenverhältnisse existieren noch nicht. Erst der vom Kolonialismus importierte "Merkantilismus" hat in den Produktionsverhältnissen eine Veränderung hervorgerufen, die die Ältesten zu Zwischenhändlern der Kolonialbourgeoisie verwandelt hat.

Wollen wir einige Aspekte festhalten:

- Deskriptiv handelt es sich um die Analyse von linearen oder segmentären Gesellschaften.

"Eine Linie stellt bekanntlich eine Menschengruppe dar, die entweder wirklich oder fiktiv von einem gemeinsamen männlichen oder weiblichen Ahnen in männlicher oder weiblicher Linie abstammt; sie kann in Segmente (Großfamilie oder erweiterte Familie wäre ein solches Segment, M. H.) verschiedener

Ebenen zerlegt werden, die die von diesem oder jenem Nachkommen des Gründers abstammenden Individuen umfassen. In einer linearen und segmentären Gesellschaft konstituieren sich die lokalen Gruppen-Dörfer, Viertel etc. - auf der Basis ihrer linearen Zugehörigkeit: Die Linie oder das Segment ist der Kern der lokalen Gruppe; zwischen den verschiedenen Gruppen ist die Beziehung zugleich antagonistisch und komplementär; es gibt keine zentralisierte politische Gewalt" (Terray 1974: 95/96; vgl. auch Kippenberg 1974).

Dem Wesen nach realisiert sich die Produktionsweise über die "Verwandtschaft". Diese herrscht dann vor, wenn keine Ausbeutung der Arbeit und keine Klassenverhältnisse vorliegen.

Wir können dann von einer Organisation der "Selbstversorgung" sprechen, da die Zirkulation keinen Warencharakter hat und die Produktions- und Konsumtionseinheiten homolog sind.

Durch Einführung merkantilistischer Strukturen in der Kolonialzeit wird (vermittelt über die "Ältesten" in ihrem Verhältnis zur Kolonialbourgeoisie) diese Homologie zerstört.

- In vorkapitalistischen Gesellschaften herrschen außerökonomische Verhältnisse vor, die die Produktionsverhältnisse mitkonstituieren, so daß nicht von einer ökonomischen Dominanz oder relativen Autonomie, sondern von einer relativen Integration der drei Elemente gesprochen werden muß.

- Einen Anhaltspunkt gibt auch die Aussage, daß in einigen "Stammesgesellschaften" durch die Aktivitäten in der Kolonialzeit die Viehzucht an Bedeutung verloren hat.

Vielleicht läßt sich von daher ein Zusammenhang dazu herstellen, daß in vielen Ländern vor allem Ackerbau betrieben wird (z. B. in Afrika).

Gerade diese "Stammesgesellschaften"⁽²⁸⁾, die politisch der Struktur nach weder eindeutig als Klassengesellschaft noch als "Urkommunismus" bezeichnet werden können, sondern eher als "regulierte Anarchie" (Sigrist), sind noch viel weniger in die potentielle Nutznießung der "Entkolonialisierung" gekommen, da sie sich weder in das kolonialistische Herrschaftsmuster der "indirect rule" noch in andere Formen der "Nationalstaatlichkeit" einpassen können.

Wichtig erscheint mir, daß in diesen "Urgesellschaften" (vgl. auch Alt 1965; Beiträge zur Geschichte der Vorschulerziehung 1969) in etwa herrschaftsfreie Verhältnisse aufzufinden sind, d. h. im höchsten Fall (auch im Fall von Wandlungsprozessen) eine "funktionale Arbeitsteilung" innerhalb der politischen Organisation entwickelt ist (vgl. der Begriff der "spontanen" Regelungsmechanismen bei Lewada).

Die Stämme der Ibos z. B. (Biafra) sind in Dorfdemokratien organisiert (im Gegensatz zu den islamischen, feudalen Haussa-Fulani: Goddard 1973), deren Führungssystem nicht autokratisch, sondern repräsentativ organisiert ist (vgl. Omvuku Dike 1965).

Die spezifischen verwandschaftlichen Beziehungen sind nicht institutionell verfestigt, um demokratische Prozesse zu fördern, in denen auch Frauen eine gleichwertige und gleiche Position inne haben.

Trotz der Einflüsse der "indirect rule" und missionarischer Bestrebungen, haben die Ibos daher ihre Eigenständigkeit auch zum Aufbau eines eigenen Erziehungssystems ausnützen können, d. h. in sogenannten Verbesserungsvereinen halten die in anderen Regionen arbeitenden Ibos den Kontakt zu ihren Dörfern aufrecht (über gegenseitige Hilfe und Erziehung).

Als sich über die Realisierung nationaler Ansprüche die traditionellen Strukturen verändern, bleiben entgegen kolonianistischer Modelle universale und egalitäre Momente erhalten. Es besteht keine Zentralinstanz mit einer verselbständigten Bürokratie (Engels), die die Verwaltung von Sachen und die Leitung der Produktion betreibt.

In sogenannten "archaischen" Gesellschaften oder unter deren spezifischen Auflösungsprozessen, wendet sich der Widerstand spontan, selbständig direkt gegen die Einrichtung von Herrschaft, weil die Gefahr der Nivellierung der egalitären Strukturen abgeblockt werden soll. Die Sanktionsgewalt wird also nicht an eine zentrale Zwangsgewalt weitergeleitet, die - als legitime - einzelne Gewaltaktivitäten bestraft, so daß Minoritäten (Parias) per Herrschaftsdruck entstehen.

Man kann sich vorstellen, daß gerade Nationalisierungsversuche als Bedingungen für ökonomische Entwicklung diese Strukturen vernichten oder besondere Widerstandsformen hervortreiben können, ohne daß ein erstarrter "Tribalismus" die alleinige Folge ist.

Gerade im Gegensatz zu den Aneignungsformen von Grund und Boden durch das Gemeinwesen in den von Marx skizzierten Formen (asiatische, germanische und antike; vgl. "Grundrisse") ist der afrikanische Formationstyp durch das Fehlen einer feudalen Struktur und einfacher Handelsbeziehungen gekennzeichnet (Amin 1970: 167), deren Produktionsweise heute als gemeinschaftlich und tributbringend in Verbindung mit Fernhandel zu begreifen ist.

Im Kern handelt es sich also um bäuerliche Gemeinschaften (selbständig), die an die herrschende Klasse in Staat und Wirtschaft Tribute zahlt. Es lassen sich viele Beispiele nennen, die bezeugen, wie "Stammesgesellschaften" vernichtet werden oder subtile Formen des Widerstandes sich entwickeln, in denen sich kollektive und egalitäre Momente gegen "individualistische" Interventionen zu erhalten suchen (vgl. die Aché in Paraguay, die Arahuaacos in Kolumbien: TdH-Zeitschrift 4/76; die Indianer Nordamerikas, die arktischen Völker: Zülch (Hrsg.) 1975; die Bihls in Indien: TdH 1/78; die Stämme im Südsudan etc.).

Widerstandformen, in denen traditionelle Formen durch genossenschaftliche Zusammenarbeit ergänzt werden oder sogar gewerkschaftliche Organisationen (vgl. Camesinos) aufgebaut werden, kommen in immer größerem Maße auf (vgl. Zülch). Es versteht sich von selbst, daß Formen des Geno- oder Ethnozids vor allem in ökonomischen Interessen der imperialistischen Staaten, der multinationalen Konzerne und deren Repräsentanten begründet sind.

Die Stammesgesellschaft der Kurden (im Irak) soll daher als ein weiteres Beispiel erwähnt werden (vgl. Antoun/Harik 1972; Eder 1973).

Diese tribale Gesellschaft basiert auf kollektivem Landbesitz. Ihre dörfliche Organisation hat sich trotz externen Einflusses durch die Zentralgewalt gehalten, weil vor allem Verwandtschaftsbeziehungen ökonomische und politische Regelungsmechanismen realisieren.

Der Stamm der Kurden als politische und landbesitzende Einheit umfaßt mehrere Sippen, die sich auf Haushalte gründen, so daß jeder Familie gemeinsames Land gehört.

Zu bestimmten Jahreszeiten werden Zugtiere ausgeliehen und wird im Team gearbeitet.

Die politische Führung (teilweise gebunden an ein soziales System von Normen, die sich auf ein Prestigesystem beziehen) rekruiert sich aus einem Clan (ererbte, muß aber von den "Ältesten" bestätigt werden).

Entsprechend der Komplexität dieses Systems, in dem Ungleichheiten vor allem funktionalen Charakter haben, können auch die Auflösungsprozesse vielschichtiger ablaufen, die durch externe Gewalt in Gang gesetzt werden oder über das Verschwinden von personalen Beziehungen vermittelt Warenproduktion.

Der Widerstand richtet sich entweder gegen dörfliche Oberschichten oder gegen eine staatliche Fremdgewalt, wobei sich die traditionellen Formen aufs neue entfalten.

Entstehen unterschiedliche dörfliche Strukturen (wie bei den Kurden), wird es schwierig, Widerstandformen zu "vereinheitlichen".

Folgende Dorf-Typen sind vorhanden:

- Als Produkte interner Feudalisierung,
- Formen, die zum Tribut gegenüber einer Zentralgewalt verpflichten,
- Typen, die durch eine Zerstörung des Stammes entstanden sind, da die staatliche Gewalt direkt über das Dorf angesetzt hat,
- Formen der Feudalisierung über die eigenen Führer, wobei eine Verwandtschaftsbeziehung von Grundherr und Bauer existieren kann,
- Dörfer, die unabhängig und widerstandsfähig bleiben (Barzan-Gebiet).

Geht das tribale Dorf in ein bäuerlich-feudales über, entsteht eine Situation, in der das Mehrprodukt (vgl. Mandel 1972) von der Zentralgewalt angeeignet wird - auf Basis von Regelungen.

Das Verhältnis des Grundherrn zur staatlichen Instanz (vgl. die Gujars in Indien) bestimmt dabei die Widerstandsmöglichkeit.

Sobald sich die tribalen Strukturen auflösen, weil Zugtiere und Ackerland ungleich verteilt sind, entsprechen oft die Interessen der dörflichen Oberschicht denen der Grundherrn, so daß die Bauern in totale Abhängigkeit geraten können.

Gerade die qualitative und quantitative Stärke des Verwandtschaftssystems erhöht den Widerstand.

Ebenso, wie die Situation der Kurden im Rahmen ihrer Entwicklung verstanden werden kann, wird auch die Geschichte anderer Stämme oft im Zusammenspiel von Stammesorganisation, innerdörflicher Differenzierung, Feudalisierung und zentralstaatlicher Gewalt begreifbar.

Tribale Gesellschaften, in denen es mehr um die Verteilung von Zugkraft geht, widersetzen sich Landreformen, in denen es vor allem um die Verteilung des Bodens geht⁽²⁹⁾.

3.1.3.2 Zur Bauernfrage

In diesem Abschnitt geht es darum, inwieweit Bauernrevolutionen (vgl. Engels 1971) über andere Klassen an ein staatliches System vermittelt werden können und müssen.

Fanon z. B. behauptet, daß nur der Bauer in den Entwicklungsländern revolutionär sein kann (1963; kritisch: Zahar 1969).

Diese Frage muß insofern geklärt werden, weil in einer Welt, in der vorwiegend Agrarbevölkerung existiert, die Effektivität von "nationalen Befreiungsbewegungen" vorrangiges Ziel darstellt. Die unterschiedliche Einschätzung des Nationalbewußtseins des Bauern hat ja z. B. auch im Biafra-Konflikt zu gegenteiligen Auffassungen auf Seiten der UDSSR und der VRCH geführt.

Mit Bezug auf die Erfahrungen, die Lenin und Mao mit der Bauernbewegung und damit mit dem Verhältnis der Bauern zum Proletariat gemacht haben (vgl. Lenin 1905; derselbe: Werke Bd. 1; Mao: Ausgewählte

Schriften Bd. 1, 1968; auch - mit Einschränkung - Trotzki 1965), ergeben sich nach der Auswertung der Verhältnisse in Rußland, China und Indien (Adhikari 1964) folgende Probleme:

- welche unterschiedlichen Bauernkategorien in welchen Sektoren auffindbar sind und
- welchem Teil der Bauernschaft in der Praxis die entscheidende Rolle zukommt.

Man kann als Kategorien die reichen (kapitalistische Grundbesitzer), die kleinen unabhängigen Besitzer (mittlere Bauern, denen Lenin ja eine Doppelstrategie zuspricht: vgl. Werke Bd. 30) und die armen Bauern (Pächter, Landarbeiter) differenzieren.

Diese Kategorien sind nicht als Faktoren eines Schichtungssystems zu begreifen, sondern beziehen sich auf die einzelnen Sektoren: Großgrundbesitz/arme Bauern; Sektor mit mittleren Bauern; kapitalistische Großgrundbesitzer/Landproletariat.

Die Revolution in Rußland hat gezeigt (Lenin hat dies dementsprechend unterschiedlich verarbeitet), daß die Bauern vor allem in den Dörfern und Städten die Revolution unterstützt haben, während auf dem eigentlichen Land kaum ein Klassenkampf stattgefunden hat bzw. dort gerade die mittleren Bauern sich als militant erwiesen haben, die eine Zwischenstellung (Feudalismus, Kapitalismus) einnehmen.

Dies gilt in der Praxis auch für die Verhältnisse in China und für die Tebhaga- und Telengabewegungen in Indien seit 1948⁽³⁰⁾.

Der Vergleich zeigt, daß zu Beginn vor allem die mittleren Bauern aktiv werden, die sich gegen Großgrundbesitzer und kapitalistische Strukturen zur Wehr setzen, während die armen Bauern zu Beginn in ihrer Abhängigkeit total gefangen bleiben, d. h. erst aktiv werden, wenn sich eine klare Alternative zeigt.

Wie Bucharin schon ausgeführt hat (1925), an dessen Überlegungen sich dann Lin Biao anschließt (Weltstadt/Weltdorf), ist die Bauernfrage das Hauptproblem der "kolonialen" Frage.

Entgegen Stalin erweist sich zuerst nicht die Einbindung an ein antiimperialistisches Konzept als wichtig, sondern vor allem die Rolle der Bauern im nationalen Klassenkampf als vorrangig.

Unter Relativierung der Rolle der nationalen Bourgeoisie muß das Verhältnis der armen, revolutionären Bauern in der Verbindung zum Proletariat neu bestimmt werden (vgl. Trotzki über Lateinamerika), d. h. die Kernfrage liegt in der Doppelfunktion des mittleren Bauern begründet, der einerseits Eigentümer, andererseits aber Lohnabhängiger ist (Halbproletariat).

Als Ausdruck alter und neuer Formen von Klassendifferenzierungen (Pauperisierung, Proletarisierung) besitzen die mittleren Bauern wichtige strategische Funktionen.

Mit der schlichten Feststellung, die Bauern hätten die gleichen objektiven Interessen wie die Arbeiter, läßt sich das Problem des Wandels gerade in Entwicklungsländern kaum lösen (DKP 1971). Auch die Relevanz des Kastenwesens in Indien kann auf diese Weise kaum einberechnet werden.

Die unterschiedliche Einschätzung der Bauernfrage in sozialistischen Ländern basiert jeweils auf dem Resultat der eigenen Geschichte, wenn auch offensichtlich die chinesischen Theoretiker mehr von der realen Emanzipation der Länder ausgehen. Dennoch muß gesagt werden, daß beide Theorien wegen der besonderen Situation in diesen Ländern nur bedingt anwendbar sind.

Um Typen von Ländern der Dritten Welt herauszukristallisieren, muß man davon ausgehen, daß einerseits eine neue Situation für Wandlungsprozesse in der Welt durch den Aufbau sozialistischer Länder entstanden, und daß andererseits augenscheinlich eine größere Zahl von möglichen Formen der Entwicklung zu berücksichtigen ist.

Ausgehend vom Hauptwiderspruch zwischen armen und reichen Ländern kann folgendes Schema entwickelt werden (nach Gäng/Reiche 1967: 149/150):

I. Arme Länder

1) Industrialisierung

- ursprünglich sozialistische Akkumulation, d. h. Grundlegung des Agrarsektors für die Industrialisierung,
- planwirtschaftliche Modelle: mehr sozialistischere oder staatskapitalistische,
- kapitalistische Systeme: über Counterpart-Fund-Financing (Vietnam) oder ausländische Investitionen,

2) Vorindustrielle Bedingungen.

II. Reiche Länder

- 1) sozialistische (gesamtgesellschaftliche Verwertung des Mehrprodukts),
- 2) kapitalistische.

Dementsprechend gestalten sich die Klassenauseinandersetzungen.

Beide theoretischen, ideologischen Richtungen gehen eigentlich von zwei Prämissen aus:

- Von der politischen Entschärfung der Spannungen zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern,
- vom Gegensatz zwischen armen und reichen Ländern.

Die Beziehungen zwischen den beiden Blöcken hängen weithin auch von ihren jeweiligen Beziehungen zu den armen Ländern ab. Welche Qualität die Spannungen besitzen, wird vom Erfolg der Politik der friedlichen Koexistenz und der Entfaltung der Kolonialrevolution bestimmt.

Die Situation der nicht-sozialistischen Länder wird durch die Struktur und Entwicklung der kapitalistischen Länder selbst und durch die Beziehungen von Sozialismus/Kapitalismus bzw. deren Rückwirkung auf die armen Länder bedingt.

Wie unterschiedliche sozio-ökonomische Verhältnisse sich auf die Qualität der Lebensweise auswirken, konnte schon im ersten Kapitel am Beispiel feudaler Strukturen angeschnitten werden, die in "allgemeiner Form" Ähnlichkeiten mit Agrargesellschaften in Ländern der "Dritten Welt" aufweisen, wobei die strukturellen Ungleichheiten zwischen den einzelnen Kontinenten nicht verleugnet werden sollen, die Differenzen der einzelnen Länder eines Kontinents und die Verschiedenheiten innerhalb eines Landes einkalkuliert werden müssen.

3.1.3.3 Das Problem der nationalen Befreiungsbewegung

Genuin mit den imperialistischen Aktivitäten zusammenhängend entstehen in "unterentwickelten Gebieten" nationale Befreiungsbewegungen in Krisenherden, die sich für die Aufhebung feudaler, halbfeudaler und teilweise kapitalistischer Verhältnisse einsetzen. Ihre Wirksamkeit hängt eng mit der Form des Nationalismus, den Beweggründen der Aktivitäten, der Organisation und der politischen Konstellation in unabhängig gewordenen Ländern zusammen.

Marx und Engels haben wegen ihres historischen Standortes kaum Aussagen über "nationale Befreiungsbewegungen" formuliert, wenn sie auch die Entwicklung in China (MEW 7) und in Indien (MEAS Bd. 1) richtig prognostiziert und die Situation in Algerien adäquat einschätzten.

Aber über die Führungsrolle der Arbeiter in diesen Ländern und die konkreten sozialen und politischen Prozesse haben sie sich in aller Vorsicht geäußert (Brief von Engels an Kautsky, 12. Sept. 1882).

Lenin hat sich dagegen zu seiner Zeit konkret auf Bewegungen beziehen können, weswegen er sich positiv für das Aufbegehren der asiatischen Völker ausspricht (1960). Dabei analysiert er die Funktion nationaler Befreiungsbewegungen in enger Verbindung mit demokratischen Bewegungen in Westeuropa und entwickelt konkrete Strategien, wie die Prozesse in diesen Ländern zu unterstützen sind.

Wie schon skizziert, soll nach Lenin die Bauernbewegung durch die fortgeschrittene Arbeiterbewegung in den westeuropäischen Ländern und in der UDSSR unterstützt werden (vgl. Werke Bd. 31).

Ebenso wie Marx und Engels (MEW 4) will Lenin zwar Verhältnisse zugrundelegen, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker garantieren (Lenin 1960), er zieht aber die Grenze an der Stelle, wo die Arbeiterfrage negativ berührt wird.

Der proletarische Internationalismus der UDSSR bildet für die Einschätzung das Kriterium zur Bestimmung der Qualität des Nationalismus einer Befreiungsbewegung zur Errichtung demokratischer Verhältnisse (vgl. Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 1960). Nach Lenin muß daher die Klasse der Arbeiter - obwohl in den Entwicklungsländern ohnehin schwach - eine führende Rolle in der nationalen Befreiungsbewegung spielen, in der die Bauernschaft, die sowohl unter der Ausbeutung durch die Feudalherren zu leiden hat, als auch unter dem Druck des ausländischen Kapitals steht, lediglich als "Massenbasis" fungiert.

Auch die progressivere, nationale Bourgeoisie kann nach Lenin eine effektive Aufgabe übernehmen, obwohl sie sich in einem Interessenkonflikt befindet. In den "Grundlagen" werden folgende fortschrittlichen Ziele einer solchen nationalen, demokratischen Einheitsfront formuliert:

Politische Selbständigkeit, Entfeudalisierung, Agrarreform, nicht-kapitalistischer Weg, eine nationale Industrialisierung, eine Beschneidung ausländischer ökonomischer Aktivitäten, Erhöhung des Lebensstandards, Demokratisierung, Friedenspolitik, Zusammenarbeit mit vor allem sozialistischen Ländern.

Zwei Phasen der Befreiung, die wegen der unterschiedlichen Situationen in den Kontinenten variieren, erweisen sich als maßgeblich:

Die Erringung der Unabhängigkeit im nationalen Sinne, die Festigung der Situation und das Einschlagen eines sozialistischen Weges.

Allgemein sollen die Aktivitäten danach beurteilt werden, ob sie den sozialistischen Zielen der UDSSR entsprechen, weswegen nur bestimmte nationale Befreiungsbewegungen unterstützt werden (vgl. die Konfliktzonen Biafra, Süd-Sudan, Kurden, Eritrea, in denen Millionen Menschen dieser Stregie zum Opfer gefallen sind)⁽³¹⁾.

Der Inhalt des Konzepts hängt eng mit der spezifischen Einschätzung der "Weltrevolution" in ihrer historischen Entwicklung zusammen.

Marx und Engels haben die Bedeutung der Weltrevolution nicht auf ein einzelnes Land reduziert (MEW 4; "Klassenkämpfe in Frankreich"). Lenin hält den Aufbau des Sozialismus in einem Land für möglich, betont aber die Notwendigkeit der Lösung der internationalen Frage (vgl. seine Rede über Krieg und Frieden).

Stalin dagegen propagiert den "Sozialismus in einem Lande" (Werke Bd. 6) und die Weltrevolution nicht mehr als das Ergebnis der Bewegungen in den einzelnen Ländern. Er reduziert die Revolution auf den Kampf zweier Blöcke.

Mit Chrustchow setzt sich eine andere Position durch, die beide Standpunkte in sich vereinigt und den "friedlichen Wettbewerb" der beiden Systeme mit der Prognose des weltgesellschaftlichen Sozialismus verbindet (vgl. Interview, "New York Times", 7. Okt. 1957; vgl. Reden und Interviews, 1959 und 1960, 1961).

Es bildet sich seitdem eine Programmatik heraus, die auch in der "Allgemeinen Krise ..." Berücksichtigung findet:

Nicht-Anwendung militärischer Gewalt, der Vorbildcharakter der UDSSR, sozialistische Revolutionen in allen Ländern (vgl. Grundlagen der marxistischen Philosophie), die Addition der unterschiedlichen Bewegungen, die Bedeutung des ideologischen Kampfes.

Ausgehend von den Annahmen der "Survival International" wird in extremem Maße die Funktion von nationalen Befreiungsbewegungen auch in Stammesgesellschaften wichtig, deren Situation durch Aktivitäten multinationaler Konzerne bestimmt wird:

- 1) Neben der Militärhilfe durch die BRD an Äthiopien, Nigeria, den Sudan u. a. werden Munitionsfabriken in Spannungsgebieten gebaut (vgl. Albrecht 1972).
- 2) In Indonesien, Nigeria, dem Sudan, Pakistan und im Iran sind ca. fünf Millionen Angehörige von Befreiungsbewegungen umgekommen.
- 3) Frankreich läßt Bomben auf sahrauische Stämme werfen (TdH 1/78).
- 4) Die Firma Hoechst ist mitverantwortlich an der Vernichtung der Aché-Indianer.
- 5) Die VRCH unterstützt Pakistan mit Waffen gegen Bangladesch.
- 6) Ein Filialleiter der Farbwerke Hoechst leitet sogar die Reservatspolitik in Paraguay.
- 7) Die United Africa Company (Tochtergesellschaft von Unilever) hat den gesamten Export- und Importhandel in Nigeria beherrscht, Shell/BP kontrollierten etwa 60 % der Öl-Förderung in Nigeria.

- 8) Australische Aborigines werden von Konzernen ausgebeutet.
- 9) Das von den multinationalen Konzernen beherrschte "Agribusiness" beutet die Landarbeiter aus Mexiko aus (organisiert über Schein-Gewerkschaften).
- 10) Die indonesische Regierung ruft Konzerne ins Land, die die Bodenschätze in West-Papua ausbeuten.
- 11) Arktische Völker wehren sich gegen die Ausbeutung ihrer Ölbestände.

Gerade aber im Rahmen des Prinzips der friedlichen Koexistenz muß zumindest die ambivalente Rolle der UDSSR im Biafra-Konflikt (vgl. die Hilfen von TdH), im Süd-Sudan und in der Kurdenfrage problematisiert werden (Eritrea ist ein weiteres Beispiel), da in diesen Krisenherden Millionen Menschen umgekommen sind (deren Situation unzählige Initiativen auch Kinder betreffend bedingt hat).

Sicherlich mögen die Gründe dahingehend bestehen, daß im islamischen Nord-Sudan und später im Irak eine kommunistische Partei sich stark machte und Biafra von der VRCH unterstützt worden ist (neben dem Vorhandensein ungeheurer Ölfelder in Katan-ga, auch im Kurdengebiet, vgl. da die Kontrakte mit dem Iran).

Neben der ambivalenten Haltung der UDSSR (vgl. auch "Berliner Extradienst" 17. 5. 1974; DVZ 1. 8. 1974; FAZ 19. 11. 1968) zeichnen die Darstellungen offizieller, kapitalistischer Verantwortlicher (die Gutachterkommissionen stellten in Biafra Militärs) ebenso wie Stellungnahmen der UNO oder des Weltkirchenrates (vgl. sein "Antirassismusprogramm") ein verzerrtes Bild der Wirklichkeit.

Neben diesen Problemen, deren Klärung ein intensiveres Quellenstudium erforderlich macht, liegt aber der Schwerpunkt der vorangegangenen Analyse einerseits auf den internationalen Zusammenhängen, andererseits auf der internen Problematik, und drittens auf ihrer Vermittlung, welche auf die aktuelle Rolle nationaler Befreiungsbewegungen verweist (die das schon vorhandene demokratische Potential der objektiven Strukturen aktiv zu entfalten suchen).

3.1.4 Überlegungen zur Erfassung der Persönlichkeitsentwicklung in den Herkunftsländern:
Die sogenannte "interkulturelle Problematik"

Gegen die Adoption von Ausländerkindern aus den Ländern der "Dritten Welt" wird in westlichen kapitalistischen Industrieländern vor allem das Argument vorgebracht, daß diese Kinder eine "kulturspezifische Persönlichkeitsentwicklung" durchlaufen haben, ihrer "Kultur" entfremdet werden und damit nur unter äußersten Schwierigkeiten in die BRD integriert werden können.

An dieser Stelle muß darauf hingewiesen werden, daß diese ausländischen Kinder in der Weise geschädigt sind, daß kaum "grundlegende" Persönlichkeitsstrukturen vorhanden sind (noch nicht einmal die Ebene der Objektwiderspiegelung):

Die Bedingungen "kultureller Verwurzelung" sind noch nicht entwickelt (Weyer), wie durch empirische Untersuchungen belegt ist (Weinwurm, Ellinghaus, Maar).

Probleme können aber unter der Bedingung auftreten, daß Adoptivkinder nicht in jungen Jahren adoptiert

werden, deren Situation dann im Rahmen bilingualer/bikultureller Sozialisation abzuhandeln ist (Klein).

Liegt dieser Fall vor (und das Problem würde sich auch stellen, wenn die Adoptivkinder umgekehrt in ihr Herkunftsland zurückkehren wollten), so sind adäquate Analysen auf Basis von Material über die jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse des Heimatlandes erforderlich, um zu klären, wie sich die Persönlichkeitsentwicklung unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen vollzieht.

Neben diesem Sonderfall interessieren aber die dort herrschenden Verhältnisse, die den Kontext für eine dementsprechende Persönlichkeitsentwicklung abgeben, aus dem Grund, weil jene für Adoptiv- eltern informativen Charakter besitzen:

Im Kontext des vorher entwickelten Erklärungsmusters zur gesellschaftlichen Situation in den Entwicklungsländern.

Folgender Abschnitt verfolgt vor allem das Ziel, auf allgemeine Zusammenhänge in der Erfassung der Persönlichkeit aufmerksam zu machen, welche in folgendem Kontext stehen:

- Vorausgesetzt wird, daß sich in einem langen historischen Entwicklungsvollzug Beziehungen zu den heutigen "Entwicklungsländern" hergestellt haben, die in gemeinsamen gesellschaftlichen Strukturen kumulieren (sowohl in imperialistischen Herrschaftsstrukturen als auch demokratischen Potentialen als Kehrseite).
- Ebenso werden Trends zugrundegelegt, die auf internationale Vergesellschaftungsprozesse hinweisen.

- In diesem Zusammenhang werden Krisenherde wichtig, in denen der "gesellschaftspolitische Kontext" von Adoptionen aktualisiert werden kann (z. B. Biafra, Vietnam zu unterschiedlichen Zeitpunkten).

Unter diesen Prämissen soll der Schwerpunkt auf der Darstellung einiger Forschungsimplicationen (Reflexe des objektiven internationalen Zusammenhangs) liegen, die vor allem in "kulturanthropologischen" Ansätzen zum Tragen kommen (auch auf historischem Hintergrund) und in "ethnozentristischen" Herangehensweisen (Begriff "Rasse").

Dies verweist auch auf den Stellenwert von Forschungen im Kontext des Wissenschaftsimperialismus, ob zum Zweck von "counter-insurgency"-Programmen ange stellt (in den Ländern selbst) und unter "kulturimperialistischen" Gesichtspunkten oder zum Zweck der ideologischen Legitimation der gesellschaftlichen Verhältnisse in den kapitalistischen Ländern selbst (je nach historischer Situation; siehe den spezifischen "Wandel" in Schulbuchdarstellungen).

Neben diesem allgemeinen Anliegen werden einige Beispiele für die Persönlichkeitsentwicklung angeführt, die letztlich im vorher entwickelten sozio-ökonomischen Kontext erklärbar werden.

Das Beispiel der vietnamesischen Gesellschaft bietet in der Hinsicht konkrete Anhaltspunkte (vgl. E. Wulff).

Wie schon im ersten Kapitel dargestellt (und am Beispiel der Stammesgesellschaften und von Agrargesellschaften in den Ländern der "Dritten Welt" konkretisiert) dient die folgende Analyse dazu, den Blick für die historische und gesellschaftliche Bedingtheit von Sozialisationsprozessen zu schärfen, soll mehr

implizieren als grobe Raster, die z. B. in einen Begriff wie "asiatischer Kulturkreis" münden (Weinwurm) oder in der Annahme einer "total" autoritären Erziehung in Vietnam enden (TdH, 1/77: 15).

3.1.4.1 Diskussion "kulturanthropologischer" Forschungsansätze

Vielfach wird der Begriff "Kultur" dem der "Natur" entgegengesetzt (Brugger 1967), so daß jener als Inbegriff humaner Lebensformen erscheint, in denen sowohl Bewußtseinsmomente wie Basiselemente ohne Determinationszusammenhang zusammengefaßt sind (Gehlen).

Kultur erscheint dann als das, was der Mensch unter begleitendem Denken und Sprechen aus sich macht (Lukesch 1976). Der Mensch stellt sich also als von Natur aus konstituiertes Kulturwesen dar.

Zudem wird Kultur auch als die Gesamtheit der Lebensformen einer Gruppe oder einer ganzen Gesellschaft begriffen (Linton 1974; Kroeber/Cluckhohn 1963).

Kultur in diesem Sinne erscheint als System von Verhaltensmustern (von Sève als die Konstruktion eines "abstrakten Individuums" kritisiert), welches einer Großgruppe gemeinsam ist und von Generation zu Generation in Verbindung mit Objektivationen und Insituationen tradiert wird.

Meist wird der Begriff als abstraktes "Konzept" benutzt, um deskriptiv zu zeigen, daß einerseits in unterschiedlichen Gesellschaften divergierende

"Erziehungsstile" existieren, die Möglichkeiten erzieherischen Verhaltens angeben und sich in einem Komplex von Erziehungspraktiken manifestieren (Weber 1970), und daß andererseits Invarianten der Erziehung festgestellt werden können.

In einigen Ansätzen wird auf "funktionale Abhängigkeiten" der Erziehungsprozesse von anderen Gesellschaftsbereichen hingewiesen, wie etwa Whiting (1963) es über den Bereich der Ökologie (einschließlich der sozio-ökonomischen Bedingungen) als System der Lebensbewältigung verstanden wissen will.

Abgesehen von der Problematik dieses Vorgehens versuchen Forscher auf diese Weise (Barry u. a. 1959), in Gesellschaften mit ungenügender Ernährungsbasis selbstbewußte Persönlichkeitstypen zu konstruieren, während in mehr "plandenden" Gesellschaften ein "konservativer" Verhaltenstypus nachweisbar erscheint.

Wieder andere Untersuchungen zeigen, daß in kontrollierten Arbeitsvollzügen von den Individuen mehr Verhaltenskonformität verlangt wird (Olsen 1974).

Unter Ausklammerung einer Kritik dieses Vorgehens (auch über den Begriff des "Zeitplans" in Entsprechung zu den Aktivitätsmatrizen gesellschaftlicher Verhältnisse) weist im weitesten Sinne die "kulturanthropologische" Forschung⁽³²⁾, die aber in letzter Hinsicht die "biologische" Bedingtheit der Persönlichkeitsentwicklung in Frage stellt, auf die Kooperation von Soziologen und Psychologen hin, über die auf der Basis von sozial-kulturellen Vergleichen sowohl die Kulturspezifität als auch die Invarianz von Persönlichkeitsentwicklung aufgezeigt werden soll.

Besonders die Bemühungen der "Kultur-Persönlichkeitsforschung" sind hervorzuheben - entstanden aus der "Völkerkunde" der USA in den 30er Jahren (vgl. das Indianerproblem und die Immigrantenfrage) -, die vor allem Verwandtschaftsbeziehungen über die Inzest-Organisation analysiert, um zu der Wirkung allgemeiner Normen (objektiver Regeln) und Erwartungen vorzustoßen (Verbotsnormen in Alltag).

Über die Erklärung der Funktion der Organisation des Verhältnisses zwischen Mann und Frau sollen grundlegende Strukturen sozialer Beziehungen aufgedeckt werden.

Die institutionelle Absicherung des "sexuellen Triebes" (vgl. dazu die Kritik von Hiebsch/Vorweg) durch Heirat nach außen kumuliert in einem Netz von Herkunftsfamilien und Zeugungsfamilien, so daß sich das Verwandtschaftssystem als soziales System darstellen läßt (Kritik dazu: vgl. Terray).

In diesem Zweig ethnologischer Forschung bildet die Vorstellung von der Zellteilung der Familie und ihrer Funktion als Keimzelle der Gesellschaft die entscheidende Argumentationsbasis zur Interpretation im Zusammenhang eines inneren und äußeren Normensystems.

Die kleinste gesellschaftliche Einheit - das Individuum - als Gegenstand bleibt unberücksichtigt (vgl. auch die Universalität der "Kernfamilie" bei Goode). Auf diese Weise kann die variable "Gruppenform" der Familie ideologisch für die Erfüllung vielfältiger Funktionen herhalten.

Die Kultur-Persönlichkeits-Schule betrachtet innerhalb dieser Tradition mehr das Verhältnis zwischen Kultur und Persönlichkeit, wobei jene entweder

als symbolische Determinante aufgefaßt wird (Whiting/Whiting) oder als im Verhalten selbst repräsent begriffen wird (M. Mead).

Historisch entstandenes und tradierbares Verhalten konkretisiert sich im Begriff "cultural pattern" als gewohnheitsmäßiges Verhalten.

"Cultural patterns" werden als Art selektives System mit biologischen Gegebenheiten in Beziehung gesetzt, um kultivierende Einflüsse und Rückwirkungen auf die Kultur selbst zu begreifen.

Auf diese Weise entstehen Konstrukte wie "basale Persönlichkeit" (Kardiner 1939), Sozialcharakter (Fromm 1941), modale Persönlichkeit (Linton 1945) und Nationalcharakter (Inkeles, Levinson 1969).

Über Kulturvarianten versucht man zu den Grundfragen menschenmöglichen Verhaltens vorzudringen (Mühlmann 1966).

Auf der Suche nach einheitlichen Grundzügen bewerten die Autoren allerdings die dominanten Züge über, so daß viele Forschungsergebnisse im Rahmen wissenschaftlicher Stereotypen verbleiben.

Schon M. Mead hat (allerdings ist ihr psychoanalytisches Vorgehen zu kritisieren) darauf hingewiesen, daß die Konstruktion eines kulturellen, regelmäßigen Charakters eine Abstraktion von Anthropologen darstellt, um innerpsychische Strukturen mit einzubeziehen.

Mittels der Reduktion auf spezifische psychologische Theorien (selten lerntheoretischer Ausformung) soll vor allem die Relevanz von "warmen Liebesbeziehungen" (oder das Gegenteil) über die Analyse von Pflegepraktiken, Disziplinierungstechniken, Erziehungsstilen und kulturellen Abhängigkeiten im Zusammen-

hang mit biologischen Strukturen analysiert werden, ohne daß aber (abgesehen von sozio-ökonomischen Faktoren) die Gesamtheit von Faktoren Berücksichtigung findet (vgl. Lehr 1974).

Impliziert (unabhängig vom zu kritisierenden theoretischen Konzept) kann von den Forschern gezeigt werden, daß die "biologischen Gegebenheiten" plastisch sind und daß damit die Persönlichkeitsentwicklung einen Lernprozeß darstellt (gemeinhin als Enkulturation verstanden), wobei erkennbar wird, wie wenig transkulturellen Charakter die europäisch-amerikanische Kultur besitzt.

Auf diese Weise versucht M. Mead z. B., die absolute Begründung biologischen, geschlechtsspezifischen Verhaltens von der Hand zu weisen.

Neben dem "exotischen Interesse" eignen sich die überschaubaren Verhältnisse in sogenannten "primitiven Gesellschaften" gleichsam wie ein "Laboratorium" zur Erforschung.

Selbstverständlichkeiten werden zwar in Abkehr biologischer Grundannahmen zurückgewiesen, um die Rolle der Erziehung in den Vordergrund zu rücken (Roth 1966).

Im Zusammenhang der Zweiteilung in primäre und sekundäre Institutionen wird aber einmal mehr das Kind zum Vater der Erwachsenen.

M. Mead (Samoa) versucht, in diesem Rahmen zu zeigen, wie sich kleine Kinder als die Tyrannen ihrer älteren Geschwister aufspielen, während die Erwachsenen nur selten eingreifen. Sie kann zeigen, daß eine strenge Erziehung eine eigentumsorientierte

Haltung provozieren kann (bei den Manus). Bei den Arapesh hebt sie die liebevolle Erziehung hervor (ebenso bei den Tschambuli).

Im Gegensatz dazu gestaltet sich die Erziehung der Kinder auf Bali in der ersten Zeit liebevoll und freundlich, welche in einer bestimmten Entwicklungsphase abrupt unterbrochen wird. Allerdings sorgen in dieser Gesellschaft Institutionen für die Verarbeitung von Frustrationen. Erziehungspraktiken stellen entweder (Zuni-Indianer) auf kooperatives Verhalten ab oder sie bedingen (Kwatiutl-Indianer) Konkurrenzverhalten (Benedict 1955).

Nicht selten läßt sich in diesen "Kulturen" eine permissive Erziehungshaltung nachweisen, wie z. B. auch Eskimoanalysen zeigen (vgl. auch den Abschnitt über die "Urgesellschaft" im ersten Kapitel; Beiträge ... 1969).

Interessant ist, daß z. B. in der kapitalistischen Gesellschaft Japans, in die traditionelle Strukturen funktional integriert sind, die Familienorganisation zwar autoritär strukturiert, aber kindbezogenes Elternverhalten beobachtbar ist (Lukesch 1976).

Die Verhältnisse in den USA im Zweiten Weltkrieg (neben dem Neger-Problem) haben zahlreiche Kontakte zu Immigranten forciert, die zu einem Boom in der Nationalcharakterforschung geführt haben (Mead/Wolfenstein).

Viele Ergebnisse der Kultur- Persönlichkeitsforschung gewinnen aus diesem Grund einen neuen Stellenwert.

Ungeachtet der negativen Bedeutung statischer Persönlichkeitsmodelle erweist sich das Verhältnis zwischen Erwachsenen und Kindern nach seinem Kontinuitätsgrad als wichtig, wobei die kulturspezifische Verschiedenartigkeit im Vordergrund steht.

Probleme der Charakterstruktur (Riesman) und der Identität tauchen auf (Erikson). Wichtig erscheint, daß Riesman auf die Wandelbarkeit von Verhalten unter sozio-ökonomischen Bedingungen hingewiesen hat (vgl. auch Elias), das sich historisch vermittelt in der politischen Funktion des Antisemitismus und den historischen Bedingungen interethnischer Beziehungen in Abhängigkeit von Herrschaftsstrukturen aktualisiert.

Neuerdings haben B. und J. Whiting (1975) über eine Untersuchung in einem Zeitraum von 1953 bis 1973 neue Einsichten zu gewinnen versucht.

Erinnern wir uns an die Vorarbeiten (vgl. Thomae 1972), die stärker von psychoanalytischen Grundannahmen bestimmt sind. Ausgehend von der Einstellung zu Krankheiten und Schicksalsschlägen und der Erklärungsmuster für Krankheitsursachen versuchen die Forscher in ihren früheren Analysen, die Entstehung von Angst zu erklären. Da vorgeblich aus Frustration in der frühen Kindheit Ängste entstehen und weil bestimmten Erklärungsmustern von Krankheiten Ängste zugeschrieben werden, stellen die Forscher Zusammenhänge her. Über bestimmte Erziehungspraktiken, die in Verhaltenssysteme aufgeschlüsselt werden (anhängig von ökologischen Bedingungen), konstruieren jene bestimmte Persönlichkeitstzüge. Dieses Vorgehen wird in der Forschung aber kontrovers behandelt.

Trotz der positiven Erziehung von Pueblo-Indianern weisen diese im Erwachsenenalter negative Persönlichkeitseigenschaften auf (Weber 1970). Mit Nachsicht erzogene Neger-Kinder auf den Jungfern-Inseln (im Karibischen Meer) verhalten sich im Erwachsenenalter mißtrauisch und unsicher (ebenda).

Schon Whiting u. a. haben daher in ihren eigenen Forschungen auf den möglichen Einfluß der Sozialstruktur verwiesen, deren Erklärungswert auf eine mögliche alternative theoretische Konzeption verweist.

Offensichtlich - wie die Ergebnisse zeigen - übt nämlich die Kultur als "Inbegriff sozialer Rahmenbedingungen" (vgl. Thomae 1972) keinen direkten Einfluß aus, vermittelt zwar das Elternverhalten, bestimmt es aber nur neben anderen Faktoren die Erziehung mit. In ihrer neueren Forschung versuchen offensichtlich die Whittings (1975), Fehler zu vermeiden. Über eine interkulturell anwendbare Taxonomie gehen sie daran, kindliches Sozialverhalten in der japanischen, nord-indischen, philippinischen, mexikanischen und in der USA-Gesellschaft zu analysieren.

Über zwei Verhaltensdimensionen meinen sie, hinreichende Auskünfte zu erlangen:

- über die Dimension "Hilfreich-verantwortlich vs. anhängig-dominant" (entsprechend den Modernisierungstheorien),
- über die Dimension "Gesellig-intim vs. autoritär-aggressiv" (entsprechend der Diskussion innerhalb der Familiensoziologie).

Gesamtzusammenhänge lassen sich ihrer Auffassung nach darauf reduzieren, daß in sogenannten Kernfamilien eine freundlich-intime Atmosphäre existiert, während in "Großfamilien" Kinder autoritär-aggressives Verhalten zeigen (vgl. König).

Neben der Analyse im ersten Kapitel dieser Arbeit soll hier nur darauf hingewiesen werden (vgl. auch Terray; Meillassoux; Krader; Engels), daß sich der Gegensatz zwischen Klein- (Kern-) und Großfamilie als irrelevant herausgestellt hat, wie die historische Familienforschung nachweist (Tyrell 1977; Rosenbaum).

Daß das System von Erziehungsstilen erklärungs-fähiger ist als die Relevanz von Erziehungspraktiken allein (abgesehen von der gleichen Wirkung sowohl "oral" frustrierter wie auch exzessiv befriedigter "Triebe"), verweist der Tendenz nach auf die Notwendigkeit, sozio-ökonomische Bedingungen an erster Stelle mit einzubeziehen.

Das läßt sich mehr oder weniger über theorieimmanente Widersprüche begründen:

- Wird z. B. ein Zuni-Kind gewickelt (swaddling), so soll dies der Intention nach eine gerade Körper- und Lebenshaltung bewirken. Die gleiche Praxis bewirkt in Rumänien, daß Kinder von der Masturbation abgehalten werden (Hofstätter 1966). Bei den Prärieindianern wird auf diese Weise eine aggressive Haltung erzeugt, während die gleiche Praxis bei den Südwest-Indianern passive Verhaltensweisen hervorbringt (Thomae 1959).

- Theoretisch kann das Kind sowohl beeinflusst werden, weil es das Bandagieren seines jüngeren Bruders beobachtet, als auch weil es selbst bangagiert wird.

Insgesamt haben die Forscher positiv nachweisen können, daß die Bedeutung biologisch-genetischer Verhaltensweisen nicht nachweisbar sind, da die Differenzen innerhalb von "Rassen" größer sind als die zwischen unterschiedlichen "Rassen" (vgl. Berghahn). Darauf wird noch an anderer Stelle eingegangen werden (vgl. schon Hertz, in: Handwörterbuch der Soziologie, 1931).

Ebenso haben die Forschungen zur Einsicht geführt, daß unterschiedliche Umweltbedingungen zu gleichen Resultaten führen können, während homogene Bedingungen zu divergenten Ergebnissen führen.

Am Beispiel der Verhältnisse Vietnams wird zu zeigen sein, ob der Begriff "Kultur" überhaupt sinnvoll ist und unter welchen Voraussetzungen er - wenn überhaupt - Anwendung finden kann.

Vorab will ich jedoch einige methodische Schwierigkeiten diskutieren, da die Konstruktion von "cultural-free-tests" eine kaum zu lösende Aufgabe zu sein scheint.

Vor allem in schriftlosen, übersichtlichen Völkern stellt man Feldforschungen mittels teilnehmender Beobachtung oder mittels ethnographischer Interviews und psychologischer Tests an. Kohärenzanalysen und Materialinterpretationen werden durchgeführt, welche mit den Kenntnissen von anderen Kulturen in einen Zusammenhang gestellt werden (Kulturvergleich).

Daß die Psychoanalyse in der Kultur-Persönlichkeit Eingang findet, liegt teilweise daran, daß sie auch nicht-standardisierte und dennoch reflektierte Methoden bevorzugt.

Kritisch zu bemerken ist, daß präzise Angaben über Varianz und Streuungsbreite ebenso Beachtung finden müssen, abgesehen davon, daß nur bestimmte "Merkmale" den Begriff "modale Persönlichkeit" bestimmen. Ein Interesse an möglichen Überschneidungen - systematische Variation - kann kaum konstatiert werden.

Zudem erweist sich die Auswahl von Variablen und Konstrukten (abgesehen vom Gesellschaftskonzept) als problematisch, wenn auch das ubiquitäre Vorhandensein des Verhältnisses Erzieher/Edukand Ansätze bietet.

Vor allem in operationaler Hinsicht stoßen implizite Kulturvergleiche auf Schwierigkeiten, weil ihr Bezugsrahmen außerhalb liegt. Auch divergierende Kodierungssysteme führen zu Problemen, da die denotativen und konotativen Bedeutungen der Wörter (vgl. die vietnamesische Sprache) schlecht übertragbar sind (Probleme zweisprachiger Übersetzer).

Mögen die Stichproben innerhalb der Untersuchung von Stammesgesellschaften repräsentativ sein, wird die Verfahrensweise über die Analyse von Gesellschaften größeren Ausmaßes zunehmend problematisch. Vor allem gilt dies für die heterogenen internen gesellschaftlichen Verhältnisse innerhalb der Nationen der Dritten Welt (vgl. Kjolseth; Rothe), deren Strukturen sich zudem über die Aktivitäten des Imperialismus wandeln.

Weiterhin erschwert die andersartige Ausprägung strukturell-familialer Zusammenhänge und sozio-ökonomischer Verhältnisse die Analyse. Entscheidend dürfte auch sein - was auch für die Erfassung intragesellschaftlicher Strukturen gilt -, daß vor allem das "konkrete" Erziehungs-handeln die grundlegende Erklärungsbasis darstellt (weniger kulturspezifische normative Orientierungen, kulturspezifische Einstellungen), daß zudem je nach befragter Gruppe andere Ergebnisse entstehen können (Fremdbild, Selbstbild).

Die dargestellten Zusammenhänge schienen mir insofern wichtig zu sein, als der Grad der Wissenschaftlichkeit von Analysen anderer "Kulturen" und "Ethnien" im Zuge der internationalen Vergesellschaftungsprozesse entsprechend den Produktivkräfte gerade Stereotypisierungen aufweisen und abbauen helfen kann, die im Zusammenhang historischer Ereignisse im Rahmen von Klassenauseinandersetzungen ideologisch immer wieder funktional werden.

Die internen Verhältnisse in den USA bieten dafür genuin Anhaltespunkte, um die Bedeutsamkeit von anthropologischen Begründungen bis hin zur mangelnden Intelligenz von Negern als "Rassenangehörige" zu belegen (vgl. Barron).

Dies wird noch in einem anderen Zusammenhang aufgegriffen werden, nachdem die Möglichkeit einer adäquaten Analyse der Verhältnisse in Vietnam mit Blick auf die spezifischen Sozialisationsprozesse ausgelotet worden ist - einschließlich ihrer Konsequenzen.

3.1.4.2 Überlegungen zur Persönlichkeitsentwicklung in Vietnam

Die "ethnopsychiatrischen Analysen" Erich Wulffs umgreifen eine "politische Lehrzeit" von 6 Jahren (1961 - 1967) in Südvietnam, wo er als Mitglied eines westdeutschen Ärzteteams am Aufbau der medizinischen Fakultät an der Universität Hué tätig gewesen ist.

Im unmittelbaren Kontakt zur konkreten Vietnamgesellschaft sowohl in ihren traditionellen Zusammenhängen als auch unter ihrer Beeinflussung durch den USA-Imperialismus (einschließlich seiner exportierten Wissenschaften) versucht er, Einsichten darüber zu gewinnen, ob sich invariante Persönlichkeitsstrukturen (transkulturelle) aufweisen lassen oder ob die spezifischen gesellschaftlichen Verhältnisse Vietnams zur Erklärung herangezogen werden müssen (vgl. andere Analysen, wie die von Parin/Morgenthaler/Parin-Matthèy 1972; Parin, in: Kursbuch 29, 1972; Ch'oe Chae-sok 1973).

Entscheidend ist, daß Wulff seine Analyse an den Arbeitsverhältnissen festmacht, so daß die Arbeit als Faktor der "Kulturation" im Sinne gesellschaftlicher Reproduktion erscheint (objektives Moment), die kulturelle Leitbilder als bewußtseinmäßige Regelungstypen (Ideologien) bestimmen (subjektives Moment).

Den Ausgangspunkt stellen spezifische ökonomische Verhältnisse einer Agrargesellschaft dar, die aber nicht bloß als homogene wegen der Wandlungsprozesse über externe Einflüsse zu erklären sind.

Marx hat versucht - allerdings beschränkt auf Material aus Indien und China (vgl. Sofri) - die gesellschaftlichen Verhältnisse über den Begriff "asiatische Produktionsweise" in ihrer Anatomie bloßzulegen. In dieser Produktionsweise erscheint die Gemeinde in Form einer übergeordneten Instanz (Einheit) als Eigentümer von Grund und Boden, um die Produktion gemeinschaftlich zu gestalten, deren Sur-Plus-Produkt jene sich aneignet.

Das Individuum ist mehr oder weniger eigentumslos, weil eben nur eine Gottheit oder eine despotische Institution als Eigentümer auftreten kann. Das Dorfsystem bildet die vorherrschende Lebensform, während größere Städte in der Vergangenheit vor allem als "fürstliche Lager" konstituiert waren.

Als ein Staatswesen entsteht, geht in den Städten der ursprüngliche Traditionalismus verloren, d. h. die staatliche Verwaltung verkehrt mit dem Dorf als Ganzen, nicht mit Einzelnen (Mandat des Himmels durch den Mandarin des Kaisers: nach konfuzianischem Vorbild).

Seit der Kolonialzeit entwickeln sich - vor allem in den Städten - massive Übergänge zu verschiedenen, teilweise gleichzeitig bestehenden Kooperationsformen, die sich zudem überschneiden und gegenseitig beeinflussen.

Seit die Kolonialverwaltungen die Ökonomie über die Städte zu regeln versuchen, wird der "Kopf" des vietnamesischen Staatswesens immer mehr beschnitten. Traditionelle Momente spielen zu diesem Zweck vor allem eine integrative Rolle, um neokolonialistische Ziele effektiver durchzusetzen.

Halten wir uns dies vor Augen, um die Vorstellung einer "reinen" Agrargesellschaft über die Bedeutung imperialistischer Einwirkungen zu relativieren.

E. Wulff beschränkt sein Erkenntnisinteresse auf die Analyse der traditionellen Strukturen auf dem Land, um die Entwicklung der Persönlichkeit beschreibbar zu machen.

Unabhängig von Einflüssen des Krieges und kapitalistischer Wirtschaftsformen (vgl. auch die Entstehung spezifischer Krankheiten) bestimmt sich die soziale Struktur der Familie in Vietnam über die ökonomischen Strukturen des Arbeitsrhythmus, d. h. in einem Nachbarschaftsverbund werden in kollektiver Weise Eindämmungs- und Bewässerungsarbeiten sowie Reisanbau betrieben (Rhythmus: Ernte/Saat). In diesem Zusammenhang funktioniert gleichzeitig ein System sozialer Sicherung, welches die erweiterte Familie vor einem Zerfall bewahrt (Krankheit, Alter). Vermittelt über die Familienstruktur bestimmt der Arbeitsrhythmus das konkrete Familienleben und damit den Sozialisationsrhythmus.

Diesen Prozeß beschreibt Wulff in einem integrativen Modell eines kulturpsychischen und psychopädagogischen Regelkreises, dem die ökonomischen Verhältnisse (Produktionsweise) - realisiert in sozialen Institutionen - vorgeschaltet sind:

Eine spezifische Ideologie führt über Sozialisationsformen vermittelt zur Entwicklung von psychischen Strukturen, die für eine Menschengruppe Relevanz besitzen; diese werden in der Erziehungspraxis reproduziert, womit die Sozialisationsformen

stabilisiert werden und kultur- und sozialtypische Bedeutungen an die nächste Generation tradiert werden: Die Kleinkindererziehung findet in einem großen Haus statt, in dem ein großes Potential von Menschen vorhanden ist, so daß eine Mehrfacherziehung persönlichkeitsbildende, positive Wirkungen hervorruft.

Im Zusammenspiel kollektiver Erziehungsmomente (keine Trennung von Räumen, gemeinsames Spielzeug, Ermöglichung nicht-repressiver Entwicklung) lernt das Individuum sich mit dem Kollektiv "Familie" inhaltlich zu identifizieren ("Gruppen-Edo"). Da die dörfliche Gemeinschaft einen flexiblen Wechsel der Bezüge fordert, multilaterale Bezüge herstellbar sind, identifiziert sich das Individuum mit der Familie als erweiterter Gruppe (Polyzentrismus), wobei die "Kultur" den Zusammenhalt des Familiengefüges sichert, um der Produktionsweise zu entsprechen.

Diese kulturellen Leitbilder manifestieren sich auch in den Glaubensvorstellungen der Vietnamesen, in denen äußere und innere Harmonisierungskräfte miteinander zusammenhängen, d. h. die Einheit des Individuums (ohne bipolare Struktur von Ich und Nicht-Ich) ist schon in den Gesetzen der Welt, Sozial- und Familienordnung vorgegeben (vgl. den Begriff der "traditionellen Regelungstypen" bei Kon).

Diese Struktur besitzt sowohl für die Regulationssysteme von Liebesbeziehungen als auch für die des Arbeitsprozesses die gleiche Bedeutung.

Von daher gesehen wird auch die Arbeit nicht als empirisch - kausaler Vorgang begriffen, sondern ist insofern apriorischer Natur, als in rituellem Sinne das eigene Handeln als schon in ein vorher gegebenes Geschehen integriert erscheint.

Aus diesem Grunde fehlen in der Sprache genaue Angaben über "Entwicklung", über aktive und passive Vorgänge und über eine präzise Unterscheidung von Tempora.

Neben diesen "kulturellen" Eigenarten der Sprache bedingt die kollektive, öffentliche (nicht intime) Erziehung in der Familie besondere sprachliche Ausformungen: Besitzanzeigende und persönliche Fürwörter fehlen, weil sich der Wechsel der Selbstbenennung und Selbstdefinition aus der sozialen Situation und nicht aus einer gesetzten subjektiven Individualität ergibt.

Ähnlich, wie es Parin und Morgenthaller bei den Dogon nachweisen können, herrschen in Vietnam partizipative Kommunikationsformen in der Sippe und der Produktionsgemeinschaft vor, die entgegen einer Identifikation mit einem individuellen Subjekt zu einer partizipativen Identitätsstruktur führen (Kilian 1971).

Inhaltlich läßt sich diese Struktur über den Begriff "transkulturelle Identität" (hier: über die bürgerliche Ausformung hinaus) problematisieren: Er deutet auf einen Bedingungsrahmen von Selbstidentität und dialektischer Identität hin, in dem Ich und Nicht-Ich nicht mehr in der Art vermittelt sind, daß die Sozialbezüge und Selbstbezüge des Subjekts entdialektisiert sind (keine statischen Herrschaftsverhältnisse, keine Spaltung in Objekt und Subjekt, keine Trennung von heteronomer und autonomer Identität).

Im Gegensatz zu regressiver Anpassung herrscht eine progressive vor, die eine Offenheit und Fähigkeit zur status-quo-überwindenden Entwicklung impliziert (dynamische Identität eines mit sich selbst gerade in der Veränderung gleichbleibenden Prozesses selbstorganisierender Transformation und Entwicklung). In diesem System überindividueller Integration bestimmt sich Kommunikation nicht als Aneignung, heißt Individuation nicht Abschließung oder Exklusivität.

Gerade über das System der vietnamesischen Sprache läßt sich zeigen, daß herkömmliche, aus westlichen Ländern transportierte wissenschaftliche Analyse-muster versagen müssen, weil das "linguistische System" in das Sozialsystem integeriert ist, so daß ein isoliertes Vorgehen mit Blick auf den "instrumentellen" Charakter von Sprache (Übersetzung von Bedeutungen) die Wirkung individueller, gruppenbezogener und kulturbedingter Beziehungsformen vernachlässigt.

Wenn schon die Anwendung der Bernsteinsschen Theorie für westliche Industrieländer Probleme mit sich bringt, wird sie in der vietnamesischen Gesellschaft in ihrem universalen Anspruch endgültig widerlegt: Die Sprache der Bauern und Gebildeten weist lexikalische und nicht syntaktische Differenzen auf, der sogenannte "restringierte Code" beansprucht für die gesamte Nationalsprache Geltung.

Wulff weist in der Hinsicht darauf hin, daß die vietnamesische Sprache über den Gesamtzusammenhang der gesellschaftlichen Verhältnisse erklärbar ist (statusbezogen, konkret, verwandtschaftsorientiert), die sich vermittelt über ideologische

Strukturen (Handlungswiderspiegelungen) aus den Bedingungen der asiatischen Produktionsweise erklären lassen, so daß gerade die mangelnde Trennung zwischen äußerer und innerer Sprache konkrete theoretische Konsequenzen herausfordert (vgl. Wygotski; Begriff des kapitalistischen "Zeitplans" von Sève).

Nehmen wir diese besonderen Bedingungen als Ausgangspunkt zur Erklärung möglicher, positiver Wandlungsprozesse im Zusammenhang mit traditionellen Strukturen, die gerade unter heutigen sozialistischen Bedingungen realisierbar erscheinen. Wulff hat dies an der Rolle der Medizin als Wissenschaft aufgezeigt.

Seit den Einflüssen der Kolonialmächte etablieren sich in den Städten vor allem Institutionen der Medizin (Heime für verwaiste Kinder bieten ein Beispiel dafür), die weder sozial-integrativen noch emanzipativen Charakter besitzen, weil Patienten lediglich als "Fremdkörper", als "Kranke" psychisch unversorgt eingesperrt werden (aus administrativ-polizeilichen Gründen): Sie stören die soziale Ordnung der Elite des Imperialismus-Clans.

In dieser Tradition sind wissenschaftliche Konzepte schwer durchsetzbar, die zudem die kulturellen Vorstellungen über Krankheit und Kranke als Objekt mit berücksichtigen, weil die biographische Einheit in ihrer Identität wegen andersartiger Zeitvorstellungen nicht existiert.

Über die Beseitigung imperialistischer Einflüsse bietet sich eine größere Chance, im sozialen Dienstleistungssektor (ohnehin in den Ländern der Dritten Welt schwach ausgebildet, vgl. Rothe)

eine Verbindung traditioneller Wissensinhalte (Streicheltherapien bei Bombenangriffen; Mund-zu-Mund-Fütterung; Heilkräuter) mit moderner Wissenschaft zu aktualisieren, die der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse dient (zusammen mit der traditionellen, kommunitären Ethik).

Gerade in Hinsicht darauf, daß in Ländern der Dritten Welt kaum ein System organisierter Dienste vorhanden ist, berührt dieses Problem die Versorgung von Waisenkindern, welche in Anbetracht des Zusammenbruchs großfamiliärer Strukturen seit der Kolonialzeit und verstärkt in Krisenzeiten besonders dringlich erscheint.

Die ständig anwachsende Zahl von Kindern, die durch Kriege, Flucht und Krankheit die Eltern verloren haben oder aus anderen Gründen heimatlos geworden sind, können christliche Missionsgesellschaften und Initiativen des Vereins SOS-Kinderdorf-International nicht bewältigen (Winkler 1967). Ohne staatliche Initiativen in großem Umfang kann kaum einem Bruchteil der verwaisten und verlassenen Kinder geholfen werden (vgl. auch die Jugendprobleme).

Dementsprechend erweist sich auch die Qualität und Quantität der Heimsituation in Vietnam derart problematisch, daß die Sterbequote der Säuglinge bei 90 % liegt im Gegensatz zu Heimen im industrialisierten Korea, die nach dem Modell von SOS-Kinderdörfern familienähnlich strukturiert sind (vgl. Dr. Kosse). Neben quantitativen Problemen des Ausbaus eines sozialen Dienstleistungssektors (selbst in Korea) verweist die Forderung nach einer qualitativen Versorgung auf Probleme, die in den Ländern der Dritten Welt besonders akut sind:
Wissenschaftlich qualifizierte Fachkräfte sind in geringem Maße vorhanden, weil der gesamte Erziehungs-

sektor vor allem wegen vorrangiger Problemlösungen in anderen Bereichen (Ernährung z. B.) vernachlässigt wird (vgl. Konferenz von Yaoundé), so daß die Realisierung der großen UNESCO-Rahmenpläne bisher im Sande verlaufen ist.

Erziehungsinstitutionen kommen seit der Kolonialzeit vor allem Eliten zugute, die Einflüsse des Kulturimperialismus stabilisieren lediglich herrschende Strukturen, eine Unzahl qualifizierter Fachkräfte (an extern orientierten Institutionen ausgebildet) verlassen die Länder oder werden abgeworben.

Neben der Schwierigkeit, das Problem der ungeheueren Sprachenzersplitterung in diesen Ländern - auch zum Zweck der Nationa-Werdung - in das Erziehungssystem organisatorisch zu integrieren (vgl. Kjolseth), erfordern die vorhandenen Formen traditioneller Erziehung besondere, inhaltliche Veränderungskonzepte, wie sie in den Vorstellungen der "fundamental education" zum Tragen kommen (Rothe 1972).

Unter Berücksichtigung ganzheitlicher kognitiver Bewußtseinsstrukturen, die Überschaubarkeit und Verlässlichkeit garantieren, liegt die besondere Strategie im Erziehungsbereich darin, besondere Institutionen für Erwachsene zu installieren:

Programme der Gesundheitserziehung, Aufklärung über Geburtenregelung, Förderungsprogramme in der Landwirtschaft, Modernisierungskampagnen im Bereich des Handwerks, Aufbau einer Art Heimindustrie, Einführungskurse in den industriellen Bereich.

Gerade in den Ländern der Dritten Welt gewinnt der Bereich der Erziehung neben der materiellen Bedürfnisbefriedigung einen großen Stellenwert. Allerdings müssen Formen der sozialen Didaktik gefunden

werden (vgl. auch die Erziehungskampagnen in der koreanischen Landbevölkerung, organisiert von revolutionären Kräften), die von den vorhandenen konkreten Lebensbedingungen und Interessen ausgehen (Illich; Freire).

Diese Maßnahmen sind unumgänglich, weil neben dem Problem der Sprachenzersplitterung die ausufernde Kinderarbeit, die ablehnende Haltung der Eltern und die Interessen der Kompradorenbourgeoisie einem adäquaten Ausbau des Erziehungswesen entgegenstehen.

Programme, die vor allem Vorstellungen des kapitalistischen Arbeitsethos implizieren, müssen in Anbetracht der Verhältnisse vermieden werden: Lernen muß in diesen Ländern als ganzheitlich-umfassendes Lernhandeln begriffen werden (analoge Kommunikation), nicht als differenzielles, partielles, technisch-rationales und abstrakt-begriffliches Lernen.

Dies verweist konkret auf die Berücksichtigung "kultureller" Traditionen in diesen Ländern, in denen in funktionalem Sinne per Nachahmung die Erziehung über die Anpassung der jüngeren an die ältere Generation abläuft, nach Maßgabe der "Kultur" der sozialen Gruppe.

Unter der Voraussetzung, daß Bildungsprogramme sowohl anpassende als auch kritische Funktionen besitzen können, zeigen die Verhältnisse in sozialistisch organisierten Ländern deshalb Erfolge, weil per zentraler Planung vor allem "primary-education" (Volksbildung) betrieben wird⁽³³⁾.

Innerhalb eines staatlichen Erziehungswesens (in Algerien, Cuba, China, Tunesien z. B.), in der Bildungsarbeit von politischen Organisationen, innerhalb praktischer Unterrichtsprogramme in der Schule und in sozialpädagogischen Bemühungen auf dem Land werden konkrete Projekte mit politischer und ökonomischer Aufklärungsarbeit verbunden. Bildung - auch in seiner traditionell-kulturellen Bindung in diesen Ländern - kann dann positive Funktionen für die Gesellschaft erfüllen, ~~wenn~~ ihre Inhalte eine politische Funktion besitzen und wenn ihre produktiven und konsumptiven Seiten in einem gerechten Verhältnis stehen.

Die Aneignung von praktikablem Wissen ist in diesen Ländern insofern eine Notwendigkeit, als das alltägliche Elend oft als unveränderliches Schicksal hingenommen wird.

In diesem Zusammenhang kommen gerade Bemühungen "nationaler Befreiungsbewegungen" realistische Aufgaben zu, um - gerade unter den Bedingungen der Auflösung traditioneller Strukturen und Noch-Nicht-Etablierung neuer sozialer Organisationen - Übergangsstrategien zu entwickeln.

Ich will ein abschließendes Resümee ziehen, welches ausgehend von einer kritischen Anmerkung zum Kulturbegriff auf die Berechtigung "kultureller" Faktoren hinweist, wenn die sozio-ökonomischen Verhältnisse mit einbezogen werden.

In Modellen, die Erziehungspraktiken und Erziehungsstile allein für den Aufbau von Persönlichkeitsstrukturen in Abhängigkeit von "Kulturen" verantwortlich machen, bildet das Kind in der frühen Kindheit seinen Charakter heraus, indem es in hedonistischer Weise lernt, seine "Triebe" zu beherrschen und sich anzupassen (nicht-dialektischer Ge-

gensatz von Kultur und "Natur").

Die Produkte der Erfahrung einer Durchschnittspersönlichkeit in der frühen Kindheit werden auf sekundäre Institutionen projiziert, so daß "unbewußte Frustrationen" entstehen, die dann in der Kultur ihren Ausdruck finden.

Analog dem "Psychischen der Individuen" (Sève S. 251) erscheint die Kultur als "Summe von Verhalten" durch Vergleichung, als ein abstraktes Individuum, welches die Gesellschaft schlechthin darstellt (vgl. ebenso die Theorien nicht-psychanalytischer Art und Theorien, die Enkulturation als Lernen von "Kultur" begreifen und die zudem Gesellschaft auf das Milieu im Zusammenhang von Normensystemen reduzieren).

Das gegenüber "Kulturmodellen" freie, aber zufällige Individuum paßt sich über Statuspersönlichkeiten (Antwortreaktionsmöglichkeiten in Situationen) an jene floß an (Alter und Geschlecht erscheinen in diesem Kontext als Quasi-Infrastrukturen).

Auf Basis eines Gesellschaftsmodells als Normensystem wird entweder Kultur als Sublimation der biologischen Natur begriffen oder als Lernprodukt über soziale Beziehungen unter Umweltbedingungen. Beiden Variationen ist gemeinsam, daß sie die ontogenetischen Ausgangsbegriffe zu Grundbegriffen konstruieren, ohne zu begreifen, daß Erwachsene von gesellschaftlichen Verhältnissen hervorgebracht werden. Gemeinsam ist beiden Varianten, daß sie unter Ausklammerung von Handlungsstrukturen, in denen die Persönlichkeit sich über den Prozeß der Aneignung gesellschaftlicher Bedeutungen entwickelt, von "Suprastrukturen" ausgehen.

Die Erklärungsbasis geben demnach nicht die von gesellschaftlichen Verhältnissen konstituierten "Akti-

vitätsmatrizen" ab, über die sich der "Zeitplan" einer Persönlichkeit bestimmt (im Kontext von Sprache/Denken, Lernen und Tätigkeit bzw. Arbeit), sondern Regelungstypen (kulturelle Leitbilder, Verhaltensmuster, Ideologie, Wunschzeitpläne, Affekte etc.) dominieren.

Zwar hat E. Wulff in seiner Analyse "kultur-anthropologische" Ansätze insofern relativiert, als er die sozio-ökonomischen Bedingungen zugrundelegt, sein Konzept ist aber durchsetzt von "psychoanalytischen" Grundannahmen und Typen-Vorstellungen, die zu kritisieren sind.

Traditionelle Regelungstypen sind in den Ländern der "Dritten Welt" jedoch von Wichtigkeit und gewinnen auf Basis eines materialistischen Ansatzes ihren Stellenwert (Berücksichtigung traditioneller "Erziehungsvorstellungen"), der aber in wissenschaftlichen Konzepten aus westlichen Industrieländern über "Vergleiche" kleingearbeitet wird. Es kann in diesem Zusammenhang auch gefragt werden, inwieweit das Konzept des "Zeitplans", welches auf der Basis des Begriffs "Kapitalismus" entwickelbar ist, in diesen Ländern konkretisiert werden kann (ein "Sektor" der abstrakten Arbeit ist in dem Sinne nicht vorhanden).

Wie aus dem folgenden Abschnitt noch präziser hervorgehen wird, haben "kultur-anthropologische" Beiträge unabhängig ihres Gesellschaftskonzepts und des Überhangs von "biologistischen Begriffen" darauf hingewiesen, daß die biologischen Vorgaben nicht entscheidend sind.

Dennoch wird deutlich werden, daß sie "anthropologische Konstanten" konstruieren (vgl. Universalismus- und Kulturrelativismus-Thesen), weil sie an die historische Tradition eines bestimmten Zusammenhangs von biologischer und ethnologischer Anthropologie anknüpfen.

Seine adäquate Erfassung wird deutlich machen, wie auch ethnozentrische Vorstellungen bis hin zu Rassenideologien zu kritisieren sind, in denen im Grunde genommen biologische Eigenschaften mit "kulturellen Verhaltensweisen" in eins gesetzt werden.

3.1.4.2 Das Problem "anthropologischer Konstanten" zur Erklärung gesellschaftlicher Verhältnisse

Die Anthropologie ist zur Zeit der Aufklärung in Absetzung von der Geschichtsphilosophie, der traditionellen Metaphysik und der mathematischen Naturwissenschaft in ursprünglich progressiver Opposition gegen den ständischen Adel entstanden.

In dieser Zeit ist die Naturwissenschaft zwar im Aufstieg begriffen, aber die Biologie hat sich noch nicht konstituiert, weswegen die Anthropologie mehr als "Naturphilosophie" erscheint und das Verhältnis zwischen biologischer und ethnologischer Anthropologie ambivalent bestimmt wird. Diese Ambivalenz, die bis heute Tradition hat, soll beleuchtet werden (vor allem nach: Lepenies 1971; Krader o.J.).

Die Anthropologie steht natürlich im Kontext der Kontakte zu fremden Völkern, die unterschiedlich verarbeitet werden.

Schon im Altertum und im Mittelalter herrschen Vorstellungen vor, die eine überlegende Haltung und tiefe Verachtung gegenüber primitiven Völkern dokumentieren.

Im Altertum stellen sie bloße Barbaren dar, die sich allenfalls als Arbeitssklaven eignen.

Im Mittelalter werden die Naturvölker als monströse Fabelwesen begriffen, die irgendwo außerhalb, aber in der Welt real existieren.

In der Kolonialzeit spricht man den entdeckten Völkern jede Menschwürde ab, entgegen der sie unter kirchenrechtlichen und naturrechtlichen Begründungen (z. B., in Lateinamerika) brutal "kolonisiert" werden, obwohl schon damals Vorstellungen einer "gesamtmenschheitlichen Völkergemeinschaft" mit politischen Selbstbestimmungsrechten existieren (vgl. Helbig u. a. 1978).

Unabhängig von der Bulle Papst Pauls III, werden die Eigenarten der indianischen Kulturen und der importierten Negersklaven nicht über die Beschreibung ihres gesellschaftlichen Kontextes begriffen: Es sind mehr Vergleiche mit Tieren gang und gäbe.

Das 18. Jahrhundert bringt zwar einen scheinbaren Wandel, es herrschen aber idealistische Phantasievorstellungen vor, die ihre Erklärung über die krisenhaften internen Strukturen der Kolonialländer selbst finden.

Zwar wird die Bezeichnung "Wilde" durch den Begriff Naturvölker ersetzt, aber ein entwicklungszentriertes, ökonomisch orientiertes Denken greift Platz.

Angehörige fremder Völker werden als "entwicklungs- und zivilisationsfähig" angesehen und sogar ins Heimatland zu Erziehungs- und Studienzwecken impor-

tiert, deren Ziele auf den Zusammenhang Umwelt-Mensch-Natur abheben.

Die Ambivalenz (im ökonomischen Rahmen zu interpretieren) drückt sich darin aus - und dies wird zu klären eine -, daß dem Begriff der Gleichheit der der Eigenart und dem Begriff der Kultur der der Rasse gegenübergestellt wird.

Nach dem Prinzip der Gleichheit sind alle Menschen unabhängig von ihrer Hautfarbe und Herkunft als gleichwertig zu behandeln (Aufklärung). Die Idee der Eigenart (Romantik) stellt aber auf unterschiedliche Sitten und Gebräuche, Sprachen und Religionen ab.

An dieser Stelle wird das Eigentümlichste, Exotische und Merkwürdig-Besondere interessant (Crahnmann). Unabhängig davon, was es mit dem Begriff der Gleichheit auf sich hat (wie zu zeigen sein wird), bezieht sich das romantische Prinzip der Eigenart nicht bloß auf die Flucht aus der Wirklichkeit, sondern meint auch den Rückzug auf sich selbst: Das eigene Volk besitzt eine ganz besondere Eigenart.

In diesem Kontext werden dann begriffe wie Rasse (als allgemeine Kategogrie vor allem zu verstehen), Volkstum und Kultur nicht differenziert. Physische Eigenschaften werden mit kulturellen vermischt; Völker, über Abstammungsmerkmale konstituiert (ethnos), werden mit territorialen Bestimmungen von Nationen (demos) vermengt.

Die mangelnde Differenzierung drückt sich auch in "Vorurteilen" aus, die sich sowohl auf Naturkategorien (Neger) als auch festgeschriebene Geschichtskategorien (Juden) beziehen.

Im folgenden nun soll dieser Zusammenhang in dreifacher Hinsicht beleuchtet werden:

Der historische Kontext der Entstehung der Anthropologie wird beschrieben, einige grundlegenden Probleme der Anthropologie werden erörtert, in der Konsequenz soll das Problem des "Rassismus" thematisiert werden.

Letztlich ist die Klärung dieser Probleme wichtig, weil sowohl in wissenschaftlichen Theorien als auch im Alltagsbewußtsein ideologische Rationalisierungen im Blick auf "ethnische Minderheiten und Großgruppen" existieren und weil jene politische Funktionen erfüllen.

Eine präzise Diskussion ist auch deshalb erforderlich, weil die Forschung schon bei Kindern "ethnische Vorurteile" festgestellt hat, die innerhalb der Diskussion diverser Probleme der Sozialisation von Adoptivkindern möglicherweise negative Folgen mit sich bringen.

3.1.4.3.1 Die "Anthropologie" im historischen Kontext

Begrifflich differenziert man zwischen biologischer, philosophischer und ethnologischer Anthropologie, wobei die philosophische (oft reaktionär-idealistisch) nicht-einzelwissenschaftlich über das "Wesen" des Menschen an sich reflektiert, das eigentlich kein realer Gegenstand ist.

Grob gesagt untersucht die biologische Anthropologie, inwieweit jeder Mensch allen anderen ähnliche ist. Die ethnologische Anthropologie versucht zu klären, worin der Mensch einigen Menschen ähnlich ist (Kluckhohn/Murray 1953).

Abgehoben von diesem Kontext versucht vorrangig die Persönlichkeitstheorie (vgl. Sève) herauszufinden, worin der Mensch keinem Menschen ähnlich ist.

Der philosophischen Anthropologie, die bei einigen Autoren verarbeitenden Charakter hat, haften gerade nach Aussagen marxistischer Wissenschaftler ideologisch-reaktionäre Implikationen an (Eichhorn, in: Wörterbuch der marxistisch - leninistischen Soziologie), wenn sie auch auf einer Kooperation zwischen naturwissenschaftlicher Anthropologie, marxistischer Gesellschaftstheorie und vor allem Soziologie beharren. Bestimmt sich dahingehend der historische Materialismus als Bestandteil marxistischer Philosophie, wobei er einen Rahmen allgemeiner Art für die Soziologie abgibt (Rilling), nähern wir uns einer progressiveren Bestimmung von Philosophie an, zu der die Einzelwissenschaft in Juxtastruktur stehen (Materialistische Wissenschaft und Psychologie).

Das Verhältnis zwischen biologischer und ethnologischer Anthropologie zu klären, um das es hier gehen soll, erweist sich eben dadurch bedeutsam, daß sich gerade die heilige Allianz von Nationalsozialismus und völkischer, biologischer Anthropologie als problematisch erwiesen hat.

In diesem Zusammenhang kann auch die antibiologische, amerikanische "cultural anthropology" (1935 - 1950) als anderes Extrem betrachtet werden.

Die inhaltliche Präzisierung dieses Begriffs ist allerdings schwer zu leisten:

- Der amerikanische Begriff ist mit unserer Ethnologie identisch. Der Begriff "anthropology" deutet ebenfalls auf eine Identität hin. Anthropologie in unserem Sinne läßt sich meist als "physical anthropology" übersetzen.
- In Großbritannien heißt sie "social anthropology" und verweist einerseits auf das Studium schriftloser Kulturen (ist nicht Soziologie), andererseits meint sie die Untersuchung von "Primitiven" als Zweig der Soziologie.
Einerseits wird sie mehr als Naturwissenschaft, andererseits in der Weise betrachtet, daß sie sowohl als Soziologie als auch als Ethnologie übersetzbar ist.
- Es existieren Versuche, die "cultural anthropology" und "social anthropology" miteinander verbinden.
- In Frankreich differenziert man mehr in Ethnologie und in Ethnographie.
- In Deutschland ist von Sozialanthropologie die Rede - als Kombination von soziologischen und biologischen Problemen -, die mit "social anthropology" wenig gemeinsam hat. Ebenso hat die deutsche Kulturanthropologie wenig mit "cultural anthropology" gemeinsam.

Eine Möglichkeit der Klärung würde in einer soziologischen Anrthropologie liegen, die auch Relevanz für die Persönlichkeitstheorie gewinnt, worauf noch zurückzukommen sein wird.

Die Begriffskonfusion weist auf eine historische Tradition zurück, die es zu klären gilt.

In ihr kommt das ambivalente Erbe der Aufklärung zum Tragen, welches sich in einer subtilen ethnozentristischen Haltung auch gegenüber den Entwicklungsländern äußert:

Ambivalenz von Kritik und Konservatismus. Zwar existieren schon vor dieser Zeit anthropologische Annahmen über Invarianzen im Naturverlauf bezogen auf das phylogenetische Erbe und kommt der Begriff "anthropologia" schon im 16. Jahrhundert auf, doch entsteht die eigentliche Disziplin erst im 18. Jahrhundert (wenn auch durch die Geschichtsphilosophie Hegels wiederum eingeschränkt; bei Marx liegt die Sache anders).

In ihr werden - selbst zur Zeit der aufkommenden Naturwissenschaft - die Politiker zu Physiologen. Der Mensch wird in die mechanisch erklärbaren Naturobjekte einbezogen, mit dem Allgemein-Menschlichen zieht man gegen den feudalistischen Adel zu Felde, so daß die Entstehung dieser Wissenschaft allgemein - auch als Teil der Soziologie - eine Revolution darstellt: als Kritik und gleichzeitig als Krisenreflex.

Steht damals aber die Hoffnung auf Natur im Vordergrund (die Revolution wird im Namen der Natur geführt), tritt heute - was zu kritisieren ist - die Verzweiflung über die Geschichte in den Vordergrund.

Bei Concordet - in seinem Fortschrittskonzept - wird zwar ein Synthese-Versuch von biologischer und anthropologischer Anthropologie angegangen, aber die Vervollkommnung des menschlichen Verhaltens und der Fortschritte in der Gleichheit sollen durch die Naturwissenschaft erreicht werden (ethnologisch: Differenzen zwischen den Nationen aufheben; biologische: Gleichheit in einem Volk herstellen).

Im Bereich ethnologischer Anthropologie kritisiert er dann zwar die Sklaverei und den Kolonialismus, subsumiert aber humanitäre Motive dem ökonomischen Denken.

Das Prinzip der Einheit der Gattung und der konstitutionellen Identität aller Individuen erlaubt aber auch die Vorstellung von Differenzen, so daß die Allgemeinheit der Vernunft nicht für die ethnologische Anthropologie gilt (die "Wilden" müssen zivilisiert werden).

De Bonald kritisiert Concordet, der die Gesellschaft durch den Menschen erklärt, während jene, umgekehrt vorgeht.

Der Bereich seiner biologischen Anthropologie ist durch seine Vorstellung von Erziehung geprägt, er kritisiert daher die Rolle der Naturwissenschaft. Zudem hat er Einwände gegen die Behandlung fremder Völker vorgebracht, weil seiner Meinung nach die Zivilisation nur Brutalitäten produziert hat.

An dieser Gegenüberstellung zeigt sich, daß sich fortschrittliche Einsichten in der biologischen Anthropologie und umgekehrt in der ethnologischen nicht zu entsprechen brauchen (Eurozentrismus, Ethnozentrismus), was bis heute Geltung beansprucht, wenn auch neuerdings Kritik an eurozentrischen Zivilisationstheorien geübt wird (Ribeiro 1968).

In der pragmatischen Anthropologie Kants dagegen stellt sich Anthropologie als systematische Fundamentalwissenschaft dar, verweist "pragmatisch" auf die "Weltkenntnis" (in Ablehnung der physiologischen Natur). Das Votum gegen die Physiologie entspricht allerdings dem Fehlen sachlicher, in dieser Epoche vorhandener Möglichkeiten.

Seine Handlungswissenschaft hat das Ziel, eine planmäßige Geschichte des Menschengeschlechts zu betreiben (vgl. auch Habermas). Seine Kategorien wie Sozialität, Instinktentbindung, Mängelhaftigkeit, ungesellige Geselligkeit haben unter anderem Wirkungen auf Gehen gezeitigt.

Kants Konzept der Errichtung einer bürgerlichen Gesellschaft im Zustand des Friedens hat stark ideologische Momente, weil er die Anthropologie zwar geschichtsphilosophisch begründet, aber gleichzeitig zwischen den aktiven vom passiven Staatsbürgern differenziert und die bürgerliche Persönlichkeit (politisch) als unabhängig von fremden, ökonomischen Verhältnissen begreift.

Deshalb läßt sich dann politische Ungleichheit mit anthropologisch begründeter Gleichheit verbinden, damit der Mensch dem Bürger nichts anhaben kann.

Kant (wie auch Diderot) haben sich vom ethnographischen Weltbild des Mittelalters, in dem Ethnozentrismus mit Geozentrismus zusammenhängt, entfernt.

Von den Monstren am Rand der Ökumene läßt man ab und begreift sich aufklärerisch als "Passagier und Weltbürger" (idealisierend über eine Kritik an den eigenen Verhältnissen), obwohl die Wilden zwar Menschen sind, aber nichtsdestotrotz der Mensch ins Tierreich gehört.

Für Kant gilt es, Menschenkunde ohne ethnozentrische Vorurteile auf der Basis der Verbindung von Menschenkenntnis und Weltkenntnis zu betreiben.

Entgegen Kant erweist sich der Rückgriff auf die Natur in seiner Zeit (das widernatürliche Ancien Régime) als ein gesellschaftskritischer Begriff, der zu einer Hochschätzung der Wilden führt.

Durch eine Erweiterung von Erfahrung (Reisen, Kulturkontakte) versucht man, eine mögliche Anthropologie zu begründen, wenn sie auch exotisch bleibt. Die Wilden leben in Egalität und im Glück am Rande des Instinkts, der für Kant nicht mit Vernunft vereinbar ist, so daß Exotisches nicht über den Verweis auf den Naturzustand legitimiert wird.

Entgegen vorherrschender Vorstellungen verfolgt Kant die Idee einer Gesellschaft, die auf Dissens aufgebaut ist.

Es ist deutlich, daß ein Zusammenhang zwischen biologischer und ethnologischer Anthropologie existiert; Kants Ablehnung des Naturzustandes ist verbunden mit der Vorstellung von der Differenz Vernunft/Instinkt und mit einer Geschichtsvorstellung, die die Loslösung der Vernunft von den Instinkten durchgesetzt hat.

Diderot (mit Rousseau gemeinsam, daß Gleichheit, Stagnation und Fortschritt Ungleichheit bedeuten) trennt entgegen Kant in diesem Zusammenhang den Denkenden vom Handelnden.

Natürliches Verhalten ohne Reflexion und die Sehnsucht nach Instinkten lassen sich bis Gehlen nachweisen, wenn auch die Objekte wechseln.

Im beginnenden bürgerlichen Zeitalter orientiert sich eine ethnologische Anthropologie an den "Wilden" außerhalb, während die biologischen Anthropologie sich für die "Wilden" innerhalb interessiert.

Die sogenannten "Wolfskinder" werden zu Erkenntnisobjekten (siehe die "anthropologischen" Schlußfolgerungen in der Hospitalismusforschung), wie z. B. der Fall des Victor de l'Aveyron zeigt.

Es ist die Zeit, in der man vermittelt über Abnormitäten Einsichten in die menschliche Natur gewinnen will, da diese auch über die Erforschung des menschlichen Körpers bestimmt werden kann (erst im 18./19. Jahrhundert erlaubt).

In diesem Kontext geht es vor allem darum zu zeigen, daß die angeborene Natur der Erziehung als erworbener Natur bedarf. Sieht man einerseits in den "Wilden" außerhalb das verlorene Paradies des Naturzustandes, reduziert man andererseits jene Kinder auf brutale Natur, die es durch Erziehung zu zivilisieren gilt.

Das Interesse an diesen Kindern (neben der Kritik) steht auch in einem anderen Kontext, der auf die Behandlung von Irren hinweist, wie Foucault gezeigt hat.

Als Reflex auf eine ökonomische Krise (Arbeitslosigkeit) werden die Irren zuerst in "work-houses" eingesperrt, nach der Ausweitung des Welthandels läßt man sie (in aus Hospitälern entstandenen Manufakturen) wie Normale arbeiten.

Pinel nun befreit die Irren von ihren Ketten und behandelt sie nicht mehr als Kranke, sondern als Anormale, die zwar nicht von der Natur, dafür aber von der Gesellschaft abweichen.

Man kann darüber reflektieren, inwieweit die Wandlung der Medizin zur Justiz und die der Therapie zur Repression auch heute noch Geltung besitzt. Pinel jedenfalls schließt diejenigen, die sich nicht bekehren lassen, wieder ein.

Es geht ihm also nicht darum, eine kranke Natur zu behandeln, sondern zum gesellschaftlichen Normensystem zu bekehren, womit die Umrissse einer Gesellschaftstheorie auftauchen.

Sowohl die Behandlung von Irren als auch die von Kindern und "Wilden" zielt darauf ab, daß Normabweichungen entscheidend und daß Ursachen von "Krankhaftem" im Anormalen gesucht werden: Bestimmte Grundstrukturen von Theorien lassen sich als "kulturbedingte" herauskristallisieren.

Die bürgerliche Gesellschaft drückt sich damit in "Geisteskrankheiten" wie auch in anderen Problemfällen positiv aus.

Als Abweichungen von einer Norm werden ja auch heute noch Fälle "problematischer Sozialisation" (behinderte Kinder, soziale Abweichler, auch Adoptivkinder auf dem Hintergrund der normalen "biologischen Blutsbande") behandelt.

Bei Rousseau kommt die gesamte Problematik noch in der Weise zum Tragen, daß ein doppelter Naturbegriff (erste und zweite Natur) konstruiert wird, der aber historisch bedingt ist (Rückkehr zu Natur oder Heraustreten aus ihr).

Beide Seiten hat Rousseau dadurch zu verbinden gesucht, als er sowohl die Emanzipation des Menschen als auch die des Bürgers anpeilt. In seinen Vorstellungen werden Anthropologie und Gesellschaftstheorie gleich. Unter Demonstration eines vorbildlichen Typus verwechselt Rousseau den absolut wilden Menschen nicht mit dem gesellschaftlichen.

Er konstruiert einen methodischen Naturzustand, aus dem eine Anzahl von anthropologischen Annahmen zur Entwicklung einer Gesellschaftstheorie als Gesellschaftskritik deduziert werden.

Der Mensch soll in seiner "Anthropologie" in die Gesellschaft wie in eine zweite Natur eingepaßt werden, die die ursprüngliche ersetzt. Diese Sichtweise ist mit dem Prinzip "Zurück zur Natur" nicht mehr vereinbar:

Als Spätprodukt setzt die bürgerliche Gesellschaft Natur als "Subjektivität" frei, die einigen Individuen erlaubt, am Rande der Gesellschaft glücklich zu leben.

Lediglich im Gegensatz zur Reflexion kommt bei ihm noch einmal der traditionelle Begriff Natur auf (obwohl die Reflexion gerade die Spontanität entdecken soll, die eben die Reflexion aufgehoben hat). Rousseau versucht also, Gesellschaftskritik und Gesellschaftstheorie bzw. biologische und ethnologische Anthropologie miteinander zu verbinden.

Konsequenzen hat die vorangegangene Darstellung gerade für die anthropologischen Grundannahmen von politischer Kritik.

Aus der Auffassung, die Konzeption "des" Menschen zu kritisieren, kann man m. E. einerseits nicht darauf schließen, Marx eine antinaturalistische und damit antianthropologische Grundhaltung unterzuschieben (wie es Althusser unternimmt), da er gerade (auch unter Berücksichtigung des Menschen als "Naturwesen" und unter Aufdeckung der "Natur" der bürgerlichen Gesellschaft) durchaus eine neue, revolutionäre Anthropologie auch entwickelt (vgl. Sève).

Andererseits ist die Ineinsetzung von Marxismus und Anthropologie (Anthropolismus) ebenso unrichtig, wie sie in eschatologischen Vorstellungen (Bloch) vorkommt oder bei Theoretikern wie Marcuse, die auf Gesellschaftsanalyse verzichteten und Skepsis gegenüber der Arbeiterklasse als revolutionärem Subjekt entwickeln.

Die Konzeptionen, die den "neuen Menschen" kritisieren, gehen oft von der "Anthropologie" Gehlens aus.

In Vorstellungen von der Natur als Gegenutopie (Idee des "neuen Menschen") sollen anthropologische Begründungen dazu herhalten, einen anthropologischen Pessimismus zu begründen.

Der Rationalität wird die Humanität entgegengesetzt, sogar als ableitbar von Marx her verstanden. Dieses Prinzip wird dann durch die Disziplinen der Ökologie und Ethologie ergänzt, so daß Sozialverhalten biologisch begründbar erscheint (Eibl-Eibesfeldt 1967).

Welche Relevanz haben nun die Überlegungen für das Marxsche Modell?

Schon Marx hat darauf hingewiesen, daß die menschliche Natur nicht beliebig formbar und die Bedürfnisstruktur nicht beliebig variierbar ist, wenn wir seiner Andeutung einer "experimentellen Anthropologie" folgen wollen (Deutsche Ideologie).

Die tatsächliche Fixität von Bedürfnissen muß sich empirisch aufweisen lassen, so daß sich Veränderungen in der Sozialstruktur als Bedingungen historischer Komplexe erweisen, die sich "nur" so als historische Bedürfnislagen bestimmen lassen. Es geht m. E. darum gegenüber anthropologischen Grundannahmen kritisch zu sein, die empirische Überprüfbarkeit von anthropologischen Aussagen auch in der Gesellschaft zu fordern - gebunden an eine sozio-ökonomischen Analyse der konkreten Verhältnisse.

Oft werden für politische Entscheidungen anthropologische Begründungen geliefert, deren Wahrheitskern schlecht nachweisbar ist oder noch nicht. Unter dem Gesichtspunkt einer Kritik der Utopie um ihrer Verwirklichung willen kann nur angedeutet werden, daß es sowohl problematisch ist, gesellschaftliche Gesetze auf anthropologische zu reduzieren, als auch, anthropologische Fragen aus den Gesellschaftswissenschaften zu eliminieren. Man muß den "alten Menschen" kennen, um vom neuen zu reden.

Nehmen wir diese Voraussetzungen auf, um im folgenden Abschnitt einige Probleme konkret anzuschneiden, wobei klar werden soll, daß entgegen objektiven

internationalen Vergesellschaftungsbedingungen (mit ihren negativen und positiven Seiten) ideologische Rationalisierungen oft auf "anthropologischen Auffassungen" beruhen, die letztlich auf Basis einer nicht fundierten Gesellschaftstheorie "biologische" und "ethnologische" Anthropologie vermischen.

3.1.4.3.2 Anthropologische Probleme und ihre Konsequenzen

Zur Klärung sei zusammenfassend darauf verwiesen, daß die Geschichte dieser beiden Teilsidziplinen eines Fachbereichs vom Wechsel zwischen Spzeialisierung und Synthese bestimmt war und daß der "Naturfaktor" weder unterschätzt noch überschätzt werden darf.

Betrachten wir allerdings mehr das Wechselspiel zwischen bio- und anthropologischen Momenten, so berücksichtigen wir zwar, daß der Mensch auch ein Naturwesen ist, formulieren aber dann ein Modell der Anpassung an die Umwelt.

Von daher gesehen ist die Erklärung innerhalb eines marxistischen Ansatzes zu suchen, wie er innerhalb der Kommunistischen Partei Frankreichs durch die Persönlichkeitstheorie Sèves entwickelt worden ist, in der er auf die Notwendigkeit einer nicht-spekulativen Anthropologie hinweist (auf Basis der "Grundrisse").

Dies besitzt insofern auch bildungspolitische Implikationen, als z. B. Claessens von der absoluten Plastizität des Menschen ausgeht (biologistisch). Er verbindet damit zwar die anthropologischen Vorgaben mit Lernangeboten, vernachlässigt aber die

mögliche Schaffung neuer sozialer Verhältnisse.

Dieser Versuch kumuliert in einem Kompetenzbegriff (Geselligkeits-, Sexual- und Sprachkompetenz), der in der Soziologie aus methodischen Gründen vor allem zum Zweck interkultureller Vergleiche angewendet wird (Sussmann 1970).

Über die Annahmen in der "Deutschen Ideologie" läßt sich wohl ein Zusammenhang zwischen Anthropologie (Bedürfnis) und Geschichte (Produktion) im Begriff Bedürfnisproduktion herstellen.

Im Zusammenhang von Erzeugung der Mittel zur Bedürfnisbefriedigung und der Entstehung neuer Bedürfnisse werden Momente der Kommunikation, des eigenen Lebens und der Produktion von fremdem sichtbar.

In diesem Sinne verweisen "Kompetenzen" auf eine Form der Sozialisationstheorie der Phylogenese, übertragbar auf eine ontogenetische Sozialisation der Individuen als Teile der Gattung unter sich verändernden geschichtlich-gesellschaftlichen Bedingungen.

Es geht also darum, inwieweit Kompetenzen zu entfalten sind und dann erst um die konkrete Realisation, die Konsequenzen für eine Familiensoziologie besitzt, ob sie nun Invarianzen oder Varianten analysiert (Lukesch1976).

Sicherlich hat es sich schon längst herausgestellt, daß man nicht von der Universalität familialer Funktionen auf universale Bedürfnisse schließen kann, wenn auch anthropologische Bestimmungen im Zusammenhang von Gesellschaft und Persönlichkeit anzusiedeln sind.

In einer Theorie der Zivilisation (Elias) kommt dies voll zum Tragen (allerdings eurozentrisch und europazentriert):

Es muß auch darum gehen, die Vielfalt von kulturellen Variationen (im sozio-ökonomischen Rahmen) zu akzeptieren.

Auch im Verhältnis von Sozialgeschichte und historischer Anthropologie liegen Einsichten begründet, wenn der Zusammenhang von der Geschichte der Bedürfnisse und der Veränderung der Produktivkräfte zum Tragen kommt.

Gerade in der Verbindung zur Politik ist die Anthropologie kritisiert worden (Projekt Camelot, finanziert vom "Special Operations Reserch Office"). 1968 setzt das "Executive Board" der AAA (American Anthropological Association) ein "Ethics Commitee" ein, daß den Vietnam-Krieg brandmarkt und die "Ethnologie auf dem Kriegspfad in Thailand" verurteilt (Lepenes 1971: 42 ff).

Auf Basis einer Organisation von Wissenschaftsforschung, die militärischen Zwecken dient, entwickeln Wissenschaftler Programme zur Rekrutierung und Ideologisierung von Aufständischen ("Advanced Research Projects Agency" - APRA - des "American Instituts for Research": AIR).

Entscheidend ist, daß Programme zur "counter-insurgency" nicht verheimlicht werden müssen. Neben der Befassung mit internen Problemen (indianische Reservationen; Neger-Problem) und mit den pazifischen Gebieten ebnet die schon im Kampf gegen den Nationalsozialismus sich konstituierende "applied anthropology" den Weg zur heutigen Wissenschaftspolitik, obwohl dieselben Wissenschaftler sich heute naiv unparteiisch geben (im Sinne Max Webers).

Das "Ethnics Committee" wird vom AAA kritisiert, weil keine Stellungnahme im politischen Sinne am Krieg in Vietnam erwünscht ist. Begründet liegt die zu großen Teilen konservative Haltung von unkritischen Ethnologen darin, daß sie vor allem mit psychologischen Kategorien arbeiten, Revolutionen verhindern wollen, einen kulturellen Relativismus betreiben, daß sie deskriptiv vorgehen, daß sie eine "Ethnologie der Armut" verfolgen.

An dieser Stelle taucht (vgl. auch mein erstes Kapitel) das Problem der Vermittlung erkenntnistheoretischer Dimensionen und der Verantwortung der Wissenschaft auf (vgl. Neumann), die aber nicht bloß anthropologisch begründet werden kann, wie es Habermas verfolgt, sondern wissenschaftssoziologisch konkretisiert werden muß.

In gleichem Zusammenhang steht die Suche nach der Natur der menschlichen Gesellschaft über den Standpunkt des kulturellen Relativismus, als die Verschiedenheit der menschlichen Natur entdeckt wird: das universell Angeeignete in der Ontogenese.

Der dadurch bedingte Schock soll dadurch aufgehoben werden, daß man beginnt, das Fremde in einem System von Unterschieden in seiner Kohärenz zu begreifen. Anstatt das Fremde zu akzeptieren, distanziert man sich von ihm, indem die Monstrosität zur Individualkategorie wird.

Über dieses Verfahren müssen Werte außerhalb einer homogenen Gesellschaft über Vergleich und die Hypothese universeller Wahrheiten (Gesellschaft als aufgegangene Familie) bestätigt werden.

Diese Wahrheiten bilden das Resultat der psychischen Homogenität auf biologischer Basis.

Jedes Individuum ist damit schon fast "genetisch" von Geburt an vermittelt über erwachsene Kulturmitglieder an Kultur gebunden. Alle Bewußtseinsphänomene - einschließlich der Erkenntnistätigkeit - sind kulturell standardisiert, so daß der kulturelle Wertrelativismus als Teil des Erfahrungs- und Erkenntnisrelativismus erscheint.

In der Forschungstätigkeit kann man daher trotz gleicher Sachverhalte zwischen biologischen und transkulturellen Momenten unterscheiden, indem man entweder naturwissenschaftlich oder vergleichend Beweise sucht.

Die universalistische Art dieses Vorgehens reduziert so gesellschaftliche Verhaltensweisen auf biologische Ursachen zum Zweck der Normenrelativierung (vgl. Rassentheorien).

Die relativistische Spielart dagegen bestimmt sich mehr über die Reduktion auf kulturspezifische Momente. Indem letztere aber in "cross-cultural-studies" wiederum über kulturfreie Tests die biologische Determiniertheit aufzudecken sucht, nähert sie sich wieder der universalistischen Form an.

Folgende Alternative ist zu unterscheiden, die letztlich ein Ausdruck der alten "nature-nurture-controversy" ist:

- Legitimierung von Normen aus der unzulässigen Verallgemeinerung von Kulturspezifik (Universalismus),
- Konstatierung einer gemeinsamen Grundlage kulturell-variabler Verhaltensweisen (bis hin zu kognitiven Fähigkeiten, bildhaften Darstellungen, zum Zusammenhang von Sprache und Realität).

Im Rahmen der Diskussion der Sapir-Whorf-These (entgegen zu Chomsky) kommt dieses Problem zum Tragen, wenn auch eine anti-relativistische Komponente hervortritt, die die soziale Differenz auch physisch sichtbar machen will.

Die biologische Gleichheit und Unveränderlichkeit muß umso mehr betont werden, je mehr die politische Ungleichheit Probleme aufwirft.

Die Verwechslung von biologischen und transkulturellen Strukturen setzt den relativen Universalismus mit der biologischen Basis gleich, so daß die Realität als ahistorisch erscheint: Allgemein-menschliche Werte sollen zum Zweck politischen Handelns gefunden werden, wobei sich auch die Subjekte nach Interessen und Fähigkeiten unterscheiden.

Die Kombination der Ideologie der absoluten Werte vermischt sich mit grundlegender menschlicher Ungleichheit, so daß die CDU/CSU das Bildungsprogramm der Bundesregierung kritisiert, weil diese die genetischen Grenzen vernachlässigt habe (vgl. auch Eysenk).

Was sich in dieser Ideologie ausdrückt, ist ein doppelter Naturzustand (seit Locke), der sich in den Begriffen der Freiheit und Gleichheit äußert: Seit das ursprüngliche Postulat der Gleichheit als Realität (neue Arbeiterklasse) bekämpft wird, gewinnt ein konservativer Freiheitsbegriff Qualität.

Auf Basis der Inkonsistenz des bürgerlichen Bewußtseins erscheint Gleichheit nur noch als gleiches Recht für alle.

Wie der Fouchet-Plan in Frankreich zeigt (Sève), kann auf diese Weise der Natur die Differenzierung der Fähigkeiten zugeschoben werden (vgl. die ~~diverse~~ Erziehungsprogramme).

Da die Bedürfnisbefriedigung der Natur nicht entgegengesetzt werden kann, bedeutet diese inhaltliche Bestimmung der Fähigkeit, daß die ungleiche Verteilung schon vorausgesetzt wird.

Während vor der Revolution damit noch keine Rangunterschiede begründet werden, erweisen sich die Fähigkeiten in der Revolution als natürliche Dispositionen, wird die Erziehung über Natur gestellt. Dennoch produziert die bürgerliche Klasse politische Ungleichheiten, die es zu regulieren gilt, so daß dann seit etwa 1830 die Gleichheit gegen die Arbeiterklasse gewendet wird.

Selbst über anthropologische Vergleiche von Völkern - neben Vererbungstheorien - werden die bestehenden Klassenverhältnisse untermauert.

Zwar bewirkt Erziehung bei Extremfällen wenig, dafür aber bei niedrigen Naturen (z. B. Arbeitern), so daß die Armen die "Neger" Europas werden (zwischen Weißen und Affen) und die Neger das Proletariat in der ersten Welt werden können.

Im Gegensatz zum Arbeiter, der jetzt wieder pejorativ bestimmt wird, erscheint der Intellektuelle als Bürger: Fähigkeit ist zur Legitimation von Klassenverhältnissen biologisch determiniert.

In diese Zeit fallen auch Vorstellungen, die die Ungleichheit von Rassen biologisch begründen, obwohl seit den Streiks in Frankreich (1867) eine Relativierung des bürgerlichen Bewußtseins notwendig ist: Mit Befähigung und Arbeit müssen die Eigentumsverhältnisse legitimiert werden. Zwar bleibt die biologische Begründung bestehen, aber der Bruch zwischen Fähigkeiten und Tätigkeiten muß per Psychologie gekittet werden (vgl. Binet).

Auch hier läßt sich das ambivalente Erbe der "Aufklärung" nachweisen, das bis heute nachwirkt.

Wissenschaftliche Theorien hätten dann die Aufgabe, dies nachzuvollziehen, vor allem, wenn es darum geht, Vorurteile gegenüber Ethnien und Rassen im Alltag in ihrer historischen Entwicklung, ihrer Struktur und ihren Funktionen aufzudecken.

Diese Vorurteile erscheinen als Ausdruck von ideologischen Inhalten, die ja nach historischen und gesellschaftlichen Ereignissen über ihre "anthropologischen Konstanten" aktualisiert werden können:

Ob es sich um Vorurteile gegenüber "Negern" in den USA, gegenüber der Andersartigkeit von "Ethnien" in den Ländern der "Dritten Welt" handelt oder um Vorurteile gegenüber Gastarbeitern in der BRD (im sozio-ökonomischen Zusammenhang).

3.1.4.3.3 Einige Anmerkungen zum Problem des Ethnozentismus

"Rassenunterschiede" werden oft über Körpermerkmale und meßbare physische Unterschiede bestimmt (Hiebsch/Vorwerg), während problematische Ergebnisse dann zustandekommen, wenn physiologische Eigenschaften mit Verhaltensweisen in Verbindung gebracht werden.

Selbst bei der Erfassung biologischer Merkmale beschränken sich die Forscher darauf, Phänotypen anstelle von Genotypen zur Spezifizierung heranzuziehen.

Es konnte daher lediglich bisher festgestellt werden, daß der Merkmalsspielraum innerhalb einer "Rassengruppe" erheblich größer ist, als der zwischen durchschnittlichen Merkmalswerten im Vergleich von unterschiedlichen "Rassengruppen". Auch lassen sich Einsichten darüber gewinnen, daß Unterschiede im physischen Aussehen selbst umweltbedingt sind, so daß Rassentheorien, die z. B. die Überlegenheit einer "arischen Volksgruppe" behaupten, sich selbst widerlegen.

Der mystische Inhalt von Rassenvorstellungen läßt sich vor allem als Rationalisierung der Überlegenheit der europäischen Kultur und als Rechtfertigung der Behandlung der unterworfenen Völker in der Kolonialzeit verstehen.

Obwohl längst nachgewiesen ist, daß kein Zusammenhang von physischen Merkmalen und Fähigkeiten besteht, halten sich diese Stereotypisierungen sowohl in Theorien als auch im Alltag bis heute (vgl. Barron zum Negerproblem in den USA, 1975; Italiaander 1966): Die ethnische Identität (Kultur) wird auf den biologischen Tatbestand reduziert (Natur, Rasse).

Selbst in Fällen, wo sich eine Bevölkerungsgruppe inhaltlich nicht als eine ethnische Minderheit ausweist (wie in den USA die schwarze Bevölkerung), bewirkt die Abstempelung durch die weiße Majorität, daß sie sich als rassistisch begründete Sondergruppe zu identifizieren beginnt, zudem sich politisch radikalisiert und anfängt, "kulturelle" Eigenarten zu betonen.

Daher kann Barron für die USA konstatieren, daß eine Entwicklung der Integrationsbemühungen von der Phase der Bildung "ethnozentristischen Bewußtseins" der Schwarzen abgelöst wird, das auch Auswirkungen auf die politischen Aktivitäten anderer Gruppierungen mit sich trägt (die Bürgerrechtsbewegung stellt dagegen nur ein subtiles Anpassungsinstrument dar).

Obwohl ursprünglich keine im biologischen Sinne begründbare "Rassenzugehörigkeit" vorhanden ist, entwickelt sich in sozialen Bewegungen (in den unabhängigen Staaten Afrikas, in Südafrika, im Nahen Osten, in den USA) ein auch "rassistisch" vermittelter Kampf um politische-ökonomische Partizipation als sozial-kulturelles Phänomen.

Erst die ethnozentristische Überbewertung der eigenen Sozialverhältnisse (begleitet von mangelnden Kenntnissen über andere Ethnien) konstituiert Sondergruppen, die sich dann auch als anders begreifen.

Sumner hat diese ethnozentristische Haltung, die sich vor allem seit der Kolonialzeit entwickelt, am Gegensatz zwischen Eigen- und Fremdgruppe festgemacht, der politischen und ökonomischen Zwecken dient (ob mehr ethnisch oder rein rassistisch begründet).

Schon im alten Rom konstituiert sich das Verhältnis zwischen Insider und Outsider als Freund-Feind-Schema. Mit diesem "Feind" kann man so gut wie alles anstellen.

Auch Darwin weist darauf hin, daß der Mord innerhalb eines Volkes (ethnos) zwar nicht erlaubt ist, aber außerhalb begangen, die eigenen Verhältnisse erhält (der natürliche Fortschritt; vgl. Büttner 1965).

Der Begriff "Rasse" aber im Gegensatz zum "ethnos" bezieht sich ursprünglich auf die überschaubare, abstammungsmäßige Herkunft (ethymologisch ungeklärt). Ursprünglich werden rassistische Begründungen nur dann aktualisiert, wenn Abstammungsverhältnisse existieren, ohne daß innerethnische, ethnische und überethnische Zusammenhänge in den Blick kommen.

Je größer der zeitliche und räumliche Abstand ist, um so mehr wird das Abstammungsverhältnis aber zu einer Hypothese, wird die eigene Gruppe über Brüder und Schwester als konstituiert betrachtet (womit dann auch die Herrschenden von ihren Zielen ablenken können, bis hin zur UNO-Menschenrechtserklärung von 1948).

Die Leugnung gemeinsamer Abstammung geht oft einher mit Heiratsgeboten und Paarungsverboten, so daß "Mischlinge" als minderwertig angesehen werden (auch das Problem der "leiblichen Blutsbande" in den Vorurteilen gegenüber nicht-leiblichen Adoptivkindern).

Neben diese Mechanismus der Konzentration auf die eigene Gruppierung und die abstammungsmäßige Solidarisierung, gewinnt das Problem Bedeutung, daß

bestimmte "Genotypen" ein Fremdheitsgefühl provozieren können, das dann über die Gleichsetzung von Verhalten und andersartigem Aussehen rationalisiert wird.

Daß "genetische" Begründungen eine spezifische Rolle spielen, geht auch aus einer UNESCO-Erklärung von 1952 hervor, in der die Determination von geistigen Faktoren durch Erbunterschiede zumindest andiskutiert wird (1939 wird die Ausrottung der Naturvölker angeprangert).

Sind zwar heute die "brutalen Zivilisationsversuche" auf Basis der moralischen Verabsolutierung der eigenen Überlegenheit etwas relativiert worden, lassen sich adäquate Einschätzungen der Länder der Dritten Welt vor allem in den entwickelten Ländern selbst finden, während in den unmittelbaren Kontakten - ob in westlichen Industrieländern selbst oder innerhalb der Entwicklungsländer - oft eine überlegene Haltung zur Schau getragen wird.

Zwar ist das alte Bild der Völker und Rassen, nachdem Deutschland in der Hierarchie an der Spitze steht, irrelevant geworden, aber nicht zuletzt seit dem Ausbau der ökonomischen Machtstellung der BRD erscheint Hilfe erneut als Moment von Überlegenheit (Dankwortt 1962).

Diese Haltung geht einher mit tiefer Interessenlosigkeit an den gesellschaftlichen Verhältnissen in den Ländern der Dritten Welt.

Die eigene "Kulturentwicklung" erscheint hier als die einzig mögliche, wenn auch diese Verabsolutierung zwar in der breiten Bevölkerung Platz gegrif-

fen hat, aber ihre Erklärung nur über die Funktionalität für bestehende, interne Klassenverhältnisse findet.

Es scheint mir in diesem Zusammenhang wichtig zu sein, daß "Vorurteile" Ländern der Dritten Welt bzw. Angehörigen spezifischer Herkunftsländer gegenüber ihren besonderen Stellenwert im internationalen Vergesellschaftungsprozeß erhalten:

- Sie entstehen einerseits mit der Aufnahme von Kontakten zu diesen Ländern seit der Kolonialzeit, seit Beginn der Entdeckungsreisen.
In der heutigen Zeit erweisen sich andererseits Vorurteile über "interethnische" Beziehungen als anachronistisch, da vor allem die internationale Klassensituation und damit auch ihr demokratisches Potential wichtig wird.
- Wissenschaftliche Theorien aber - erst im Zuge der historischen Entwicklung entstanden, in die auch die Beziehungen zu heutigen Entwicklungsländern fallen - können dazu dienen, über rationalere Erkenntnisse, dieses demokratische Potential wirksamer zu entfalten.

Ich habe versucht (was noch im Abschnitt über mögliche Probleme der Auslandsadoptionen erläutert wird), zu zeigen, daß der Erforschung interkultureller Probleme eine "anthropologische Grundhaltung" zu eigen ist (neben der Ausklammerung sozio-ökonomischer Bedingungen), die auch im Alltagsbewußtsein aktuell wird.

Anthropologische Konstanten können inhaltlich auch im Kontext der historischen gesellschaftlichen Entwicklung über die Analyse des bürgerlichen Bewußtseins bestimmt werden.

Gerade in Hinsicht auf die rationale Analyse der Situation "ethnischer Minderheiten" oder ganzer Nationen ist es wichtig, auf die Konstruktion anthropologischer Konstanten (kultureller Universalismus oder Relativismus) hinzuweisen, da über sie politische/ökonomische Verhältnisse (nationale oder internationale) legitimiert werden.

Die mögliche Entfaltung demokratischer Potentiale im internationalen Kontext (Internationalisierung und ökonomische Integration als Vergesellschaftungsmomente) in Richtung "Frieden, Humanität und Demokratie" ist gebunden an adäquate wissenschaftliche Analysen (mit dem Ziel einer verwissenschaftlichten Praxis auf allen Ebenen) in Verbindung mit politischen Interessenorganisationen, um vorhandene Möglichkeiten organisierbar und planbar zu machen.

In den folgenden Abschnitten soll es einerseits daher darum gehen, einige Aspekte der bestehenden Praxis über einen kurzen Vergleich der Organisation TdH und über die Institution Schule dahingehend aufzugreifen, ob sich in ihnen Momente auffinden lassen, die auf das demokratische Potential abheben⁽³⁴⁾.

Andererseits sollen unter diesem Aspekt "Friedens-theorien" beleuchtet werden, die die herrschende Praxis politischer Bildung an der Schule zu begründen versuchen (in ihren Tendenzen) und teilweise jener diametral entgegenstehen.

3.2 Aspekte der politischen Bildungspraxis und Theorien friedensrelevanter Erziehung

Die folgende Darstellung begreift sich einerseits im Kontext der entwickelten Konzeption "politischer Sozialisation" im ersten Kapitel und andererseits im Rahmen offizieller Versuche zur Regulierung "politischer Sozialisation" (politischer Bildung) im zweiten Kapitel, ohne daß die gewonnenen Erkenntnisse noch einmal detailliert aufgegriffen werden.

3.2.1 Aspekte politischer Bildungspraxis

3.2.1.1 Die Prinzipien der "friedlichen Koexistenz" als bildungspolitische Orientierung

Ohne noch einmal die Strategie der friedlichen Koexistenz über die Einbettung in einen "revolutionären Weltprozess" zu problematisieren, impliziert diese eine Reihe von Zielen, die nicht nur auf die Ebene des Lernens/Lehrens reduziert werden, sondern im Kontext einer allgemeinen Theorie gesellschaftliche Qualität beanspruchen, so daß sie unter heutigen Bedingungen ihre Bedeutung im internationalen Kontext gewinnen (vgl. auch die Kritik der Wissenschaftspolitik und des Wissenschaftsimperialismus im ersten Kapitel).

Daher gewinnen nicht nur Deskriptionen und "verstehende " Erklärungsmuster Wichtigkeit, sondern vor allem Veränderungsstrategien, die an Problemen des "militärisch-industriellen Komplexes" ansetzen

(gerade in Anbetracht der schon dargestellten Umwelt- und Ernährungsprobleme und Energie- und Rohstoffkrisen), die wegen der Vergeudung von menschlichen Potentialen und Gebrauchswerten permanent "Unfrieden" produzieren.

Die Realisierung von gesellschaftlichen Zielen wie "Frieden, Humanität und Demokratie" über politische Bildungsprogramme setzt eben Ressourcen voraus, die anderweitig unproduktiv verausgabt werden.

Diesen Sachverhalt müssen Theorien reflektieren, diese Ziele müssen über politische Kämpfe durchgesetzt werden: Im wesentlichen spielt der politische Kampf der Lohnabhängigen und ihrer Interessenvertretungen eine intervenierende Rolle im Vergesellschaftungsprozeß.

Die Prinzipien der friedlichen Koexistenz greifen diese Möglichkeit auf, so daß gerade die Forderung, aus der Geschichte zu lernen, deutlich macht, welche Konsequenzen gerade nach dem Zweiten Weltkrieg zur Entwicklung optimaler Persönlichkeitsbildung gezogen worden sind, um progressive Vorstellungen mit der heutigen Praxis zu konfrontieren.

Es sind Ansätze zu diskutieren, die auf eine mögliche menschlich-demokratische Entwicklung der Persönlichkeit hinweisen. Die Studien der Bundeszentrale für politische Bildung dürften diesem Ziel kaum dienen, weil sie die "Basis" des Faschismus und damit auch ihre Integrationskraft nicht problematisieren. Jene Analysen können tatsächlich das Grundsatzprogramm der CSU nur bestärken, das in einem Zuviel an Demokratie das Ende der Demokratie sieht (FAZ, 9. Aug. 1974).

Daß die Hintergründe der Entstehung des Faschismus nicht beleuchtet werden, einschließlich des Problems, warum sich ein Großteil der Bevölkerung devotisch einer rassistischen Ideologie unterworfen hat und zur Brutalität selbst fähig geworden ist, hängt eng damit zusammen, daß auch heute noch politische Bildung bzw. Bildung als ganze sowohl im Prioritäten-Katalog an der unteren Stelle steht, als auch - wenn sie stattfindet - ihre Inhalte "Krisen" in ihren Ausformungen unkritisch widerspiegeln.

An dieser Stelle sollen lediglich Prämissen formuliert werden (vor allem nach: Plädoyer für eine demokratische Bildungspolitik, 1975).

Aus der Geschichte lernen heißt, sich der Dokumente zu vergegenwärtigen, in denen die Voraussetzungen einer demokratischen Bildungspolitik formuliert werden.

Im Potsdamer Abkommen (2. August 1945) werden Programmpunkte gesetzt, die konsequent Militarismus und Nazismus zur Erhaltung des Friedens abzuschaffen suchen, die grundlegende Umstrukturierungen der ökonomischen Verhältnisse anpeilen, die das gesamte Erziehungswesen von militaristischen und nazistischen Einflüssen befreien wollen, die für eine totale Abrüstung und Entmilitarisierung auch der Industrieproduktion plädieren und das politische Leben demokratisch und friedensorientiert zu gestalten beabsichtigen.

Im OMGUS-Telegramm an die Militärregierungen der vier Länder der amerikanischen Besatzungszone (10. Jan. 1947), das sich auf die Organisation

des Erziehungswesens und auf die Regulierung religiöser Angelegenheiten bezieht, werden die oben genannten Grundsätze konsequent auf die inhaltliche und organisatorische Umgestaltung des Bildungs- und Erziehungsbereiches angewendet.

Allgemeine und berufliche Bildung sind miteinander verbunden, demokratische Reformvorstellungen basieren nicht auf dem Modell eines "Reformkapitalismus" (vgl. die Steuerungsversuche in den SPD-Programmen, in denen die ökonomische Instabilität und die politische Labilität zum Ausdruck kommen).

In der Direktive Nr. 54 der Alliierten Kontrollbehörde in Deutschland (25. Jani 1947) steht ebenfalls die Demokratisierung des Bildungswesens im Vordergrund, die konkret dem Friedensangebot des Grundgesetzes entspricht (Art. 24 Abs. 3: Herstellung von Frieden, friedliche Beilegung von Konflikten; Art. 26: Verbot von Angriffskriegen, der Störung des Friedens; Art. 139: Beseitigung von Faschismus und Militarismus).

Diese Intentionen entsprechen den Grundsätzen des Völkerrechts, kommen auch in den Erziehungszielen der Landesverfassung von NRW (Art. 7 Abs. 2) zum Ausdruck, stimmen mit den Grundrechten überein.

In gleicher Weise, wie das Grundgesetz antimilitaristischen und antinazistischen Inhalte besitzt, verbietet es die Monopolisierung der Ökonomie (vgl. Landesverfassung von NRW Art. 24 und 27, GG Art. 14, 2 und 15): Wenn die sozialistische Organisation der Wirtschaft die Menschenrechte nicht antastet, verhält sich das GG gegenüber der Organisationsmöglichkeit neutral (Heuss im Vorwort zum GG, Goldmann-Verlag).

Die damit implizierten Konsequenzen spricht der Chefankläger in Nürnberg (Jackson) klar aus: Die Nazis unterdrückten das Volk über ein anti-demokratisches Bündnissystem.

Dementsprechend ist der Faschismus gestern wie heute zu analysieren und ihm entgegenzuwirken. Die Entschließung der Erziehungsminister der deutschen Länder zur Frage der Schulreform (19./20. Februar 1948) stellt in diesem historischen Kontext einen weiteren Beleg dar.

In der Hessischen Landesverfassung (Dezember 1946) werden sogar konsequente Programmpunkte zur Verstaatlichung von Industrien und Großgrundbesitz entwickelt.

Es stellt sich die Frage, was aus den guten Absichtserklärungen von damals geworden ist.

Nach Zerschlagen der Koalition der Länder, die den Faschismus bekämpft haben, wird die alte Ordnung erst einmal (auch teilweise mit den gleichen Personen) wiederhergestellt.

Die Bundeswehr wird installiert, der Einfluß der "konsequenteren Politik" der SPD gedämpft, die NATO aufgerüstet und die KPD (1956) verboten.

Über die Dokumente "Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus im Unterricht, Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 5. 7. 1962", den "Ostkundeerlaß" (Juni 1973) und den Wehrkundeerlaß kommen wiederum Inhalte im Unterricht zur Geltung, die einer konsequenten Friedenspolitik⁽³⁵⁾ entgegenstehen. "Berufsverbote (Radikalerlaß) tun ihr übriges (obwohl Modifikationen angepeilt werden), um demokratische Kräfte (die auch aus dem Bündnis gegen den Nationalsozialismus Konsequenzen ziehen) daran zu hindern, auf diese Zusam-

menhänge hinzuweisen und dementsprechende Veränderungen durchzusetzen.

Denn sollen Inhalte der Bildung und Erziehung friedensorientiert sein, muß die Verbindung zwischen demokratischer Reform- und Friedenspolitik hergestellt und politisch durchgesetzt werden, anstatt Bildungsinhalte zu verbreiten, in denen das Recht auf Veränderung und damit die Herstellung von Frieden ausgeblendet sind. Indem die Verfassungswirklichkeit zum Gesetz erhoben wird, gerinnen progressive Kategorien der politischen Pädagogik (vgl. Wallraven) zu formelhaften Trägern von Integrationsbemühungen, die mehr an der disziplinierten Selbstregulierung (sozialem Frieden) ansetzen und in denen Staat und Gesellschaft negativ ineinander verflochten erscheinen.

Daher wird mehr von Differenzierung als von Gleichheit geredet (Dahrendorf, Schleyer, Biedenkopf), gewinnen wieder Vererbungstheorien Bedeutung (Herrnstein 1974), werden personale Bezüge strapaziert (BDA 1974) und Begabungstheorien vorbereitet (2. Entwurf der SPD 1975).

Fürwahr, der Kampf um das Bewußtsein der Bürger gerinnt zur geistigen Mobilisierung in einer bestimmten Richtung, die das demokratische und humanistische Erbe verleugnet (vgl. Dregger, Dt. Bundestag, 155. Sitzung am 13. März 1975).

Ist es dann nicht folgerichtig, wenn in Ermangelung eines historischen Bewußtseins das Zusammenfallen des 30. Jahrestages der deutschen Niederlage mit dem Tag des Sieges der Nordvietnamesen in Südvietnam beklagt bzw. ironisiert wird

Wen wundert es, wenn vom "Hüllencharakter des liberalen Rechtsstaates" geredet wird und immer mehr Schüler (sogar an Grundschulen) Nazi-Symbole verbreiten?

Wen nimmt es Wunder, wenn die Trennung von Militär und Politik beklagt wird?

Gerade in Anbetracht der Tatsache, daß der Rüstungsbereich unumstößliche Priorität zu besitzen scheint, während die Ausgaben für das Erziehungs- und Bildungswesen entscheidend gekürzt werden (ebenso natürlich die Entwicklungshilfe; vgl. Bildungsge-samtplan 70 und 73), müssen z. B. auch Eltern (und Kindern) diese Zusammenhänge bewußt gemacht werden⁽³⁶⁾. Auch ihr Veränderungswille, der sich schon in eigenen Initiativen manifestiert muß gefördert werden und über den Anschluß an demokratische Bewegungen (die seit dem 19. Jahrhundert bestehen) praktisch umgesetzt werden.

Friedensrelevante Elternarbeit und Erziehung müssen daran gemessen werden, ob sie antimilitaristischen, antinationalsozialistischen und antimonopolistischen Zielen dienen (Kontrolle der Monopole, des militä-risch-industriellen Komplexes).

Die Bildungspolitik und ihre angezielten Reformen dürfen nicht länger der Konjunkturpolitik zum Opfer fallen (ideologisch legitimiert):

Regulierung von Steuerhinterziehung, Wirtschaftskriminalität, Steuerflucht; Reduktion von Steuerprivilegien und Streichung von Subventionen für Monopole; Umverteilung der öffentlichen Haushalte

(d. h. Kürzung der Rüstungsausgaben) setzen Gelder frei, die für das Bildungs- und Erziehungswesen und für die zivile Produktion Verwendung finden können (vgl. Doormann, in: Plädoyer ... 1975).

Im Rahmen der "allgemeinen Krise des Kapitalismus" erhöhen sich zunehmend die Chancen, demokratische Bildungsinhalte durchzusetzen, weil der gesamte imperialistische Herrschaftsapparat in größerem Ausmaß politisch labil wird.

Das Parteiensystem, die politischen Herrschaftskonzeptionen und Reformprogramme und die Funktionsfähigkeit von Herrschaftsmethoden werden immer brüchiger, so daß innerhalb der Politik als Verhältnis von Klassen immer mehr (der Tendenz nach) demokratische Kräfte zum Zuge kommen. Vor allem weist der Zusammenhang von Ökonomie und Politik und das Verhältnis zwischen äußeren und inneren Faktoren immer mehr Widersprüche auf.

Insgesamt (darin äußert sich die Bedeutung einer bildungspolitischen Perspektive) werden ökonomische Kämpfe in immer größerem Umfang politisiert - bis hin zum Bereich der familialen Sozialisation (vgl. "Allgemeine Krise ..." 1976: 423).

Der Tendenz nach entsteht eine Situation, in der die Relevanz allgemeiner, formaler demokratischer Prinzipien nicht mehr durchschlägt, sondern ihr fortschrittlicher Inhalt mit den Interessen des Kapitalismus in Kollision gerät.

Kurskorrekturen genügen nicht mehr (auch im Bildungsbereich), um labile und instabile Herrschaftsverhältnisse zu regulieren, seit dem Kapitalismus ein Milieu entstanden ist.

Die alleinige Organisation interner Widersprüche (im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution, in der Polarität von System- und Profit-sicherung, wegen der Komplexität der gesellschaftlichen Verhältnisse, innerhalb internationaler Verhältnisse und wegen der Konkurrenz der Kapitalisten selbst) ist nicht mehr möglich, obwohl sich der Staatsapparat an die Entwicklung anzupassen sucht (auch teilweise positiv).

Auch die ideologischen und theoretischen Versuche können nicht mehr adäquat (relativ) auf die Elemente der materialen Bewegung reagieren, obwohl sie selten der spontanen Bewegung vorangegangen sind.

Da der ideologische Kitt brüchig wird - trotz der Existenz subtiler Anpassungsinstrumente - treten Konflikte immer mehr hervor.

Gerade im Bereich der Bildung (einschließlich der politischen) wird einerseits deutlich, daß selbst "kapitalistische Bildungsbedürfnisse" nicht befriedigt werden können, und andererseits, daß vor allem sozialintegrative Verhaltens- und Denkweisen (gerade in Krisen) vermittelt werden müssen, die die Lohnabhängigen zur Kooperationsbereitschaft mit dem Kapital (PV) und zu einer Leistungsbereitschaft innerhalb eines kapitalistischen Systems (PV) bewegen wollen, so daß letztlich das Ziel verfolgt wird, die Entwicklung von Klassenbewußtsein zu hemmen.

Sowohl die in der Schule vermittelten Inhalte müssen dahingehend hinterfragt werden, als auch die Bereitstellung von Inhalten in anderen institutionellen Zusammenhängen, da Inhalte - wenn auch je nach historischem und gesellschaftlichen Kontext zu konkretisieren und nach ihrem politischen, gesellschaftlichen Stellenwert einzuschätzen - Bestandteile des "gesellschaftlichen Bewußtseins" sind, das allgemein immer mehr in den produktiven und reproduktiven Bereich einbezogen wird.

3.2.1.2 Zwei Beispiele der Darstellung der Situation der Dritten Welt in diesem Zusammenhang

3.2.1.2.1 Terre des Hommes

Die private Organisation TdH, die zwar im zweiten Kapitel kritisiert wird, macht aber zumindest der Tendenz nach auf die Verhältnisse in der Dritten Welt informativ aufmerksam, wenn auch der Bereich der Adoption in dieser Institution offensichtlich in den letzten Jahren seinen Stellenwert eingebüßt hat.

Laut der Broschüre "Anleitung zum Elterngespräch" sollen sich Adoptiveltern zum Anwalt aller notleidenden Kinder in der Dritten Welt machen, wobei diese Forderung - sofern überhaupt ansatzweise über TdH organisierbar - gerade im Jahr des Kindes einen besonderen Stellenwert gewinnt⁽³⁷⁾.

Im Zusammenhang der Entwicklung einer sensiblen Haltung gegenüber den Sozialproblemen hier (Heim-

kinder, Ausländerkinder) sollen die Adoptiv-
tern die Situation in den Entwicklungsländern be-
greifen lernen - einschließlich der dort ablaufen-
den Sozialisationsprozesse.

Sollen die Verhältnisse in der "Dritten Welt" aber
dargestellt werden, müssen adäquate Informationen
auf Basis wissenschaftlicher Analysen herangezogen
werden, die über die bisher erarbeiteten Kriterien
beurteilt werden müssen.

Obwohl TdH entsprechend ihren Organisationsbestim-
mungen die Probleme in der Dritten Welt kritisch
aufnehmen will, bilden die LÄNDERBERICHTE aber
(Bremer Gesellschaft für Wirtschaftsforschung) kaum
eine angemessene Basis für eine Urteilsfindung, da
sie vor allem auf Basis einer Industriegesellschafts-
Orientierung die kapitalistischen Gewaltverhält-
nisse nicht einmal erwähnen (exemplarisch kommt
diese Haltung an der Darstellung der Verhältnisse
in Cuba zum Ausdruck, die auch Unwissenheit verrät).
Von Aktivitäten multinationaler Konzerne ist in
ihnen nirgendwo die Rede.

Durchgängig bestimmt diese Position auch Einschätzun-
gen an anderen Stellen der Zeitschrift, wenn diese
insgesamt auch bei weitem besser abschneidet (vgl.
TdH 3/1978):

- 1) Einerseits wird der Zusammenhang zwischen
nationalen und internationalen Problemen
konstatiert (3/74), andererseits soll die
Menschheit ihre Essensgewohnheiten ändern
(ebenda), wird von den toten Schätzen In-
diens gesprochen, wird die Schwäche einer
irdischen Macht beschworen und der Apola-
lypse der Menschheit das Wort geredet (3/76)
(in diesem Heft wird vom gleichen Autor die
Schulnot über die Errichtung von Privatschu-
len als lösbar diskutiert).

2) Oft wird von den Industrienationen geredet, wenn auch die Kritik an Waffenlieferungen konkret an der BRD festgemacht wird (2/74). Wird das Nord-Süd-Modell zur Beschreibung herangezogen, hebt man wiederum nur auf den wissenschaftlich-technischen Aspekt ab (TdH 1/77; vgl. "Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie", Heft 41/ 45).

3) Trotz ihrer politischen, ökonomischen und ideologischen Implikationen sehen die Autoren in der Entwicklungshilfe eine Strategie der Veränderung, wenn jene nur erhöht wird (75 % der Bevölkerung sprechen sich dagegen ja für die völlige Streichung aus).

Ministerin Schlei kommt daher gleich zweimal zu Wort (1/77; 2/77). Sie spricht von der aktiven Friedenspolitik der BRD, von Nord-Südbeziehungen und davon, daß sich die Entwicklungsländer als souveräne Subjekte der Weltwirtschaft verhalten können bzw. die objektive Chance dazu nutzen sollten.

Der unkommentierte Abdruck derart verzerrender Aussagen erzeugt natürlich beim Leser ein ebenso unklares Bild.

Immerhin konstatiert Schlei, daß sich durch die Machtposition der OPEC andere Entwicklungen anbahnen können.

4) Die Struktur von TdH veranlaßt diese offensichtlich dazu, Industriespenden anzunehmen und die selbstlose Hilfe der Bayerischen Gesellschaft für Wirtschaftshilfe (Indianer in Südamerika) lobend zu erwähnen (1/77).

- 5) In der Darstellung der Konflikte im Sudan und in Pakistan werden die internationalen Einflüsse der Großmächte ausgeblendet.
- 6) In der Aneignung von Wissen erblicken die Autoren einen Schutzfaktor gegen Ausbeutung (TdH 2/77), obwohl der Export von Wissen lediglich destruktiv neokolonialistischen (imperialistischen) Zielen dient (TdH 3/78).
- 7) Diese Widersprüchlichkeit scheint sich aber (2/78) immer mehr in Richtung einer strukturellen Analyse hin aufzulösen.

Kritisch wird daher die bestehende Arbeitsteilung mit der tendenziellen "Verkrüppelung" der Menschen konfrontiert, obwohl wiederum die wissenschaftlich-technische Ebene überstrapaziert wird (2/78).

Die internationale Arbeitsteilung wird an den Beispielen Bolivien (westliche Industrieländer) und Indien (über eine polit-ökonomische Analyse von Ch. Sigrist) konsequent nachvollzogen und konkret fundiert, indem z. B. auf die Machenschaften des Nestlé-Konzerns verwiesen wird, der über Unterorganisationen das Quellwasser verseuchen ließ, um sein Mineralwasser-Produkt einführen zu können.

Kritisch wird gleichfalls die Entwicklung in der Landwirtschaft nachgezeichnet, der Nahrungsmittelimport problematisiert und auf die Ausbeutung von Kindern in Bergwerken hingewiesen.

Allerdings findet über die Einführung der Begriffe Über- und Unterentwicklung wiederum eine Ungenauigkeit Einlaß.

Neben der qualifizierten Durchführung der Adoptionen werden in den Ländern der Dritten Welt viele Projekte installiert, die gemeinwesenorientiert sind, konkrete Elternprogramme durchführen, ausgesprochen fortschrittliche Erziehungsziele zur Grundlage nehmen.

Auch innerhalb der BRD werden Projekte installiert, die sich aber unabhängig von der herrschenden Praxis und Politik organisieren, d. h. auch die mögliche politische und ökonomische Stilllegung bewußt in Kauf nehmen.

Fortschrittlich ist auch zu nennen, daß für die Einführung eines Fachs Erziehungslehre in den Schulen plädiert wird. Neben der Verfolgung demokratischer Erziehungsziele (1/77), die aber nicht an einer konsequenten Friedensstrategie festgemacht werden (vgl. dagegen "Das Kind", DDR), versucht man eher, in beschränktem Rahmen auf Vorurteile gegenüber nationalen Minderheiten und Ethnien aufmerksam zu machen (entgegen der gängigen Rettungsboottheorie in den USA)

Für die Situation in der Dritten Welt und für laufende Projekte entwirft TdH ein Modell der Elternarbeit (Partnerschaftsmodell), das Assistenzgruppen (dies wären z. B. diejenigen, die nicht unmittelbar betroffen sind und eine Mobilisierung des Bewußtseins und von Aktivitäten betreiben), Basisgruppen (das wären die betroffenen Eltern) und Zielgruppen (Kinder) miteinander verbindet.

Allerdings bleibt die Anbindung an politische Bewegungen undiskutiert (vgl. auch das zweite Kapitel).

3.2.1.2.2 Schulbücher

Neben der Organisation TdH können die dargestellten Inhalte in Schulbüchern dazu herangezogen werden, reale Möglichkeiten von Bewußtseinsveränderungen zu diskutieren.

Wir haben teilweise schon Daten gesammelt, um zu erkennen, wie Informationen über die Länder der Dritten Welt nicht auszusehen haben (negativ: Ansprenger 1968; Mauerer/Molt 1968).

Inhaltlich läßt sich über eine Lesebuch-Analyse eine ähnliche Kritik äußern (ausgenommen: Lesebuch "Dritte Welt", 1974). In Varianten schwanken die Autoren zwischen der Philosophie der Gartenlaube oder des Genozids, zwischen Schulmeister-Imperialismus (Kulturarbeit) oder Militär-imperialismus (Zwangsarbeit) hin und her.

Der Afrikaner arbeitet nicht, ist instinktiv und unreflektiert (vgl. Fohrbeck u. a. 1971).

Der Inder besitzt keine Unternehmungslust und kein Gewinnstreben (ebenda).

In Religionsbüchern (entsprechend missionarischer Tätigkeit) ist viel die Rede von Trägheit, Schmutz, Krankheit und Wahn (Meueller 1977).

Exotische Klischees, wie in Daktari- und Tarzan-Filmen, vegetieren weiter. Von ehemaligen Hochkulturen und komplexen Staatswesen erfährt der Neckermann-Tourist wenig. Oft herrscht in Schulbüchern eine Korn-Kammer-Geographie vor.

Es ist dann nur zu logisch, wenn sich 1974 64 % der Bevölkerung für die Aussparung der Entwicklungshilfe aussprechen.

Mittels öffentlicher Stellungnahmen aber von Politikern wie Scheel (FR vom 7. 10. 1976), Brandt (Schule und Dritte Welt Nr. 43) wie auch Schmidt ist forciert (wenn auch die konkreten Interessen nicht vergessen werden dürfen) auf die Notwendigkeit der Vermittlung von adäquaten Informationen hingewiesen worden.

Auf der Basis von empirischem Material (Institut für Sozialforschung ..., Frankfurt, 1970) geht man daher neuerdings daran, Änderungsprozesse in Gang zu setzen, um in einem langfristigen Erziehungsprozeß Einstellungsänderungen zu bewirken, die sich von der anfänglichen abenteuerlichen Exotik (entweder aus der "Froschperspektive" des Hauptschülers oder der "Vogelschauperspektive" des Gymnasiasten) absetzen (Schule und Dritte Welt, Nr. 39).

In den vermittelten Inhalten schimmern aber kaum kontroverse Meinungen für die Unterrichtspraxis durch, Lehrer behandeln diese Probleme sowieso wenig oder über unterschiedliche Fächer verteilt.

Läßt sich zwar seit den 60er Jahren ein Wandel von der kolonialistischen Einstellung der Kaiserzeit zu einer mehr technokratischen Sicht verfolgen, macht sich aber seit 1976 wiederum eine Ideologie breit, die in der Entwicklungshilfe nur eine Absicherungsmöglichkeit für die Arbeitsverhältnisse innerhalb der BRD sieht:

"Wo immer wir helfen, helfren wir uns selbst" (Auswärtiges Amt, 1976; vgl. ebenfalls Egon Bahr): Folgerichtig existieren in der Weltwirtschaft keine einseitigen Abhängigkeiten (Friderichs auf der Welthandelskonferenz), ohne sich das Ziel zu setzen, das spezifische nationalstaatliche Denken zu relati-

vieren, das eurozentrische Weltbild abzubauen, die Zukunftschancen der Entwicklungsländer mit zu berücksichtigen, sie gleichberechtigt an politischen Entscheidungen zu beteiligen.

Wie ich versucht habe, anhand der Analyse der internen und externen Ursachen der "Rückständigkeit" zu zeigen, muß dieser Zielkatalog jedoch innerhalb eines politisch-ökonomischen Konzeptes konkretisiert werden, damit neben der Schwierigkeit der Rezeptionsbereitschaft inhaltlich die wirklichen Ursachen aufgegriffen werden.

In dieser Hinsicht hat sich nämlich bis heute wenig geändert (Ausnahme vielleicht: Fuchs 1976: 78).

Prognostiziert man aber die möglichen Erfolge, so muß man auch berücksichtigen, welches demokratische Potential in Schulen vorhanden ist, welche Hindernisse existieren.

Unabhängig davon - wie schon erläutert -, daß offensichtlich die "informativen Versuche" in den einzelnen Fächern an der Schule von ideologischen Entwicklungsklischees der westlichen, kapitalistischen Länder beherrscht sind, lassen sich gerade gegenüber "farbigen Völkern" zwar Interesse an "exotischem Äußerem", aber zudem durchschlagende Vorurteile feststellen.

Dies ist insofern nicht verwunderlich, als die meisten Eltern lediglich eine "vorurteilsvolle" Orientierungshilfe - wenn überhaupt - geben, die noch dazu in inneren Krisen aktualisiert wird, wenn es darum geht, mehr Entwicklungshilfe zu zahlen. Die Schule verstärkt diese Effekte bei den Kindern vermittelt technokratischer oder karitativ gefärbter Konzepte.

Sind tolerantere Haltungen unter Schülern (Crahnmann) aus der Distanz zu konstatieren, ändert sich dies im konkreten Kontakt (vgl. die Negerstudenten, die Freundschaften suchen; Zimmervermieter).

Eindeutige, biologisch begründete Vorurteile kristallisieren sich vor allem dann heraus, wenn es um eine mögliche Heirat und mögliche Nachkommen geht, die oft als "minderwertig" betrachtet werden.

Dies verweist auch auf die Vernachlässigung des Forschungsfeldes der "convergence of ethnic groups through assimilation, with special reference to its subprocess of intermarriage" (Barron S. 174), innerhalb dessen auch notwendige Studien von interethnischen Adoptionen fallen (vgl. Anderseon 1971).

An dieser Stelle geht es aber vor allem darum, obwohl prinzipiell rationale Informationen (didaktisch auch adäquat aufbereitet) eine notwendige Voraussetzung für Bewußtseinsveränderung sind, mögliche Hindernisse anzuführen.

Während z. B. Vorurteile unter Schülern gegenüber Angehörigen der jüdischen Religionsgemeinschaft vor allem den Geschichtsdenken angehören (vgl. Crahnmann; Quastdorff) - ein gescheiter Teufel, Händler oder Bankier, der andere übers Ohr haut -, fallen Vorurteile gegenüber Negern eher in den Bereich des Naturdenkens: großer, lüsterner Teufel, ein "Wilder", kann nicht schreiben (hat überhaupt keine Schrift), hantiert mit Steinwerkzeugen.

Daran ändert offensichtlich auch nicht der unmittelbare Kontakt zu "gebildeten" Negerstudenten irgendetwas. Dennoch besteht offensichtlich ein ungeheueres Interesse gegenüber den Problemen in den USA, nach deren Gründen sogar gefragt wird: Von der Hautfarbe führt der Weg oft über die Nachwirkungen der Sklaverei im historischen Kontext zur Furcht weißer Arbeitskräfte, ihre Arbeitsplätze zu verlieren. Der amerikanische Neger als Symbol einer unterdrückten Minderheit (im Zusammenhang mit einem teilweise zu entdeckenden Anti-Amerikanismus) hebt sich ab vom Beiseiteschieben des Juden-Problems in die Vergangenheit (als Angehörige einer Mittelschicht).

Fest steht, daß insgesamt weder Probleme der "Dritten Welt" (und der in ihnen beheimateten Ethnien) noch das Neger-Problem in den USA auf allgemeine sozio-ökonomische Zusammenhänge bezogen werden:

Befreiungskampf und Bürgerrechtsbewegung (Italiaander 1966; Barron 1975; Schmiederer 1970) werden nicht erwähnt.

Wie aus den empirischen Untersuchungen im Forschungsprogramm von Terre des Hommes hervorgeht, scheinen Vorurteile aber - zumindest bis ins Vorschulalter - nicht zu existieren: Neugierde überwiegt Ablehnung (vgl. Elonen u. a.).

Sowohl im Zusammenhang mit den institutionellen Bedingungen an der Schule aber - einschließlich der inhaltlichen Aufarbeitung der Probleme der Dritten Welt - und im Zusammenhang der Relevanz im späteren

Entwicklungsalter von ("ethnischen Vorurteilen") ergeben sich jedoch gerade im Schulbereich unterschiedliche Strategien:

- Die eine hebt mehr auf sozio-ökonomische Zusammenhänge ab,
- die andere beschränkt sich auf den Abbau von Vorurteilen im Sinne von Völkerverständigungsprogrammen in "multiethnischen Gesellschaften" (vgl. Klein zum Immigrantensproblem in Australien; Maar zum Problembereich ausländischer Adoptivkinder), für welche in Großbritannien sogar "Black-Studies" (b:e 5/1972) im Unterricht Verwendung finden.

Ebenso, wie die "interkulturelle Problematik" nicht unabhängig von den internationalen Beziehungen im Rahmen des weltweiten Vergesellschaftungsprozesses (ökonomische Integration, Internationalisierung auf Basis der Systemauseinandersetzungen zweier alternativer Gesellschaftsentwürfe) behandelt werden kann, können Veränderungsversuche im Schulbereich nicht ohne diesen Zusammenhang installiert werden, wozu mehr als Informationen über "ethnische Minderheiten oder Nationen" herangezogen werden müssen.

In der Schule als erste organisierte Plattform politischer Sozialisation (Hess/Torney 1967; Brühl/Knake 1975) wird unter anderem Ideologie produziert, als deren Ausdruck Vorurteile sich darstellen, die je nach historischen und gesellschaftlichen Bedingungen aktualisiert werden können.

Dies knüpft daran an, daß Vorurteile (worauf noch unter anderem Gesichtspunkt eingegangen werden muß) sowohl eine Orientierungs- als auch gesellschaftliche Funktion besitzen.

Exkurs "Ideologie"

Wie die Diskussion in den letzten Jahren gezeigt hat, scheint es sinnvoll zu sein, sich gegen Ansätze positivistischer Ideologiekritik (Hahn 1968) und gegen Versuche in der "Tradition" von Marx (Habermas 1969) zur Wehr zu setzen, die den Ideologie-Begriff aus der Analyse der bürgerlichen Gesellschaft ausklammern.

Wie Marx gezeigt hat, tritt der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen nur "intermittierend" auf (Quasthoff 1973), wenn in historischen Epochen die Produktionsverhältnisse sich als Klassenverhältnisse darstellen und Eigentumsverhältnisse sind (besonderes und allgemeines Interesse).

Falsches Bewußtsein als gesellschaftlich notwendiges (seit der Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit) ist entgegen Schnädelbach (1969) an die Existenz von Klassenverhältnissen gebunden: Auch im Aufstieg des Bürgertums existiert ein System der Mehrwertschaffung.

Insofern kann Schnädelbach nur in Richtung der Subjektseite von gesellschaftlich notwendigem Bewußtsein sprechen, während gesellschaftlicher notwendiger Schein den Gegenstand ideologischen Bewußtseins darstellt.

Selbst, wenn die herrschende Klasse nicht subjektiv stabilisierend tätig ist, nützt die Ideologie objektiv ihre Interessen.

In Verhältnis von objektiv notwendigem Schein und falschem Bewußtsein oder bewußter Täuschung siedelt sich die Vorurteilsproblematik an (die gemeinschaftliche Illusion zu Beginn des Bürgertums ist wahr).

Der Widerspruch von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften kommt im schwer zu durchschauenden Schein der Warenstruktur zum Ausdruck, deren Wesen durchschaubarer wird, wenn die nicht-kapitalistische Organisation auf Basis von gesellschaftlichen Eigentumsverhältnissen schon möglich wird.

Ideologie nun muß in diesem Zusammenhang an die Illusion gemeinschaftlicher Interessen festgemacht werden, womit drei Komponenten sich aufzeigen lassen:

- der Schein aus der bürgerlichen Organisationsform,
- gesellschaftlich bedingtes (subjektiv) falsches Bewußtsein,
- bewußte Täuschung (subjektiv).

Letztere muß vor allem im historischen Kontext betrachtet werden.

Schnädelbach dagegen leugnet die grundsätzliche Durchschaubarkeit von Verhältnissen (gerade über wissenschaftliche Begriffsbildung), vereinfacht die Interessengebundenheit von Ideologie und kann von daher gesehen jede Form von Klassenbewußtsein als Ideologie abtun, so daß in Kombination von manipulationstheoretischen Argumenten und der Vorstellung einer vorurteilsvollen psychopathologischen Persönlichkeit resignative Züge aufkommen.

Rassenhaß und faschistischer Genozid werden hier individualisiert und als Schicksalsschlag aufgefaßt, anstatt den "aufhaltsamen Aufstieg des Arturo Ui" zu proklamieren (Brecht).

Es geht darum, in der materialistischen Fassung von Vorurteilen (entgegen individueller Erklärungsversuche "ethnischer Vorurteile" auch mit Blick auf biologistische Konstruktionen, auf Modelle abstrakter Individuen und naive Vorstellungen einer "ethnischen Demokratie") die materiellen Verhältnisse mit Persönlichkeitsmomenten zu verbinden.

Je größer die Widersprüche in den materiellen Verhältnissen werden, je durchschaubarer - auch wissenschaftlich - der objektive Schein wird, um so mehr verändern sich Formen und Funktionen von Ideologien. Dies ist vor allem in historischen Zeiten der Fall, in denen die herrschenden Interessen den eigenen Interessen einer neuen Klasse entgegenstehen, so daß der Kampf auch bewußt um so ideologischer geführt werden muß.

Die Ideologie einer revolutionären Entwicklung zu Anfang wird zu einem Versuch, historisch überholte Machtverhältnisse zu stabilisieren.

In diesem Kontext sind Vorurteile inhaltlich anzusiedeln, nicht als Vorurteile und Stereotypen einzelner Personen.

Das läßt sich historisch belegen:

- a. In der Zeit der Aufklärung (wie schon analysiert) spielt der Kampf gegen "Vorurteile" (im erkenntnistheoretischen-philosophischen Sinne) der Feudalklasse eine progressive Rolle (vgl. die "Ringparabel des Nathan" von Lessing als Form "interkultureller Erziehung").

Das Emanzipationsstreben von Juden in dieser Zeit wird gesetzlich nach der Revolution positiv sanktioniert.

Im 19./20. Jahrhundert entwickeln sich nach 1848 zuerst auf Seiten der Kleinbauern auf dem Land antisemitische Vorurteile, da die jüdischen Geschäftsleute mit den Kapitalisten verwechselt werden.

Nach 1871 greift dieser Prozeß auf das Kleinbürgertum in die Städte über (vgl. die wechselvolle Haltung Bismarcks zur Judenfrage).

Zum Zweck einer Strategie der Stabilisierung der Interessen einer Minderheit stützt sich Bismarck anti-liberalistisch auf die preußischen Großgrundbesitzer und das hohe Beamtentum.

Mit einer weiteren Entwicklung des Imperialismus bis hin zum Faschismus gewinnen immer mehr Kombinationen von antisemitistischen und antisozialistischen Strategien die Oberhand.

- b. Die Bürgerrechtsgesetze in den USA stellen sich ebenso als formales Zugeständnis an den wachsenden Widerstand der schwarzen Bevölkerung dar (vgl. Brandes/Burkes 1970), um eine innenpolitische Gefährdung abzublocken.

An den realen Lebensbedingungen der Schwarzen hat sich ebensowenig geändert, wie die Aktivitäten des rassistischen Gouverneurs Wallace auf positive Wirkungen hinweisen.

Soziale Vorurteile dieser Provenienz sind Bestandteile von Ideologie, aber einer bestimmten Form, die in Krisenmomenten aktualisiert wird.

Vorurteile aber, die im Alltag wirksam werden, die auf den Menschen "an sich" abheben, gehören mehr zu den gesellschaftlich notwendigen Formen des Bewußtseins, können aber aktualisiert werden, indem herr-

schende Kreise vor allem wehrlose Personengruppen in die Arena werden, was vor allem im Zusammenhang mit antikommunistischen Strategien Bedeutung hat.

Diese Gruppierungen (vgl. z. B. Gastarbeiter) erhalten dann zum "Nutzen für die Herrschenden" Eigenschaften, die tabuisiert und angsterregend sind (sexuelle Ausschweifungen, Grausamkeit, Schmutz etc.). Auch der Aufbau "äußerer Feindbilder" zum Zweck der Integration innerer Feinde wird wirksam gemacht (vgl. Dritte Welt).

Auch können (und dies fällt auch in die Adoptionsproblematik und ihre Theorien generell) bestimmte Rollenstereotype, die in der Primärsozialisation ihren Grund haben - Wesen der Frau und Mutter - aktualisiert werden, um Veränderungen zu verhindern.

Begabungsbegriffe, in denen sich in biologistischer Weise Vorurteile gegenüber der Arbeiterklasse ausdrücken, weisen weiterhin darauf hin, daß ein klassenanalytisches Vorgehen zu fordern ist, d. h. Vorurteile liegen im ökonomischen System begründet und sichern seinen Bestand.

Auf diese Weise dienen "Vorurteile" generell dazu, in ihrer "rassistischen Dimension" z. B. Gastarbeiter, Neger in den USA oder eine gesamte Region (Dritte Welt) in ihrer unterprivilegierten Stellung festzunageln.

Die Verbindung der Orientierungsfunktion von sozialen Vorurteilen (vgl. soziale Topoi) und ihrer politisch-gesellschaftlichen Funktion liegt darin

begründet, daß die Wirksamkeit im Zusammenhang mit kollektiven Interessen zu sehen ist.

Die bisherige Unvereinbarkeit der Erklärung der Orientierungsfunktion mit dem gleichzeitigen Hinweis auf die Gefährlichkeit für die Gesellschaft kann nicht moralisch aufgelöst werden.

Parteilich kann man nicht von dem Vorurteil reden, sondern man muß die Interessengebundenheit von einzelnen Vorurteilen beleuchten (Kategorie "soziales Vorurteil" vereinigt die Dialektik der Funktionen), so daß mehr die Ideologie analysiert wird, deren Ausdruck das einzelne Vorurteil ist.

3.2.1.3. Kritisches Resümee und die Diskussion eines Problemkatalogs

Inhalte über die "Dritte Welt", sofern sie dazu an der ethnischen Problematik festgemacht sind, müssen an den sozio-ökonomischen Bedingungen des internationalen Beziehungsfeldes in seinen positiven Trends und negativen Strukturen angebunden werden, damit bloße Einstellungsänderungen (vgl. Kattmann) sich in entsprechendem Verhalten langfristig durchsetzen, wobei ein entsprechender Unterricht eben auch an die Bestände anzuknüpfen hätte (Spöhring weist dabei auf das Vorhandensein von Vorurteilen in der Vorschule hin, 1974; Marcus analysiert die Entstehung des Nationalbewußtseins über die Begriffe "Frieden" und "Krieg").

Da diese Inhalte sich an wissenschaftlichen Begriffen festmachen müssen (vgl. Wygotski), bringen Modernisierungstheorien (vgl. Schuhler), die idealtypisch und linear eine Integration der Entwicklungsländer im Sinne rationalen Handelns befürworten,

ebenso wenig weiter wie die Theorie von Horowitz, in der die beiden Gesellschaftssysteme nicht als alternative Entwicklungsentwürfe diskutiert werden.

Das internationale Beziehungsfeld in seinen ökonomischen Strukturen muß einbezogen werden, die auch die Reduzierung auf den "Nord-Süd-Konflikt" ausschließen (Bohnet).

Letztlich mündet eine adäquate Strategie darin, eine Interessensolidarität aller Unterprivilegierten zugrundzulegen, was zudem an das Erkennen und Durchsetzen der eigenen Interessen gebunden ist (vgl. auch die Lehrerqualifikation).

3.2.1.3.1. Überlegungen zum Lernfeld "Dritte Welt" in der Schule

Nehmen wir die eben entwickelten Einsichten als Ausgangspunkt für weitere Überlegungen.

Für die Darstellung der Probleme der Dritten Welt im internationalen Beziehungsgefüge kann generell gelten, daß Realitäten verzerrt werden, daß die Maßstäbe der eigenen Gesellschaft voll durchschlagen und den EL aufgepfopft werden sollen.

In der Schule (und es ist die Frage, inwieweit die vorangegangenen Erfahrungen in Familie, Kindergarten und Vorschule nachwirken) werden Kinder in Verbindung mit einem spezifischen politischen Verhalten sozialisiert und qualifiziert (zudem schichtenspezifisch verlierend).

In Darstellungen des Religionsunterrichts spiegeln sich noch die alten Missionsmodelle wieder (Heiden, Kinder versus Gotteskinder).

Ohne strukturelle Überlegungen einzukalkulieren, suggeriert ein moralischer Zugang, daß durch Konsumverzicht und Umverteilung dem Nächsten in der "fremden Welt" schon geholfen würde.

Es hilft weniger die Praxis indifferenter Hilfe als eine politische Solidarität, die sich auch organisatorisch (wie im zweiten Kapitel dargestellt) niederschlagen muß: Die Erfolgskontrolle curricularer Ansätze in einer bürokratisch-administrativen Institution Schule als Ideologiekritik liegt in der gesellschaftlichen Entwicklung, die "Wahrheit" in der Praxis.

Dem entgegen gestaltet sich die Realität in der Weise, daß sich Schulbuchverlage sträuben, parteiliche Lehrbücher (Meuerler) abzudrucken.

Selbst Fragen der wissenschaftlichen Legitimation führen auf der Curricula-Ebene zu politischem Dissens (Lernziele und Lerninhalte), da offensichtlich Wenige bereit sind, den obersten Lernzielhorizont über eine Gesellschaftsanalyse zu akzeptieren:

Dies betrifft das praktisch-politische Problem der Kompetenz der politischen Legitimation (Presse, Elternverbände, Lehrgewerkschaften, politische Parteien).

Vor allem die Parteien sind wichtig, die insgesamt verbal mit der BRD-Entwicklungspolitik und der Einschätzung der sogenannten Nord-Süd-Problematik übereinstimmen.

Abgesehen von dieser allgemeinen Problematik werden zudem konkrete politische Unterrichtsinhalte gefordert (Brandt): Wille zur friedlichen Konfliktregelung, Bereitschaft zur internationalen Solidarität, Einsicht in die Unzulässigkeit isolierter Wohlstandsinseln (entgegen den Wehrkunden-Bemühungen).

Die pragmatische Formulierung von Legitimationsmotiven drückt lediglich aus, daß zwar bestimmte Funktionserfordernisse vorhanden sind, aber die "Motive zu ihrer Durchsetzung im Widerspruch zu jenen stehen.

Die Verhinderung adäquater Unterrichtsinhalte und -organisationen ist im Kontext der Parolen "Wohlstand für alle" und Bildung als Bürgerrecht; anti-kommunistischer Appelle; von Rationalisierungsschemata; wie Entwicklung der PK; karitativer Motive der Dritten Welt gegenüber zu analysieren.

Abgesehen von einem genuin bürgerlichen Aufklärungsbegriff kann die Erziehung von Schülern zum mündigen Staatsbürger in Konfrontation mit dem Widerspruch von verbalen Äußerungen und faktischem Handeln von Politikern in Richtung Friedensrelevanz gerade die alte Legitimationsgrundlage wegziehen und eine neue provozieren:

Die Konflikte dieser Art konstituieren gerade politische Bildung.

Je weniger die Politiker sich mit ritualisierten Begriffen herausreden können, umso mehr sind sie einzuklagen.

Dies müßte sich auch in Theoriebildungen derart niederschlagen, daß - wie gezeigt - endogene und exogene Theorien miteinander verknüpft werden, um Lernziele zu begründen (Helbig u. a. 1978).

Diese Alternative schlägt sich in dem Curriculumsentwurf in Rheinland-Pfalz in einer Priorität endogener Vorstellungen, in Hessen in exogenen Orientierungen (in Stoffzielen und Lernzielen) nieder.

Auf Basis der Gemeinwohlorientierung in den Richtlinien von Rheinland-Pfalz sollen Problemziele die richtige Einsicht vermitteln (dann ändert sich alles wie von selbst), weswegen Herrschaftsstrukturen vernachlässigt werden.

Im hessischen Entwurf stellen mehr Selbstreflexionen als Resultat von Ideologiekritik (in Bezug auf Einstellungssyndrome allgemein) die Zielebene dar.

Beide Ansätze sind einseitig, da es auf Basis der vorgetragenen Argumente zur Erfassung der EL kaum möglich erscheint, als Synthese den reformerischen Ansatz Galtungs zugrunde zu legen, da das Weltbild von Schülern, die die Verhältnisse in der Dritten Welt als schicksalhaft hinnehmen, kaum reformerisch veränderbar ist.

Das heute aktuelle, mehr technokratische Weltbild repräsentiert daher folgende Unterentwicklungs-Vorstellung:

- ein gott- und naturgegebener unveränderlicher rückständiger Bereich (biologisch, geographisch),
- kaum wissenschaftlich-technische Zivilisation (Kriterium: die eigene Gesellschaft),
- Bedrohungsfaktor für die Zukunft (humanitär und sozialtherapeutisch zu regulieren),
- Strategie der Umverteilung,
- Stereotypen, die die Bewohner südlicher Länder generell negativ einschätzen.

In Abhängigkeit von den vorangegangenen Sozialisationsprozessen sind negative Urteile didaktisch eher in befriedigenden Gruppenbeziehungen und offenen Lernorganisationen im Rahmen einer Konflikt-erziehung regulierbar⁽³⁸⁾.

Offensichtlich haben in der Hinsicht angebotene Lernziele (Lehrziele), die annehmbar sind oder nicht, variable oder ersetzbar sein können, eine größere Chance.

Die angeschnittene Lern- oder Lehrzielorientierung muß aber zudem - wie schon erläutert - von gesellschaftlichen Zielen abgeleitet werden, die allgemein auf der Basis der Analyse des realen internationalen Kontextes (allgemeine Theorie) sowohl auf die politische Identität und Solidarität der Lohnabhängigen in westlichen entwickelten Ländern und die politische Organisiertheit der Lohnabhängigen in unterentwickelt gehaltenen Ländern als auch auf den Zusammenhang gegenseitiger politischer Organisierbarkeit der grundsätzlich ähnlichen Interessen abheben.

Diese Einsicht soll im folgenden anhand eines möglichen Problemkatalogs, der vor allem die gesellschaftlichen Bedingungen der "Friedensdurchsetzung" aufgreift (nicht die konkreten Umsetzungen), konkretisiert werden, wobei der Zusammenhang der Erkenntnisse der ersten, zweiten und (des bisherigen) dritten Kapitels aktualisiert werden soll.

3.2.1.3.2. Problemkatalog

Wie die Analyse der Probleme der Entwicklungsländer gezeigt hat, existiert ein Zusammenhang zwischen ihren Entwicklungshemmungen und den entwickelten imperialistischen Gesellschaften, d.h. ihre "Ausbeutung" ist notwendig, um das System der Profitmaximierung in den entwickelten Ländern aufrecht zu erhalten (seit der Zeit der Entdeckungen).

Dieser Zusammenhang muß inhaltlich in Verbindung mit den Zielen des Friedens, der Humanität und der Demokratie zum Tragen kommen.

Die politischen Inhalte im Erziehungs- und Bildungsbereich, die ohnehin wegen der theoretisch-praktischen Aneignung von gesellschaftlichen Verhältnissen in ihrer Bedeutung politischen Charakter haben (Gesellschaftlichkeit), müssen sowohl intragesellschaftliche Probleme als auch intergesellschaftliche Konflikte im internationalen Zusammenhang wiedergeben, der zudem durch die Auseinandersetzungen zwischen den antagonistischen Systemen bestimmt wird.

Von daher läßt sich ein Katalog von Problemen aufstellen (ohne Vollständigkeitscharakter zu beanspruchen), der in konkreter Form Kriterien für die Vermittlung bzw. Aneignung von politischen Inhalten abgeben kann:

Dies zielt auf die Erkenntnis hin, daß gesellschaftliche Ziele in der Diskrepanz zwischen Wirklichkeit und Möglichkeit (Struktur und Entwicklung) erst Sozialisationsziele determinieren, so daß eben Sozialisation als Anpassung und Selbstverwirklichung erscheint.

Bisher haben wir im ersten Kapitel gelernt, daß Sozialisationsprozesse historisch und gesellschaftlich bedingt sind, daß sie in einer spezifischen Gesellschaftsformation ohnehin einen problematischen Charakter besitzen.

Im zweiten Kapitel sollte klar gemacht werden, daß staatliche oder staatlich sanktionierte Regulierungsversuche immer mehr Bereiche erfassen (Familienpolitik und Familienrecht).

wie schon über das erste Kapitel deutlich wird, kommt in der Persönlichkeitsentwicklung des Kindes der Orientierung am Erwachsenen besondere Bedeutung zu. Da in letzter Zeit in offiziellen Dokumenten und Theorien die Partizipation von Eltern am gesellschaftlichen und politischen Leben sowohl negativ beklagt wie auch als veränderungsbedürftig angezielt wird, richtet sich im zweiten Kapitel die besondere Aufmerksamkeit auf die Eltern- und Familienbildung im Jugendhilfe-Bereich.

Neben dem Problemkatalog, der sich auf den Zusammenhang Dritte Welt / entwickelte Industrieländer mit seiner alternativen Tendenz bezieht, sind daher sowohl Eltern als auch Adoptiveltern von inländischen und ausländischen Kindern folgende Zusammenhänge zu vermitteln:

- I. Die Erziehungsverhältnisse haben sich historisch-gesellschaftlich entwickelt, was vor allem über politisch-ökonomische Strukturen erklärbar wird (auch im Kontext der beginnenden Kontakte zu den heutigen Entwicklungsländern zu begreifen).

Daher kann man von einer formationsspezifischen Erziehung in einer "Klassengesellschaft" sprechen.

Familie und Kindheit als realer Tatbestand und Begriff sind historische Produkte. Über die Umstrukturierung der Arbeitsverhältnisse sind separate Gesellschaftsbereiche entstanden, so daß zuerst die Regulierung der Sozialisation von besonderen Kategorien von Kindern wichtig wird.

Es entstehen Organisationsformen - durch die aufkommenden Aktivitäten des Staates vermittelt -, die Lernen und Persönlichkeitsentwicklung für die spätere Anwendung in der Arbeit strukturieren müssen.

Regulierungsversuche, besonders in Krisen akut, entwickeln sich weiter, ergreifen nicht mehr nur die Schule, sondern Vorschulinstitutionen und die frühkindliche Sozialisation in der Familie.

Gerade die Familie wird wegen ihrer scheinbaren Isolation von der Gesellschaft immer interessanter.

- II. Da diese Institution relativ "intimen" Charakter besitzt, werden Eingriffe vor allem in letzter Zeit über die Eltern organisiert.
- III. Das Verhältnis zwischen Familienpolitik (Familienrecht), Familienpraxis und Wissenschaft organisiert sich dem Trend nach in eine demokratischere Richtung.
- IV. Der Staat jedoch befindet sich in einem strukturellen Widerspruch, weil er die kurzfristigen und langfristigen Kapitalverwertungsinteressen gleichzeitig befriedigen muß.
- V. Dieser Widerspruch findet auch seinen Ausdruck in wissenschaftlichen Konzeptionen, in denen die gesellschaftlichen Ziele kaum in den Blick kommen.

Es findet auch seinen Ausdruck in engagierten Aktivitäten von "unten", also auch von Eltern, die für optimalere Erziehungsbedingungen eintreten und damit ihren Partizipationsanspruch artikulieren.

VI. Wir haben gesehen, daß die herrschende Praxis bestimmten (auch in Theorien und Gesetzen artikulierten) fortschrittlichen Angeboten nicht nachkommen kann.

Die EFB-Angebote gestalten sich in der Praxis dementsprechend, besitzen wie viele Angebote der immateriellen, sozialpolitischen Institutionen (sozialer Dienst) vor allem sanktionierenden und kontrollierenden Charakter, was sich in dem Absolutheitscharakter des Familienprinzips äußert.

VII. Zusammenfassend können wir feststellen, daß weder in der Theoriebildung noch in den Regulierungsversuchen Familienerziehung als gesellschaftliche analysiert und praktiziert wird.

VIII. Von daher kann man schon Zweifel darüber äußern, ob Eltern (auch Adoptiveletern), die besondere Probleme besitzen, adäquat geholfen werden kann.

IX. Da sich die Probleme für Adoptiveltern ausländischer Kinder aus den Entwicklungsländern zusätzlich steigern (Minoritätengruppe, intergesellschaftliche Diskrepanzen, Komplexität der gesellschaftlichen Verhältnisse in den Herkunftsländern), kann gefolgert werden, daß von der offiziellen EFB-Praxis⁽³⁹⁾ nicht viel erwartet werden kann, wenn auch die positiven Veränderungen für die Sozialisation von ausländischen Adoptivkindern ausnutzbar sind (ausländische Kinder allgemein gewinnen bildungspolitisches Interesse, vgl. TdH 3/1978).

X. Formen der Selbstorganisation und Kooperation mit der offiziellen Praxis - soweit möglich - wären eher alternative Versuche zu nennen, wodurch wegen der Notwendigkeit der politischen Durchsetzung die Erziehung (gerade wegen der strukturellen Prämisse des "Adoptiertseins" des Kindes) rationaleren Charakter annimmt.
Dies wird noch konkret zu diskutieren sein.

XI. Ergänzt durch die Hypothese, daß jede Sozialisation friedensrelevant ist und jeder Regulierungsversuch "Frieden" impliziert (gerade unter heutigen "weltgesellschaftlichen" Bedingungen), gewinnen die Implikationen des ersten und zweiten Kapitels einen konkreten politischen Inhalt, der in den Sozialisationsprozeß einzuarbeiten ist - exemplifiziert an dem "besonderen Fall", daß die Kinder aus der Dritten Welt stammen.

XII. Für Adoptiveltern ist es daher wichtig, die Probleme in den Entwicklungsländern so zu begreifen, daß sie sie als mit ihrer eigenen Situation vermittelt sehen, was eine rationalere Erziehungshaltung impliziert, die zudem wissenschaftlich-demokratisch qualifiziert ist.

Über die Diskussion der "Allgemeinen Krise des Kapitalismus" und der internen Strukturen können die Bedingungen, die zu Rückständigkeit der "Dritten Welt" führen, herausgestellt werden.

Daher kann man die Hypothese aufstellen, daß der Zusammenhang zwischen Ursachen und Ergebnissen nicht sektoral zu trennen ist und daß keine unterschiedlichen Regionen (die unverbunden sich gegenüberstehen) der Entwicklung bzw. der Nicht-Entwicklung konstruiert werden können.

Dazu erweist es sich als gefährlich, Hilfeprogrammen für voneinander unabhängige Regionen zu entwickeln (zudem zwischen Ziel- und Projektgruppenallzu sehr zu differenzieren).

Strukturelle Maßnahmen in den Zusammenhängen der internationalen Arbeitsteilung als ganzer sind erforderlich, um langfristig den "Unfrieden" abzuschaffen.

Problemkatalog "Dritte Welt"

- I. Industrielle Monoproduktion und agrarische Monokultur erlauben noch nicht einmal, eine minimale Ernährungsbasis zu schaffen.
- II. Kapitalexport, Profittransfer, Kapitalrückfluß, die "Terms of Trade", Verschuldung, Übertragung inadäquater Entwicklungsmodelle gestatten es nicht, die eigenen Ressourcen zum eigenen Vorteil zu nutzen, vertiefen sogar die Abhängigkeit.
- III. Traditionelle Strukturen - einschließlich der Familienorganisation - werden ohne Äquivalent zerstört, so daß die Organisation der sozialen Reproduktion kaum aufgebaut ist (was eng mit I und II zusammenhängt).

- IV. Grundlegende Erziehungs- und Ausbildungsprogramme (vgl. die UNESCO-Rahmenpläne) können nicht realisiert werden. Qualifizierte Kräfte werden abgeworben (brain drain), den "Rest" besorgen Modelle des kulturellen Imperialismus.
- V. Stammesgesellschaften und deren demokratische-kollektives Potential werden systematisch ausgerottet oder assimiliert.
- VI. Nationale Befreiungsbewegungen werden im Verbund nationaler Regierungen, internationaler Organisationsformen und multinationaler Aktivitäten bekämpft, beschwichtigt oder gegeneinander ausgespielt.
- VII. Private und öffentliche Entwicklungshilfen dienen vor allem der Profitmaximierung multinationaler Konzerne und der Sicherung der Entwicklungsbedingungen in westlichen Industrieländern.
- VIII. Arbeitskräfte - einschließlich von Kindern - werden zu Billigstlöhnen ausgebeutet.
- IX. Die Masse der Bevölkerung lebt im Elend unter dem Existenzminimum auf dem Land oder in den Slums der Städte.
- X. Die Organisation von demokratischen Kräften im nationalen und internationalen Rahmen ist erschwert.
- XI. Strategien müssen zudem stärker die Bauernfrage berücksichtigen, weil viele EL Agrargesellschaften sind.

XII. Hilfeprogramme, die vor allem auf Kinder zugeschnitten sind (über deren Eltern), zeigen eine spezifische Betrachtungsweise auf:

Die Einengung auf Kinder, die in Slums und auf dem Land leben, behindert, unterernährt, verlassen, ohne Eltern und unterprivilegiert sind, zeigt ein Bild von einer Altersgruppe, die als ohnmächtig, unpolitisch und geschichtslos erscheint.

Gleichzeitig ist diese Anschauung ein Ausdruck von Herrschaft und dokumentiert eine Ideologie, in der die Bedingungen und Folgen der desolaten, brutalen Verhältnisse unerkannt bleiben und so dem Erhalt von Herrschaftsverhältnissen dienen (Herrschaft als organisierte Verschiebung der Problemlösungsaktivitäten in Richtung Mehrdeutigkeit).

Weil die Herrschaftsstrukturen im eigenen Land akzeptiert werden, so daß ihr Erkennen schon die Gefahr des Verlustes der Lebensgrundlage bedeutet, können die Ursachen des Elends in EL nur widersprüchlich an Herrschaftsverhältnissen festgemacht werden.

Diese Blindheit schließt die Geschichte der Beherrschten als nicht bedeutsam aus, kann die eigenen Erfahrungen nicht an die kollektiven anknüpfen und demokratisch umsetzen.

In der Konsequenz kann eine andere Perspektive sich Platz verschaffen, die zeigt, daß nur Wenige viel besitzen, und die den Blick für andere Beherrschte schärft.

Zusammenhang mit den Problemen in der BRD

- I. Die Industrialisierung der westlichen Länder war nur möglich über die Ausbeutung der Kolonien und ist es auch heute noch.
In der Hinsicht kann auch ein Zusammenhang der Darstellung der historischen und gesellschaftlichen Bedingungen der Sozialisation im ersten Kapitel und zur historisch-gesellschaftlichen Entwicklung staatlicher Regulierung im zweiten im Rahmen des sich entwickelnden Kapitalismus hergestellt werden.
- II. In den westlichen Ländern entwickelt sich ein relativer Wohlstand, die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse wird erkämpft und trägt wesentlich dazu bei, ökonomische und soziale Reproduktionsbedingungen zu optimieren.
- III. Nach wie vor dienen der Kapitalrückfluß und der Profittransfer dem Aufbau und der Stabilisierung der schon entwickelten Länder.
- IV. Der so entstandene gesellschaftliche Reichtum kommt aber nur partikularen Gruppen zugute, während der Gros der Bevölkerung ihren zugewiesenen Teil noch dazu ausgeben muß, kostenmäßig die privaten Profitsysteme zu sozialisieren, da die Konzerne nicht bereit sind, Probleme der Umwelt, der Ernährung, der Infrastruktur, der sozialen Reproduktion, Qualifikation und Sozialisation zu lösen.
- V. Nicht die demokratisch-menschliche, friedensorientierte Entwicklung der Gesellschaft ist das Systemziel, sondern der Profit (vgl. Masuch).
- VI. Krisen sind gang und gäbe, müssen reguliert werden, ohne daß der grundsätzliche Antagonis-

mus erkannt wird, weswegen manifeste Ideologien und Theorien bedeutsam werden.

VII. Reformen sind widersprüchlich, dienen nur indirekt der Bevölkerung.

VIII. Um die profitable Rüstungsproduktion und -forschung (über die Ressourcen der EL) aufrecht zu erhalten, werden strukturellpolitisch wichtige Maßnahmen, die einer optimaleren Persönlichkeitsentwicklung des Menschen dienen können, vernachlässigt.

IX. Um überhaupt minimale Bedingungen zu sichern, müssen die Länder der Dritten Welt permanent ausgebeutet werden (wozu sogar der Handel mit Lebensmitteln gehört).

X. Repressive bis subtilere Integrationsideologien und -maßnahmen werden umso notwendiger, weil sich das Territorium des Kapitalismus entscheiden verkleinert hat, seit ein alternatives System die Weltbühne betreten hat und seit immer mehr Entwicklungsländer den Weg auch in die ökonomische Selbständigkeit suchen - auch, ohne einen kapitalistischen Weg einzuschlagen.

XI. Die Masse der Bevölkerung nimmt teil an den bestehenden Herrschaftsverhältnissen entwickelter Länder, indem ihnen teils Freiräume zugesichert, teils vorgegaukelt werden.

XII. Sie nimmt sowohl an diesem Herrschaftssystem verstärkend teil, beteiligt sich aber auch gleichzeitig an der Herrschaft, die diese partikularen Gruppen über die Dritte Welt ausüben, welche erst das Fundament für die Herrschaftsausübung innerhalb entwickelter Länder liefert.

XIII. Über die internationale Arbeitsteilung
- gebunden an spezifische Produktionsverhältnisse - wird also der Besitz der Wenigen über die Ausbeutung der Dritten Welt möglich, während die Beherrschten einerseits zumindest ihren Lebensunterhalt relativ gut sichern können, während sie andererseits am Rande des Existenzminimums dahinvegetieren bzw. verhungern (in den EL).

Da es der Bevölkerung in der BRD relativ gut geht - auf Kosten der Entwicklungsländer - ist es enorm schwierig, wenn dies auch in internationalen Organisationen (mehr kurativ) versucht wird, solidarische Aktionen zu organisieren.

Da wenig Informationen über die Entwicklungsländer vorliegen, die den Bedingungszusammenhang nicht in Ideologien und Vorurteile zerlegen, da zudem teilweise eine gleichgültige Haltung vorherrscht, ist die exemplarische Einarbeitung dieser Information in den Sozialisationsprozeß besonders wichtig:

- weil die Verquickung der eigenen gesellschaftlichen Situation in diesem Zusammenhang klar wird,
- weil diese Verknüpfung der Situationen zudem zeigen kann, daß jede Erziehungsweise Frieden, Humanität, Demokratie zum Inhalt hat (rational),
- weil zudem ins Bewußtsein rückt, daß bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse, die immer mehr im internationalen Rahmen zu begreifen sind, eine adäquate Persönlichkeitsentwicklung blockieren,

- weil daran sichtbar wird, daß bessere Verhältnisse politisch durchgesetzt werden müssen, wobei der Kampf selbst schon für sich genommen (kämpferisches Leben, Sève) die Diskrepanz zwischen realem und wirklichem Zeitplan, persönlichem Sinn und gesellschaftlicher Bedeutung (handelnd) rational bewußt machen kann.

Dies muß Adoptiveltern ausländischer Adoptivkinder vermittelt werden bzw. sie müssen sich dies organisiert aneignen, was in seiner sozialen Form schon ein Stück Selbstbestimmung bringen und auch positive Wirkung auf die Erziehungshaltung ausüben kann.

Der Problemkatalog kann allgemein als ein strukturelles Informationsraster betrachtet werden, das je nach aktuellen gesellschaftlichen Ereignissen und möglichen Problemsituationen aktualisiert werden muß (auch als Basis für die reaktive Verarbeitung von Problemen).

Der entwickelte Problemkatalog beansprucht keine Vollständigkeit, er soll eine Orientierungshilfe abgeben.

Er hebt ab auf inhaltliche Informationen, soll noch keine organisatorische Durchsetzungsmöglichkeit und strategische Perspektive für die Adoptiveltern ausländische Adoptivkinder aufzeigen.

Über die Darstellung der Inhalte in der Schule - unter Hinweis auf bestehende Vorurteile von Schülern - sollte im Kontrast dazu ein Stück "Ideologie" aufgedeckt werden (mit dem Adoptiveltern, auch Kinder zu rechnen haben), das sich auch teilweise in den folgenden theoretischen Positionen manifestiert.

Die Organisation TdH ist aufgeführt worden
- abgesehen von der Kritik im zweiten Kapitel -,
weil sich trotz der karikativen Kindperspektive
positive Trends informativer Art herausgebildet
haben (wenn auch die Adoptionsproblematik in
letzter Zeit vernachlässigt wird - in Anbetracht
von aufgetretenen Problemen, auf die hier nicht
eingegangen werden kann).

Gerade viele über TdH vermittelte Kinder werden
ja jetzt im institutionellen Zusammenhang Schule
erzogen und stoßen möglicherweise auf Inhalte
(und Vorurteile von Lehrern/Mitschülern), die
ihre Situation berühren (Gegenstand der folgenden
Theorien).

3.2.2 Theorien und ihre Konsequenzen

3.2.2.1 "Friedenstheorien"

Im Mittelpunkt des Abschnittes steht die Überlegung,
wie die Erziehung zum "Frieden" bzw. zur Verbrei-
tung des Friedensgedankens gestaltet werden kann.

Aus den vorangegangenen Überlegungen geht hervor,
daß die Friedensherstellung eng mit den revolutio-
nären Wandlungsprozessen in concreto zusammenhängt,
so daß sowohl der Friedensbegriff in der Nähe des
Konfliktbegriffs sich bewegt als auch die Betroffen-
en in ihrem konkreten Verhältnissen wichtig werden,
was in den unterschiedlichen Konzeptionen der Frie-
dens- und Konfliktforschung, der Friedenspädagogik
und der politischen Bildung (politische Didaktik)
zum Ausdruck kommt.

Gerade in öffentlichen Reformen ist deutlich geworden, daß eine ideologische Orientierung an vorgegebenen Ergebnissen von Erziehung problematisch werden kann (vgl. Priester, in: Blätter ... 3/74), vor allem, wenn ursprünglich "fortschrittliche" Begriffe im Zuge der Verschiebung zur Verfassungswirklichkeit hin lediglich "ritualisierten" Charakter behalten (vgl. die Wende von Dahrendorf).

An Stellen, wo verfestigte organisatorische Strukturen im öffentlichen Bildungssystem eine derartige Zielorientierung umsetzen, wird sich die Situation für die Betroffenen (Eltern/Schüler) wohl anders gestalten als z. B. im Bereich kommunaler Öffentlichkeit, in der die Bedürfnisentwicklung und Interessenkonstellation erst eine Organisationsform nach sich zieht (vgl. Grone-meyer).

Wie Krysmanski ausführt (in: Plädoyer ...), hängen konkrete Lehrinhalte (allgemein Bewußtseinsinhalte) sowohl von politischen Herrschaftsverhältnissen als auch von den Entwicklungen in der Theorie ab.

Inhalte, die den gesellschaftspolitischen Zusammenhang artikulieren, bewegen sich also im Raum politischer Konflikte und Entwicklungen als auch sozial- bzw. politikwissenschaftlicher Widerspiegelungen.

Im folgenden soll nun das Schwergewicht auf der Vermittlung von Theorie und Praxis liegen, d. h. es geht um die Umsetzung friedensrelevanter Inhalte trotz bestimmter Produktionsverhältnisse und

unter ihren Bedingungen. Unter der Voraussetzung, daß als drei relevante Theoriebereiche die Friedens- und Konfliktforschung, die Friedenspädagogik und die politische Bildung (politische Didaktik) unterschieden werden müssen, wird das abstrakte Prinzip der friedlichen Koexistenz konkretisiert, so daß die Vermittlung zwischen Frieden und Unfrieden auch über die Orientierung an alltäglichen Konflikten nicht perspektivlos gestaltet werden kann, da hier mikro- und makrokulturelle Aspekte konkret ineinandergreifen⁽⁴⁰⁾.

3.2.2.1.1. Problemstellung

Es geht um die Vermittlung von Friedensforschung und politischer Didaktik, deren Schaltstelle hypothetisch die Friedenspädagogik beanspruchen kann, die aber - wie zu zeigen sein wird - sowohl theoretische Difizite als auch mangelnde Praxisorientierung aufweist (vor allem: Schierholz 1977).

Die Friedens- und Konfliktforschung als Theorie fragt nach gesellschaftlichen Bedingungen der "Gewalt" und nach Möglichkeiten der Konfliktreduzierung (Senghaas 1972).

Friedenspädagogik als Erziehungslehre beschäftigt sich im weitesten Sinne mit dem Lernziel "Frieden", didaktischen Umsetzungen und theoretischen Überlegungen dazu.

Politische Bildungsarbeit verweist auf die Praxis, ihre Theorie auf den Begriff "politische Didaktik".

Der letzte Bereich bezieht sich auf Sozialisationsprozesse, die im weitesten Sinne politisches Verhalten ändern.

Will man Theorie und Praxis vermitteln, gewinnt eine allgemeine Theorie, die interdisziplinär fundiert ist und sich auf gesellschaftliche Ziele gründet, Bedeutung. Interdisziplinäre Wissenschaft verfolgt als Ziel, theoretisch die Wahrheit realer Tatbestände zu erforschen, praktisch gesellschaftliche Mißstände über Erkenntnisplanvoll zu beseitigen (vgl. Friedrichs 1975). Um dies voranzutreiben, muß allerdings der Entstehungszusammenhang und Produktivkraftcharakter von Wissenschaft, der ein gesellschaftlicher ist, Berücksichtigung finden.

Gerade, wenn es um politische Bildung (bzw. Sozialisations) geht, finden sowohl sozial-wissenschaftliche als auch politikwissenschaftliche Aspekte Eingang in die Analyse.

Um Erziehungsprozesse zu analysieren, sind daher mehrere Ebenen zu differenzieren:

- Erziehung als Bestandteil des allgemeinen Produktions- und Reproduktionsprozesses unter der Berücksichtigung der Regenerations-tatsache (vgl. Gröll),
- Institutionalisierte Erziehung, in der es auch um staatlich initiierte Vergesellschaftung geht, so daß jene auch als Überbaubestandteil erscheint,
- Die Dialektik von Anpassung und Selbstbestimmung (Erziehung und Sanktion).

"Die Antagonismen und Risse in unserer gesellschaftlichen Ordnung bieten bei aller Unterdrückung, die manifest und latent geübt wird, Chancen der Emanzipation. Politische Sozialisation meint also auch jene Vorgänge, die dazu führen, daß Menschen sich gegen Integration, Unterdrückung und Normierung wehren und Möglichkeiten der Befreiung suchen und erkämpfen" (Gottschalch 1972: 23).

Zwar geht es darum, den Kapitalismus abzuschaffen. aber nicht demokratische Lernformen (B. Hülsmann), d. h. eine einseitige antikapitalistische Erziehung greift zu kurz:

Eine antizipatorische Perspektive ist notwendig, die an das Bestehende und seine konflikthaften Prozesse konkret anknüpft.

Die Friedenspädagogik, die Theorie und Praxis eigentlich vermitteln muß, hat um das Jahr 1975 einen Sättigungsgrad erfahren, nicht zuletzt, weil ihre Praxis parallel zu ihrer Entwicklung von ganz anderen politischen Kräften betrieben wird (Wehrkunde)⁽⁴¹⁾.

3.2.2.1.2 Überlegungen zur Entwicklung der Friedenspädagogik

Anhand von Konzeptionen von Hamburger (1973) und der Tübinger AG "Friedensforschung" (1973, 1974, 1975, 1976) lassen sich die Entwicklungsverläufe der Fp (Friedenspädagogik) im Zeitraum zwischen 1965 und 1975 (vgl. auch Wallraven) nachzeichnen. Im Gegensatz zur Friedens- und Konfliktforschung (FKf) nimmt sie ihren Ausgangspunkt in der BRD (vgl. auch Wulf (Hrsg.) 1973).

Es wird zu überprüfen sein, inwieweit dieser Bereich Theorie und Praxis auf den Ebenen der Erziehung, Didaktik und Wissenschaft zu vermitteln in der Lage erscheint (vor allem nach: Schierholz).

1) 1965 - 1969

Einer geisteswissenschaftlichen Pädagogik verpflichtet steht in dieser Phase die Gesinnungsbildung im Vordergrund, in deren Mittelpunkt der Mensch an sich mit seinen Emotionen steht (von Hentig 1966).

Vor allem kirchliche Organisationen interessieren sich für diese Problematik.

Die Fp entwickelt kaum Unterrichtsmodelle, d. h. Impulse gehen vor allem aus der Praxis hervor (Kirchen, private Vereinigungen und Landeszentralen für politische Bildung). Die wissenschaftliche Diskussion findet noch keinen Eingang, der Friedensbegriff ist ein negativer, so daß sich auch die pädagogische Konzeption als eine negativer erweist. Für diese sind organizistische Vorstellungen und die Konzeption des persönlichen Friedens vorrangig.

Durchgängig spielen triebtheoretische Vorstellungen eine gewichtige Rolle (Gamm, in: Wulf).

Anthropologische Konstanten, eine politisch-oberflächliche Fassung der Systemauseinandersetzungen und Erziehung zur Völkerverständigung allgemein durchziehen die Literatur.

2) 1969 - 1971

Diese Phase kann als Übergang begriffen werden. Zwar wird hier die FKf berücksichtigt, die Diskussion bestimmen aber weiterhin die Pädagogen.

Da in dieser Zeit die Ostpolitik ziemlich erstarrt scheint, entsteht (auch im Zug der Förderung der FKf) eine Flut von Unterrichtsmodellen.

Da Senghaas die Diskussion um den Friedensbegriff in eine neue Richtung gebracht hat (organisierte Friedlosigkeit), erscheinen Gewaltverhältnisse nicht mehr allein ableitbar aus aggressiven Trieben zu sein (vgl. Schmidt-Mummedey, in: Wulf, Vilmar 1971). Im Verlauf der Diskussion findet daher auch der Konfliktbegriff Verwendung. Dennoch wird der Begriff meist als ontologische Kategorie gefaßt (Priester 1972).

Da Herrschaftsstrukturen formal und kompromißhaft kanalisiert werden müssen, gewinnen gerade Partnerschaftsideologien mit ihren Gemeinschaftsvorstellungen Bedeutung (Th. Wilhelm).

Der Konflikt ist bloße Form (man denken auch an Festingers Dissonanztheorie), Konfliktlösungen erscheinen als geistige Angelegenheiten. In dieser Phase entwickelt Vilmar zwar ein umfassendes Forschungsprogramm (vgl. auch Krysmanski, Soziologie des Konflikts), löst aber nicht die pädagogischen Umsetzungsprobleme (ebenso Klönne, in: Werkhefte 7/1971).

Wie in der ersten Phase überwiegt in der Konsolidierungsphase eine eklektizistische Orientierung im Rahmen der damaligen Möglichkeiten.

Die erscheinenden Sammelbände belegen daher die gängige Theorielosigkeit. Die entworfenen Unterrichtsmodelle vernachlässigen den sozialwissenschaftlichen Stand, geben keine genauen Umsetzungsmöglichkeiten an, sind didaktisch unpräzise, so daß sich die Fachdidaktik (die sich für die Theorie kaum interessiert) z. B. für Modelle des Religionsunterrichtes kaum erwärmen kann:

Die Fp leistet keine Vermittlung von Theorie und Praxis.

3) 1972 - 1975

Die massive Förderung der FKf wirkt sich auch auf die Fp aus, in der sich ein Friedensbegriff breit macht, der sich als Abwesenheit bzw. Minimalisierung direkter und struktureller Gewalt versteht (Galtung), obwohl neue Qualitäten damit nicht ausgewiesen werden (vgl. z. B. Niklas/Ostermann, in: Wulf).

Lediglich eine Gesellschaftskritik zu fordern, die zudem inner- und intergesellschaftliche Zusammenhänge nicht miteinander verbindet, löst das Operationalisierungsproblem kaum.

Frieden (siehe das Problem der gesellschaftlichen Ziele im Rahmen einer allgemeinen Theorie) muß sich über einen Bereich außerhalb von Pädagogik und Politikwissenschaft bestimmen.

Obwohl in dieser Phase bestimmte wissenschaftliche Konzeptionen mehr Berücksichtigung finden, zeigt zum Beispiel die Tagung in Bad Nauheim, daß Akademiker wieder einmal mehr unkoordiniert nebeneinander herreden ("Erziehung zu Frieden und sozialer Gerechtigkeit").

Unübersichtliche Sammelbände und Sondernummern erscheinen, die auf eine übliche Publikationspraxis verweisen (vgl. Wulf; darin positiv z. B. Markert).

Wenige positive Ausnahmen lassen sich zwar registrieren, Theorie und Praxis werden aber nicht miteinander verklammert.

Die praxisbezogenen Arbeiten (ohne friedenswissenschaftliche Legitimation) beziehen sich vor allem auf die Religionspädagogik.

Zwei Aspekte kommen aber hinzu:

- Die Dritte-Welt-Problematik (Meueler; Marktstahler u. a.),
- Die Mediendidaktik im Religionsunterricht.

Positiv sind einige Fernsehsendungen zu bewerten, in denen zudem zum Ausdruck kommt, daß sich nach 1972 Fp mehr als politische bestimmt, in der auch Internationalisierungsbestrebungen (IPRA) Platz greifen, innerhalb derer auch sozialistische Forscher aktiv sind (vgl. Wissenschaft und Frieden 4/74).

Insgesamt kann allerdings die Diskussion als Einweg-Kommunikation verstanden werden.

Das Problem einer Friedenserziehung läßt sich nur dann lösen, wenn grundsätzlich geklärt ist, ob man zum Frieden erziehen kann, da dieser nicht allein durch Erziehungshandeln zu bewerkstelligen, sondern von anderen Ebenen her und im Zusammenhang mit diesen zu erreichen ist.

Im Mittelpunkt muß die Frage der Operationalisierbarkeit stehen, die aber über die Orientierung an Begriffen wie dem der strukturellen Gewalt in Frage gestellt ist.

In diesem Rahmen kann nämlich persönliches Verhalten sowohl zur Resignation wie zum Terrorismus führen, bedeutet gesellschaftliche Entwicklung einerseits revolutionäre Systemüberwindung, was durch einen eindeutigeren Friedensbegriff konkretisiert wird.

Auch verweist die Problematik der Lernziel-Formulierung darauf, daß sich Überschneidungen mit der politischen Bildung ergeben und daß die Orientierung an jenen wohl kaum in gewaltförmigen Institutionen über "unfriedliche" Curricula positiver Effekte zeitigen dürfte.

Zudem wird die Erziehungsabsicht mit dem Erziehungserfolg gleichgesetzt, d.h. der Prozeß der Erziehung findet keine Berücksichtigung.

Der Kommunikationsprozeß, d.h. die sozialen Beziehungen im pädagogischen Prozeß auf dem Hintergrund von gesellschaftlichen Beziehungen (siehe Materialistische Wissenschaft und Psychologie; Sève; Hiebsch/Vorweg; Martens) verweist darauf, daß der Erziehungsprozeß nicht verselbständigt werden kann, weil ansonsten die oft nur korrektive Funktion von Erziehung (deren Charakter allerdings sich immer mehr verändert) ausgeblendet wird.

Die politischen und gesellschaftlichen Handlungsbedingungen müssen zur Erklärung herangezogen werden (wie im ersten und zweiten Kapitel gezeigt wird).

Damit erweist sich auch wissenschaftliche Forschung immer mehr als dem rationalen Kalkül kapitalistischer Kapitalverwertung unterworfen (Hirsch 1973), so daß - vermittelt über staatliche Interessen und ökonomische Imperative - die Entspannungspolitik und die Brüchigkeit der Abschreckungs doktrin neue Prämissen schaffen, durch die auch der gesellschaftliche Rückhalt einer Fp schwindet.

Die Friedenspädagogik gibt daher kaum Impulse zur politischen Veränderung, erweist sich in allen Phasen nicht als eine effektive Steuerungskomponente.

Nach 1972 kommt es zu einer größeren Verbindung zwischen Friedenspolitik, Fp und FKf: Forschung und Politik, Forschung und Pädagogik stehen in einem engeren Zusammenhang, der Anhängigkeiten schafft. Zwischen Fp und FKf entstehen Spannungen (letztere flüchtet in Politikberatung), weil zwar die Fp die FKf teilweise integriert, aber diese sich kaum um Umsetzungsmöglichkeiten kümmert.

Die Einflußlosigkeit in der Politik erklärt sich auch dadurch, daß die Fp wohl kaum einen aktiven Breitrag zur offiziellen Friedens- und Sicherheitspolitik leisten kann.

Theoretisch wird die internationale Problematik daher vor allem in der Hinsicht aufgegriffen, daß sich die Fp auf die Nord-Süd-Problematik und die Systemauseinandersetzungen beschränkt, d. h. konkrete Konfliktlagen wie z. B. der Vietnamkrieg bleiben ausgeblendet (vgl. zu den Systemauseinandersetzungen den Band "BRD/DDR"; Krysmanski in: Krise der Soziologie und in: Plädoyer).

Da die bisherige Fp lediglich alten Wein in neue Schläuche füllt, stellt sich zum Beispiel eine friedenspädagogische Handlungsforschung eher als eine Alternative der (Tübinger AG).

3.2.2.1.3 Überlegungen zu Entwicklung der politischen Didaktik

Innerhalb der politischen Bildung existieren drei Ebenen:

Die Ebenen der Mittel. der Ergebnisse und des Prozesses, wobei sich letzterer gerade nach der Rezeption der USA-Forschungsergebnisse zur politischen Sozialisation als am tragfähigsten erweisen hat (Hainke; Claußen).

Maßnahmen zur politischen Bildung müssen jedoch - auch im frühkindlichen Raum - von den ablaufenden Lernprozessen unterschieden werden (Gottschalch).

Zwei Theoriebereiche gewinnen aber Bedeutung:

- Die Politikwissenschaft, die sich mit der Umsetzung politischer Ideen beschäftigt, betrachtet sich in manchen Konzeptionen als Form von Erziehungswissenschaft, die der allgemeinen lediglich eine Koordinierungsfunktion zuweist.
- Die politische Didaktik als Bestandteil einer integrierten Sozialwissenschaft soll dagegen nicht nur über Politik informieren, sondern auch zum politischen Handeln anleiten (Mollenhauer 1973).
Da sie sich auch auf gesellschaftspolitische Zusammenhänge bezieht, ist sie auf Politikwissenschaft angewiesen.

Ihre gesellschaftskritische Dimension verweist auf eine zentrale Rolle des Konflikts, d. h. bevor der Zu-Erziehende in den Blick gerät, muß erst einmal eine "Konfliktanalyse" vorangestellt werden, die sich auf gesamtgesellschaftliche Strukturen bezieht.

Giesecke hat versucht, in seiner "Didaktik der politischen Bildung" das Verhältnis von der Theorie politischer Strukturen und Prozesse und der politischen Didaktik dahingehend zu bestimmen versucht, daß die Totalität der gesellschaftlichen Beziehungen in ihrer historischen Dimension sichtbar wird, indem die Diskrepanz zwischen Realität und theoretisch gesetzten Zielen ausschlaggebend wird.

Allerdings wird hier die Handlungsebene vernachlässigt, so daß die Theorie der bestehenden Praxis als ihre bessere Theorie gegenübertritt.

Strunk (in: Kerstiens) entwickelt dagegen über ein Konzept des Zusammenhangs zwischen Lernsituationen, Lebenssituationen und Lern- und Lebenssituationen (gekoppelt) praktikablere Einsichten (Richtung Aktionsforschung).

Es wird aber oft übersehen, daß sich eine Theorie der Politik und eine politische Didaktik auf unterschiedliche Ebenen beziehen. Eine Verbindung der beiden Theorie-Bereiche wird erst möglich über die gesellschaftspolitische Entwicklung einerseits und die Vergesellschaftungstendenzen einschließlich der Kommunikationsbeziehungen in vielen gesellschaftlichen Bereichen andererseits.

Einen Ansatzpunkt stellt die Berücksichtigung der subjektiven Betroffenheit bzw. Erfahrung in ihrer polit-ökonomisch zu bestimmenden Vermittlung dar (Zenke).

Ein historisch-materialistisches (und dialektisches) Verständnis entspricht dann der realen dialektischen Entwicklung, d. h. der gesellschaftlich vermittelten politischen Sozialisation und deren Rückwirkung auf die materielle Basis.

Dennoch muß einschränkend festgestellt werden, daß der Prozeß der politischen Sozialisation nicht allein über politische Faktoren erklärt werden kann. Denn das Ausweichen auf die Formulierungen von Lernzielen (ohne Konfliktanalyse), die sich am Grundgesetz orientieren, legt Diskrepanzen zwischen einem statischen und dynamischen Demokratieverständnis frei (vgl. Priester, in: Blätter ... 3/74) und zeigt erneut die Schwierigkeiten der didaktischen Umsetzung auf, wenn die Betroffenen (also auch Eltern: Adoptiveltern) in einem vorwissenschaftlichen Rahmen nicht berücksichtigt werden.

Seit Mitte der 60er Jahre ist zumindest in der politischen Didaktik (im Gegensatz zur Politikwissenschaft) ein Wandel von statischen Demokratie-Vorstellungen (Institutionenkunde; vgl. auch die Familiensoziologie) zu mehr dynamischen zu verzeichnen (in Hessen z. B.).

Obwohl die politische Didaktik im Gegensatz zur FKf (zuerst Sozialpsychologie des Vorurteils) zwar Themen wie Demokratie und Mitbestimmung diskutiert, greift sie aber weder die FKf noch die Fp auf.

Auch das Friedensangebot des Grundgesetzes (Art. 4 III, 24 - 26, die Präambel) nimmt sie zu wenig ernst, wogegen man aber einwenden muß, daß ein adäquates

Verständnis von politischer Sozialisation und ihrer Organisation sich als in Opposition zum offiziellen Friedensverständnis begreifen muß.

Der Konfliktbegriff wird aber innerhalb der politischen Didaktik ziemlich kontrovers und ungenau aufgegriffen (positiv: Giesecke).

In letzter Zeit setzt jedoch wiederum eine meta-theoretische Diskussion ein, seit systemtheoretische Ansätze Interesse gefunden haben (mit all ihren Nachteilen).

3.2.2.1.4. Probleme der Friedens- und Konfliktforschung

Dieser Bereich erlebt seit Ende der 60er Jahre über massive offizielle Unterstützung forciert (Heinemann, Brandt), einen enormen Aufschwung.

Seine Entwicklung ist folgendermaßen zu kennzeichnen:

- Bis zum Anfang der 60er Jahre ist vor allem von Konfliktforschung die Rede⁽⁴²⁾.
- Bis in die 50er Jahre geht es um Abrüstungsbestrebungen.
- Ab da gilt es, Bedingungen für die Kontrolle der Rüstung zu eruieren, d. h. im Grunde genommen den Status Quo einzufrieren (Krippendorf (Hrsg.) 1968, Einleitung).
- Erst mit der Entstehung skandinavischer Ansätze wandelt sich die Abschreckungsdoktrin (Dencik). Über die Einführung des Begriffs der strukturellen Gewalt, von Konflikttypen und des Friedens als Abwesenheit von direkter und indirekter Gewalt und von Strategien der Umsetzung (mit allen schon skizzierter Nachteilen) ändert sich die

reine Befriedigungsforschung, in der Friedensherstellung und Stabilisierung des sozialen Friedens eng zusammenhängen (vgl. Priester, in: Wulf).

In der BRD-Wissenschaft sind diese Vorstellungen - wenn auch inhomogen - zwar übernommen worden, aber ihre politische Praktikizierbarkeit läßt zu wünschen übrig (vor allem, wenn man Begriffe wie Nord-Süd-Konflikt verwendet; wenn man systemtheoretisch argumentiert).

Einheitlichkeit besteht vor alle über die Förderungspolitik, während ansonsten vor allem über Konflikte kommuniziert wird.

Die DGFK wird daher seinerzeit durch den "Spiegel" kritisiert, weil einige Forscher in den Bewilligungsausschüssen sitzen (Nr. 19, 1. 5. 1972).

Man muß jedoch darauf hinweisen, daß organisatorisch die Arbeit auch durch das Mitgliederprinzip stark behindert ist.

Neben der DGFK existieren wenige Forschungsstätten an der Universität, Institute wie das Max-Planck-Institut, die HSFK (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung) und die BSK (Berghof-Stiftung für Konfliktforschung GmbH), die einige - wenn auch wenige - Spielräume eröffnen.

Im Vergleich zur Militärforschung sind jedoch die Aufwendungen minimal (vgl. Forschungsbericht 1975; Rilling/Sychla, in: Blätter ... 6 und 8/1972): Das Verhältnis zwischen Friedens- und Militarforschung verhält sich wie 2 zu 1000.

problematisieren wir das Verhältnis zwischen FKf und Praxis, muß man das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik allgemein klären (die Adressaten).

Betrachtet man die unterschiedlichen Typen von Wissenschaftlern die sich einmal wertneutral geben, zum anderen Schlußfolgerungen ziehen, desweiteren auch praktische Konsequenzen nicht scheuen, läßt sich feststellen, daß in der BRD die ersten beiden Kategorien überwiegen.

Unter diesen Voraussetzungen von der herrschenden Politik Selbstkorrekturen zu verlangen, ist insofern weltfremd (z. B. Senghaas), als die offizielle Politik dem Forschungsinteresse diametral entgegensteht.

Da das Anwendungsgebiet der FKf nicht feststeht, sie unter bestimmten Bedingungen sogar entbehrlich ist, muß sie sich ihre "sozialen Träger" erst schaffen, um von der herrschenden Politik (der negative Friedensbegriff, Kritiklosigkeit gegenüber dem Militär, die Notwendigkeit der Lösung eigener Probleme) nicht instrumentalisiert zu lassen.

Indem sich Wissenschaft als Politik begreift, muß sie sich auch auf die konkreten alltäglichen Konflikte einlassen (im Rahmen politischer Bewegungen).

Allerdings sind jene nur über die strukturellen Gewaltverhältnisse in der kapitalistischen BRD begreifbar.

Obwohl die Fp schon vor der FKf existiert, versucht diese Anfang der 70er Jahre als erste, Forschung und Erziehung miteinander zu verknüpfen.

Es dürfte jedoch ebenso verkürzt sein, FKf für Erziehung fruchtbar zu machen, wie Fp für FKf, da im Mittelpunkt die gesellschaftspolitischen Dimensionen von Erziehung stehen, die von FKf beeinflusst werden können. Daher kann auch Fp nicht bloß eine Wasserträgerfunktion für FKf spielen, sondern das Vermittlungsproblem ist ein der FKf zukommendes eigenes Strukturproblem (z. B. Marktstahler, in: Wulf).

Ausgehend von den Bedingungen in der BRD muß der Weg in Richtung einer friedenspolitischen Aktionsforschung laufen - gerade, weil von der Fp momentan nicht viel zu erwarten ist. Ihre Praxis bestimmt sich nämlich als "Wehrkunde".

3.2.2.1.5. Zur Wehrkunde - Diskussion

Die Basis der offiziellen "Friedenskonzeption" ist die Erziehung zur Wehrbereitschaft (vgl. Schierholz 1972). "Verteidigung + Entspannung = Sicherheit" ist die Devise (Wapulski 1973).

Schüler bzw. schon Kinder müssen die Bundeswehr absolut anerkennen bzw. müssen die ideologische Affirmation des Systems lernen (vgl. Claußen).

Interessant ist, festzustellen, welche Vorstellungen Lehrer zum "Frieden" äußern:

Es stellt sich heraus, daß die Problematik nirgendwo konkret behandelt wird. Sie findet in unterschiedlichen Fächern lediglich Erwähnung. Theorien und Unterrichtsmodelle finden daher keine Resonanz.

An der geringen Auflagehöhe, der geringen institutionellen Absicherung und der Nebenrolle in den Richtlinien wird ersichtlich, wie wenig wissenschaftliche Konzeptionen der Friedensverbreitung eine Rolle spielen.

Die Publikationen zur Wehrkunde erreichen dagegen eine relativ hohe Auflagehöhe, weil sie zudem kostenlos verteilt werden. Sogar Sondererlasse werden verabschiedet, die den Jugendoffizieren den Weg in die Schulen öffnen - unterstützt von hohen politischen Stellen (Schröder, Brandt, Schmidt, Leber), was in der Geschichte der BRD einmalig zu nennen ist.

Während noch zur Zeit der Remilitarisierung Wehrbereitschaft und Volksbildung eine Einheit bilden, weil genügend Wehrwillige zur Verfügung stehen, wird es mit der Studentenbewegung und ihren Auswirkungen immer notwendiger, eine forcierte Werbung zu betreiben.

Auf die Attraktivität der Kriegsdienstverweigerung reagiert man mit verstärkten Wehrkundebemühungen (vgl. die Ztschr. "Wehrkunde"). Mit den Vorstellungen von Bundesverteidigungsminister Leber, der das Recht auf Kriegsdienstverweigerung als Ausnahmerecht formuliert, kann auch die CDU/CSU und der Bayernkurier einverstanden sein.

In den Erlassen, die die politischen Lehrinhalte in eine bestimmte Richtung stellen, verbinden sich schulgerechte Imagewerbung mit der offiziellen Sicherheitspolitik.

Zu Umsetzung eignen sich besonders die Jugendoffiziere. Es dürfte außer Zweifel stehen, daß die Wehrkunde-Bemühungen kaum mit echten Friedensbemühungen kompatibel sind.

Die Publikationen, die Verbreitung finden, geben sich den Anspruch, ausgewogen, objektiv und sachlich zu argumentieren.

Betrachtet man sich dann die Publikationen der Bundeszentrale der politischen Bildung (seit der dringlichen Bitte von Brandt), zeigt sich, daß die Verfasser meist ehemalige oder noch aktive Bundeswehr-generäle sind. Sind es noch bis 1971 nur wenige Veröffentlichungen (Baudissin), erscheinen seitdem schlagartig fünf neue "Werke": Z. B. Obermann 1970; Baumann 1971; Bundeszentrale f. pol. Bild.: Frieden und Sicherheit 1 und 2; Wapulski 1973 (nach Schierholz 1977). Obermann assoziiert mit den Rechten der Kriegsdienstverweigerer primitive Feindbilder, stellt sie in eine Ecke mit Extremisten. Unwissenschaftlich ist Legitimation das oberste Ziel.

Baumann behandelt sie ebenfalls als Extremisten. Dazu stellt er die Behauptung auf, sie würden ihr Gewissensrecht als politisches Kampfinstrument benutzen, um eine sozialistische Ordnung in der BRD herzustellen. Es ist schon fast zynisch zu nennen, wenn schon der Versuch der Verwirklichung der Grundrechte als extremistisch diskriminiert wird.

Walpulski entspricht genau dem "Weißbuch 73/74" indem er Abschreckung als notwendig für das Leben hinstellt und die verurteilt, die sich daran nicht beteiligen. Die Bundeswehr wird von ihm mehr im Sinne einer Institutionenkunde analysiert, wo für FKf als Mode-Erscheinung kein Platz ist.

In der zweiten Auflage dieses Buches erfolgt jedoch eine Total-Revision. Der Militärisch-Industrielle-Komplex und die FKf werden eingearbeitet.

In den Publikationen der Bundeszentrale überwiegen Dimensionen des Kalten Krieges, werden die sozialistischen Länder dementsprechend abgetan, wobei wissenschaftliche Begriffe lediglich als Schlagworte erscheinen.

Insgesamt erweisen sich jedoch alle Publikationen als massiv parteilich: Kriegsdienstverweigerer sind eine Gefahr für die offizielle Sicherheit, sie sind dem Frieden nicht förderlich.

Trotz massiver Beeinflussung der Jugend über die moralische Höherbewertung der Bundeswehr wird diese ihren Vertrauensschwund kaum los.

Die Berücksichtigung einer FKf, die grundlegend anti-militaristisch sein muß, stößt natürlich in diesem Kontext auf Widerstände.

Nimmt man die Kriterien für Dimensionen der politischen Bildung zum Ausgangspunkt, zeigt sich, daß die Erziehung zur Wehrdienstbereitschaft diesen widerspricht:

Kritisches Denken ist nicht gefragt, Information und Werbung hängen eng miteinander zusammen, eine soziologische Orientierung am Konflikt fehlt völlig, der Grundsatz der Erziehung zur Widerstandsfähigkeit im Rahmen einer genuin politischen Bildung wird diskreditiert (Schmiederer).

Dagegen erscheint die Verteidigung als legitimes Kind der Demokratie, für die eben ein Mindestmaß ausgegeben werden muß (1975: ein Mindestmaß von 45 Mrd. DM).

Die freiheitliche Grundordnung bzw. die Verfassungswirklichkeit wird zur Richtschnur für die Sanktion von Abweichlern.

Das durchaus einer Demokratie förderliche problematische Verhältnis zum Staat und zur Gesellschaft gerinnt zum Status eines notwendigen Bürgerverhaltens, das sich über metaphysische Begriffe wie Ehre, Nation, Vaterland und Gemeinwohl bestimmt, was mehr der Partnerschaftsideologie der 50er Jahre entspricht. Kritikern wird ein Mangel an staatsbürgerlicher Gesinnung vorgeworfen. Ihnen wird sogar zur Last gelegt, ein nützlicher Idiot des Bolchewismus zu sein.

Folgende Charakteristika lassen sich festmachen (wobei der Bezug zu industriegesellschaftlichen Konzeptionen logisch ist):

- Ersetzen des Gleichheitsprinzips durch obrigkeitsstaatliches Denken und staatsphilosophische Ideologemen,
- Autorisierung von Gesetzen und Vorgesetzten,
- Betonung der Statik von Gesellschaft durch personalistische Verzerrungen, .
- Diskreditierung von aktiver politischer Beteiligung.

Diese Prinzipien versucht man zuerst mit der Konzeption der Jugendoffiziere durchzusetzen, die eigenen Unterricht betreiben, ausbilden und beraten, um ein anziehendes Bild von "Unserem Heer" zu vermitteln.

Als sich dieses Konzept als zu durchsichtig erweist, schlägt man den Weg zur Ausgewogenheit, Sachlichkeit und Problemorientierung ein (fortschrittliches Vokabular hat sich ja die Rechte gerade in der letzten Zeit verstärkt angeeignet.

In einer bewußten Anpassungsstrategie wendet man sich von dem plumpen Antikommunismus ab und spricht von einer organischen Einbettung. Über die Veränderung der Methoden der Vermittlung - das Ziel bleibt das gleiche - soll zur Wehrbereitschaft (wenn auch nicht zur begeisterten Affirmation) erzogen werden.

Organisationen wie der Deutsche Bundeswehrverband und die Gesellschaft für Wehrkunde (öffentlich gefördert) betreiben zu diesem Zweck massive Pädagogienarbeit, um Multiplikatoren fortzubilden.

Die Ausblendung der politischen Intentionen bewirkt eine Konzentration auf den polit-didaktischen Aspekt:

Das "Wie" der Vermittlung ist gefragt.

Politisch gesehen soll also vor allem unter dem Signum Frieden die Bundeswehr verkauft werden, wobei vor Fehlinformationen und direkten Restriktionen von Kriegsdienstverweigerern nicht zurückgeschreckt wird, worin sich ein Wandel des Grundrechtsverständnisses ausdrückt.

Diese restriktive Politik ist Ausdruck einer Legitimationskrise, seit die Abschreckung inadäquat geworden ist, was auch anhand von Untersuchungen der Einstellungen von Jugendlichen aufweisbar ist, die nur noch zu 40 % die Bundeswehr akzeptieren (Personalstrukturkommission der Bundeswehr, 1971).

Gerade die negative Erfolgsbilanz der SPD/FDP-Koalition lenkt den Blick auf die verstärkten Rüstungsaufgaben; Entspannung und Aufrüstung erscheinen infolge der nicht-aggressiven Haltung der sozialistischen

Länder als widersprüchlich, die antimilitarische und pazifistische Bewegung ist seit 1968 stärker geworden. Neben der Aufnahme der Wehrverfassung und der Notstandsgesetze in die Grundrechte leistet nun auch die Wehrkunde einen Beitrag zur Umgestaltung der Demokratie. Nicht nur ökonomische Regulierung, sondern auch die Kanalisierung von politischen Konflikten und deren Integration werden notwendig, was die permanente Anpassung des Systems an neue Bedürfnisse impliziert, d. h. Reformen.

Dem Militärapparat kommt so eine gesellschaftliche (und damit gefährliche) Gestaltungsfunktion zu, was in den offiziellen Bekundungen geleugnet wird.

Dabei wird die Identitätskrise des Militärs vor allem über die Legitimationskrise der Herrschaftsorgane erklärlich, die teilweise selbstproduziert sind, teilweise über ökonomische Krisen deutbar erscheinen.

Die neue Ostpolitik hat jedenfalls den Blick mehr auf interne Verhältnisse (Brückner u. a. 1972) gelenkt.

Im Zusammenhang von Erkenntnisinteresse und gesellschaftsverändernder Perspektive erweisen sich die Umsetzungsmöglichkeiten der FKf als schwierig.

- 1) Die DGFK (1971) stellte sich die Aufgabe, den Friedensgedanken zu verbreiten, bringt es jedoch lediglich zu Orientierungsmaßnahmen, die auf dem Papier stehen bleiben:
Bestimmte politische Gruppierungen, die auf sich bildende Interessen verweisen, werden daher nicht gefördert.

Das Beispiel der "Berliner Friedenswoche" (1973) zeigt deutlich, wie unerwünscht Basisaktivitäten sind. Man kann sagen, daß die Doppelbödigkeit der DGFK darin begründet liegt, daß sie nicht als Akteur auftritt.

- 2) In den Heften "Frieden und Sicherheit" ("Informationen zur politischen Bildung" Heft 1 und 2) wird die Befragung und die Kooperation mit der FKF nicht gesucht, was in einer bruchstückhaften Verwertung wissenschaftlicher Ergebnisse seinen Ausdruck findet.

Daher erstellt die DGFK vier Gegengutachten, auf die die Zentrale nicht reagiert. An ihrer Stelle nimmt aber das BMfVg Stellung, indem sie den Wissenschaftlern mangelnde Kompetenz vorwirft, ohne auf Details einzugehen.

- 3) Das Anti-Weißbuch übt gezielte Kritik am Mehrzweck-Kampfflugzeug und am Waffenhandel der BRD, um in der Öffentlichkeit Wirkung zu erzielen.

Die Autoren werden erst abgekanzelt und dann totgeschwiegen, weil ein Tabu kritisiert worden ist.

Die Presse reagiert unterschiedlich und auch differenzierter (Die ZEIT, 8. 11. 1974).

Anstelle des BMfVg nimmt aber die Industrie Stellung, indem sie den Bürgern jedes Mitspracherecht an der Bundeswehr abspricht, was eindeutig auf antidemokratische Tendenzen hindeutet.

Erst nach dieser Stellungnahme reagiert die Regierung mit dem "Anti-Anti-Weißbuch", in der sie den Autoren mangelnde Expertise und Unwissenschaftlichkeit vorwirft, indem sie vor groben Verfälschungen nicht zurückschreckt.

An diesem Beispiel zeigt sich, daß zwar die öffentliche Auseinandersetzung vermieden, aber dafür intern betrieben wird.

Alle drei Beispiele dokumentieren die Wirkungslosigkeit von Wissenschaft, wenn es um politische Tabus geht (noch).

Im folgenden Abschnitt soll es um die Diskussion des Verhältnisses zwischen Theorie und Praxis gehen:

Praxis kann aber nicht über die partikulare Vertretung gesellschaftlicher Interessen und ihre Legitimation verstanden werden, sondern über die Erkenntnis der historischen Gesetze gesellschaftlicher Entwicklung, wobei sich die Richtigkeit vermittels einer historischen Analyse des Produktionszusammenhangs ergibt.

Habermassche Vorstellungen, die eigentlich die Unmöglichkeit der Vermittlung von Theorie und Praxis dokumentieren (vgl. 1963; 1971), die das Verhältnis von Politik und Wissenschaft modellhaft skizzieren (deisionistisch technokratisch, pragmatisch), können die gleichzeitige Trennung von diesen Bereichen und ihre Verknüpfung nicht erklären.

Über die Trennung von Arbeit und Interaktion wird die Existenz einer spezifischen Formation geleugnet.

Kritische Theorie hat ihren Status als Theorie schon auf Praxis hin überschritten, sie will die Trennung von Theorie und Praxis aufheben, bleibt aber erkenntnistheoretisch bestimmt. Ein vertheroretisierter Praxisbegriff hebt von der Realität ab, indem er sich auf Erkenntnistheorie beschränkt. Herrschaftsfreie Kommunikation ist dann sowohl Voraussetzung (innerhalb der akademischen Elite organisiert) als auch gleichzeitig Resultat, wobei eben die Auflösung

des Proletariats die Basis der Argumentation darstellt.

Aufklärung und Wissenschaft als Lebensform einer Industriegesellschaft (Jaeggi) verstellen die Lösung (vgl. dagegen Rilling, Theorie und Soziologie der Wissenschaft).

Theorien müssen dagegen als Handlungsprodukte begriffen werden, wogegen politische Didaktik sich bisher kaum an FKf und FKf kaum an Umsetzungsnotwendigkeiten orientieren.

Eine Theorie und Praxis friedenspolitischer Bildung (Fp reduziert sich zu sehr auf institutionelle Erziehung) kann Curricula, die den Schüler als Objekt betrachten, ablösen und die demokratische Legitimation bzw. Objektivierbarkeit von Lernzielen und -inhalten konkretisieren.

Kriterien, die sich nicht allein auf die institutionelle Ebene beziehen, müßten sich an einer grundlegenden Friedensverpflichtung festmachen, die über die Schulbuch-Version (Krieg ist schlecht) hinausgehen.

Lediglich ein Forschungsverständnis, das in friedenspolitischer Handlungsforschung (vgl. Haag u. a. 1975) mündet, bringt alternative Möglichkeiten. Die konkrete Bearbeitung alltäglicher Konflikte, die zwar mühselig ist und Breitenwirkung erforderlich macht, aber trotzdem Parteilichkeit legitimiert (auch im Sinne einer konkreten Praxis), erscheint als ein Ausweg, der auch für die Arbeit mit Eltern aktuell ist.

Wissenschaft begibt sich also in bewußte Abhängigkeit bei gleichzeitiger Parteilichkeit und wahrt trotzdem ein gewisses Maß an Unabhängigkeit.

Dieser emanzipatorischen Konzeption stehen Hindernisse insofern entgegen, als die offizielle Politik unzählige organisatorische Möglichkeiten zur Regulierung von Sozialisationsprozessen besitzt, die unterlaufen werden müssen.

Daher muß friedenspolitische Bildungsarbeit in ihrer Korrektivfunktion einkalkuliert werden, d. h. sie muß mit einer Politik der gesellschaftlichen Strukturveränderung kombiniert werden, die das Friedensangebot des GG aufgreift.

Wenn gesellschaftsverändernde Friedenspolitik, friedenspolitische Bildungsarbeit und friedenspolitische Handlungsforschung in ihrer gegenseitigen Bedingtheit betrachtet werden, wird Erziehung/Sozialisation einerseits nicht verselbständigt, werden andererseits die Veränderungen vor allem der Produktionsverhältnisse allein nicht zu Basis erhoben, was die Blockierung konkreter Veränderungsarbeit bewirken kann.

Lern- und Arbeitsprozesse bzw. ihre Veränderung müssen in ihrer parallelen Verschränkung gleichzeitig angegangen werden (Veränderungen von "Denkweisen", Produktionsverhältnissen).

Die Akteure der Veränderungen (die Lohnabhängigen) müssen daher ihre Interessen in kollektiver Organisation durchsetzen (z. B. gewerkschaftlich), über die auch Elterninitiativen angesprochen sind (qualitative und qualifizierte Partizipation über die Aneignung von gesellschaftlichen Bedeutungen unter organisatorischen Bedingungen).

3.2.2.2 Resümee

Die dargestellten Theorien sind dahingehend kritisiert worden, daß sie Aufschlüsse eine Handlungsperspektive betreffend erlauben (im Kontext von Lernen, Sprache / Denken, Arbeit, Tätigkeit):

Wie schon im zweiten Kapitel deutlich wird, stellen die "Betroffenen" (allerdings als Lohnabhängige oder zukünftige Arbeitnehmer) immer mehr den Ausgangs- und Endpunkt theoretischer und politischer Bemühungen dar.

Die wissenschaftlichen Konzeptionen erhalten ihren Stellenwert innerhalb offizieller Regulierungsversuche "politischer Sozialisation", die allerdings oft über einen bürgerlichen "Bildungsbegriff" vermittelt wird.

Dem entgegen verfolgen fortschrittliche Versuche eine Strategie, die friedenpolitische Handlungsforschung, politische Bildungsarbeit und politische Interessenvertretungen (auch über wissenschaftliche Begleitungsprogramme) verbinden.

Die Schule, die allgemein als erste Vermittlungsagentur politischer Sozialisation angesehen wird (wenn dies auch in der Forschung kontrovers behandelt wird), ist deshalb zugrundegelegt worden, weil sie einen spezifischen Vergesellschaftungsgrad

besitzt, weil sie eine "öffentliche" Funktion zur Ideologisierung erfüllt (neben der Qualifikation) und weil die Hypothese aufgestellt werden kann, daß ausländische Adoptivkinder in ihr zum ersten Mal auf Schwierigkeiten stoßen können.

Unter Einrechnung der Tatsache, daß auch in bildungspolitischen Intentionen inzwischen weder Schule noch Vorschule/Kindergarten in erster Linie Zielpunkt der Regulation darstellen, sondern die Familie als letzte "heilige Kuh", sind zudem die Theorien nicht mit der Absicht dargestellt worden, in der Schule ein curriculares Projekt für Adoptiveltern zu entwickeln.

Vielmehr muß deutlich werden, daß nicht nur die gesellschaftlichen Bedingungen der "Friedensherstellung" auch per Bewußtseinsprogrammen (noch dazu reduziert auf Sozialisations- und Lernziele) wichtig sind, sondern daß "Frieden, Humanität und Demokratie" im Rahmen der Prinzipien der friedlichen Koexistenz nur konkret durchgesetzt werden können: Ihre Durchsetzung schließt eine Handlungsorientierung ein, die auf eine Konflikterziehung abhebt.

Damit soll also konkretisiert werden, daß die Erziehung im Bewußtsein des Zusammenhangs mit dem Allgemeinen (Zetkin), dem gesellschaftlich Bedeutsamen (Rubinstein) und den demokratischen Momenten von "Öffentlichkeit" (Negt/Kluge) konkretes Handeln implizieren.

Ist schon die gesellschaftliche Situation in der BRD (und ihrer Bevölkerung) objektiv mit dem internationalen Kontext⁽⁴³⁾ verflochten (einschließlich der Situation in der Dritten Welt) - in seinen demokratischen Potentialen und auch Hindernissen -,

stellt sich die Situation von Adoptiveltern ausländischer Kinder aus der Dritten Welt konkreter in diesem internationalen Zusammenhang dar, der das "Allgemeine" ausdrückt.

Gesellschaftliche Sozialisation von ausländischen Adoptivkindern (neben der Notwendigkeit, die Chance nicht in einer "bürgerlichen Familienerziehung" zu vertun) heißt dann, daß unter den gegebenen Voraussetzungen (Adoptiert-Sein und Herkunftsländer) das im internationalen Zusammenhang vorfindliche demokratische Potential gesellschaftlich (auch subjektiv vermittelt) entfaltet wird.

Fassen wir die entwickelten Gedanken in der Weise zusammen, daß einerseits inhaltlich die gesellschaftlichen Bedingungen des Friedens noch einmal problematisiert werden und andererseits global eine konkrete Handlungsperspektive sichtbar wird.

- 1) An der Analyse der Verhältnisse in den "Entwicklungsländern" konnte gezeigt werden, daß "interne" Strukturen nicht allein aus sich selbst heraus erklärlich sind, sondern neben der konkreten Vermittlung zunehmend über den internationalen Zusammenhang erfaßt werden müssen, was sowohl für diese Länder der "Dritten Welt" als auch z. B. für die BRD Geltung hat.

Diesen Zusammenhang gilt es Adoptiveltern zu vermitteln, die zudem ja Kinder aus diesen Ländern adoptiert haben, d. h. dieser Zusammenhang verdeutlicht ihnen auch ihre eigene gesellschaftliche Situation und damit die ihrer Kinder, zeigt aber auch die Hindernisse einer adäquaten Persönlichkeitsentwicklung - auch im Anschluß an die Überlegungen im ersten und zweiten Kapitel - auf.

Zudem konnte gezeigt werden, daß auf der Basis der Auseinandersetzung alternativer Gesellschaftssysteme als Achse des internationalen Zusammenhangs die Prinzipien friedlicher Koexistenz in Verbindung mit Demokratisierung und Humanisierung die Plattform für politische Veränderungen darstellen.

Die Inhalte, in denen sich der Zusammenhang darstellen läßt, implizieren daher "Frieden", wobei sie sowohl Produkte politischer Auseinandersetzungen als auch (gerade unter den Bedingungen der Vergesellschaftung) Resultate theoretischer Bemühungen darstellen, wenn die Verhältnisse es gestatten.

Inhalte, die sich Adoptiveltern nun organisiert aneignen (wobei eben die Organisiertheit als soziale Identität ebenfalls Gegenstand der Aneignung ist, weil sowohl Begriffe wie Verhaltensweisen angeeignet werden), über die sie sich politisch bewußt sozialisieren, beziehen sich also auf gesellschaftliche und politische Strukturen und Prozesse, die Resultate aktueller politischer Entwicklungen und gesellschaftlich-politischer Widerspiegelungen dieser Entwicklungen sind.

Insofern nun theoretische und reale Konflikte praktische sind, gestaltet sich Theorie (und Erkenntnis allgemein) vor allem als Kritik und Praxis als konflikthaft, wobei sich Konflikt auf subjektive und objektive Dimensionen bezieht:

Die Diskrepanzen zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen (Leistung des Menschen, der arbeitet, die objektiven Probleme und adäquaten Lösungen) werden relevant.

Auf diese Weise wird jede menschliche Arbeit zur Möglichkeit, sich gegenüber der vorgegebenen Objektivität zu emanzipieren.

Ist nun der Inhalt des Zusammenhangs im internationalen Rahmen der gesamten menschlichen Gesellschaft politisch-inhaltlich über den Begriff "Frieden" deutlich geworden, gewinnt er seine konkrete Bestimmung gerade über die gesellschaftliche Arbeit, die der Möglichkeit nach zum Nutzen aller organisiert ist.

Der Begriff "Frieden" muß daher in seiner inhaltlichen Dynamik, die sich im Verhältnis vom Produktivkräften und Produktionsverhältnissen bestimmt, präzisiert werden.

Dies schließt aber auch die Relativierung der These der friedlichen Koexistenz ein (Papcke 1973).

Denn geht es darum, daß die konflikthafte Dynamik auch qualitativen Systemwandel impliziert, indem ein Übergang zu einem demokratischeren System möglich wird, muß analysiert werden, unter welchen Bedingungen Frieden als Sozialismus Wirklichkeit wird.

Frieden und Unfrieden bilden daher den Gegensatz (nicht Frieden und Krieg), womit die Vermittlung zwischen revolutionärer Bewegung und Frieden wichtig wird.

Friedens- oder Konfliktforschung ist dann in erster Linie "Revolutionsforschung" (siehe auch Ch. Johnson 1971, 1966).

Weder kann der Frieden mit einer Art Sozialpazifismus gleichgesetzt werden, der den Unfrieden in der Gewaltförmigkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse ausklammert, noch kann Krieg insofern begründet werden, als die privaten Kriegsinteressen mit den gesellschaftlichen Interessen der Bevölkerung gleichgesetzt werden (wobei eben gerade der antagonistische Interessenkonflikt in der Politik nicht behandelt wird), noch bringt ein Begriff des friedfertigen Friedens weiter (Krieg dem Krieg).

Krieg ist eben nur eine Form des Unfriedens (Spitze des Eisbergs), d. h. als Strukturgewalt stellt er eine Form oder Variation von Wandlungsprozessen innerhalb eines Systems dar, ohne das dies zusammenbrechen bzw. sich transformieren muß.

Frieden als Abwesenheit von Krieg nützt daher einerseits vor allem der ungestörten Reproduktion der Gewaltförmigkeit des Systems, entlastet die strukturelle Friedlosigkeit, indem notwendige gesellschaftliche Reformen ausgespart bleiben. Frieden durch Stärke, Frieden als Gleichgewicht der Kräfte verweisen andererseits auf einen Begriff des Kampffriedens: Revolutionäre Prozesse, die auf die Unfriedlichkeit der Ursache nach verweisen, werden dann als Gefährdung des Friedens angesehen und bekämpft.

Frieden ist also an "Revolution" im weitesten Sinne gekoppelt, d. h. an politische Auseinandersetzungen. Frieden darf also nicht allein auf zwischenstaatliches Lavieren (Vorbildcharakter, Anziehungskraft des Sozialismus) reduziert werden.

Über die Strategie der Trennung von Zielen und Mitteln (Teillösungen, friedliche Formen von Gewalt, friedlicher Übergang) in einer "demokratischen antimonopolistischen Strategie" (Imperialismus in der BRD, S. 544 ff) kann man schlecht die Zwischenstufen zum Sozialismus angeben und nur ungenau die Grenzen bestimmen, an denen sich die friedliche Strategie bricht.

Die Toleranz gegenüber der Selbsttransformation des Kapitalismus, die Vorstellung von der Summierung von Konflikten und die Mitberücksichtigung der Erfüllung von Bedürfnissen auch in dieser Formation reicht nicht als Bedingungsrahmen aus.

Die Bekämpfung der Gewaltförmigkeit kann gerade wegen der Faschismusmöglichkeit und der Integrationsmechanismen nicht als eine Variante des zu überwindenden Systems angesehen werden.

Man denke daran, daß die Verbesserung der Lebensqualität lediglich auch das Bestehende sichert. Auch die Teilhabe an der Macht, um dadurch den Hebel anzusetzen, ändert insofern nicht viel, weil das die Systemanpassung voraussetzt. Der "untergehende Kapitalismus" führt also nicht unbedingt durch organisierte Gewaltlosigkeit zu seinem Selbstzerfall, d. h. Änderungsmotivationen und Änderungsgewalt sind gebunden an - was auch die Mittel der Veränderung meint - konkrete Auseinandersetzungen, die eben gewaltförmig sind.

Demokratische, radikale Wandlungsprozesse müssen politisch durchgesetzt werden (Transformationen sind nur dem Trend nach analytisch erfaßbar).

Der politische Durchsetzungsversuch ist aber "Gewalt", trennt eigentlich Basis und Überbau, indem das gesellschaftliche System der Tendenz nach immer weniger die Menschen produziert, die es zum Erhalt braucht (vgl. Baran 1966).

Die Durchsetzung ist zwar gewaltförmig, aber die Bedingungen (ökonomische Krisen, politische Konflikte, konterrevolutionäre Arbeit, Bewußtseinsbildung, strukturelle Schwächen) können durchaus "friedlich" aussehen.

Erst also die konkrete politische Durchsetzung, die ein erhöhtes Maß an Selbstbestimmung gegenüber der Objektivität voraussetzt, kann die Anpassung an bestehende Gewaltverhältnisse (Unfrieden) durchbrechen, so daß Systemwandel nicht bloß als mögliches revolutionäres Schicksal erscheint.

Von daher erscheint es auch dann einleuchtend zu sein, wenn Erziehungstheorie kritisch und Erziehungspraxis dementsprechend konfliktorientiert ist (im Kontext von Gesellschaft und Politik).

Vielleicht meint Sève diesen Zusammenhang, wenn er davon spricht, daß jedes Individuum unter Bedingungen, in denen sich der wirkliche und der reale Zeitplan widersprechen, ein "kämpferisches Leben" führen kann:

Es geht also darum, den Kapitalismus abzuschaffen, nicht demokratische, konfliktorientierte Lern-, Arbeits- und Bewußtseinsformen.

Insofern ist der Inhalt des Friedens eng mit konkreten Wandlungsprozessen bis hin zum "qualitativen Sprung" verbunden (Transformation der Transformation):

Indem die erweiterte Reproduktion der Persönlichkeit gesellschaftliches Ziel darstellt.

- 2) Über die Friedensproblematik (Revolutionsbegriff) sollte gezeigt werden, daß am Beispiel der Adoption von Ausländerkindern ausweisbar ist, wie sich friedliche Koexistenz (Frieden, Humanität und Emokratie) konkret politisch durchsetzen muß:

In der Erziehung über die Perspektive "Eltern", indem diese sich auf konkrete Konflikte des Alltags einlassen, in denen auch Übergangselemente sichtbar werden.

Gesellschaftliche Organisation von Sozialisation bedeutet dann, daß Eltern, die sich entweder in Initiativen (auch in Verbindung mit friedenspolitischer Handlungsforschung, friedenspolitischer Bildungsarbeit und politischer Bewegungen mit Veränderungsperspektive) oder sich als einzelne Elternpaare organisieren, bessere Sozialisationsbedingungen für ihre Kinder durchsetzen, die mit den gegebenen Möglichkeiten (welche den gesellschaftlichen Interessen entsprechen) übereinstimmen (wirklicher Zeitplan, antizipatorisches, kämpferisches Leben).

Politische, rational-bewußte Konflikterziehung mit dem Ziel "Frieden als Sozialismus" bedeutet dann wirkliche Teilhabe am gesellschaftlich-politischen Leben, heißt Familienerziehung als gesellschaftliche zu betreiben (antizipatorische Kollektiverziehung), um die Dialektik zwischen

Selbstverwirklichung und Anpassung dahingehend zu nutzen, daß der Widerspruch zwischen persönlichem Sinn und gesellschaftlicher Bedeutung theoretisch (erkennend) und praktisch aufgelöst wird.

Die subjektive Betroffenheit in ihrer polit-ökonomischen und gesellschaftlichen Vermittlung ist funktional (Gesellschaftlichkeit), um konkret im Bewußtsein mit der sozialen Allgemeinheit zu erziehen (Organisiertheit), was im Wechselspiel von Wissenschaft, Praxis und Politik bestimmbar ist.

Dabei eignet sich das zu bearbeitende Problem besonders dazu, auf den herrschenden "Unfrieden" (denn Krieg und das Elend sind nur die Spitze des Eisbergs) aufmerksam zu machen (die konkreten Probleme der Herkunftsländer).

Die Chance gesellschaftlicher Sozialisation sollte daher objektiv als Chance einer konkreten, friedensrelevanten Konflikterziehung begriffen werden.

Zusätzlich muß aber geklärt werden, in welcher Weise, in welchen gesellschaftlichen Bereichen, in welchen Entwicklungsphasen und in Bezug auf welche spezifischen Probleme diese objektive Chance aktualisiert werden kann:

Es stellt sich demnach das Problem, ob Strategien in direkter oder indirekter Weise umgesetzt werden können und ob eine besondere Form gesellschaftlicher Sozialisation (auch im Kontrast zu anderen, trotz allgemeiner, übereinstimmender Momente) praktisch wirksam wird (neben der ohnehin existierenden objektiven Chance).

Über die Diskussion möglicher Probleme stellt sich die Frage, ob Adoptiveltern (und zu welchem Zeitpunkt) lediglich vorbereitet und vorbereitend den "Sozialisationsprozeß" ihres Kindes mehr oder weniger indirekt lenken oder ob sie in direkter Weise (vorbereitet) mögliche Probleme von vornherein einzuarbeiten suchen.

Theoretisch soll deswegen eine Perspektive diskutiert werden, die sich in der Dialektik einer relativ "normalen" und einer in spezifischer Weise problematischen Sozialisation (und ihrer Zusammenhänge) bewegt.

3.3. Konsequenzen für die Adoptivfamilie

In Normalfamilien, die zudem vom gesellschaftlichen-politischen Leben isoliert erscheinen, kann zwar objektiv die Erziehung als gesellschaftliche durchschaubar gemacht werden, was organisatorisch langfristig und kurzfristig (vgl. Initiativen) auch Erfolge bringt. Aber oft verhindert die Allgewalt einer Familienideologie (die auch im Alltag über die Vorstellung der biologischen Blutsbande wirksam ist), daß sich das konkrete Familienleben anders gestaltet und daß die Familie auch von außen anders betrachtet wird.

Die Adoptivfamilie - unabhängig von der Relevanz leiblicher Blutsbande - stellt objektiv (dagegen) eine Chance dar, die Sozialisation im antizipatorischen Sinne gesellschaftlicher (politischer) zu organisieren: Auch, weil sie die möglichen Reaktionen der Umwelt konfliktorientiert verarbeiten muß.

Während innerhalb "normaler" inländischer Adoptionen diese Chance oft verspielt wird, weil auch die "Integration" irgendwann gelingt, sind Adoptivaltern ausländischer (farbiger) Kinder gezwungen, die Sozialisation gesellschaftlicher zu betreiben. Es besteht also eine doppelte Chance der gesellschaftlichen Sozialisation: Über das Faktum des Adoptiert-Seins und das Faktum, daß diese Kinder aus der "Dritten Welt" stammen und "anders" aussehen.

Welche konkrete Perspektive - unter der Voraussetzung möglicher entstehender Probleme - sich entwickeln läßt, soll im folgenden Abschnitt diskutiert werden, indem zunächst einmal von Forschungsergebnissen und deren Einschätzung auszugehen ist.

3.3.1. Forschungsergebnisse im Adoptionsbereich

Obwohl in den Untersuchungen von ausländischen Adoptivkindern (vgl. Weinwurm; Ellinghaus; Maar) vor allem die unmittelbare Vorbereitung von Adoptiveltern (im Organisationsrahmen von TdH: vgl. Informationsflußpläne 8/73; Verfahren: TdH, 1/77) und die wissenschaftliche Begleitung der unmittelbaren Integration in die Familie (einschließlich der therapeutischen Bearbeitung von Problemen) Gegenstand ist, kommen Aspekte zum Vorschein, die Hinweise auf die Qualität des familialen Kontexts geben.

Als gesichert gilt, daß sich überdurchschnittliche materielle Verhältnisse und höhere berufliche Qualifikationen als bei der Konstituierung von Pflegeverhältnissen (vgl. Blandow) und "normaler Adoptionen" (vgl. Napp/Peters, vgl. auch Grow/Shapiro; Raynor) feststellen lassen.

Zudem läßt sich zeigen, daß offensichtlich ein wie immer geartetes politisches Bewußtsein der Eltern vorhanden ist, das sich in ihrer Motivation und ihren Erwartungen äußert.

Sie wollen Kindern im Elend helfen, Vorurteile abbauen, wobei sie ihre Erziehung mit dem Ziel der Förderung von Selbständigkeit und Selbstbewußtsein des Kindes verfolgen.

Weiterhin trachten Adoptiveltern danach, sich in organisierter Form zu solidarisieren, um Erfahrungen auszutauschen und sich in Bezug auf Probleme der Kinder in der Öffentlichkeit zu engagieren, wozu sie konkrete Hilfestellen wünschen (z. B. in Hinsicht auf die Weckung positiver Einstellungen gegenüber den Heimatländern).

An dieser Stelle wird vor allem der Versuch unternommen, die vorhandenen Forschungsergebnisse in der Hinsicht zu analysieren, ob sich Anzeichen für die Voraussetzungen von familiärer Erziehung als gesellschaftlicher aufweisen lassen.

Im Rahmen des "Office of Child Development" und der "Child Welfare League of America" sind im Zeitraum 1972/73 empirische Untersuchungen gelaufen, die innerhalb "transracial adoptions" eine Erfolgsquote von 77 % angeben (Grow/Shapiro 1974 und 1975).

Der Anlaß zu diesen Untersuchungen liegt in der zunehmenden Kritik seitens schwarzer Sozialarbeiter begründet, so daß seit Anfang der 70er Jahre diese Adoptionen rückläufig sind.

Entgegen dieser Kritik sollen die Adoptionen eine Partizipationschance von Mitgliedern der schwarzen Bevölkerung dokumentieren, wenn auch die ähnliche "Rassenzugehörigkeit" als leichter angesehen wird (Child Welfare League of America 1968, Standards for Adoption Service).

Interessant an diesen Untersuchungen scheint zu sein, daß die Kinder von 125 Familien im schulpflichtigen Alter den Gegenstand der Analyse bilden (Grow ist zudem ein Soziologe).

Von den 125 Kindern sind im Schnitt die meisten ungefähr 9 Jahre alt und leben meist mehr als 7 Jahre in den Familien.

Nach den Autoren scheinen kaum Probleme aufzutreten, was auch mit anderen Untersuchungen übereinstimmt (vgl. Hoopes u. a. 1970). Geben Eltern Schwierigkeiten an, schieben sie deren Entstehung meistens auf persönliche Eigenschaften der Adoptivkinder.

Offensichtlich reduzieren sich mögliche Probleme, wenn die Adoptivkinder Kontakte zu anderen schwarzen Kindern pflegen können.

In politischer und sozialer Hinsicht können die Adoptiveltern als mehr oder weniger progressiv eingestuft werden: Dies äußert sich auch darin, daß sie Kontakte zur schwarzen Bevölkerung haben und ihre Kinder über ihre Herkunft auch in Bezug auf ihre "Kultur" informieren (Grow/Shapiro 1974: 56). Adoptiveltern sind sich insgesamt der Probleme ethnischer Minderheiten bewußt.

Es muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß die Adoptiveltern von den Vermittlungsstellen ausreichend vorbereitet worden sind, wenn auch interessanterweise diese Eltern mehr Bedenken gegenüber behinderten Kindern äußern als Eltern, die Indianerkinder adoptiert haben (Fanshel 1972).

Die konstatierten Erfolgsbilanzen (wenn auch vergleichende Analysen zur Schulsituation rar sind) stimmen mit anderen Autoren, die sowohl weiße Adoptivkinder als auch farbige zum Gegenstand haben, überein⁽⁴⁵⁾.

Insgesamt kann das Resümee gezogen werden, daß sich inter-ethnische Adoptionen kaum von "normalen" unterscheiden.

Abgesehen von Fällen in dieser Untersuchung, die auf eine geringe soziale "Anpassung" und aggressives Verhalten hindeuten (selbst bei hohem sozialem Engagement) ergeben sich stärkere Behinderungen, wenn Adoptiveltern ihre Kinder mit Eigenschaften wie sehr "light" oder sehr "black" assoziieren, wenn sie auf intellektuelles Zusammenpassen pochen oder wenn sie doch unterschwellige Bedenken gegenüber "interethnischen" Adoptionen hegen.

Interessant ist, daß die Erfolgsangaben niedriger ausfallen, wenn andere Gründe als soziale für die Adoption angegeben werden, was sich auch in dem entsprechenden Erziehungspraktiken zeigt.

Es scheint, daß Kontakte zu Verwandten und auch zu nicht-weißen Nachbarn die Entwicklung begünstigen (Grow/Shapiro 1974: 1970). Dies wirkt sich auch positiv auf die Adoption eines zweiten Kindes aus (in nicht-isolierter Umgebung).

Allgemein läßt sich feststellen (neben den materiellen Bedingungen), daß Adoptiveltern "farbiger" Kinder meist eine höhere Qualifikation besitzen (viele Lehrer), weswegen (gerade in Bezug auf die möglichen Diskriminierungen durch "peers", die hin und wieder auftreten) Adoptiveltern nichtsdestotrotz von den guten Beziehungen ihrer Kinder zu anderen überzeugt sind.

Bedeutsam erscheint mir in Bezug auf eine Perspektive zu sein, inwieweit sich die Kinder als anders aussehend begreifen und welche Einstellung sie zu ihrer Herkunft besitzen.

Negative Auswirkungen in Bezug auf das Aussehen finden sich vor allem bei besonders "schwarzen" Kindern, wenn Eltern sehr "pro-black" orientiert sind, wenn Eltern Einwände gegen die Adoption erheben und wenn es sich um besonders junge Mütter handelt.

Positive Einstellungen gegenüber der Herkunft lassen sich feststellen, wenn der Vater "professional" ist, wenn die Kontakte zu Verwandten häufig vorkommen und positive Einstellungen gegenüber der Rassenzugehörigkeit seitens der Eltern vorhanden sind (ebenda: 198/199).

Die Erfahrungen des Adoptivkindes in Hinsicht auf "racial cruelty" scheinen im Zusammenhang mit der Sensitivität der Eltern gegenüber Rassenmerkmalen und dem konkreten Aussehen des Kindes erklärbar zu sein, hängen von lokalen Verhältnissen ab (Gemeinden mit nicht-weißen Bevölkerungsteilen unter 5 %), bestimmen sich über die Zahl der adoptierten Kinder (3 und mehr, vgl. mündliches Gespräch mit Adoptiveltern von drei indischen Kindern).

Die Größe der Gemeinde (Kleinstadt/Großstadt) scheint keinen Erfolgsunterschied zu bewirken. In größerem Umfang leben die Adoptiveltern auf dem Land in kleineren Städten (dies gilt auch teilweise für Adoptivfamilien in Münster).

Gerade in Bezug auf die Relevanz von "ethnischem Bewußtsein" machen die Autoren jedoch einschränkend darauf aufmerksam, daß vor allem in der Adoptionszeit eher mit Problemen zu rechnen sei, was Konsequenzen für eine Perspektive von sich tragen wird.

Auch die zweite Untersuchung von Grow/Shapiro (1976) bestätigt in etwa die Einstellungen der Adoptiveltern und weist dazu auf die Qualifikationen der Sozialarbeiter in den Vermittlungsstellen hin, die sich von denen in der BRD positiv unterscheiden.

Es soll noch eine weitere Untersuchung angeführt werden: Allerdings sind vor allem Kinder bis zu 16 Monaten adoptiert worden, und die Adoptiveltern umfassen sowohl Weiße wie Nicht-Weiße (Raynor 1970).

Die ISD (International Social Service) von Großbritannien entwickelt 1965 ein "British Adoption Project" in Verbindung mit dem "Sociology Department of Bedford College" (Universität London).

Das Schwergewicht liegt auf der Intention, Kinder möglichst früh zu vermitteln, da in späteren Entwicklungsphasen eher Probleme auftauchen (vgl. RACE, hrsg. vom "Institute of Race Relations", London).

Zudem stehen die Autoren vor dem Problem, den unterschiedlichen Background der "natürlichen" Eltern zu berücksichtigen (viele Mischlingskinder). Interessant ist (vgl. auch die Öffentlichkeitsarbeit von TdH), daß sich viele Zeitungen für das Projekt aussprechen.

Ausgehend davon, daß die Vorbereitung der Eltern wegen der anderen Konstituierung der Adoptivfamilie äußerst wichtig ist, werden die Adoptiveltern in einer Unzahl von Gruppentreffen vorbereitet und ausgewählt (Kirk 1964).

Unter anderem findet die Einsicht Berücksichtigung (Glatzer 1955; Lye 1958), daß Einzelkinder in keiner Weise Problemkinder darstellen, daß sogar die meisten Mißerfolge in Zweitadoptionen liegen. Im Unterschied zu den offensichtlich größeren Erfahrungen in den USA (in der BRD ist dieses Problem noch größer) finden sich bei den Sozialarbeitern diverse Vorurteile gegenüber der Herkunft, was insofern Probleme mit sich bringen kann, als die "Aufklärung über die Herkunft" besonders wichtig erscheint (vgl. Stone 1968).

Wichtig scheint mir auch zu sein, daß die mütterliche Erwerbstätigkeit grundsätzlich nicht als problematisch herausgestellt wird (Child Welfare League of America, 1968; Lawder u. a. 1969).

Entgegen einer Untersuchung in Toronto, die eine Homogenität der Rassenzugehörigkeit in einer Gemeinde postuliert (1966), weist das "Institute of Race Relations" darauf hin, daß offensichtlich in heterogenen Gemeinden weniger Vorurteile existieren (Rose 1969).

Bei der Auswahl der Adoptiveltern spielen in dieser Hinsicht wohl eher die Persönlichkeitseigenschaften eine wichtige Rolle (Lawder u. a.), die in einer offenen und selbstbewußten Haltung (nicht ethnozentristisch) kumulieren (Marmor 1964).

Kriterien der Auswahl richten sich daher in gewisser Weise nach der Kompetenz der Eltern (Dinnage 1966). Ähnlich wie in der BRD werden aber als Adoptiveltern ungeeignete Bewerber für die Gründung einer Pflegefamilie als befähigt angesehen, werden unterprivilegierten Eltern oft behinderte Kinder zugesprochen (Pringle 1966).

Für die Eltern, die diese Kinder akzeptiert haben, bietet sich die Perspektive an, die keine zu grossen Leistungsansprüche an die Kinder stellt (vgl. Seglow 1968), die auf eine Akzeptierung des Kindes in jeder Hinsicht abzielt, damit keine Fremdheitsgefühle aufkommen (Kirk 1964) ⁽⁴⁶⁾.

Das ist insofern von Bedeutung, als sich die Kinder zwar mit ihren Adoptiveltern identifizieren, aber in Bezug auf ihre Herkunft doch eine große Neugierde zeigen (McWhinnie 1967).

Abgesehen von der Vermittlungspraxis hat sich als positiv herausgestellt, daß sich "postadoption"-Gruppen gebildet haben (vgl. ICWR, ECOSOC), in denen Probleme diskutiert werden können (haben teilweise einen Bestand bis zu 15 Jahren).

Die Analyse dieser Gruppen hat gezeigt, daß die Adoptiveltern sich als Minderheiten-Gruppe begreifen, die "kulturelle Herkunft" (vgl. die Kritik an diesem Begriff) und die ethnische Identität ihres Kindes betonen, wenn die Aufklärung über die Adoption zur Debatte steht.

Ebenfalls funktionieren die Gruppen als Forum für die Diskussion von Vorurteilen, die in der Öffentlichkeit auftreten (teilweise sehr massiv). Dies kann auch dazu führen, daß Eltern Unterschiede im Aussehen leugnen und verharmlosen, wobei Berichte in Zeitungen (z. B. über Diskriminierungen) sie in Bezug auf die Zukunft stark verunsichern.

In diesem Zusammenhang muß man jedoch darauf hinweisen, daß die Betonung von Ähnlichkeiten zwischen Kindern und Eltern nicht unbedingt als irrational angesehen werden kann, da die Kinder zwar anders aussehen, aber sich ansonsten nicht von anderen Kindern unterscheiden.

Farbige Adoptiveltern scheinen in diesem Zusammenhang als wesentlich optimistischer zu sein.

Die Funktion von "post-adoption-groups" (teilweise in den USA gefördert) scheint vor allem dann wichtig zu sein, wenn bestimmte Probleme relevant werden (vgl. auch Gochros 1967; Goodacre 1966, 1959).

In dem der Untersuchung zugrundegelegten Alter scheinen aber Fragen der ethnischen Identität noch nicht relevant zu sein. Lediglich bei etwas älteren Kindern (5 Jahre) folgt nach der Phase der Differenzierung eine der Identifikation mit weißen Kindern und danach eine Stufe der Identifizierung mit farbigen, asiatischen Kindern. Einige Kinder bezeichnen sich oft als "light" (vgl. Clark/Clark).

Die Anwendung von bestimmten Erziehungspraktiken (gerade in Bezug auf Probleme) deutet teilweise auf eine zu "strenge" Haltung der Adoptiveltern hin, wenn man die Sensitivität von manchen Kindern gegenüber Kritik und Verboten betrachtet. Dies findet aber mehr im Zusammenhang mit der Ablehnung der Persönlichkeit des Kindes seine Erklärung. Insgesamt aber wird der größte Teil der Kinder positiv integriert (zumindest bis zur Vorschule und während der ersten Schuljahre).

Obwohl "interkulturelle Vergleiche" oft zu problematischen Ergebnissen führen (USA: Indianer- und Negerproblem; GB: Einwanderer aus den Commonwealth-Ländern, Mischlingsproblem; BRD: seit dem zweiten Weltkrieg Mischlingskinder schwarzer USA-Soldaten, Gastarbeiterproblem, neuerdings chinesische Flüchtlinge aus Vietnam), kann aus den dargestellten Untersuchungen in partieller Übereinstimmung mit den empirischen Versuchen in Münster die Schlußfolgerung gezogen werden, daß zumindest bis zum Schulalter (teilweise bis in die ersten Grundschulklassen hinein) kaum Probleme der Integration in die Familie und die gesellschaftliche Umwelt feststellbar sind.

Zudem kann vorsichtig resümiert werden, daß sich die allgemeinen materiellen Bedingungen der Adoptivfamilien, die berufliche Qualifikation und das politische und soziale Bewußtsein der Adoptiveltern positiv auf die Persönlichkeitsentwicklung des Adoptivkindes auswirken.

Offensichtlich ermöglicht das Vorhandensein eines spezifischen "Zeitplans" eine Sozialisation (der Tendenz nach) in Richtung der Möglichkeit "erweiterter Reproduktion": Vor allem im Zusammenhang des Verhältnisses des Faktums des Adoptiert-Seins und der antizipatorischen Einberechnung möglicher Probleme, die im Zusammenhang mit der "ethnischen

Zugehörigkeit" (Herkunft) des Kindes stehen.

Abgesehen davon, daß in den referierten Untersuchungen aus den USA und GB mehr oder weniger inländische, farbige Kinder den Gegenstand bilden, das Faktum der Herkunft aus den "Entwicklungsländern" (trotz des allgemeinen Zusammenhangs aller Länder im internationalen Kontext) in dem Sinne nicht aktuell wird, werden der Tendenz nach Bedingungen gesellschaftlicher Sozialisation sichtbar, die an spezifische familiäre Bedingungen gekoppelt sind:

- Die biologische, natürliche Normalfamilie bildet von vornherein nicht die Basis der Sozialisation.
- Adoptiveltern besitzen auf Grund ihrer Ausbildung und Tätigkeit spezifische Persönlichkeitseigenschaften.
- Als Folge (und Voraussetzung) der besonderen Form der Familienentstehung und -wirklichkeit wird Familienerziehung, die ohnehin objektiv gesellschaftlichen Charakter hat, von vornherein rationaler und bewußter betrieben.
- Die Forschungsergebnisse zeigen aber auch, daß nicht mehr oder weniger automatisch aus den spezifischen Voraussetzungen der Adoption eine unkomplizierte Erziehung in der Adoptivfamilie ableitbar ist: Im Zusammenhang mit Persönlichkeitseigenschaften von Adoptiveltern ist die Familienerziehung erfolgreicher, wenn die Eltern (mehr oder weniger) politisch engagiert sind, am gesellschaftlich-politischen Leben partizipieren, so daß keine Familienerziehung im privaten, isolierten Raum abläuft (dies muß jedoch qualitativ ausgewiesen werden).

Daher stellt Klomineck (Adoption Centre of the Friends of Children in Cracow) einen relativ optimalen "Familiientyp" heraus, in dem "Both love the child very much, but the life style of the family is subordinate to the professional work of the parents who both love their profession and are career minded" (in: ICWR, No. 28, 1976: 45).

Beide Eltern arbeiten, treffen Entscheidungen gemeinsam, akzeptieren das Adoptivkind voll, legen wenig Wert auf Gehorsam, fördern Kontakte zu Nachbarn, anderen Kindern und Verwandten und sind der Ansicht, daß die "Aufklärung" über die Herkunft bis zur Schulzeit erfolgen sollte. Trotz der unterschiedlichen Persönlichkeiten und auch Meinungsverschiedenheiten der Eltern erfolgt eine relativ konsistente Erziehung (orientiert an der Zone der nächsten Entwicklung).

Offensichtlich erlauben spezifische Persönlichkeitseigenschaften von Eltern und eine bestimmte Familienerziehung den Adoptiv-Status der Kinder in die Familie zu integrieren und mögliche Umweltreaktionen (auch zusammen mit dem Kind, wenn möglich) zu verarbeiten.

Zudem zeigen die Forschungsergebnisse, daß "farbige" Adoptivkinder bis zu einem bestimmten Alter mit "Identitätsschwierigkeiten" zu kämpfen haben und relativ wenig Diskriminierungen ihrer "peers" ausgesetzt sind (eher von Erwachsenen).

Eine besondere Perspektive muß jedoch entwickelt werden, die die spezifische Situation von ausländischen Adoptivkindern aus der "Dritten Welt" einarbeitet.

An dieser Stelle kann nur die These aufgestellt werden, daß die Aneignung eines informativen Problemgerüsts - die "Entwicklungsländer" und auch eine fortschrittliche Erziehungspraxis betreffend - erforderlich ist, in das auch anfallende Informationen über spezifische Ereignisse aktueller Art (die irgendwann für die Kinder wichtig werden können) eingeordnet werden können: Ein Beispiel wäre die Situation der Integration chinesischer Flüchtlinge aus Vietnam in Münster am "Grünen Grund", mit denen Adoptivkinder möglicherweise konfrontiert werden können (einen besonderen Stellenwert besitzt das Problem deshalb noch, weil es sich um mehr oder weniger "reaktionäre" Flüchtlinge aus einem "sozialistischen Vietnam" handelt).

Die Entwicklung einer besonderen Perspektive (bzw. die Diskussion der Voraussetzungen dazu) setzt die Thematisierung bestimmter Forschungsergebnisse voraus, wie sie im folgenden referiert werden sollen.

3.3.2. Mögliche Probleme

Die kritische Darstellung möglicher Probleme orientiert sich im folgenden Abschnitt an Argumenten, die in offiziellen Theorien Relevanz gewinnen und teilweise kontroversen Charakter besitzen.

Weder soll es darum gehen - wie so oft - Probleme auf rechtliche Implikationen (ECOSOC) zu reduzieren, noch sollen Auslandsadoptionen als ein Allheilmittel gelten, um die Welt zu verändern (Maar). Nicht das "Für" und "Wider" von "inter-country-adoptions" steht im Mittelpunkt der Analyse, sondern der gesellschaftlich-politische Kontext (wie er bisher in der gesamten Arbeit thematisiert worden ist) und seine "Reflexe" liefern die Erklärungsbasis.

3.3.2.1. Zum Problem "ethnischer Vorurteile"

Wie schon analysiert worden ist, ist der Begriff "Rasse" in besonderem Maße dazu geeignet, menschliche Unterschiede zu "kategorisieren" (Darwins Gattungsbegriff; Vererbung in der Familie; Farbe als etwas Grundlegendes), so daß die unmittelbare Anschauung zum Zweck der Denkersparnis überstrapaziert wird:

Der mystische Symbolismus des "Blutes" kommt zum Tragen, ein für Demagogen dämonisierbarer Einheitsbegriff wird wichtig (vgl. Allport 1971: 118 ff.).

Das Verwechseln von Gelerntem (Ethnie) und Natur (Rasse) verbreitet die Vorstellung von der Endgültigkeit menschlicher Eigenschaften (ebenda: 124).

Aus diesem Grund soll im folgenden geklärt werden, welche objektive Relevanz das Erlernen von "ethnischem Bewußtsein" besitzt, so daß das Verhältnis zwischen Informationen, die sich auf konkret-materielle Gegenstände richten, und abstrakten Kategorisierungen, in denen auch historische und organisatorische Zusammenhänge wichtig werden, erklärt werden muß.

Allgemein wird in der Forschung der Begriff soziales Vorurteil über die Komponenten Einstellung und Überzeugung aufgeschlüsselt, deren verbale Ausdrucksform das Stereotyp ist (Quasthoff 1973: 28).

Stereotypen im Kontext sprachlichen, gesellschaftlichen Handelns scheinen eher meßbar zu sein als "Einstellungen" - obwohl diese meistens den Gegenstand bilden -, indem invariante Elemente im kommunikativen Sprechen (Theorie der Sprachverwendung) als Urteilsätze mit wertender Tendenz über ihre semantische Qualifikation analysiert werden (nicht

bloß Konnotationen in pejorativen Gruppenbeziehungen: Einstellungen).

Wir wollen davon ausgehen, daß in den meisten Untersuchungen vor allem Einstellungen gemessen werden und Zusammenhänge zu konkretem, diskriminierendem Handeln weniger hergestellt werden.

Übereinstimmend kommt aber in den Forschungen (neben den unterschiedlichen Ansätzen) zum Tragen, daß Vorurteilsentstehung als "unabhängig" von den persönlichen Erfahrungen betrachtet wird: Die historischen und politisch-situationellen Momente beteiligter Gruppen sind entscheidend. Das konnte schon im Abschnitt über die Relevanz der ideologischen Vermittlung dargelegt werden. Dennoch wird in den meisten Ansätzen kein Klassenmodell, über das die ökonomischen Ursachen von ethnischen Beziehungen erhellt werden (vgl. Deppe 1971), angewendet, so daß lediglich globale Verweise geliefert werden:

Vorurteile änderten sich im historischen Verlauf in Abhängigkeit von den Beziehungen der "Völker".

Über historische Ereignisse vermittelt kommen aber die Zusammenhänge der Geschichte der beteiligten Gruppen, des aktuellen Verhältnisses, der ökonomischen Situation und der Persönlichkeit des Einzelnen konkret zum Ausdruck.

3.3.2.1.1. Aspekte "ethnischer Vorurteile"

3.3.2.1.1.1. Zum Erwerb von "Vorurteilen"

Geht man davon aus, daß zwischen den Einstellungen von Eltern und Kindern Ähnlichkeiten bestehen, kann dies "individualistisch" über zwei Ebenen erklärt werden:

- Über direkte "Identifikation" mit den Eltern,
- Indirekt über Erziehungspraktiken (Allport 1971; Krech/Crutchfield 1971).

Im Kontext dieser Ambivalenz sind einige Forschungsergebnisse zu sehen, die im folgenden referiert werden sollen.

Die Untersuchungen betonen mehr oder weniger den genetischen Aspekt (Clark/Clark 1939, 1958; Goodman 1952).

Allgemein nimmt die gegenseitige Akzeptierung schwarzer und weißer Kinder mit zunehmendem Alter ab, obwohl von einer totalen Ablehnung nicht gesprochen werden kann. An dieser Stelle kommt auch eine Bewegung in der Forschung zum Ausdruck: Werden in früheren Untersuchungen mehr negative Reaktionen herausgestellt und liegt der Schwerpunkt sogar auf angeborenem Unbehagen (Wolf 1969), finden sich neuerdings mehr Ergebnisse, die auf Neugierde und Aufgeschlossenheit dem "Andersartigen" gegenüber hinweisen (Carsten 1965: 11).

Obwohl schon im Alter von 4/5 Jahren "Vorurteile" bei Kindern feststellbar sind, drückt sich dies nicht im Verhalten aus (Brückner 1966).

Dennoch kann festgehalten werden, daß - gerade in Gesellschaften mit weißer Majorität - sich farbige Kinder oft mit weißen identifizieren, sich sogar als weiß bezeichnen (vgl. Milner 1973; Clark 1963; Goodman 1952; Quasthoff 1973: 55).

Scheinbar werden in Tests oft weiße Bilder mit positiven und schwarze mit negativen assoziiert.

Auch in integrierten Ferienlagern zeigen schwarze Kinder niedriges Selbstbewußtsein, welches mit steigendem ethnischen Bewußtsein sich sogar gegen die eigene Gruppe richten kann, während in "pro-

black-orientierten" Schulen sich dagegen eine positivere Identifikation auffinden läßt.

Übereinstimmung scheint in der Forschung auch darin zu bestehen, daß mit zunehmendem Altern (mit neun Jahren etwa: Allport 1971: 206) die stereotypisierten Vorstellungen der Erwachsenen übernommen sind, daß also in den Schuljahren die Gruppenkonstanz sich vergrößert (Körner 1976), sich "ethnische Gruppierungen" differenzieren (vgl. Marcuse: 1968 zur Entwicklung der Begriffe Krieg und Frieden).

Alles in allem ist der Erwerb ethnischer Vorurteile zeitlich eher anzusetzen als der von religiösen Attributierungen und nationalen Einstellungen, die zudem sich von personalen Bezügen zu abstrakteren Zusammenhängen erst entwickeln (Hess/Torney 1967).

Diese Autoren, die die bloße Verstärkerfunktion der Familie ablehnen, versuchen ein Phasenmodell zu entwickeln, um den Erwerb entwicklungsmäßig zu gliedern:

- Erwachsenenmodelle,
- Spezifische Informationen,
- Die Aneignung spezifischer Fähigkeiten und Fertigkeiten zur späteren Anwendung.

In diesem Modell kommt das Dreistufen-Modell von Allport zum Tragen: Der vorbereitende Charakter von prä-generalisiertem Lernen, totale Ablehnung (7 - 11 Jahre), Differenzierung und Revidierung (vgl. auch Goodman: ethnisches Bewußtsein, ethnische Orientierung und ethnische Einstellung).

Mit Vorsicht kann dieser Verlauf bestätigt werden (Jaspars 1972).

Folgende Schlußfolgerungen können an dieser Stelle gezogen werden:

- 1) Der soziale Anwendungszusammenhang und gesellschaftliche "Sanktionen" scheinen eher ausschlaggebend zu sein als "pathologische Persönlichkeitsstrukturen" (Clark 1955: 71).
- 2) Im Zusammenhang mit der realen Isolation von der Gesellschaft und mit repressiven Bedingungen zeigen sich Schwarze mehr "out-group"- und Weiße mehr "in-group"-orientiert (Goodman 1952: 259).
- 3) Ein Zusammenhang zwischen Eltern: Kind scheint vor allem dann zu bestehen, wenn die Erziehung weder besonders rassistisch noch besonders demokratisch erfolgt, ein Mechanismus der Tabuisierung scheint wirksam zu werden (Goodman 1952: 265).
- 4) Bei kleinen Kindern besteht keine Korrespondenz zwischen Verhalten und Einstellung.
- 5) Es existieren allerdings Forschungslücken, die vor allem mit der Bevorzugung "individualistischer" Konzeptionen zusammenhängen.

Die Kombination vieler Faktoren (Familie, Spielkameraden, Nachbarn, Schule, sozio-ökonomische Bedingungen etc.) oder einige von ihnen scheinen als Erklärungsbasis wichtig zu werden, wenn auch generell die Entstehung negativer Einstellung noch nicht gesichert ist (Clark 1963: 36).

In diesem Zusammenhang scheint wichtig zu sein, daß Vorurteile und Stereotype (ebenso wie die "soziale Topik") auf kollektivere Erfahrungsinhalte hinweisen, die historisch wandelbar sind und deren funktionaler, rationaler Kern zu bestimmen ist:

klassenspezifisch, unabhängig vom "persönlichen" Erfahrungsraum und relativ statisch (Quasthoff 1973; Schäfer/Six 1978).

3.3.2.1.1.2. Zum Bedingungsrahmen von Vorurteilen

Die gesellschaftlichen Bedingungen der Entstehung werden über makro-soziale Gruppenkonfliktanalysen (Secord/Backman 1976) und individualistische Ansätze erfaßt (Adorno u. a. 1950).

Vor allem makro-soziale Ansätze eignen sich dazu, die politischen und ökonomischen Bedingungen einzuarbeiten (vgl. Cox 1948). Sie stellen heraus, daß die Veränderungen in den Beziehungen der Staaten sich auf Vorurteile auswirken (Seago 1947: nach Pearl Harbour; Rosenberg 1965: Zur Zeit des Kalten Krieges; Campbell/Schuman 1969: positive Aspekte von Protesten der schwarzen Bevölkerung).

Simpson/Yinger (1972) weisen die Funktionalität von "Vorurteilen" für die Herrschenden nach, obwohl spezifische "Einstellungen" vorausgesetzt werden müssen (Alltag), die aktualisiert werden.

Gerade in Krisenzeiten lassen sich verstärkte Kämpfe um materielle Bedingungen feststellen, in denen "Vorurteile" aktualisiert werden (Schrader u. a. 1976: Gastarbeiterproblem).

Makrosoziale Ansätze aber, die Vorurteile als Bestandteil des normativen Systems begreifen, klammern die relevanten Bedingungsfaktoren aus.

Kommt in diesen Ansätzen die Persönlichkeitsebene in den Blick, zeigt es sich einmal mehr, daß individuelle und gesellschaftliche Faktoren (Vorurteil als individuelle Orientierung und soziale Funktion) nicht auf der Basis einer spezifischen Persönlichkeitskonzeption vermittelt werden können.

In Anlehnung an das Konzept von Adorno u. a. (1950) wird das Verhältnis von Eltern und Kindern daher über Erziehungsstile allein für die Bedingung von Vorurteilen ausschlaggebend. Eine generell vorurteilsvolle Persönlichkeit wird konstruiert, die mögliche psychische Dispositionen im Verhältnis von Eigen- und Fremdgruppe entwickelt (Sumner 1906: Ethnozentrismus).

Über die Beziehung von Minderheitenfeindlichkeit (generell) und Ideologie werden Schlüsse gezogen, die in Merkmalen eines bestimmten Charakters münden.

Es kann kritisiert werden, daß Vorurteile als Befriedigung intrapsychischer Bedürfnisse fungieren und daß nicht geklärt wird, weshalb "Vorurteilsfreie" stereotype Äußerungen artikulieren (antikommunistische Haltungen bei Vorurteilslosen), weil "offenes Verhalten" als Ausgangspunkt in den Untersuchungen meist vernachlässigt wird.

Dieses individualistische Konzept hat in der Folge auch dazu geführt, die familiäre Sozialisation als Bedingungsfaktor zu überschätzen. Denn abstrakte Vorstellungen über Sozialisationseffekte bringen nicht weiter. Wird in Ansätzen, die bei Adorno ansetzen, die frühkindliche Sozialisation als "Schicksalsschlag" verabsolutiert, bezieht sich die Sündenbocktheorie mehr auf die konkrete Situation (vgl. auch Richter 1973).

Jene bezieht sich sowohl auf die Unterwerfung gegenüber stärkeren (Unselbständigkeit) als auch auf die Aggressivität gegenüber Schwächeren (Kompensation), so daß zwei Formen differenziert werden können (vgl. Allport 1971).

- Ablenkung von Aggressionen auf schwache und an Ursachen schuldlose Minderheiten und Personen,
- Persönliches Fehlverhalten, Aggression und Verschiebung, wenn andere sich Verhaltensweisen leisten, die man sich selbst nicht leisten kann.

Einerseits handelt es sich bei diesem Konzept ebenso um ein Modell der Ich-Verteidigung, so daß von einigen Autoren die sozialen Kosten (Sanktionen: Schäfer/Six 1978) in einem relationalen Ansatz in den Mittelpunkt gerückt oder interpersonell Einstellungsähnlichkeit und Attraktivität in einen Zusammenhang gebracht werden.

Andererseits jedoch kann auf diese Weise ebenso wenig geklärt werden, warum bestimmte Gruppen als Objekt in Frage kommen. Denn der Zusammenhang zwischen Verhalten und Verhältnissen muß Berücksichtigung finden, um ein akzeptables theoretisches System zu begründen (Hahn 1968: 92 f.).

Wie schon Hiebsch/Vorweg betonen, besitzen Vorurteile nicht nur eine ordnende Orientierungsfunktion in Kleingruppen, so daß sie eher als kognitive Strukturen auf allgemeinere Deutungsmodelle hinweisen, in denen die soziale Funktion ausschlaggebend wird.

3.3.2.1.1.3. Zur sozialen Funktion von Vorurteilen

An anderer Stelle (was nicht noch einmal detailliert aufgenommen werden soll) ist gezeigt worden, daß sowohl Vorurteile mit Orientierungscharakter (mehr im Alltag) als auch relevante Vorurteile mit spezifischer sozialer Herrschaftsfunktion Bestandteile unterschiedlicher Formen von Ideologie sind.

Auf diese Weise besitzen Vorurteile in Bezug auf andere Völker (auch "Dritte Welt") Funktionen innerhalb außenpolitischer Beziehungen: Nicht nur in Hinsicht auf die Faktizität, sondern auch in Hinsicht auf die Vorstellung davon (Quasthoff 1973).

Diese Differenzierung kommt auch darin zum Tragen, daß zwischen einer antikomunistischen Haltung (gegen das System, Theorie oder Ideologie) und dem sozialen Vorurteil gegenüber Personen und -gruppen unterschieden werden muß, so daß Äußerungsformen von Vorurteilen gegenüber Kommunisten historisch wandelbar erscheinen.

Dieser Sachverhalt betrifft auch Vorurteile zur internen Legitimation des Aufbaus des Rüstungssektors vermittels eines Feindbildes "Sowjetunion oder DDR", welches gegenüber Personen und -gruppen aktualisierbar ist (Berufsverbote).

Vorurteile sind ihrer Funktion nach also nicht übersituativ begründet, sondern stehen im Zusammenhang von politisch-situationellen Gegebenheiten, von Ideologien, von historischen Entwicklungen und von ihren Widerspiegelungen.

Die intergesellschaftlichen und intragesellschaftlichen Verhältnisse in ihren Vergesellschaftungstendenzen unter Systemauseinandersetzungen als das "Allgemeine" sind damit angesprochen (als objektive Struktur auch mit ihrem demokratischen Potential), in deren Rahmen politisch-situationelle Gegebenheiten und historische Ereignisse auch mit ihren Reflexen einordnungsbar sind.

In diesem Kontext läßt sich die undifferenzierte Zusammenfassung des Gegnerischen zu einer feindlichen Außengruppe (und Innen-Gruppe) erklären, die je nach Stärke der Arbeiterklasse/Gewerkschaften gerade in Krisenzeiten bekämpft wird (vgl. Bingemeyer u. a. 1970: 37 zum Gastarbeiterproblem; Brandes/Burke 1970: 100 ff. zum Kampf der schwarzen Bevölkerung in den USA).

Vorurteile, die letztlich abhängig sind von sozio-ökonomischen Bedingungen (auch auf der Ebene von Gruppen, wobei aber gesellschaftliche und soziale Beziehungen differenziert werden müssen: Hiebsch/Vorwerg 1972), verdecken in ihren Formen das Gemeinsame der Lage: Darin besteht ihre soziale Funktion (vgl. schon Marx im "Kommunistischen Manifest").

3.3.2.1.1.4. Zum Problem diskriminierenden Verhaltens

Bisher konnte kaum ein Zusammenhang zwischen Vorurteilen und Verhalten eindeutig nachgewiesen werden, weil sowohl die Handlungsebene vernachlässigt wird als auch unklar ist, woran sich diskriminierendes Verhalten bemißt.

Ältere Arbeiten stellen einen direkten Zusammenhang heraus, ohne zu berücksichtigen, daß Vorurteile ohne Diskriminierungen vorhanden sein können (vgl. die unterschiedliche Aktualität antisemitischen, diskriminierenden Verhaltens) und daß diskriminierendes Verhalten ohne Vorurteile auftreten kann (z. B. Existenzbedrohung durch Gastarbeiter). Zudem werden Änderungsstrategien vor allem über die Reduktion von diskriminierendem Verhalten begründet.

Unter Ausklammerung von gesellschaftlichen Verhältnissen in ihrem demokratischen und nicht-demokratischen Charakter werden oft internationale Vereinbarungen auf der institutionellen Ebene als Ausgangspunkt für die Beurteilung von Diskriminierungen genommen.

Momente egalitärer Rechtsordnung, die hier angesprochen werden, beziehen sich auf das Minderheitenproblem (sozial Benachteiligte, feststehende Merkmale, emotionale Besetzung), das nach dem 1. Weltkrieg aufkommt und an das sich erst nach dem 2. Weltkrieg ein Diskriminierungsschutz anschließt (vgl. Kurzrock 1974).

Die Ambivalenz der Regelungen drückt sich in der Rechtsordnung aus und kumuliert in unterschiedlichen Strategien: "Anglo Conformity", "Melting Pot" und "Cultural Pluralism", wobei vor allem das erste Integrationsmodell wirksam wird, ohne soziale Benachteiligungen zuerst einmal abzubauen.

Wollen wir die rechtliche Ebene (vgl. vor allem Markefka 1977) näher beleuchten:

- 1) Die egalitäre Rechtsordnung kommt im allgemeinen Gleichheitsgrundsätzen und dem Verbot der Diskriminierung bestimmter Personenkategorien zum Ausdruck (Art. 3 Abs. 1/Abs. 3 GG); international in der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" (10. 12. 1948; parallel in der BRD: Art. 1., 1. Satz/ Art. 2 Abs. 1/unverbindlich: Abs. 2).
- 2) Der Europarat (4. Nov. 1950) verabschiedet in seiner "Straßburger Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten" (Art. 14) ein Gesetz zum Minderheitenschutz, das aber völkerrechtlich nicht anerkannt ist.

- 3) Wichtig sind auch die "Erklärung der Vereinten Nationen über die Beseitigung jeglicher Form von Rassendiskriminierung" (20. 11. 1963) und vor allem die "Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung" (4. 1. 1969).

Wie schon dargestellt, sagt die Funktionsgewalt multinationaler Konzerne praktisch mehr aus, als die Erklärungen internationaler Vereinbarungen (obwohl diese auch antizipatorische Funktionen besitzen).

Spricht man die Gleichbehandlung an, so läßt sich bemerken, daß sie im Öffentlich-rechtlichen Rahmen keine Bedeutung hat (GG Art. 3 Abs. 1, 3) trotz der arbeitsrechtlichen Bestimmungen (10. 11. 1971: § 75, 1).

Denn das Prinzip der Gleichbehandlung schließt die Unterscheidung persönlicher Qualitäten und das Prinzip "freier Rechtsbeziehungen" einzelner Personen nach dem Privatrecht mit ein.

Daher gelten soziale Differenzierungen als Auswahlgründe im Umgang mit Menschen (persönlichkeitsbestimmtes Verhalten, individuelle Fähigkeiten, individuelle Verdienste).

Da im bürgerlichen, Zivil- oder Privatrecht die Privatautonomie also vorherrscht, ist Ungleichbehandlung die Norm, die nur unter bestimmten Bedingungen als rechtswidrig verletzbar gilt (willkürlich).

Neben der aufgezeichneten Ambivalenz zur Beurteilung von diskriminierendem Verhalten, welches eigentlich im Rahmen der erweiterten Reproduktion der Persönlichkeit in Abhängigkeit von dem Produktivkräftestand zu beurteilen ist, haben sich - wie gesagt, kaum eindeutige Beziehungen zwischen Vorurteil und Verhalten herausgestellt:

Die Ausklammerung von sozio-ökonomischen Bedingungen (auch in der subjektiven Vermittlung) provoziert von vornherein problematische Ergebnisse.

Die sozial vermittelte, handlungsspezifische Unterdrückung von Minderheiten (bzw. auch von Majoritäten) muß der Ausgangspunkt sein (vgl. Situation der Gastarbeiter in der BRD), die in der spezifischen Ausgestaltung von "race relations" münden (vgl. Barron), welche im Rahmen der Möglichkeiten der Reaktion von Minderheiten-Mitgliedern in der Forschung aufgegriffen werden (Allport 1971: 169 spricht von extropunitiven und intropunitiven Verhaltensformen).

Es scheint wichtig zu sein, mögliche Reaktionsformen auf den Ebenen der Akzeptierung, der Aggression und der Vermeidung festzumachen (Schäfer/Six 1978), denen spezifische Formen der sozialen Bewegungen von Minderheitengruppen entsprechen.

Im Zuge der "Black-Power-Bewegung" können deshalb Veränderungen in der Selbsteinschätzung von Schwarzen festgestellt werden (Barron).

3.3.2.1.1.5. Mögliche Veränderungsaspekte

Es dürfte problematisch sein, Veränderungsstrategien an der "Verringerung von Gruppenspannungen" festzumachen, ohne gesellschaftliche Verhältnisse (auch international) als Determinationsebene einzuberechnen (Allport 1971), so daß Veränderungen lediglich über bestehende öffentliche oder private Formen wirksam werden.

Oft - wie schon ansatzweise ausgeführt - legt man das Schwergewicht auf die gesetzliche Seite: Bürgerrechte, Einstellungsgesetze, Gesetze gegen die Verunglimpfung von Gruppen (Allport 1971), ohne mögliche gesetzte Tatsachen und gegenläufige Be-

wegungen wirken zu lassen, in denen auch Sozialwissenschaftler tätig werden (Schäfer/Six 1978).

Festzustehen scheint, daß der Abbau von diskriminierendem Verhalten einerseits vor dem Abbau von Vorurteilen angegangen werden muß und andererseits eine Anhebung der Lebensbedingungen eine Notwendigkeit darstellt.

Oft setzen aber Konzepte der Veränderung lediglich an den Symptomen an, wollen sie persönliche Erfahrungen ändern oder versuchen sie, über Gegeninformationen erfolgreich zu sein (Skowronek 1970; Hiebsch/Vorweg).

Formale Erziehungsprogramme scheinen - wenn überhaupt (vgl. die "idealistischen" Vorstellungen von Maar und Klein) - nur über die Anwendung indirekter Methoden auf der Basis von gemeinschaftlichen Aufgaben, über die die Bekanntschaft mit der Sache geschlossen wird (nicht nur Wissen) Erfolg zu haben (Allport 1971: 484 ff.).

Eine sogenannte "interkulturelle Erziehung" im Kontakt mit anderen, die davon ausgeht, daß man andere "Kulturen" kennenlernen muß, um die eigene zu verstehen, scheint weiter zu bringen, wenn auch bloße Formen der Belehrung nicht ausreichen.

Die unterschiedlichen Strategien (kommunikative Akte, persuasive Möglichkeiten, Therapieren; Änderung des Erziehungsverhaltens, des normativen Kontexts und der sozialen Normen) kommen aber nicht zum Ziel, weil sie die Notwendigkeit langfristiger ökonomischer und sozialer Veränderungen⁽⁴⁷⁾ nicht einkalkulieren, die in organisierten sozialen Bewegungen kurzfristig aufgegriffen werden (Schäfer/Six 1978: 275). In diesem Rahmen müssen auch Kontakte eingeordnet werden, um ihre Wirkungen nicht zu überschätzen (ebenda: 277).

Denn die Organisation von Kontakten oder spontanere Formen können auch negative Vorurteile verstärken: Dem allgemeinen Bild nicht entsprechendes Verhalten wird als bloße Ausnahme angesehen.

Nicht die Erhöhung einer Interaktionsfrequenz scheint wichtig zu sein, sondern die Art des Kontakts: Weiter weg wohnende Gruppen werden oft nicht mit Vorurteilen konfrontiert, obwohl einschränkend gesagt werden muß, daß gerade unter Schülern enorme Vorurteile gegenüber Bevölkerungen in der "Dritten Welt" existieren (Crahnmann 1965). Dieser Tatbestand verweist gerade auf den Faktor der "Unkenntnis" (die funktional ist).

Neben den Kontaktarten deuten die festgestellten negativen Vorurteile gegenüber türkischen Gastarbeitern nach dem Kontakt darauf hin (Bingemeyer u. a. 1970), daß der gleiche oder ähnliche Status von Bedeutung ist.

Insgesamt scheint daher wichtig zu sein, das tatsächliche Verhalten in der Verschränkung von Persönlichkeits-, Mikro- und Makroebene zu berücksichtigen (teilweise in Verbindung mit der gleichen Lebenslage) und kooperatives Handeln - vermittelt über die gemeinsame Sache (in "peer-groups" z. B. oder am Arbeitsplatz und darüber hinaus) als Strategie zugrunde zu legen, so daß übergeordnete gesellschaftliche Ziele zum Zuge kommen.

Obwohl die theoretische Konzeption (Schäfer/Six 1978) zu kritisieren sind, die meist in Strategien der Umlernung und der Herstellung von Konsistenz münden oder in einem "gemeinsamen Bewältigungsstreben" (neben Kooperation und übergeordneten Zielen), lassen sich einige Aspekte herauskristallisieren:

Die angesprochenen Faktoren erhalten im Kontext spezifischer Persönlichkeitseigenschaften, des Entstehungszusammenhangs von vorurteilsvollem Verhalten und sozialer Normierungen, die über sozio-ökonomische und politische Strukturen erklärt werden, ihre Bedeutung:

Nicht allein Einzelmaßnahmen, sondern die Kombination mehrerer Ebenen (einschließlich der offiziellen Vergesellschaftungsversuche) bilden die Basis für Veränderungsstrategien, sofern der internationale Kontext mit seinen Systemauseinandersetzungen Berücksichtigung findet (vgl. Domdey/Dragilew (Hrsg.) 1976).

Insgesamt ist aber an der Vorgehensweise bürgerlicher Sozialpsychologie zu kritisieren, daß sie die Kooperation nicht als Ausgangspunkt des Zusammenhangs zwischen sozialen Einzeltätigkeiten und gesellschaftlichen Beziehungen ansieht. Kooperation als Zirkulationsprozeß der Determinanten der menschlichen Tätigkeiten in gesellschaftlicher Determination enträt daher der Analyse, so daß mehrere Ebenen miteinander verwechselt werden, ohne daß individuelle und gesellschaftliche Faktoren zusammengebracht werden können (Hiebsch/Vorwerg 1972: 32 f.).

- Gegenstand der Persönlichkeitspsychologie:
Die unmittelbaren Wirkungen und individuellen Determinanten,
- Gegenstand der Sozialpsychologie:
Der subjektive Verhaltensaspekt der wechselseitigen Einwirkung in der Kooperation,
- Gegenstand der politischen Ökonomie:
Die Wertdeterminanten,

- Gegenstand der Soziologie:
Die objektiven gesellschaftlichen Verhältnisse,
- Gegenstand der Pädagogik:
Die Verwirklichungsmechanismen (und die Ethik) in Bezug auf Ziele der gesellschaftlichen Determination der Persönlichkeit,
- Gegenstand des "historischen Materialismus":
Die Bedeutung der Kooperation für den gesellschaftlichen Prozeß als ganzen und die methodologischen Prinzipien für die Einzelwissenschaften.

Dennoch ist die Kooperation ein ganzheitlicher Prozeß in ökonomischer Form vermittelt der sozialen Wechselwirkung der Menschen (dies hat für eine Gruppenkonzeption Konsequenzen).

Innerhalb dieses Kooperationszusammenhangs spielt die Regelungsinstanz "Ideologie" dagegen eine Vermittlungsrolle, deren alleinige Veränderung nicht ausreicht, die Vorurteilsstruktur auf Dauer umzuwandeln.

3.3.2.1.2. Konsequenzen für die Adoption

In der Literatur wird - neben der Reduktion inter- und intragesellschaftlicher Verhältnisse auf die "interkulturellen Beziehungen" (vgl. auch die Kritik des Kulturbegriffs) - die Vorurteilsproblematik meist über individualistische Konzepte (Identität, Selbstkonzept) behandelt, in denen "Gesellschaft" lediglich als Milieu erscheint (Kritik: Sève), so daß der sozio-ökonomische und politische Bedingungsrahmen von Vorurteilen auf Spannungen zwischen Eigen- und Außengruppen reduziert wird.

Unter Verabsolutierung der Primärsozialisation (Quasthoff 1973: 130) werden Vorurteile, die Rationalität dispensieren (Spöhring 1974), über die Eltern vermittelt.

Im Sozialisationsprozeß wird daher die Entwicklung eines Selbstkonzepts im Zusammenhang des sozialen Hintergrundes, der Eltern, der Persönlichkeit des Kindes, der Eltern-Kind-Beziehungen und einer Unabhängigkeitserziehung analysiert (Klein).

In der Differenz von Selbstkonzept (Eigenschaften: Gordon 1968) und Identität (substantiell: Gecas 1973) erscheint das Selbstkonzept als Organisation von Identitäten, die per Umwelt vermittelt ist, aber nicht als bloßer gebrochener Reflex erscheint, sondern auch als besondere Individualität (Goffman).

Die Interaktion mit der Umwelt (nicht die Arbeit) wird entscheidend, ohne zu fragen, ob überhaupt im Kapitalismus Identität auf der Basis des gesellschaftlichen Produktionszusammenhangs ausgebildet werden kann.

In Theorien drückt die "bürgerliche Gesellschaft" diese Widersprüchlichkeit positiv aus: An Identitätskonzepten muß eben die historische und gesellschaftliche Bedingtheit von "bürgerlicher Identität" problematisiert werden (transgesellschaftliche, intergesellschaftliche Identität; vgl. den Abschnitt über die vietnamesische Gesellschaft).

Über ein materialistisches Persönlichkeitskonzept, in dem die Persönlichkeit vermittelt über gesellschaftliche Aktivitätsmatrizen in Funktionaldetermination (Organisation) zu gesellschaftlichen Verhältnissen steht, bestimmt sich das Kriterium des Wechsels der unterschiedlichen Entwicklungsstufen als die "Bewältigung der Identität von Laut, Wort, Bedeutung und wissenschaftlicher Definition", wird das bewegende Moment von sozialen (gesellschaftlichen) Zielen bestimmt, die sich auf die konkrete Bedürfnisbefriedigung beziehen (B. Hülsmann 143/144: am Beispiel der Sprachentwicklung).

Identität konstituiert sich daher über verschiedene Stufen der unmittelbaren Erfahrungen, die jeweils eine "Korrektur" des Verständnisses der allgemeinen Begriffe bewirken (gesellschaftlich vermittelt über Lernen im Kontext von Tätigkeit).

Daher reduziert ein Milieubegriff gesellschaftliche Gesetze bloß auf Lerngesetze: Verhalten allein umfaßt nicht gesellschaftliche Wirkung, so daß individuelle Entwicklung als die Geschichte ihrer Anpassungen erscheint (Leontjew 1973: 264).

Daher wird in der offiziellen Literatur ein individualistisches Konzept bevorzugt (Identität und Selbstkonzept werden zudem nicht unterschieden): Adoptivkinder bringen schon mit drei Jahren eine ethnische Identität wie eine "Spareinlage" in die BRD, die per Umwelt vor allem auf physische Attribute reduziert wird, welche mit "negativen" Merkmalen in Verbindung gebracht werden.

Ungeklärt bleibt aber, zu welchem Alter Kinder diskriminieren. Denn andere Autoren nehmen ein Alter von sechs Jahren an: Vorangegangen ist eine Phase der Neugierde und des Interesses (vgl. Cantor 1972).

Unabhängig davon wird das Vorhandensein von "ethnischem Bewußtsein" aber dadurch bestätigt, daß offensichtlich farbige Kinder sich eher in Kategorien wie Rasse, Religion und Nationalität beschreiben als andere Kinder (Persönen, Mädchen/Jungen).

Wird das Alter der Entwicklung von ethnischer Identität aber schon für das dritte Lebensjahr angenommen, kann zu einem frühen Zeitpunkt schon die Relevanz der Kombination des Adoptiert-Seins und der Zugehörigkeit zu zwei "Kulturen" behauptet werden (vgl. Fanshel 1972: 133).

Die Problemlösung wird dann daran festgemacht, daß Adoptivkinder sich modellhaft schon frühzeitig mit zwei Elternpaaren identifizieren müssen (Bohman 1970: 35), so daß eine spezifische Aufklärung nicht nur dem Alter entsprechend, sondern auch über eine bestimmte Art der Vermittlung als ausschlaggebend erscheint (Lawder u. a. 1969; Hoopes u. a. 1969).

Unabhängig von der altersspezifischen Relevanz ethnischer Identität (ob bei farbigen oder weißen Kindern) zeitigt die Aufklärung (und ihre offene Behandlung) eine "ich-stärkende" Wirkung (Hoopes u. a. 1969; Elonen u. a. 1969).

Daher können bis zu einem bestimmten Alter kaum Integrationsschwierigkeiten festgestellt werden: Die Kinder sind beliebt, im Elternhaus herrscht reger Betrieb.

Auch die Adoptivkinder selbst (zwischen 8 und 11 Jahren) lassen eher Reaktionen der Neugierde in Hinsicht auf ihre "ethnische" Herkunft erkennen.

Nehmen wir einmal die Eltern aus, die die Adoption als Zwangsmittel gebrauchten und schlechtes Verhalten auf Erbanlagen schieben, kann festgehalten werden, daß die Adoption als solche keine Schwierigkeiten bringt, wenn das Aussehen "offen" behandelt wird. Die spezifische Differenz bedingt zudem, daß die Eltern nicht der Illusion verfallen, das Kind wäre ihr leibliches (Matejcek 1969; verstärkt dadurch, daß die "natürlichen" Eltern keine Konkurrenz darstellen).

Obwohl das Aussehen schon früh ein Faktor der Identität sein kann, ist gerade für die Persönlichkeit von Säuglingen, die sich allein durch ihre physische Andersartigkeit unterscheiden, die Art und Weise der Bedürfnisbefriedigung entscheidender.

Erst, wenn die Kinder in späterem Alter adoptiert werden, kommen "kulturelle Qualitäten" hinzu: Name - bis zum 8. Lebensjahr wichtig -, Sprache und Sozialisation (koreanische Kinder leben im Unterschied zu den meisten vietnamesischen etwa bis zu drei Jahren in ihren Familien⁽⁴⁸⁾).

Unter diesen allgemeinen Bedingungen (gesellschaftlich funktional) können erst Probleme auftauchen, so daß die Kinder der Gruppe, erwachsene Erzieher und andere Eltern wichtig werden (wenn auch die Verhaltensweisen anderer Eltern - vor allem von weißen Kindern - und Erziehern wenig erforscht sind):

Erst Ende der Grundschulzeit tauchen Probleme auf. Bis zur Vorschulzeit gelten Asiaten eher als niedrig, erweist sich auch ihre gehobene gesellschaftliche Stellung als wirkungsvoller Faktor⁽⁵⁰⁾.

Zudem treten Adoptivkinder als Einzelne auf, die meist weniger auf Schwierigkeiten stoßen als eine funktionale Gruppe (Allport: 1971: 235). Dies bestätigt zwar einerseits Spöhring in seiner Analyse der Situation von Gastarbeiterkindern, andererseits aber weisen Gärtner/Harnach (1975) nach, daß auch einzelne Kinder abgelehnt werden können.

Bis zur Schulzeit lehnen "peers" ausländische Kinder nicht verhaltensmäßig ab, wenn sie auch verbale Ausdrücke gebrauchen.

Im folgenden Abschnitt soll geklärt werden, welche möglichen Wirkungen bilinguale/bikulturelle Erziehung hat und welche Konsequenzen die Ergebnisse für die Adoption zu ziehen erlauben:

Es soll die Hypothese geprüft werden, ob die sprachliche Integration der Adoptivkinder in die BRD überhaupt Probleme mit sich bringt und ob Schwierigkeiten nicht eher für Kinder entstehen, die wieder zurückkehren.

3.3.2.2. Das Problem bilingualer/bikultureller Sozialisation

Im Sprachkontakt (Clyne 1975), der auf einen Verständigungsversuch zwischen Sprechern in einer Kommunikationssituation abhebt (Wunderlich 1972) - wenn auch über einen Ansatz gesellschaftlichen Handelns zu begründen (Hager u. a. 1973; Martens 1974) kommt die große Bedeutung von Sprache als Kommunikationsmittel, Handlungsmittel, Vermittlungsinstanz sozialer und geographischer Identifikation und Mittel kognitiver Entwicklung zum Ausdruck.

Sprachkontakt kann zu Bilingualismus, Völkerkontakt zu Bikulturalismus⁽⁵¹⁾ führen, so daß Ambivalenzsituationen entstehen (vergleichbar mit der Ironie und dem plastischen Sehen).

Ehe einige Begriffe geklärt und mögliche Probleme der Persönlichkeitsentwicklung berührt werden, soll an dieser Stelle schon darauf verwiesen werden, daß eine sprachsoziologischer Ausgangspunkt relevant ist, über den die Ausmaße, die Domänen und die "Bewertung" von zwei Sprachen Berücksichtigung finden (Fishman 1965a): Welche Sprache zu welchem Zweck?

Denn mögliche Probleme liegen nicht in der Assoziation unterschiedlicher Ideen begründet, sondern die Transferenz von einer zur anderen Situation ist wichtig.

Denn von Handlungsmomenten auszugehen, bringt Konsequenzen für die Bedeutung kognitiver Entwicklung mit sich: Ursprünglich sind Sprache und frühkindliche Begriffsbildung getrennt, dann erst wird Sprache als kognitives Mittel wichtig.

Weil aber Denken/Sprache genuin gesellschaftlichen Charakter besitzen, sind auch Wissen und Erkenntnisse übertragbar:

Egozentrische Rede wird zwar durch die innere ersetzt, der Inhalt ist aber wichtiger als die Wortform und der Kontext bedeutungsvoller als der Satz (Wygotski 1969).

Denn das Kind erfaßt den Referenten (Namen) zunächst als Eigenschaft und erst später als Symbol, so daß sich zwar schon frühzeitig Begriffe bilden, deren psychologische Grundlage aber erst später entsteht (Pubertät).

Da demnach ein Zusammenhang zwischen Sprache und "kognitiven Strukturen" (Kultur; vgl. Goodenough 1970) besteht, über den gesellschaftliche Bedeutungen individuell angeeignet und reproduziert werden, führen zwar erlernte Sprachen in unbekannte Begriffe ein, können aber wegen der relativ "universalen" Gültigkeit von Begriffsstrukturen Transferierungen erfolgen (vorausgesetzt: zweisprachiger Unterricht erfolgt).

Da der Kontext angesprochen worden ist, kommt die Sprachgemeinschaft in den Blick, die über die Soziolinguistik (gesellschaftlich-bedingte Variation von Sprachgebrauch: Labov 1972) und die Sprachsoziologie in den Blick (gesellschaftliches Verhalten gegenüber Sprache: Fishman 1975). Die zentrale Frage steht im Mittelpunkt: Wer spricht welche Sprache zu wem und wann?

Daher wird die Diglossie als soziolinguistischer und sprachsoziologischer Tatbestand (Kjølseth 1972) wichtig, der parallel zum psycholinguistischen Bilingualismus sich auf die funktionale Zweio- oder Mehrsprachigkeit bezieht.

Neben der Bedeutung des Gesprächspartners, des Alters, dem "Rollenverständnis" und dem "Interaktionstyp" wird vor allem die Domäne als Erklärungs-

basis wichtig: Institutionalisierte Kontext, Tätigkeitssphäre, Interaktionstotalität⁽⁵⁶⁾.

Vor allem die Schule als Domäne erfüllt in der Hinsicht eine wichtige Funktion (auch in Bezug auf die peer-Gruppe).

Entscheidend aber in diesem Zusammenhang ist das Problem, ob überhaupt eine Sprache erhalten bzw. Sprachloyalität vorhanden ist.

Folgende Bedingungen sind dafür verantwortlich:

- Religiös-gesellschaftliche Isolierung;
- Früher Zeitpunkt der Einwanderung;
- Sprachinseln;
- Religionsgemeinschaft mit eigenen Schulen;
- Erfahrungen mit Spracherhaltungsbemühungen vor der Einwanderung;
- Ehemaliger Gebrauch der Sprache als Amtssprache.
- Vor allem sozio-ökonomische und politische Bedingungen.

Wie sich die Struktur der Spracherhaltung gestaltet, hängt auch von Faktoren ab, die ambivalente Wirkungen zeitigen können (Clyne 1975):

- Bildungsniveau;
- Zahlenstärke;
- Einstellung der Majorität zur Sprache;
- Sozio-kulturelle Merkmale der Minderheit;
- Ähnlichkeiten zur dominanten Kultur;
- Vorkenntnis der Landessprache;
- Politische Situation im Auswanderungs- und Einwanderungsland;
- Ethnische Religionsgemeinschaften (vgl. auch ethnische Vereine).

Inwieweit sich aber ethnisches Bewußtsein wandelt oder erhalten bleibt, hängt von der Kombination vieler Faktoren ab und läßt sich nicht von idealistischen Phasenmodellen ableiten.

Kommen wir nach der Darstellung dieses Bedingungsrahmens, der vor allem individualistische Konzeptionen, die den gesellschaftlichen Kontext ausblenden, relativieren will, auf einige besondere Aspekte zurück.

3.3.2.2.1. Politische Brisanz

Wie die Situation der Gastarbeiter und ihrer Kinder zeigt (Schrader u. a. 1976), auf die im weiteren Verlauf noch eingegangen werden soll, ist Sprachkontakt nicht nur von theoretischem Interesse (seit etwa Anfang der 50er Jahre: Weinreich 1953; Haugen 1956) auf unterschiedlichen Ebenen, sondern besitzt auch politischen Charakter (vgl. z. B. das Baskenproblem, die Situation in Belgien, die Nationalisierungsbestrebungen in den UdSSR).

In der Hinsicht spricht Deseriev (in: Kjolseth 1972) von einem "linguistischen Weltprozeß" im Rahmen der Verwissenschaftlichung der gesellschaftlichen Verhältnisse (Planung und Organisation), so daß die politische Relevanz den Ausgangspunkt der Forschung bildet: In der Totalität sozialer Faktoren, unter denen Sprache vermittelt Tätigkeit angeeignet wird, und die individuelle Wirkung (aktuelle Kommunikation, individuell linguistisches System) als ableitbar zu begreifen ist (Slama-Cazawcu, in: Kjolseth 1972).

Die Existenz verschiedener Sprachen kann daher Krisen⁽⁵³⁾ heraufbeschwören, über deren Regelung das "Recht auf Bildung und Erziehung" (UNO 1948) oft nicht zum Tragen kommt (vgl. auch die unterschiedlichen Verkehrssprachen innerhalb der EWG; die Funktionalität der Sprache in den MK).

Zwar existieren wegen der Situation von und in der Folge von Grenzverschiebungen in entwickelten Ländern Probleme (vgl. USA, UDSSR), besonders problematisch sind in der Hinsicht aber die Verhältnisse in der "Dritten Welt", in denen neben der ohnehin komplexen Sprachzersplitterung (vgl. Kjolstz 1973) die ehemalige Kolonialsprachen zur Elitebildung und Übertragung kulturimperialistischer Inhalte dienen.

Unter gegebenen Internationalisierungstendenzen (vgl. auch die wissenschaftliche Terminologie) haben Sprachkontakte primär politische Bedeutung, wobei aber theoretische Erkenntnisse wichtig werden, die auch einsprachige Phänomene verständlicher, Performanzmodelle erklären können (im Zusammenhang von der Einheit Sprache/Denken: Sprachgebrauch) und Sprachwandel erklärbar machen.

Indem die Forschung den Zusammenhang zwischen Sprache und Kultur (Denkstrukturen) erklärt, leistet sie auch einen Beitrag zum allgemeinen Völkerverständnis: Vorausgesetzt, sie klammert reale, objektive Strukturen nicht aus.

Wie das Gastarbeiterproblem zeigen wird, lassen sich aus der theoretischen Analyse auch schulpolitische Schlüsse ziehen.

3.3.2.2.2. Begrifflichkeiten

In diesem Abschnitt werde ich die komplexen linguistischen Zusammenhänge nicht detailliert darstellen (vgl. dazu Clynes Forschungsbericht 1975).

Oft wird ein Gegensatz zwischen der Möglichkeit, die zweite Sprache als ganze zu lernen, und der Möglichkeit angenommen, daß der Kompetenzerwerb getrennt vom Erwerb der Struktur einer Sprache erfolgt (Francescato 1973).

Über diese Konstruktion kann man dann den Schluß ziehen, daß vor allem beim Erwerb der ersten Sprache (phonetisch und morphologisch) die "langue" als ein Bestandteil der "Psyche" zu begreifen ist (ebenda: 145).

In dieser Annahme schwingt das Problem der "Überlagerung" von Sprachen und die Schwierigkeit ihrer theoretischen Einschätzung mit:

Der Begriff Interferenz meint mehr den Tatbestand der "Verwirrung", der Begriff Transferenz aber, der sich auf Handlungsdimensionen bezieht, bezieht sich auf das wirkliche konkrete Problem.

Neben unterschiedlichen normativen, beschreibenden und methodologischen Definitionen von "Zweisprachigkeit" scheint es mir erst einmal einsichtig zu sein, folgende Definition zu geben: Zweisprachigkeit ist dann der "wechselnde Gebrauch zweier Sprachen" (Weinreich 1953: 1), in die Faktoren wie Zahl, Verhältnis, Art der Beeinflussung, Schwankung und die soziale Funktion mit eingehen können.

Unter der Annahme eines idealistischen, equilingualen Modells als Richtschnur werden die Beherrschung zweier Sprachen, die Funktion, das Ausmaß des Wechsels (Häufigkeit) und das Maß der Häufigkeit wichtig, so daß der Grad der Beherrschung über die Komponenten Verständnis und Ausdrucksfähigkeit, mündliche und schriftliche Form, zu analysieren ist, so daß folgende Kombinationen der Sprachbeherrschung unterscheidbar werden:

- 1) Verständnis und die mündliche Form: Verstehen,
- 2) Verständnis und schriftliche Form: Lesen,
- 3) Ausdrucksform und mündliche Form: Sprechen,
- 4) Ausdrucksform und schriftliche Form: Schreiben.

Die Sprachbeherrschung findet also auf verschiedenen Ebenen statt, die Geläufigkeit hängt aber vom sozialen Zweck ab (Kontaktbereich zweier Sprachen). Die Funktion im Gesamtverhalten beider Sprachen und die Beherrschung bestimmen entscheidend das Ausmaß des Sprechens, welches von der Geläufigkeit bedingt wird (diese wiederum von externen/internen Funktionen: Topos, Person und Kontextspannung; vgl. Hartig/Kurz 1971).

Als entscheidend hat sich herausgestellt, daß die Sprachmischung und Sprachdiskriminierung mit dem Alter korreliert.

Unter der Voraussetzung, daß die Diskriminierung im Zeitraum von 3 : 1 / 3 : 9 Jahren erfolgt, scheint die bilinguale Sozialisation von Kindern erfolgreicher zu sein, da von einer sprachlichen "Virginität" ausgegangen werden kann: Kinder scheinen bis zum Alter von 9 Jahren (oder zwischen 8 und 12) flexibel zu sein, obwohl fehlender Sprachkontext zu Vergessen führt.

An dieser Stelle wird auch das Problem des Erwerbs einer Zweitsprache vor dem Einfrieren von Sprachgewohnheiten oder danach relevant (Haugen 1953: 334).

Die bisher dargestellten Zusammenhänge sollen im folgenden dazu dienen, mögliche Vor- und Nachteile und sogar "Störungen" zu erklären.

3.3.2.2.3. Vor- und Nachteile der Zweisprachigkeit

Eltern, die den "Bilingualismus als Erstsprache" in die Erziehung ihrer Kinder integriert haben, berichten von einer sehr positiven Entwicklung (Hartig/Kurz 1971).

Offizielle Wissenschaftler, die vor allem für den monolingualen, muttersprachlichen Unterricht in Schulen plädierten (vor dem zweiten Weltkrieg), behaupten oft, daß die Intelligenz negativ beeinflußt würde.

Noch McNamara (1966) stellt die These auf, daß zwar die Intelligenz die bilinguale Sozialisation nicht beeinflußt, daß aber umgekehrt die bilinguale Situation Konsequenzen für den IQ (meist negative) mit sich bringt.

Offensichtlich (neben der Vernachlässigung der Einstellung zur eigenen Sprache und der Motivation zum Erwerb einer zweiten sowie der Gebrauchskontexte) wird ein Konflikt zwischen grammatischen und semantischen Regeln angenommen.

Weil aber vor allem das Alter und die sozio-ökonomischen Faktoren nicht genügend berücksichtigt werden, weil die Zweisprachigkeit gleichgesetzt wird mit nicht-nationaler Sprache, kommt man vor allem zu negativen Ergebnissen (Savvidis spricht noch heute von negativen, sittlichen Merkmalen: 1975).

Negative sittliche Entwicklung, mittelmäßige geistige Fähigkeiten, mangelnde Selbstzucht, Passivität, gehemmte Produktivität und schwach ausgebildetes Gefühlsleben sind die Wirkungen, die unterstellt werden (Clyne 1975).

Neben der "Ideologie" der Schizophrenie finden diese Argumente bei den Nazis Verwendung, die sich gegen die "Umvolkung" des "Volksdeutschen" wenden.

Abgesehen davon, daß die Tests (z. B. Stanford-Binet) auf Ausländerkinder kaum anwendbar sind (vgl. Boesch/Eckensberger 1969), lassen sich kaum Unterschiede finden, wenn die Repräsentierungsebenen in beiden Sprachen in etwa gleich sind, keine emotionalen Faktoren mitspielen und die zweite Sprache auch durch informelle Methoden gelernt wird.

Daher kommen Peal/Lambert (1962) - allerdings für "balanced bilinguals" - zum Ergebnis, daß "bilinguals" in jeder Hinsicht besser abschneiden können.

Ihnen wird sogar eine überdurchschnittliche Kapazität und die geistige Offenheit nach außen zugestanden, so daß nicht ein Weltbild zerstört, sondern der Weg zu zwei verschiedenen Perspektiven geöffnet wird.

"Konsequenterweise" vertritt jedoch Eysenck (1974), der sich im Zuge der Krise des Kapitalismus für die Vererbbbarkeit von Intelligenz ausspricht, weiterhin die Gültigkeit dieser Tests.

Die Ambivalenz in der Erfassung von Sprachverhältnissen hat dazu geführt, daß zwar die Möglichkeit des Sprachwechsels oder -vermischens (Transferenz) nicht geleugnet wird, daß aber über das fragwürdige Modell der "compound bilinguals" und "co-ordinate bilinguals" mögliche Störungen als erklärbar gelten. (Erwin/Osgood 1954).

Als Zusammengesetzt-Zweisprachige werden Personen betrachtet, deren semantische Systeme zum Teil verschmolzen (verbundensprachig), als Koordiniert-Zweisprachige werden Personen gekennzeichnet, deren Zeichen mit verschiedenen Inhalten verbunden sind (getrenntsprachig).

Daneben existieren noch die "subordinate bilinguals", deren Zeichen aus S 2 und S 1 (nicht Inhalt) miteinander zusammenhängen.

Diese Dichotomie, die man in der Folge mehr auf das Sprechen zweier Sprachen reduziert hat, kann generell folgendermaßen widerlegt werden: Die Voraussetzung, daß die Methode des Spracherwerbs die Performanz bestimme, wird dadurch eingeschränkt, daß Satzproduktionsstrategien eher mit dem Grad der Sprachbeherrschung zusammenhängen als daß der Sprecher auch eine andere Sprache spricht.

Hartig/Kurz haben versucht (trotzdem), dieses Modell für die Erklärung von Störungen fruchtbar zu machen.

Sie können dieses Ziel aber nur unter der Bedingung verfolgen, als sie in spezifischer Weise "compound bilinguals" als Personen betrachten, die mit ihren Sprachen dieselbe Menge von Bedeutungen assoziieren (die bezeichnete Struktur hat zwei getrennte Realisationen), und "co-ordinate bilinguals" als Personen analysieren, deren Sprachen unterschiedliche Bedeutungsrepräsentationen besitzen (Objekte jeder Sprache getrennt).

Auf diese Weise sind Aphasie-Störungen in beiden Sprachen gleich (compound) oder unterschiedlich (co-ordinate).

Von daher läßt sich natürlich die Vermutung anstellen, daß nur in einer Sprachgemeinschaft mit gleicher Repräsentanz keine Störungen auftreten (vgl. auch Böker, in: Reimann (Hrsg.) 1972: 169 ff.).

Es wird das Vorhandensein von zwei Persönlichkeiten unterstellt, deren Sprachentwicklung zwar von der Sozialstruktur abhängig ist, deren "Sprachtyp" entweder Integration nicht zuläßt (co-ordinate) oder nicht notwendig werden läßt (compound), so daß auf

Entfremdungs- und Anomiepsychosen geschlossen wird.

Während der zusammengesetzte Typ als "psychologischer" (Gruppenphänomen) erscheint, ist der koordinierte sozialstruktureller Art (Organisation), weswegen die Anwendung festliegt.

Er hält als soziales Kontrollsystem her, läßt "shifts" zu (und Veränderungen), verhindert Identifikationsprobleme, weil er sozial abgedeckt ist (hierarchisches Prestige, institutionalisierte "shifts").

Dagegen zeigt der zusammengesetzte Typ kaum Wandel an (keine "shifts"), verweist mehr auf den biographischen und sozialbiographischen Hintergrund (individuell) und bestimmt sich durch Loyalitäts- und Erhaltungversuche.

Beide sind aber als soziale Strukturtypen zu begreifen (soziale Dysfunktionalisierung oder institutionalisierte "shifts").

Diese mögliche Interpretation ist aber - wie schon dargelegt - grundsätzlich zu kritisieren, wenn auch Probleme nicht geleugnet werden können.

Folgen haben aber diese Widersprüchlichkeiten in Ansätzen, in denen der Faktor "Kultur" herumgeistert (vgl. v. a. Maar, Klein).

3.3.2.2.4. Zur bikulturellen Sozialisation

Normalerweise (das ist der springende Punkt) gewährleistet die positive Einstellung der Eltern eine "gute soziale Anpassung", vermittelt über bestimmte Rahmenbedingungen (Klein):

- Akzeptieren, Respektieren, demokratische Formen der Erziehung, Förderung von Unabhängigkeit,
- Eindeutige Regeln,
- Gegenseitiger Respekt,
- Elterliches Selbstkonzept.

Auf diese Weise gewinnt ein individueller "sense of control" an Bedeutung (Whiting 1974).

Auf der Basis dieses Konzepts können Bedingungen angegeben werden, die das Selbstkonzept negativ beeinflussen:

In Verbindung mit negativen Einstellungen führen die Faktoren ethnische Zugehörigkeit und sozio-ökonomische Bedingung zu negativen Wirkungen. Funktioniert unter "normalen" Bedingungen bikulturelle Sozialisation positiv, bewirken das Aussehen, die Sprache, der kulturelle Hintergrund und konkurrierende Verhaltensweisen Probleme (Konflikt von Familie und Neukultur: vgl. Boos-Nünning, in: Hohmann (Hrsg.) 1976). Das Schweben zwischen zwei "Kulturen" verursacht Störungen, weil die Person in jedem Fall an die Sozialstruktur festgemacht ist.

Die Regulierung der individuellen Aneignung sozialer Bedeutung zum Zweck einer biographischen Perspektive in der gegenwärtigen Handlungssituation und damit der Aufbau von Handlungsorientierungen sind gestört, so daß Hurst (1973) folgende möglichen Problemquellen annimmt:

- Mehrmaliger Milieuwechsel,
- Überstarke Elternbindung,
- Heimatentwurzelung,
- Ablehnung der Herkunft,
- Dauerüberforderung,
- Sprachschwierigkeiten.

Da die personale Identität (die soziale wird im Einwanderungsland aufgebaut) noch nicht entwickelt ist, wenn die "Einwanderung" erfolgt (Raußen 1975), wird allgemein die Störquelle vor allem in der frühkindlichen Phase gesucht. Die Konzentration auf die Primärsozialisation (unter 5 Jahren) und auf das Überbauphänomen "Kultur" mündet dann in diversen "sozialpsychologischen" Eingliederungsmodellen im Rahmen einer multikulturellen Gesellschaft (Klein): Assimilation, Isolation, Integration im Zusammenhang mit Alter, Ankunftsalter, Aufenthaltssdauer erscheinen dann als Strategien (vgl. Reimann (Hrsg.) 1976).

Die Integration erscheint dann innerhalb einer pluralistischen Gesellschaft als eine idealistische Strategie (Morrish 1971), um den "life space", die Erziehungsinstanzen (Eltern, Schule: kulturelle Transmissionsriemen) in einen Zusammenhang zu bringen.

Auf der Basis dieses Konzepts der "Rekulturation" (Kulturschock, Enkulturation, Erwerb traditioneller Kulturmuster, Akkulturation, Modifikation durch Kontakt) erscheint die Schule als die Institution, in der vor allem Kulturkonflikte auftreten, so daß Identität (bestimmt über die Harmonisierung tatsächlicher Sprachverwendung) über die Einstellung zur Sprache und über die Persönlichkeitsorientierung in Frage gestellt werden kann.

Nur über die Berücksichtigung sozial-kultureller Erfahrungen (im Rahmen sozio-ökonomischer Bedingungen) scheinen dann auch bilinguale Programme Erfolg zu haben, obwohl die Interpretation von zwar unorganisierten, aber positiven Entwicklungen nicht derart erfolgen kann, daß sie nur über die Identifikation mit der fremden Kultur zustande kommen.

Ebenfalls scheint es fragwürdig zu sein, Sprachvermischungen dadurch vermeiden zu wollen, daß Sprachen in getrennten Kontexten angeeignet werden: Trotz der neurophysiologischen, psycholinguistischen und entwicklungspsychologischen Flexibilität.

Obwohl Sprachlernen nicht unabhängig von "kulturellen Momenten" (determiniert durch gesellschaftliche Verhältnisse) denkbar ist, müssen grundsätzlich Retardationen in der ersten Sprache beseitigt werden, wenn das Erlernen der zweiten Erfolg haben soll, da ansonsten in der ersten oder zweiten unausgebildete Formen der Sprachbeherrschung der ersten und zweiten Sprache entstehen, die zudem auf Ablehnung stoßen (mit negativen Folgen).

Es scheint aber wichtig zu sein, eine monolinguale Lehrmethode zur Vermittlung der Zweitsprache anzuwenden (besser als bilinguale oder monolinguale muttersprachliche und indirekte Methoden zu verwenden): Vorausgesetzt, die Unterstützung der Eltern ist gewährleistet, die sozio-ökonomischen Bedingungen sind nicht unterprivilegiert.

Auf jeden Fall (vgl. Gastarbeiterkinder) erweisen sich monolinguale Programme als schädlich, die vor allem kognitiv strukturiert sind.

Das Pflegen der Muttersprache (wenn die gesellschaftlichen Voraussetzungen überhaupt vorhanden sind) erbringt nicht nur mehr Perspektiven, sondern auch mehr Akzeptierung, wenn "kulturelle Momente" einbezogen werden.

Vor allem aber - unabhängig von Lehrprogrammen - sind die peers wichtig, die im Alter von 4/5 Jahren die Entwicklung beeinflussen, wenn das Spiel kooperativen Charakter annimmt (vor allem in "Kinderläden" im Zusammenhang mit "Elternläden", weniger in offiziellen Kigas: vgl. 2. Kapitel).

Zwar haben die "peers" generelle Bedeutung für die Entwicklung (Gordon 1972), aber vor allem im Vorschulalter werden sie besonders wichtig. Drei Stufen lassen sich differenzieren:

- Beieinander-Sein,
- Entdeckung der Gruppe,
- Mittun (Ruppert 1952).

Der Zeitpunkt kooperativen Spiels (vgl. Leontjew; Das Kind; Wygotski) hängt jedoch von den Entwicklungsmöglichkeiten unterschiedlicher gesellschaftlicher Verhältnisse ab:

Im Kibbutz und in sozialistischen Ländern liegt der Zeitpunkt durchschnittlich um 1 1/2 Jahre früher (BRD: 3 Jahre, vgl. Liegle 1971). Zwar steigt mit zunehmendem Alter die Interaktion, die Qualität der Erfahrung muß sich aber nicht parallel dazu entwickeln.

Die Konstellation von Dominanz und Subordination und generelles Wetteifern sind funktional für die Entwicklung und die Selbsteinschätzung (Hundertmarck 1972). Gruppenidentifikation und Gemeinsamkeiten spielen wohl schon im Vorschulalter eine Rolle, aber in Hinsicht auf Rollenzuweisungen, die Ablehnungen provozieren können, entwickelt sich eine spezifische Identität mit der Gruppe vor allem in der Schule, so daß gerade, wenn offensichtliche Unterschiede existieren, eine positive Gestaltung der Gruppe wichtig wird: In Abhängigkeit von organisatorisch/institutionellen Bedingungen und Erzieherqualifikationen (Hundertmarck 1972, Jahrbuch 1978).

Boos-Nünning (1976) zeigt, wie Kinder nicht nur abgelehnt werden, sondern sich auch an negative Reaktionen anpassen können.

Abgesehen vom theoretischen Konzept lassen sich im Kontext bilingualen Lernens (wie auch beim Erlernen einer Zweitsprache) generell kaum Probleme feststellen, wenn man die Anwendung assimilationstheoretischer Programme (vgl. Kjolsetz 1972) in Rechnung stellt und gemischten Freundschaftsgruppen eine positive Bedeutung zukommt (John/Horner 1971).

Negative Ergebnisse des Zusammenhangs zwischen Zweisprachigkeit und ethnischer (kultureller Zugehörigkeit) können aber nicht in der Weise erklärt werden, daß in erster Linie die Korrelationen zwischen subjektiver/objektiver Assimilierung an die "neue" Gesellschaft und der Kompetenz in einer Sprache bzw. der Identifikation mit dieser verantwortlich sind.

Neben der Funktion von Identifizierungen zur Entscheidungsreduktion und neben der Funktionalität unbewußter Gewohnheitsbildungen tauchen daher Störungen nicht generell auf (Lowie 1945; Sommers 1964), sondern erst die Ablehnung (nicht die Anpassung an die neue) der ursprünglichen Sprache und ("kulturellen") Identität führt zu negativen Wirkungen:

Alle Fälle sind ein Argument für einen effektiven Bikulturalismus und -lingualismus, die aber nur denn organisierbar sind, wenn die Ebene interkultureller, intersprachlicher (bzw. bikultureller) Kommunikation noch umfangreicher als bisher erforscht wird (Clyne 1975).

3.3.2.2.5. Konsequenzen für die Adoption

Entwickelte Strategien in der Literatur sind in der Hinsicht zu kritisieren, daß:

- a. sie die inter- und intragesellschaftlichen Verhältnisse auf die interkulturelle Problematik verkürzen (Maar, Klein),
- b. sie einen "Kulturbegriff" gebrauchen, der weder in seiner gesellschaftlichen noch historischen Bedingtheit bestimmt ist, so daß der Weg frei wird für die Relevanz anthropologischer Konstanten (die normale Entwicklung "an sich", der Absohltheitscharakter der familialen und frühkindlichen Entwicklung "an sich", Gesellschaft als Umwelt "an sich"),
- c. die politische Zielrichtung über eine unvermittelte entwicklungspolitische Strategie erfolgt, in deren Rahmen dann ein prinzipiell unproblematisches Verhältnis der BRD zu den Entwicklungsländern unterstellt wird,
- d. nicht geklärt wird, was denn die Kinder in einem bestimmten Alter schon mitbringen,
- e. entweder das Verhältnis von bikultureller und bilingueller Sozialisation widersprüchlich bestimmt wird oder die Existenz kultureller Phänomene einerseits ausgeschlossen und andererseits wieder am Aussehen festgemacht wird.
- f. allgemein das Problem der ethnischen Identität und das Sprachproblem überschätzt werden (TdH, 5/73 : In Bezug auf ältere Adoptivkinder): Sprachprobleme scheinen sich als die am ehesten lösbaren Probleme zu erweisen, weil unter den analysierten Bedingungen - sofern Sprache überhaupt entwickelt ist - erlernte Sprachpotentiale im Kontext der BRD verschwinden.

- g. sich zwar Unterschiede in Verhaltensweisen aufweisen lassen, die aber oft eher auf eine generelle Fehlentwicklung hinweisen, und die über intergesellschaftliche Unterschiede zu erklären auch implizieren müssen, daß die Heime teilweise "westlich" orientiert sind.

Alles in allem wird über die Strapazierung diverser Probleme eine "Sonderfall" konstruiert, die er einer werden kann (abgesehen von therapiebedürftigen und medizinischen Problemen): Bis auf das Aussehen unterscheidet sich das ausländische Adoptivkind in nichts von einem deutschen Kind.

Die Ausklammerung dieser Tatsache führt zur Formulierung von "idealistischen" Zielen (Maar):

- 1) Eltern sollen gezielt mit Fakten konfrontiert werden, eine Bewußtseinsänderung in der BRD wird angestrebt.
- 2) Bikulturelle Bezüge sollen von Anfang an eine kritische Haltung bei den Kindern gegenüber der BRD und dem Herkunftsland erzeugen.
- 3) Auf dieser Basis sollen dann Kinder, wenn unlösbare Schwierigkeiten auftauchen, später selbst entscheiden können, ob sie zurückkehren wollen. Dies wird auch damit begründet, daß diese Kinder faktisch von Anfang an zwei Kulturkreisen angehören, obwohl diese Dualität eigentlich erst produziert wird.

Maar knüpft in ihrer Argumentation an Überlegungen von Fanshel an (1972: 11), der dieses Problem für indianische Adoptivkinder erörtert (die aber nicht das Land oder den Kontinent wechseln; größere Homogenität in den USA im Vergleich von Herkunftsland und zur BRD).

Die Konzeption des kulturellen Pluralismus in einer demokratischen, offenen Gesellschaft, in der differenzierte und gleichberechtigte Beziehungen "klassenlos" existieren, bietet Maar das Modell ihrer Argumentation (entgegen der negativen Entwicklung in den USA):

In der Vorschule bieten sich daher folgende Strategien an:

- a. Eine ethnische "Kleindemokratie" bewirkt einen Abbau von "Vorurteilen" (eigenständige Identität und Achtung der "out-group").
- b. Gesellschaftliche Bedingungen müssen aber einberechnet werden.
- c. Eine allgemeine Bereicherung gegenseitiger Erfahrungen wird angenommen, so daß Adoptiveltern (und andere) ihre "leiblichen Kinder" vorurteilsfreier erziehen können.
- d. Die kulturelle Identität - die ja gar nicht existiert - soll erhalten werden (positive Unangepaßtheit + positive Identifikation mit dem Herkunftsland: vgl. Ethnicity-Programms, in: Kurrock 1974: 34; Black-Studies an Schulen in GB, in: b:e 5/72; Brunner, EG, 1975).

Eine kombinierte Entwicklung zwischen Integration und sozialer und kultureller Identität wird wichtig (DJI 1973).

- e. Die Anwesenheit von ausländischen Adoptivkindern erhöht das Anregungspotential anderer (John/Horner 1971).
- f. Interstaatliche Adoptionen sollen in größerem Ausmaß betrieben werden. Auch sollen Erzieherinnen mehr Informationen erhalten.

Über vorzeitige Elternarbeit soll ein kritisches Bewußtsein für ethnische Minderheiten allgemein geweckt und der gesellschaftspolitische Kontext bewußt gemacht werden, so daß vor allem Sozialisationsziele (nicht gesellschaftliche) wie Selbstbestimmung (im Anschluß an Habermas) in den Vordergrund rücken.

Schon in der Familie⁽⁵⁴⁾ soll der ethnische Hintergrund vermittelt werden (Namen erhalten, Infos über die Herkunftsländer, Zusammenhang von Heimatland und eigener Situation). Indirekte Kontakte (und sogar direkte: Reisen) zum Herkunftsland dienen der "Bewußtseinserweiterung".

In der Vorschule werden daher dementsprechende Bücher verteilt, finden Rollenspiele statt, werden sogar Sprachprogramme entwickelt und sollen Angehörige ethnischer Minderheiten eingeladen werden (der Kiga kann auch Patenschaften für Kigas im Ausland übernehmen, wenn vorhanden; vgl. auch das "interkulturelle" Bafa-Bafa-Spiel, Klein: 202).

Im folgenden wird versucht, die Situation der Gastarbeiterkindern mit der der ausländischen Adoptivkinder zu vergleichen.

In einer schlußfolgernden Perspektive wird dann deutlich werden, welche Aspekte "idealistischer Strategien" überhaupt verwertbar sind und soll geklärt werden, ob das Pferd nicht am Schwanz aufgezäumt wird.

3.3.2.3. Zum problematischen Charakter der Sozialisation von Gastarbeiterkindern im Vergleich zur Situation ausländischer Adoptivkinder

Die Situation der "Gastarbeiter" heute ist vergleichbar mit der der Wanderarbeiter zur Zeit von Marx, der diese als "die leichte Infanterie des Kapitals, die es je nach seinem Bedürfnis bald auf diesen Punkt wirft, bald auf jenen" (nach Müller (Hrsg.) 1974: 77), bezeichnet hat.

Die objektive gesellschaftliche Situation ist damit gekennzeichnet: Sie ist Ausdruck der Widersprüchlichkeiten des kapitalistischen Systems selbst, in dem einerseits intergesellschaftliche Integrationsbemühungen funktionieren (EWG), andererseits aber Bevölkerungsteile aus spezifischen Regionen trotz ihres Beitrags zur gesellschaftlichen Arbeit benachteiligt sind (vgl. Wahl 1977; Cremer 1977; Koch 1970; Harder 1978):

Trotz internationaler Vorschläge zur Situationsänderung (Europarat; UNO; Vorschläge der EG zur Einrichtung "europäischer Schulen", "Modern Language Association"; UNESCO; GEW; DGB 1974 und KMK von 1964 und 1971) und vor allem der sozialistischer Lösungsversuche (Koch 1970), in denen sich zwar auch das Gastarbeiterproblem stellt (innerhalb der COMMECON existiert allerdings kein ~~freies~~ Niederlassungsrecht), aber im Mittelpunkt die gemeinsame Produktion zur Erreichung gesellschaftlicher Ziele steht (vgl. Ökonomisches Lexikon, Stichwort "Gastarbeiter", Verlage "Die Wirtschaft", Leipzig 1966).

Zudem sind in sozialistischen Ländern bewußt-rational geplante Fremdsprachenprogramme vorhanden (Koch 1970).

Weil in der offiziellen Gesetzgebung zwar die Schulpflicht proklamiert wird, aber (ausgesprochen "rassistisch" begründet) praktische Umsetzungen ausgespart bleiben (de Boutemard 1972), obwohl organisierbare Lösungsvorschläge vorliegen (DJI... 1976), haben vor allen Initiativen außerhalb (Cremer 1977), Modelle und Projekte bisher zu Erfolgen im kleineren Rahmen geführt.

Da 1977 etwa 4 Millionen "Gastarbeiter" in der BRD leben (davon 2 Millionen Erwerbstätige), 26,6 % unter 18 Jahren sind, Gastarbeiterkinder 84,4 % aller ausländischen Kinder darstellen, 465.000 Kinder im Vorschulalter und etwa 450.000 im Schulalter sich befinden, sind umfassende Maßnahmen erforderlich, die auch als Basis für den Abbau von "Vorurteilen" dienen.

Denn - wie eine Befragung von Schülern in der 8. Klasse zeigt - werden Kinder oft als "asoziale Bagage" und "Sittenstrolche" bezeichnet oder gelten als unzivilisiert (Klee (Hrsg.) 1972: 158). Man muß sich vor Augen halten, daß der Rückgang der Gastarbeiter-Einwanderung die verstärkte Zuwanderung der Nicht-Erwerbspersonen und die Zahl der in der BRD geborenen Kinder (zwischen 1974 und 1977: 300.000) nicht hat kompensieren können (vor allem Türken und Jugoslawen), so daß also die materielle Notsituation (Lohn, Familien- und Wohnsituation, Bildungs- und Ausbildungssituation) weiter ein Problem darstellen wird (Harder 1978).

Die mögliche Verbesserung der Lage, die offiziell als entwicklungs- und gesellschaftspolitische Aufgabe aufgefaßt wird, und die Änderung der bildungsmäßigen Integration liegen bisher brach. Gerade die "zweite Generation" ist von dieser Situation in großem Maße betroffen, wie Persönlichkeitsstörungen belegen (Gärtner-Harnach u. a. 1974; Cremer 1977; Hurst 1973), die zudem über die Partizipation an Peer-Gruppen nicht geregelt werden können, da schon Vorschulkinder starke Vorurteile besitzen (Spöhring 1974).

In diesem Kontext ist auch die bilinguale Problematik anzusiedeln (und die bikulturelle), deren Regulierung aber mehr oder weniger auf Basis des Konzepts einer pluralistischen, multiethnischen Gesellschaft erfolgt, wenn auch positive Konzepte existieren.

Neben der bloßen Funktion der Gastarbeiter als "Konjunkturpuffer", mangelnder Integrationsversuche, Vorurteilen und auch der Konzentration auf die schulische Ebene allein ist auch die Herkunftssituation wichtig, da Gastarbeiter aus Ländern stammen, in denen andere sozio-ökonomische Bedingungen und Sozialisationskontexte existieren (Müller 1974):

- In der Türkei steht die Religion im Mittelpunkt einer noch teilweise "feudalen Struktur". Großfamilien herrschen noch vor (mit der Tendenz zur Kleinfamilie).
Autoritäre Erziehungsziele (nach dem Koran ausgerichtet, patriarchalisch, geschlechtsspezifisch) stehen im Vordergrund.
- In Italien existiert ein ausgeprägter Familiensinn in einem verwandtschaftlichen Gefüge.
- In Griechenland herrschen auch autoritäre Familienformen vor, gewinnt die griechisch-orthodoxe Moral Bedeutung.
- In Jugoslawien existieren zwar unterschiedliche Familienformen (Großfamilie, bäuerliche Familie, Übergangsfamilie), die Familie ist aber meist autoritär strukturiert.
- In Spanien übernimmt die Frau viele Aufgaben, ist daher ihre Stellung auch im Erwerbsleben innerhalb der Familie anerkannt. Das Kind steht zwar im Mittelpunkt, aber es herrscht neben der starken Gefühlsbindung eine autoritäre Erziehung vor.

Über diesen Zusammenhang der dargestellten Faktoren bestimmt sich die unterprivilegierte Situation der Gastarbeiterfamilie, so daß nicht die Trennung von Lebensbereichen (Elternhaus, Kiga, Schule) verantwortlich gemacht werden kann, sondern ihr wechselseitiger Zusammenhang.

Wird im folgenden Abschnitt versucht, einige Sozialisationsaspekte (je nach Alter des Kindes) zu diskutieren, soll dies unter der Voraussetzung geschehen, daß nicht eine multi-ethnische, pluralistische Gesellschaft das Ziel ist, sondern eine menschliche Gesellschaft unter nicht-kapitalistischen Bedingungen: Im objektiven Zusammenhang des internationalen Kontextes (auch in den Beziehungen der BRD zu den Auswanderungsländern) ist ein demokratisches Potential schon angelegt, das über politische Auseinandersetzungen und theoretische Widerspiegelungen angeeignet und entfaltet werden kann, ohne bloß auf der Verwirklichung von Bildungschancen für alle "an sich" abzuheben (vor allem im Rahmen eines entwicklungspolitisch ausgerichteten Kulturimperialismus).

3.3.2.3.1. Einige Sozialisationsaspekte

Gastarbeiterkinder sind bisher kaum Gegenstand von Untersuchungen gewesen. Lediglich Schrader u. a. (1976) versuchen, einige Probleme darzustellen, obwohl ihr theoretisches Konzept (Claessens) zu kritisieren ist (Sozialisation als Anpassung). Ich will trotzdem einige ihrer Argumente referieren.

Unter Ausklammerung der konkreten Verhältnisse in den Herkunftsländern, deren Situation sie auf die einer Agrargesellschaft reduzieren und deren Familienformen sie über das Kontraktionsgesetz von Durkheim bestimmen (Großfamilie/Kleinfamilie) gehen sie davon aus, daß die Unterschichtung der Gastarbeiter zuerst einmal ihre Paria-Stellung be-

dingt (sozialer Abstieg): Kulturelle Merkmale bedingen geringere Qualifikationen und Ausübung von "verachteten" Berufen (z. B. Müllabfuhr), so daß sie nicht als Produzierende interessieren, sondern ihre Produkte wichtig sind.

Über Merkmale wie Sprache, Körper, Aussehen, Kleidung und Verhalten werden sie als "Gruppe" stigmatisiert (vgl. dazu auch Hegner/Schmidt 1977).

Deswegen sind sie gezwungen, als Gruppe ein Stigma-Management zu entwickeln (Goffman). Im weiteren Verlauf werden über die Anpassung an den Arbeitsprozeß zwar die Unterschichtungskriterien abgebaut und werden sie sozial anerkannt (sie sind nicht mehr Fremde, sondern Ausländer) und entwickeln eine spezifische nationale Identität.

Über Sekundärrationalisierungen werden Gastarbeiter aber nicht als "Gastmenschen" akzeptiert, sondern sie werden lediglich in ihrer Funktionalität eingeschätzt (vgl. die Situation der Zwangsarbeiter in der Nazi-Zeit).

Sie sind rechtlich benachteiligt (obwohl sie weniger Delikte begehen als Deutsche), in sozialer und ökonomischer Hinsicht werden Maßnahmen nach dem Rotations- oder Integrationsmodell ihrer Situation nicht gerecht, verschlechtern sie diese noch.

Um die Situation der "Zweiten Generation" zu lösen, orientieren sich die Autoren an einem Modell von zwei Kulturen, deren Erlernung die Möglichkeit der Rückkehr einschließt. Daher halten sie eine monokulturelle Sozialisationstheorie für verkürzt und fordern eine Kombination von Kulturanthropologie, mikrosoziologischer und sozialpsychologischer Theorie (etwa Hurst 1973).

Im Ansatz von Claessens, ohne die gesellschaftliche und historische Bedingtheit dieser Theorie logischerweise einzubeziehen, und in Konzepten von Peer-Gruppen (Abels(Hrgs.) 1971) erblicken sie eine theoretische Alternative (obwohl sie Sève - S. 54 - anführen, als Vertreter einer Theorie der Erwachsenensozialisation, den sie offensichtlich nicht gelesen haben).

Zudem legen sie ihrer Theorie die Dichotomie/Assimilation/Akkulturation zugrunde, um altersbedingte Entwicklungsvariationen erklären zu können.

Der Phase der Akkulturation (vgl. Mühlmann, in: Bernsdorf (Hrsg.) 1973) erscheint als eine Teilanpassung, der die Phasen der Soziabilisierung und Enkulturation vorangegangen sein müssen.

Assimilation dagegen, der die Phase der Akkulturation vorausgegangen ist, bezeichnet mehr die bewußtseinsmäßige Anpassung (äußerlich und innerlich) eines Mitglieds einer Ethnie. Gordon (1964: 71 f.) bestimmt sie über folgende Faktoren:

Vollständige Übernahme, Teilnahme an "Primärgruppen" in der Einwanderungsgesellschaft (obwohl die meisten Gastarbeiter ja zurückkehren wollen), Konnubium, Identifikation mit dem Einwanderungsland, Nicht-Vorhandensein von Vorurteilen, keine Diskriminierung und keine Konflikte.

Man kann hier anmerken, daß diese Situation kaum gegeben ist für manche Bevölkerungsteile von genuin BRD-Bewohnern.

Entscheidend ist für die Autoren, daß wegen der Zugehörigkeit zu einer Ethnie ein Minoritäten-Status begründet wird (vgl. Kurzrock (Hrsg.) 1974), dem mit Vorurteilen begegnet wird, die aber einmal mehr nicht im Zusammenhang gesellschaftlicher Verhältnisse analysiert werden.

Eine erfolgreiche Assimilation, die die Autoren nicht befürworten - wenn auch stillschweigend - kann zur Ablehnung der eigenen Herkunft führen (vgl. "Jahrbuch der Sozialarbeit 1978" 1977: 62, Situation türkischer Kinder).

Um dem Faktor des Alters bei der Einreise gerecht werden zu können, unterscheiden sie drei Ideal-typen des Zeitpunkts der Ankunft:

- 1) Das Schulkind als ausländisches,
- 2) Das Vorschulkind als fremdes,
- 3) Das Kleinstkind als neudeutsches Kind.

Unter der Voraussetzung, daß die Assimilation nur gelingen kann, wenn die Enkulturation in der Mischkultur stattgefunden hat, beschreiben sie die "deprivierte Lebenssituation" im Zusammenhang mit der besonderen Situation der Familienzusammenführung, den unterschiedlichen Erziehungsvorstellungen und den schlechten Arbeits- und Wohnverhältnissen.

Dieser Zusammenhang wird auch dadurch beeinflußt, daß Gastarbeiter mehrmals die Orientierung zum Heimatland verändern (sie wollen zuerst nicht bleiben, dann später zurückkehren oder endgültig sesshaft werden), obwohl von der ersten Generation am ehesten Kontakte zur "Heimat" gepflegt werden.

Von der "zweiten Generation" wird ein Sprachwechsel in der Mischkultur einer Minderheitensubkultur verlangt, der eine bikulturelle/bilinguale (aber unvollständige) Entwicklung erzeugt.

Gerade vermittels ihrer Teilhabe an peer-groups, deren gemischter Charakter schon oft farbigen Kindern die "Integration" erleichtert hat (Eyferth u. a. 1960), identifizieren sie sich der Tendenz nach mehr mit den "Fremdkultur".

Es wird von den Kindern eine Situationsbewältigung und Anpassungsfähigkeit abverlangt, die teilweise mit dem familialen Kontext kollidiert, in dem sich die Eltern vor allem bewegen, die interethnische Kontakte - obwohl teilweise gesucht - scheuen.

Kinder, die schon im Heimatland zur Schule gegangen sind, entwickeln vor allem einen zusammengesetzten Bilingualismus, während Kleinstkinder weniger mit Schwierigkeiten zu rechnen haben. Das Vorschulkind muß dagegen ständig mit gleichen Bedeutungsmengen jonglieren.

Unter den momentanen Bedingungen in der BRD verhindern sowohl der koordinierte als auch der zusammengesetzte Bilingualismus in seiner Ambivalenz und Widersprüchlichkeit eine effektive Kommunikation (diese Dichotomie ist aber nur modellhaft zu sehen).

Daher nehmen die Autoren generell an, daß Persönlichkeitsstörungen vorliegen, die aber konkret nachzuweisen sind (auch wegen der mangelnden Homogenität der Gastarbeiter-Gruppe), obwohl sich Ansatzpunkte finden (Klee (Hrsg.) 1972).

Weder in der vorschulischen noch in der Schulzeit werden Maßnahmesysteme angemessen berücksichtigt (Förderklassen; Vorbereitungsklassen; Nationalunterricht). Scheinbar sind direkte Eingliederungsversuche aber positiver zu bewerten (Koch 1970), die aber - wie alle Organisationsversuche - sich in der Lehrerqualifikation niederschlagen müssen (Malhotra - 1975 - zeigt auf, daß Lehrer insgesamt wenig negative Vorurteile hegen).

Aber, in Abhängigkeit von der Berücksichtigung unterschiedlicher Domänen (Familie, Schule, Arbeit, Nachbarschaft, Gleichaltrige) erscheinen unterschiedliche Strategien erforderlich zu sein:

- Für Kinder, die zwar im Auswanderungsland geboren sind, aber vor dem "Einfrieren" der Sprachgewohnheiten in die BRD kommen.
- Für Kinder, die nach dem "Einfrieren" der Sprachgewohnheiten einwandern und generell einen höheren Grad von Zweisprachigkeit entwickeln können (hier ist die "spontane Begriffsentwicklung" - nach Wygotski - abgeschlossen).

Für den ersten Fall, innerhalb dessen Bedingungen die Gefahr der Sprachverschwendung liegt, existieren schon Probleme in der ersten Sprache!

Im zweiten Fall muß ein Unterricht in der ersten Sprache solange erfolgen, bis die Kompetenz zur Erlernung einer zweiten (Schule) erworben ist.

Ist aber S 1 noch in der Grunschule dominant, muß auch ein Unterricht in ihr stattfinden.

Es scheint aber allgemein wichtig zu sein, schon in den Peer-Gruppenerfahrungen vor der Schule eine Möglichkeit zu sehen, über inter-ethnische Kontakte eine positive Entwicklung in die Wege zu leiten, so daß ein zu hoher Assimilationsgrad weder eine Leugnung der Herkunft noch Stigmatisierungsprozesse bedingt (kollektive Gruppenstigmata im Gegensatz zu Einzelstigmata Individuen gegenüber), die eine institutionalisierte Außenseiterstellung bewirken.

In diesem Kontext ist das Kleinstkind seltener Stigmatisierungen ausgesetzt, erlebt das Schulkind einen regelrechten Realitätsschock, entwickelt das Vor-schulind konkurrierende Identitäten (in Richtung Fremdgruppe oder in Richtung Minderheitensubkultur).

Diese Idealtypen sind aber insofern zu kritisieren, als einerseits der Bruch zwischen der Analyse bikultureller und bilingualer Sozialisation über einen in zwei Richtungen tendierenden zusammengesetzten "Typen" gekittet werden soll und andererseits selbst für das Kleinstkind eine ursprünglich bikulturelle Herkunft behauptet wird (sekundär fremdkulturell).

3.3.2.3.2. Das ausländische Adoptivkind im Vergleich

Bringt ein älteres Adoptivkind schon "kulturelle Qualitäten" aus seinem Herkunftsland mit und sogar sprachliche Fähigkeiten, so verschwinden diese, weil keine "Minderheitensubkultur" der gleichen ethnischen Mitgliedsgruppe existiert, sondern die Kinder von Deutschen adoptiert werden, die zudem privilegiert sind und deren materiellen Bedingungen über dem Durchschnitt liegen.

Im offiziellen Sinne ist die Gruppe von Adoptivkindern (ohnehin sind die einzelnen Kinder wichtiger) zahlenmäßig kein gesellschaftlich-relevanter Gegenstand der Regulierung, wenn auch zunehmend Problemfälle und ausländische Kinder auf gesellschafts- und bildungspolitisches Interesse stoßen.

Zudem stehen auch in Adoptionen älterer Kinder zunächst einmal Problembearbeitungen im Vordergrund, die die "Grundstrukturen" der Persönlichkeit schaffen (eine "Verwurzelung" mit ihren Folgen kann überhaupt nur bedingt angenommen werden).

Gemäß dem Ansatz von Schrader u. a. (1976) kann unter diesen Voraussetzungen nicht von Integration geredet werden (die ohnehin von TdH als nicht möglich angesehen und auch nicht als wünschbar angepeilt wird).

Es läßt sich eher ermuten, daß die Sozialisation von Ausländerkindern, wenn therapiebedürftige und medizinische Probleme gelöst sind, zunächst einmal unproblematisch abläuft (nur das Aussehen ist überhaupt ein möglicher Problemfaktor).

In beiden Fällen aber liegen die Ursachen des Hier-Seins (und der Persönlichkeitsentwicklung) in ökonomischen und sozialen Bedingungen begründet.

Weder die Auslandsadoption noch die Beschäftigung als "Gastarbeiter" beseitigen die gesellschaftliche Unterentwicklung.

Sie stellen also - wenn überhaupt - Zwischenlösungen dar, die aber nicht über die kombinierte Wirkung von entwicklungs- und gesellschaftspolitischen Maßnahmen optimiert werden, wenn nicht strukturelle Veränderungen angezielt werden.

1) Gastarbeiterkind

Die Situation hängt ab von den Bedingungen der kapitalistischen Ökonomie und der ihr entsprechenden staatlichen Ausländer- und Immigrantpolitik (vgl. Das Argument, H 9/10, 1971; Schwarzbuch: Ausländer Arbeiter (1972); Nikolinakos (1973); Grundsätze zur Eingliederung 1972).

Trotz des allgemeinen Postulats der Völkerverständigung wird Partnerschaft als Integrationsmodell lediglich als Legitimationsgrundlage benutzt. Notwendige infrastrukturelle Maßnahmen werden nicht vorgenommen.

Die familiäre Situation beschränkt insgesamt die Persönlichkeitsentwicklung des Gastarbeiterkindes. Gastarbeitereltern können ihren Kindern kaum Hilfestellungen geben (obwohl sie zum Beispiel sehr bildungsmotiviert sind).

Das auch bilingual aufwachsende Kind, welches einer relevanten Gruppe angehört, wird gerade von Erwachsenen als Bedrohung erlebt, die generell in Gastarbeitern konkurrierende Arbeitnehmer sehen.

Die Gesamtsituation der Kinder mündet eher in negativen Persönlichkeitsmomenten, zudem sind sie gezwungen, sich voll zu germanisieren, um überhaupt anerkannt zu werden oder weiterzukommen (vgl. Mannzmann 1974).

Als Angehöriger eines Subproletariats hat das Gastarbeiterkind in größerem Ausmaß Identitätskonflikte zu verarbeiten, die außerdem dadurch verstärkt werden, daß oft nur inter-gruppale Kontakte problematisch sind.

Auch Erzieherinnen im Kiga lehnen Gastarbeiterkinder eher ab (dies gilt weniger für Lehrer). Gastarbeiterkinder können demnach insgesamt an den Möglichkeiten der BRD (die ohnehin Persönlichkeitsentwicklung als optimale verhindert) nicht teilhaben.

2) Adoptivkinder

Die Auslandsadoption stellt einen privaten Akt dar. Die Integration in eine Familie (deutsche Eltern) impliziert für sie eher einen sozialen Aufstieg (für den Betrachter, denn sie selbst dürften nicht die Basis entwickelt haben, um dies zu vergleichen).

Im Gegensatz zum Gastarbeiterkind erhält das ausländische Adoptivkind die deutsche Staatsbürgerschaft und kann daher seine Rechte vollständig wahrnehmen (es ist "germanisiert").

Adoptiveltern sind zudem in der Lage, mögliche Schwierigkeiten, die auftreten können, eher mit dem Kind zusammen zu verarbeiten.

Alles in allem gestaltet sich seine Entwicklung (es existiert auch kein Kontakt zum "Heimatland" oder irgendeine "kulturelle Verwurzelung") positiv, und es durchläuft eine unproblematische Sozialisation (wie Forschungsberichte zeigen). Da keine Sprachprobleme auftauchen, sind auch weniger negative Umweltreaktionen festzustellen. Im höchsten Fall erscheint das Kind wegen seines andersartigen Aussehens als Ausländer.

Da "inter-ethnische Probleme" nicht relevant sind, entwickelt sich das ausländische Adoptivkind mehr im intra-gruppalen Kontext.

Insgesamt scheint das Adoptivkind weniger Identitätsschwierigkeiten zu haben, was Konsequenzen für die Entwicklung einer Perspektive mit sich trägt, die auch auf mögliche Probleme Bezug nimmt (Partnerwahl, Schule, Beruf).

3.3.2.4. Überlegungen zu einer Perspektive gesellschaftlicher Sozialisation als Konsequenz

Obwohl objektiv jeder Sozialisationsprozeß als gesellschaftlicher, zu vergesellschaftender oder schon vergesellschafteter zu begreifen ist, verweist die besondere Problematik der Sozialisation von ausländischen Kindern in zweifacher Weise auf eine besondere Form und damit besondere Chance gesellschaftlicher Sozialisation, so daß auch spezifische Strategien zu entwickeln sind:

- 1) Das vorherrschende Prinzip der "leiblichen Blutsbande" (Prinzip der "natürlichen", familialen Blutsbanden), das innerhalb der "Familienideologie" den objektiven Inhalt familialer Erziehung

als gesellschaftlicher (Gesellschaftlichkeit)⁽⁵⁵⁾ verdeckt (auch historisch nachweisbar), wird durch das Faktum des "Adoptiertseins" in seiner Wirkung eingeschränkt und provoziert eine gesellschaftlichere Form von Sozialisation als bewußt-rationale Erziehung ("friedensrelevante Konflikterziehung").

Vorausgesetzt, daß spezifische "Zeitpläne" der Adoptiveltern und der familialen Verhältnisse die Aneignung der gesellschaftlichen Bedeutungen strukturieren und damit die Persönlichkeitsentwicklung des Adoptivkindes über eine Erziehung im Bewußtsein mit dem "Allgemeinen" steuern (Verschränkung von beruflicher, familialer und politischer Sozialisation im Kontext von Lernen, Sprechen/Denken und Arbeit/Tätigkeit), kann die Sozialisation gesellschaftlicher, politischer erfolgen.

Dies hat auch Konsequenzen für mögliche, selbstorganisatorische Initiativen von Adoptiveltern, die im Zusammenhang mit den objektiven, offiziellen Trends im Vergesellschaftungsprozeß zu betrachten sind.

Wird im ersten Kapitel die Möglichkeit und Notwendigkeit "politischer Sozialisation" über eine "elterliche Perspektive" begründet⁽⁵⁶⁾, wird im zweiten Kapitel die "Organisationsmöglichkeit" politischer Sozialisation (politische Bildungsarbeit) diskutiert, die offiziell in Bemühungen um "Partizipationsmodelle" mündet:

- 2) In Kombination mit dem Faktum des "Adoptiertseins" eröffnet sich noch in größerem Maße die Chance gesellschaftlicherer Sozialisation auf Grund der Tatsache, daß die Kinder "ausländische" sind, die aus den Länder der "Dritten Welt" stammen (manifestiert im Aussehen).

Gesellschaftliche Sozialisation im Bewußtsein mit dem "Allgemeinen" bezieht sich daher auf die Struktur-, Funktions- und Entwicklungsbedingungen des Zusammenhangs inter- und intra-gesellschaftlicher Verhältnisse, die über internationalen Vergesellschaftungstendenzen und ökonomischen Integrationsbewegungen sich bestimmen und die über die bestehenden Systemauseinandersetzungen zu begreifen sind.

Im Kontext der "Allgemeinen Krise des Kapitalismus", seit ein alternativer Entwicklungsentwurf vorhanden ist, bestimmt sich der gesellschaftspolitische Zusammenhang von Adoptionen über vorhandene objektive gesellschaftliche Beziehungen, die einerseits demokratische Potentiale aufweisen und andererseits "Krisen" in der "Dritten Welt" produzieren, innerhalb derer Kinder in bestimmte Problemlagen geraten, welche organisatorische Initiativen zur Problemlösung provozieren (vgl. TdH; ISD; Kinder-Dorf-Bewegung; Initiativen in der Folge für Problemfälle in der BRD).

- 3) Der gesellschaftspolitische Kontext der Adoptionen, der im Zusammenhang der "Verquickung" der gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD und denen in der Dritten Welt unter bestehenden Systemauseinandersetzungen zu analysieren ist, bedingt die Entwicklung einer Perspektive, die einerseits sich auf Informationen über die grundlegenden Strukturen dieses objektiven Zusammenhangs stützt und andererseits konkrete Strategien "gesellschaftlicher Sozialisation" entwickelt.

Denn, wie die Auswertung von Forschungsergebnissen gezeigt hat, besteht das Ziel nicht darin, erst einmal einen "Sonderfall" zu konstruieren, den man im Nachhinein bearbeitet, sondern in erster Linie darin, unter den gegebenen Voraus-

setzungen über eine bewußt-rationale Konflikt-erziehung eine stabile und kritische Persönlichkeit zu schaffen und Aktivitäten des Adoptivkindes in Peer-Gruppen zu fördern (z. B. in Kinderläden/Elternläden).

Die Basis zur Durchführung der Erziehung liegt in einem anzueignenden Informationsgerüst über die Verhältnisse in der Dritten Welt allgemein und aktuelle Krisenherde im besonderen, die Folgen für die Bearbeitung in der BRD zeitigen und mit denen möglicherweise die Kinder konfrontiert werden können (eine große Gruppe von chinesischen Flüchtlingen aus Vietnam soll z. B. in Münster integriert werden).

- 4) Ohne einen "Sonderfall" zu konstruieren (die Sozialisation soll als relativ unproblematisch oder "offen" behandelt werden), können auf Basis der Vorbereitung der Adoptiveltern oder ihrer eigenen Initiativen mögliche negative Reaktionen der Umwelt (vor allem auf das andersartige "Aussehen") bewußt und rational (auch zusammen mit dem Kind) verarbeitet werden.

In mehr indirekter Weise (nicht in direkter Antizipation von Problemen) sollen Adoptiveltern mehr "reagieren" als direkt intervenieren.

Über diese Strategie ist im Laufe des Sozialisationsprozesses der Aufbau einer mehr oder weniger "zweiten" (Back-) Identität möglich, die - auch verstärkt durch Teilnahme des Kindes in Peer-Gruppen -, eine solide Basis zur Verarbeitung möglicher Probleme abgibt. Familienerziehung als gesellschaftliche heißt in diesem Problembereich eben nicht, daß Adoptiveltern mehr oder weniger "öffentlich" mit direkter Blickrichtung auf ihr Kind initiativ werden (z. B. in Kigas und Schulen).

Die besondere Form gesellschaftlicher Sozialisation erfordert zwar "gesellschaftliche-politische" Erziehungsbedingungen, die aber mehr im Hintergrund mitlaufen und nicht in direkte Strategien mit dem Ziel der Sozialisation des Kindes als "spezifischer Fall oder "problematischer Normalfall" umgesetzt werden.

- 5) Auftretende Probleme, die mit dem "andersartigen Aussehen" zusammenhängen, obwohl das Adoptivkind das Kind bestimmter deutscher Eltern und ausschließlich Deutscher ist, kann das Kind auf Basis seiner stabilen Persönlichkeit selbst lösen (in Schule, Ausbildung, bei der Partnerwahl oder im Beruf), d. h. es kann auch selbst entscheiden, ob die entstehenden Probleme ihn zur Rückkehr in sein Heimatland veranlassen können.

Die Möglichkeit der Rückkehr über eine vorangegangene Kontaktorganisation soll im folgenden nur andiskutiert werden. Die Organisation von Kontakten soll weder dazu dienen, Vorurteile abzubauen noch dazu, innerhalb der BRD (vermittels von Mitgliedern der gleichen Ethnie oder anderer Ausländergruppen) über die Konstruktion eines "Sonderfalls" stabile Persönlichkeitsstrukturen zu entwickeln (von vornherein).

Die Organisation von Kontakten bewegt sich in folgendem Kontinuum:

- Relative soziale "Integration" in die Gesellschaft der BRD mit ihren Verhältnissen,
- Relative soziale "Integration" in die BRD und "Identifikation" mit ihren Verhältnissen und dem Herkunftsland (nicht direkt forciert),

- Nicht zu lösende Probleme in der BRD und Identifikation mit dem Herkunftsland (aktualisiert),
- Rückkehr in das Herkunftsland und beginnende Integration dort (in Anbetracht von möglichen Schwierigkeiten).

Um in das Herkunftsland zurückkehren zu können, müssen vorbereitende Kontakte organisiert werden, die dadurch erleichtert werden, daß Adoptiveltern Beziehungen zum Herkunftsland entwickelt haben (abgesehen von Informationen).

Die Organisation des Kontakts verweist auf mehrere Problemebenen:

- a. Die Persönlichkeitsentwicklung des Kindes in der BRD,
 - b. Die Persönlichkeit der Adoptiveltern,
 - c. Die politisch organisatorischen Möglichkeiten,
 - d. Vorbereitende, qualitativ begründete Kontaktaufnahmen (möglicherweise Reisen),
 - e. Überdenken möglicher Schwierigkeiten im Herkunftsland (Reaktionen, die sich nicht auf das Aussehen, sondern auf eine in der BRD sozialisierte Persönlichkeit bezieht), auf seiten des Adoptivkindes, auf seiten der Adoptiveltern, in Bezug auf die Gestaltung der Beziehungen Eltern/Kind nach der Rückkehr, in Hinsicht auf organisatorische Möglichkeiten der Eltern nach Rückkehr (in kooperativen Zusammenhängen).
- 6) Strategien innerhalb einer Perspektive, wie gezeigt, sollen sich abheben von idealistischen Spekulationen", die in Auslandsadoptionen ein Mittel der Völkerverständigung erblicken (Bereichung, Anregungspotential, Vorurteilsabbau) und unter Ausklammerung inter- und intra-

gesellschaftlicher Strukturen (Demokratieblockierung und demokratisches Potential) Sozialisationsprozesse auf interethnische Beziehungen reduzieren, deren "kulturellen Momente" vor allem den Gegenstand bilden.

Innerhalb einer entwicklungspolitischen Perspektive wird auf der Basis eines Gesellschaftsmodells einer ethnischen Demokratie ein "Sonderfall" konstruiert, der als Beispiel dafür erhalten soll, daß jedes Kind unabhängig von Aussehen, Herkunft in jeder Gesellschaft (Kultur) erzogen werden kann, wenn nur karikativ-humanistische Ziele (nicht gesellschaftliche) umgesetzt werden. Diese idealistische Perspektive, die wegen einer Ausklammerung der objektiven gesellschaftlichen Bedingungen unrealistisch ist, wird teilweise auch innerhalb des privaten Vereins TdH (institutionalisierte Bürgerinitiative) praktiziert, die ohnehin wegen ihres "Inselcharakters" (Abnabelung von der herrschenden Praxis und von demokratischen Bewegungen, Befürwortung nicht-adäquater wissenschaftlicher Konzepte) wenig gesellschaftliche Relevanz besitzt (Schwierigkeiten werden neuerdings sichtbar, die neue organisatorische Anstrengungen erfordern).

Alles in allem erscheint die Adoption von Ausländerkindern als eine besondere Chance gesellschaftlicher und in doppelter Hinsicht gesellschaftlicher Sozialisation wegen der Kombination des Faktums des Adoptiertseins und der Herkunft.

Adoptiveltern sollten sich aber darauf beschränken, in direkter Weise eine stabile Persönlichkeitsentwicklung ihrer Adoptivkinder zu gewährleisten (dazu eine zweite Hintergrund-Identität aufbauen: Auch, indem sie die Teilnahme an peer-groups fördern).

Ein "Sonderfall" soll nicht nur produziert werden, ehe er sich nicht im Rahmen bestimmter Probleme von selbst entwickelt.

Wird aber die Rückkehr ins Heimatland erwogen, muß in Rechnung gestellt werden, daß eine in der BRD sozialisierte Persönlichkeit im Herkunftsland auf Schwierigkeiten stoßen kann (z. B. Sprachprobleme).

Im konkreten Fall müssen die Adoptiveltern oder Adoptivkinder selbst entscheiden, ob möglicherweise auf der Ebene der Organisation von Kontakten stehengeblieben werden soll.

Lediglich auf dem Hintergrund der Schaffung einer zweiten Hintergrund-Identität können verschiedene Möglichkeiten der Organisation von Eltern/Kindern diskutiert werden (Arbeitskreise, Beratungseltern, Begleitungseltern, interfamiliale Kontakte, Initiativgruppen etc.).

Organisatorische Anstrengungen können auf folgenden Ebenen erfolgen.

- 1) Organisationsformen von Adoptiveltern und Adoptivkindern (Basisgruppen und Zielgruppen);
- 2) Adoptivelterngruppen (und möglicherweise Adoptivkinder) unter wissenschaftlichen Begleitungsprogrammen (Assistenzgruppen: friedenspolitische Handlungsforschung, friedenspolitische Bildungsarbeit, politische Bewegung);
- 3) Organisationsformen von Adoptiveltern ausländischer und inländischer Adoptivkinder;
- 4) Organisatorische Entwicklung von Kindergruppen (z. B. im Rahmen von "Kinderläden"):
 - Nur ausländische Kinder,
 - Ausländische und inländische Adoptivkinder,
 - Ausländische Adoptivkinder und andere BRD-Kinder;

- 5) Initiativen von Adoptiveltern in dritten Institutionen (indirekt);
- 6) Verstärkung von interfamilialen Kontakten im allgemeinen und in Adoptivfamilien;
- 7) Anschluß an demokratische Bewegungen (gewerkschaftlich zum Beispiel);
- 8) Falls Kontakte zum Herkunftsland hergestellt werden sollen: Auch Kontakte zu Angehörigen ausländischer Gruppen hier (ansonsten nur indirekt in Bezug auf Informationen über ihre Situation);
- 9) Elterninitiativen (z. B. gemeinwesenorientiert) nicht zur Schaffung eines "Sonderfalls";
- 10) Öffentlichkeitsarbeit von Adoptiveltern, ohne idealistische "Spekulationen" und ohne auf einen "Sonderfall" aufmerksam zu machen.
- 11) Allgemein keine Anstrengungen, die kompensatorisch und korrektiv (von vornherein und in direkter Weise) einen "besonderen Fall" bearbeiten, da das ausländische Adoptivkind in jeder Hinsicht ein deutsches Kind ist, welches sich lediglich dem Aussehen nach unterscheidet (negative Reaktionen darauf können dann mehr in indirekter Weise eingearbeitet werden, auch auf Basis organisierter Vorbereitung und des Aufbaus einer zweiten Back-Identität).

Alles in allem stellt sich die Sozialisation von Ausländerkindern zunächst einmal als unproblematisch dar.

Es kann aber die These aufgestellt werden, daß Probleme auftauchen werden (schon in der Schule vielleicht; eher bei der Partnerwahl, in der Ausbildung und im Beruf), zu deren Lösung auch Analysen anderer "problematischer Fälle" (für deren Wahrnehmung Adoptiveltern ohnehin vermittels ihrer Kinder eine größere "Sensibilität" entwickeln) herangezogen werden können.

Schlußbetrachtung

Unter der Voraussetzung, daß Adoptiveltern ihre Kinder in der BRD erziehen, sind deren gesellschaftliche Verhältnisse, deren Widerspiegelungen und Vergesellschaftungstendenzen (Reproduktions- und Sozialisationsbereich) zum Ausgangspunkt genommen worden.

Es hat sich herausgestellt, daß in der kapitalistischen Gesellschaftsformation jeder Sozialisationsprozeß im Rahmen der Möglichkeit erweiterter Reproduktion problematisch ist, daß die Sozialisationspraxis als Privatsache analysiert wird, die in offiziellen politischen Regulierungsversuchen familienideologisch wirksam wird (mit der Tendenz zur Entfaltung demokratischerer Bedingungen: zuletzt über EFB).

Die Analyse offizieller Regulierungsversuche hat gezeigt, daß Möglichkeiten demokratischer Partizipation beschränkt sind und daher Initiativen zur Durchsetzung gesellschaftlicher Sozialisation notwendig werden.

Zwar läuft die Sozialisation ausländischer Kinder relativ unproblematisch ab, ist ihre Gesellschaftlichkeit von vornherein eher gegeben, die Anwendung konkreter Perspektiven erfordert aber eine indirekte, unauffällige Verwirklichung gesellschaftlicher Sozialisation, die eben auf Basis der Durchsetzung von Familienerziehung als gesellschaftliche eine stabile Persönlichkeit und zweite Hintergrundsidentität schaffen soll, über die mögliche Problem mehr reaktiv verarbeitet werden können.

Familienerziehung als gesellschaftliche impliziert im Kern (unter den gegebenen Voraussetzungen umsetzbarer) eine Konflikterziehung im Wechselspiel von Selbstverwirklichung und Anpassung: Eine abstrakte Zeitplanstruktur (einfache Reproduktion) und der Gegensatz von persönlichem Sinn und gesellschaftlicher Bedeutung verlangt eine politisch-bewußte Konfliktbearbeitung im antizipatorischen Sinn, die sich an den Möglichkeiten erweiterter Reproduktion orientiert. Dieses demokratische "Allgemeine" ist der internationale Kontext, in dem sich eine friedensrelevante Erziehung mit den Zielen Humanität, Demokratie und Frieden festmacht.

Konfliktorientierte Erziehungspraxis (im Kontext wissenschaftlicher Begriffsbildungen und politischer Konflikte) impliziert eine demokratisch-politische Partizipation am gesellschaftlich-politischen Wandlungsprozeß, die an den Bedingungen der "Friedensherstellung" und der konkreten "Friedensdurchsetzung" anknüpft (gesellschaftliches Ziel: Frieden als Sozialismus).

Über die Orientierung an einer antizipatorischen Perspektive (unter den "besonderen Aspekten" der Sozialisation von Ausländerkindern) muß aber das Schwergewicht eine Konflikterziehung auf die Entwicklung einer stabilen und kritischen Persönlichkeitsstruktur liegen, so daß die Bearbeitung dieses "Normalfalls" von Sozialisation in Anbetracht des andersartigen Aussehens vorsichtig und indirekt erfolgen muß, um mögliche Probleme nicht von vornherein zu produzieren.

Diese Perspektive hat Konsequenzen für die Durchführung einer Familienerziehung als gesellschaftliche, für die Strategien der Begleitung der Entwicklung des Adoptivkindes im Kindergarten (Kinderladen, Vorschule), in peer-groups, in der Schule, in der Ausbildung und im Berufsleben.

Wird kein "Sonderfall" konstruiert, erweist sich die Sozialisation von ausländischen Adoptivkindern entgegen offizieller Einwände als eine Chance gesellschaftlicherer Sozialisation in der Kombination der Faktoren des Adoptiertseins und der Herkunft (nur über das Aussehen bedeutsam), die in allgemeiner Hinsicht als Beispiel einer möglichen Familienerziehung als gesellschaftlichen betrachtet werden kann.

Zum einen ist jeder Sozialisationsprozeß in der BRD problematisch: Dies kommt auch darin zum Ausdruck, daß in Theorien und in offiziellen Regulierungsversuchen nicht mehr nur "besondere Kategorien von Kindern" Gegenstand sind, sondern das Kind allgemein⁽⁵⁷⁾.

Zum anderen werden Problemfälle mehr als Form der allgemeinen Kategorie "Kind" betrachtet (z. B. körperlich, geistig, psychisch, sozial behinderte Kinder und Adoptivkinder allgemein). Drittens gelten für ausländische Adoptivkinder die gleichen Bedingungen, erweisen sie sich ebenso wenig wie inländische Adoptivkinder als besondere Problemfälle im herkömmlichen Sinne.

Im Rahmen der Kategorie Kind allgemein dagegen wird ihre Sozialisation aber offiziell oft als nicht bearbeitbar eingeschätzt (interkulturelle Verschiedenheit, Vorurteile) oder wird ihre Lage

zu einer Notsituation gestempelt, die im Nachhinein zur Tugend (im Rahmen der Kategorie Kind allgemein) erklärt wird.

Unter der Zielsetzung, allen Kindern in der Welt allgemein eine optimale Entwicklung zu gewährleisten, dient dann die Sozialisation ausländischer Kinder als ein zum Problem konstruiertes Beispiel mit Sonderstellung.

Über die Analyse des gesellschaftlich-politischen Kontextes der Adoptionen im internationalen gesellschaftlichen Zusammenhang soll dagegen der Nicht-Sonderfall der Sozialisation von ausländischen Adoptivkindern lediglich ein Beispiel schon möglicher gesellschaftlicher Sozialisation sein, deren demokratisches Entfaltungspotential objektiv schon vorhanden ist und entwickelt werden kann (unter Berücksichtigung besonderer Strategien).

In diesem Sinne sind deshalb die Theorien um die Adoptionsproblematik, die offiziellen Regulierungsversuche mit ihren Vergesellschaftungstendenzen, der internationale Zusammenhang gesellschaftlicher Verhältnisse und ihre Reflexe analysiert worden, so daß einerseits die familiäre Sozialisation/Reproduktion über den Bereich gesellschaftlicher Arbeit analysierbar ist und andererseits Familienerziehung als gesellschaftlicher "Frieden" impliziert, weil überall gearbeitet wird.

Anmerkungen zum ersten Kapitel

- (1) In der Bearbeitung des Themas wird jedoch die private Organisation Terre des Hommes nur am Rande von Bedeutung behandelt.
Zudem soll die Möglichkeit der praktischen Umsetzung vor allem theoretisch diskutiert werden: Auf Basis einer adäquaten wissenschaftlichen Theorie und im Rahmen einer politischen Strategie.
- (2) In der Literatur finden sich in dieser Hinsicht bis heute kaum Anhaltspunkte.
- (3) Von daher greift meine Arbeit aktuelle Tendenzen auf, die erst in den letzten Jahren zunehmend an qualitativer Bedeutung gewonnen haben.
- (4) Die Wichtigkeit dieses Problems konnte in den Diskussionen innerhalb des Doktorandenkolloquiums am Institut der Soziologie (WS 1978/1979) deutlich herausgestellt werden.
- (5) Im folgenden ersten Kapitel wird der Ausbildungsbereich unter einer bestimmten gesellschaftlichen Zielsetzung analysiert werden.
- (6) Zudem führte ich einige Gespräche mit einer Adoptivmutter, die zusammen mit ihrem Ehemann drei indische Kinder adoptiert hat.
- (7) Produktionsverhältnisse, Produktionsmittel und Produktivkräfte.
- (8) Vor allem im dritten Kapitel wird diese Problem über den internationalen Kontext (und "Dritte Welt") analysiert.
- (9) Diese Funktionalität gewinnt unter gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen schon in der Aneignung grundlegender Fähigkeiten in der Frühsozialisation einen konkreten Stellenwert.
- (10) Zudem wird dann Sozialisation auf latente im Unterschied zu Erziehung als manifester reduziert (Scheffold 1975).
- (11) Der Begriff der Lebensumwelt als subjektive Konstruktion der Wirklichkeit - im Koordinatensystem von Situs- und Statusvariablen - ist aber problematisch.
- (12) Von der Verinnerlichung von Motiven zu äußerem Verhalten; vom Erlernen neuer Erkenntnisse zur Verarbeitung des Gelernten; von mehr idealistischen zu mehr realistischen Perspektiven; von der Übernahme der Erwartung anderer zur Lösungsfähigkeit von Konflikten; vom Einfluß gesellschaftlicher Zwänge zur Auseinandersetzung mit rollenspezifischen Erwartungen; von um das Individuum konzentrierte Vorstellungen zu mehr Umwelt-Ansätzen.
- (13) Innerhalb dieser historischen Analyse bildet die Sozialisationstheorie des entwickelten Ganzen den Ausgangspunkt (wird dadurch aber zudem konkretisiert).

- (14) Anhaltspunkte zur "Geschichte der Adoption" werden vor allem im zweiten Kapitel über die Analyse des Adoptionsrechts gewonnen (vgl. an dieser Stelle vor allem: Kornitzer 1952; Scherpner 1966; Schapiro 1956; Engler 1972; Christensen 1967).
- (15) Eine bis in konkrete Details vorstoßende "Periodisierung" erfordert zusätzliche methodische Überlegungen, die neuerdings allerdings innerhalb einer soziologisch orientierten historischen Familienforschung Platz greifen (Tyrell).
- (16) Dieser Begriff wird in Anlehnung an Marx/Engels (unter anderem in den "Ethnologischen Notizbüchern" von Marx) gebraucht, ist aber auch insofern problematisch, als die Struktur aus heutigen "primitiven Gesellschaften" erschlossen werden muß (vgl. dazu auch das dritte Kapitel).
- (17) Diese spezifische Allseitigkeit darf jedoch nicht idealisiert werden (Kradner), da ihre inhaltliche Qualität andere Formationen in der Entwicklung voraussetzt.
- (18) Bestimmbar über die Organisation erweiterter Verwandtschaftszusammenhänge.
- (19) Die allgemeine Voraussetzung für die Trennung (scheinbare) von Produktion und Reproduktion/Sozialisation (als politische Reproduktion) ist die Existenz von Klassenverhältnissen (Privateigentum).
- (20) Diese Tätigkeitsstruktur beginnt sich mit der Transformation des Kapitalismus zu wandeln: In die Richtung der Entsprechung von gesellschaftlichen Verhältnissen und den Tätigkeiten der Individuen (dialektisch).
- (21) Die Stufe der Objekt- und Handlungswiderspiegelung (und Organisationswiderspiegelung) können sich aber überschneiden oder nebeneinander bestehen (vgl. Lewada).
- (22) Im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklung wird der Erziehungsbereich immer mehr institutionalisiert (Vergesellschaftungsgrad) und rückt der Anfangspunkt der Erziehung immer mehr in die Frühsozialisation.
- (23) Der Begriff feudale Gesellschaft entspricht inhaltlich dem des Lehnswesens. Jene existiert schon im 19. Jahrhundert, der Begriff "Feudalismus" entsteht aber erst im 17. Jahrhundert in England, als er real schon im Verschwinden begriffen ist. Seitdem wird er auch zur Analyse anderer Gesellschaften (heutige Entwicklungsländer) herangezogen (jedoch ungenau).
- (24) Sie ist für einen großen Bevölkerungsteil bis heute noch Anfangs- und Endpunkt öffentlich-gesellschaftlicher Ausbildung geblieben.

- (25) Unter Ausklammerung von Klasseverhältnissen benutzt Ariès dieses idealtypische Modell als grobes Orientierungsmuster.
- (26) Vor allem in Deutschland.
- (27) Zu diesem Zeitpunkt beginnen die Beziehungen zu den heutigen Entwicklungsländern sich zu entwickeln.
- (28) Vgl. Tomberg.
- (29) Vgl. Pirella.
- (30) Darauf komme ich noch zurück.
- (31) Pinchbeck/Hewitt (1969 und 1970) belegen die Veränderung der rechtlichen Stellung des Kindes (Waisen, verarmte und uneheliche Kinder) über die Analyse sozialpolitischer Maßnahmen.
- (32) Diese Entwicklung muß allerdings im Zusammenhang dieser Bereiche untereinander analysiert werden (über die gesellschaftliche Arbeit).
- (33) Zum ersten Mal 1960 erschienen: *L'enfant et la vie familiale sous l'Ancien Régime*.
- (34) Hunt (1970) hat versucht - wenn auch psychoanalytisch überzogen -, die Dichotomie Gesellschaft/Gemeinschaft zu widerlegen.
- (35) Vgl. Noonan (1969: 100), Wrigley (1969: 43 f).
- (36) Vgl. Peiper 1965.
- (37) Die Entwicklung der "künstlichen Nahrung" hängt unter anderem damit zusammen, daß Frauen oft das Stillen als unvereinbar mit ihrem Status ansahen oder ihre Ehemänner Einwände vorbrachten, weil während der Stillzeit der Geschlechtsverkehr tabutisiert worden ist. Diese beiden Faktoren bewirkten auch, daß Kinder zu Ammen gegeben wurden, die wegen des häufigen Todes der Mütter im Kindbett in großer Zahl vorhanden waren.
- (38) Die Entwicklung des Erziehungsschwerpunkts vom Bereich der Pflege über den des Lernens zu dem der Persönlichkeit (Funktionalität) findet ihren Ausdruck - vermittelt der gesellschaftlichen Arbeit - auch in der Entwicklung unterschiedlicher Regelungstypen: Objekt-, Handlungs- und Organisationsdisziplinierung.
- (39) Entgegen einem wissensoziologischen Ansatz läßt sich diese Entwicklung in erster Linie über die gesellschaftliche Arbeit bestimmen.
- (40) Das Spiel als dominante Tätigkeit erhält in einer spezifischen Gesellschaftsformation Klassencharakter.

- (41) Der kollektive Inhalt von Erfahrungen geht aber nicht verloren.
- (42) Innerhalb der Wissenschaften verläuft die Entwicklung von einer hierarchischen Gliederung zu einer operativen Verknüpfung.
- (43) R. Schärer verfolgt die historischen Hintergründe der Rolle der Sexualität im Erziehungsprozeß.
- (44) Diese Veränderung findet auch ihren Ausdruck in der Entwicklung bestimmter Wissenschaften, die erst im 20. Jahrhundert über unterschiedliche Entwicklungsstränge in einer Sozialisationstheorie münden (im Kontext der Dualität von Individuum und Gesellschaft, des Problems Statik/Dynamik und der Entstehung empirischer Wissenschaften, die die traditionelle Philosophie ablösen und damit den Weg zu einer fortschrittlichen ebnen).
- (45) deren Struktur, Entwicklung und Funktion über die gesellschaftliche Arbeit sich letztlich erklären lassen.
- (46) Obwohl die Eltern bemüht sind, ihre Kinder in nahegelegenen Schulen unterzubringen, ist die Trennung auf Zeit vom Elternhaus funktional für die weitere Entwicklung.
- (47) Diese Empirie ist jedoch anfänglich mit der traditionellen Philosophie noch verquickt.
- (48) Heute wird jedoch die Familie zunehmend dysfunktional.
- (49) In meiner Magister-Arbeit ist dieses Problem auch ungenau analysiert worden.
- (50) Der Fehler von Ariès kann auch dazu führen, im Wechsel der Generationen eine Quelle sozialen Wandels anzusiedeln.
- (51) In Richtung empirischer Qualität.
- (52) Deren aktuellen Dimensionen werden im zweiten Kapitel noch näher analysiert.
- (53) Die Kategorie Kind allgemein gewinnt erst nach und nach an Wichtigkeit, womit sich auch Problemfälle und ihre Einschätzung anders gestalten.
- (54) Auf dieser Basis ist ja die Sozialisationstheorie im wissenschaftlichen Kontext analysiert worden und auch ihr Entstehen erst möglich geworden.
- (55) Vgl. Rilling 1975
- (56) Dies drückt sich zudem in einer immer mehr sich versissenschaftlichenden Erziehung aus: Eltern erziehen zunehmend im Bewußtsein des Zusammenhangs mit dem "Allgemeinen" (demokratisches Potential: im inter- und intragesellschaftlichen Kontext).

- (57) viele wissenschaftlichen Arbeiten zur Adoptionsproblematik
- (58) In der Analyse soll es mehr um die gesellschaftlichen Bedingungen von Zeitplänen gehen als um die von konkreten "Biographien" (Topologie).
- (59) Dieses Modell ist vor allem über den Begriff "Kapitalismus" bestimmbar.
- (60) Sève lehnt die Psychoanalyse nicht generell ab, sondern fordert die Aufgabe eines "Substanzmodells".
- (61) In der folgenden Darstellung kritisiere ich vor allem die Vernachlässigung der Widerspiegelungstheorie.
- (62) Darauf verweist auch Läßle.
- (63) Juxtastruktur als funktionales Determinationsverhältnis verweist auf die Organisation zwischen gesellschaftlichen Verhältnissen und den Individuen (bezogen auf die Tätigkeit und bestimmte Regelungstypen).
- (64) Diese bestimmt sich kybernetisch als negative unter homöostatischen Bedingungen und als positive, wenn das Werden und Wachsen (Entwicklung als Möglichkeit) verbunden sind (vgl. Watzlawick 1969).
- (65) Im kybernetischen Sinne kann die Information als synonym mit der Widerspiegelung betrachtet werden.
- (66) Auch in der Familie
- (67) Im Kypernetischen Sinne bezieht sich Steuerung auf einen geschlossenen Regelkreis, Regelung auf einen offenen.
- (68) Über die Ebene der bloßen Rolle führt die Berücksichtigung des Handlungsplans allein lediglich zu einem Umweltkonzept.
- (69) auch als verallgemeinerte Existenzweise
- (70) Die vorangegebene Analyse legte mehr die demokratische Möglichkeit bloß.
- (71) Nach Zelený gehört der Begriff der "Verdinglichung" einer vergangenen Wissenschaftsepoche an. Er dient an dieser Stelle mehr der Illustration (gemeint ist die "Umgehung" des Bewußtseins).
- (72) vgl. Anm. 71
- (73) und der politischen Dimension der Ideologie
- (74) Deswegen bilden die Bemühungen um die Familie - vermittelt über die Eltern- und Familienbildung - eine Konsewuenz dieser Widersprüchlichkeit (auch in ihren positiven Momenten).

- (75) Vgl. den Parsonsschen Dualismus instrumentell/ expressiv, der über die empirische Analyse von "männlichen" Probanden "bestätigt" worden ist.
- (76) Vgl. dazu den Abschnitt über das Problem "ethnischer Vorurteile" im dritten Kapitel.
- (77) Diese Dialektik stellt den Angelpunkt der Möglichkeit und Notwendigkeit gesellschaftlicher Sozialisation dar.
- (78) vermittelt über Sprechen/Denken
- (79) Im bernetischen Sinne verweist der Begriff inhaltlich auf ein offenes, dynamisches System, dessen Organisation (Funktion, Struktur) durch "Übersummation" gekennzeichnet ist.
- (80) entgegen einem idealistischen, bürgerlichen Identitätsbegriff, wenn sich die Gesellschaft darin auch positiv ausdrückt.
- (81) Die Stufenfolge ist qualitativ vom entwickelten Ganzen her einzuschätzen.
- (82) Die kurze Skizzierung bezieht sich vor allem auf den operationalen Aspekt zur Durchführung von empirischen Analysen.
- (83) vgl. dazu kritisch: Hager u. a. 1973
- (84) Ein Modell der Bedeutung von Gesellschaftsbildern gewinnt an dieser Stelle seinen Stellenwert.
- (85) Die Inhalte und die Formen der Störung und ihrer Reflexe ändern sich im historischen Verlauf. Das Adoptivkind als "Problemfall" findet erst Ende des 19. Jahrhunderts Interesse (siehe das zweite Kapitel: Adoptionsrecht).
- (86) Adoptivkinder befinden sich noch nicht einmal auf der Ebene der Objektwiderspiegelung (orientiert an der Zone der nächsten Entwicklung). Auf das Problem der Erfassung "kultureller Probleme" (interkulturell) komme ich im dritten Kapitel zu sprechen.
- (87) I und II beziehen sich vor allem auf die Sozialisation von Adoptivkindern.
- (88) vgl. Anm. 87
- (89) vgl. Bremner 1970; Peiper 1965
- (90) Daneben spielen Vorstellungen von der unehelichen (unehrenhaften) Geburt und Bedenken gegenüber Angehörigen "niedriger sozialer Schichten" eine negative Rolle.
- (91) vgl. den Abschnitt "Adoptionsrecht" im zweiten Kapitel

- (92) Diese Ambivalenz schlägt sich auch in der Konstruktion "anthropologischer Konstanten" nieder (siehe das dritte Kapitel).
- (93) "Der junge Genosse"; "Das Proletarische Kind"
- (94) Bedeutung von "Krisenherden" im gesellschaftlichen Zusammenhang (national wie international).
- (95) vgl. die Charta von TdH
- (96) siehe das dritte Kapitel
- (97) z. B. die sozialpolitischen Lösungsversuche in der Weimarer Republik (vgl. das zweite Kapitel)
- (98) Negative Folgen zeitigt dieses Modell auch, wenn es darum geht, die Adoptivfamilie adäquat einzuschätzen.
- (99) vgl. Lepenies zum Interesse an den "Wilden innerhalb der sich konstituierenden bürgerlichen Gesellschaft"
- (100) vgl. die Entwicklung auch zwischen 1933 und 1963 (Pechstein)
- (101) vgl. dazu Bielicki
- (102) Im dritten Kapitel wird dies Problem über die Analyse der Erziehung in der vietnamesischen Gesellschaft noch präzisiert.
- (103) Oft wird innerhalb der Adoptionsvermittlungspraxis die Nicht-Erwerbstätigkeit der Frau vorausgesetzt.
- (104) unter dem Blickwinkel einer besonderen Perspektive gesellschaftlicher Sozialisation im Rahmen spezifischer Probleme
- (105) Die Handlungsperspektive wird im dritten Kapitel strategisch mehr an einer konkreten Konflikterziehung im gesellschaftlichen Kontext festgemacht (weniger finden wissenschaftliche Begleitungsmöglichkeiten in direkter Form Berücksichtigung).
- (106) Dieses Problem muß jedoch im Kontext gesellschaftlicher Zusammenhänge analysiert werden (siehe das dritte Kapitel).

Anmerkungen zum zweiten Kapitel

- (1) Und damit wird seine Regelungseffizienz imd Produktions- und Reproduktionsprozeß auf wissenschaftlicher Basis gesteigert.
- (2) Ihr problematischer Charakter hat sich über einen langen historischen Zeitraum entwickelt (mit Entstehung des Kapitalismus).
- (3) Auf Basis einer Totalitarismus - Idee über Systemvergleiche beschränkt sich dann die Analyse auf die Differenz nicht-parlamentarischer und parlamentarischer Demokratie.
- (4) Es soll auf diese Weise die "soziale Ratio" erfaßt werden.
- (5) Der Zusammenhang von Staat und Gesellschaft löst sich auf, indem nur noch die Binnenrationalität den Gegenstand bildet.
- (6) Diese Analysen sind jedoch auch im historischen Kontext zu betrachten.
- (7) unter Aufgreifen der negativen und positiven (transformativen) Momente gesellschaftlicher Entwicklung
- (8) Die absolute Ineins-Setzung von Staat und Kapital klammert mögliche positive Merkmale aus, die Übergänge markieren.
- (9) aber eben nicht nur
- (10) M. Draht will Staat und Gesellschaft überhaupt trennen.
- (11) Einerseits werden neue Sicherungssysteme notwendig, andererseits sehnen sich "Intellektuelle" nach der alten Ordnung (vgl. Ariès; Riehl).
- (12) Auf diese Weise wird aber die Gleichheit auch zum Problem, das Lösungen provoziert.
- (13) Die Organisationsstrukturen dürfen nicht mit den politischen Formen verwechselt werden.
- (14) Darin liegt der Tendenz nach die demokratische Struktur des Staates begründet.
- (15) Qualifikationen und soziale Verhaltensweisen sind verlangt.
- (16) In diesem Bereich liegt die Funktionalität der Familienideologie begründet.
- (17) Über diesen Widerspruch sind die fehlgeschlagenen Reformen im Bildungsbereich einzuschätzen.

- (18) Staatliche Aktivitäten schwanken nicht zwischen Zuckerbrot und Peitsche hin und her, sondern besitzen der Struktur nach ein breites Spektrum (vgl. Gerstenberger).
- (19) Die Organisationsformen erfüllen spezifische historische Funktionen.
- (20) Der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital drückt sich in historisch spezifischen Klassenkämpfen aus.
- (21) Die Wahrnehmung von Funktionen, deren Grenze sich in den materiellen Mitteln und Instrumenten ausdrückt, erklärt sich über das besondere Geschäft der gesamtgesellschaftlichen Arbeitsteilung.
- (22) Darauf wird im Verlauf der Analyse im zweiten Kapitel der Schwerpunkt liegen (auch in Hinsicht auf die Identifizierung demokratischer Potentiale).
- (23) gebunden an eine sozialistische Organisation der wirtschaftlichen Verhältnisse, die ja sogar im Ahlener Programm auch die CDU vertreten hat.
- (24) Die demokratischen Möglichkeiten unterhalb dieser autoritären Formen dürfen aber nicht ausgeklammert werden.
- (25) Die Widersprüchlichkeit ist aber in seinen positiven und negativen Momenten zu analysieren, so daß die verabsolutierende Feststellung einer Variation von Formen bei gleicher Grundstruktur (Faschismus oder Demokratie) zu einfach ist.
- (26) vgl. zur Begriffsbestimmung: Pankoke 1970; Pfeffer 1972; Offe 1977
- (27) Transformative (demokratische) Momente werden in der Praxis oft von privaten Trägern kleingearbeitet, da eben nur abstrakte Regelungen von allgemeinem gesetzlichen Charakter (zum Zweck von Sonderinteressen) existieren.
- (29) Es scheint, daß Offe den Staat als Moment der Gesellschaft unterschätzt, weil er sein Binnen-System überzeichnet.
- (30) Als alternative "Radikallösung" mit demokratischem Charakter bietet sich der Sozialismus an, wenn die Arbeiterbewegung stark genug ist.
- (31) Die Wissenschaft stand hier vor dem Problem (wissenschaftliche Objektivität und staatliche Souveränität als Gegensatz), daß der Staat in seinem Programm immer mehr von gesellschaftlichen Interessen abhängig wurde und auf der Ebene der Praxis die mögliche Zentralisierung von Politik und Generalisierung von Recht fiktiv wurden.
- (32) Politik und Ökonomie dürfen eben nicht getrennt werden.

- (29b) gegründet 1873
- (30b) Das Problem der "materialen Gerechtigkeit" verschwindet zum Zweck der optimalen Regelung auf Basis von Sonderinteressen.
- (31b) Es entstand ein Richtungskampf zwischen Kathedersozialismus und Staatssozialismus, an dessen Endpunkt eine induktive Plattform sich durchsetzte (empirisch-historisch).
- (32b) Dennoch kommt der Gesamtzusammenhang, der eine Lösung des Problems des Gegensatzes von Statik und Dynamik auf Basis einer allgemeinen Theorie provoziert, immer mehr in den Blick (vgl. das Problem der Sozialtheorie als Suchraster im Kontext von Sozialisations- und gesellschaftlichen Zielen).
- (33) im Verhältnis von Organisationsstruktur und politischer Form
- (34) im Kontext der Sicherung langfristiger und kurzfristiger Kapitalinteressen
- (35) Innerhalb dieses Trends liegt der Wandel in der Regulierung der familialen Sozialisation begründet.
- (36) vgl. "Materialien zum Bericht der Lage der Nation" 1971, 1972, 1974; die Jugendberichte 1965, 1968, 1972, 1976 (vor kurzem erschienen); die Familienberichte 1968, 1975
- (37) Lüscher betrachtet aber die Sozialpolitik fürs Kind mehr als Sozialisationspolitik.
- (38) Die praktische Wirksamkeit widerlegt schon der 1. Familienbericht.
- (39) Aspekte der "politischen Bildung" werden noch im dritten Kapitel über die Darstellung von "Friedenstheorien" konkretisiert (vgl. auch das erste Kapitel in Hinsicht auf den Abschnitt über politische Sozialisation).
- (40) Die Haltung der SPD-Regierung ist jedoch in ihrer Ambivalenz zu bestimmen.
- (41) Dieses Strukturproblem läßt sich schon in der Weimarer Zeit konstatieren.
- (42) Den Autoren entgeht einerseits, daß Wygotskis Buch schon 1934 erschienen ist, und andererseits dieses den Ansatz von Piaget widerlegt.
- (43) Darauf soll nur kurz eingegangen werden, wenn auch bemerkt werden muß, daß dieser Bereich teilweise genauer behandelt worden ist als im zweiten Familienbericht.

- (44) In der BRD existiert bis heute kein eigenständiges Familiengesetz (vgl. auch Plat).
- (45) Entscheidend ist aber, daß in der BRD sowohl sogenannte "Normalfälle" als auch "Problemfälle" nicht in Hinsicht auf den materialen Inhalt geregelt werden.
- (46) Auf dieses Grundproblem komme ich noch zu sprechen, wa vor allem in dem Kontext zu analysieren ist, daß große Bevölkerungsteile nicht nur bevormundet werden, sondern auch im Entscheidungsprozeß direkt übergangen werden.
- (47) Dies bezieht sich offensichtlich eher auf Untersuchungen in der BRD (vgl. da die Forschungsarbeiten innerhalb der TdH).
- (48) Es wird aber noch sichtbar werden, daß dieser sogenannte "untypische Fall" eben auf Basis eines spezifischen Familienprinzips ebenso "typisch" ist wie sogenannte quantitativ relevantere Probleme und "Normalfälle".
- (49) vgl. dazu Watzlawick u. a. 1969
- (50) vgl. das erste Kapitel
- (51) wenn auch wegen des gewählten Ansatzes (keine allgemeine Theorie, über die die gesellschaftlichen Ziele in den Blick kommen) Familienpolitik mehr als Sozialisationspolitik betrachtet wird.
- (52) Der Staat muß daher in seine eigentliche demokratische Funktion gedrängt werden.
- (53) In diesem Kontext ist auch zu kritisieren, daß sich die Gewerkschaften wenig um die Organisation der Familie kümmern haben.
- (54) In diesem Zusammenhang ist auch die Aktualität des Verhältnisses von historischer Familienforschung und Familiensoziologie zu begründen (vgl. Tyrell).
- (55) Es ist auch wichtig, die Modellversuche in sozialistischen Ländern, in denen eine eigentliche Fp nicht existiert, weil die gesellschaftliche Arbeit im Mittelpunkt steht, einzuberechnen.
- (56) Der Referentenentwurf (1973) betrachtet die Adoptivfamilie mehr unter dem Gesichtspunkt, daß die "natürliche" Familie nicht imitiert werden soll.
- (57) In diesem Kontext liegt auch das Problem der Systemvergleiche begründet, die der Tendenz nach aber immer adäquater werden, so daß Alternativen notgedrungen in den Blick geraten.
- (58) Das Verständigungssystem (auf Basis gesellschaftlicher Beziehungen) wird diskreditiert.
- (59) Festzuhalten ist aber, daß die Soziologie in der offiziellen Politik Eingang gefunden hat.

- (60) Die Autoren schieben ja ein Klassenmodell undiskutiert beiseite (vgl. dagegen Lukesch).
- (61) Es fehlt noch ein Gesamtkonzept der Familienpolitik (vgl. Grossmann 1976).
- (62) In der Antwort der Bundesregierung (Situation der Kinder in Deutschland, Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, Drucksache 7/3340, 1975) wird die Zahl der Kindesmißhandlungen als übertrieben abgetan.
- (63) In der Rechtssphäre herrscht eben eine traditionelle Sichtweise nach dem Prinzip der Institutionenkunde vor (vgl. auch Ansätze der Rechtssoziologie).
- (64) Die "formale Erlaubnis" der Eltern ist wichtig.
- (65) In der BRD existiert eine Zugewinnngemeinschaft als Kombination der Gütertrennung des Mittelalters und des römischen Totalsystems.
- (66) Das heißt aber nicht, daß die Organisation der Familie lediglich funktional für die Bereitstellung von "Rekruten" ist (vgl. Schelsky, in: Ludz (Hrsg.) 1964)
- (67) Vgl. auch Krader zum Problem der Entstehung der Familie über die "Ethnologischen Notizbücher" von Marx
- (68) nach Bahro 1968
- (69) Das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft muß als dialektisches analysiert werden.
- (70) Die Lage der Frau stellt seit Marx/Engels den Angelpunkt der Familienpolitik dar.
- (71) Organisatorisch drückt sich dies darin aus, daß Probleme von Kindern und Jugendlichen über das Ministerium der Arbeit angegangen werden (vgl. AGJ-Mitteilungen, Nr. 76, Dez. 1975, 71 ff).
- (72) Vgl. die Adoption Moses' durch die Tochter Pharaos von Ägypten
- (73) Über das germanische Adoptionsrecht ist wenig bekannt.
- (74) Doch herrscht im Landrecht oft da römische Recht vor, in den Stadtrechten existieren besondere Formen.
- (75) Waisenhäuser weigern sich oft, uneheliche Kinder aufzunehmen.
- (76) Die Maßnahmen sind im Kontext einer fehlenden Sozialgesetzgebung, der wirtschaftlichen Rezession, des Systems der Kinderarbeit und der Zunahme der Bevölkerung zu interpretieren.

- (77) Die Kinderarbeit wird verboten (mehr formal), es entsteht eine Sozialgesetzgebung (aber ein Sozialistengesetz), werdende Mütter werden geschützt, eine Pflegekindereinrichtung wird installiert.
- (78) BGB von 1896 (Adoption im vierten Buch im 2. Abschnitt von "Verwandtschaft")
- (79) Vgl. zu diesem Problem in neuster Zeit: Der SPIEGEL, Nr. 38, 26. Jahrgang, 1972; derselbe, Nr. 17, 1976
- (80) Die natürlichen, biologischen Blutsbanden bilden hier ein Versatzstück einer rassistischen Ideologie.
- (81) Es steht aber mehr ein System von "Notmaßnahmen" im Vordergrund.
- (82) Eine in der pränatalen Phase liegende Einwilligung und eine Blanko-Adoption werden aber abgelehnt.
- (83) Daß die Zahl der ehelichen Kinder in Heimen zunimmt (Napp-Peters), widerspricht anderen Zahlenbeispielen (vgl. AGJ-Mitteilungen Nr. 65/66).
- (84) Dieses öffentliche Interesse zeigt sich auch in verschiedenen Zeitungen (z. B. Der SPIEGEL, Nr. 46, 1974; Die "Zeit", 9. Mai 1969; "Stern", Nr. 12, 1971) und in Fernsehaktionen (z. B. ARD, 11. Juli 1974, "Eine Lobby für Kinder").
- (85) In der Dritten Welt verhindert oft ein spezifisches Clan-denken die Adoption (es existiert mehr eine Art "fictive Kinship").
In Stammesgesellschaften finden alleinstehende Kinder oft eine Funktion in Arbeitskooperativen (vgl. Terray).
- (86) In meiner Arbeit soll aber nicht eine Bewußtseinsänderung von Sozialarbeitern in der offiziellen Adoptionspraxis angepeilt werden, sondern eher eine Perspektive gesellschaftlicher Sozialisation ausländischer Kinder diskutiert werden.
- (87) Seit 1967 sind 1.194 Kinder aus Vietnam, Bolivien, Korea, Kolumbien, Ecuador, Äthiopien, Indien, Sri Lanka vermittelt worden, deren Sozialisations nur zu 1,5 % scheiterte (18 Fälle).
- (88) Im SPIEGEL (Dezember 1975; vgl. auch Le Monde, Paris, 17. Dez. 1975) wird das Problem der Adoption teilweise unrichtig dargestellt ("Zwangsadoptionen").
- (89) Prinzipien 1 - 5: Adoption zum Wohl des Kindes; Ausschöpfung von Alternativen vor der interstaatlichen Adoption; verstärkte Anstrengungen zum Aufbau von Adoptionen innerhalb eines Landes; Regelung der Situation von schwer zu vermittelnden Kindern; Überprüfen von Alternativen vor der Trennung von Verwandten.

- (90) Die Organisation der Adoptionsvermittlung nach 1945 wird als Akt der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts begriffen (BR-Drucksache 7/1975: 9).
- (91) Vgl. z. B. "Situation der Kinder in Deutschland", 1975
- (92) Die Aktualität der EFB läßt sich auch über den Boom des Entstehens von Elternbüchern seit 1970/1971 feststellen, die aber meist "pöbelwissenschaftlichen" Charakter besitzen, wie eine Durchsicht der vorhandenen Literatur der Stadtbücherei in Münster ergeben hat.
- (93) In diesem Kontext läßt sich auch die entwicklungsge- rechte Darbietung von Kindersendungen im Fernsehen be- stimmen (71 % der Dreijährigen sehen 1972 fern, vgl. Schleicher 1977: 102).
- (94) Offensichtlich werden vor allem diejenigen weltanschau- lich diskriminiert, die in der Schule tätig werden wol- len, weniger diejenigen, die schon kleine Kinder "ideo- logisch" in gesicherter Position indoktrinieren.
- (95) Es soll an dieser Stelle aber nicht die absolute "Ei- genständigkeit" des Staates postuliert werden.
- (96) Transformative Momente in der staatlichen Regulierungs- tätigkeit ließen sich wohl kaum feststellen, wenn ein zum Vorteil partikularer Gruppen absolut funktionieren- des System vorhanden wäre.
- (97) nicht nur beschränkt auf "elitäre" Eltern (vgl. den 2. Familienbericht)
- (98) TdH muß vorgeworfen werden, daß sie in diesem Kontext die private nicht mit der Öffentlich-gesellschaftlichen Existenzweise vermitteln kann.

Anmerkungen zum dritten Kapitel

- (1) Vgl. die noch laufende Forschungsarbeit von Annette Stepmann (Fertigstellung bis Ende 1979)
- (2) International Monetary Fund; International Bank for Reconstruction and Development; General Agreement on Tariffs and Trade
- (3) Darüber geben die Zeitschriften von TdH Auskunft; vgl. auch "El Tiempo", Bogota, 8. Okt. 1972
- (4) Der Begriff Imperialismus ist aber nicht gleichbedeutend mit dem der "Allgemeinen Krise".
- (5) Bis zum Zweiten Weltkrieg, bis Ende der 50er Jahre, seitdem
- (6) orientiert an der "Allgemeinen Krise des Kapitalismus" 1976
- (7) Das Verhältnis zwischen Monopolkapitalismus und der allgemeinen Krise ist der Entstehung nach über die Herrschaft der Monopole zu analysieren (Periodisierung).
- (8) Die Struktur der Entwicklungshilfe erklärt sich aus der Vermittlung (neben der ökonomischen Grundlage) durch das Auswärtige Amt und das Bundesverteidigungsministerium (vgl. Pätzoldt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/1973).
- (9) Dieser Begriff meint das Bündnis zwischen den größten Monopolen, dem Militär und Vertretern im Staatsapparat, wenn jenes auch konkret nachzuweisen ist (vgl. Milibrand; Begriff: Der Imperialismus der BRD 1972: 497).
- (10) Galbraith weist auf den Zusammenhang zwischen dem Ende des Vietnam-Krieges und der Dollarkrise hin.
- (11) Es sind 80 neue Staaten entstanden, wenn auch zwischen ihren organisationsformen differenziert werden muß.
- (12) Als Kriterium gilt nicht das Maß der Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit.
- (13) Ein großer Teil davon innerhalb der Nato
- (14) Erdöl (20 % der Energieträger), Erdgas (6 %) werden ausgebeutet. Der Abbau der Kohle, die 92 % ausmacht, wird aus Profitgründen vernachlässigt.
- (15) ITT ("Allgemeine Krise ...": 189)
- (16) Durch die Ausnutzung von Lohngefällen wird zusätzlich die Diskrepanz unter den EL selbst größer.

- (17) "Allgemeine Krise ..." 1976: 207
- (18) Weltgewerkschaftsbund, Weltverband der Arbeitnehmer, Internationaler Bund Freier Gewerkschaften
- (19) Zusammenschlüsse existieren in Produktionsbereichen von Eisen, Bauxit, Kupfer, Kaffee, Bananen, Kakao und Naturkautschuk (vgl. z. B. das Einschreiten des ITT mit Hilfe des CIA in Chile und Spendenaktion der CDU/CSU).
- (20) Stämme, Dörfer, Städte, Ethnien, Minoritäten; Agrarstruktur feudalistischer oder halbfeudalistischer Art; kapitalistische Verhältnisse; sozialistische Gesellschaften
- (21) "Patriarchalische Wirtschaftsformen"; Agrarstruktur und Leichtindustrie; monopolistische Strukturen in Rohstoff exportierenden Ländern; staatsmonopolistisch organisierte Verhältnisse
- (22) Im Zusammenhang des Bündnisses von Regierungsbeamten, Bodenspekulanten, Multis und Plantagenbesitzern (vgl. die Göttinger Gesellschaft für Völkerkunde, DGV: Sigrist 1974).
- (23) PV und PK in ihren technischen und gesellschaftlichen Aspekten: Arbeitskraft und Produktionsmittel/Gegenstand der Arbeit und Arbeitsmittel
- (24) Vgl. die historische Analyse im ersten Kapitel
- (25) Häuptlinge haben durch bestimmte ökonomische Austauschbeziehungen eine Vormachtstellung erlangt, die durch imperialistische Einflüsse verstärkt auch eine Auflösung traditioneller Strukturen bewirken.
- (26) Zu diesem Zweck sind die Leitungs- und Kontrollfunktionen nicht auf politischer Ebene institutionalisiert (egalitäre Strukturen).
- (27) Sie werden als Arbeitskräfte auf die Kooperative verteilt. Über rituelle Imitation des naturwüchsigen Eltern/Kind-Verhältnisses können auch "Adoptionen" als Formen einer "fictive Kinship" begründet werden (vgl. auch die bewußt-politischen "Ersatz-Adoptionen" bei den Irokesen und Inkas).
- (28) Vgl. Salifou 1974; Ocitti 1973; Rothe 1969; Alt 1956
- (29) Über die Analyse der vietnamesischen Gesellschaft wird noch deutlich werden, inwieweit spezifische ökonomische Strukturen den Sozialisationskontext strukturieren.
- (30) Im halb-feudal strukturierten Vietnam müssen zusätzlich die Kriegsverhältnisse einbezogen werden, unter denen Veränderungen (vgl. die Reformen der FLN, die durch am japanischen Modell orientierte Maßnahmen der südvietnamesischen Regierung wieder neutralisiert wurden), eine spezifische Gestalt gewannen (Krisenherd).

- (31) Diese Ambivalenz sollte lediglich interessenthalber aufgeführt werden, ohne eine moralisch-neutrale Haltung einnehmen zu wollen.
- (32) Vgl. auch im Rahmen der Entwicklung von sozialisations-theoretischen Konzepten im ersten Kapitel (Funktionalität für die Ausbildung)
- (33) Innerhalb des Systems der Sekundärbildung herrscht oft ein "bürgerlicher" Bildungsbegriff vor.
- (34) Für die Adoptionsproblematik gewinnt die Schule insofern an Bedeutung, weil hier zum ersten Mal mit Problemen zu rechnen ist (viele über TdH vermittelte Kinder befinden sich jetzt im Schulalter).
- (35) Vgl. die Beschlüsse der KFZE
- (36) im Kontext der demokratischen Bewegung (nicht isoliert)
- (37) Vgl. Fernsehsendung zu Beginn des Jahres
- (38) vermittelt über eine gewerkschaftliche Strategie
- (39) Dieses Problem soll aber nur am Rande interessieren (im Kontext der Vergesellschaftungstendenzen).
- (40) Nicht demokratische Lebensformen sollen abgeschafft werden, sondern ihre Strukturierung durch kapitalistische Verhältnisse.
- (41) Es darf nicht übersehen werden, daß in der DDR ein wehrkundlicher Unterricht schon in der Vorschule ansetzt (im intersystemaren Zusammenhang interpretierbar).
- (42) Im ersten Weltkrieg fand die Einstellung, im zweiten mehr das Verhalten Interesse.
- (43) Dieser Zusammenhang schlägt sich immer mehr in bildungspolitischen Bemühungen nieder.
- (44) Es läßt sich an dieser Stelle die Vermutung äußern, daß den Peer-Gruppen ein besonderer Stellenwert zukommt.
- (45) ältere, weiße Kinder: Kadushin 1967;
Schulkinder: Lawder u. a. 1969;
ältere Adoptivkinder: Fanshel u. a. 1970;
adoptierte Mischlingskinder: Nordlie 1962;
japanische Kinder: Welter 1965;
ältere Kinder: Kadushin 1970;
indianische Kinder: Fanshel 1972.
- (46) vorausgesetzt, es wird kein Sonderfall konstruiert
- (47) auf Basis wissenschaftlicher Konzepte

- (48) Unabhängig von der Kritik des Kulturbegriffs wird die "Kulturspezifität" oft auf bloß physische Attribute reduziert (Aussehen), die Vorurteile provozieren.
- (49) In ihr soll sich ja das Kind die Kulturtechniken aneignen und seine egozentrischen Wortbildungen überwinden, indem es mit dem kommunikativen Sprechen der Umgebung konfrontiert wird (B. Hülsmann, S. 143; Übergang zur Organisationswiderspiegelung).
- (50) Maar behauptet, daß die BRD gute Beziehungen zu den EL entwickelt hat.
- (51) über interkulturelle Beziehungen (im Kontext inter- und intragesellschaftlicher Verhältnisse)
- (52) Oft herrscht bei Einwanderern eine Zweisprachigkeit ohne Diglossie vor, existiert in Kolonialländern eine Diglossie ohne Zweisprachigkeit.
- (53) im politischen und ökonomischen Zusammenhang zu begreifen
- (54) entgegen relevanten Forschungsergebnissen zu diesem Problem
- (55) in Entsprechung zu den relevanten gesellschaftlichen Interessen
- (56) im Kontext von Wissenschaft (die ebenfalls gesellschaftlich-historisch bedingt ist), die für den Vergesellschaftungsprozeß funktional ist
- (57) Trotz der Widersprüchlichkeit drängt sich das Allgemeine (demokratisches Potential, erweiterte Reproduktion der Persönlichkeit als Möglichkeit) zunehmend auf.

Literatur

- Abels, H. (Hrsg.), 1971. Sozialisierung in der Schule, Kettwig
- Achinger, H., 1959. Soziologie und Sozialreform, Verhandlungen des vierzehnten Deutschen Soziologentages vom 20. bis 24. Mai 1959 in Berlin, Stuttgart
- Ackermann, P. (Hrsg.), 1974. Politische Sozialisation, Opladen
- Adam, H., 1973. "Marxismus und Theorie der Persönlichkeit", Protokoll einer Diskussion der Arbeitsgemeinschaft "Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten" der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR am 25. 5. 1973, Pädagogik, 28, 1099 - 1110
- derselbe, Kultureller Pluralismus als politischer Konflikt, in: Dritte Welt, Jg. 2, 1973, 44 - 58
- Adhikari, G., 1964. The Problem of the Non-Capitalist Path of Development of India und the State of the National Democracy, World Marxist Review, vol. VII, No. 11 (Nov. 1964)
- Adoptionsrecht, 1976. (Gesetz über die Annahme als Kind und zur Änderung anderer Vorschriften), BGBl., 2. Juli 1976, Nr. 78, 1749 ff
- Adoptionsvermittlungsgesetz, 1976. (Gesetz über die Vermittlung der Annahme als Kind-AdVermiG), BGBl. I, 2. 7. 1976, Nr. 78, 1762 ff
- Adorno u. a., 1950. The authoritarian personality, N.Y.
- AGJ (Hrsg.), 1968. Die Aufgaben des Jugendamtes nach § 5 Abs. 1 JWG, Erläuterungen zum Aufgabenkatalog, Bonn
- Agnoli, J. u. P. Brückner, 1968. Die Transformation der Demokratie, Frankfurt
- Akademischer Dienst, 1975
- Alavi, H., 1972. Theorie der Bauernrevolution, Stuttgart
- Albers, w., 1976. Die wissenschaftlichen Aussagen ..., in: Zeitschrift f. Soziologie, 5
- Albrecht, U. / Sommer, B.A., 1972. Deutsche Waffen für die Dritte Welt - Militärhilfe und Entwicklungspolitik, Rheinbeck
- Allgemeine Krise des Kapitalismus, 1976. Frankfurt
- Alliierte Kontrollbehörde in Deutschland, 1947. Direktive Nr. 54, 25. Juni 1947
- Allport, G.W., 1971. Die Natur des Vorurteils, Köln
- Alt, R., 1948. Die Industrieschule. Ein Beitrag zur Geschichte der Volksschule, Berlin
- derselbe, 1956. Vorlesungen über die Erziehung auf frühen Stufen der Menschheitsentwicklung, Berlin (Ost)

- Alt, H., 1970. Die Arbeitserziehung unter den Bedingungen der großen Industrie und des Kapitalismus der freien Konkurrenz, in: Monumenta paedagogica, Bd. 10, Zur Geschichte der Arbeitserziehung in Deutschland, Teil 1, Berlin (Ost)
- Altwater, E., 1971. Industrie- und Fabriksschulen im Frühkapitalismus, in: Materialien zur Politischen Ökonomie des Ausbildungssektors (hrsg. v. E. Altwater u. F. Hüskens), Erlangen
- derselbe, 1973. "Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus", in: Probleme des Klassenkampfes, Nr. 3 (nach: Heinrich)
- Amin, A., L'Accumulation à l'Echelle mondiale, Dakar 1970 (und Paris 1971)
- Anderson, D.C., 1971. Children of Special Value: Interracial Adoption in America, N.Y.
- Ansprenger, F., 1972. Eine politische Länderkunde, Berlin
- Antoun, R. / Harik, I.F. (hrsg.), 1972. Rural Politics and Social Change in the Middle East, London
- Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe, 1974. AGJ-Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Adoptionsrechts und zum Referentenentwurf eines Gesetzes über Adoptionsvermittlung, Sonderdruck, März 1974
- Arbeitsgruppe Umwelttaxonomie (T. Bargel, K. Gloy, U. Heinke, G. Presch, H. Walter), 1971, 1972, 1973
- Arbeitsgruppe Vorschulerziehung, DJI, Zum Curriculum "Soziales Lernen", in: betrifft: erziehung, 1/1976
- ARD, 11. Juli 1974, "Eine Lobby für Kinder"
- Ariès, P., 1976. Geschichte der Kindheit, Hanser
- Arnswald, F.V., u. a., Elternbildung für Eltern von Kleinstkindern, in: Neuer Rundbrief 1/1973
- Atomzeitalter, 3/1967
- Autorenkollektiv: "Die Wissenschaft von der Wissenschaft", Berlin (Ost) 1968
- Autorenkollektiv: Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus, Berlin (Ost) 1972
- Auswärtiges Amt, Bundestagswahlkampf-Slogan "Dritte Welt: Wo immer wir helfen, helfen wir uns selbst", 1976

- BDA, März 1974. Stellungnahme "Schule ohne Leistung?"
- Bader, K., 1977. Erziehung in Kindergärten, in: Koch/Rocholl (Hrsg.)
- Baetge, H., 1970. Ausbildung und Herrschaft, Frankfurt
- Bäuerle, W., 1970. Jugendhilfe und Elternbildung (phil.Diss.) Hamburg
- derselbe, 1972. Theorie der Elternbildung, 2. Aufl., Weinheim
- derselbe, 1973. Elternbildung: Aufgaben, historische Entwicklung und heutiger Stand, in: Schleicher (Hrsg.), Düsseldorf, 85 ff
- Bahr, H.E./Gronemeyer, R. (Hrsg.), 1974. Konfliktorientierte Gemeinwesenarbeit, Darmstadt
- Bahro, H., 1966. Das Kindschaftsrecht in der UDSSR, Frankfurt
- derselbe, 1968. Stichwörter "Familie", "Familienerziehung", "Familienrecht", in: Sowjetwissenschaft und demokratische Gesellschaft (Hrsg. C.D. Kernig), Bd. II, Freiburg, 390 ff
- Bally, S., Oct. 1973. L'adoption internationale à "Terre des Hommes" (Diplomarbeit), Lausanne
- Baran, P.A., 1966. Marxismus und Psychoanalyse, in: Unterdrückung und Fortschritt (Essays), Frankfurt
- Baran, P. / Sweezy, P.M., 1967. Monopolkapital, Frankfurt
- Bargel, T., 1973. Probleme der Rezeption empirischer Sozialisationsforschung, in: Walter (Hrsg.), I, Stuttgart
- derselbe u. a., 1973. Zur sozial-ökonomischen Umwelttaxonomie, in: Der Deutsche Bildungsrat, 11 - 13
- Barron, M.L., 1975. Recent Developments in Minority and Race Relations, in: The Annals, AAPSS, 420 (July), 125 ff
- Barry, H. (u. a.), 1959. Relation of child training to subsistence economy, in: American Anthropologist, 61, 51 - 63
- Bartels, H., 1975. Unterbringung in einer anderen Familie, in: Mitteilungen der AGJ, 76 (Dez.), 18 ff
- Bastine/Jacobi, 1977. in: Hornstein, W. / Bastine, R. (Hrsg.), Funkkolleg-Beratung in der Erziehung, 2 Bde, Frankfurt
- Baumert, G. / Karl, H., 1964. German research on socialization: a bibliography, Marburg/Lahn
- Bebel, A., 1946. Die Frau und der Sozialismus, Berlin (Ost)
- Beck, G., 1972. Politische Sozialisation und politische Bildung in der Grundschule, Frankfurt
- dieselbe (u. a.), 1974. Arbeitsbuch zur politischen Bildung in der Grundschule, 4. Auflage, Frankfurt
- Becker, H., 1975. Weiterbildung, Aufklärung-Praxis-Theorie, 1956 - 1974, Stuttgart
- Beiträge zur Geschichte der Vorschulerziehung, 1969, 3. Auflage, Berlin (Ost)

- Beitzke, G., 1977. Familienrecht, 19. Auflage, München
- Benedict, R., 1955. Urformen der Kultur, Hamburg
- Berg., J. H., van den, 1960. Metabletica. Über die Wandlung des Menschen, Göttingen
- Berger, P. / Luckmann, T., 1969. Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, Frankfurt
- Berghahn, M., 1975. Race Relations in Großbritannien und den USA, in: Neue politische Literatur, Jg. 20, H. 1, 89 - 106
- Berliner Bericht: Elternarbeit im Rahmen von Initiativen, in: Neuer Rundbrief, 2/3/1976
- Berliner Extradienst, 17. 5. 1974
- Bericht über die Lage der Psychiatrie in Deutschland (Sachverständigenkommission), Drucksache 7/4200, 1975
- Bernal, J.D., 1939. The Social Function of Science, London
- derselbe, 1970. Wissenschaft in der Geschichte, 4. Bde. 5. Aufl.
- Berner, M., 1973. Bürgerinitiativen zwischen Integration und gesellschaftlicher Veränderung, Facit 32, 23 ff
- Bernfeld, S., 1971. Sisyphos oder die Grenzen der Erziehung, Frankfurt, (und gleicher Titel, 1967)
- Bernsdorf, W. (Hrsg.) 1973. Wörterbuch der Soziologie, 3 Bde.
- Bernstein (vgl. Literaturübersicht: Gloy, K., 1973. Bernstein und seine Folgen, in: Walter (Hrsg.), 1939 - 171)
- Besters-Boesch (Hrsg.), 1966. Entwicklungspolitik, Handbuch und Lexikon, Stuttgart
- Beyhaut, G., 1965. Süd- und Mittelamerika II (Bd. 23 der Reihe "Fischer Weltgeschichte), Frankfurt
- Bettelheim, B., 1969. The children of dream, London
- Biddle, W.W. / Biddle, L.J., 1965. The Community Development Process, N.Y.
- Bielicki, I., 1971. Die Psychotherapie des Waidenhausyndoms bei kleinen Kindern, in: Psyche, Jg. 25, 1971, 57 - 73
- Biermann, G., 1967. Kinder in Isreal. Praxis der Kinderpsychologie und -psychiatrie, 16, 97 ff
- Bildungsgesamtplan 1970 und 1973 (Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung)
- Bingemeyer, K. (u. a.), 1970. Leben als Gastarbeiter, Kölnopladen
- Bischofskonferenz, 1965. Denkschriften, Informationen, Gutachten des Deutschen Caritasverbandes Nr. 4, Freiburg
- Bittner / Schmid-Cords (Hrsg.), 1971. Erziehung in früher Kindheit

- Black-Studies auch für Weiße, in: betrifft: erziehung 5/1972
- Blanke, B. (u. a.), 1974. Zur neueren Marxistischen Diskussion über die Analyse von Form und Funktion des bürgerlichen Staates, in: Probleme des Klassenkampfes, H. 14/15, 3, 51 f
- Blandow, J., 1972. Rollendiskrepanzen in der Pflegefamilie, München
- BMJFG (Hrsg.) 1965. Erster Jugendbericht
 1968. Erster Familienbericht;
 Zweiter Jugendbericht
 1972. Jugendbericht (dritter)
 1973. Diskussionsentwurf eines Jugendhilfegesetzes
 1973. Familienpolitik im Gespräch (2. Aufl.)
 1974. Referentenentwurf zu einem Jugendhilfegesetz
 1975. Zweiter Familienbericht
 1978. Mobilisierung der Erziehungskräfte der Familie, XV. Europäische Familienministerkonferenz, Bonn 77
 1979. Vierter Jugendbericht (geplant: 1977)
- BMJFG (Der Bundesminister), Brief vom April 1975: 233. 1-2355 - 546, III
- Böhnisch, L., 1972. Bedingungen sozialpädagogischen Handelns im Jugendamt, in: Ztschr. f. Päd., 18. Jg., 189 ff
- derselbe / Schefold, W., 1976. Sozialisationsforschung und Jugendpolitik, in: Hurrelmann (Hrsg.), Hamburg 260 ff
- Bohman, M., 1970. Adopted Children And Their Families, Stockholm
- Bohnet, M. (Hrsg.), 1971. Das Nord-Süd-Problem, München
- Bonhoeffer, M. / Widemann, P. (Hrsg.), 1974. Kinder in Ersatzfamilien, Stuttgart
- Boos-Nüning, V., 1976. Lernprobleme und Schulerfolg, in: Hohmann (Hrsg.), Düsseldorf, 57 ff
- Borgatta, E. / Fanshel, D., 1965. Behaviour characteristics of children known to psychiatric outpatient clinics with special attention to adoptionstatus, sex and age groupings, Child Welfare League of America, N.Y.
- Boschan, S., 1972. Europäisches Familienrecht, Handbuch, 5. Auflage, München
- Boshowitsch, L.I., 1970. Die Persönlichkeit und ihre Entwicklung im Schulalter, Berlin (Ost)
- Bowlby, J., 1951 (1970). Maternal Care and Mental Health, WHO-Monographie, Serie 2, Genf
- Brackbill, Y. (u. a.), 1967. Conditioning and learning, in: Brackbill (Hrsg.), infancy and early childhood, Toronto
- Brandes, V. / Burke, J., 1970. USA-Vom Rassenkampf zum Klassenkampf, München

- Brandon, J., 1966. Voluntary adoption agencies and selection of adopters, in: Case Voference, Vol. 13, No. 6, 202 ff
- Brauksiepe, A., 1969. Grundsatzfragen künftiger Familienpolitik, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der BR, Nr. 41
- BR-Drucksache 7/1975
- Brecht, B., 1970. Fünf Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit, in: Politische Schriften, Frankfurt
- Breetzmann, M., 1970. Die Industrialisierung der Entwicklungsländer, Frankfurt
- Bremner, R., 1970, 1971, 1974. Children and youth in America. A. documentary history (3 Bde), Cambridge
- Brenner, R., 1951. A follow-up study of adoptive families, Child Adoption Research Committee, N.Y.
- Brezinka, W. / Kay, E., 1964. Verantwortliche Jugendarbeit heute, München
- Brim, O.G., 1965. Education for Child-Rearing, N.Y.
- derselbe, 1968. Adult Socialization, in: Clausen, J.A. (Hrsg.)
- derselbe / Wheeler, S., 1966. Socialization after childhood: two essays. N.Y.
- Bröker, 1976. in: Reimann / Reimann (Hrsg.), München 169 ff
- Bronfenbrenner, U., 1972. Early deprivation in Monkey and Man, in: derselbe (hrsg.), Influence on Human Development, Hinsdale
- derselbe, 1974. Experimental Human Ecology (unveröffentl. Manuskript, nach: Hurrelmann (Hrsg.) 1976, 250 ff)
- Brophy, J.E., 1970. Mothers as teachers of their own preschool children: the influence of the socioeconomic status and task structure on teaching specificity, in: Child Development, 41 79 ff
- Broschüre "Anleitung zum Elterngespräch, TdH, A O 21 (12/1976)
- Brown, F.G., 1959. Adoption of Children with special needs ..., Child Welfare League of America, N.Y.
- Broyelle, C., 1973. Die Hälfte des Himmels, Frauenemanzipation und Kindererziehung in China, Berlin
- Brückner, P., 1966. Analyse des Vorurteils: Begriff, Genese und politische Bedeutung, in: A. Silenius (Hrsg.), Vorurteile in der Gegenwart, Frankfurt
- derselbe / Krovoza, A., 1972. Was heißt Politisierung der Wissenschaft und was kann sie für die Sozialwissenschaften heißen? Frankfurt
- Brühl / Knake, 1976. in: B. Claußen (Hrsg.), München 1976:157ff
- Brugger, W., 1967. Philosophischen Wörterbuch, 13. Aufl., Freiburg

- Brunner, O., 1958. Feudalismus - ein Beitrag zur Begriffsgeschichte
- Brunner, G., 1975. in: analysen, Jg. 5, S. 26
- Brusten, M. / Hohmeier, J. (Hrsg.), 1975. Stigmatisierung 1 und 2: Zur Produktion gesellschaftlicher Randgruppen, Darmstadt
- Bucharin, N., 1922. Theorie des Historischen Materialismus, Hamburg
- Büchner, P. (Hrsg.), 1976. Die Eltern und die Schule, München
- Bulletin, EG, Brüssel 1973
- Bundestags-Drucksache 7/3061 (Adoptionsgesetz), Juni 1976
 7/3421 (Adoptionsvermittlungsgesetz), 1976
 7/5087 (Rechtsausschuß des Bundestages zum Adoptionsgesetz), 1976
 7/5089 (Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit zum Adoptionsvermittlungsgesetz)
- Bundesverfassungsurteil 1967 (E 22)
- BVerf. GE 34, 165 ff
- Caesar, B., 1974. Autorität in der Familie, 4. Auflage, Hamburg
- Calhoun, D., 1973. The intelligence of the people, Princeton
- Casler, L., 1965. The effects of extra tactile stimulation on a group of institutionalized infants, Gen. Psychol. Monogr., 717, 137 ff
- derselbe, 1968. Perceptual deprivation in institutional settings, in: Newton/Levine (Hrsg.), Early experience an behavior, Th. Sprungfield (III.), 573 ff
- Canziani, W., 1964. Das System der Betreuung familienloser Kinder, in: Blätter der Wohlfahrtspflege, Jg. 1
- Caldwell, B.M., 1977. Zum Problem der Diskontinuität in der Betreuung von Kleinkindern, Vortrag (Internationales Symposium zur Ökologie der Betreuung und Förderung von Kindern unter drei Jahren), Max-Planck-Institut f. Bildungsforschung, Berlin
- Cahn, E.S. / Passet, B.A. (Hrsg.) 1971. Citizen Participation: Effecting community change, N.Y.
- Campbell, A. / Schuman, H., 1969. Racial attitudes in fifteen American cities. Survey Center, Inst. for Social Research, The University of Michigan (3. Aufl.)
- Cantor, G.N., 1972. Use of a Conflict Paradigma to study Race Awareness in Children, in: Child Dev., 43, 1437 ff
- Cerroni, U., 1974. Marx und das moderne Recht, Frankfurt

- Charčev, A.G., 1965. Über die Möglichkeiten einer weiteren Festigung der Familie in der UDSSR
- Child Welfare League of America, 1967 und 1968
- Ch'oe Chae-sok, 1973. Family relations and education in Korea, in: Korea Journal, 13/3, Seoul 43 ff
- Christensen, H.T., 1967. Handbook of Marriage and The Family, 2. Auflage
- Claessens, D., 1972. Familie und Wertsystem, 3. Aufl., Berlin
- derselbe / Milhoffer, P., 1973. Familiensoziologie (Reader), Frankfurt
- Clark, K.B., 1955 (1963). Prejudice and your child, Boston
- derselbe / Clark, M., 1939. The development of consciousness of self and the emrgence of racial identity in Negro preschool schildren, in: Journal of Soc. Psych. 56
- dieselben, 1957. Racial identity and preference in Negro children, in: Maccoby u. a. (Hrsg.), Readings in social psychology, N.Y.
- Claußen, B. (Hrsg.), 1976. Materialien zur politischen Sozialisation, München
- Clemenz, M., 1973, in: Kursbuch 31
- Clyne, M., 1975. Sprachkontakt (Forschungsbericht)
- Coleman-Report, 1966.
- Conseil de l'Europa- Assemblée Parlementaire (Eltern und Familie), Rapp. Mme Wolf, Strassbourg C.E. 1975 (Doc. de séance no. 3531, 21. janv. 1975)
- Convening of a Unity Conference für Intern. Conv. on Adoption, 18. Nov. 1974
- Crabb, C.V., 1960. American Foreign Policy in the Nuclear Age, Evanston
- Crahnmann, W.J., 1965. Völker und Rassen im Urteil der Jugend, München
- Cremer, G., 1977. Sozialisationsbedingungen ausländischer Kinder und Jugendlicher in der BRD, DJI-Dok., München
- Cruschtschow, N.S., 1959. Für dauerhaften Frieden und friedliche Koexistenz, Berlin (Ost)
- derselbe, 1960. Für den Sieg im friedlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus, Berlin (Ost)
- derselbe, 1961. Welt ohne Waffen, Welt ohne Krieg, Berlin (Ost)

- Dahrendorf, R., 1962. Das Ende der Gesellschaftspolitik des Status Quo, in: Offene Welt, Nr. 75, 42 ff
- derselbe, 1965. Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München
- Damberg, J. (u. a.), 1976. Elternarbeit in der Gesamtschule, in: Demokratische Erziehung 2
- Dankwerts, D., 1969. Soziologie und politische Entwicklung, in: B. Schäfer (Hrsg.), Thesen zur Kritik der Soziologie, Frankfurt
- derselbe / u. a., 1970. Die Sozialwissenschaften in der Strategie der Entwicklungspolitik, Frankfurt
- derselbe, 1976. Zum zweiten Familienbericht, in: Demokratische Erziehung, H. 6, 696 ff
- Dankwortt, D., 1962. Zur Psychologie der deutschen Entwicklungshilfe, Baden-Baden
- Das Argument 38, Juni 1966, H.3, 3. Auflage (Nov. 1970), Probleme der Entwicklungsländer (III) 50, 1969, Sonderband zum 10. Jahrestag, Kritik der bürgerlichen Sozialwissenschaften 79, Juli 1973, H. 4 - 6, Kapitalistische Entwicklung und koloniale Frage, Probleme der EL (VII)
- Das Kind, Kleine Enzyklopädie, VEB Bibliograph. Inst., Leipzig 1975
- de Mause, L. (Hrsg.), 1974. The history of Childhood, N.Y.
- Deppe, F., 1970. Das Bewußtsein der Arbeiter, Köln
- Deppe / Wolfinger
- Der Imperialismus der BRD, Frankfurt 1972
- Der SPIEGEL, 3. 3. 1970; 1. 5. 1972; Nr. 38, 26. Jg. 1972; Nr. 46, 1974; Dez. 1975; Nr. 17, 1976
- Deutscher Bildungsrat / Empfehlungen der Bildungskommission (Strukturplan) 1970
- derselbe, Zur Einrichtung eines Modellprogramms, J. Curriculum - Entwicklung im Elementarbereich, 1973
- derselbe, Umrisse und Perspektiven der Weiterbildung, 1975
- DGFK, 1971 (Nach: H. Schierholz, 1977)
- Dietze, L., 1973. Chancen und Grenzen des Elternrechts, in: Schleicher (Hrsg.)
- derselbe, 1973. Mitbestimmung der Gewerkschaften und der Betroffenen, in: Gewerkschaftliche Bildungspolitik 1
- Die ZEIT, 50/1966; 8. 11. 1974
- DJI (Hrsg.), 1963. Materialien zum Gesetz zur Ausführung und Ergänzung des RJWG vom 11. 7. 1961, München
1973. Zur Reform der Jugendhilfe, München
1973. Diskussionsentwurf eines Jugendhilfegesetzes, München

- DJI (Hrsg.) 1973. Arbeitsgruppe Vorschulerziehung, Anregungen I, II, III (Kindergarten), München
1976. Arbeitsgruppe Vorschulerziehung, in: b:e, Jg. 9, 1
1977. Ausländische Kinder im Kindergarten, Gutachten für den Europarat, Mai 1976, München
1977. Sozialpädagogische Forschungsgruppe zur Eltern- und Familienbildung (Uni Konstanz, unveröff. Projektbeschreibung), München
- DKP, 1971. Demokratisches Bauernprogramm der DKP (Februar)
- Dobrow, G.M., Wissenschaftswissenschaft, Berlin
- Dörner, H., 1974. Industrialisierung und Familienrecht, Berlin
- Domdey, K.H. / Dragilew, M.S. (Hrsg.) 1976. Aktuelle Aspekte der allgemeinen Krise des Kapitalismus, Berlin (DDR)
- Dommermuth, G., 1974. Eltern und Schüler in der Gesamtschule, Frankfurt
- Doormann, L., 1975. Aus Aktionen lernen. Die Arbeit der Elterninitiativen, in: Dem. Erz., H. 1
- dieselbe, 1975. Am Ende der Schulreform: Unruhe und wachsender Protest, in: Plädoyer für eine demokratische Bildungspolitik, 82 ff
- Draht, M., Staat, in: Wörterbuch zur politischen Ökonomie, 393 ff
- Dregger, Dt. Bundestag, 155. Sitzung, Protokoll S. 10742
- Dreier, W., 1960. Das Familienprinzip, Münster
- Duby, G., 1953. La société aux XI^e et XII^e siècles dans la région maconnaise
- Dührssen, A., Heimkinder und Pflegekinder in ihrer Entwicklung, Göttingen 1969
- Durfee / Wolf, 1933 (1934). Anstaltspflege und Entwicklung im ersten Lebensjahr, in: Jahrbuch für Kinderforschung 42
- DVZ, 1. 8. 1974

- Easton, D. / Hess, R.D., 1962. The Child's Political World,
in: Midwest Journal of Political Science 6, 229 ff
- ECOSOC (Economic and Social Council), U.N., Commission For
Social Development, Twenty-fourth session, 6 - 24
Jan. 1975, E/CN. 5/504
- Eder, K. (Hrsg.), 1973. Seminar - die Entstehung von Klas-
sesgesellschaften, Frankfurt
- Edgar, M., 1974. Black children - White parents, in: Child
Adoption, No 78, 35 - 39
- Eibl-Eibesfeld, I., 1967. Grundriß der vergleichenden Ver-
haltensforschung. Ethnologie, München
- EKD-Denkschrift zur "Obrigkeit" in der DDR
- Elkonin, D.B., Zur Psychologie des Vorschulalters, Berlin
1967
- Ellinghaus, E., Analyse der Struktur und der Veränderung von
Einstellungen deutscher Adoptiveltern gegenüber
ihren asiatischen Adoptivkindern (Diss.)
- Ellwein, Th., 1968. Politik und Planung, Stuttgart
- Elternführerschein
- El Tiempo, 8. Okt. 1972. 48 mil ninos nacieron de 34 mil
prostitutas, Bogota
- Elonen. A.S., 13. Jan. 1975. La nueva ley sobre el regimen
de adopcion / Schwartz, E.M., 1969. A longitudi-
nal Study of emotional, social and academic func-
tioning of adopted children, in: Child Welfare,
Vol. XLVIII, No 2,2
- Engels, F., 1957. Zu Lage der arbeitenden Klassen in England,
MEW 2, 225 ff
- derselbe, 1933, Brief an Kautsky, 12. Sept. 1882, MEB
- derselbe, 1968. Ursprung der Familie, des Privateigentums
und des Staates, MEW 21
- derselbe, 1971. Zur Bauernfrage, Deitz, Berlin (DDR)
- Engler, H., 1972. Auf dem Weg zu einem neuen Adoptionsrecht,
Bielefeld
- Entschließung der Erziehungsminister der deutschen Länder
zur Frage der Schulreform, in: Plädoyer ..., S. 172
- Erikson, E.H., 1963, Childhood and Society, 2. Aufl., N.Y.
- derselbe, 1966. Identität und Lebenszyklus. Drei Aufsätze,
Frankfurt
- Erwin, S.M. / Osgood, C.E., 1954. Second Language Learning
and Bilingualism, in: Psycholinguistics: A Survey
of Theory and Research Problems, Journal of Abnor-
mal and Social Psych. 49, 139 ff
- Europäisches Adoptionsabkommen, 24. 4. 1967

- European Seminar on Intercountry Adoption in Leysin,
Report UN/TAO/SEM/1960/Rep. 2pl.
- Eysenck, H., 1974. Intelligenz auf dem Prüfstand, in:
Die ZEIT, 49, 29. 11. 1974
- Eyferth, K. (u. a.), 1960. Farbige Kinder in Deutschland,
München
- Familienpolitische Debatte, 173. Sitzung BT, 22. 5. 1975,
sten. Bericht (Tagesmutter-Projekt)
- Familienpolitik der SPD-Entwurf -, SPD (Materialien zum
Parteitag vom 10. 4. - 14. 4. 1973, Hannover)
- Fanon, F., 1963.
- Fanshel, D. / Jaffee, B., 1970. How They Fared in Adoption,
N.Y.
- derselbe, 1972. Far From The Reservation: The transracial
adoption of American Indian children, N.J.
- FAO 1973
- Farthmann, F., 1978. Familienpolitik im gesellschaftlichen
Spannungsfeld, Dokumente und Meinungen 3
- FAZ, 19. 11. 1963
2. 5. 1974
9. 8. 1974
- Feidel-Mertz, H., 1964. Zur Ideologie der Arbeiterbildung,
Frankfurt
- dieselbe, 1968
- Feldmann, K. / Achinger, G., 1974. Einstellungen von Eltern
zur Gesamtschule, Hannover
- Fend, H., 1969. Sozialisierung und Erziehung, Weinheim
- derselbe, 1975. Perspektiven der Forschung zum sozialen Ler-
nen im Konrext der Schule, in: Deutscher Bildungs-
rat, Bildungsforschung, Bd. 2
- Ferber, Ch., von, 1965. Individuum und Gesellschaft, Hannover
- derselbe, 1959. Der Werturteilsstreit 1909/1959, in: Kölner
Ztschr. f. Soz. und Sozpsych., Jg. 11, 1959
- Fischer, K., 1965. in: Wehr und Wirtschaft 4 (S. 179)
- Fishl, A., 1974. Die Wirkungen der Vorschulklasse aus der
Sicht unterschiedlicher Schichten, Koblenz
- Fishman, J.A., 1965. Who speaks what language to whom and
when? Linguistique 2, 67 ff
- derselbe, 1975. Soziologie der Sprache

- Fleßner, H., 1977. Reprivatisierungstendenzen innerhalb der Kleinkindererziehung, in: Koch/Rocholl (Hrsg.)
- Filtner, A. / Hornstein, W., 1964. Kindheit und Jugendalter in geschichtlicher Betrachtung, in: Ztschr. f. Päd. 10, 311 ff
- Flor, G., 1969. Auftrag und Grenzen der Berichte über die Lage der Jugend, in: Mitteilungen der AGJJ, 57/58
- Fohrbeck, K. (u. a.), 1971.. Heile Welt und Dritte Welt. Medien und politischer Unterricht I, Schulbuchanalyse, Opladen
- Foreign Affairs 1974
- Foucault, M., 1969. Wahnsinn und Gesellschaft, Eine Geschichte des Wahn im Zeitalter der Vernunft, Frankfurt
- FR, 9. 6. 1970
20. 15. 1971
7. 10. 1976
- Francescato, G., 1973. Spracherwerb und Sprachstruktur beim Kinde, Stuttgart
- Frank, A.G., 1969. Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika, Frankfurt
- Freire, P., 1971. Pädagogik der Unterdrückten, Stg./Berlin
- Freud, S., 1968. Ges. Werke, XIII
- derselbe, 1959. Totem und Tabu (1919), Frankfurt
- Freygang, I., 1973. Bericht über das intraafrikanische Seminar (Yaoundé/Kamerun: 10. - 16. 12. 1972), in: Mitteil. der AGJJ 67, Aug.
- Friedrichs, J., 1975. Methoden empirischer Sozialforschung, 3. Aufl., Reinbeck
- Fröhlich, D. / Welleck, St., 1972. Der begrifflich-theoretische Hintergrund der Sozialisationsforschung, in: Graumann, C.F. (Hrsg.), Handbuch der Psychologie, 7. Band, Sozpsych., 2. Halbband, Göttingen
- Fröhner, M. (u. a.), 1956. Familie und Ehe, Bielefeld
- Fromm, E., 1941- Escape from freedom. N.Y.
- Fuchs, G., 1976. Bevölkerungsprobleme in Ländern der Dritten Welt. S II Arbeitsmaterialien Geographie im gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld, Stuttgart
- Fürstenau, P., 1967. Soziologie der Kindheit, 2. Auflage, Heidelberg
- Funke, A., 1976. Diakonie und Caritas im Sozialstaat, in: Caritas und Diakonie (Bericht vom Caritas-Diakonie-Tag 1976), Frankfurt

- Gäng, P. / Reiche, R., 1967. Modelle der kolonialen Revolution, Frankfurt
- Gärtner-Harnach, V. / Krolage, J., 1974. Zur Situation der ausländischen Kinder in der BRD (Untersuchung), in: Tack, W.H. (Hrsg.), Bericht über den 29. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Psychologie in Salzburg, 2 Bde, Göttingen, 332 - 334
- Galperin, P.J., 1974. Zur Bildung geistiger Operationen, in: Psychologische Studientexte, Vorschulerziehung, 2. Aufl., Berlin (DDR), 123 ff
- Gamm, H.-J., 1973. Kapitalinteresse und Friedenserziehung, in: Ch. Wulf (Hrsg.), Frankfurt, 45 ff
- Gecas, V., 1973. Self Conceptions of Migrant and Settled Mexican Americans, in: Soc. Sc. Quartely, 54/3, 12, 579 ff
- Gefesselte Jugend, Fürsorgeerziehung im Kapitalismus (Autorenkollektiv), 3. Auflage, Frankfurt 1974
- Gehlen, A., 1966. Der Mensch. Seine Natur und seine Stellung in der Welt, 8. Auflage, Bonn
- Geisler, W., 1973. Sozialkunde und erziehungswissenschaftlicher Fortschritt, in: Politische Bildung-Politische Sozialisation (hrsg. von der Redaktion b:e), Weinheim 102 ff
- Gernert, W., 1973. Jugendhilfe, München
- derselbe, 1975. Das Recht der Erwachsenenbildung als Weiterbildung, München/Basel
- Gerstenberger, H., 1876. Staatliche Sozialpolitik als Instrument gesellschaftlicher Kontrolle, in: Kritische Justiz, H. 4, Jg. 9, 394 - 407
- Geschichte der Erziehung, 1971, Zehnte Auflage, Berlin (DDR)
- Gesellschaftskritische Wissenschaftstheorie, Reader, 4 Bde, Kronberg/Ts. 1974
- Geulen, D., 1973. Thesen zur Metatheorie der Sozialisation, in: Walter (Hrsg.), Stuttgart, S. 85 ff
- Gewirtz, H.B. / Gewirtz, J.L., 1965. Stimulus conditions infant behaviors, and social learning in four Israeli child-rearing environments, in: B.M. Foss (Hrsg.), Determinants of infant behavior, 3, London, 161 ff
- GGG-Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule (Hrsg.): Bundeskongreß Gesamtschule, Kassel 1974
- Giannabis, A., 1973. Ausländische Privatkapitalien im Entwicklungsprozeß Griechenlands (1953 - 1971), Diss.
- Giese, D., 1976. Zum Subsidiaritätsprinzip und Wahlrecht in der öffentlichen Fürsorge, in: Zeitschr. f. Sozialhilfe 1

- Giesecke, H., 1971. Die Jugendarbeit, München
- derselbe / u. a., 1973. Politische Aktion und politisches Lernen, 3. Auflage, München
- derselbe, 1973. Die Methodik des politischen Unterrichts, München
- derselbe, 1972. Didaktik der politische Bildung, 6. Auflage, München
- derselbe, 1973. Erziehung gegen den Kapitalismus, in: Neue Sammlung, 13. Jg., 42 ff
- Giesen, M., 1962. Erscheinungsbilder der 18-bis 21jährigen weiblichen Heranwachsenden, in: AFET-Mitglieder-rundbrief, 25 f
- Glässing, H., 1957. Voraussetzungen der Adoption, Frankfurt/Berlin
- Glatzer, (1955), nach: F. Lee Menlove, Aggressive Symptoms in Emotionally Disturbed Adopted Children, in: Child Dev., Vol. 36, No. 2, June 1965
- Gochros, H.L., 1967. A Study of the Caseworker-Adoption Parenthood Relationship in Post Placement Services, in: Child Welfare, June
- Goddard, A.D., 1973. Changing family structure among the rural Hausa, in: Africa. J. of the Intern. Afr. Inst. 43, London 207 ff
- Godelier, M., 1973. Ökonomische Anthropologie, Hamburg
- Godfrey,
- Göbler, K., 1972. Erkenntnis als sozialer Prozeß, in: Dt. Ztschr. f. Pädagogik, 20. Jg., H. 5, 517 ff
- Goffman, E., Stigma, Frankfurt
- Goldenweiser, A.A., 1937. Anthropology, N.Y.
- Goldstein, J. / Freud, A. / Solnit, A.J., 1974. Jenseits des Kindeswohls, Frankfurt
- Goodacre, J., 1966. Adoption Policy and Practice, London
- Goode, W.J., 1960. Die Struktur der Familie, Opladen
- derselbe, 1967, Soziologie der Familie, München
- Goodenough, 1970.
- Goodman, M.E., 1970 (1952). Race, Awareness in Young Children, N.Y.
- Gordon, C., 1964.
- derselbe, 1968. Self-Conceptions: Configuration of Content, in: C. Gordon & K.J. Gergen (Hrsg.). The Self in Social Interaction, N.Y.
- Gordon, I.J., 1972. Childrens Views of The Selves, ERIC ED 091 633, Washington

- Gorecki, J. 1967. Kommunistische Familienstruktur. Die Rechtsprechung als Instrument des Wandels, in: Studien und Materialien zur Rechtssoziologie (Hrsg. E.E. Hirsch/M. Rehlinger), K Ztschr. f. Soz. Spsych., Sonderheft 11, Köln/Opladen, 490 ff
- Gornicki, B., 1964. The Development of Children in the Family and die Daycare Centres in Poland, in: Care of Children in Day Centres, WHO, Paper Nr. 2
- Gorz, A., 1967. Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus, Frf.
- Goslin, D.A. (Hrsg.) 1969. Handbook of socialization theory and research, Chicago
- Gottschalch, W. (u. a.) 1971. Sozialisationsforschung, Frf.
- derselbe, 1969. Soziales Lernen und politische Bildung, Frf.
- derselbe, 1972. Bedingungen und Chancen politischer Sozialisation, Frf.
- derselbe, 1970. Soziologie der politischen Bildung, Frf.
- Grandke, A., 1970. Familienrecht: Lehrbuch, Berlin (DDR)
- Greenacre, Ph., Einschränkung und Zwang im Kleinkindalter, in: Bittner/Schmid-Cords (Hrsg.) Mnch. 1971
- Greenstein, F., 1965. Children and Politics, New Haven
- Greiffenhagen, M., 1966. Zur wissenschaftlichen Grundlegung der politischen Erziehung, in: SBpB (Schriftenreihe der Bundeszentrale f. pol. Bildung), H. 75
- Grieser, 1974.
- Gröll, J., 1975. Erziehung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß. Vorüberlegungen zur Erziehungstheorie in praktischer Absicht, Frf.
- Gross, F., 1976. Sozialdienst - eine nicht marktorientierte Strategie im Bereich sozialer Dienstleistungen, Manuskript
- Gross, H./Baer, I., 1976. Adoption und Adoptionsvermittlung, Frf.
- Grossmann, K.E., 1976. Die Rolle der Bindung, in: Ztschr. f. Soz., 5, 289 ff
- Grow, L.J./Shapiro, D., 1974 (und 1975), Black Children-White Parents. A Study of Transracial Adoption (Research Center Child Welfare League of America
- Grundlagen der marxistischen Philosophie, 1959, Dietz, Berlin (DDR)
- Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 1960. Dietz, Berlin (DDR)
- Günther, K.H. (u.a.) 1969. Geschichte der Erziehung, 9. Aufl., Berlin (DDR)
- Gurevic, 1957. Über einige Fragen des sowj. Familienrechts, in: Rechtswiss.Inf.-Dienst 6, Sp. 185-195

- Haag, F. (u. a.) 1975. Aktionsforschung, 2. Aufl., Mnch.
- Habermas, J., 1973. Notizen zum Begriff der Rollenkompetenz, in: Habermas, Kultur und Kritik, Frf., 195 ff.
- derselbe/u. a., 1961. Student und Politik, Neuwied.
- derselbe, 1968. Technik und Wissenschaft als 'Ideologie', Frf.
- derselbe, 1976. Zur Rekonstruktion des historischen Materialismus, Frf.
- derselbe, 1969.
- derselbe, 1963. Theorie und Praxis, Berlin/Neuwied
- derselbe, 1971. Theorie und Praxis, Aktualisierte Taschenbuchausage, Frf.
- Haensch, D., 1975. Repressive Familienpolitik, 7. Auflage, Hamburg
- Hänsel, D., 1975. Die Anpassung des Lehrers, Weinheim
- Hagemann-White, C./Wolff, R., 1973. Gesellschaftliche Entwicklung und Sozialisationsforschung, in: Erziehung und Klassenkampf, 1, Nr. 9, 5 - 26
- dieselben, 1975. Lebensumstände und Erziehung. Grundfragen der Sozialisationsforschung, Frf. (Habil.)
- Hager, F. (u. a.), 1973. Soziologie und Linguistik - Die schlechte Aufhebung sozialer Ungleichheiten durch Sprache, Stg.
- Hague Convention on Jurisdiction, Applicable Law and Recognition of Decrees relating to Adoption. Hague Conference on Private International Law, 15. 11. 1965
- Haug, F., 1972. Kritik der Rollentheorie und ihrer Anwendung in der bürgerlichen deutschen Soziologie, Frf.
- Hahn, E., 1968. Historischer Materialismus und marxistische Soziologie, Berlin (DDR)
- Hainke, A., 1971. Politische Einstellungen und Lernprozesse bei Kindern und Jugendlichen, Tübingen
- Halpin, H.A., 1976. New developments to meet new needs: The case of Great Britain, in: Int. Child Welfare Rev., No 28, March, Geneva
- Hamburger, F., 1973. Friedenspädagogik - Zur Deformation politischer Bildung, in: H. Bosse/F. Hamburger, Friedenspädagogik und Dritte Welt, Stg.
- derselbe, 1975. Etappen der Friedenserziehung, in: antimilitarismus information, 6. Jg., H. 2, 18 ff
- Hamburger Eigangsstufenversuch, Freie und Hansestadt Hamburg, 1976, Dokumente Nr. 469, 3. März
- dieselbe, 1976. Bd. IV der Reihe Richtlinien und Lehrpläne, 20 f
- Handbuch der Heimerziehung, 1952 ff (Hrsg. F. Trost), Frf./Berl./Bonn
- Handbuch der Soziologie, 1931. (Hrsg. A. Vierkandt), Stg.
- Hardegger, J.A., 1966. Handbuch der Elternbildung, 2 Bde, Einsiedeln

- Harder, E., 1976. Zukunftschancen der Kinder ausländischer Arbeitnehmer, Dokumentation, St. Augustin, 16.5.
- Harke, E., 1968. Erwachsenenbildung in Westdeutschland, in: Berufsbildung, 2, Berlin
- derselbe, 1965. Pädagogische Grundbegriffe der Erwachsenenqualifizierung, in: Berufsbildung 9, Berlin
- derselbe, 1966. Pädagogische und psychologische Probleme der Erwachsenenbildung, Berlin (DDR)
- derselbe, u. a., 1971. Beiträger zur Erwachsenenqualifizierung, Berlin (DDR)
- Harnischfeger, H., 1969. Planung in der sozialstaatlichen Demokratie, Neuwied
- Harrer, F., 1971. Jugendhilfe, Neuwied
- derselbe, 1976. // //
- derselbe, 1977, Jugendwohlfahrtskunde
- Hartig, M./Kurz, U., 1971. Sprache als soziale Kontrolle, 3. Aufl., Frf.
- Hartwich, H.-H., 1970. Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher status quo, Köln/Opladen
- Hasenclever, C., 1969. Wir brauchen eine einheitliche Sicht der Jugendhilfe, in: Mitteil. der AGJJ, Heft 57/58, Bonn, 7-9
- Haugen, E., 1956. Bilingualism in the Americas, Alabama
- Hecker, A., 1903. Die Adoption im geltenden Recht als Produkt der historischen Entwicklung, Rostock
- Heckhausen, H., 1966. Einflüsse der Erziehung auf die Motivationsgenese, in: Herrmann, T. (Hrsg.), Psychologie der Erziehungsstile, Göttingen/Hogrefe, 131 ff
- Hegner, F./Schmidt, E.-H., Aspekte und Probleme einer Gesellschaftspolitik für Behinderte und für psychisch Gestörte in der BRD, in: Soziologie und Sozialpolitik, 524 ff
- Heinsohn, G./Knieper, R., 1974. Theorie des Familienrechts. Geschlechtsrollenaufhebung, Kindesvernachlässigung, Geburtenrückgang, Frankfurt
- Heiskanen, V.S., 1970. Kontextanalyse und Theoriebildung in der interkulturellen Familienforschung, in: Lüschen/Lupri (Hrsg.), 199 ff
- Heitkämper, P., 1976. Friedenserziehung als Lernprozeß. Zur Theorie einer politischen Erziehungspraxis, Bad Heilbrunn/Obb.
- Helbig, L./ u. a., 1978. Lernfeld Dritte Welt, Weinheim/Basel
- Helfer, I., 1971. Die tatsächlichen Berufsvollzüge der Sozialarbeiter, Frf.

- Hellbrügge, Th., 1970. Zur Spätprognose der frühkindlichen Deprivation bei Heimkindern, in: Das Deprivations-Syndrom in Prognose und Therapie, Deutsche Zentrale für Volksgesundheitspflege e. V., Frf.
- Heller, H., 1934. Staatslehre, Leiden
- Hennig, E., 1968. Die Rüstungsgesellschaft und ihre Kosten, in: Krippendorff (Hrsg.), 275 ff
- Henninger, G. (Hrsg.), 1966. Brevier des schwarzen Humors, Mnch.
- Hentig, H. v., 1969. Systemzwang und Selbstbestimmung, 2. Aufl., Stg.
- derselbe, 1966. Erziehung zum Frieden, in ders.: Spielraum und Ernstfall, Stg., 132 ff.
- Herkommer, S., 1975. Soziologie der Sozialstruktur - Historisch-materialistische Kritikpunkte zu "Klasse" und "Schicht", in: Krysmanski/Marwedel (Hrsg.) Köln, 122 ff
- Herlt, A. (u. a.), 1976. Öffentliche Sozialleistungen und familiäre Sozialisation, in: Hurrelmann (Hrsg.), Reinbek, 243 ff
- Herrnstein, R.J., 1974. Chancengleichheit - eine Utopie? Die IQ-bestimmte Klassengesellschaft, Stg.
- Hertz, F., 1931. Rasse, in: Hwb der Soziologie (hrsg. v. A. Vierkandt), Stg., 458 - 466
- Hess, R.D./Torney, J.V., 1967. The Development of Political Attitudes in Children, Chicago
- dieselben, 1968. The Development of Political Attitudes Children, N.Y.
- Hiebsch, H./Vorweg, M., 1972. Einführung in die marxistische Sozialpsychologie, 7. Aufl., Berlin (DDR)
- Hill, R., 1962. Cross-national Family Research, in: Intern. Soc. Sci. J. 14/3
- Hillel, M./Henry, C., 1975. Lebensborn e. V. Im Namen der Rasse, Zsolnay/Wien
- Hirsch, J., 1973. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System, 3. Aufl., Frf.
- derselbe, 1974. Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals, Frf.
- Hörning, K.H. (Hrsg.) 1971. Der "neue" Arbeiter. Zum Wandel sozialer Schichtstrukturen, Frf.
- Hoernle, E., 1919. Sozialistische Jugenderziehung und sozialistische Jugendbewegung, Berlin
- derselbe, 1929. Grundfragen der proletarischen Erziehung, Darmstadt 1969
- Hofmann, W., 1966. Zur Theorie der Industrialisierung von Entwicklungsländern: Eigenbeitrag, in ders. (Hrsg.), Theorie der Wirtschaftsentwicklung, Berlin

- Hofstätter, P.R., 1966. Sozialpsychologie, Berlin
- Hohmann, M. (Hrsg.) 1976. Unterricht mit ausländischen Kindern, Düsseldorf
- Holstein, W./Meinhold, M. (Hrsg.) 1973. Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen, Frf.
- Holzkamp, K., 1973. Sinnliche Erkenntnis - Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung, Frf.
- Hoopes, J.L. (u. a.), 1970. Follow up Study of Adoptions (Vol. II). Post-Placement Functioning of Adopted Children. Child Welfare League of America, N.Y.
- Horkheimer, M. (Hrsg.) 1936. Studien über Autorität und Familie, Institut für Sozialforschung, Paris
- Horlemann, J., 1968. Modelle der kolonialen Konterrevolution. Beschreibung und Dokumente, 2. Aufl., Frf.
- derselbe/Gäng, P., 1970, Vietnam. Genesis eines Konflikts, 7. Aufl., Frf.
- Hornstein, W., 1970. Jugend-Gesellschaft-Demokratie, in: Gesellschaft, Staat, Erziehung, 15. Jg., Frf., 144 ff
- derselbe, 1972. Bezugspunkte einer pädagogischen Theorie des Jugendamtes, in: Ztschr. f. Päd., 18. Jg., 153 ff.
- derselbe/Bastine, R. (Hrsg.) 1977. Beratung in der Erziehung, Bd. 1 und 2, Frf.
- Horowitz, I.L., 1966. Three Worlds of Development, N.Y.
- Huber, A., 1952. Vorschlag zur Neugestaltung des deutschen Adoptionsrechts, Mnch. (Diss.)
- Hülsmann, B., 1975. Zur sozialen Entstehung von Bedeutung. Eine soziologische Analyse des Verhältnisses von Organisation und Abstraktion am Beispiel "Sozialisierungstheorie", Münster (Diss.)
- derselbe, 1975. Sozialisation und Soziologie, in: Krysmanski/Marwendel (Hrsg.) 1975, Köln, 140 ff
- Hülsmann, H. (Hrsg.) 1972. Strategie und Hypothese, Düsseldorf
- Huffschmid, J., 1968. Die Stellung der Daten als Methodenproblem der Sozialwissenschaften (unter besonderer Berücksichtigung einer Theorie der Entwicklungsländer), Berlin (Diss.)
- Humphrey, M./Ounsted, C., 1964. Adoptive families referred for psychiatric advice, Part II: The parents, in: British Journal of Psychiatry 110, 549 ff
- Hundermarck, G., 1972. Soziale Erziehung im Kindergarten, Stg.
- derselbe/Ulshoefer, H. (Hrsg.) 1973. Kleinkindererziehung, 3 Bde, Mnch.
- Hunt, D., 1970. Parents and Children in history. The Psychology of family life in early modern France. N.Y./London

- Huppertz, N., Supervision, Analyse eines problematischen Kapitels der Sozialarbeit, Neuwied
- Hurrelmann, K., Familiäre Sozialisation und soziale Ungleichheit, in: Walter (Hrsg.) 1973, Bd. II, 23 - 40
- derselbe (Hrsg.) 1976. Sozialisation und Lebenslauf, Reinbek bei Hamb.
- Hurst, M., 1973. Integration und Entfremdung. Ich- und Identitätsentwicklung des Gastarbeiterkindes, in: betrifft: erziehung, H. 6
- Hymer, S., 1972. Multinationale Konzerne und das Gesetz der ungleichen Entwicklung, in: Senghaas (Hrsg.) 1972
- Illich, J., 1975. Die Enteignung der Gesundheit, Reinbek bei Hamb.
- Industriekurier (IK) vom 10. 4. 1969
vom 29. 4. 1969
- Inkeles, A./Levinson, D.J., 1969. National character: the study of modal personality and socialcultural systems, in: G. Lindzey/E. Aronson (Hrsg.), Handbook of social psychology, Bd. 4 Reading, Mass., 418 ff
- Innerhofer, P., 1974. Ein Regelmodell zur Analyse und Intervention in Familie und Schule, in: Ztschr. f. Klin. Psych., H. I, 1. Quartal, 1 - 29
- Institut für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität: Kritische Analyse von Schulbüchern zur Darstellung der Probleme der Entwicklungsländer und ihrer Positionen in internationalen Beziehungen, 2 Bde, Frf. (Juni) 1970
- International Child Welfare Review, Special Feature ADOPTION, No. 28, Geneva (March) 1976
- Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau, Dokumente, Berlin (DDR) 1969
- IPW-Berichte, H. 3, 1974: K. Kannapin, Die Strategie der Erdölmonopole in der Energiekrise
- Itard, J., 1965. Victor, das Wildkind von Aveyron, Zürich
- Italiaander, R. (Hrsg.) 1966. Rassenkonflikte in der Welt, Frf.
- Jaeggi, U., 1974. Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik, 13. Aufl., Frf.
- Jaffee, B./Fanshel, D., 1970. How They Fared in Adoption, A Follow-up Study, N.Y.
- Jahrbuch der Jugendarbeit, Mnch. 1949
- Jahrbuch der Sozialarbeit 1976, Reinbek bei Hamburg 1975
- Jahrbuch der Sozialarbeit 1978, Reinbek bei Hamburg 1977
- Janssen, K., 1958. Kleine Pädagogik des Erziehungsheims
- Jantzen, W., 1977. Interaktion und Organisation in pädagogischen Feldern, in: Ztschr. f. Päd., 13. Beiheft

- Jaspers, J.M.F. (u. a.), 1972. On the development of national attitudes in children, in: European Journal of Social Psychology 2, 347 ff
- John, V.P./Horner, V.M., 1971. Early childhood bilingual education, N.Y.
- Johnson, Ch., 1971. Revolutionstheorie, Köln/Berlin
- Jones, E.E./Gerard, H.B., 1973. Die lerntheoretische Erklärung der Sozialisation, in: Hartfiel/Holm (Hrsg.), Bildung und Erziehung in der Industriegesellschaft, Opladen
- Jordan, E. (Hrsg.) 1975. Jugendhilfe. Beiträge und Materialien zur Reform des Jugendhilferechts, Weinheim/Basel
- Journal of Peace Research, H. 1, 1971
- Jugendhilfegesetz, Referentenentwurf, BMJFG, Bonn 1974
BMJFG, Bonn 1977
Diskussionsentwurf, Bonn/Bad-Godesberg 1973
- Jugendlexikon 'Erziehung' (hrsg. v. D. Kraus), Hamburg 1976
- Jugendrecht, 6. Aufl., Mnch. 1972 (Beck-Texte)
- Kadas (1963), nach: H. Copak (TdH), Übersetzung und Zusammenfassung des Kapitels 'Adoption-Some Past Findings' aus Seglow u. a., Growing Up Adopted, London 1972, Mai/Juni 1977
- Kadushin, A., 1962, A study of adoptive parents of hard-to-place children, in: Social Casework, 43, 227 ff
- derselbe, 1967. Child Welfare Services, N.Y.
- derselbe, 1970. Adopting older children. N.Y.
- Kaffman, M., 1972, Characteristics of the Emotional Pathology of the Kibbutz Child, in: A.J. Orthops. 42
- Kaufmann, F.X., 1968. Sozialstruktur und Sozialisationsprozeß, Münster (vervielf. Manusk.)
- derselbe, 1973, Zum Verhältnis von Sozialarbeit und Sozialpolitik, in: H.-U. Otto/S. Schneider (Hrsg.), Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit, Bd. 1, 87 ff.
- derselbe, (u. a.) 1976. Probleme publikumsbezogenen Verwaltungshandelns, in: R.M. Lepsius (Hrsg.), Zwischenbilanz der Soziologie, Verhandlungen des 17. Deutschen Soziologentages, Stg., 373 ff
- derselbe, 1976. Zum Verhältnis von Soziologie und Politik - Das Beispiel Zweiter Familienbericht, in: Ztschr. f. Soz., 5. Jg., 301 ff
- Kantowsky, D., 1972. Die vergleichsweise düstere Zukunft dichtbevölkerter Agrargebiete Asiens, illustriert am Beispiel eines Dorfes bei Benares, in: Indien, Gesellschaftsstruktur und Politik, Frf., 47 ff.
- derselbe, 1972. Bevölkerungswachstum, Wirtschaftsentwicklung und Family Planning, in: Kztschr. f. Soz. Sozpsych. 4, 707 ff

- Kardiner, A., 1939. The individual and his society, N.Y.
- Kern, H. / Schuhmann, M., 1970. Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, Frankfurt
- Kerstiens, L. (Hrsg.) 1976. Elternbildung, Bad Heilbrunn/Obb.
- KGST-Bericht (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung), 25/1975
- Khalatbari, P., 1971. Ökonomische Unterentwicklung, Berlin (DDR)
- Kievenheim, C. / Leisewitz, Naturwissenschaftlich-technische Intelligenz und Arbeiterklasse, in: Gesellschaftskritische Wissenschaftstheorie (Reader), 2, 19 ff
- dieselben, Nachbemerkungen, ebenda, 62 ff
- Kilian, H., 1971. Das enteignete Bewußtsein. Zur dialektischen Sozialpsychologie, Neuwied
- Kirk, D.H., 1964. Shared fate, Free Press of Glencoe. N.Y.
- Kirk, D. / Kirk, R., 1968. Adoption Services at the Crossroads, Bericht über einen "Adoption Workshop", in: Child Adoption, Vol. 54, 27 ff
- Kjolseth, R. / Sack, F. (Hrsg.), 1971. Zur Soziologie der Sprache, KZtschr. f. Soz. Sozpsych., Sonderheft 15, Opladen
- Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950 - 1970. Hrsg. v. IMSF, Frf. 1973/1974
- Klee, E. (Hrsg.) 1972. Gastarbeiter, Analysen und Berichte, Frf.
- Klein, F., 1977. Kirchenfreiheit und Katholische Caritas nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 21. Sept. 1976 zum Bremer Kirchengesetz, in: Jugendwohl, 58. Jg.
- Klein, R., 1977. Auswirkungen eines bikulturellen Sozialisationsprozesses auf die Entwicklung des Selbstkonzepts des Kindes, Münster (Diplomarbeit)
- Klein / Weick, 1970. Anmerkungen zur Diskussion einer Theorie der Erwachsenenbildung, in: Hessische Blätter für Volksbildung, 4
- Klineberg, O., 1955. Social Psychology, N.Y.
- Klingender, W., 1975. The adoption of children for overseas, in: Child Adoption, No. 79, London, 59 ff
- Klönne, A., 1971. Friede und politische Bildung, in: Werkhefte, 25. Jg., H. 7, 196
- Klomineck, W., 1976. The Development of Adoptive Children in Their New Family Enviroment, in: ICWR, No. 28, 43 ff

- Kluckhohn, C. / Murray, H.A., 1953. *Personality in Nature, Society and Culture*, N.Y.
- Kluge, K.J., *Fachsprache der Verhaltensauffälligenpädagogik*, Rheinstetten
- Klumker, Ch.J., 1926. *Der Unehelichenschutz im Deutschen Reich*, in: *Archiv f. Sozislwiss. und Sozialpol.*, Bd. 55, H. 1, Frf.
- Knilli, M., 1976. 30 Jahre Elternarbeit in Westdeutschland, in: *Dem. Erz.*, H. 5, 547 ff
- Kob, J., 1963. *Erziehung in Elternhaus und Schule, Eine soziologische Studie*, Stg.
- Koch, R., 1975. *Berufstätigkeit der Mutter und Persönlichkeitsentwicklung des Kindes*, Köln
- derselbe / Rocholl, G., 1977. *Kleinkinderziehung als Privatsache?* Köln
- Koch, H.R., 1970. *Gastarbeiterkinder in deutschen Schulen, Königswinter am Rhein*
- König, R., 1969. *Soziologie der Familie*, in: König (Hrsg.), *Handbuch der empirischen Sozialforschung*, Bd. II, Köln
- Körner, J., 1976. *Vorurteilsbereitschaft und autoritäres Verhalten*, Stg.
- Kohen-Raz, R., 1968. *Mental and motor development of Kibbutz, institutionalized and home reared infants in Israel*, in: *Child Dev.*, 39, 489 ff
- Kohn, M.L., 1959. *Social class and parantel values*, in: *Am. J. of Soc.*, 74, 337 ff.
- derselbe, 1969. *Class and conformity: a study in values*, Homewood
- derselbe, 1971. *Social class and parant-child realitionsip*, in/ Anderson (Hrsg.), *Sociology of the family*, London
- derselbe / Schooler, C., 1973. *Occupational experience and psychological functioning: an assessment of reciprocal effects*, in: *Am. Soc. Rev.*, 38, 97 ff
- Kolodziej, U., 1971. *Überlegungen zur Organisation der Sozialverwaltung*, in: *NDV* 12
- Kommune 2: *Versuche der Revolutionierung des bürgerlichen Individuums*, Köln 1971
- Kon, I.A., 1971. *Soziologie der Persönlichkeit*, Köln
- Kornitzer, M., 1952. *Child Adoption in the Modern World*, N.Y.
- derselbe, 1968, nach: H. Copak (TdH), *Übersetzung und Zusammenfassung des Kapitels "Adoptions-Some Past Findings" aus Seglow u. a., Growing Up Adopted*, London 1972, Mai/Juni 1977
- Kosmale, A., 1971. *Aktuelle Aufgaben und langfristige Reformen*, BMJFG (Hrsg.) Bonn
- Kossakowski, A. u. a. (Hrsg.), 1971. *Psychologische Untersuchungen zur Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten*, Berlin (DDR)

- Kossakowski, A. u. a. (Hrsg.), 1970. Fragen der Theorie der Persönlichkeitsentwicklung, in: Pädagogik, H. 11 (Teilabdruck in: Psychologische Studententexte, Vorschulerziehung, Berlin 1974)
- Krader, L., The Work of Marx and Engels in Ethnology Compared, unveröff. Manuskript.
- Krakau, H.H. / Kluge, K.-J., 1976. "... für Sozialarbeit keine Zeit!", Das Dilemma unserer Jugendämter. Eine Situationsanalyse der Adoptions-, Pflegestellen- und Heimplatzvermittlung in den JÄ der BRD, Rhein-stetten
- Krappmann, L., 1969. Soziologische Dimensionen der Identität, Stg.
- Krauch, H., 1970. Prioritäten für die Forschungspolitik, Mnch.
- Krippendorff, E. (Hrsg.), 1968. Friedensforschung, Köln/Berlin
- Krömer, W., 1960. Über die Herkunft und Entwicklung von Adoptivkindern, in: Recht der Jugend, H. 13, 15 u. 17
- Krömer, B., Ursache und Wirkung der Heimerziehung auf die psychosoziale Entwicklung von Kindern, Münster 1975 (Diplomarbeit)
- Krupskaja, N.K., 1955. Ausgewählte pädagogische Schriften, Berlin (DDR)
- Krysmanski, R. 1973. Terre des Hommes, Sammelmappe für Adoptiveltern, 10, Psychologie 5 A
- Krysmanski, H.J., 1971. Soziologie des Konflikts, Frf.
- derselbe, 1974 (SS). Grundkurs "Probleme und Grundbegriffe der Soziologie", IFS, Münster
- derselbe / Marwedel, P., 1975. Die Krise in der Soziologie, Köln
- derselbe, 1975. Die Aufgabe der Wissenschaft im Dienste friedlicher Koexistenz, in: Plädoyer für eine demokratische Bildungspolitik, Köln, 44 ff
- Kuczynski, J., 1962. Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 3, Berlin (DDR)
- derselbe, 1968. Studien zur Geschichte der Lage des arbeitenden Kindes in Deutschland von 1700 bis zur Gegenwart, Berlin (DDR)
- derselbe, 1973 (1972). Wissenschaft. Heute und Morgen, Köln
- Kühnl, R., 1976. Formen bürgerlicher Herkunft, Liberalismus-Faschismus, 10. Aufl., Hamburg
- Kuhn, T.S., 1973. Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frf.
- Kuhrig, H., 1962. Zur Entwicklung sozialistischer Familienbeziehungen in der DDR, in: Einheit 17, 8, 38 ff und 9, 101 ff

- Labov, W., 1972. Sociolinguistics Patterns, Philadelphia
- Läpple, D., 1975. Staat und politische Organisation.
Probleme marxistischer Staatsanalyse, in:
Krysmanski/Marwedel (Hrsg.) 1975, 211 ff
- Laitko, H., 1968. Struktur und Dialektik, in: Dt. Zeitschr.
f. Philos., 16. Jg., 6
- Lange, E., 1975. Elternbildung durch Elternbriefe, in:
Neue Praxis 5, 105 ff
- Lauer, H., 1975. Zwischenstaatliche Adoption oder Handels-
ware Kind, in: AGJJ-Mitteilungen, Nr. 75, 10 - 17
- Lawder, E.A. (u.a.), 1969, A Followup Studa of Adoptions
(Vol. I): Post-Placement Functioning of Adoption
Families, Child Welfare League of America, N.Y.
- dieselben, 1971, A Studa of Black Adoption Families.
A Comparison of a traditional and a Quasi-Adop-
tion-Program, N.Y.
- Leber / Reiser / Simonsohn, in: AGJJ-Mitteilungen, Agust
1975
- Le Chau, 1968. Bauernrevolution in Süd-Vietnam, Mnch.
- Le Duan, 1971. Die vietnamesische Revolution, Berlin
- Lehmann, 1970. Klagen über Lehrer F... und andere Schulbei-
spiele, Frf.
- Lehr, U., 1974. Die Rolle der Mutter in der Sozialisation
des Kindes, Darmstadt
- Leibholz, G., 1963. Demokratie und Erziehung, in: Die deut-
sche Schule, 2, 57 ff
- Leisewitz, A., 1974. Wissenschaftlich-technische Revolution
und Produktivkraft Wissenschaft, in: Gesellschafts-
kritische Wissenschaftstheorie (Reader), Bd. 3,
25 ff
- Leistung und Erfolg, hrsg. v. Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung, Bonn (1956, 1958, 1949/1959,
1960 - 1967)
- Lembruch, G., 1975. Die ambivalenten Funktionen politischer
Beteiligung in hochindustrialisierten Demokratien,
in: B. Junker (Hrsg.), Geschichte und politische
Wissenschaft, Bern
- Lenin, W.I., 1953. Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der
demokratischen Revolution, in: Ausgew. Werke,
Bd. I (Dietz), Berlin (DDR)
- Das Verhältnis der Sozialdemokratie zur
Bauernbewegung, in: Ausgew. Werke, Bd. I
(Dietz), Berlin (DDR)
1958. Der Partisanenkrieg, in: Werke, Bd. 11
(Dietz), Berlin (DDR)
1960. Staat und Revolution, in: Werke, Bd. 25
(Dietz), Berlin (DDR)
- Der Imperialismus als höchstes Stadium des
Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22 (Dietz),
Berlin (DDR)

Lenin. W.I., 1960. Krieg und Revolution, in: Werke, Bd. 24 (Dietz), Berlin (DDR)

Werke, Bd. 30, Berlin (DDR)

Werke, Bd. 31, Berlin (DDR)

Über die nationale und die koloniale nationale Frage, Sammlung ausgew. Aufsätze und Reden, Dietz, Berlin (DDR)

1966. Über den Staat, in: Ausgewählte Werke, Bd. III, Berlin (DDR)

Leontjew, A.N., 1973. Probleme der Entwicklung des Psychischen, Frf.

Lepenies, W., 1971. Soziologische Anthropologie, Materialien, Mnch.

Lesebuch Dritte Welt, hrsg. v. H.G. Schmidt, Wuppertal 1974

Lévi-Strauss, C., 1968. Das Wilde Denken, Frf.

Lewada, J.A., 1975. Bewußtsein und Regelung in gesellschaftlichen Prozessen, in: J. Friedrich u. a. (Hrsg.), Marxismus und Kybernetik, Kronberg/Ts., 128 ff

Liegele, L. 1970. Familienerziehung und sozialer Wandel in der Sowjetunion, Heidelberg

derselbe, 1973. Familienerziehung oder Kollektiverziehung? Eine falsche Alternative, in: Walter (Hrsg.), Bd. II, Stg., 41 ff

derselbe, 1974.

derselbe, 1976. Sozialisationsforschung und Familienpolitik. Am Beispiel der Planung und öffentlichen Diskussion des "Tagemütter-Projekts", in: Hurrelmann (Hrsg.) 1976, 223 ff

Linton, R., 1945. The cultural background of personality, N.Y.

derselbe, 1974. Gesellschaft, Kultur und Individuum, Frf.

Löwe, H., 1972. Probleme des Leistungsversagens in der Schule, Berlin (DDR)

Lompe, K., 1971. Gesellschaftspolitik und Planung, Freiburg

Lorenzer, A., 1975. "Kritik des Konzepts von Lucien Sève", Diskussionsvorlage zum IV. Colloquium "Materialistische Hermeneutik", Bielefeld, 6. - 9. 3. 1975 (Manuskript.)

Lowie, R., 1945. A Case of Bilingualism, Word 1 - 3, 1945 - 1947, 249 ff

Ludemann, P., 1970. Die Familienbildungsstätte - eine Aufgabe der Jugendhilfe im kommunalen Gemeinwesen, in: Jugendwohl 1970, 53 ff

- Ludz, P.C. (Hrsg.), 1964. Studien und Materialien zur Soziologie der DDR, KZtschr. f. Soz. Sozpsych., Sonderheft 5, Köln/Opladen
- Lüers, U., 1977. Im Irrgarten der Sozial- und Jugendhilfeträger, in: Jahrbuch der Sozialarbeit 1978, 248 ff
- Lüschen, G. / Lupri, E. (Hrsg.), 1970. Soziologie der Familie, KZtschr. f. Soz. Sozpsych., Sonderheft 14, Köln/Opladen
- Lüscher, K., 1976. Sozialisationsforschung für die politische Praxis, in: Ztschr. f. Soz., 5, 285 ff
- derselbe, 1976. Die Entwicklung der Rolle des Kindes, in: Hurrelmann (Hrsg.) 1976, 129 ff
- derselbe, 1977. Sozialpolitik für das Kind, in: Soziologie und Sozialpolitik, 591 ff
- Luhmann, N., 1970. Theorie sozialer Systeme, Köln/Opladen
- Lukesch, H., 1975. Erziehungsstile, Stg.
- derselbe, E., 1965. Industrialisierung und Strukturwandel in der BRD, in: Sociologia Ruralis, Vol. V., Nr. 1, 57 ff
- Luxemburg, R., 1951. Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in: Ausgew. Reden und Schriften, Berlin (DDR)
- Lye (1958), nach: F.L. Menlove, Aggressive Symptoms in Emotionally Disturbed Adopted Children, Child. Dev., Vol. 36, No 2
- Maar, G., 1976. Pädagogische Probleme der Adoption ausländischer Kinder. Eine Untersuchung frühkindlicher Sozialisation unter interkulturellem Aspekt, Münster (Diplomarbeit)
- Maass, H., 1967. Diskussionsbeitrag zum Referat "Sonderprobleme der Mädchenerziehung", AFET-Mitgliederrundbrief, 48 ff
- Maisels, J.F. / Loeb, M.B., 1956. Unanswered questions about foster care. Social Service Review, 30, Nr. 1
- Marenko, A.S., 1964. Werke, VEB, Berlin (DDR)
- derselbe, 1970. Vorträge über Kindereziehung, Werke, Bd. IV, VEB, Berlin (DDR)
- derselbe, 1958. Werke, Bd. 4, Berlin (DDR)
- Malhotra, M.K., 1975. Gastarbeiterkinder aus der Sicht der Lehrer, in: Päd. Rundschau, 3, 228 ff
- Mendel, E., 1969. Die Marxsche Theorie der ursprünglichen Akkumulation und die Industrialisierung der Dritten Welt, in: Folgen einer Theorie. Essays über "Das Kapital" von Karl Marx, 3. Aufl., Frf., 71 ff

- Mandel, E., 1972. Marxistische Wirtschaftstheorie, 2 Bde, Frf.
- Manis, J.G., 1974. The Concept of Social Problems, in: Social Problems, Bd. 21, 305 ff
- Mannschatz, E., 1971. Einführung in die sozialistische Familien-
erziehung, VEB, Berlin (DDR)
- Manzmann, A., 1974. Minorität, in: Ch. Wulf (Hrsg.), Wörter-
buch der Erziehung, Mnch., 416 ff
- Mao Tse-Tung, 1968. Ausgewählte Werke, Bd. I + II, Peking
- Marcuse, H., 1968. Aggressivität in der gegenwärtigen Indu-
striegesellschaft, in: Krippendorff (Hrsg.), Köln/
Berlin, 157 ff
- Markefka, M., 1977. Vorurteile, Minderheiten, Diskriminierung,
3. Auflage
- Markert, W., 1970. Dialektik des bürgerlichen Bildungsbegriffs,
in: Erziehung in der Klassengesellschaft, Mnch.
- derselbe, 1973. Erwachsenenbildung als Ideologie, Mnch.
- Markert, H., 1973. Zur Konstruktion von Unterrichtsmodellen
zur Friedenserziehung, in: Wulf (Hrsg.) Frf., 92 ff
- Marktstahler, J. (u. a.), 1973. Strukturelle Abhängigkeit und
Unterentwicklung, in: ebenda, 270 ff
- Marmor, J., 1964. Psychodynamic Aspects of Trans-Racial Adop-
tions on Social Welfare, USA
- Martens, K., 1974. Sprachliche Kommunikation in der Familie,
Kronberg/Ts.
- Marx, K., 1953. Klassenkämpfe in Frankreich, 1848 - 1850,
Marx/Engels Ausgewählte Schriften, Bd. 1,
Berlin (DDR)
- Grundrisse der Kritik der politischen Ökono-
mie (Rohentwurf) 1957 - 1858, Berlin (DDR)
- MEAS, Bd. 1 (Indien), Berlin (DDR)
- Marx, K. / Engels, F.
1957. Die Lage der arbeitenden Klasse in England,
Werke, Bd. 2, Berlin (DDR)
1959. Grundsätze des Kommunismus, Werke, Bd. 4
Kommunistisches Manifest, ebenda
1962. Werke, Bd. 21
1964. Das Kapital, Bd. I, Werke, Bd. 23
1968. Bd. 3, Thesen über Feuerbach, Deutsche Ideo-
logie, Werke
- Bd. 4, Manifest der kommunistischen Partei
- Bd. 7, (China)
- Bd. 10, Werke
- Bd. 13, Zur Kritik der politischen Ökonomie
- Bd. 16, Werke
- Bd. 17, Werke

- Marx, K. / Engels, F.
 1968. Bd. 20, Anti-Dühring; Dialektik der Natur,
 Werke
 Bd. 21, Kapital, Bd. I
 Bd. 25, Werke
 1969. Das Kapital I, Ullstein, 3. Auflage, Frf.
 1970. Studienausgabe, 4 Bde (hrsg. v. I. Fetscher),
 4. Aufl., Frf.
 ebenda, Bd. IV, Geschichte und Politik, Der-
 achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte
 (1852), 34 ff
- Marxismus, Psychoanalyse, Sexpol, Bd. 1 und 2, 2. Aufl., Frf.
 1972
- Masuch, M., 1972. Politische Ökonomie der Ausbildung, Hamb.
- Materialien zum Bericht zur Lage der Nation (1971, 1972, 1974)
- Materialien zur Entwicklungshilfekritik, hrsg. v. d. Deutschen
 Stiftung für Entwicklungsländer, Bonn 1969
- Materialistische Wissenschaft und Psychologie, Autorenkollektiv
 Wissenschaftspsychologie, Köln 1975
- Matějček, Z., 1969. Über Persönlichkeitstypen bei Heimkindern
 und ihre Berücksichtigung im Adoptionsverfahren;
 Die Aufklärung von Adoptivkindern über ihre
 Herkunft,
 in: Unsere Jugend 21, 155 ff / 403 ff
- Matthiessen, G., 1973. Tendenzen der internationalen Politik
 und Kriterien der friedlichen Koexistenz,
 in: Blätter für deutsche und internationale
 Politik, 12 1276 ff
- Maunz, G. (u.a.), 1974. Grundgesetz, Mnch.
- Maurer, G. / Molt, P., 1973. Lateinamerika, 2. Aufl., Berlin
- Mayntz, R., 1955. Die moderne Familie, Stg.
- McNamara, J., 1966. Bilingualism and Primary Education, Edding-
 burgh
- McWhinnie, A.M., 1959, nach: H. Copack (TdH), Übersetzung und
 Zusammenfassung des Kapitels "Adoption - Some
 Past Findings" aus Seglow u. a., Growing Up
 Adopted, London 1972, Mai/Juni 1977
- derselbe, 1967. Adopted Children: How They Grow Up, London
- Mead, M., 1953. National Character, in: A.L. Kroeber (Hrsg.),
 Anthropology today, Chicago, 642 ff
- dieselbe / Wolfenstein, M., 1955. Childhood in contemporary
 cultures Chicago
- dieselbe, 1959. Geschlecht und Temperament in primitiven Ge-
 sellschaften, Hamburg
- dieselbe, 1965. Leben in der Südsee, Mnch.

- Meierhofer, H. / Keller, W., 1966. Frustration im frühen Kindesalter, Stg.
- Menara, D., 1975. Soziale Eingliederung sozial behinderter Kinder am Beispiel der Adoptionsbetreuung, in: Kindliche Sozialisation und Sozialentwicklung, Mnch., 103 ff
- Mende, W., 1970. in: Zentralblatt für Jugendrecht, 189
- dieselbe, 1976. Intercountry Adoption, in: ICWR, No 28, 67 ff
- Menke-Glückert, P., 1968.
- Menlove, F.L., 1965, Aggressive Symptome in Emotionally Disturbed Adopted Children, Child Dev., Vol. 36, No 2 (June)
- Metzger, W., 1971. Über die Auswirkungen der Verpflanzung eines Kindes in eine ihm fremde Umgebung, in: Unsere Jugend 23, 153 ff
- Meuerler, E., 1973. Entwicklung und Unterentwicklung in der Ersten und der Dritten Welt, in: Wulf (Hrsg.) Frf., 437 ff
- derselbe / Schade, K.F., 1977. Schule und Dritte Welt, Stg. (Manuskript.)
- Midwinter, E., 1972. Social Environment and the Urban School, London
- derselbe, 1973. Patterns of Community Education, London
- Mikrozensus-Untersuchung 1972, Statistisches Bundesamt: Besuch von Kindergärten und Sozialstruktur der Kinder und ihrer Eltern, in: Wirtschaft und Statistik, I/1974
- Mikrozensus-Erhebung des Stat. BA von 1975, Stat. BA: Öffentliche Jugendhilfe 1975, in: Wirtschaft und Statistik 12/1976
- Milhoffer, P., 1973. Familie und Klasse. Ein Beitrag zu den politischen Konsequenzen familialer Sozialisation, Frf.
- Miliband, R., 1969. Der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft, Frf.
- Mills, C.W., 1959. Die Konsequenz, Mnch.
- Milner, D., 1973. Racial identification and preference in "black" British children, in: Eur. J. of Soc. Psych. 3, 281 ff
- Ministerium für Volksbildung und Erziehung für das Leben in der Familie, in: Studienwerk Vlotho, Informationsdienst "Aktuelle Politik" Nr. 6, 1976

- Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ),
 Bonn
 Nr. 65 / 66, April 1973
 Nr. 67, August 1973
 Nr. 70, März 1974
 Nr. 76, Dezember 1975
- Nr. 65 / 66, Sonderdruck: Die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über das elterliche Sorgerecht und die damit zusammenhängenden Bestimmungen des BGB, JWG, Adoptionsvermittlungsgesetz und FGG, entsprechend dem Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge, Stand: Ende Okt. 1972, 1 - 38
- Mollenhauer, K., 1959. Ursprünge der Sozialpädagogik in der industriellen Gesellschaft, Weinheim
- derselbe, 1968. Jugendhilfe. Soziologische Materialien, Heidelberg
- derselbe, 1972. Theorien zum Erziehungsprozeß, Mnch.
- derselbe, 1973. Jugendhilfe. Soziologische Materialien, 2. Aufl., Heidelberg
- derselbe, 1973. Erziehung und Emanzipation, 8. Aufl., Mnch.
- derselbe / Kasakos, G., 1975. Familie und Jugendamt, in: Bildungsforschung, Probleme, Perspektiven, Prioritäten. Deutscher Bildungsrat (Gutachten), Bd. 51, T. 2, 319 ff
- derselbe (u. a.), 1975. Die Familienerziehung, Mnch.
- derselbe, 1976. Einführung in die Sozialpädagogik, 6. Aufl., Weinheim/Basel
- Morgan, E.S., 1944. The Purittan family, N.Y./Boston
- Morrish, I., 1971. The Background of Immigrant Children, London
- Mühlmann, W.E./ Müller, E.W., Kulturanthropologie, Köln/Berlin 1966
- Müller, H., 1967. Rassen und Völker im Denken der Jugend, Stg.
- Müller, E.H., 1971. Politisches Lernen im Kindesalter, in: derselbe (u. a.), Politikunterricht und Gesellschaftskunde in der Schule, Ulm
- Müller, H., (Hrsg.), 1974. Ausländerkinder in deutschen Schulen, Stg.
- Müller, W. / Neusüß, Chr., 1970. Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, in: Sozialistische Politik, 2. Jg., Nr. 6/7, 4 ff
- Münch, E.M., von, 1973. Kindergartenrecht, Mnch.
- Murswieck, A., 1974. Politische Steuerung und soziale Integration - Handelsgrenzen einer staatlichen Sozialpolitik, in: P. Grottian / A. Murswieck, Handlungsspielräume der Staatsadministration, Hamb.
- derselbe, 1975. Regierungsreform durch Planungsorganisation, Op-laden
- derselbe (Hrsg.), 1976. Staatliche Politik im Sozialsektor, Mnch.

Myrdal, G., 1970. The Challenge of World Poverty, A World
Anti-Poverty Program in Outline, N.Y.

MZ, Freitag, den 24. 6. 1977

- Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Rundfrage des ISD über ausländische Adoptivkinder, Nr.6/53.Jg., Frf.(Juni) 1973
- Napoleoni,C., 1971.Grundzüge der modernen ökonomischen Theorien,3.Aufl., Frf.
- Napp-Peters,A.,1978.Adoption-Das alleinstehende Kind und seine Familien. Geschichte,Rechtsprobleme und Vermittlungspraxis, Neuwied/Darmstadt
- Naschold, F.,1974.Schulreform als Gesellschaftskonflikt, Frf.
- Naumann,J., 1970.Forschungsökonomie und Forschungspolitik.Ausgewählte amerikanische Beiträge, Stg.
- Nave-Herz, R.,1964.Die Elternschule, Berlin/Neuwied
- Negt,O., 1972. Thesen zur marxistischen Rechtstheorie,in:Kritische Justiz, H.1, 1973, Köln, 1 ff.; Erstabdruck in: Klassenjustiz? Methoden der bürgerlichen Rechtswissenschaft und Marxistische Rechtstheorie(hrsg. v.d.Basisgruppe Jura(SBG) Köln 1972)
- derselbe/Kluge,A.,1972. Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frf.
- derselbe,1974. Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen, 4. Auflage, Frf.
- Nehls,K.,1970. Kapitalexport und Kapitalverflechtung, Berlin
- dieselbe,1973. Internationale Konzerne-Monopolmacht-Klassenkampf, in: IPW-Forschungshefte, H.1
- Neumann,T.,1974.Wissenschaft und Verantwortung. Schriften zur Münsteraner Soziologie, H.5
- Neidhardt,F.,1969.Schichtenspezifische Vater-und Mutterfunktionen im Sozialisationsprozeß, in: Soziale Welt, 16.Jg.,339 ff.
- derselbe(Hrsg.)1975.Frühkindliche Sozialisation, Stg.
- derselbe ,1975.Familie in Deutschland, 4.Aufl.,Opladen
- Nemovicher,J.,1959.A comparative study of adopted boys and nonadopted boys in respect of specific personality characteristics, N.Y.
- Nieden,M.zur,1928. Adoption und Adoptionsvermittlung, Flugschrift 10 der Deutschen Berufsvormünder(3.Aufl.Köln 1963)
- Niehuis,E.,1973. Analyse der Erwachsenenbildung in der BRD und der DDR, Heidelberg
- Niermann,J.,1974.Wörterbuch der DDR-Pädagogik, Heidelberg
- Niklas,H./Ostermann,Ä.,1973.Überlegungen zur Gewinnung friedensrelevanter Lernziele aus dem Stand der kritischen Friedensforschung, in: Wulf(Hrsg.)Frf., 315 ff.
- Nikles,B., 1976. Jugendpolitik, Opladen
- Nikolinakos,M.,1973.Politische Ökonomie der Gastarbeiterfrage, Reinbeck bei Hamburg
- Nitsch,H.,1973.Sozialwirtschaft zwischen Soll und Haben(hrsg.v.d.Bank für Sozialwirtschaft),Berlin und Köln
- Nölkenhüner,U.,1973.Elternbezogene Sendungen in Rundfunk und Fernsehen, hekt. Manuskrt., Aachen
- Noonan,J.T.,1969. Empfängnisverhütung, Mainz
- Nordlie,E./Reed,S.,1962.Follow-up Adoption Counseling for Children of Possible Racial Admixture,in:Child Welfare,Vol.41,No 7.Sept.
- Nyssen,F.,1973.Pädagogischer Optimismus-pädagogischer Pessimismus,in:

- Obudho, C.E., 1976. Black-White Racial Attitudes. An Annotated Bibliography, Westport/London
- Ocitti, J.P., 1973. African indigenous education. As practised by the Acholi of Uganda, Nairobi, East African Literature Bureau
- Ökonomisches Lexikon, Stichwort 'Gastarbeiter', Verlag "Die Wirtschaft", Berlin(DDR) 1966
- Offe, C., 1972. Politische Herrschaft und Klassenstruktur, in: G.Kress/ D.Senghaas, Politikwissenschaft, Frf.
- derselbe, 1972. Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frf.
- derselbe, 1973. "Krisen des Krisenmanagements" : Elemente einer politischen Krisentheorie, in: M.Jänicke (Jrsg.), Herrschaft und Krise, Opladen
- derselbe/Lenhardt, G., 1977. Staatstheorie und Sozialpolitik, in: Soziologie und Sozialpolitik, 98 ff.
- Offenberg, M., 1938. Gestaltwandel der Fürsorge zur Volkspflege, in: Jahrbuch der Caritaswissenschaft, 12.Jg., 71 ff.
- Olsen, N.J., 1974. Family structure and socialization patterns in Taiwan, in: Am.J. of Soc., 74, 1395 ff.
- OMGUS-Telegramm an die Militärregierungen der vier Länder der amerikanischen Besatzungszone vom 10.1.1947, in: Plädoyer..., 170
- Ortmann, H., 1971. Arbeiterfamilie und sozialer Aufstieg, Mnch.
- Ortmann, F., 1976. Sozialplanung für wen? , Neuwied
- Ostermann, W., 1963. Zur politischen Bildung und Erziehung im 8. und 9. Schuljahr, in: Päd. Rundschau, 250 ff.
- Oyemade, A., 1975. Motherless babies in care in Nigeria, in: African Environment 1/4, Dakar, 84-92
- Pachter, R., 1975. Les enfants adoptifs étrangers à la lumière des descriptions et de la pratique de la Police fédérale des étrangers, in: Revue Suisse d'Utilité Publique, No 4, Zürich, 65 ff.
- Pädagogische Studententexte zur Vorschulerziehung, 5. Aufl., Berlin(DDR) 1975
- Palloix, Ch., 1971. L'économie mondiale capitaliste, 2 Bde, Paris
- Pankoke, E., 1970. Soziale Bewegung- Soziale Frage- Soziale Politik. Grundfragen der deutschen Sozialwissenschaft im 19. Jahrhundert, Stg.
- derselbe , 1971. Kommunale Beteiligung als Problem der Verwaltungsorganisation, in: Die Verwaltung 4, 395 ff.
- derselbe , 1977. Sozialpolitik zwischen staatlicher Systematisierung und situativer Operationalisierung, in: Soziologie und Sozialpolitik, 76 ff.
- Papcke, S., 1973. Progressive Gewalt, Studien zum sozialen Widerstandsrecht, Frf.
- Parin, P.(u.a.), 1963. Die Weißen denken zu viel, Zürich
- derselbe , 1972. Zur Ethnopschoanalyse: Ödipus in Afrika, in: Kursbuch 29, 179 ff.
- Paritätische Bildungswerk: Familien- und Elternbildung im Rahmen des PB-Grundsatzprogramms, in: DPW-Nachrichten 1977

- Parsons/Shils u.a.(Hrsg.)1952.Toward a general theory of action, Harvard
- Peal,E./Lambert,W.E.,1962.The Relations of Bilingualism and Intelligence.
Psycholog. Monographs. General and Applied 76, 1-23
- Pechstein,J.(u.a.),1972.Verlorene Kinder? , Mnch.
- Peiper,A.,1965.Chronik der Kinderheilkunde, Leipzig
- Personalstruktur der Streitkräfte, Bericht der Personalstrukturkommission,
Bonn 1971
- Peschke,P., 1962.Geschichte der deutschen Sozialversicherung.Der Kampf
der unterdrückten Klassen um soziale Sicherheit,
Berlin(DDR)
- Peters,H.,1968. Moderne Fürsorge und ihre Legitimation, Köln/Opladen
- Petersen,J.,1915.Jugendfürsorge, Berlin
- Pfaundler,M.,1915. Physiologie der Neugeborenen, in: A.Döderlein,
Handbuch der Geburtshilfe, Wiesbaden
- dieselbe ,1924. Über Anstaltsschäden an Kindern, in: Monatszeitschr.
für Kinderheilkunde 29, 601 ff.
- Pfeffer,M.E.,1972.Kleines Wörterbuch zur Arbeits-und Sozialpolitik,Freib.
- Pinchbeck,I./Hewitt,M.,1969(1973).Children in English society, 2 Bde,
London
- Pinneau,S.,1955. The infantile disorders of hospitalism and anaclitic depression,
in: Psych. Bull., Vol.52, No 5, 429 ff.
- Plädoyer für eine demokratische Bildungspolitik , Köln 1975
- Plat,W.,1972. Die Familie in der DDR, Frf.
Teilabdruck in: Claessens/Milhoffer(Hrsg.)1973, 375 ff.
- Plowden(Lady): Presidential Address. Ann. Conference of the Preschool Play-
groups Association, Edingburgh 7.-8.4. 1973
- Politische Bildung-Politische Sozialisation, hrsg.v.d.Redaktion be-
trifft: erziehung, Weinheim/Basel 1973
- Politische Ökonomie, Lehrbuch, Dietz, Berlin 1961
- Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus, Berlin(DDR)1972
- Pongratz,L.,1964. Prostituiertenkinder, Stg.
- Popitz,H.(u.a.),1957.Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, Tübingen
- Potsdamer Abkommen(Ausschnitt) vom 2.August 1945, in:Plädoyer...,169
- Poulantzas,N.,1973. Klassenkampf und Repression- Einige Hauptzüge des
kapitalistischen Staates, in: Kursbuch 31, 129 ff.
- Pressel,A.,1971. Sozialisation,in: Erziehung in der Klassengesellschaft, 124 ff.
- Preuß-Lausitz,U.,1973.Vom Schwinden der "Fähigkeit", sich mit dem poli-
tischen System zu identifizieren. Zur Kritik der so-
genannten "politischen Sozialisation", in: betrifft:
erziehung 6,2, 19 ff.
- Priester,K.,1972. Erziehung zum Frieden. Oder:Die Abrichtung zur Zu-
friedenheit, in: betrifft:erziehung,5.Jg.,H.7,27 ff.
- dieselbe ,1973. Über die Schwierigkeiten einer"Erziehung zum Frieden",
in: Wulf(Hrsg.)Frf., 74 ff.
- dieselbe ,1973. Neuere Beiträge zur Friedenserziehung, in: Ztschr.f.
Päd., 26.Jg.,H.2., 321 ff.

- dieselbe ,1973.Theorie ohne Folgen, in: betrifft:erziehung, 6.Jg.,H.6
- dieselbe ,1974.Aktuelle Tendenzen auf dem Gebiet der "politischen Bildung", in: Blätter....(März 1974, 3)
- dieselbe ,1975.Die Rücknahme fortschrittlicher Positionen und der Mißbrauch von Reformbegriffen, in:Plädoyer...,100ff.
- dieselbe ,1975. "Struktur" und "Konflikt", in: Dem.Erz., 4
- Pringle,M.L.(u.a.),1967(1966).Adoption-Facts and Fallacies. Studies in Child Development, London
- Probleme der Familie und der Familienpolitik in der BRD, hrsg.v.BMJFG, Stg. 1973
- Probleme des Friedens und des Sozialismus, H.6, 1975
- Probleme des Klassenkampfes(Prokla).Ztschr. f. politische Ökonomie und sozialistische Politik, Erlangen 1971 ff.
- Programm und Praxis in der Familienbildung und in Elterninitiativen, (Arbeitsgemeinschaft 1),in:Theorie und Praxis der sozialen Arbeit 73,176
- Projekt Klassenanalyse. Materialien zur Klassenstruktur der BRD,Berlin 1973 und 1974
- Procopczuk, J.,1976.Die Entwicklung der Dritten Welt(II). Hauptaspekte, Theorie und Praxis, in: Blätter...Nov.1976(11)
- Pross,H.,1973. Gleichberechtigung im Beruf? Eine Untersuchung mit 7000 Arbeitnehmerinnen in der EWG, Frf.
- Psychologische Studentexte 'Vorschulerziehung', 2.Aufl.,Berlin(DDR) 1974
- Quasthoff,U.,1973.Soziales Vorurteil und Kommunikation-Eine sprachwissenschaftliche Analyse des Stereotyps, Frf.
- Quellen zur Geschichte der Vorschulerziehung, 2.Auflage, Berlin(DDR) 1974
- Rabin,A.J.,1958.Infants and children under conditions of "intermittent" mothering in the "kibbutz", in: Am.J.of Orthopsychiatr. 28, 577 ff.
- derselbe ,1959.Attitudes of "kibbutz"children to family and parents, in: Am.J.of orthopsychiatr. 29, 172 ff.
- derselbe ,1965.Growing up in the Kibbutz, N.Y.
- Raleigh(1953), nach:H.Copak(TdH), Übersetzung und Zusammenfassung des Kapitels "Adoption-Some Past Findings"aus Seglow u.a., Growing Up Adopted, London 1972, Mai/Juni 1977
- Raußen,W.,1976. Analyse von Förderungsprogrammen für Minoritätenkinder. Ein Beitrag zur interkulturellen Pädagogik, Münster(Diplomarb.)
- Rauter,E.A.,1977.Vom Faustkeil zur Fabrik,2.Aufl.,Mnch.
- Raynor,L.,1970. Adoption of Non-White Children .The experience of a British Adoption Project, Nat.Inst.of Social Work, Training Series 18,London
- Razran,G.,1971.The observable unconscious and the inferable conscious in current Soviet psychophysiology,in: Psych.Rev. 68, 81 ff.

- Reid, J.H., 1971. Principles, values and assumptions underlying adoption practice, in: Social Work in Adoption, hrsg.v.R.Tod, London
- Reimann, H./Reimann, H., (Hrsg.) 1976. Gastarbeiter, Mnch.
- Reis-zur Nieden, R./Scheer, H.-M., 1977. Familie und Familienbildung-Anmerkungen zum 2. Familienbericht der BR, in: Neue Praxis, Jg.7, H.1, 52 ff.
- Remplein, H., 1971. Die seelische Entwicklung des Menschen im Kindes- und Jugendalter, 17. Aufl., Mnch./Basel
- Rexilius, G., 1977. "Marxismus und Theorie der Persönlichkeit"? Eine Kritik an Lucien Sève, in: Psychologie und Gesellschaft, 2, 76 ff.
- Rheingold, H., 1961. The effect of environmental stimulation upon social and exploratory behavior in the human infant, in: B.M.Foss (Hrsg.), Determinants of infant behavior, N.Y., 143 ff.
- Ribeiro, D., 1970. The Cultural-Historical Configurations of the American People, in: Current Anthropology XI, 4/5, 403 ff.
- Richta-Report: Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts (hrsg. von R.Richter), Frf. 1971
- Richter, H.E., 1973. Zur psychoanalytischen Theorie von Familienkonflikten, in: Claessens/Milhoffer (Hrsg.) 1973, 281 ff.
- Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus im Unterricht, Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 5.7.1962, in: Plädoyer..., 174/175
- Richtlinien: Hessen (Kultusminister), Rahmenrichtlinien Sekundarstufe I Gesellschaftslehre (2. Fassung) 1973
 : NRW (Kultusminister), Richtlinien für den Politikunterricht, 2. Ausg., Düsseldorf/Stg. 1974
 : Rheinland-Pfalz (Kultusminister), Vorentwurf zu einem Curriculum Sozialkunde. Für die Klassen 9-11, 1971/1972
- Richtlinien für Adoptionsangelegenheiten vom 28. Juni 1963, Land-schaftsverband Rheinland (hrsg. v. Landesjugendamt)
- Riesman, D. (u.a.), 1958 (1950). Die einsame Masse. Eine Untersuchung der Wandlung des amerikanischen Charakters, Hamb.
- Rihs, C., 1976. Adoption and the Law: Present Situation and New Trends, in: ICWR, No 28, 52 ff.
- Riley, M.W. (u.a.), 1969. Socialization for the middle and later years, in: Goslin (Hrsg.), 951 ff.
- Rilling, R., 1970. Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, Köln
- derselbe, 1970. Die Forschungspolitik der BRD, in: A.M. Weinberg, Probleme der Großforschung, Frf., 305 ff.
- derselbe/Sychla, H., 1972. Zur Rüstungs- und Militärpolitik der Regierung Brandt/Scheel, in: Blätter... 1972 (6)
- derselbe, 1974. Die Forschungspolitik der BRD, in: Gesellschaftskritische Wissenschaftstheorie, Bd. 1, 103 ff.
- derselbe, 1975. Theorie und Soziologie der Wissenschaft, Zur Entwicklung in BRD und DDR, Frf.
- Roger, G., 1971. Die pädagogische Bedeutung der proletarischen Jugendbewegung, Frf.
- Romanyshyn, J.M., 1971. Social Welfare .Charity of Justice, N.Y., 254 ff.

- Rose, E.J.B.(u.a.) 1969. Colour and Citizenship, Inst. of Race Relations, London
- Rosenbaum, H., 1973. Familie als Gegenstruktur zur Gesellschaft, Stg.
dieselbe , 1974 (Hrsg.). Familie und Gesellschaftsstruktur, Frf.
- Rosenberg, M.J., 1965. Images in relation to the policy process. American public opinion on cold war issues, in: H.C. Kellman (Hrsg.), International behavior, N.Y., 278 ff.
- Rostow, W.W., 1962. The Stages of Economic Growth, Cambridge
- Roth, H., 1966. Pädagogische Anthropologie, Bd. I, Hannover
derselbe (Hrsg.) 1969. Begabung und Lernen, Stg.
derselbe, 1971. Pädagogische Anthropologie, Bd. II, Hannover
- Roth, J., 1973. Heimkinder: Ein Untersuchungsbericht über Säuglings- und Kinderheime in der BRD, Köln
- Roth-Sielow, K., 1976. Adoptionsgesetz-Adoptions ermittlungsgesetz, Stg.
- Rothe, F.K., 1969. Stammeserziehung und Schulerziehung. Eine Fallstudie zum Kulturwandel in der Republik Sudan, Braunschweig
derselbe , 1972. Erziehung und Ausbildung in den Entwicklungsländern, Essen
- Rubinstein, S.L., 1972. Sein und Bewußtsein, 2. Aufl. (s'Gravenhage/Niederlande), Gießen
- Rüberg, R., 1964. Familie und Familienpolitik in der katholischen Soziallehre, in: Familienpolitik in der Industriegesellschaft, Bonn, 34 ff.
- Rückriem, G.M./Prokopp, E. (Hrsg.) 1969. Erwachsenenbildung-Grundlagen und Modelle, Weinheim
- Rühle, O., 1922. Das proletarische Kind, Mnch.
- Ruppert, J.P., 1952. Sozialpsychologie im Raum der Erziehung, Weinheim
- Russell, J.C., 1971. Mittelalter bis Neuzeit, in: Cipolla/Borchardt (Hrsg.), Bevölkerungsgeschichte Europas, Mnch.
- Russell, B./Sartre, J.P., 1971. Das Vietnam-Tribunal oder Amerika vor Gericht, Hamb.
- Salifou, A., 1974. L'education africaine traditionnelle, in: Présence Africaine, Nr. 89, Paris, 3-14
- Salzmann, Chr.G., Carl von Carlsberg oder über das menschliche Elend, Frf./Leipzig, Bd. 1, 1785/88 (nach: Scherpner, S. 93)
- Sanfilippo, G., 1942. Die römische Adoption und die Adoption im neuen italienischen Gesetzbuch, in: Deutsches Recht, 491 ff.
- Sarodow, K.I., 1974. Bündnis des Weltsozialismus und der nationalen Befreiungsbewegung, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 10
- Savvidis, G., 1975. Zum Problem der Gastarbeiterkinder in der BRD, Wien/Mnch.
- Schäfer, B./Six, B., 1978. Sozialpsychologie des Vorurteils, Stg.
- Schäfer, G., 1967. Leitlinien stabilitätskonformen Verhaltens, in: Schäfer/Nedelmann (Hrsg.), Der CDU-Staat, Mnch., 238 ff.
- Schaefer, M.A., 1967. Ziel und Grenzen der Heimerziehung, in: Jugendwohl, 48. Jg., 63 ff.
- Schapiro, M., 1956. A Study of Adoption Practice, Vol. 1, Child Welfare Lea-

- Scharpf, F.W., 1971. Planung als politischer Prozeß, in: Die Verwaltung 4, 1 ff.
- Schefold, W., 1975. Lebensumwelt und Jugendpolitik, DJJ, Mnch. (Man.)
- Schelsky, nach: D. Storbeck, Die Familienpolitik der SED und die Familienwirklichkeit in der DDR, in: P.C. Ludz (Hrsg.) Köln, 86 ff.
- derselbe, 1957. Die skeptische Generation, Düsseldorf
- derselbe, 1973. Die selbständigen und die betreuten Menschen. Rede auf dem CSU-Parteitag 1973, FR, Nr. 230, 3.10.1973
- Schärer, R., 1976. Das dressierte Kind, Sexualität und Erziehung: Über die die Einführung in die Unschuld, Berlin
- Scherf, K., 1968. Bildungs- und Wissenschaftspolitik in internationaler Sicht (Referat DVT, 5.7.1968), in: VDI-Ztschr., 33, Bd. 110 (III), 1468 ff.
- derselbe, 1969, nach: DUZ, 17-18/1969
- Scherpner, H., 1966. Geschichte der Fürsorge, Göttingen
- Scheu, U., 1978. Wir werden nicht als Mädchen geboren-wir werden dazu gemacht. Zur frühkindlichen Erziehung in unserer Gesellschaft, 4. Aufl., Frf.
- Schierholz, H., 1972. Wehrbereitschaft-Ziel politischer Bildung (Erziehung). Zur Analyse des Einflusses der Bundeswehr auf das Curriculum des politischen Unterrichts, Heidelberg
- derselbe, 1977. Friedensforschung und politische Didaktik. Studien zur Kritik der Friedenspädagogik, Opladen
- Schink, H.D., 1976. Kleine Schule für Adoptiv- und Pflegeeltern, Mnch.
- Schleicher, K. (Hrsg.) 1973. Elternmitsprache und Elternbildung, Düsseldorf
- derselbe, 1977. Familienbildung, Düsseldorf
- Schmalohr, E., 1972. Frühe Mutterentbehrung bei Mensch und Tier, Mnch.
- Schmidle, P./Junge, H., 1975. Sozialisationsfeld Heimerziehung, Freiburg
- Schmidt, K.A., 1970 (1892). Geschichte der Erziehung, Aalen
- Schmidt, R./Becher, E., 1967. Reaktionen auf politische Ereignisse, Frf.
- Schmidt, V., 1969. Die Entwicklung des Wißtriebes beim Kinde, in: Zentralratsbroschüre der sozialistischen Kinderläden, Nr. 1, Berlin (Moskau 1924)
- Schmidt-Mummedey, A., 1973. Verhaltenswissenschaftliche Aspekte der Verringerung von Gewalt, in: Wulf (Hrsg.) Frf., 262 ff.
- Schmidt-Kolmer, E., 1959. Verhalten und Entwicklung des Kleinkindes, VEB, Berlin (DDR)
- derselbe, 1963. Der Einfluß der Lebensbedingungen auf die Entwicklung des Kindes im Vorschulalter, Akademie-V., Berlin (DDR)
- Schmiederer, U., 1968. Die sowjetische Theorie der friedlichen Koexistenz, Frf.
- Schmiederer, R./Schmiederer, U., 1970. Der neue Nationalismus in der politischen Bildung, Frf.
- derselbe, 1966. Zur Problematik politischer Bildung in der Schule, in: Das Argument 40, H. 5, 386 ff.
- derselbe, 1971. Zur Kritik der politischen Bildung, Frf.
- derselbe, 1972. Zwischen Affirmation und Reformismus, Frf.

- Schmitt-Wenkebach(Hrsg.)1977.Elternbildung als sozialpädagogische Aufgabe, Neuwied/Darmstadt
- dieselbe/Schmitt-Wenkebach,R./Ulshoefer,H.,1973.Kindergartengesetze, in: Recht der Jugend und des Bildungswesens, 21, 161 ff.
- Schmitt-Wenkebach/Ulshoefer,H.,1974.Kindergartenrecht,Neuwied
- Schnabel,R.,1974. Von der Armenpflege bis zur Familienpflege heute, in:Kinder in Ersatzfamilien(hrsg.v.Bonhoeffer/Wildemann),Stg., 22 ff.
- dieselbe ,1974. Elternrecht und Kindesrecht,ebenda, 78 ff.
- Schnädelbach,H.,1969.Was ist Ideologie?,in:Das Argument 50,71 ff.
- Schneider,M.,1973.Neurose und Klassenkampf,Hamb.
- Schnitzerling,M.,1960.Die Adoption,ein Grundriß über die Annahme an Kindes statt aus juristischer und fürsorglicher Sicht,Berlin
- Schrader,A.(u.a.)1976.Die zweite Generation.Sozialisation und Akkulturation ausländischer Kinder in der BRD, Kronberg:Athenäum
- Schröder,G.,1958.Freie Jugend im freien Staat,Bonn
- Schubnell,H./Bories,H.J.,1973.Hilfen die Familie(Expertise 3.FAMBER.), unveröff.Man.
- Schuchardt,H., im 'Hamburger Abendblatt', 28.Jg.,Nr.232,S.9
- Schuhler,C.,1968.Zur politischen Ökonomie der Armen Welt,Mnch.
- Schule und Dritte Welt, hrsg. v. Bundesministerium f. wirtsch.Zusammenarbeit, Nr.43 und Nr.39(1973,1972),Bonn
- Schulmitwirkungsgesetz(22.Dez.1977),in:Der Kultusminister informiert, 4/1978
- Schurig,B.,in: Das Standesamt 73(und 145)
- Schwäglner,G.,1975.Sociologie der Familie, Tübingen
- Schwarzbuch:Ausländische Arbeiter,1972, hrsg.v.S.Geiselberger,Frk.
- Seago,D.W.,1947. Stereotypes: before Pearl Harbour and after, J. of Psych., 23, 55 ff.
- Secord,P.F./Backman,C.W.,1976.Sozialpsychologie, Frf.
- Seglow, J.,1968. Introductory Paper on Adoption,Sept.,Edinburgh
- dieselbe(u.a.)1972.Growing Up Adopted,London 1972(nach H.Copak,Paper)
- Senghaas,D.(Hrsg.)1972. Imperialismus und strukturelle Gewalt,Frk.
- dieselbe ,1972. Abrüstung durch Rüstungskontrolle.Über den symbolischen Gebrauch von Politik,Stg.
- Servan-Schreiber,1968. Die amerikanische Herausforderung, Hamb.
- Sève,L., 1973. Marxismus und Theorie der Persönlichkeit,2.Aufl.,Frk.
- SGB, AT, 11.Dezember 1975, BGBI. I, 3015

- Siebert, H., 1970. Erwachsenenbildung in der Erziehungsgesellschaft der DDR, Düsseldorf
- Sigrist, Chr., 1969. Zum Problem der Herrschaft und das Problem der Anarchie, in: Das Argument 50, 147 ff.
- derselbe, 1974. Der wissenschaftliche Beitrag der Ethnologie zur imperialistischen counter-insurgency, in: Befreiung, Mai
- Simitis, S./Zenz, G. (Hrsg.) 1975. Seminar: Familie und Familienrecht, 2 Bde, Frf.
- Simpson, G.E./Yinger, J.M., 1972. Racial and cultural minorities: an analysis of prejudice and discrimination, 4. Aufl. N.Y.
- Situation der Kinder in Deutschland, Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, Drucksache 7/3340, 10.3.1975, Antwort der Bundesregierung (K.Focke)
- Sjölund, A., 1973. Daycare Institutions and Children's Development, Saxon House, 227 ff.
- Sjöberg, G. (u.a.), 1965/1966. Bureaucracy and the Lower Class, in: Sociol. and Soc. Research 50, 325 ff.
- Skeels, H.M./Skodak, M., 1949. A final follow-up study of one hundred adopted children, in: J. of Gen. Psych., 75, 85 ff.
- derselbe, 1965. Effects of adoption on children from institutions, in: Children, Vol. 12, 33 ff.
- Skowronek, H., 1965. Änderung von Einstellungen und Abbau von Vorurteilen, in: Strzelewicz (Hrsg.) Göt., 62 ff.
- Sofri, G., 1972. Über asiatische Produktionsweise, Zur Geschichte einer strittigen Kategorie der Kritik der politischen Ökonomie, Frf.
- Sommers, V., 1964. The impact of dual-cultural membership on identity, in: Psychiatry 27, 332 ff.
- Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, H.3, 1973
- Sozialistisches Büro (Hrsg.) 1972. Materialien zum Berufsverbot, Offenbach
- Sozialistische Verfassung der DDR vom 6.4.1968 (ergänzt und geändert: 7.10.1974)
- Soziologie und Sozialpolitik, hrsg. v. Chr. von Ferber/F.-X. Kaufmann, KZtschr.f. Soz. Sozpsych., Sonderheft 19, 1977
- SPIRI Yearbook 1972: World Armaments and Disarmament, Stockholm
- Spitz, R.A., 1945. Hospitalism I, in: Bittner/Schmid-Cords (Hrsg.) 1973
- derselbe, 1946. Anacletic Depression, ebenda, 1973
- derselbe, 1969. Vom Säugling zum Kleinkind, 2. Aufl., Stg.
- Sprey, Th. (Hrsg.) 1978. Praxis der Elternbildung, Mnch.

- Spöhring, G., 1974. Abbau von Vorurteilen im Vorschulalter, in: Westermanns Päd. Beiträge, 3, 150 ff.
- Stadler, M. (u.a.), 1975. Psychologie der Wahrnehmung, Mnch.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) 1977: Öffentliche Jugendhilfe, Mainz (Zahlen von 1974)
- dasselbe, (Hrsg.) 1977: Statistisches Jahrbuch 1976, Stg.
- Statistisches Reichsamt (Hrsg.) 1930: Stat. Jahrbuch 1930, Berlin (Zahlen von 1928, 1913)
- Stavenhagen, R., 1969. Les classes sociales dans les sociétés agraires. Editions anthropos, Paris
- Steinert, H., 1973. Militär, Polizei, Gefängnis usw.. Über die Sozialisation in der "totalen Institution" als Paradigma des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft, in: Walter (Hrsg.) 1973, Bd. II, 227 ff.
- derselbe, 1972. Die Strategien sozialen Handelns. Zur Soziologie der Persönlichkeit und der Sozialisation, Mnch.
- Stirnemann, F., Psychologie des neugeborenen Kindes, o.J.
- Stolleis, M., 1978. Eltern- und Familienbildung als Aufgabe der Jugendhilfe, Schriften des BMJFG, Bd. 60, Stg.
- Stolz, H./Herrmann, A., 1966. Über das Kind und seine sozialen Beziehungen in der DDR, Mnch.
- Stone, F. H., 1968. Adoption and Identity, in: Child Adoption, no 58
- Stone, O. M., 1971. Familienrecht 1970, in: K. Elliot (Hrsg.), Hat die Familie noch eine Zukunft?, Mnch., 114 ff.
- Strauß, F.-J., 1966. Entwurf für Europa, Stg.
- derselbe, Vorwort zum Buch S. Schreibers "Die amerikanische Herausforderung"
- Strobel, K., 1970. Konzeption und Programm einer rationalen Familienpolitik, in: Jugendwohl, 51. Jg., 358 ff.
- Strunk, G., 1974. Erziehung in der Gesellschaft des Übergangs, in: Comenius-Institut (Hrsg.), Elternbildung in Kirche und Gesellschaft, Münster (ebenfalls in: Kerstiens (Hrsg.) 1976: 7 ff.)
- Strzelewicz, W. (Hrsg.) 1965. Das Vorurteil als Bildungsbarriere, Elf Beiträge, Göttingen
- Stumpfe, K. D., 1969. Der Fall Kaspar Hauser, in: Praxis der Kinderpsych. und Kinderpsychiatr., 18, 292 ff.
- Süddeutsche Zeitung, 25. Nov. 1971
- Suhr, D., 1970. Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit, in: Der Staat 9, 22
- Suin de Boutemard, B., 1972. Minoritäten als Erfahrung ausländischer Arbeitnehmer und Rassismus, in: Neue Sammlung, 3, 204 ff.
- Sumner, W. G., 1906. Folkways, N.Y.
- Sussman, M. B., 1970. Competence and Options: A Theoretical Essay (Man.)

Terray, E., 1974. Zur politischen Ökonomie der "primitiven" Gesellschaften, Zwei Studien, Frf.

Terre des Hommes(TdH), Zeitschrift, hrsg.v.TdH-Deutschland e.V., Osnabrück

4/ 1972

2/ 1973

1,2,3/ 1974

1,2,3/ 1975

1,3,4/ 1976

1,2,4/ 1977

1,2,3,4/ 1978

1/ 1979

TdH:Sammelmappe Adoptiveltern: Juni 1973

1972(Recht, Literatur)

TdH:Adoptionsreferat : 1/1976

: 11/1976

: 1/1977

Tenbruck, F.G., 1965. Jugend und Gesellschaft, Freiburg(2.Auflage)

Teufel, I., 1967. Zur Frage des Hospitalismus, in: Unsere Jugend, 19, 21 ff.

The International Committee of Associations of Adoptive Families, Minutes of the World Conference on Adoption and Foster care, held in Milan(1971)

The Times, 17. April 1974

Thomae, H., 1959. Entwicklung und Prägung, in: Entwicklungspsych., Hdb.der Psych., 3 (hrsg.v.H.Thomae), Gött., 253 ff.
derselbe, 1972. Kulturelle Systeme als Sozialisationsvariablen, in: Hdb.d.Psych., 7, Sozialpsych.(hrsg.v.Graumann), Göttingen, 748 ff.

derselbe, 1972. Familie und Sozialisation, in: Graumann, hrsg., Sozialpsych., 7, 2. Halbbd., Göttingen, 778 ff.

Thompson, J.D., 1967. Organizations in Action, Social Science Bases of Administration Theory, N.Y.

Tibi, B., 1973. Romantische Entwicklungsideologien in Afrika, in: Blätter...1973(5)

Time, 11.November 1974

Titze, H., 1973. Die Politisierung der Erziehung, Frf.

Tizard, B./Rees, J., 1974. A comparison of effects of adaption, restoration to the natural mother, and continued institutionalization on the cognitive development of four-year-old children, in: Child Dev., 45, 92 ff.

Tjaden, K.H., 1972. Soziales System und sozialer Wandel, Stg.

Tomberg, F., 1973. Bürgerliche Wissenschaft, Frf.

Trappen, F., 1965. Die kubanische Volksrevolution, Berlin(DDR)

Triseliotis, J.P., 1971(1970). Evaluation of Adoption Policy and Practice, Edinburgh

derselbe, 1973. In search of origins, the experiences of adopted people, London

Trockij, L., 1965. Die permanente Revolution, Frf.

Tübinger AG Friedensforschung, Tübingen 1973 - 1976

Tugendreich, G., 1909/1910. Die Mutter- und Säuglingsfürsorge, Stg.

Tunkin, G., 1972. Die völkerrechtlichen Prinzipien der friedlichen Koexistenz, in: Blätter... 1972 (10), 1057 ff.

Tyrell, 1977. Historische Familienforschung und Familiensoziologie, in: KZtschr. f. Soz. Sozpsych., 29. Jg., 4, 677 ff.

Uhlhorn, G., 1884. Die christliche Liebestätigkeit im Mittelalter, Stg.

Ulshoefer, H., 1969. Mütter im Beruf, Weinheim

U.N. :

1948. Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, 10. Dez.

1963. Erklärung der Vereinten Nationen über die Beseitigung jeglicher Form von Diskriminierung, 20.11.

1963. World Economic Survey 1962, Part I. The Developing Countries in World Trade, N.Y.

1967. Implementation of Development-Plans: Problems and Experience, in: UN- "World Economic Survey 1966"- Part I, N.Y.

1969. Konvention zur Beseitigung jeglicher Form von Rassendiskriminierung, 4.1.

1970. The Growth of World Industry 1958- 1967, N.Y.

1972. Report of the Secretary-General of the UN on Protection of Women and Children in Emergency or War-Time Fighting, for Peace, Self-Determination, National Liberation and Interdependence, 21. Jan. (E./CN.6/561)

1972. E/CN.6/ SR 594-597

1972. Res. XII. E/CN. 6/ L.614

1972. Statistical Yearbook

1974. Preliminary Assessment of the World Food Situation, World Food Conference

UNECLA- The Process of Industrial Development of Latin America, 1966
- Economic Survey of Latin America 1967, N.Y. 1969

UNESCO :

1949. L'enfance , Victime de la Guerre, une étude de situation européenne, par Th. Brosse (IVJH)

1961. Symposium on social development, Paris

1961. A Working Plan for the Provision of Universal, Compulsory and Free Primary Education in Asia (1960-1980). Educational Studies and Documents Nr. 41, Paris (Karachi-Plan)

1961. Conference of African States on the Development of Education in Africa, Addis Abeba May 1961 (Addis-Abeba-Plan)

1962. La Conferencia sobre educación y desarrollo económico social en América Latina, Santiago Marzo de 1962 (Santiago-Plan)

1970. Kulturelle Rechte wie Menschenrechte, Studien und Dokumente über Kulturpolitik, Paris

UNO- Erklärung über die Rechte des Kindes , A/Res. 1386 (XIV), 1959

UNO- Charta, in: Blätter... 1971 (12)

- Vester, M., 1970. Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß, Frf.
- Vilmar, F., 1971. Kritik der "Friedenspädagogik"-Kritische Friedenspädagogik, in: Werkhefte 7, 209 ff.
- Vogel, M.R., 1966. Der kommunale Apparat der öffentlichen Hilfe, Stg.
- Volpert, W., 1975. Lohnarbeitswissenschaft und die Psychologie der Arbeitstätigkeit, in: P. Groskurth/W. Volpert (Hrsg.), Lohnarbeitspsychologie, Frf.
- Vorwärts, 24. Oktober 1971
- Wahl, K., 1973. Familienbildung und -beratung in der BRD, Schriftenreihe des BMFSFG, Bd. 8, Stg.
- derselbe, 1973. Kleinkindererziehung und Elternarbeit, in: Neue Praxis 3, 4, 301 ff.
- derselbe, 1974. Zur Lage der Kinder und Familien ausländischer Arbeitnehmer in der BRD (Expertise 2. FAMBER.); veröffentlicht in: H. Lüscher/K. Wahl, Familie und Sozialisation bei Ausländern und Obdachlosen, Mnch. 1977
- Wallraven, K./Dietrich, E., 1970. Politische Pädagogik. Aus dem Vokabular der Anpassung, Mnch.
- Walter, H. (Hrsg.) 1973. Sozialisationsforschung, 3 Bde, Stg.
- Wasmund, K. 1971. Politische Sozialisation im frühen Kindesalter, in: Westermanns Päd. Beiträge 23, 530 ff.
- Watzlawick, P. (u.a.) 1969. Menschliche Kommunikation, Bern
- derselbe (u.a.) 1974. Lösungen. Zur Theorie und Praxis menschlichen Wandels, Bern
- Weber, M., 1968. Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, 3. Auflage, Tübingen
- Weber, E., 1976 (1970). Erziehungsstile, 6. Aufl., Donauwörth
- Webler, H., 1936. Einige Zahlen zur Kindesannahme, in: Zentralblatt f. Jugendrecht und Jugendwohlfahrt, 27. Jg., 277 ff.
- Wehler, H.U. (Hrsg.) 1970. Imperialismus, Köln
- Wehr und Wirtschaft, 4, 1966
- Wehr und Wirtschaft, 4, 1965
- Wedekind, K. 1971. Die Entstehung der Jugendpflege und ihre Ausgestaltung zu einem Bereich öffentlicher Erziehung, Köln
- Weidenmann, U., 1978. Lehrerangst. Ein Versuch, Emotionen aus der Tätigkeit zu begreifen, Mnch.
- Weinreich, U., 1953. Languages in Contact, 5. Aufl., Den Haag 1967
- Weinstock, H., 1963. Die politische Verantwortung der Erziehung in der demokratischen Massengesellschaft des technischen Zeitalters, 4. Auflage, Bonn
- Weinwurm, E.-M., 1976. Mutter-Kind-Interaktion bei asiatischen Kindern in deutschen Adoptivfamilien, Münster (Diss.)
- Weißbuch zur Sicherheit der BRD und zur Entwicklung der Bundeswehr 1973/1974, Bonn 1974
- Weltbank, Jahresbericht 1973

- Welthandelskonferenz in Genf, 1964
- Weltwirtschaft 1970, H.1, 107 ff.
- Werder, L.van, 1974. Sozialistische Erziehung in Deutschland 1848-1973, Frf.
- Whiting, J.W.M./Whiting, B.B., 1960. Contributions of anthropology to the methods of studying child-rearing, in: P.Mussen (Hrsg.), Handbook of research methods in child development, N.Y., 918 ff.
- derselbe/Child, J.L., 1962. Child training and personality. A cross-cultural study (1953), N.Haven
- derselbe/Whiting, B.B., 1975. Children of Six Cultures: A Psycho-cultural Analysis, Cambridge/Mass.
- WHO (Ed.): Deprivation of maternal care: A reassessment of its effects, WHO Public Health Papers, No 14, Genf
- Wichern, J.H., 1962. Der Kommunismus und die Hilfe gegen ihn, in: Sämtliche Werke, Bd. 1, Berlin/Hamb., 133 ff.
- Wilhelm, Th. (Detinger, F.), 1953. Partnerschaft. Die Aufgabe der politischen Erziehung, Stg.
- Wingen, M., 1964. Familienpolitik. Ziele, Wege und Wirkungen, Paderborn
- derselbe, 1977. Bedingungen und Probleme sozialwissenschaftlicher Politikberatung, in: Soziologie und Sozialpolitik, 629 ff.
- Winkler, H.J., 1967. Die Entwicklungsländer, Berlin
- Wirth, M., 1972. Kapitalismustheorie in der DDR, Frf.
- Wirtschaftswoche, Düsseldorf, 15.11.1974
- Wissenschaft und Frieden, H.4, 1974: Wissenschaftliches Symposium 'Erziehung und Frieden'
- Wissenschaft und Wirtschaft, 5-6, 1964: R.Schrader, Wissenschaft im auswärtigen Dienst
- Witmer, H.L. (u.a.), 1963. Independent Adoptions, N.Y.
- Wörterbuch zur politischen Ökonomie, hrsg.v. Gert von Eynern, Opladen 1973
- Wohngruppe, Kommune, Großfamilie. Gegenmodelle zur Kleinfamilie (hrsg. von J.Feil), 6. Aufl., 1975
- Wolf, H.E., 1969. Soziologie der Vorurteile, in: R.König, Hdb der empirischen Sozialforschung, Bd. II
- Wolff, R., 1975. Kindesmißhandlungen und ihre Ursachen, in: H.Bast u.a. (Hrsg.), Gewalt gegen Kinder, Reinbeck bei Hamb.
- Wolkow, G.N., 1970. Soziologie der Wissenschaft, Berlin (DDR)
- Wrigley, E.A., 1969. Bevölkerungsstruktur im Wandel, Mnch.
- Wulf, Chr. (Hrsg.) 1973. Kritische Friedenserziehung, Frf.
- Wulff, E., 1969. Grundfragen transkultureller Psychiatrie, in: Das Argument 50, 226 ff.
- derselbe, 1972. Psychiatrie und Klassengesellschaft, Frf. (darin: 'Grundfragen...', 95 ff.)

- Wunderlich, D. (Hrsg.) 1972. Linguistische Pragmatik, Frf.
- Wurzbacher, G. (Hrsg.) 1963. Der Mensch als soziales und personales Wesen, Stg.
- derselbe/Cyprian, G., 1975. Strukturbedingungen frühkindlicher Sozialisation in Wohnkollektiven, in: Neidhardt (Hrsg.) 1975, 317 ff.
- Wygotski, L. S., 1969 (1964, deutsch; 1934, russ.). Denken und Sprechen, Stg.
- derselbe, 1973. Das Spiel und seine Rolle für die psychische Entwicklung des Kindes, in: Ästhetik und Kommunikation, H. II, April, 4. Jg.
- Yanekian, Practice in inter-country adoptions, in: Child welfare, no 8, 1958
- Zahar, R., 1969. Kolonialismus und Entfremdung. Zur politischen Theorie Frantz Fanons, Frf.
- Zelený, J., 1970 (1962). Die Wissenschaftslogik bei Marx und "Das Kapital", Frf.
- Zenke, K. G., 1972. Zur Kritik politischer Bildung und Erziehung im Lichte der politischen Sozialisation, in: Die Deutsche Schule 64, 750 ff.
- Zetkin, C., 1906. Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart (1894). Protokoll über die Verhandlungen des Parteitagcs der SPD
- dieselbe, 1957. Über Jugenderziehung, Dietz, Berlin (DDR)
- dieselbe, 1902, in: "Die Gleichheit", 12. Jahrgang, Nr. 11
- dieselbe, 1903, in: "Die Gleichheit", 13. Jg., Nr. 4
- Zingg, R. M., 1940. Reral man and extreme cases of isolation, in: Am. J. of Psych., 487 ff.
- Zülch, T. (Hrsg.) 1977. Von denen keiner spricht, 2. Aufl., Reinbeck
- Zweiter Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975 bis 1985, hrsg. v. Vorstand der SPD, Bonn 1975

Literatur(Ergänzung)

Aus Politik und Zeitgeschehen(Beilage zur Wochenzeitung'Das Parlament'),
B 21, 28.Mai, 1977

Bredow, W.von, 1974.Intersystemare Kooperation und Abrüstung,in:Blät-
ter...(1) , 17 ff.

Büttner,M.,1965.Über Rasse und Rassismus -Anmerkungen aus biologischer
Sicht, in: Strzelewicz(Hrsg.)1965, 214 ff.

Coleman-Report: US Department of HEW, Office of Education:Equality
of educational opportunity, Washington 1966

Deseriev,J.D.,1971.Die sowjetische Methodologie,Theorie und Praxis
der Planung und Prognostizierung der sprachlichen
Entwicklung, in:Kjolseth/Sack(Hrsg.), 192 ff.

Dike,K.O.,1965.Trade and Politics in the Niger Delta, Oxford

Dinnage, R.,1967, Research on Adoption.Case Conference,Vol.13,No 10,
Febr. , 357 ff.

Elias,N.,1977.Prozeß der Zivilisation, 3.Aufl.,2 Bde, Frf.

Elternführerschein(der), 1976, hrsg.v.C.Spahn, Mnch.

Enzensberger,H.M.,1965.Europäische Peripherie, in:Kursbuch 2

Erdmann,H.W./Petersen,J.,1974.Grundkurs Empirie.Einführung in die
wissenschaftstheoretischen,methodologischen und
statistischen Grundlagen empirisch-pädagogischer
Forschung, 1, April

Erziehung in der Klassengesellschaft, Einführung in die Soziologie
der Erziehung, Mnch. 1971

Fanon,F.,1963. The Damned of the Earth, Paris

Feidel-Merz,H.(Hrsg.) 1968.Zur Geschichte der Arbeiterbildung,Ka-
pitel II: Bestrebungen der Arbeiterbewegung,Bad
Heilbrunn

Fend,H.,1974.Gesellschaftliche Bedingungen schulischer Sozialisa-
tion, Weinheim/Basel

Ferge,Z.,1974.Einige Zusammenhänge zwischen Sozialstruktur und
Schulsystem,in: B.Balla(Hrsg.),Familie,Jugend
und Bildungssystem, Stg.

FGB(Familiengesetzbuch)der DDR, 20.12.1965(1.4.1966), Gbl. I,1965

Gärtner,E.,1976. "Nord-Süd-Dialog" und neue Weltwirtschaftsordnung.
Zur Pariser Konferenz für internationale wirt-
schaftliche Zusammenarbeit,in: Blätter...(2) ,
152 ff.

Gensior,S./Krais,B.,1973. Zur Vergesellschaftung von Erziehung und
Ausbildung in der bürgerlichen Gesellschaft,in:
Blätter...(4) , 402 ff.

Goodenough(1970) nach: Reimann/Reimann(Hrsg.) 1976
Gordon(1964)

Gesamtstatistik der BAG der Freien Wohlfahrtspflege,in: Theorie
und Praxis der sozialen Arbeit, 1974, 395 f.

Gewirtz,J.L.1961. A learning analysis of the effects of normal sti-
mulation, privation, and deprivation on the acqui-

sition of social motivation and attachment,
in: B.M.Foss(Hrsg.)Determinants of human
infant behavior, 213 ff.

Grieser, M., 1974. Neues Recht auf altem Fundament.Kritische
Anmerkungen zum Referentenentwurf eines Ju-
gendhilfegesetzes,in: Theorie und Praxis
der sozialen Arbeit, 9, 325 ff.

Günther,K.H., 1969. Geschichte der Erziehung, 9.Aufl.,Berlin(DDR)

Günther,E., 1974. Schule,Familie und Öffentlichkeit in der UdSSR,
Berlin(DDR)

Habermas,J., 1969. Student und Politik,3.Aufl.,Neuwied/Berlin

Happe, 1972. Die neuen Richtlinien für die Adoptionsvermitt-
lung,in:Mitteil. der AGJ,Nr.36, 14 f.

Harlow,H./Harlow,M., 1971.Das Erlernen der Liebe, in:Praxis
der Kinderpsych. und Kinderpsychiatrie 6

Hassenstein, B., 1973.Verhaltensbiologie des Kindes, Mnch.

derselbe , 1976.Empfehlungen des Familienberichts und
mögliche Alternativen als Ausdruck voraus-
gesetzter Wertentscheidungen,in:Ztschr.f.
Soz., 5, 292 ff.

Hentig,H.von, 1969.Systemzwang und Selbstbestimmung, Stg.

Heinsohn,G., 1974.Vorschulerziehung in der bürgerlichen Ge-
sellschaft,Frfr.

Isambert,A., 1960.L'éducation des parents, Paris

Jellinek,G., 1960.Allgemeine Staatslehre, Bad Homburg

Kievenheim,Chr., 1974.Marxistische Klassentheorie und Intelligenz,
in: Blätter...(3) ,280 ff.

Kippenberg,H.G., 1974.Religion und Interaktion in traditionellen Ge-
sellschaften, in:Verkündigung und Forschung,
1, Mnch.

Kob, J., 1966.Die Rollenproblematik des Lehrerberufes,in:Soziolo-
gie der Schule, Köln

Köhle,K., 1971.Ergebnisse einer Untersuchung zum Wissensstand und
zur politischen Einstellung von Volksschülern,
in: Politische Studien 22, 273 ff.

Korea (1978), hrsg.v. ESG, pdw-Verlag

Kuczynski,J., 1974.Die Weltwirtschaft des Kapitals.Vierteljahres-
übersicht, in:Blätter...(9) ,900 ff.

Kursbuch 29, Sept.1972. Das Elend mit der Psyche,II Psychoanalyse
Kursbuch 31, Mai 1973 . Staatsgewalt und Reformismus

Kurzrock,R.(Hrsg.)1974.Forschung und Information,Minderheiten,
Berlin

- Lange, W., 1965. Völkerkundliche Bemerkungen zum Problem des Ethnozentismus, in: Strzelewicz (Hrsg.), 287 ff.
- Le Monde, Paris, 17 December 1975
- Liegle, L., 1974. Die Kibbutzforschung als Beispiel für Ansätze einer vergleichenden Sozialisationsforschung (nach: Lehr, 1974: 146; entgegen Planung nicht in Neidhardt (Hrsg.) 1975 erschienen)
- Ljublinskaja, A., 1975. Kinderpsychologie
- Lutz, D.S./Storz, U., 1976. Zur Funktion der Rüstungspolitik in der BRD, in: Blätter... (4), 371 ff.
- Maske, A., 1976. Militärische Entspannung als notwendige Konsequenz und Auftrag der KSZE, in: Blätter... (1), 16 ff.
- Meier, A., 1971. Proletarische Erwachsenenbildung (1919-1923), Hamb.
- Menke-Glückert, P., 1968. Referat "Internationale Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung" (Arbeitskreis IV des BDI), in: DUZ, 10, 18
- Pätzoldt, B./Geißler, B., 1974. Arbeiterimmigration und Gewerkschaftspolitik, in: Blätter... (9), 957 ff.
- Schechter, M.D. (u.a.) 1964. Emotional problems in the adoptee, in: Archives of General Psychiatry, 10, 37 ff.
- Slama-Cazacu, T., 1971. Die dynamisch kontextuelle Methode in der Sprachsoziologie, in: Kjolseth/Sack (Hrsg.), 73 ff.
- Sozialistische Projektarbeit in Berlin: Schülerladen Rote Freiheit, Frf. 1971
- Sowjetische Bildungspolitik seit 1917. Dokumente und Texte, hrsg. von Anweiler/Meyer, Heidelberg 1961
- Stern, K., Stichwort: Sozialstaat, in: EvStl, Sp. 2402 ff.
- Tack, E., 1977. Kindeswohl wird stärker beachtet (Das neue Adoptionsrecht brachte Verbesserungen), Leben und Erziehen 10
- Unger, K., 1974. Zur Rohstoff- und Entwicklungsländerstrategie der BRD, in: Blätter... (7), 671 ff.
- Whiting, T.B., 1974. The inadequacy of Traditional Self-Concept Instruments for Culturally Different Elementary School Children, AMERA Chicago, Ill. 4, ERIC ED 093952
- Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie 41, 1974: Sozialismus-Imperialismus-wissenschaftlich-technische Revolution, Frf.
- Zur wirtschaftlichen Entwicklung in den Ländern des Kapitalismus und in der Dritten Welt 1974/1975, Jahresübersicht, in: Blätter... (1), 1976, 89 ff.

Hiermit versichere ich, daß bei der Abfassung der Arbeit keine unerlaubte fremde Hilfe und nur die in der Abhandlung angeführten Quellen und Hilfsmittel benutzt worden sind.

Münster, den 7. 1. 1979

Lebens-und Bildungsgang

Am 23.1.1948 bin ich als Sohn meiner Eltern Franz Hesseler und Isolde Hesseler, geborene Hintze, in Remagen am Rhein geboren worden. Vier Jahre später wurde meine Schwester Angela geboren.

Mein Vater, jetzt Frührentner, übte eine kaufmännische Tätigkeit aus; meine Mutter ist Hausfrau.

Von 1954 bis 1956 besuchte ich die Volksschule in Remagen, von 1956 bis 1958 eine Volksschule in Köln. Nach bestandener Aufnahmeprüfung wählte ich für meinen weiteren Bildungsgang das neu-sprachliche Humboldt-Gymnasium mit altsprachlichem Zweig aus, das ich bis 1960 besuchte.

Von 1960 bis 1969 besuchte ich dann das Schillergymnasium in Münster, wo ich am 11. Juni 1969 mein Abitur absolvierte. Im Wintersemester 1969/1970 nahm ich mein Studium an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster auf. Ich studierte vor allem Soziologie, Psychologie, Publizistik und Sinologie.

Am 10. Juli 1975 bestand ich meine Magister-Artium-Prüfung in Soziologie (Nebenfächer: Psychologie und Publizistik).

Seit 1976 promoviere ich über ein Darlehen im Rahmen der Graduiertenförderung im Fach Soziologie über das Problem der 'Adoption von Ausländerkindern'.

In beruflicher Hinsicht bin ich als Tutor in Publizistik und Soziologie tätig gewesen.

Meine akademischen Lehrer waren vor allem Prof. Dr. H. Hülsmann, Prof. Dr. H.-J. Krysmanski, Prof. Dr. W. B. Lerg, Prof. Dr. M. Stadler, Dr. R. Weissenborn, Dr. H.-H. Stumpfheldt und Dr. H. Harbach.

Münster, den 31.1.1979

Michael Hesseler
(Graelstr. 9, 4400 Münster)

